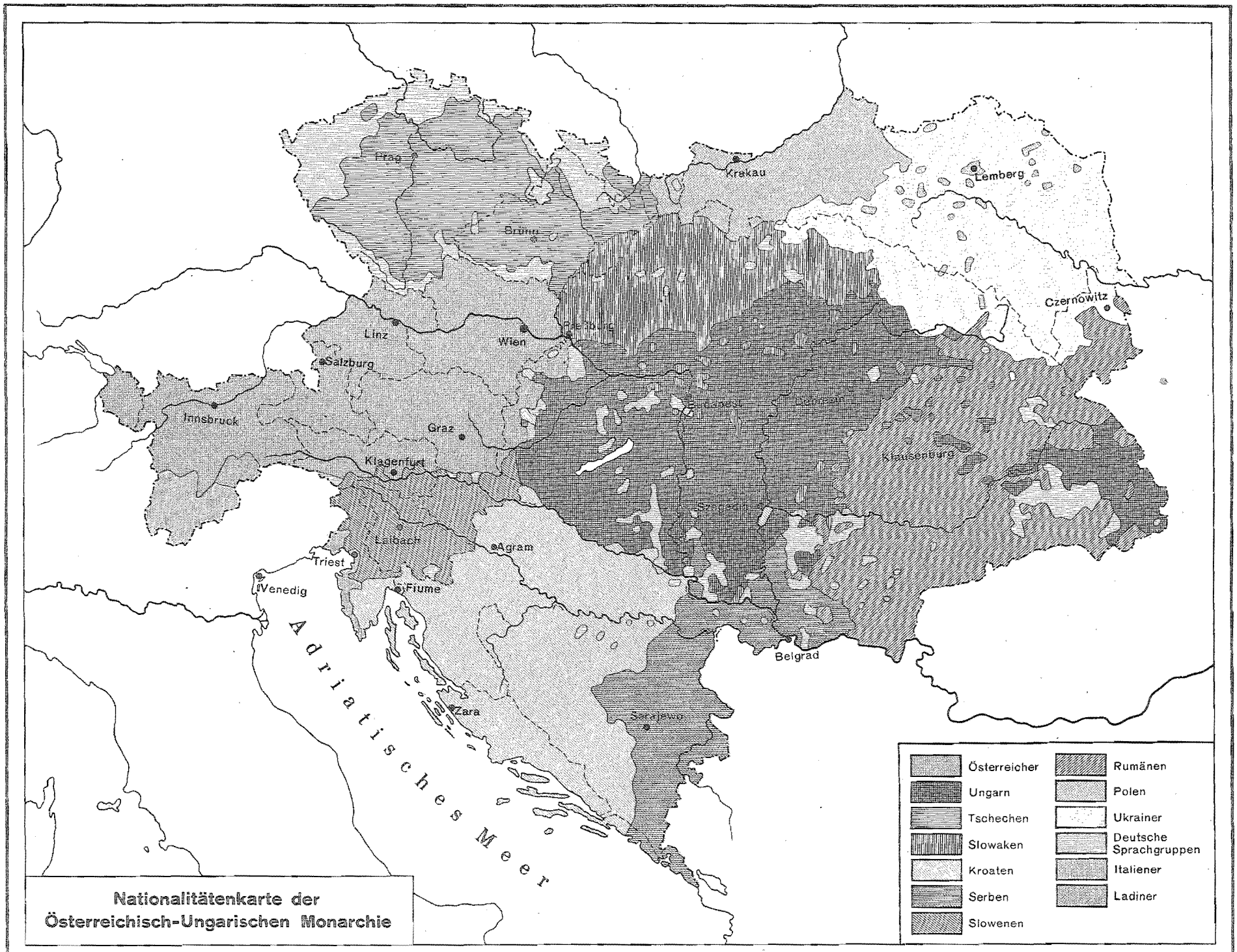


Nationalitätenkarte der Österreichisch-Ungarischen Monarchie

Maßstab 1:6 000 000

EVA PRIESTER

KURZE GESCHICHTE ÖSTERREICHS

AUFSTIEG UND UNTERGANG
DES
HABSBURGERREICHES

1949

GLOBUS-VERLAG WIEN

Alle Rechte vorbehalten

Copyright 1949 by Globus, Zeitungs-, Druck- und Verlagsanstalt, Gesellschaft m. b. H., Wien

Gesamtausführung: Globus II, Wien VI

VORWORT

Zwischen dem Erscheinen des ersten und des zweiten Bandes der „Kurzen Geschichte Österreichs" sind fast zwei Jahre vergangen, mehr Zeit, als Verlag und Autor ursprünglich gedacht hatten. Die Verzögerung — für die ich den Leser um Entschuldigung bitte — erklärt sich aus dem Umfang des zweiten Bandes. Er ist dreimal so groß wie der erste. Ein stärkeres Buch bedeutet längere Zeit des Schreibens für den Autor und längere Zeit der Bearbeitung für den Verlag.

In den zwei Jahren, die vergangen sind, hat sich in der Welt und in Österreich manches verändert. Nicht geändert hat sich jedoch die Tatsache, daß wir nach wie vor eine österreichische — vom Gesichtspunkt der Entwicklung der österreichischen Nation und der österreichischen Probleme aus geschriebene — Geschichte brauchen und daß sich unter den „Berufenen", das heißt den Fachhistorikern, mit Ausnahme eines einzigen Menschen — Professor Ludwig Reiter — niemand gefunden hat, der eine solche Geschichte geschrieben oder auch nur zu schreiben versucht hätte.

Wir brauchen eine österreichische Geschichte, weil noch immer zu wenige Menschen in unserem Lande wissen, daß wir ein eigenes, auf Grund unserer eigenen historischen Entwicklung, unserer eigenen wirtschaftlichen und historischen Bedingungen gewachsenes Volk sind, das eine eigene — unsere — Kultur hervorgebracht hat, eine Nation die aufblühte, wenn sie mit der historischen Entwicklung vorwärtsging, welkte und niederging, wenn sie sich ihr entgegenzustellen versuchte; eine Nation, die nur dann unfrei wurde, wenn sie ihre Kraft darauf verschwendete, andere zu unterdrücken. Eine Nation also, die lebensfähig ist, wenn sie nur lebensfähig sein will, und die es nicht notwendig hat, sich in Lebensangst und Verzweiflung anderen, Stärkeren auszuliefern — vorgestern dem Deutschland Wilhelms II., das es in den ersten Weltkrieg riß, gestern Hitlerdeutschland, das es zwang, sich im zweiten Weltkrieg zu verbluten, morgen einem „Atlantikbund", der es zum Schauplatz eines dritten Weltkrieges machen möchte. Wir brauchen eine Geschichte Österreichs, damit wir aus der Erfahrung der Vergangenheit lernen, daß

bei Strafe nationaler Katastrophen für die österreichische Politik nur eines maßgebend sein darf — das Interesse Österreichs, das österreichische Volk selbst.

Daß wir bis heute keine österreichische Geschichte haben, ist kein Zufall. Man kann sie heute nur schreiben, wenn man gegen den Strom der in unserem Lande herrschenden politischen Verhältnisse schwimmt, nicht mit ihm. Denn wer heute unser Land in irgendeine „Atlantikkombination" einbauen will, hat kein Interesse daran, zu zeigen, daß Österreich etwas Lebendes, etwas Eigenes, etwas organisch Gewachsenes ist. Er muß im Gegenteil, wenn er beweisen will, daß es aufhören soll, als unabhängiger, souveräner Staat zu existieren, beweisen, daß es ohnehin niemals einer war, daß es ohnehin immer nur eine Art Anhängsel an Deutschland, eine Art Anhängsel an „den Westen" darstellte. Es ist kein Zufall, daß heute außer in der Sowjetunion nur in den jungen Volksdemokratien systematisch an der Schaffung einer eigenen nationalen Geschichtsschreibung gearbeitet wird. Alle anderen europäischen Staaten haben kein Interesse daran, die Konturen der nationalen Entwicklung ihrer Länder scharf nachzuziehen, sie sind im Gegenteil daran interessiert, sie zu verwischen, sie im Nebel eines gestaltlosen, farblosen Kosmopolitismus vergehen zu lassen.

Von diesem Kosmopolitismus hat der geniale, im Jahre 1936 gestorbene Schriftsteller G. K. Chesterton — übrigens ein frommer Katholik — gesagt: „Es ist ein großer Unterschied, ob man ein Internationalist ist oder ob man ein Kosmopolit ist. Alle guten Menschen sind Internationalisten. Fast alle bösen Menschen sind Kosmopoliten. Wenn wir international sein wollen, müssen wir national sein ... Internationaler Frieden bedeutet Frieden zwischen den Nationen, nicht einen Frieden nach einer Zerstörung der Nationen, wie den buddhistischen Frieden nach der Zerstörung der Persönlichkeit. Das goldene Zeitalter des guten Europäers gleicht dem Himmel des Christentums: es ist ein Ort, wo die Menschen einander lieben werden, es gleicht nicht dem Himmel der Hindus, wo sie ineinander aufgehen werden."

Dieser Definition eines Mannes, der schwerlich in den Verdacht geraten kann, die Formulierungen der sowjetischen Akademie der Wissenschaften oder eines internationalen Forums linker Schriftsteller und Philosophen kritiklos hingenommen zu haben, habe ich nichts mehr hinzuzufügen.

Wien, April 1949. *Eva Priester*

I.

DER BEGINN DER NATIONALWIRTSCHAFT

Die Türken waren fort. Auf den Feldern Niederösterreichs lagen verwesende Leichen, die niemand begrub. In halbverbrannten Ställen, auf verlassenen Wiesen brüllte hungriges, mageres Vieh, das keinen Besitzer mehr hatte. In den Ruinen der Dörfer lebten verwaiste Kinder und alte Leute, die sich monatelang irgendwo versteckt gehalten hatten und nun scheu und ungläubig ans Tageslicht krochen. Nur langsam wagten sich aus dem befreiten Wien Geistliche, Nonnen, Beamte und einfach mitleidige Bürger hervor, die die Kranken pflegten, die Toten begruben und die Waisen in die Stadt führten. Denn die Türken hatten als Erbe hinterlassen, was jedem Kriege folgt: Hunger, Epidemien und Banditentum.

Wien war glücklicher als das flache Land. Es war den Türken nicht gelungen, die Hauptstadt zu nehmen. Sie hatte sich gehalten bis zum Äußersten (buchstäblich bis zum Äußersten, denn der Kommandant Starhemberg hatte die verbündeten Armeen kurz vor der Befreiungsschlacht wissen lassen, daß Wien nur noch wenige Tage aushalten könne) und hatte damit sich und vielleicht auch dem westlichen Österreich die Schrecken der Türkenherrschaft erspart. Aber es war ein zerstörtes Wien, in das die Befreier einzogen. Die Vorstädte waren zu Beginn der Belagerung von den Verteidigern selbst, die sie nicht halten konnten, niedergebrannt worden. In der Stadt hatten Tag um Tag die Geschosse der Türken eingeschlagen und Häuser, Paläste und Kirchen zerstört. Dazu kamen noch die vielen Brände, die während der ganzen Belagerungszeit in der Stadt gewütet hatten — manche sagten, als Folge der Beschießung, andere behaupteten, türkische Agenten hätten sie gelegt (einige Male hatte die Menge Männer, die sie für verkleidete Türken hielt, gelyncht), dritte schließlich meinten, sie wären durch Nach-

lässigkeit, schlechte Verwahrung von Munition, Gleichgültigkeit und Unfähigkeit der Behörden verursacht worden, die zum Beispiel schon lange vor der Belagerung Pulvervorräte mitten zwischen Wohnhäusern gelagert hatten, um Mühe und Baukosten zu sparen.

1683 war ein Sieg über die Türken eine wunderbare und fast unerwartete Rettung aus Todesgefahr. Aber es war ein anderer Sieg als der strahlende Triumph von 1529. Damals hatten die Türken ein Land nach dem anderen überrannt, ohne Widerstand zu begegnen, bis der junge österreichische Staat ihren beispiellosen Siegeszug zum Halten brachte. Damals hatte Österreich nicht nur sich selbst gerettet, sondern auch einen großen Teil des übrigen Europa.

Diesmal waren es andere gewesen, die Österreich retteten und Wien im letzten Augenblick befreiten: der polnische König Sobieski, der Markgraf von Baden und der Herzog von Lothringen mit ihrem Hilfsheer, Freiwillige aus allen Ländern Europas. Gewiß, auch österreichische Armeen nahmen am Kampf teil, aber die Initiative lag nicht mehr in ihrer Hand. Vom ersten Tag des Türkeneinfalls an glich der Krieg auf Österreichs Seite einem einzigen Rückzug — und manchmal nicht einmal einem geregelten Rückzug, sondern einer Flucht. Die Grenzfestungen fielen beim ersten Ansturm. Es war nicht so sehr die Schuld der Verteidiger, obwohl es auch hier keine einzige militärisch bedeutsame Leistung gab, als die Tatsache, daß die Festungen nur dem Schein nach Festungen waren. Die Mauern, die Befestigungsanlagen waren verfallen. Seit Jahren hatte die Krone nur Geld für die allernotwendigsten Reparaturen bewilligt, und auch dieses Geld war noch zum größten Teil in die Taschen von Spekulanten und hohen Beamten gewandert. Im letzten halben Jahr, als man bereits wußte, daß der Türkeneinfall unvermeidlich war, hatte die Regierung noch schnell durch Sonderabgaben und Anleihen etwas Geld für Verteidigungszwecke zusammengekratzt, aber auch von diesem Geld hatte nur ein Bruchteil seinen Bestimmungsort erreicht. Es gab zuwenig Geschütze, es gab nicht genug Munition, die Soldaten kämpften hungrig, abgerissen, kommandiert von unfähigen

Offizieren, die sich ihre Kommandoposten gekauft hatten und nur ein Ziel kannten: sich an der Löhnung und an den Verpflegungsgeldern der Mannschaft, die durch ihre Hände gingen, zu bereichern.

Die österreichischen Armeen, die nach dem Fall der Festungen gegen die Türken dirigiert wurden — besser gesagt, dirigiert werden sollten —, manövrierten die ganze Zeit an den Türken vorbei, ohne sie auch nur einmal ernsthaft zu bedrohen. Obwohl man den Wienern immer wieder erklärt hatte, Wien sei sicher und durch die kaiserliche Armee geschützt, lag der Weg, vom Tag des Durchbruchs der ersten Verteidigungslinien an, praktisch frei. Als die Türken sich der Hauptstadt näherten, flohen Kaiser Leopold I., Hof und Regierung Hals über Kopf nach Linz. Die Flucht war ebenso planlos, ebenso unmotiviert wie alles übrige in diesem Feldzug. Später versuchte man den Wienern zu erklären, die Flucht sei keine Flucht, sondern eine Art wohlüberdachter Rückzug gewesen, der die Vereinigung mit den Hilfsarmeen erleichtern sollte; im nachhinein versuchten Hofhistoriker die Sache so darzustellen, als sei diese Flucht in Wirklichkeit eine Art Sieg gewesen — den Türken sei es nur auf die Person des Kaisers angekommen, und in dem Augenblick, in dem er nicht mehr in Wien war, habe der ganze Feldzug für sie jeden Sinn verloren. Die Wiener lachten nur über diese Erklärungen. Niemand glaubte die Ausreden, um so mehr, als die Abwesenheit des Kaisers den Eifer der Türken, die Stadt zu nehmen, keineswegs dämpfte. Man nahm es dem Kaiser nicht einmal so sehr übel, daß er nicht in Wien geblieben war. Auch während der ersten Türkenbelagerung 1529 hatte sich Ferdinand I. aus Wien zurückgezogen — aber nur, um an der Spitze einer Hilfsarmee wieder zurückzukehren. Leopold jedoch lief einfach davon, wartete fern von den Hilfsarmeen den Ausgang des Kampfes ab und überließ die Organisierung der Hilfe Sobieski.

Der Abreise des Kaisers folgte eine Panik. Alles, was Transportmittel besaß, alles, was genug Geld hatte, um sie sich zu verschaffen, floh ebenfalls, bis schließlich Stadtbehörden und Garnisonskommando die Abreise kampffähiger Männer unter

Androhung schwerster Strafen verbieten mußten. Mit wenigen Ausnahmen verblieben in Wien nur die kleinen Leute — Handwerker, Gewerbetreibende, Studenten — und die Garnison unter dem Kommando Starhembergs.

Die Garnison und die freiwilligen Detachements von Handwerkern und Studenten leisteten Übermenschliches. Die Belagerung dauerte vom 10. Juli bis zum 12. September. Am 23. Juli machten die Türken den ersten Sturmversuch, der von den Belagerten zurückgeschlagen wurde; von diesem Tage an folgte ein Angriff dem anderen. Zwischendurch machten die Belagerten ihrerseits mehrere Ausfälle, nicht so sehr aus militärischen Gründen, als um Lebensmittel in die Stadt zu bringen. Es gelang zum Beispiel dem Studentendetachement gleich zu Anfang, eine Herde Vieh in die Stadt zu treiben, und dieses Vieh rettete viele vor dem Verhungern. Trotzdem war die Lebensmittelversorgung schlecht. So wie die Regierung nichts getan hatte, um die Stadt militärisch zu sichern, hatte sie auch keinen Finger gerührt, um sie mit Proviant zu versorgen. Schon im August betrugen die Lebensmittelpreise das Zwanzig- und Dreißigfache der Julipreise. Bald begann man Katzen, Hunde und Ratten zu essen.

Die Sturmversuche (einmal gelang es den Türken, bis zum Graben vorzudringen) wurden von täglichem schwerem Artilleriebombardement begleitet. Es gelang den Belagerten zwar immer wieder, die durch Geschosse beschädigten Mauern notdürftig zu reparieren, aber als die Türken Anfang September gegen die Wälle Minen zu legen begannen, war es klar, daß sich Wien nur noch Tage halten konnte. Als Anfang September die Befreiungsarmeen — das Heer des polnischen Königs Johann Sobieski, die Armeen des Herzogs von Lothringen und des Markgrafen von Baden — auf den Höhen um Wien Aufstellung zu nehmen begannen, sandte Starhemberg einen dringenden Appell an Sobieski: „Keine Zeit mehr verlieren! Um Himmels willen, keine Zeit verlieren!"

Am 12. September begann die Schlacht um Wien. In später Abendstunde waren die Türken geschlagen und flohen. Sie verloren mehr als 20000 Mann. Ihre ganze Ausrüstung, selbst

Kleider, Reitzeug, Waffen und Geld, fiel in die Hände der Sieger.

Wien empfing den Befreier Sobieski mit Jubel. Leopold, der einige Tage später in der Stadt eintraf, wurde von der Bevölkerung mit eisigem Schweigen begrüßt. Er fuhr durch leere Straßen, vorbei an geschlossenen Fensterläden und verbarrikadierten Türen, durch Wien. Aber nicht alle schwiegen. An einigen Stellen sammelten sich Menschen, die den Kaiser mit Pfiffen und Pfuirufen empfingen. Wien hatte die Politik Leopolds mit 9000 Gefallenen bezahlt.

Diese Politik schien unbegreiflich. Von Anfang an hatte die Regierung nichts unternommen, von Anfang an hatte man nur ein Mittel angewandt, um der drohenden Gefahr zu begegnen, man hatte versucht, sich aus dem Ausland Hilfe zu holen, man hatte „an die ganze Christenheit" appelliert, damit sie den Untergang Österreichs verhindere. Nur ein kleiner Teil der „Christenheit" hatte reagiert, Frankreich war de facto ein Verbündeter der Türken; Spanien, selbst in einer tiefen Krise, war machtlos; die nördlichen Königreiche sowie Holland und England waren am Schicksal des Habsburgerreichs nicht sehr interessiert. Es war von vornherein klar, daß in der politischen Situation, in der sich Österreich damals befand, nur ein, zwei Länder zu Hilfe kommen würden. Selbst Sobieskis Unterstützung war bis zum letzten Augenblick keineswegs sicher. Trotzdem tat Österreich nichts, sich selbst zu helfen.

Was war geschehen? Österreich war vor nicht ganz 40 Jahren ungeschlagen aus dem ersten großen europäischen Konflikt, dem Dreißigjährigen Krieg, hervorgegangen. Österreich hatte mehr als hundert Jahre lang die Türken in Schach gehalten, hatte ein Besitztum nach dem anderen seinem Territorium angegliedert. Nun schien es gelähmt, unfähig, seine eigene Existenz zu verteidigen, verurteilt, die Hilfe von Ländern zu erflehen, die, vom Gesichtspunkt des europäischen Kräfteverhältnisses aus, Mächte zweiten Ranges waren. Österreich selbst schien im Begriff, eine Macht zweiten Ranges zu werden.

Leopold hätte unter den Verhältnissen von 1683 Österreich wahrscheinlich auch dann nicht verteidigen können, wenn er es

gewollt hätte. Denn Österreich steckte tief in einer Krise, einer Krise auf außenpolitischem Gebiet, auf militärischem Gebiet, auf innenpolitischem Gebiet und vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet. Wenn es als freier Staat weiterexistieren wollte, mußte es diese Krise überwinden.

DIE KRISE

Am Ende des Dreißigjährigen Krieges gab es in Europa zwei Großmächte — Frankreich und Österreich. Seit dieser Zeit hatte Frankreich eine große und stürmische Entwicklung zurückgelegt. In Österreich hatte sich fast nichts verändert.

Mit Ausnahme des Erzbergbaus und der eisenverarbeitenden Betriebe, vor allem der Waffenproduktion, die sich durch den Krieg ziemlich stark entwickelt hatte, war die übrige Produktion des Landes seit Beginn des Jahrhunderts kaum gewachsen. Noch immer wurde die Mehrzahl der Waren, die es im Lande gab, von Handwerkern hergestellt. Dort, wo die Produktion etwas größer war, wie zum Beispiel bei der Textilverarbeitung, wurde das Rohmaterial von den Großhändlern, manchmal auch von den Großgrundbesitzern, die es erzeugten und die in jener Zeit bereits entweder eng mit den Großhändlern verbunden waren oder selbst „Unternehmer" wurden, noch immer an viele kleine Heimarbeiter — Bauern oder Handwerker — vergeben, auf primitive Art verarbeitet und wieder vom Händler eingesammelt. In dieser Zeit gab es in Frankreich bereits eine aufblühende Manufaktur; es gab große Betriebe, die schon Maschinen verwendeten, die zwar noch nicht mit Dampf, aber mit Wasserkraft betrieben wurden. In diesen Betrieben wurden tausende Ballen von Stoff hergestellt, tausende Kilo von Garn und Wolle nach neuen, einheitlichen Verfahren gefärbt. In Frankreich führte man neue Verarbeitungsmethoden ein, bemühte man sich, vom Rohstoff bis zum Fertigprodukt alles im Lande, wenn möglich in einer Stadt, ja in einer Fabrik herzustellen. In Frankreich war ein neuer Beruf, ein neuer Typus des Bürgers im Entstehen begriffen — der Fabrikant.

Er stammte meist auch nicht aus großbürgerlichen Kreisen, war im allgemeinen weder Großhändler noch ein mit dem Großhandel verbundener Adeliger, sondern kam „von unten", aus den Kreisen reich gewordener Handwerksmeister, mittlerer und kleiner Kaufleute, reich gewordener kleiner Spekulanten. Der Adel und der Großhandel, dessen Angehörige entweder selbst adelig geworden waren oder sich als „königliche Kaufleute" fühlten, blickten auf den Fabrikanten, der oft selbst im Betrieb mitarbeitete, herab. Aber der Staat Ludwigs XIV. unterstützte ihn.

In Österreich gab es fast nichts dergleichen. Die wenigen frühen Manufakturbetriebe, die hier und da existierten, erzeugten nur Halbfabrikate, die ins Ausland geliefert und erst dort verarbeitet wurden. Es kam nicht selten vor, daß Österreich aus dem Ausland Fertigwaren importierte, für die es selbst nicht nur die Rohstoffe, sondern auch die Halbfabrikate geliefert hatte. Es verkaufte zum Beispiel Garn nach Holland und bezog von dort zu sehr hohen Preisen den aus diesem Garn hergestellten Stoff, es sandte Rohsilber nach Augsburg und kaufte aus Augsburg Silberwaren. Steyr war fast der einzige Ort in Österreich, der Fertigwaren — Eisengegenstände und Waffen — exportierte.

Das Wirtschaftsleben des Landes wurde von einer Schicht beherrscht, die alles tat, um diesen Zustand aufrechtzuerhalten. Diese Schicht waren die Großhändler, die Nachkommen der Fugger und Welser. Zweihundert Jahre früher hatten ihre Vorfahren die wirtschaftliche Entwicklung des Landes revolutioniert, den eisernen Griff, mit dem die Gilden die Warenherstellung umfangen hielten, gesprengt, an die Stelle einer Produktion für den Bedarf einer kleinen, in sich abgeschlossenen Einheit eine Produktion für den Handel gestellt. Aber die Zeit war seither weitergegangen und die Urenkel der „königlichen Kaufleute" waren ihr nicht gefolgt.

Der Händler wollte handeln, ganz gleich womit und ganz gleich wohin. Ob er Halbfabrikate oder Fertigwaren exportierte, war ihm gleichgültig. Besser gesagt, es war vorteilhafter für ihn, zum Beispiel Garn nach Holland zu bringen, als fertige Stoffe

in Österreich zu verkaufen, denn auf diese Weise konnte er zweimal ein Geschäft machen — einmal beim Export des Garns und das zweitemal beim Import des Stoffes. Jede Einfuhrbeschränkung war für ihn daher eine Beschränkung seiner Verdienstmöglichkeiten.

Die Großkaufleute waren auch noch aus einem anderen Grund gegen wirtschaftliche Reformen. Jede Entstehung neuer Industrien, jede Veränderung und staatliche Kontrolle der Wirtschaft gefährdeten ihre wirtschaftliche Monopolstellung, die sich vor allem im Innenhandel in einer völlig uneingeschränkten Preistreiberei, in einer grenzenlosen Ausplünderung der Bevölkerung auswirkte.

Ende des 17. Jahrhunderts war der österreichische Handel in wenigen Händen in einem Maße „konzentriert", in dem man es heute nicht für möglich halten würde. Er lag in der Hand einiger weniger großer „Monopolisten" — „Appaltatoren", wie man sie damals nannte. Die Appaltatoren waren Großhändler und Adelige, die für eine Pachtsumme ein Monopol für den Verkauf, manchmal auch für den Ankauf bestimmter Warengattungen erhielten. Der absolutistische Staat, der sich nach langem Kampf einen eigenen, nur von ihm abhängigen Verwaltungsapparat geschaffen hatte, der eine ständig wachsende Armee unterhielt, brauchte täglich mehr Geld. Neben Steuereinnahmen war der Verkauf von Monopolen fast die einzige Geldquelle, die er kannte. Infolgedessen wurde eine Warengattung nach der anderen zu einem Monopolartikel, bis es schließlich kaum noch Gegenstände gab, die frei gehandelt werden durften. In den Siebzigerjahren des 17. Jahrhunderts waren zum Beispiel nicht nur Eisenwaren, Holz, Quecksilber usw. Monopolartikel, sondern auch Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie Teer, Honig, Vieh, Tabak (die österreichische Tabakregie entstand aus einem solchen Privatmonopol), Kaffee, Faschingsmasken, Kerzen, Musikinstrumente. Auch Zölle und Mauten wurden oft „verpachtet". Manche Monopole — insbesondere die, die mit der Herstellung landwirtschaftlicher Produkte zusammenhingen — wurden nicht an Händler gegen Geld verpachtet, sondern an Mitglieder des neuen Hofadels ver-

geben, von dem der absolutistische Staat völlige politische Unterwerfung verlangte und den er dafür mit finanziellen Konzessionen entschädigte. Auf diese Weise entstand eine enge Verbindung zwischen diesem Adel und den Händler-Monopolisten, wurde der Adelige selbst zu einem Monopolisten. Viele der größten Adelsfamilien, zum Beispiel die Sinzendorfs, die Czernins und andere, verdanken ihren Reichtum solchen Monopolen. Das gab ihnen die Möglichkeit, den Bauern noch stärker auszuplündern als bisher. Die österreichischen Bauern hatten in den letzten 150 Jahren die Versuche der Grundbesitzer, sie wieder zu rechtlosen, völlig abhängigen Leibeigenen zu machen, von denen man heute nach Belieben unbeschränkte Arbeitsleistungen verlangen und die man morgen von ihrem Grund vertreiben konnte, ziemlich erfolgreich abgewehrt. Aber gegen den wirtschaftlichen Druck des Grundherrn-Monopolisten konnten sie sich nicht wehren. Wenn der Grundherr zum Beispiel das Monopol für den Handel mit Wein oder Getreide — sei es für seinen Bezirk, sei es für das ganze Land — erhielt, so mußte der Bauer seine Waren zu Preisen verkaufen, die der Grundherr ihm vorschrieb. Er mußte auch sonst tun, was der Grundherr von ihm forderte: eine Erhöhung seiner Frondienste dulden, ihm das Gemeindeland — Wald und Weide — überlassen, das anbauen, was der Grundherr vorteilhafter verkaufen konnte. Und je mehr er einwilligte, desto abhängiger, rechtloser, elender wurde er. Was die Bauern sich im Jahre 1525 und in den anderen Aufstandsjahren durch ihren Kampf erhalten hatten, ging im Verlauf des späten 17. und 18. Jahrhunderts verloren. In dieser Zeit entstand vor allem auch die Dorfarmut und der landlose, besser gesagt, von seinem Boden vertriebene Landarbeiter. In dieser Zeit entstand die wirkliche „Fronknechtschaft der Bauern", die erst durch Joseph II. teilweise und dann durch die Bauernbefreiung des Jahres 1848 gesetzlich beendigt wurde.

Die willkürliche Politik des Grundherrn schadete nicht nur den Bauern, sondern dem ganzen Land. Als sich zum Beispiel die Weinproduktion Ungarns infolge der Türkenkriege stark verringerte, erhielten die Grundherren und die Händler die

Möglichkeit, an Stelle des ungarischen Weins österreichischen Wein nach Westeuropa zu verkaufen. Daraufhin wurden viele tausend Hektar Getreideland in Weinland verwandelt, sowohl dadurch, daß man die Bauern zwang, Wein anzubauen, als auch dadurch, daß man ihnen den Grund einfach wegnahm. Die Folge war, daß Österreich bald gezwungen wurde, Getreide zu importieren. Nun war aber in jener Zeit der Getreideüberschuß in den benachbarten Ländern nicht sehr groß und vor allem stark vom Ernteausfall abhängig. Infolgedessen führten Ende des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts Mißernten und Kriegszerstörungen in den Nachbarländern zu Hungersnöten in Österreich.

Vom Gesichtspunkt des absolutistischen Staates, der schon aus militärischen Gründen eine geregelte Lebensmittelversorgung brauchte, war diese Anarchie in der Landwirtschaft auf die Dauer untragbar. Das ist der Grund, warum die Reformpartei, die bald am Hofe selbst entstand, von der Zeit des Nachfolgers Leopolds, Josephs I., an, immer wieder, wenn auch meist zögernd, versuchte, dieser Anarchie zu steuern.

Die Lage der Stadtbevölkerung war im späten 17. Jahrhundert ebenfalls alles andere als rosig. Der Staat war interessiert, Geld zu bekommen, der Händler daran, das als Monopolzins gezahlte Geld rasch wieder hereinzubringen. Für den unglücklichen Konsumenten interessierte sich niemand. Er mußte die verlangten Preise zahlen — oder auf die Waren verzichten. Der Monopolist begnügte sich nicht damit, den Käufer zu schröpfen. Dort, wo er gleichzeitig die Produktion kontrollierte — zum Beispiel in der istrischen Quecksilberproduktion oder in gewissen Zweigen der Textilverarbeitung —, erhöhte er seine Profite durch eine völlig uneingeschränkte Ausbeutung der Bergleute oder der Heimarbeiter. Es war so arg, daß selbst die österreichischen Behörden zu protestieren begannen. „Die Einwohner Österreichs sind eines privaten Kontribuenten und seines Wuchers Sklaven", schrieb 1697 die Hofkammer an die österreichische Hofkanzlei. Und der große österreichische Merkantilist, Wilhelm von Hörnigk, schreibt in seinem Buch „Österreich über alles, wann es nur

will" über die Monopolisten: „Sie haben den sauer arbeitenden Einwohnern im Lohn so zugesetzt, daß sie sozusagen kaum das Brett bezahlen können, auf dem sie sitzen."

Aber dieser Zustand traf nicht nur den einzelnen, er traf den ganzen Staat. Es gab einen wirtschaftlichen circulus vitiosus: Um Geld zu erhalten, vergab der Staat Monopole. Die Monopolisten preßten die Bevölkerung schonungslos aus. Diese konnte immer weniger Steuern zahlen, das Staatsdefizit stieg und der Staat mußte neue Monopole vergeben. Schließlich war der Punkt erreicht, an dem er keine Beamtengehälter mehr zahlen konnte. Infolgedessen griff er zu seinem bewährten Mittel, der Vergebung von Monopolen, ließ die Beamten auf die Bevölkerung los und gab ihnen statt eines Gehaltes das Recht, „die wirtschaftlichen Ressourcen ihres Bezirkes auszunützen". Das bedeutete, daß die Beamten selbst neue Monopole einführten oder neue Abgaben einhoben — und die Bevölkerung verarmte noch mehr. (Nebenbei wurde dadurch eine der wichtigsten Errungenschaften des Absolutismus, die verhältnismäßige Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Steuer- und Abgabewesens, teilweise rückgängig gemacht.)

Ein Staat, der sich außerstande erklärt, seine Beamten zu bezahlen, und es ihnen überläßt, für sich selbst zu sorgen, öffnet damit der Korruption Tür und Tor. Selbst wenn der österreichische Beamtenapparat nicht schon ohnehin eng mit den Monopolisten verbunden gewesen wäre, hätte er es infolge der Situation der Beamten als „kleine Monopolisten" sehr bald werden müssen. Die Käuflichkeit der Beamten und ihre Verbindung mit den gehaßten Appaltatoren wurden natürlich bald bekannt und erschütterten das Vertrauen zum Staatsapparat und zum Staat überhaupt. Ja noch mehr: der Beamtenapparat wurde bald so korrupt, so von privaten Personen abhängig, daß er oft nicht einmal mehr im Interesse des absolutistischen Staates funktionierte. Daß das Geld für die Wiederherstellung der Festungen vor Ausbruch des Türkenkrieges in den Taschen irgendwelcher Beamten oder der mit ihnen verbündeten Großlieferanten verschwand und die Festungen schließlich fielen, lag gewiß nicht im Interesse der Krone. Ja,

es war eine akute Bedrohung ihrer militärischen und politischen Macht.

Die Krone war nicht blind, sie sah, daß es so nicht weiterging. Die augenscheinliche Hauptschwierigkeit war der Geldmangel. Sie versuchte die Situation durch kleine Hilfsmittel, durch Sparmaßnahmen, zu verbessern. Obwohl sich viele Pamphletisten der damaligen Zeit über den Luxus und die Geldverschwendung des Hofes und der kaiserlichen Familien beklagten, war dieser Posten im Etat nicht sehr hoch, und sowohl Leopold I. als auch Joseph I. versuchten, am Hofbudget und an ihrem persönlichen Etat zu sparen. Aber dies spielte so gut wie keine Rolle. Der Luxus des Hofes mochte auf die ausgehungerten Untertanen provozierend wirken, die Ursache der finanziellen Schwierigkeiten war er nicht.

Dann versuchte man, mit den Länderabgaben zu jonglieren und durch eine ganz ungleichmäßige Verteilung wenigstens eine privilegierte Ländergruppe zu schaffen, die den Steuerdruck weniger fühlte und daher weniger unzufrieden war. Zum Sündenbock wurde das Land gemacht, das sich am wenigsten wehren konnte, weil es, im Gegensatz zu den eigentlichen österreichischen Ländern, nicht einmal eine eingeschränkte Autonomie besaß. Dieses Land war Böhmen. Damit begann die privilegierte Behandlung österreichischer Länder auf Kosten von nichtösterreichischen im Habsburgerreich.

Die Verteilung der Abgaben sah zu Beginn des 18. Jahrhunderts so aus:

Kärnten, Steiermark	0,8	Millionen	Gulden
Niederösterreich	1,3	,,	,,
Oberösterreich	0,2	,,	,,
Tirol	0,7	,,	,,
Böhmen und Mähren	3,2	,,	,,
Schlesien	1,5	,,	,,
Ungarn	1,6	,,	,,

Böhmen, Mähren und Schlesien mußten also anderthalbmal soviel aufbringen wie alle österreichischen Länder zusammen. Wirtschaftlich gab es für eine solche Differenz keine Berechtigung, denn obwohl die Produktion der Länder der böhmischen Krone ebensoweit entwickelt war wie die einiger Länder Österreichs, litten Böhmen, Mähren und Schlesien damals noch schwer unter den Folgen des Dreißigjährigen Krieges. Die Summe von 1,6 Millionen Gulden für Ungarn war zwar niedriger als die von Böhmen und Mähren geforderte, war aber für ein Land, das immer wieder zum Kriegsschauplatz wurde, außerordentlich hoch. Die Bevölkerung Ungarns beklagte sich damals auch ständig über die Ausplünderung des Landes durch die kaiserlichen Steuereinnehmer.

Die Kunststücke mit den Länderbudgets halfen auf die Dauer natürlich ebensowenig, wie die Sparmaßnahmen geholfen hatten. Die wirtschaftliche Krise und die ständige Geldlosigkeit begannen sich auf jedem Gebiet auszuwirken — sogar auf dem der Außenpolitik.

In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts war Österreichs Position in Europa keineswegs glänzend. Sein größter und ältester Alliierter, Spanien, hatte aufgehört, eine Großmacht zu sein. Spanien ging im übrigen als Großmacht an der gleichen ökonomischen und politischen Krise zugrunde, die Österreich schließlich überwinden konnte. Auch in Spanien regierten die Monopolisten und die Grundherren uneingeschränkt, auch in Spanien verelendete der Bauer, in Madrid bettelten die Beamten vor den Kirchentüren, weil der Staat ihnen jahrelang ihr Gehalt schuldig blieb, die Soldaten liefen in Lumpen gekleidet herum und verkauften ihre Gewehre für ein Stück Brot — aber in Spanien fand sich keine Kraft, die diesen Zustand schließlich beendete. Österreichs Hauptgegner im Westen, Frankreich, wurde zum stärksten und modernsten Staat Europas. Österreich war, wie vor dem Abschluß der spanischen Allianz, wieder in Gefahr, in die Zange eines Zweifrontenkrieges zu geraten — Frankreich im Westen, die noch immer schlagkräftigen Türken im Osten. Wie im 15. und 16. Jahrhundert versuchte Österreich einen Gegenzug, den Abschluß eines Bündnisses, der Frankreich seinerseits in eine Zange bringen sollte. Aber ein Land, dessen Beamtenapparat desorganisiert, dessen Armee unfähig geworden war und das meist für jeden Feldzug beim Verbündeten Geld

ausborgen mußte, war kein verlockender Alliierter. Auch in der Armee wurde mit Monopolen bezahlt, die Generale durften Offiziersposten verkaufen. Das Resultat war ein unfähiges Offizierskorps, das nach dem Gesichtspunkt der Zahlungskräftigkeit, nicht nach dem der militärischen Fähigkeit ausgesucht wurde, und hungrige, unzufriedene und abgerissene Soldaten, die die Offiziere haßten. Fünfzig Jahre lang versuchte Österreich krampfhaft, sich ein neues, festes Allianzsystem zu schaffen. Aber nur Mächte zweiter Ordnung — Polen, kleine deutsche und kleine italienische Länder — waren als ständige Partner zu haben. Selbst diese Allianzen waren nicht billig. Zwischen 1650 und 1700 mußte Österreich eine Reihe von Kriegen führen, von denen es selbst überhaupt keinen Gewinn hatte und die nur in der Hoffnung unternommen wurden, irgendwann auf diese Weise eine neue Mächtekombination zu schaffen. Die neuen Mächte, vor allem England, benützten Österreich in Kriegen und Allianzen nur als Schachfigur und ließen es immer wieder rücksichtslos im Stich.

DER BEGINN DER WANDLUNG

Sparmaßnahmen und Budgetkunststücke konnten nicht helfen. Nur eines konnte helfen — eine gründliche Umgestaltung der Wirtschaft des ganzen Landes. Ende des 17. Jahrhunderts war zwischen den Bedürfnissen des österreichischen Absolutismus und der Wirtschaft des Landes ein Mißverhältnis entstanden. Der Absolutismus brauchte — und schuf — einen verhältnismäßig großen Staatsapparat. Er brauchte eine starke und wohlausgerüstete Armee, die ihm die Möglichkeit gab, die Eroberungspolitik einer Großmacht nicht nur zu planen, sondern auch zu verwirklichen. Für all dies brauchte man Geld. Aber das Geld lag nicht frei herum und man konnte es auch nicht nach Belieben prägen. (Der österreichische Staat versuchte übrigens in dieser Zeit immer wieder, sich durch Geldprägen zu helfen, mit dem Ergebnis, daß die Währung immer mehr entwertet wurde.) Wenn ein Land reicher werden wollte, mußte es mehr Waren

herstellen, mehr Werte schaffen. Aber mit den bisherigen Methoden der Produktion konnte man nur eine begrenzte Menge von Werten schaffen. Ein Töpfer, ein Weber konnte statt zehn zwölf oder vierzehn Stunden im Tage arbeiten; solange er seine verhältnismäßig alten Werkzeuge benützte, solange er die Ware vom Anfang bis zum Ende allein herstellte, solange er, kurz gesagt, ein Handwerker blieb, konnte sich der von ihm erzeugte Wert aber nicht wesentlich steigern. Nur eine Änderung der Produktionsmethoden, die Einführung von Maschinen, die Schaffung von Fabriken, in denen das Herstellungsverfahren durch die Aufspaltung in mehrere Produktionsprozesse vereinfacht und rationalisiert wurde, konnte die Zahl der erzeugten Waren vervielfachen.

In Österreich wie in vielen anderen Ländern Europas gab es in jener Zeit bereits eine Entwicklung von der Handwerksproduktion zur Manufaktur, wie man diese erste Stufe der Fabrikproduktion nannte. Der Bergbau, gewisse Zweige der Textilproduktion und der Metallverarbeitung wurden manufakturartig betrieben. Aber die Entwicklung ging sehr langsam vor sich, zu langsam für den absolutistischen Staat, der als Ausdruck der wirtschaftlichen Veränderung, als Ausdruck des frühen Kapitalismus entstanden war und nun über die Großkaufleute, die seine Verbündeten gewesen waren, hinauszuwachsen begann.

Österreich mußte sich Manufakturen — Textilfabriken, Glas- und Porzellanfabriken, Schiffswerften — schaffen, wie Frankreich, England, Holland sie sich geschaffen hatten. Aber wie alle diese Länder stand Österreich vor einer Schwierigkeit: Wenn man die Entwicklung sich selbst überließ, konnte es viele Jahrzehnte dauern, bis sie sich auswirkte. Außerdem hatte die wirtschaftlich führende Schicht des Landes, hatten die Großkaufleute sehr wenig Interesse an der Entstehung einer österreichischen Manufaktur. Und nicht nur die Großkaufleute waren desinteressiert, auch die Bevölkerung, soweit sie sich importierte Artikel leisten konnte, war nicht bereit, sie ohne weiteres mit österreichischen zu vertauschen. Es war klar, daß eine junge österreichische Produktion, zunächst von nicht sehr

geschulten, unerfahrenen Menschen betrieben, schlechter und wahrscheinlich auch teurer sein mußte als die Frankreichs oder Hollands. Andererseits aber war die Schaffung einer österreichischen Manufaktur eine gigantische Aufgabe, die von einzelnen Personen nicht durchgeführt werden konnte.

Der Staat mußte also eingreifen. Er mußte Zollmauern schaffen, die die Einfuhr ausländischer Waren unmöglich machten oder mindestens sehr verteuerten, um der eigenen jungen Manufaktur die Möglichkeit einer ungestörten Entwicklung zu geben. Er mußte selbst die Entstehung dieser Manufaktur unterstützen, staatliche Fabriken bauen, Fachleute ausbilden oder ins Land holen. Er mußte Straßen, Häfen und Schiffe bauen, um den Export der Waren zu erleichtern, Kreditinstitute schaffen, um die Finanzierung der neuen Produktion zu ermöglichen. Er mußte sich neue Rohstoffquellen suchen. Das bedeutete, daß er die Ressourcen seines Landes systematisch erforschen und erschließen und oft nicht nur vorhandene Rohstoffe auswerten, sondern den Anbau und die Schaffung neuer unterstützen mußte. In dieser Zeit entstanden überall auch die ersten staatlichen oder halbstaatlichen Kolonialunternehmungen, die „Compagnien" — man suchte Rohstoffe nicht nur im eigenen Land, sondern auch in Übersee, und einige Länder, die nicht über Kolonien verfügten, suchten sie in ihrer Nachbarschaft, zum Beispiel in den bisher von den Türken besetzten Gebieten.

All das bedeutete, daß der Staat die Entstehung einer einheitlichen Landeswirtschaft unterstützen und direkt, als Reformator, auftreten mußte. Denn der wirtschaftliche Umbau des Landes war auf die Dauer ohne gewisse politische Reformen nicht möglich. Der Staat mußte sich Spezialisten, Handwerker, Ingenieure, Techniker ins Land holen — denn solange es keine große eigene Manufaktur gab, gab es natürlich im Lande auch keine qualifizierten technischen Kräfte. Diese Handwerker und Spezialisten kamen aus allen Ländern, zum Teil aus Ländern, die nicht katholisch waren. Man mußte ihnen Konzessionen machen, um ihretwillen das Prinzip der alleinigen katholischen Staatsreligion durchbrechen und damit dem Gedanken der

religiösen Toleranz auf einer ganz anderen Grundlage als 1620 Raum geben. Man mußte den neuen Fabrikanten, der neuen Intelligenz, die als Resultat der wirtschaftlichen Veränderung zu entstehen begann, aus der Notwendigkeit, rasch und in starkem Maß das allgemeine Bildungsniveau zu heben, um qualifizierte und gebildete Arbeiter und Verwalter für die neue Produktion zu erhalten, Aufstiegsmöglichkeiten bieten. Diese Fabrikanten und diese neue Intelligenz stammten keineswegs nur aus dem Stande der Großkaufleute und dem mit ihnen verbundenen Hofadel, sondern vor allem aus dem jungen Mittel- und Kleinbürgertum. Sie verlangten, als Gleichberechtigte und Gleiche behandelt zu werden, sie verlangten zum Beispiel das Recht, Beamte werden zu können, und man brauchte sie. So kam es, daß nicht nur unter dem neuen Bürgertum, sondern in Kreisen um die Krone selbst Gedanken, wie der der Gleichheit aller Menschen ohne Rücksicht auf Herkunft und Stand, diskutiert wurden. Mit dem Entstehen einer immer breiter werdenden bürgerlichen Intelligenzschicht wurde die Kirche der „Berufsintelligenz" zuerst ungenügend, dann überflüssig, noch mehr, die Kirche wurde zu einem Hemmnis, weil sie nicht in der Lage war, eine so ausgedehnte und rasche Bildungsarbeit durchzuführen, aber durch ihren Monopolanspruch auf die Erziehung die Entstehung eines umfassenden Bildungswesens verhinderte. Daher tauchte nicht nur im Bürgertum, sondern auch bei manchen Vertretern der Krone die Forderung auf, Staat und Kirche voneinander zu trennen. Weltanschaulich drückte sich das in der Forderung aus, an Stelle der religiösen Philosophie die Philosophie der „Staatsraison", und später darin, an Stelle des alten religiösen Weltbildes das Weltbild der Vernunft zu setzen. Vor allem aber tauchte mit der Notwendigkeit der wirtschaftlichen Umgestaltung des Landes die Notwendigkeit der Beschränkung auch der wirtschaftlichen Privilegien des Hofadels und der Schaffung eines freieren, nicht mehr verelendeten, unabhängigen Bauernstandes auf. Die wirtschaftliche Freizügigkeit des Adels bedeutete, daß es jedem Grundherrn möglich war, beispielsweise den Bau von Mühlen, von Manufakturen, die Anlage von Kanälen und Straßen, die Ausbeutung der

natürlichen Ressourcen zu verhindern. Die Aufrechterhaltung der abhängigen und elenden Situation des Bauern bedeutete unter anderem die Gefahr ständiger Hungersnöte, die Verhinderung einer modernen Agrarproduktion. So kam es, daß selbst die Krone sich mit der Frage der Bauernbefreiung zu beschäftigen begann.

Der Absolutismus brauchte die Umgestaltung der Wirtschaft, wenn Österreich eine Großmacht werden sollte. Aber die Krone konnte keine klare, eindeutige Reformpolitik machen. Sie mußte sich auf zwei verschiedene Schichten stützen. Wirtschaftliche und politische Notwendigkeiten zogen sie zu einer Zusammenarbeit mit dem neuen Bürgertum, das allein den Umbau des Landes zu Ende führen konnte. Aber Tradition, Zusammengehörigkeitsgefühl, ihre eigene Herkunft verbanden sie mit dem Adel und dem alten Großbürgertum der ,,königlichen Kaufleute", aus denen sie ihren Staatsapparat gezimmert hatte. So kam es, daß die Politik der Krone zögernd, schwankend, widerspruchsvoll war, daß immer wieder ein Habsburger das Werk seines Vorgängers zerschlug oder mindestens nicht fortsetzte.

Trotzdem gab es seit Ende des 17. Jahrhunderts in Österreich eine Reformbewegung, zunächst nicht so sehr beim Bürgertum als ,,oben", am Hof. Es gab seit jener Zeit am Hof eine Reformpartei, die sich zeitweilig durchsetzen konnte und eine Reihe von Veränderungen durchführte. Es gehörten ihr hohe Beamte, hohe Militärs, manchmal besonders fähige Vertreter der neuen Intelligenz an, die ihren Weg in die Nähe der Regierung gefunden hatten — und auch Angehörige der Habsburgerdynastie selbst. Die ,,Habsburger-Reformer" waren nicht nur Maria Theresia und Joseph II., sondern auch Joseph I. und zu gewissen Zeiten auch Karl VI.

1683 war in vieler Hinsicht ein Schicksalsjahr für Österreich. In diesem Jahr wurde es klar, daß es auf die alte Art nicht weiterging, daß Österreich sich wandeln oder untergehen mußte. Von diesem Jahr an begann die Wandlung. Die Geburt des modernen Österreich ging sehr langsam vor sich, aber seit diesem Jahr vernahm man die Stimme seiner ersten Propheten

und Theoretiker, deren Sprache und deren Gedankengänge der Sprache und den Gedankengängen unserer Zeit schon sehr nahe sind. Ihre ersten Vertreter, die nicht nur die Richtlinien für die Entstehung eines modernen Österreich aufstellten, sondern auch viel zu seiner Entstehung beitrugen, waren die österreichischen Merkantilisten.

DIE MERKANTILISTEN

Ende des 17. Jahrhunderts begann man in Österreich zum ersten Male ein Wort zu verwenden, das im Westen bereits bekannt war. Das Wort lautete ,,Nationalökonomie". Die Männer, die es verwendeten, betrachteten ihr Land und ihr Volk als Ganzes, als ,,Nation", und suchten für diese Nation ein neues, einheitliches System der Wirtschaft zu schaffen. Sie stellten zum erstenmal fest, daß die politische Entwicklung eines Landes entscheidend von seiner wirtschaftlichen Entwicklung beeinflußt wird. Das Wirtschaftssystem, das sie forderten, war eine Umgestaltung und Modernisierung des Landes unter staatlicher Führung, eine Art Planwirtschaft des 17. Jahrhunderts. Dieses System hieß ,,Merkantilismus".

Es ist eine merkwürdige Tatsache, daß ein großer Teil der Männer, die im 17. und 18. Jahrhundert die österreichische Nation formen und entwickeln halfen und die selbst bewußte österreichische Patrioten waren, nicht aus Österreich stammten. Prinz Eugen, der Österreich militärisch und politisch die Stellung einer Großmacht erkämpfte, wurde in Paris geboren. Abraham a Sancta Clara, der große katholische Redner, Schriftsteller und Lyriker, der Mann, der in seinen Volkspredigten die Spekulanten und Monopolisten seiner Zeit so scharf geißelte wie kein anderer und in dessen Reden sehr oft das Wort ,,mein österreichisches Vaterland" vorkommt, kam vom Rhein. Van Swieten, der Begründer der Wiener medizinischen Schule und der erste hohe Staatsbeamte, der zielbewußt eine liberale Kulturpolitik durchführte, war ein Holländer. Die ,,großen Drei" des österreichischen Merkantilismus, Philipp Wilhelm von Hörnigk,

reichische Luft, das österreichische Wasser" oder ,,die natürliche Unfähigkeit der Einwohner" als Grund angeben, und gegen die, die erklären, Österreich habe nicht genügend Rohstoffe, um eine nationale Produktion zu schaffen. Er weist ihnen nach, daß Österreich alle notwendigen Rohstoffe hat oder sich schaffen könnte, und erklärt, daß die Entschuldigungen nur Vorwände für die sind, die ihren Profit über die Wohlfahrt des Landes stellen. Sie ,,machen sich schuldig am österreichischen Vaterland". Und: ,,Ihre Verantwortung wird ihnen vor Gott und den Menschen schwerfallen. Wehe und Rache schreien die an den Rand des Untergangs gestellten Erbländer, die von Haus und Hof gejagten armen Leute — und wenn alle schweigen sollten, so würden doch viele tausende, in türkische Sklaverei hinweggeschleppte Menschen nicht schweigen. Gegen sie ruft und jammert das Blut so vieler unter dem Säbel der Türken gefallenen Christen."

Hörnigks Reformvorschläge sind die klassischen ,,neun Regeln" des Merkantilismus: 1. Man muß das Land genau erforschen und kennen, ,,keinen Winkel und keine Scholle unbebaut lassen" und alles tun, ,,um seine Ressourcen auszunützen". 2. Man muß die vorhandenen Rohstoffe im Lande verarbeiten. 3. Man muß ,,die Bevölkerung in allen Inventionen, Künsten und Handarbeiten unterrichten und aufmuntern und, wo es nötig ist, Lehrmeister aus der Fremde holen". 4. Gold und Silber dürfen weder exportiert noch ,,in Kisten und Kästen verschlossen werden, es muß immer in Circulation bleiben". 5. Die Einwohner müssen angehalten werden, sich soweit wie möglich mit einheimischen Waren zu begnügen. 6. Soweit importiert wird, muß der Import nicht in Geld, sondern in Waren bezahlt werden. 7. Wenn man importiert, soll man Rohstoffe importieren und im Lande verarbeiten. 8. Man muß ,,Tag und Nacht" nach neuen Absatzmärkten in der ganzen Welt suchen. 9. Auf keinen Fall dürfen Waren, die im Lande erzeugt werden können, importiert werden.

Die Grundsätze des Merkantilismus waren für eine Aufbauperiode gedacht, in der sie der Wirtschaft die Möglichkeit geben sollten, sich, vor ausländischer Konkurrenz geschützt und

staatlich unterstützt, zu entwickeln, und sie haben nur für eine solche Periode einen Sinn. Aber ihre Anwendung hätte damals bedeutet, daß Österreich seine Krise überwunden hätte und in kurzer Zeit zu einem modernen, wirtschaftlich fortgeschrittenen und reichen Land geworden wäre.

Die Forderungen Hörnigks wurden langsam und unvollständig, aber zu einem guten Teil doch erfüllt. Zum Teil deshalb, weil insbesondere nach dem Tode Leopolds und nach dem Regierungsantritt Josephs I. die Politik der Krone sich änderte, ihre Opposition gegen den Merkantilismus seiner Unterstützung Platz machte. Joseph gehörte selbst dem Kreis der ,,Reformer" an, unterhielt mit vielen der Merkantilisten persönliche Beziehungen und ließ sich von ihnen beraten. Er war von der Richtigkeit des Grundsatzes überzeugt, den Hörnigk am Schluß seines Buches aufstellte: Nur ein wirtschaftlich gesundes und starkes Österreich kann die Türkengefahr beenden, den Krieg gegen Frankreich gewinnen und sich gleichzeitig von der ständigen Bevormundung durch seine Verbündeten befreien. Der zweite Grund für die Verwirklichung der Forderungen der Merkantilisten war, daß sie nicht auf die aktive Unterstützung der Krone warteten, sondern selbst die Initiative ergriffen. Unter ihnen befanden sich hohe Ministerialbeamte, die auf ihrem Arbeitsgebiet ihre Grundsätze selbst zu verwirklichen begannen. Besonders bedeutend war das Werk Wilhelm von Schröders und J. J. Bechers.

Becher gründete die ,,Kaiserliche Seidencompagnie" — eine staatliche Gesellschaft, die die ersten Textilbetriebe in Österreich eröffnete. Die erste ,,Faktorei" wurde in Niederösterreich, in Walpersdorf, in Betrieb genommen; es folgten ihr bald mehrere andere Manufakturbetriebe. Die Kompagnie erzeugte Nähseide, Strümpfe, Bänder, Seide mit Wolle, Leinwand und Samt. Sie unterstützte auch hie und da Privatleute, die bereit waren, ebenfalls Textilbetriebe zu eröffnen; so wurde kurze Zeit nach ihrer Gründung mit staatlicher Hilfe eine Privatfabrik in Linz eröffnet, die Stoffe nach englischer Art färbte.

Die ,,Kaiserliche Seidencompagnie" wurde zwar mit staatlichen Mitteln gegründet, aber diese Mittel reichten nicht sehr

weit. Schon nach kurzer Zeit ging man deshalb zu einer neuen Finanzierungsmethode über. Man begann Anteilscheine auszugeben und rief das Publikum dazu auf, sein Geld in dem neuen Unternehmen anzulegen. Obwohl der Staat die Kontrolle des Unternehmens in der Hand behielt und die Inhaber der Anteilscheine zunächst in keiner Weise dabei mitzureden hatten, wurde ziemlich viel Geld gezeichnet. Die ,,Kaiserliche Seidencompagnie" stellte etwas ganz Neues dar. Sie war, wenn auch auf frühkapitalistischer Grundlage, die Vorläuferin unserer heutigen Aktiengesellschaften. Allerdings blieb sie nicht sehr lange bestehen. Anfang des 18. Jahrhunderts, als eine Periode einer verhältnismäßig breiten und stürmischen Entwicklung der neuen Manufaktur eintrat, die von einer wilden Spekulationswelle begleitet wurde, versuchte die Kompagnie sozusagen über Nacht, sich in einen großen Konzern zu verwandeln, der die gesamte österreichische Textilproduktion umfassen sollte. Die Erfüllung dieses Plans ging weit über ihre Kräfte und die Kompagnie krachte zusammen.

Becher war außerdem der Begründer des ,,Kommerzkollegs", einer zentralen, ebenfalls staatlichen Behörde ,,zur Pflege von Handel und Wandel, rohen Waren und Manufakturen". Das Kommerzkolleg setzte sich die Aufgabe, Preise festzustellen und zu kontrollieren, Preisschwankungen auszugleichen oder wenigstens zu überprüfen, den ungefähren Verbrauch der wichtigsten Waren zu erheben und die Produktion danach zu bestimmen, den Geldverkehr zu limitieren und den Export zu lenken. Selbstverständlich konnte das Kommerzkolleg nicht alle diese Aufgaben durchführen. Dazu hätte es nicht nur die neue Manufaktur, sondern die gesamte Produktion des Landes unter staatliche Kontrolle stellen müssen und eine Art Über-Planwirtschaft einführen. Aber es gelang ihm doch, den Aufbau der Manufaktur zu beschleunigen und vor allem den Außenhandel staatlich zu beeinflussen.

1667 wurde, ebenfalls auf Betreiben Bechers, die ,,Orientalische Compagnie" gegründet, die den Handel mit der Türkei kontrollierte und zu einem guten Teil neu aufbaute. Sie schuf eine Reihe von Niederlagen und sogar einige Fabriken, in

denen orientalische Rohstoffe an Ort und Stelle verarbeitet wurden, in Konstantinopel und später in anderen Städten des Nahen und Mittleren Ostens. Die Kompagnie entwickelte sich allerdings erst in den letzten Jahren des 17. Jahrhunderts zu einer wirklichen Handelsgesellschaft, aber mit ihrer Gründung begann die Entwicklung des modernen österreichischen Levantehandels.

Viele Gründungen Bechers erlangten erst nach Jahrzehnten ihre volle Bedeutung, manche wurden nur unvollständig durchgeführt, andere blieben in ihren Anfängen stecken. Das ,,Wiener Kunst- und Lehrhaus", das er zusammen mit Schröder schuf, wurde schon 1681 wieder geschlossen, weil der Staat nicht genügend Geld für seine Aufrechterhaltung hergab. Das ,,Kunst- und Lehrhaus" beschäftigte sich mit der Ausbildung von Textilarbeitern und vor allem Textilarbeiterinnen, wobei Schröder und Becher den durchaus modernen Gedanken vertraten, man solle Witwen oder vermögenslosen und alleinstehenden jungen Mädchen die Möglichkeit geben, einen qualifizierten Beruf zu erlernen, statt sie der Wohltätigkeit von Freunden oder von städtischen und kirchlichen Institutionen zu überlassen. Darüber hinaus sollte das ,,Kunst- und Lehrhaus" einheimische Spezialisten für die neuen Manufakturen ausbilden, Österreich nach und nach vom Import ausländischer Spezialisten unabhängig machen und zu gleicher Zeit eine Art technischer Versuchsanstalt sein, in der neue Produktionsverfahren erprobt werden könnten. Dieser Plan wurde erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in großem Maßstab verwirklicht. Auch ein anderes Projekt Bechers und Schröders wurde erst nach ihrem Ausscheiden aus dem Staatsdienst vom Staat aufgegriffen. Das war der Plan einer österreichischen Staatsbank, die Kredite vor allem zur Gründung neuer Manufakturen gewährte, Privatkapital zur Finanzierung der Staatsindustrie heranzog und über die der gesamte bargeldlose Verkehr des Landes (zum Beispiel der Wechselverkehr) abgewickelt wurde. Eine solche Bank entstand 1702/03. Es gelang Becher übrigens, einen sehr wichtigen, vor allem finanziell sehr bedeutenden Erfolg gegen einen der stärksten Monopolisten Österreichs, den ehemaligen kleinen italienischen Händler Inzaghi, zu erzielen, der in wenigen Jahrzehnten zu einem der

größten ,,Appaltatoren" Österreichs geworden war. Inzaghi ,,besaß" die gesamte österreichische Quecksilberproduktion, die in der damaligen Zeit einer der gewinnbringendsten Produktionszweige Europas war. Becher erreichte, daß der österreichische Staat die Quecksilberförderung und den Quecksilberverkauf wieder in die Hand bekam.

Aber die große Bedeutung der österreichischen Merkantilisten liegt nicht in erster Linie in den Industrien und Handelsunternehmen, die sie schufen, nicht in den Lehrinstituten, die sie hinterließen. Sie liegt vor allem in ihrer Rolle als Lehrmeister und geistige Führer eines neuen Österreich, das zu ihrer Zeit erst geboren wurde. Sie zeigten in einer der kritischesten Epochen des Landes den Weg zur Überwindung der Krise, der zu gleicher Zeit der Weg in ein neues Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung, in das Stadium des frühindustriellen Kapitalismus, der wirtschaftlichen und schließlich auch der politischen Herrschaft des Bürgertums war. Es dauerte mehr als ein Jahrhundert, bis dieser Weg zurückgelegt wurde, aber die Gedanken der österreichischen Merkantilisten erhellten einen großen Teil dieser Bahn. Sie waren die Vorkämpfer und Bahnbrecher einer Entwicklung, ohne die Österreich keine Nation geworden wäre — der Entwicklung einer einheitlichen und geschlossenen österreichischen Nationalwirtschaft. Schließlich waren Hörnigk, Becher und Schröder die Vertreter einer politischen und weltanschaulichen Richtung, die im Westen bereits einige Sprecher und Theoretiker hatte, die aber in Österreich und in Mitteleuropa überhaupt erst durch diese ,,großen Drei" geschaffen wurde. Die Vertreter dieser Richtung haben als erste auf die Bedeutung der Arbeit, der durch die Arbeit geschaffenen Werte, auf die wirtschaftlichen Faktoren im Leben des Staates, der Gesellschaft und jedes einzelnen Menschen hingewiesen und die moderne Nationalökonomie gegründet.

Die ,,großen Drei" hatten dem österreichischen Staat seine Aufgaben vorgezeichnet. Sie versuchten ihr Leben lang, ihn dazu zu bringen, die Erfüllung dieser Aufgaben in Angriff zu nehmen. Aber, obwohl es schließlich auch einem großen Teil des Hofes und des hohen Verwaltungsapparats klar wurde,

war die Opposition des Handelskapitalismus und des Adels so stark, daß es einiger sehr ernster Schocks bedurfte, bis die Krone sich zum Handeln entschloß. Der erste große Schock war der Türkenkrieg. Der zweite, der wahrscheinlich schließlich den Ausschlag gab, war die Affäre Oppenheimer.

Oppenheimer war einer der ersten großen österreichischen Bankiers und Finanzleute, einer derjenigen, die als Kaufleute und Monopolisten begonnen hatten und sich später den Finanzgeschäften allein zuwandten. In dieser Zeit hatte in ganz Europa bereits eine starke Differenzierung im Lager des Kapitalismus eingesetzt. Noch hundert Jahre vorher waren die Handelskapitalisten zugleich Händler, Bankiers und nicht selten auch Fabrikanten gewesen. Jetzt gab es drei Gruppen: die alten Großhändler, die oft zu Monopolisten geworden waren, die neuen Fabrikanten, die meist aus den unteren Schichten des Bürgertums aufstiegen, und die Bankiers, die sich aus beiden Gruppen rekrutierten, aber — wenigstens zu Beginn — den Großhändlern näherstanden. Oppenheimer gehörte dieser dritten Gruppe an. Er begann als kaiserlicher Armeelieferant und erhielt bald das Monopol für alle Munitions- und Lebensmittellieferungen an das Heer. Schließlich widmete er sich vor allem dem Bankgeschäft. In der damaligen Zeit gab es schon — ähnlich wie heute — eine enge Verquickung und Verkettung jeder Bank mit Dutzenden ausländischer Bankunternehmungen und Hunderten kleiner und großer Manufaktur- und Handelsunternehmen. Allerdings war die Ursache nicht wie heute die Konzentration des Finanzkapitals in wenigen Händen, sondern der noch immer sehr starke Kapitalmangel der damaligen Zeit. Die Produktion wuchs sehr rasch, viel rascher als das zur Verfügung stehende flüssige Kapital, und jede Bank und jeder Financier, die Kredit geben konnten oder sich beteiligten, wurden von Hunderten neuer und alter Unternehmen des In- und Auslandes bestürmt, die Geld brauchten und dafür sehr große Verdienstmöglichkeiten boten. Und die Financiers sahen das kommende Geschäft und beteiligten sich, wo sie konnten.

Die österreichische Krone blieb Oppenheimer zunächst das Geld für die Lieferungen schuldig. Dann verlangte sie — und

erhielt auch — immer höhere Darlehen. Oppenheimer, der den österreichischen Staat offensichtlich für solventer hielt, als er wirklich war, der allerdings von seinen kaiserlichen Geschäftsfreunden auch brutal unter Druck gestellt wurde (man drohte, da er Jude war, immer wieder, durch die Anwendung alter, antijüdischer Verordnungen, die man gegen Männer seines Standes normalerweise nicht anwandte, aber nach Belieben zur Anwendung bringen konnte, ihm die Geschäftsausübung unmöglich zu machen), stopfte nach und nach das gesamte Kapital seines Hauses, darunter viele Einlagen und Beteiligungen kleiner österreichischer Unternehmen, in den bodenlosen Schlund des Habsburgerstaates. Dann begann er selbst immer höhere und höhere Anleihen aufzunehmen. Der Staat zahlte ihm seine Gelder nicht nur nicht zurück, sondern war auch bald nicht mehr imstande, ihm die für die damalige Zeit nicht sehr hohen Zinsen — etwa 12% — zu bezahlen. Das Resultat war, daß Oppenheimer seinerseits nicht mehr die Zinsen für die von ihm ausgeborgten Gelder zahlen konnte. Im Frühjahr 1703 gingen mehrere vom Haus Oppenheimer ausgestellte Wechsel zu Protest und die ganze riesige Firma brach zusammen. Der Oppenheimerkrach hatte — in der Größenordnung des 18. Jahrhunderts — eine ähnliche Wirkung wie der Krach der Österreichischen Creditanstalt in unserer Zeit. Dutzende von kleineren Banken und Firmen in Deutschland, in Holland, in Italien wurden mit in die Tiefe gerissen. Tausende von Menschen verloren ihr Hab und Gut. Der Oppenheimerkrach hatte auch insofern Ähnlichkeit mit einem modernen Bankkrach, als er eine allgemeine Panik verursachte. Das Haus Oppenheimer war eines der angesehensten europäischen Finanzinstitute, und als es zusammenbrach, verloren viele das Vertrauen zu Banken überhaupt und begannen ihr Geld abzuziehen. Die Summe der eingelegten Gelder war zwar damals viel niedriger, als sie es heute ist, aber auf der anderen Seite waren die damaligen Privatbanken viel weniger gegen einen plötzlichen „Run" gewappnet als ein modernes Finanzinstitut. So brachen durch den Oppenheimerkrach auch Banken zusammen, die finanziell nichts oder nur sehr wenig mit Oppenheimer zu tun hatten.

Der Oppenheimerkrach wurde, insbesondere von Nazitheoretikern, immer wieder und mit besonderer Vorliebe als Musterbeispiel für den verderblichen Einfluß der Juden auf das Wirtschaftsleben eines Landes verwendet. Ein schlechteres Beispiel hätte man nicht wählen können. Am Oppenheimerkrach war einzig und allein der österreichische Staat schuld, der Oppenheimer mit allen Mitteln zu einer unmöglichen Finanzpolitik gezwungen hatte und ihm schließlich, wenige Tage vor dem Zusammenbruch, als die Rückzahlung verhältnismäßig geringer Summen das Unheil hätte abwehren können, jede Hilfe verweigerte. Graf Gundacker von Starhemberg, der größte österreichische Finanzexperte jener Zeit, bezeichnete den Krach als „mutwilliges Faillissement", an dem der österreichische Staat die ganze Schuld trug.

Die Regierung versuchte sich zunächst herauszudrehen und die ganze Verantwortung für die Affäre auf Oppenheimer abzuwälzen. In den ersten Tagen hatte sie damit wenigstens bei der Bevölkerung Wiens Erfolg. Eine wütende Menge belagerte das Palais Oppenheimer und versuchte, es in Brand zu stecken. Aber inzwischen zeigte schon eine ganz oberflächliche Untersuchung, wer der wirkliche Schuldige war. Die Schuldverschreibungen des Staates, die mehr als fünf Millionen Gulden betrugen — und die nur den sichtbaren, direkt bezogenen Teil des Kredits darstellten —, ließen sich durch allgemeine Tiraden nicht forterklären. Schon sehr bald machte die das Palais Oppenheimer belagernde Menge kehrt und befand sich bald in ungemütlicher Nähe der Hofburg und der Häuser der österreichischen Regierungsbeamten.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Regierung sich über das Schicksal Oppenheimers besondere Gewissensbisse gemacht hätte. Die Demonstrationen der Wiener Bevölkerung und das von ihr laut und öffentlich abgegebene Versprechen, die Minister seiner kaiserlichen Majestät an den nächsten Baum zu hängen, wenn man ihrer habhaft werde, machte auf Krone und Regierungsbeamte schon etwas mehr Eindruck — aber auch das war nicht ausschlaggebend. An solche und ähnliche Kundgebungen hatte man sich in den vergangenen dreißig Jahren nach und nach

gewöhnt. Viel ärger war die Tatsache, daß der österreichische Staat sich sozusagen über Nacht mit einer Schuldsumme von fünf Millionen Gulden, die er wohl oder übel anerkennen mußte, beladen sah — einer Schuld, die er so rasch wie möglich an die Gläubiger Oppenheimers zurückzahlen mußte, wollte er nicht einen Staatsbankrott anmelden. Und noch viel ärger war es, daß von Stund an kein Finanzmann in Europa der österreichischen Krone borgen wollte. Den Bankiers im Ausland — und schon gar in Österreich selbst — stand das Schicksal ihres ehemaligen Kollegen Oppenheimer allzu deutlich vor Augen.

Zu verpfänden hatte Österreich nichts mehr — alles, was Wert hatte, war bereits verpfändet worden. Es blieb dem Staat also wohl oder übel nichts anders übrig, als zu versuchen, so rasch wie möglich wenigstens halbwegs solvent zu werden. Das Gewicht der Monopolisten und ihrer adeligen Geschäftspartner war zwar groß, aber es war damals nicht so groß, daß die Krone ihretwegen bereit gewesen wäre, eine bankrotte Macht dritten Ranges zu werden. Nach dem Oppenheimerkrach gelang es den Vertretern der Reformpartei, sich stärker durchzusetzen als bisher. Natürlich spielten auch andere Faktoren mit, aber von dieser Zeit an datierte ein energischerer, staatlich gelenkter Aufbau der neuen österreichischen Manufaktur. Unter Druck und in größter Not entschloß sich die österreichische Krone zu der Politik, die Ludwig XIV. längst anwandte.

Österreich begann, sich zu einer wirtschaftlichen Einheit zu entwickeln. Ein Ausdruck dieser Entwicklung war, daß die Verbindung zwischen den einzelnen Teilen des Landes systematisch verbessert wurde. Zu gleicher Zeit begann der Staat auch die technischen Voraussetzungen für den Export der neuen Waren und den Import der Rohstoffe für die neuen Industrien zu schaffen.

Man begann Straßen, Häfen und — allerdings erst etwas später, in der Zeit Karls VI. und Maria Theresias — ein inländisches Kanalsystem zu bauen. Die Kanäle hatten vor allem den Zweck, den Warentransport zu verbilligen. Es war auf die Dauer nicht nur zu teuer, sondern auch unmöglich, die ständig steigenden Mengen von Waren und Rohstoffen mit Pferdefuhrwerken zu transportieren, die nur verhältnismäßig kleine Mengen befördern konnten und deren Erhaltung unverhältnismäßig viel kostete. Kanaltransport war die erste Stufe eines inländischen billigen Massentransportes. Die bedeutendsten Straßen, die Anfang des 18. Jahrhunderts entstanden, waren die Straßen, die Fiume und Triest mit Ljubljana, Kärnten, Steiermark, Tirol und Salzburg verbanden, und die 1728 vollendete Straße über den Semmering.

In der gleichen Zeit begann die Krone mit dem Ausbau der Adriahäfen, vor allem in Fiume und Triest. 1719 wurden Fiume und Triest zu Freihäfen erklärt, in denen Kaufleute aller Länder mit allen Waren handeln konnten. Der Staat gab ihnen Lagerhäuser, Lotsen, Schutz ihrer Person und ihrer Güter und verlangte dafür eine verhältnismäßig niedrige Admiralitätsabgabe von einem halben Prozent des Umsatzes. Das war ein Bruch mit der damaligen Tradition einer starken Besteuerung des Handels, nicht nur durch Import-, sondern auch durch Exportzölle. Im gleichen Jahr erging an alle „fremden Trafikanten, Kaufleute, Künstler und Manufakturisten" die Aufforderung, „sich ohne Unterschied der Religion in den Erblanden niederzulassen". Das war ebenfalls ein offener Bruch mit der Tradition, diesmal mit der Tradition des katholischen Religionsmonopols. Die Kirche, insbesondere die Jesuiten, lief gegen diese Maßnahmen selbstverständlich Sturm. Mit Recht oder mit Unrecht machten sie dafür vor allem Prinz Eugen von Savoyen verantwortlich und konzentrierten jahrelang alle ihre offenen und versteckten Angriffe gegen seine Person.

1713 begann die Krone mit dem Bau einer österreichischen Kriegsmarine. Bis dahin war Österreich ausschließlich eine Landmacht gewesen. Einige Jahre später besaß es bereits 20 Kriegsschiffe, 17 Galeeren, 9 Fregatten, 8 Waffenschiffe und 3 kleine Hilfsschiffe mit insgesamt 1067 Kanonen. Die Voraussetzung dafür war selbstverständlich die Entwicklung von Schiffsbauunternehmen überhaupt, und tatsächlich gab es in jener Zeit mehrere große und recht modern ausgestattete staatliche Werften, die auch Handelsschiffe herstellten. Der Bau einer Kriegsflotte wurde damals als das äußere Zeichen dafür betrachtet, daß ein

Land im Begriff war, eine Großmacht zu werden. Auf den Meeren der Welt tauchte eine neue Flagge auf, die Flagge des Hauses Österreich. Im wesentlichen war der österreichische Handel ein Mittelmeer-, Adria- und Levantehandel, aber ein Teil der Schiffe begann Afrika zu umsegeln und den Handelsverkehr bis nach Indien auszudehnen. Unter Joseph I. wurden eine Reihe von überseeischen Kompagnien, insbesondere die Ostindische Kompagnie, gegründet. (Die Kompagnien, private Handelsgesellschaften mit staatlicher Unterstützung, die bald ganz in Staatsbesitz übergingen, waren in allen großen europäischen Staaten, vor allem in England, Frankreich und Holland, die ersten Organe einer modernen Kolonisationspolitik. Sie betrieben nicht nur Handel, sondern kauften auch Land in Übersee, schlossen mit den eingeborenen Königen und Fürsten richtige Staatsverträge ab, forderten und erhielten eingeborene Arbeitskräfte und unterhielten in ihren überseeischen Stützpunkten nicht selten sogar eine eigene kleine Armee. Die englische Ostindische Kompagnie zum Beispiel begründete nicht nur die englische Herrschaft in Indien, sie schuf bereits einen ganzen Herrschafts- und Verwaltungsapparat, den der Staat dann einfach übernahm. Das gleiche tat die Westindische Kompagnie in Jamaika.) Die österreichische Ostindische Kompagnie, deren Hauptstützpunkt allerdings nicht in Österreich, sondern in den belgischen Erbländern der Habsburger — und zwar in Ostende — lag, war offensichtlich als ein Konkurrenzunternehmen gegen den englischen und holländischen Handel gedacht.

Ein wirtschaftlich sehr wichtiges Ereignis war die Gründung der ersten österreichischen Staatsbank, der „Girobank", im Jahre 1703. (Die „Girobank" wurde 1706 in die „Wiener Bank" umgewandelt.) Die Bank entstand unmittelbar nach dem Oppenheimerkrach, als der Staat wohl oder übel die Garantie für die beim Krach verlorenen fünf Millionen Gulden übernehmen, die Schuldverschreibungen in staatliche Schuldscheine verwandeln und eine regelmäßige Zinsenzahlung versprechen mußte. In dieser für den Staat sehr schwierigen Situation konnten sich die „Wirtschaftsreformer" am Hof, insbesondere der Finanzexperte Graf Starhemberg, durchsetzen und die Schaffung einer

Staatsbank erzwingen. Die Staatsbank sollte das Geld für die Zinsen dadurch aufbringen, daß sie sich als eine Art Zentralstelle für alle Geldgeschäfte konstituierte, über die alle Wechselgeschäfte, Kredittransaktionen usw. abgewickelt werden sollten. Die aus diesen Transaktionen fließenden Abgaben sollten für die Zinsen der Staatsschuld verwendet werden.

Der Oppenheimerkrach war nur der äußere Anlaß; das Bedürfnis nach einer großen und einigermaßen sicheren Bank bestand schon lange. Die neue Manufaktur konnte nur entstehen und sich weiterentwickeln, wenn die Fabrikanten die Möglichkeit hatten, Kredite — oft nur kurzfristige Kredite, aber zu einem niedrigen Zinssatz — ohne lange Formalitäten zu erhalten. Um dieses Kreditbedürfnis zu befriedigen, war bereits einige Jahre früher eine Institution geschaffen worden, die heute eine ganz andere Rolle spielt — das Leihhaus. Die Pfandleihanstalten, die „Montes pietatis", wie sie damals hießen, dienten nicht, wie heute, der ärmsten Schicht der Bevölkerung, sondern wurden vor allem von mittleren und kleinen Fabrikanten und Kaufleuten als Kreditstellen benützt.

Obwohl die Wirtschaft vor allem Kredit brauchte, gab es auch schon Leute, die aus anderen Gründen an der Entstehung einer Staatsbank interessiert waren. Es gab bereits Personen, die Geld anlegen wollten: reichgewordene Kaufleute, Manufakturisten, die Geldsummen flüssig hatten und sie nicht sofort von neuem in der Manufaktur investieren wollten — die neuen Financiers. Schließlich reichte die vorhandene Summe von Zahlungsmitteln — Gold, Silber und Kupfer —, die trotz aller Manipulationen, die der Staat gelegentlich mit ihr durchführte, dennoch für eine Periode mit einer geringeren Warenproduktion und einem geringeren Warenumsatz berechnet war, längst nicht mehr aus. Man mußte zusätzliche Zahlungsmittel schaffen — Wechsel und Wertpapiere, die gehandelt werden konnten, später Papiergeld.

Die „Girobank" wurde etwa zur gleichen Zeit gegründet wie die englische Staatsbank und die französische Notenbank Laws. Sie blieb allerdings nicht sehr lange ein reines Staatsinstitut. Obwohl das Bedürfnis nach einem staatlichen Bank-

unternehmen im allgemeinen da war, hatten die Einleger in diesem besonderen Fall zur Stabilität der Finanzgebarung des österreichischen Staates kein Vertrauen und die Einlagen blieben weit hinter dem zurück, was die Finanzfachleute der Regierung erwartet hatten. Dazu kam noch, daß die Manipulationsgebühren verhältnismäßig hoch waren, weil der Staat an der Bank in erster Linie Geld — und zwar viel Geld — verdienen wollte. Erst als die „Girobank" drei Jahre später in die „Wiener Bank" umgewandelt wurde, ein noch immer halbstaatliches Institut, für dessen Einlagen aber die Stadt Wien mit ihrem Grundbesitz die Garantie übernahm, begann sie sich wirklich zu entwickeln und wurde bald nicht nur von Kaufleuten und Fabrikanten, sondern auch von kleinen Sparern, Rentnern und anderen sehr stark benützt. An der Entwicklung der Bank zeigte sich allerdings wieder die ungleichmäßige Politik des österreichischen Protektionismus (das heißt der staatlichen Unterstützung und Lenkung der Wirtschaft). Der Staat sah zwar die Notwendigkeit einer Entwicklung der Produktion, betrachtete diese Produktion aber zu sehr als unmittelbare Geldquelle — nicht nur für die Zukunft, sondern schon für die Gegenwart. Statt zunächst größere Geldsummen und einen großen Arbeitsaufwand in die Wirtschaft hineinzustecken und geduldig zu warten, bis sich Ergebnisse zeigten, versuchte er mit wenigem rasch viel zu erreichen. Infolgedessen waren die staatlichen Subventionen für die neuen Manufakturen oft zu niedrig, so daß kaum eröffnete Betriebe einige Jahre später, wenn das erste Kapital erschöpft war, wieder geschlossen werden mußten. Auch die Periode der Steuerfreiheit, die man den Manufakturisten gewährte, war oft viel zu kurz. Es kam sogar vor, daß der Staat sich nicht entschließen konnte, bei neuen Exportindustrien ganz auf Ausfuhrzölle zu verzichten, oder Rohstoffe, deren Einfuhr für die Fabrikation wichtig war, noch immer mit Einfuhrzöllen belegte. Hier zeigte sich die relative Schwerfälligkeit, zeigten sich bereits in Ansätzen die Grenzen der Wirtschaftslenkung durch einen absolutistischen Staat. Aber trotzdem überwogen bis etwa zum Ende des 18. Jahrhunderts die Vorteile des Protektionismus bei weitem seine Nachteile.

Die rasche Entwicklung im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts führte übrigens in Österreich zu einer Erscheinung, die es in der gleichen Zeit auch in England und Frankreich gab. Es entstand eine wilde Spekulationswelle, und ein Finanzkrach folgte dem anderen. Man begann in dieser Zeit viel und rasch zu verdienen. Aus wohlhabenden Handwerksmeistern wurden über Nacht reiche Fabrikanten, aus kleinen Geldverleihern große Bankiers. Zugleich verlangten die neuen Manufakturen stürmisch nach weiteren Mitteln, um sich zu entwickeln, und waren bereit, dem Einleger riesige Gewinne zu versprechen. Das geschah durchaus nicht immer in betrügerischer Absicht oder aus Leichtsinn, ebenso wie das Publikum durchaus nicht aus Leichtgläubigkeit oder Kopflosigkeit sein Geld in die unglaublichsten und wildesten Projekte hineinsteckte. Aber das Geld schien wirklich auf der Straße zu liegen. Es war möglich, durch die Beteiligung an den neuen Manufakturen in kurzer Zeit sehr hohe Gewinne zu erzielen, durch die Eröffnung eines Betriebes in wenigen Jahren reich zu werden. Die Geschäftsleute hatten die Empfindung, als würde sich alles, was sie anfaßten, in Gold verwandeln, sie hatten jedes Unterscheidungsvermögen zwischen dem, was möglich, und dem, was unmöglich war, verloren und keine Finanzoperation schien ihnen zu gewagt.

Natürlich war nicht alles möglich. Man konnte als Aktionär der neuen Gesellschaft viel verdienen, aber Zinsen von 10, 12 oder sogar 15 und 20% jährlich konnten auf die Dauer nicht gezahlt werden. Aber gerade solche Zinsen versprachen viele Kompagnien. Man konnte mehrere Betriebe aufkaufen und in der Hand eines finanzkräftigen Unternehmens vereinigen, aber es war nicht möglich, ein riesiges Konglomerat von Industrien, das etwa Dutzende von Textilfabriken, Färbereien, Betriebe zur Herstellung von Farben, Grund und Boden zum Anbau von Flachs, Mühlen, Fuhrwerksunternehmen, Betriebe zum Bau von Lastwagen, ja womöglich noch kleine Werften in sich vereinigte, zu schaffen und vor allem zu halten — ebensowenig wie eine einzelne Gesellschaft etwa die gesamte Seidenproduktion des Landes in die Hand bekommen oder auf eigene Faust ein bisher unerforschtes überseeisches Gebiet, von dem

man kaum wußte, wo es lag, kolonisieren und beherrschen konnte. Aber gerade solche Dinge wurden immer wieder versucht. Immer wieder fanden sich Einleger, immer wieder zahlte man eine Zeitlang unwahrscheinlich hohe Zinsen, meist aus dem neuen Kapital, das inzwischen hereingekommen war — und immer wieder endete die Sache nach ein, zwei Jahren mit einem riesigen Krach. Es dauerte einige Zeit, bis man die Möglichkeiten und die Grenzen der neuen Wirtschaft kennenlernte.

1709 wurde in Wien eine große staatliche Seidenfabrik gegründet, ein halbes Jahr später entstand eine zweite, halbstaatliche, die teilweise mit Regierungsmitteln gegründet wurde, aber unter Leitung eines Privatunternehmers stand und nach und nach in seinen Besitz überging. Dieser Typus von Unternehmen war zu Beginn sehr häufig, später beschränkte sich der Staat meist darauf, Fabrikanten, die bereit waren, Betriebe zu eröffnen, Sondervergünstigungen, vor allem Steuerfreiheit, zu gewähren.

Zehn Jahre später gab es in Wien schon eine Reihe von Textilbetrieben, die Seide, Samt, Strümpfe, Brokat und Taft herstellten. In der gleichen Zeit entstanden in Kärnten und vor allem in Böhmen und Schlesien Betriebe, die Tuch und Leinen herstellten und verarbeiteten. Zwischen 1701 und 1718 entwickelte sich auch ein neuer Industriezweig, die ersten Porzellan- und Spiegelmanufakturen wurden gegründet. In der gleichen Periode wurden auch die böhmischen Glashütten, die schon seit den Siebzigerjahren des 17. Jahrhunderts bestanden, ausgebaut und modernisiert.

Es war eine bewegte, von neuen Gedanken und neuen Möglichkeiten erfüllte Zeit, aber keine ruhige und idyllische Zeit. Vermögen entstanden über Nacht und gingen über Nacht verloren, Menschen machten in kurzer Zeit Karriere, stiegen hoch auf der sozialen Stufenleiter empor und stürzten ebenso schnell wieder herab, in die Bedeutungslosigkeit oder ins Schuldgefängnis. In den Städten schossen prunkvolle Paläste aus dem Boden — prunkvoller als alles, was vorher gebaut worden war —, aber daneben standen dunkle, überfüllte und zerfallende Häuser — überfüllter und zerfallender als jemals zuvor. Man aß, trank

und tanzte mehr als je — aber daneben hungerte man auch mehr. Die Unterschiede waren noch nicht so kraß, wie sie zu Ende des 18. Jahrhunderts und Anfang des 19. Jahrhunderts wurden, aber die Städte begannen bereits ihr verhältnismäßig einheitliches Aussehen zu verlieren, es entstanden Viertel der Reichen und Viertel der Armen.

Die Entstehung der neuen Manufaktur wurde mit dem Blut, dem Schweiß und den Tränen vieler unbekannter kleiner Leute erkauft. Kleine Sparer, Witwen und Waisen verloren ihre letzten Groschen durch die Finanzoperationen des Staates oder der Spekulanten. Manche Handwerker, vor allem die Meister, stiegen in die Klasse der neuen Spekulanten auf, ein weit größerer Teil von ihnen aber verlor seine Selbständigkeit und seine verhältnismäßig gesicherte Existenz und wurde zu Lohnarbeitern.

In vielen neuen Industrien, vor allem dort, wo man neue und komplizierte Fabrikationsmethoden anwandte oder Maschinen benützte, die entweder mit Wasserkraft betrieben wurden oder (wie zum Beispiel Schmelzöfen) so groß und im Betrieb so kostspielig waren, daß man nur wenige große Maschinen aufstellen konnte, wurde die ganze Produktion in Werkstätten durchgeführt. Die Menschen, die dort beschäftigt waren, nahmen im Betrieb bereits eine ähnliche Stellung ein wie der Arbeiter in einem modernen Industriebetrieb. Allerdings waren sie weit weniger spezialisiert. Während der Arbeiter heute oft nur einen Teil des Produktionsprozesses kennt und manchmal nur einen Handgriff immer wieder verrichtet, beherrschten die Arbeiter jener Zeit in der Regel meist mehrere Produktionsgänge. In einem anderen Teil der Industrie, vor allem in vielen Zweigen der Textilproduktion, gab es eine gemischte Form der Fabrikation. Ein Produktionsgang oder mehrere — zum Beispiel das Spinnen oder das Weben — wurden von Heimarbeitern durchgeführt, die vom Fabrikanten Flachs oder Garn erhielten und Garn oder Stoff ablieferten, und nur der letzte oder der komplizierteste Produktionsgang spielte sich in der Werkstatt ab.

Die Arbeiterlöhne, die zu Beginn des 18. Jahrhunderts

sehr niedrig gewesen waren, stiegen im zweiten Drittel des Jahrhunderts etwas an. Anfang des 18. Jahrhunderts kam es mehrere Male zu Lohnbewegungen, die sich nicht auf den einzelnen, meist noch ziemlich kleinen Betrieb beschränkten, sondern den ganzen Produktionszweig erfaßten. 1715 traten zum Beispiel die Wiener Schuhmachergesellen in den Streik und verlangten höhere Löhne. 1722 und 1725 gab es wieder Lohnstreiks der Wiener Schuhmacher, Leinenweber und Seidenarbeiter. Der Streik von 1722 nahm solche Ausmaße an, daß er, wie es in Berichten heißt: „zu Bestürzung und Beunruhigung der Wiener Bürger führte". Die Regierung stellte den Streikenden ein Ultimatum und verlangte, sie sollten sofort an ihre Arbeit zurückkehren. Als der Streik trotzdem weiterging, ließ sie zwei der Streikführer verhaften und hinrichten. Trotzdem wurde in den folgenden Jahren immer wieder gestreikt.

Solche Bewegungen wurden möglich, weil mit der Entstehung der Manufakturen und der Erweiterung der Produktion zum erstenmal eine größere Anzahl von Arbeitern an einem Ort beschäftigt waren, die sich nun leicht miteinander verständigen und schließlich gemeinsam auftreten konnten. Die Arbeiter arbeiteten nicht nur nebeneinander, sie lebten auch nebeneinander. Mit dem Zuzug neuer Arbeiter nach Wien, die nicht mehr, wie früher die Gesellen, im Hause des Meisters lebten, bildeten sich langsam um die Werkstätten der neuen Fabrikanten herum Arbeitersiedlungen. Die „Vorstadt" begann zu entstehen.

Die Arbeiter waren teilweise frühere Handwerksgesellen, die infolge der Erstarrung der Gilden nicht mehr zum Meister aufsteigen konnten. Vor allem aber stammten sie vom Lande — und zwar nicht nur aus der unmittelbaren Umgebung Wiens, sondern auch aus ziemlich weit entfernten Teilen der Monarchie.

Die Krone unterstützte diesen Zuzug. Sie zerbrach nun auch formal die Privilegien der Gilden, indem sie eine Schicht von „hofbefreiten" Arbeitern und kleinen Unternehmern schuf, die direkt der Krone unterstanden und, sei es als Arbeitnehmer oder als Arbeitgeber, von allen Gildenvorschriften befreit wurden. 1731 hob schließlich Karl VI. den Zwang zur Ablegung der Meisterprüfung auf und unterstellte die Gilden in allen

Fragen, die die Produktion betrafen, der Kontrolle der Behörden. Von dieser Zeit an verloren die Gilden den letzten Rest wirtschaftlicher Bedeutung. Ihre Tätigkeit beschränkte sich seitdem im wesentlichen auf die Teilnahme an Festlichkeiten und Prozessionen.

Schlecht ging es den Bauern — genauer gesagt, den Bauern, die sich noch immer in starker Abhängigkeit von ihren Grundherren befanden. (Allerdings begann zu jener Zeit, vor allem im eigentlichen Österreich, auch auf dem Dorfe eine Schicht wohlhabender Bauern zu entstehen, die am Aufschwung der Wirtschaft profitierte.) Die Privilegien der grundbesitzenden Adeligen wurden von der Krone erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts angetastet, bis dahin ließ man ihnen auf ihren Besitzungen freie Hand. Obwohl der österreichische Adel am engsten mit dem alten Handelskapital verbunden war, verschmähte er es durchaus nicht, sich an den durch die Manufakturentwicklung entstandenen Verdienstmöglichkeiten zu bereichern — auf Kosten seiner Bauern. Er wurde zum Großlieferanten für Lebensmittel, begann auf seinen Gütern Bier zu brauen oder Schnaps zu brennen — besser gesagt, die Bauern mußten zu ihrer eigenen Arbeit die mit einer solchen Produktion verbundene Mehrarbeit leisten, wenn sie nicht bereits Grund und Hof verloren hatten und zu Landarbeitern geworden waren. Der Grundherr verwandelte Ackerland in Weideland, Getreidefelder in Flachsfelder, und der Bauer mußte dem Schaf oder der Flachspflanze weichen. Die Kanalbauten, die Straßenbauten begannen — und der Staat kommandierte die Bauern zur Arbeit am Straßenbau oder beim Graben der Kanäle, oder der Grundherr stellte aus seinen Bauern Arbeitsgruppen für den Bau zusammen und strich den Kontraktlohn ein.

In den eigentlichen österreichischen Ländern war trotz allem die Position der Bauern eine bessere. Wirklich schlimm war es in Böhmen, Mähren, Schlesien und vor allem in Ungarn. Hier kümmerte sich überhaupt niemand um die Lage der Bauern, von denen die meisten noch Leibeigene waren. Die Krone ließ dem einheimischen Adel völlig freie Hand, und die österreichischen Spekulanten, die Unternehmer, die Händler und

Financiers betrachteten diese abgelegenen Gegenden völlig als ihren privaten Jagdgrund. Was in den tschechischen, vor allem aber in den ungarischen und slowakischen Gebieten getrieben wurde, grenzte an Menschenhandel. Privatkontrakteure kamen angefahren und ließen sich von den Grundbesitzern nicht nur Holz verkaufen, sondern auch gleich dazu die Bauern, die das Holz schlagen sollten. Diese mußten so lange im Wald arbeiten, bis sie die verkaufte Holzmenge gefällt und geschlagen hatten. Und ein paar Wochen später kam ein neuer Kontrakteur, machte ein neues Geschäft — diesmal vielleicht mit Baumaterial (Steinen, Ziegeln) — und die Bauern wurden wieder „mitvermietet". Ein anderes Mal brachte ein unternehmungslustiger Fabrikant irgendwelche Waren in die Gegend — und der Grundherr, der am Verdienst beteiligt wurde, zwang „seine" Bauern dazu, die Ware zu unerhört hohen Preisen zu kaufen, ganz gleich, ob sie sie brauchten oder nicht.

Allerdings waren die lokalen Grundherren nicht immer die Schuldtragenden. Am ärgsten trieben es wohl „die Fremden", die kaiserlichen Beamten, Steuereinnehmer, Kommissäre, Verwaltungsbeamten, Offiziere und Kommandanten der Garnison und andere. Nicht nur, daß sie zu den ohnehin schon hohen Steuerabgaben oft noch für sich Abgaben draufschlugen und die Bewohner geradezu ausplünderten — sehr viele Beamte waren auch entschlossen, sich für das recht eintönige Leben in den „abgelegenen Gebieten" wenigstens durch rasches Reichwerden zu entschädigen, und benützten ihre Stellung, um Kontraktgeschäfte in einem viel größeren Umfang abzuschließen als der einheimische Adel, dem immerhin kein kaiserlicher Machtapparat, mit dem man Arbeitsbefehlen oder Ablieferungsvorschriften verstärkten Nachdruck verleihen konnte, zur Verfügung stand. In Ungarn, in Böhmen, Mähren und Schlesien und etwas später in den von der türkischen Herrschaft befreiten Gebieten wurden auf diese Art in kurzer Zeit Riesenvermögen gemacht. Es wurde aber auch als Resultat der unerträglichen Ausplünderung eine Saat des Hasses gesät, deren Frucht Aufstände waren, die sich nicht gegen die eigenen Herren, sondern gegen die „fremden Räuber" richteten.

DIE KULTURELLE ENTWICKLUNG

Das Buch, zweihundert Jahre früher ein seltener Luxusgegenstand, war Ende des 17. Jahrhunderts bereits ein Gegenstand der täglichen Verwendung. In den Häusern der Reichen und der Gebildeten gab es oft Bibliotheken mit vielen hundert, manchmal mit vielen tausend Bänden, aber auch in den Häusern des kleineren Bürgertums fand man meist einige Bücher. Ein Teil der Literatur beschäftigte sich noch immer mit religiösen oder halbreligiösen Themen, ein Teil, vor allem wissenschaftliche Bücher, war noch immer in Latein geschrieben, aber daneben entwickelte sich bereits eine nicht unbeachtliche weltliche Literatur, und mehr und mehr Bücher erschienen in deutscher Sprache.

„Österreich" war für die Menschen der damaligen Zeit ein Begriff geworden, und man begann sich auch literarisch damit zu beschäftigen. Man entdeckte das Land und seine Vergangenheit. Ende des 17. Jahrhunderts begannen immer mehr historische und geographische Bücher zu erscheinen. Solche Bücher waren auch im 16. Jahrhundert geschrieben worden, aber während man sich zu jener Zeit auch mit der Welt im allgemeinen oder mit fremden, noch unentdeckten Ländern beschäftigte, konzentrierte man sich nun viel mehr auf das eigene Land. Es erschienen zahlreiche geographische und historische Darstellungen der österreichischen Länder — und ebenso viele genaue Landkarten Österreichs. Ein Teil dieser Arbeiten, insbesondere die kartographischen, wurde von der Krone subventioniert. Aus dieser Zeit stammen auch mehrere große Geschichtswerke, die allerdings meist noch in Latein geschrieben waren, so zum Beispiel die „Scriptores Rerum Austriacarum" von Hieronymus Pez u. a., eine Geschichte der Regierungszeit Leopolds I. von Franz Wagner, Geschichten des Hauses Habsburg, Geschichten Kärntens, Tirols, der Steiermark, Wiens, die „Topographia Austriae" und die „Topographia Bohemiae" und viele Einzeldarstellungen historischer Ereignisse.

Man hat oft behauptet, daß die österreichische Literatur erst sehr spät entstanden ist, daß zwischen der Zeit der Minnesänger und dem 19. Jahrhundert eigentlich nichts oder nichts

Bemerkenswertes liegt. Es kommt darauf an, was man unter „Literatur" versteht.

Die in Deutschland übliche Literaturbetrachtung faßt den Begriff „Literatur" ziemlich eng, sie rechnet dazu den Roman, das Gedicht, das Drama, hie und da den kritischen Essay, also nur das „Schöngeistige". Die übrige Welt ist viel irdischer, sie rechnet zur „Literatur" auch die politische und nationalökonomische Schrift, die historische oder beschreibende Arbeit, schließlich Zeitgedichte und Zeitschilderungen. Daß Deutschland diese Auffassung hat, ist verständlich. Die breite nationale Literatur entstand überall mit dem Bürgertum, mit der neuen Intelligenz. Aber Deutschland war zur Zeit der Entwicklung des Bürgertums in hunderte Staaten zerrissen, von hunderten kleinen Fürsten regiert. Für die „irdische" Literatur war in einem solchen Land kein Platz, und der Dichter nahm sich, wie Schiller sagt, den Himmel, weil die Erde anderen gehörte.

Die österreichische Literatur ist in den letzten achtzig Jahren bei uns mit den Augen der deutschen Literaturhistoriker betrachtet worden. Man suchte auch in unserer Vergangenheit nur die „einzig wirkliche", die „überirdische" Literatur, fand wenig davon und kam zu dem Ergebnis, daß es in Österreich vor dem 19. Jahrhundert keine Literatur gab. Aber die Dinge sehen ganz anders aus, wenn man nicht deutsche Maßstäbe anlegt.

Das entstehende österreichische Bürgertum lebte in einem Lande, in dem es für den Bürger durchaus Platz gab. Es lebte in einer Welt, an der es interessiert war, dessen Fragen und Kämpfe es direkt betrafen und die es mit seiner Stellungnahme in gewissem Maße beeinflussen konnte. Aus diesem Grund ist die österreichische Literatur im 17. und 18. Jahrhundert in erster Linie „irdisch". „Schöne Literatur" gibt es verhältnismäßig wenig. Um so stärker ist die politische, wirtschaftliche, beschreibende und die Zeitliteratur entwickelt.

Ende des 17. und in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts erschienen in Österreich zahllose politische Schriften und Pamphlete. Hörnigks Buch ist nur eines von vielen, in denen versucht wurde, Gestalt und Richtung des kommenden Österreich zu bestimmen. Unzählige Schriften beschäftigten sich mit

politisch-philosophischen Fragen — den Rechten und Pflichten der Krone, der Stellung des Staatsbürgers. In vielen tauchte ein neuer Begriff auf; der Begriff der „Vernunft", die die einzige Richtschnur für die Politik des Staates und die Haltung des einzelnen sei. Viele Arbeiten beschäftigten sich mit aktuellen Fragen — dem Krieg gegen Frankreich, der Entwicklung der österreichischen Wirtschaft und vor allem immer wieder mit dem Krieg gegen die Türken und der Notwendigkeit ihrer Vertreibung von den Grenzen des Landes. Politische Literatur waren im Grunde auch die Predigten und Schriften Abrahams a Sancta Clara, der in der Form einer Moralkritik die in der damaligen Gesellschaft herrschenden Verhältnisse kritisierte und einer der erbarmungslosesten Bekämpfer der Monopolisten und Spekulanten war.

Jeden Monat, manchmal jede Woche, entstanden neue politische Gedichte und Anekdoten. Meistens wurden sie als kleine Druckschriften verkauft. In den Kaffeehäusern, die damals aus dem Boden wuchsen, ging nicht nur der Semmel- und Zuckerwarenverkäufer, sondern auch der Pamphletverkäufer von Tisch zu Tisch — und nicht wenige dieser Pamphlete entstanden selbst in Kaffeehäusern. Und gleichzeitig mit ihnen begannen die regelmäßig, meist wöchentlich herausgegebenen Tageschroniken, die direkten Vorläufer unserer Zeitungen, zu erscheinen.

Meistens hatten die Pamphlete und politischen Schriften eine stark patriotische Note. Als Prinz Eugen die Türken nach dem Balkan zurückzudrängen begann, entstand eine ganze Prinz-Eugen-Literatur. Einige anonyme Schilderungen der Schlacht von Zenta sind kleine epische Meisterwerke von großer sprachlicher Schönheit. Auch unter den „Türkenliedern", die vor allem in jener Zeit entstanden und in denen unbekannte Dichter — das Volk selbst — von der Not der Türkenherrschaft und der Sehnsucht nach der Freiheit sangen, gibt es manches literarisch wertvolle Gedicht.

Ende des 17. Jahrhunderts erschienen die ersten Werke einer neuen Kunstform, die man im allgemeinen als die „bürgerliche Form der Literatur" bezeichnet — die ersten Romane. Der bedeutendste von ihnen stammt wieder von Abraham a Sancta Clara und heißt „Judas, der Erzschelm", ein anderer

stammt von Erzherzog Ferdinand von Tirol. Die Romane waren meistens sogenannte Erziehungs- oder Entwicklungsromane. Sie behandelten die Abenteuer junger Menschen, die auszogen, die Welt kennenzulernen und ihr eigenes Leben zu gestalten, und im Verlauf dieser Wanderung Erlebnisse hatten und Erfahrungen machten, die ihren Charakter und ihre Weltanschauung endgültig formten. Meistens kehrten sie am Schluß in die Heimat zurück, um in begrenztem Raum Glück und Lebenserfüllung zu finden. Aufbau und Thematik glichen bereits denen des großen klassischen Romans, der später im „Wilhelm Meister", im „Grünen Heinrich", in „Krieg und Frieden" seinen Höhepunkt erreichte.

Seit Mitte des 17. Jahrhunderts wurden am Hof und später auch für die ganze Bevölkerung Jesuitendramen aufgeführt. Diese Dramen behandelten religiöse Themen. Stoffe aus der klassischen Mythologie, vaterländische Themen und aktuelle Ereignisse. Man spielte zunächst in lateinischer Sprache, dann deutsch, italienisch und slowenisch. Etwas später kamen reisende ausländische Theatergesellschaften, die italienische Commedia dell'arte, französische und englische Theatertruppen nach Wien. Zu gleicher Zeit begann sich, unabhängig vom Hof und von der Kirche, aus den Hanswurstkomödien das Wiener Volkstheater zu entwickeln. Unter Karl VI. begannen die Aufführungen italienischer Opern ein fester Bestandteil des Kulturlebens der Großstadt zu werden, und bald darauf entstand in Wien das erste Opernhaus. Aber die sichtbarste Entwicklung gab es auf dem Gebiet der Baukunst. Ende des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts entstand jene Kunstform, die noch heute dem Gesicht unserer Städte ihren Stempel aufdrückt und deren Name fast ein Synonym für die kulturelle Tradition Österreichs ist — das österreichische Barock.

Die österreichischen Barockbauten — die Karlskirche, das Belvedere, Prinz Eugens Palais in der Himmelpfortgasse, die Palais Schwarzenberg, Liechtenstein und Lobkowitz, das Stift von St. Florian, Stift Melk, die Kirchen und Palais von Salzburg, Graz oder Steyr, die Bauernbarockhäuser in Niederösterreich und im Burgenland und zahllose andere

Gebäude — gehören zu den schönsten Kunstwerken Europas. Wenn Häuser und Kirchen vollkommene Schönheit sein können, dann sind es die Barockpalais und die Barockkirchen Österreichs. Es gibt wenige Bauarten, die so harmonisch sind. Das Barock verbindet fast überirdische Zartheit mit Kraft, verspielte Leichtigkeit mit ruhiger Klarheit. Man betrachte einmal das Palais in der Himmelpfortgasse. Um die hohen runden Portale schmiegen sich Göttinnen der Antike, Helden und Götter der Antike stehen in den Nischen der Gänge, halten die Treppen und Giebel. Das Haus sagt gleichsam: „Die Glorie des Altertums gehört uns. Wir haben sie erobert, der Vergessenheit entrissen, das Schönste, das sie den Menschen vererbte, dem Besitz unserer Zeit eingegliedert!" Tore und Giebel sind reich verziert; noch ein wenig mehr, und sie wären überladen. Eisen und Stein, die beiden härtesten, widerstrebendsten Stoffe, sind in so zarte Ranken, Figuren, Blumen verwandelt, als wäre ihr Grundstoff Seide oder Ton. „Wir sind reich", sagt das Haus. „Die Zeit der Bedrohung ist vorbei — die Zeit, in der man feste Schutzwälle und sichere Mauern bauen mußte, wo man die Häuser aufrichtete, damit sie den Türken oder irgendeinem anderen Feind widerstehen konnten, in der es sich nicht lohnte, an einem Giebel oder an einem Portal Jahre herumzumeißeln, weil schon morgen das Haus in Flammen stehen konnte. Wir haben Material, wir haben Künstler, wir haben Zeit — so viel Zeit, daß wir an einer kleinen Rose, an einem kleinen Giebel monatelang arbeiten können." Hinter den Giebeln und Portalen dehnt sich breit und fest das starke, sichere Haus mit seinen riesigen, hellen Fenstern, seinen hohen geschmückten Zimmern, und unter den zarten Dekorationen stehen Wände, die für Jahrhunderte gebaut sind. „Seht mich an", sagt das Haus, „wir können Fenster haben, die doppelt so groß sind wie die Fenster der Häuser, die einst gebaut wurden. Wir haben Glas — tausendmal mehr als zuvor, denn die neuen Glasbläsereien in unserem Lande arbeiten für uns. Wir müssen uns nicht fürchten, daß die Winterkälte durch die hohen Fenster dringt, die großen, hohen Zimmer durchzieht. Wir haben Holz — so viel Holz, wie wir wollen. Wir haben in unseren Kaminen neue Vorrichtungen, die ver-

hindern, daß die Wärme ungenützt abzieht — und wenn sie morgen nicht mehr genügen, werden wir neue erfinden. Die Welt, ihr Reichtum und ihre Größe gehören uns — und es wird immer so sein!"

Am Barock ist nichts Zweifelndes, Dunkles, Mystisches. Es ist der Baustil von Menschen, die sich als die Herren ihrer Zeit fühlten, die gern aßen und gern tranken, gern tanzten und gern liebten und die dennoch Zeit fanden, Bilder zu betrachten, Verse der antiken Klassiker zu lesen und bis in die Nächte hinein über Philosophie und Politik zu sprechen. Es ist die Kunstform einer aufsteigenden Klasse, die spürt, wie sich die Welt vor ihr öffnet und das Leben ihr zu gehören beginnt.

Es ist richtig — die Männer, die die Palais und Kirchen des Barocks errichteten oder den Auftrag gaben, sie zu bauen, gehörten selbst einer Oberschicht an, sie waren nur selten direkte Vertreter jener noch aufsteigenden breiten Schicht, des Bürgertums, deren Kommen der Ausdruck der neuen Zeit werden sollte. Aber auch sie verdankten der neuen Produktion Geld, Stellung und nicht selten Adel. Viele, darunter die Eggenberger, die Pögl, die Stürgkh, die Inzaghi, die Clary, die Attems und die Schwarzenberg, erhielten entweder erst um diese Zeit das Adelspatent oder stiegen in der adeligen Rangstufe empor. Andere — die Lobkowitz, die Sinzendorf, die Auersperg — bereicherten sich maßlos an der neuen Manufaktur. Viele der Bauherren des Barocks waren Vertreter der neuen Richtung in Politik und Wirtschaft, Angehörige der Reformpartei oder — wie Prinz Eugen — ihre Führer. Und die großen Baumeister des Barocks — Fischer von Erlach, Lucas von Hildebrand, Jakob Prandtauer, Carlo Carlose, Domenico Martinelli — waren, wie alle großen Künstler, in ihren Werken Sprecher der neuen Gefühle und Gedanken, die ihre Zeit durchpulsten.

Obwohl das Werden jener Kirchen und Paläste mit Schweiß und Blut erkauft wurde, obwohl manches Fundament auf den Knochen der Armen steht, die es bauten oder die für seinen Bau ausgeplündert wurden, ist das Barock die Kunstform des Aufstiegs, die Kunstform des Optimismus. Optimismus aber ist das ewige Glaubensbekenntnis des menschlichen Fortschritts.

DAS ZEITALTER PRINZ EUGENS

Am Morgen des Oktobertages 1683, an dem die verbündeten Armeen zum Sturm auf das Türkenlager rüsteten, blickte Eugen von Savoyen, Offizier im Heere des Markgrafen von Baden, zum erstenmal von den Höhen des Wienerwaldes auf die Stadt hinab, die er retten helfen sollte. Wien, das er als Befreier betrat, wurde zu seiner zweiten, zu seiner wirklichen Heimat. Von diesem Tag an bis zu seinem Tode im Jahre 1736 diente er Österreich.

Er wurde in Frankreich als Sohn einer der schönsten Frauen am Hof Ludwigs XIV. und eines ältlichen, unbedeutenden Fürsten des Hauses Savoyen geboren. Seine Mutter war eine der Favoritinnen des Königs, und man munkelte, daß Eugen ein unehelicher Sohn Ludwigs sei. Was immer an diesem Gerücht wahr gewesen sein mag, Eugen half die angebliche Verwandtschaft mit dem Herrscher Frankreichs nichts. Im Gegenteil, es scheint, daß der außerordentlich häßliche, kränkliche und schüchterne junge Mann Ludwig besonders unsympathisch gewesen ist. Er schlug seine ständigen Bitten um Aufnahme in die Armee rundweg ab. Eugen sollte Geistlicher werden. Er wehrte sich verzweifelt, und als aller Widerstand nichts half, verließ er Frankreich. Sein Cousin, der Markgraf von Baden, gab ihm die Gelegenheit, die Ludwig ihm verweigert hatte. Er verhalf ihm zu einer Offiziersstellung in der Armee, die gegen die Türken ins Feld zog. Der Feldzug von 1683 wurde der erste Krieg, an dem Eugen teilnahm. Nach der Befreiung Wiens kämpfte er bis 1688 im Heere des Herzogs von Lothringen gegen die Türken. In diesem Krieg wurde der Fünfundzwanzigjährige bereits General, 1693 — mit dreißig Jahren — wurde er zum Feldmarschall ernannt. Schon zu Beginn der Neunzigerjahre führte er einige wichtige diplomatische Missionen für den Kaiser durch. 1697 kam schließlich sein erster großer Triumph, der weit über die Grenzen Österreichs Aufsehen erregte und Eugen mit einem Schlage zu einem der führenden Feldherren Europas machte — der Sieg gegen die Türken bei Zenta. Unter seiner Führung wurde das österreichische Heer, das eine Zeitlang

hinter dem Schwedens und Polens an die sechste oder siebente Stelle gerückt war, wieder zu einem der besten und schlagkräftigsten Europas. In den italienischen Kriegen und im Spanischen Erbfolgekrieg 1701 bis 1714 brachte es, zusammen mit der Armee Englands, das unbesiegbare Frankreich dicht an den Rand der Niederlage. In den Türkenkriegen, die erst im Jahre 1718 mit dem Frieden von Passarowitz ein vorläufiges Ende fanden, gelang es Eugen, nicht nur die Türken aus fast ganz Mittel- und Südosteuropa hinauszudrängen, sondern auch die türkische militärische Macht für immer zu brechen. Nach Passarowitz gab es noch immer Türkenkriege, aber es gab niemals mehr eine Türkengefahr für Österreich oder für Ungarn.

Seit 1703 war Eugen Präsident des Hofkriegsrats — eine Funktion, die nach heutigen Begriffen etwa die des Kriegsministers und des Oberbefehlshabers der Armee vereinigt. An der Gesamtpolitik, an der Führung der inneren und vor allem der äußeren Staatsgeschäfte, nahm er zu jener Zeit jedoch noch keinen bedeutenden Anteil. Leopold I. zog Eugen verhältnismäßig wenig zu Entscheidungen und Beratungen heran, die außerhalb des eigentlichen militärischen Gebietes lagen. Erst unter Joseph I. und später unter Karl VI. wurde Eugen zum Mitglied der höchsten politischen Körperschaft des Staates, der Geheimen Konferenz, die etwa dem heutigen engeren Kabinett entspricht. Und von da an bis zu seinem Tode war er mehr — der erste Mann Österreichs, der „ungekrönte König des Landes", wie er von Zeitgenossen genannt wurde.

Daß Leopold I. Eugen mit einer gewissen Zurückhaltung behandelte und daß Eugens eigentliche politische Karriere erst mit dem Regierungsantritt Josephs I. begann, ist eine Tatsache. Über die Ursachen gibt es verschiedene Vermutungen; eine davon ist, daß man Eugen als Ausländer und gebürtigen Franzosen nicht ganz traute. Das mag eine gewisse Rolle gespielt haben — obwohl Leopold Eugen jedenfalls genügend traute, um ihm das Oberkommando der Armee zu übergeben. Auch das Geflüster über Eugens angebliche Verwandtschaft mit dem „Hauptfeind" Österreichs, Ludwig XIV., das natürlich

vom Pariser Hof bis nach Wien gedrungen war, mag den oder jenen kaiserlichen Politiker gegen Eugen beeinflußt haben, aber entscheidend waren diese Gründe sicherlich nicht. Eugen hatte durch seine Flucht und seinen Dienst in der kaiserlichen Armee klar den Trennungsstrich zwischen sich und Frankreich gezogen, und überdies war man in Österreich gewöhnt, sich seine Feldherren und Politiker aus aller Herren Ländern zu holen. Es gab zwar viele Anzeichen eines wachsenden Nationalgefühls, aber es war keineswegs so weit entwickelt, daß man zwischen Einheimischen und Ausländern große Unterschiede gemacht hätte — schon gar nicht die Krone. Viel wahrscheinlicher ist ein anderer Grund — nämlich der, daß Leopold I. die politische Konzeption, die Ansichten und Pläne Eugens nicht paßten.

Leopold I. war ein konservativer Monarch, der im Grunde keinen anderen Wunsch hatte, als nach altem Brauch und alten Methoden „weiterzuwursteln", allen großen Entscheidungen, allen tiefgreifenden Reformen auszuweichen. Nur wenn es gar nicht anders ging, wenn der Druck der Verhältnisse zu stark wurde und eine Katastrophe unausweichlich schien, war er klug genug nachzugeben, einige unerträglich gewordene Übelstände abzuschaffen, einige längst lebensnotwendig gewordene Reformen einzuführen. In seine Herrschaftszeit (1658 bis 1705) fallen die ersten Anfänge einer staatlichen Wirtschaftspolitik, die ersten Reformversuche in Armee und Staatsapparat, die Gründung der ersten Bank des Landes — aber all diese Dinge wurden nur langsam, widerwillig, fast unter Zwang durchgeführt. An Leopolds Hof gab es kluge und fähige Politiker, wie den österreichischen Gesandten in England Wratislaw oder den Finanzfachmann Starhemberg, aber im großen und ganzen umgab er sich mit einer Gruppe alter und unbeweglicher Minister, manchmal auch mit geradezu unfähigen oder korrupten Personen, die er mit fanatischer Starrsinnigkeit im Amte hielt.

Eugen jedoch — und das ist das wirkliche Geheimnis seiner Erfolge, die Ursache, warum er über seine Zeit und sein Land hinaus zum militärischen und politischen Lehrmeister ganz Europas wurde, warum dieser am Hof geborene und immer in Hofkreisen lebende hohe Adelige von den einfachen Menschen,

den Soldaten, den Bauern, den Bürgern, geliebt wurde wie nur Joseph II. nach ihm —, Eugen war einer der großen Reformer seiner Zeit. In seinen politischen und wirtschaftlichen Ansichten stand Eugen von Savoyen der Gruppe um die österreichischen Merkantilisten nahe, von denen einige zu seinem Freundeskreis gehörten. Hörnigk, Becher und die anderen waren vor allem die Theoretiker des Reformertums — Eugen und sein Kreis am Hof setzten es in die Praxis um.

Prinz Eugen revolutionierte vor allem sein eigentliches Fachgebiet — die Kriegführung. Für ihn ging es um die Verwirklichung seiner militärischen Grundsätze und darüber hinaus um die Stärkung der internationalen Position Österreichs. Das Land, dem er diente, sollte eine starke und siegreiche Großmacht werden. Das wollten auch andere, das wollte wahrscheinlich auch Leopold. Aber während die Krone sich zunächst mit dem Wunsch allein begnügte, dachte Prinz Eugen die neuen Gedanken zu Ende. Um Kriege zu gewinnen, mußte man sie auf neue Art und um neue Ziele führen. Um sie auf neue Art führen zu können, brauchte man nicht nur bessere Waffen, bessere Ausrüstung, bessere wirtschaftliche Bedingungen für Offiziere und Soldaten, man brauchte auch eine feste finanzielle Grundlage. Eugens militärische Ziele konnten nur dann verwirklicht werden, wenn die Kriege reibungslos und ohne Stockungen zu Ende geführt wurden, wenn nur das militärische Interesse und sonst nichts das Tempo ihres Ablaufs diktierte. Ein Krieg, der zum Beispiel aus Geldmangel immer wieder unterbrochen werden mußte, war von Eugens Standpunkt aus ein von vornherein verlorener Krieg. Die logische Schlußfolgerung war der Umbau der Wirtschaft. Aus diesem Grunde war Eugen auch auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet ein Reformer.

Der Hauptgrundsatz seiner neuen Kriegführung war: Man muß den Feind entscheidend schlagen, man muß ihn nicht nur besiegen, sondern auch militärisch vernichten. Dieser Grundsatz entsprach keineswegs dem militärischen Brauch seiner Zeit. Im 17. und auch noch später im 18. Jahrhundert kämpfte man um Positionen, um kleine oder größere strategische Vorteile, man suchte dem Feind so lange wie möglich soviel Schaden

wie möglich zuzufügen — bis man sich eine möglichst günstige Verhandlungsgrundlage für den Friedensvertrag geschaffen hatte. Es war kein Zufall, daß in jener Zeit die Besprechungen der Diplomaten sich oft jahrelang hinzogen, während inzwischen auf den Schlachtfeldern gekämpft wurde. Der Krieg war keine Unterbrechung der internationalen Verhandlungen, sondern eher ihre Begleitmusik; die Schlachten waren die Trümpfe, die die Diplomaten im Verlaufe ihres Spiels auf den Tisch legten.

Die neue Zeit, die mit Prinz Eugen wie ein Windstoß hereinfegte, warf die sorgfältig geordneten Karten auf dem diplomatischen Spieltisch durcheinander. Der Krieg hörte auf, eine ruhige, verhältnismäßig geordnete Angelegenheit zu sein. Es ging nun ums Ganze. Der österreichisch-türkische Krieg war ein Krieg um die Vernichtung der türkischen Militärmacht — ihre Vernichtung auf immer. Der Spanische Erbfolgekrieg war nur der Form nach ein Konflikt um die Nachfolge auf den spanischen Thron. In Wirklichkeit war er ein Entscheidungskampf um die Vorherrschaft in Europa, der Kampf der österreichisch-englischen Koalition um die Vernichtung der Großmacht Frankreich.

Prinz Eugens neue Kriegführung fand lange Zeit keinen Nachfolger. Nach seinem Tode versuchten die österreichischen Generäle wieder nach „altbewährten Methoden" zu kämpfen, sorgfältig geordnete und gruppierte Schlachten zu schlagen, den Feind durch Manövrieren zu besiegen, bis zur Erschöpfung, nicht bis zur Vernichtung des Gegners Krieg zu führen. Eugen von Savoyen war seiner Zeit mindestens um 40 Jahre voraus — noch 40 Jahre nach seinem Tode wandten, mit Ausnahme des russischen Feldherrn Suworow, die Generale Europas die alte Strategie an. Das war im Grunde begreiflich, denn Eugens rasche und schonungslose Kriege, bei denen es um alles ging und in denen man alles einsetzte, konnten auf die Dauer nur ausgetragen werden, wenn das ganze Land sie führte. Für solche Kriege aber bestanden um jene Zeit die Voraussetzungen nur in einigen Ausnahmefällen, wie etwa die Türkenkriege, an deren siegreichem Ausgang jeder Mensch im Lande interessiert war, weil jeder unter den Türken fürchterlich litt.

Die strategischen Grundsätze, die Eugen als erster anwandte,

die neue Taktik, die bewegliche Kriegführung, in der jede Gruppe, fast jeder Mann selbst denken und manchmal sogar selbst entscheiden mußte, fanden dann in Kriegen ihre Auferstehung, in denen es nicht mehr um Großmachtpolitik, nicht mehr um die Vorherrschaft einer Dynastie ging. Sie wurden zum erstenmal wieder in den Sechziger- und Siebzigerjahren des 18. Jahrhunderts von den Armeen der rebellischen amerikanischen Kolonisten angewandt, die um ihre Unabhängigkeit gegen die Expeditionsheere des englischen Königs kämpften. Sie fanden ihre Verwirklichung in den Kämpfen der französischen Revolutionsarmee gegen die royalistische Intervention. Die Entwicklung, die mit der Schlacht von Zenta begann, wurde mit der Schlacht von Valmy* fortgesetzt.

Schon 1697 hatten sich im Heer unter Eugens Führung und meist in offener Opposition zur Krone gewisse Veränderungen vollzogen. Die korruptesten und unfähigsten Offiziere waren ausgewechselt worden, die Offiziere der kämpfenden Truppe wurden nach Befähigung und nicht nach Reichtum und sozialen Verbindungen ausgesucht. Die Betrügereien und die Spekulationen der Intendantur waren wenigstens etwas eingedämmt, es kam nicht mehr vor, daß die Soldaten ganz ohne Ausrüstung, zerrissen, hungrig in die Schlacht ziehen mußten. Eugen kämpfte tagein, tagaus mit dem Hof um jeden Groschen für die Verpflegung seiner Armee, um verbesserte Waffen, vor allem um mehr und um bessere Artillerie, um die Auszahlung des Soldes an die Soldaten. Die Armee wußte das. Die Soldaten wußten, daß Eugen sich nicht nur um ihr Geld und ihr Essen kümmerte, sondern daß er auch — und das gilt im Kampf vielleicht noch mehr — durch die Verbesserung der Artillerie für ihre erhöhte Sicherheit sorgte. Das gab ihnen Vertrauen zu ihrem Kommandanten — und das gab Eugen die Gewißheit, daß er sich auf seine Soldaten verlassen konnte.

1697 hatte der Kampf Eugens um sein Heer erst begonnen. Er hatte nur zu Teilerfolgen, nur zur Abstellung der ärgsten Mißstände geführt. Der eigentliche Umbau der Armee kam erst später. Dann erst erhielt Eugen die Möglichkeit, das zu tun,

* Siehe Seite 247, 272.

was kein Feldherr vor ihm und nur sehr wenige nach ihm getan haben — die spontanen Freiheitsbewegungen des Volkes in seinen Kriegsplan einzubeziehen und mit ihren Trägern als Verbündete zu rechnen. Andere Feldherren hatten solche Volksaufstände als unangenehme und unerwartete Zwischenfälle, die in keinem Lehrbuch der Kriegskunst vorgesehen und in keinen Plänen einberechnet waren, betrachtet; sie hatten sie bestenfalls nicht bekämpft, aber ihnen immer aufs tiefste mißtraut. Es war typisch für Eugen von Savoyen, daß, als im Spanischen Erbfolgekrieg im Jahre 1703 der Tiroler Aufstand gegen die Bayern und Franzosen losbrach, er ihn nicht nur ernst nahm, sondern die Führer des Aufstandes als Verbündete und Helden behandelte und ihre Operationen mit denen der regulären Armee zu koordinieren suchte. Auch ermutigte er mit allen Mitteln die Widerstandsbewegung gegen die französischen Truppen im Elsaß, die infolge der Plünderungen und Riesenkontributionen der französischen Armee Anfang des 18. Jahrhunderts entstand, und wies immer wieder auf ihre militärische und politische Bedeutung hin.

Österreich hat viele Feldherren gehabt, darunter nicht wenige, die militärisch bedeutend waren, nicht wenige, die Schlachten gewannen und Kriege siegreich beendeten. Aber es gab nur einen General, über den seine Soldaten nach der Schlacht am Lagerfeuer Lieder sangen und dichteten, den das Volk „den edlen Ritter" nannte und den die einfachen Menschen mehr liebten als die Herren am Hof und in den Staatskanzleien. Die Soldaten nannten Prinz Eugen „unsern Vater, dem wir auch in den Tod folgen", nicht weil er sich wie viele andere als Vater der Armee gebärdete, sondern weil er es wirklich war.

DER KRIEG UM DIE BEHERRSCHUNG EUROPAS UND DER BEGINN DER GROSSEN ALLIANZEN

Der Spanische Erbfolgekrieg, der von 1701 bis 1714 zwischen den Staaten von fast ganz Europa und fast auf dem ganzen Territorium des Kontinents geführt wurde, unterschied sich

auf den ersten Blick nicht sehr wesentlich von den Kriegen der letzten hundert Jahre. Es wurde um die Besetzung des spanischen Throns gekämpft, es waren noch immer die alten Gegner — Frankreich auf der einen, Österreich auf der anderen Seite. Aber es war ein Krieg um neue Dinge. Zum erstenmal wurde in seinem Verlauf der Begriff „Europäisches Gleichgewicht" verwendet, zum erstenmal tauchten unter den Kriegszielen der Teilnehmer auch wirtschaftliche Forderungen — Handelsrechte, Zollrechte, Einfuhr- und Ausfuhrverordnungen — auf. Und zum erstenmal wurde in diesem Krieg nicht allein um europäische Besitztümer gekämpft, sondern, wenn auch nicht in erster Linie und noch indirekt, um Einfluß und Besitztümer in Übersee — in Nordamerika und in Westindien. Vor allem aber hatte sich das politische und militärische Gewicht der kriegführenden Mächte verschoben. Die Koalitionen von 1701 sahen anders aus als die große Koalition am Ausgang des Dreißigjährigen Krieges.

Damals waren auf der einen Seite Schweden und Frankreich, auf der anderen Österreich und Spanien gestanden. Schweden versuchte noch immer, sein Gebiet zu vergrößern, eine Großmacht zu bleiben. Aber auf seinen Eroberungszügen im Osten und Nordosten, bei denen es sich eine Zeitlang mit der Türkei verband, war es auf den Widerstand einer jungen aufsteigenden Nation gestoßen, des Rußland Peters des Großen, das unter der Führung des starken absolutistischen Zaren den Weg aus dem Mittelalter in die Neuzeit eingeschlagen hatte und das sich nicht nur gegen den schwedischen Angriff verteidigte, sondern selbst um Ausdehnung und Macht — um den Zugang zur Ostsee, um die Ukraine, um Polen und um die von den Türken besetzten Gebiete am Schwarzen Meer und in Südosteuropa kämpfte. Schwedens ganze militärische Kraft war durch den Kampf im Osten in Anspruch genommen; sich zugleich an den Kämpfen der Mächte im Westen und in Mitteleuropa zu beteiligen, war es nicht mehr fähig. 1709 schlug Peter I. den Schwedenkönig Karl XII. vor Poltawa. Das schwedische Heer wurde vernichtet, Karl XII. und sein Verbündeter, der Kosakenführer Mazeppa, flohen zu den Türken. Die Schlacht bei Poltawa bedeutete das Ende Schwedens als Großmacht. Rußland trat

an seine Stelle. Auch Rußland war in jener Zeit noch zu sehr mit den Kämpfen an seinen eigenen Grenzen beschäftigt, um unmittelbar in die großen europäischen Auseinandersetzungen einzugreifen, aber seit Poltawa wurde es klar, daß in Zukunft europäische Politik ohne Rußland nicht mehr möglich sein werde.

Die alten Rivalen Frankreich und Österreich kämpften nicht mehr allein. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts hatte ein Land, das bis dahin verhältnismäßig wenig in Machtkämpfe eingegriffen hatte, begonnen, sich an großen kontinentalen Auseinandersetzungen zu beteiligen. Das Land war England. England trat an die Seite der Gegner Frankreichs, und bald wurde es zum Führer der antifranzösischen Koalition.

Englands hartnäckiger Kampf gegen Frankreich hatte teilweise innerpolitische Ursachen. 1642 hatte das englische Bürgertum und der mit ihm verbundene Teil des grundbesitzenden Adels die Dynastie der Stuart gestürzt, die, zusammen mit der Adelspartei, Englands Entwicklung als Seemacht durch die Finanzpolitik der Regierung verlangsamte, sich der Entwicklung des Handels und dem Wachstum der Manufaktur entgegensetzte, die Unterstellung des bisher halb unabhängigen Schottland unter englische Herrschaft verhinderte und schließlich den Versuch unternahm, die Staatskirche zu einem Instrument des Adels und der Krone gegen das Bürgertum zu machen. Der Stuartkönig Karl I. wurde vom Parlament abgesetzt und nach verlorenem Bürgerkrieg in London hingerichtet. Bis 1660 war England eine Art Republik unter Führung des „großen Protektors", des Kommandanten der neuen bürgerlichen Armee, Oliver Cromwell. Obwohl ein großer Teil der Regierungszeit Cromwells mit Krieg und Bürgerkrieg ausgefüllt war, begann damals ein beispielloser wirtschaftlicher Aufschwung des neuen Staates, ein rasches Wachstum der englischen Flotte, die bald die Flotte Frankreichs überflügelte. Das englische Bürgertum, das nun die politische Macht besaß, formte das Zoll- und Finanzsystem des Staates nach seinen Bedürfnissen um. Die neue Flotte gab ihm die Möglichkeit, die überseeischen Gebiete in Amerika, Indien und Westindien auszubeuten und

von dort nicht nur Gewürze und Luxusartikel, sondern auch billige Rohstoffe, zum Beispiel Baumwolle, zu beziehen.

Cromwell starb 1658. Zwei Jahre nach seinem Tode kam die Stuartdynastie noch einmal für kurze Zeit zur Macht. Ein Versuch König Jakobs II., die Macht des Parlaments wieder zu beschneiden, führte zu seiner Absetzung. 1688 wählte das Parlament seinen Schwiegersohn Wilhelm von Oranien, den damaligen Herrscher des mit England verbündeten Holland, zum König. Von der Zeit Wilhelms von Oranien an gab es — zunächst in England allein — in Europa eine neue Form der königlichen Herrschaft, die sogenannte konstitutionelle Monarchie, in der der König dem Parlament verantwortlich war und wichtige Maßnahmen nur mit dessen Einwilligung durchführen durfte. Seit jener Zeit lag die Macht in England abwechselnd in der Hand zweier großer politischer Parteien, der bürgerlichen Partei der Whigs und der konservativen Grundbesitzerpartei der Tories.

Der alte englisch-französische Gegensatz verschärfte sich in jener Zeit aus zwei Gründen. Erstens wurde England in der Periode zwischen 1640 und 1700 zu einer wirtschaftlich und militärisch starken Macht, die in der Lage war, Frankreich nicht nur seinen überseeischen Besitz, sondern auch seine europäischen Positionen, wichtige Häfen und Flottenstützpunkte, streitig zu machen. Der zweite Grund war die Verquickung der französischen Außenpolitik mit der englischen Innenpolitik. Die Stuart hatten sich nach Frankreich orientiert und England zu einer Art abhängigen Alliierten Frankreichs machen wollen. Infolgedessen setzte Frankreich Himmel und Hölle in Bewegung, um die Stuart auf dem Thron zu halten. Dieser doppelte Kampf um überseeische Positionen und innerenglische Fragen, der auf dem Boden Europas ausgetragen wurde, machte die französisch-englische Auseinandersetzung hart und erbittert. Allerdings gab er ihr auch einen merkwürdig schwankenden Charakter. Die englische Strategie und Politik auf dem Kontinent wurde nicht durch kontinentale Ereignisse bestimmt. Die Entscheidungen fielen anderswo. Eine englisch-französische Einigung etwa über kanadische Besitztümer oder

ein Nachlassen der französischen Hilfe an die Stuart genügte, um das ganze europäische Kräftespiel umzuwerfen. Nicht nur der Spanische Erbfolgekrieg, sondern auch der Siebenjährige Krieg in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und schließlich die Entwicklung einiger deutscher Staaten, vor allem Preußens, sind nur verständlich, wenn man diese Verlagerung der kontinentalen Politik vom Kontinent weg berücksichtigt.

Frankreichs Rolle hatte sich im Vergleich zum Dreißigjährigen Krieg am wenigsten verändert. Es war damals eine aufsteigende Großmacht gewesen — jetzt war es eine anerkannte und gefestigte Großmacht, die militärisch als die führende Macht Europas galt. Die staatlich aufgebaute, staatlich kontrollierte Manufaktur Frankreichs war kein Traum einiger Nationalökonomen, sie war eine Realität. In Frankreich hatte sich eine Textilproduktion entwickelt, die neben der der Niederlande die führende Europas war. Frankreich produzierte Glas, Porzellan, Farben, Metallartikel in bisher nicht dagewesenem Ausmaß. Frankreich hatte sich eine eigene starke Flotte, eine eigene Waffenfabrikation, eine eigene Versorgungs- und Bekleidungsgrundlage für die Armee geschaffen. Es war das führende Land Europas, nicht nur in der Produktion, sondern auch auf fast jedem anderen Gebiet. Der industrielle Aufschwung, die Überwindung der Vergangenheit in Wirtschaft und Politik hatten zu einem ebenso großen Aufschwung auf geistigem Gebiet geführt. Die junge, meist bürgerliche Intelligenz, die plötzlich den Zugang zu wirtschaftlichen und politischen Positionen erhielt, deren Entstehung vom Staat mit allen Mitteln gefördert wurde, fand ihren Weg auch in Wissenschaft, Literatur, Kunst und Architektur und erfüllte sie mit neuem Schwung und neuen Gedanken. Die französische Philosophie und der französische Roman, das französische Theater und die französische Malerei, die französische Technik, die französische Medizin, die französische Baukunst und die französische Lyrik — und schließlich die französische Kriegskunst und die französische Mode wurden zu Vorbildern für ganz Europa. Es war kein Zufall, daß damals das Französische die Sprache der Diplomatie und darüber hinaus die Sprache aller Gebildeten Europas wurde.

Aber nach einiger Zeit, etwa in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, begann eine merkwürdige, auf den ersten Blick entgegengesetzt scheinende Entwicklung, eine Entwicklung, die sich 100 Jahre später, zur Zeit der Herrschaft Napoleons I., noch einmal viel klarer und stärker wiederholte. Frankreichs geistiger Einfluß, die neuen Gedanken seiner Politiker und Philosophen, seine neuen Produktionsmethoden, seine starke, bereits von nationalen Gedanken erfüllte Literatur und Kunst drangen über Frankreichs Grenzen hinaus, befruchteten das Denken des ganzen Kontinents, unterstützten und beschleunigten die Entwicklung gleicher technischer und geistiger Prozesse anderswo — und führten zum Widerstand gegen Frankreich. Einige Beispiele: Die Theorien der französischen Merkantilisten befruchteten die österreichischen Merkantilisten, die schließlich einen Plan der Umgestaltung der österreichischen Wirtschaft nach französischem Muster ausarbeiteten und für seine Verwirklichung kämpften — mit dem ausdrücklichen Ziel, Österreich zum Kampf gegen Frankreich fähig zu machen. Die französische Literatur, vor allem das französische Drama und der französische Erziehungsroman, mit ihrem trotz aller klassischer Verbrämung wirklichkeitsnahen und kämpferischen Inhalt und ihrem schon sehr deutlich in Erscheinung tretenden nationalen, patriotischen Charakter, beeinflußte stark die Literatur anderer Länder. Viel später versuchte man den Anschein zu erwecken, als sei es die leichte französische Komödie gewesen, die einen so starken Einfluß auf die ganze europäische Literatur ausübte — aber es waren nicht Rokokolustspiele, die mithalfen, die Bühne aus einem Unterhaltungsmittel des Hofes zur Kunststätte der ganzen Nation zu machen, es waren nicht höfische Liebesgeschichten, die den Roman zum Mittel der Verständigung und Erziehung aller machten, sondern die in ihrem Ernst fast schwerfälligen Werke von Corneille, Racine und Fénelon. Und das neue nationale Drama, der neue nationale Roman, deren Entstehung diese Werke anregten, trugen in vielen Ländern eine deutlich antifranzösische Note und forderten sogar nicht selten offen zum Kampf gegen den französischen Einfluß in der Literatur auf. Das gleiche geschah in der Pamphletliteratur, die in

dieser Form in Frankreich ihren Ursprung hatte und sich unter anderem auch in Österreich in dieser oder jener Form fast immer gegen Frankreich richtete. Die neuen Gedanken des Patriotismus, die in Frankreich so klar ausgesprochen wurden wie nirgends sonst, fanden ihren Widerhall in ganz Europa und drückten sich in Spanien wie am Rhein und in Tirol im Krieg der Zivilbevölkerung gegen Frankreich aus.

Diese merkwürdig zwiespältige Entwicklung hat ihren Grund in der zwiespältigen Rolle Frankreichs, das nicht nur Lehrer und Vorbild, sondern auch Eroberer war — und zwar ein Eroberer, der die Unterworfenen keineswegs sanft anpackte. Die Armeen Ludwigs XIV. waren in ganz Europa wegen ihres Verhaltens gegenüber der Bevölkerung der eroberten Gebiete berüchtigt. Sie forderten Kriegsabgaben, die ein Vielfaches von dem betrugen, was andere Armeen verlangten, und dort, wo ihre Forderungen nicht rasch genug erfüllt wurden, griffen sie zu Repressalien: Die Gebiete, in denen sie eine Zeitlang stationiert waren, sahen aus, als habe sich ein Heuschreckenschwarm niedergelassen. Das 18. Jahrhundert war gewiß nicht sentimental, aber es blieb der französischen Armee im Elsaß und in den Niederlanden vorbehalten, Dörfer, deren Einwohner nicht rasch genug Abgaben zahlten, strafweise niederzubrennen und die Bevölkerung mitten im Winter in Schnee und Eis in die Wälder zu jagen. Die besonders brutale Art der französischen Kriegführung hatte allerdings mit irgendwelchen nationalen Zügen nichts zu tun. Das ohnehin riesige Heer Frankreichs vergrößerte sich mit jedem neuen Krieg. Die militärischen Ausgaben der französischen Krone wuchsen rascher als die Produktion, die sie finanzieren sollte. Der französische Staat erstickte in Schulden, wurde durch Steuern und immer neue Steuern ausgeblutet, man brauchte immer mehr Geld, nahm es überall, wo man es herauspressen konnte. Je größer der Bedarf des Heeres wurde, desto schärfer wurde die Schraube der Kontributionen angezogen — und desto brutaler wurden die Methoden, mit denen man sich die Kontributionen verschaffte.

Der Lehrer Frankreich lehrte nicht nur — er plünderte auch

aus, unterdrückte und knechtete. Und die Schüler ergriffen das Gewehr gegen den Lehrer.

Diese Dinge erklären vielleicht, warum es im Spanischen Erbfolgekrieg, der um Königsthrone, um Häfen, um die Vorherrschaft von Mächtegruppen geführt wurde, um Dinge also, die dem einfachen Manne in den vom Krieg betroffenen Ländern nichts sagten und nichts sagen konnten, ein so merkwürdig starkes Element von Patriotismus gab, warum immer wieder Freiwillige in diesen Ländern die Waffen ergriffen, um den Kriegführenden zu helfen, und warum immer wieder nicht nur in den Reden und Briefen der Befehlshaber, sondern auch in den Volksliedern und in der Literatur dieser Zeit so viel echte Empörung, echte Hoffnung und echte Anteilnahme am Ausgang des Krieges mitklingen.

Zu den Kriegführenden auf der Seite der großen Koalition — Österreich, England, Holland und Portugal — gehörte noch ein neuer Staat: Preußen. Preußen war in wenigen Jahrzehnten aus einem obskuren brandenburgischen Fürstentum zu einem Königreich geworden — unter tatkräftiger Unterstützung der österreichischen Dynastie, die 1701 die Anerkennung der Königswürde Preußens durch die europäischen Staaten erreichte. Darüber hinaus — und das war vom Gesichtspunkt der europäischen Allianzpolitik wichtiger als die Königswürde — befand sich Preußen auf dem besten Weg, eine beachtliche Militärmacht zu werden.

Das Merkwürdige an der ganzen Sache war, daß der militärische Aufstieg Preußens so gut wie keine in der Geschichte, der Struktur, der inneren Entwicklung des Landes begründeten „natürlichen Ursachen" hatte. Auf dem sandigen, unfruchtbaren Territorium der Mark Brandenburg, fernab von allen europäischen Verbindungswegen, so abgeschnitten vom allgemeinen Strom der wirtschaftlichen Entwicklung Europas, daß nicht einmal größere Städte entstehen konnten, kam eine kleine Dynastie zur Herrschaft, deren Vertreter seinerzeit von Karl V. als „jene Herren" charakterisiert wurden, „mit denen verbündet zu sein ich mich schäme", und die im Dreißigjährigen Krieg eine klägliche Rolle gespielt hatte. Diese Dynastie wurde Ende

des 17. Jahrhunderts auf Betreiben Österreichs als die Herrscherdynastie Preußens anerkannt; kaum 20 Jahre später war ihr Land ein Königreich, Mitte des 18. Jahrhunderts eine starke Militärmacht. Dabei hatte sich bis Mitte des 18. Jahrhunderts in Preußen selbst kaum etwas verändert. Die Hauptstadt Berlin war noch immer nicht viel mehr als ein Dorf, das Land selbst ein ziemlich unfruchtbares Agrargebiet, ohne Bergwerke, ohne Manufakturen, fast ohne Handel, als vorherrschende, ja als einzige Produktionsweise das Handwerk. Wirtschaftlich steckte Preußen noch im Mittelalter. Aber ein politischer und militärischer Aufstieg ist ohne einen entsprechenden wirtschaftlichen Aufstieg normalerweise nicht möglich. Wie hatte Preußen das Kunststück fertigbekommen, einen solchen Aufschwung zu nehmen?

Preußische Historiker umhüllen diese Periode mit einem heroischen Schleier, malen das Bild eines von plötzlicher patriotischer Begeisterung besessenen Volkes, das sich voller Heldentum und Entsagung auf den sandigen Boden seines Landes stürzte, es in ein fruchtbares und modernes Gebiet verwandelte und die Früchte seiner Arbeit, statt für sich selbst, dafür verwendete, eine starke und schimmernde Armee zu „erhungern". Diese schöne und rührende Schilderung hat den Nachteil, daß kein Wort daran wahr ist. In Preußen wurde in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts unter dem Hohenzollern Friedrich II. etwas Manufaktur aufgebaut, meist solche, die direkt für die Armee gebraucht wurde, es wurden Kanalbauten durchgeführt, Straßen angelegt und die Städte vergrößert. Beim Herrschaftsantritt Friedrichs II. besaß es einige kleine Munitionswerkstätten — Fabriken konnte man sie nicht nennen — und zwei staatliche Textilbetriebe. Diese Munitionswerkstätten und Textilbetriebe reichten nicht einmal aus, um ein Zehntel des Bedarfs der Armee zu decken, die schon damals sehr beachtlich war, geschweige denn, den Krieg zu finanzieren, der kurz darauf begonnen wurde. Die Geschichte mit der „erhungerten" Militärmacht stimmt also offensichtlich nicht. Und der Aufstieg Preußens hat tatsächlich nichts mit Preußen selbst zu tun, sondern mit dem Bedürfnis zweier Länder, sich mitten in Deutsch-

land eine Art Privatarmee zu halten. Die Privatarmee war die preußische, die beiden Länder Österreich und England. Durch Österreichs ständige diplomatische und politische (und gelegentlich auch finanzielle) Unterstützung, durch englische Waffen, englische Ausrüstung, englisches Geld zur Anwerbung von Soldaten und englische Subsidien zum Ankauf von Verbündeten wurde Preußen zu dem, was es war.

Österreichs Unterstützung Preußens erklärt sich nur aus dem Widerspruch zwischen den Großmachtambitionen der Dynastie in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts und ihrer Unfähigkeit, schon damals die Wirtschaftsreformen durchzuführen, die dieser Großmachtpolitik eine sichere Grundlage gegeben hätten. Der Kampf zwischen Österreich und Frankreich ruhte zwischen 1660 und 1700 nicht, er zerfiel in viele kleine Kriege mit wechselndem Kriegsschauplatz und wechselnden Verbündeten. Frankreich war in dieser Zeit noch ziemlich lange mit Schweden verbündet, Österreich suchte sich dazu als Gegengewicht eine Allianz mit Polen, Dänemark und einigen deutschen Ländern, vor allem mit Sachsen. Um die Verbindung mit Polen und Sachsen fest zu gestalten, Dänemark und Schweden in Schach zu halten, brauchte es auch in Nordostdeutschland eine feste militärische Basis. Diese Basis aus eigenem auszubauen oder auch nur militärisch zu halten, fehlte ihm zu jener Zeit die Kraft. Preußen war jedoch bereit, diese Rolle einer Hilfsarmee gegen diplomatische Unterstützung durch das immerhin noch recht starke Österreich selbst zu übernehmen, und hielt die Verpflichtung — mit Ausnahme des gelegentlichen Seitensprungs eines plötzlichen Separatfriedens mit Frankreich 1673 — auch ziemlich getreu ein. Die Soldaten und die Waffen, um diese Hilfsarmeetätigkeit durchzuführen, bekam es von England. Da Österreich in seiner außenpolitischen Orientierung zu jener Zeit ohnehin ziemlich stark nach England hinzutreiben begann, war das dreieckige „Geschäft" Österreich-Preußen-England für alle Teile tragbar.

Englands Interesse an Preußen hatte andere Ursachen. Es wollte Krieg führen, ohne Krieg zu führen, einfacher gesagt, es wollte Frankreich im Osten militärisch gebunden halten,

ohne selbst auf dem Kontinent Armeen binden zu müssen. Holland, das ziemlich lange diese Rolle gespielt hatte, war bald nicht mehr stark genug, um allein den Kampf gegen die französische Großmacht erfolgreich zu führen. Österreich war zugleich ein zu schwacher und ein zu starker Verbündeter, dessen Interessen sich mit denen Englands eines Tages in Spanien und sogar in den spanischen Kolonien und in den Niederlanden leicht kreuzen konnten. Preußen war so schwach, daß man es ohne Gefahr voll unterstützen konnte — jedenfalls eine Zeitlang. So begann die Unterstützung Preußens durch England, die praktisch bis Ende des 19. Jahrhunderts dauerte und im Verlauf des 18. Jahrhunderts durch den Import einer norddeutschen — der Hannoverschen Dynastie nach England noch enger wurde.

Spanien, die einstige Großmacht, um deren Erbe und Beherrschung der Nachfolgekrieg ging, hatte aufgehört, eine Macht zu sein. Das Land, das nicht vermocht hatte, den Übergang von der Zeit des frühen Kapitalismus in die Epoche der Manufaktur zu finden, erlebte das gleiche Schicksal, das in einer früheren Zeit die Länder erlebt hatten, die nicht imstande gewesen waren, den Feudaladel zu bändigen und den Absolutismus aufzurichten.* Es blieb wirtschaftlich und politisch stecken, ein Kampf aller gegen alle begann, der Staatsapparat zerbrach, die Armee wurde zu einem Reservoir für Privatgarden der stärksten Gruppen, das Land verarmte und verfiel. Spanien wurde schließlich zum Kampfplatz seiner stärkeren, gesünderen Nachbarn, die um seinen Leichnam stritten.

Das Aussterben der spanischen Dynastie war zwar nicht die Ursache des Kampfes um Spanien, aber sein unmittelbarer Anlaß. Als es im Jahre 1700 klar wurde, daß der spanische König ohne Erben sterben wird, begann ein verzweifelter diplomatischer Kampf um seine Nachfolge. Die beiden aussichtsreichen Kandidaten waren die Dynastien von Frankreich und Österreich. Die beiden Thronwerber waren der Enkel des Königs von Frankreich, Philipp von Anjou, und der Sohn Leopolds I., der spätere Karl VI. Äußerlich schien es, als spiele

* Diese Frage wurde im I. Band ausführlich behandelt.

sich der Kampf vor allem zwischen den beiden alten Gegnern Frankreich und Österreich ab. In Wirklichkeit war es ein Duell Frankreich—England.

Die Besetzung des spanischen Throns durch ein Mitglied des französischen Königshauses hätte aus Frankreich mit einem Schlage die geographisch größte und wahrscheinlich auch stärkste Macht Europas gemacht, ein Imperium, das vom Ärmelkanal bis zur Küste Nordafrikas gereicht und fast die gesamte atlantische Küste beherrscht hätte. Darüber hinaus wäre es durch die Übernahme der spanischen Besitzungen in Südamerika und Westindien auch zur stärksten Kolonialmacht geworden. England wäre durch diese Entwicklung praktisch von all seinen kontinentalen Stützpunkten abgeschnitten worden und — was vielleicht noch ärger war — fast von seinen ganzen überseeischen Besitzungen, denn die Beherrschung der Atlantikküste durch Frankreich bedeutete allein fast eine Blockade Englands. Es hätte damit ein für allemal das Rennen um die europäische und die überseeische Vormachtstellung verloren.

Das Land, dessen Lebensinteressen am wenigsten vom Ausgang der spanischen Kämpfe berührt wurde, war Österreich. Den Habsburgern ging es vor allem um zwei Dinge: um die Sicherung der spanischen Besitztümer in Italien, die sie beanspruchten, und um die Erwerbung der belgischen Niederlande, die bisher unter spanischer Herrschaft waren. Um diese zwei Gebiete — Italien und Rhein — war jahrhundertelang der Kampf zwischen Frankreich und Österreich gegangen. Aber 1700 war nicht mehr 1500. In Italien und am Rhein lagen reiche und wirtschaftlich wichtige Gebiete, aber die großen Handelslinien, die Lebenszentren Europas, gingen nicht mehr durch diese Länder. Der Handel hatte sich im Westen nach dem Atlantik hin verschoben, im Osten begann er sich nach der Levante zu verlegen. Theoretisch mindestens wäre eine Einigung mit Frankreich, vielleicht nicht am Beginn des Krieges, aber in seinem wechselvollen Verlauf möglich gewesen. Daß der österreichisch-französische Interessengegensatz nicht mehr unüberwindlich war, zeigte sich kaum ein halbes Jahrhundert später, als unter Maria Theresia Österreich eine Allianz mit Frankreich

abschloß. Trotzdem war Österreich die Macht, die am unversöhnlichsten und entschiedensten den Krieg führte.

Der Grund dafür war wohl, daß es neben den realen Kriegsgründen noch einige sehr irreale gab, die die österreichische Dynastie, vor allem aber Leopold sehr ernst nahm. Bei der Aufstellung Karls als Kandidaten für den spanischen Thron verzichtete dieser feierlich auf die österreichische Thronfolge — mußte darauf verzichten, weil England zwar bereit war, eine nicht allzu starke österreichische Dynastie in ihrem Kampf gegen Frankreich zu unterstützen, aber durchaus nicht bereit gewesen wäre, die Schaffung eines österreichischen Imperiums zu gestatten, das von Wien bis Madrid gereicht hätte. Dies wäre über kurz oder lang eine Neuauflage der französischen Gefahr, wenn auch in Wiener Tracht gewesen. Aber gerade dieses Imperium wünschte Leopold. Karl hatte verzichtet — aber sehr ernst nahm man in Wien den Verzicht nicht. Man spielte mit dem Gedanken, bei passender Gelegenheit die spanischen und österreichischen Besitztümer in einer Hand zu vereinen. Die Spekulation war völlig irreal. Im Zeitalter, in dem sich überall geschlossene, zusammenhängende Staaten gebildet hatten, die man nur in solcher Gestalt verteidigen, verwalten und wirtschaftlich ausbauen konnte, waren schon die weit entfernten belgischen Niederlande eine gefährliche Neuerwerbung. Sie wurden tatsächlich zu einer ständigen politischen und militärischen Belastung — auch wenn sie finanziell eine Hilfe waren. Ein Reich, dessen Teile sich an zwei verschiedenen Enden von Europa befanden, war nicht zu verteidigen und nicht zu konsolidieren. Seine Erhaltung hätte alle militärischen und wirtschaftlichen Kräfte Österreichs verschlungen. Aber Karl dachte oft in Begriffen, die schon seit hundert Jahren nicht mehr galten. Überdies ist es nicht unwahrscheinlich, daß er in der Hoffnung lebte, durch die Erwerbung Spaniens und seiner Kolonien Österreich doch noch zu sanieren und sich auf diese Weise vielleicht die unangenehmen und ihm zutiefst unsympathischen inneren Reformen zu ersparen.

Eugen war skeptisch — nicht soweit es sich um die Erwerbung des habsburgischen Besitzes in Italien, aber soweit es sich um die

„weitgehenden" Kriegsziele handelte. Doch hatte Eugen zur Zeit des Kriegsbeginns politisch noch nicht sehr viel zu sagen. Überdies war er vor allem ein disziplinierter Feldherr. Joseph I., der während des Krieges zur Herrschaft gelangte, war ebenfalls kein Anhänger der österreichischen Spanienpläne, um so mehr, da er, wie Eugen, die Eroberung der östlichen, von den Türken noch beherrschten Gebiete für einen viel realeren und aussichtsreicheren Plan hielt. Aber zu jener Zeit war der Krieg bereits zu weit gediehen, als daß etwas rückgängig zu machen gewesen wäre. Dies um so mehr, als inzwischen Bayern an der Seite Frankreichs in den Krieg eingetreten war und direkt österreichisches Territorium bedrohte.

Während Karl II. von Spanien in Madrid langsam dahinstarb, gelang es der französischen Diplomatie, einen vorläufigen Sieg zu erringen. Der todkranke König setzte den Enkel Ludwigs XIV. als Thronfolger ein. Ein Jahr später holte die österreichisch-englische Diplomatie das Versäumte halbwegs nach. Die anti-französische Gegenpartei nominierte Karl von Habsburg als König. Karl wurde geradezu im Galopptempo gekrönt. Er verzichtete auf die österreichische Thronfolge, während Leopold I. und Joseph I. das gleiche für die spanische Thronfolge taten. Das war offiziell — zur Beruhigung Englands und Hollands. Inoffiziell wurde bereits ein Familienabkommen vorbereitet, das ein Jahr später geheim in Wien unterzeichnet wurde und nach dessen Bestimmungen die Thronfolge für den gesamten Habsburgerbesitz nach dem Tode Leopolds und Josephs auf Karl übergehen sollte — also das gerade Gegenteil. Immerhin genügte die Verzichterklärung von 1702, um England und Holland die Anerkennung Karls und die Kriegserklärung an Frankreich und an seinen spanischen König möglich zu machen. So begann der große europäische Krieg, der mit diplomatischen Quertreibereien und fürstlichen Intrigen eingeleitet wurde und ebenso endete, während dessen Verlauf aber die Völker eine aktivere Rolle spielten als jemals zuvor.

Der Spanische Erbfolgekrieg dauerte von 1701—1714. Von 1702 bis 1713 kämpfte die sogenannte „Große Allianz" — Österreich, England, Holland, Portugal sowie die meisten deutschen Fürstentümer unter immer ausgeprägterer Führung Brandenburg-Preußens — gegen Frankreich, dem sich einige Jahre lang Bayern und vorübergehend Savoyen anschlossen. Die alliierte Kräftekombination war nicht so überwältigend stark, wie sie aussah. Frankreich war die größte europäische Militärmacht, Österreich eine weitaus schwächere. England schickte mit Ausnahme der Flotte und Landedetachements in Spanien und den Niederlanden kaum eigene Truppen ins Feld. Es kämpfte vor allem mit sogenannten „Hilfstruppen" — angeworbenen Detachements, hauptsächlich aus Deutschland. Allerdings trug es fast die ganzen finanziellen Lasten des Krieges. Holland, das von vornherein die wirtschaftliche Rivalität eines von französischer Bedrohung befreiten Belgien (der spanischen Niederlande) fürchtete, trat nur zögernd in den Krieg ein. Sowohl Prinz Eugen als auch der englische Oberkommandierende Marlborough mußten vor jedem Feldzug gegen den holländischen Regierungswiderstand ankämpfen. Die deutschen Fürsten, mit Ausnahme des Markgrafen von Baden, nahmen eine zwiespältige Haltung ein. Einerseits waren die französischen Ausdehnungspläne für sie eine sehr reale und unmittelbare Gefahr, andererseits mußte ein durch einen gewonnenen Krieg und durch die eroberten neuen Territorien gestärktes Österreich zu einer Bedrohung ihrer Machtpositionen werden. An dieser Haltung war die österreichische Politik nicht unschuldig. Es war klar, daß, wenn es den Habsburgern gelang, die Niederlande und Spanien zu erwerben, sie als nächstes darangehen mußten, sich die dazwischen liegenden Länder in der oder jener Form zu unterwerfen — schon, um sich die militärischen Verbindungslinien zu sichern. Infolgedessen war die Unterstützung der deutschen Fürsten mehr als zögernd — und in dem Augenblick, in dem es aussah, als sei die Niederlage Frankreichs nur eine Sache der Zeit, verwandelte sie sich in Passivität, gelegentlich sogar in offene Sabotage. Übrigens unterschied sich die Haltung der Bevölkerung vor allem der Rheingebiete stark von der der Fürsten. Hier gab es eine wirkliche Begeisterung für den Kampf der Alliierten, die, insbesondere im Elsaß und am südlichen Rhein, zur direkten Unterstützung der alliierten Armeen durch die Bevölkerung führte.

Dem allgemeinen Krieg ging 1701 der italienische Feldzug Prinz Eugens voraus. Obwohl der Angriff Eugens auf den ersten Blick das Ziel hatte, Frankreich den spanischen Besitz in Italien, vor allem Mailand, Cremona, Verona, die Gebiete nördlich des Po streitig zu machen, ging es in Wirklichkeit nicht um bloße Gebietseroberungen. Es ging vor allem um den Besitz der Alpenpässe und der ihnen vorgelagerten militärischen Stützpunkte. Gerade weil man mit dem baldigen Ausbruch des großen Krieges rechnete, war der Besitz der Pässe ein entscheidender Vorteil für jeden der Kriegführenden. Frankreich konnte, wenn es sie besaß, ständig österreichisches Territorium — Tirol und darüber hinaus ganz Österreich — bedrohen und den Krieg in die Länder des Gegners tragen. Österreich konnte durch ihren Besitz seine Flanke sichern und einen großen Teil seiner Truppen zum Kampf an anderer Stelle abziehen. Während Prinz Eugen die Bedeutung des italienischen Kriegsschauplatzes verstand, erfaßte die Krone sie nur halb. Das ist wahrscheinlich der Grund, warum Eugen den ganzen Krieg über immer wieder um Mittel und Nachschub für Italien kämpfen mußte — oft vergeblich.

Der Feldzug begann mit dem Kampf zwischen Eugen und Leopold um jeden Soldaten und um jedes Stück Ausrüstung. Er dauerte so lange, daß, als Eugen im Winter 1700/01 mit seiner Armee in Tirol eintraf, die Franzosen unter Catinat bereits die wichtigsten Pässe besetzt hatten. Es schien, als sei die Entscheidung bereits gefallen, als sei es unmöglich, sie zu ändern. Aber Eugen machte, nicht zum erstenmal, das Unmögliche möglich.

Unter großer Geheimhaltung begann die Armee, zusammen mit Tiroler Freiwilligen, den Bau einer Straße über die Alpen, zwischen Trient und dem Vincentino, dort, wo man nach Catinats höhnischen Worten „nur mit Vogelschwingen den Übergang wagen konnte". Obwohl der Bau monatelang dauerte und obwohl sich an ihm soviel Tiroler Freiwillige beteiligten, daß, nach der zeitgenössischen Chronik, die Seidenraupenzucht von Trient und Rovereto nicht ein Hundertstel ihres sonstigen Gewinns abwarf, weil die meisten Bauern die Straße bauen halfen, fand sich im ganzen Land kein Verräter. Die Franzosen nahmen bis zum Ende an, Eugen wolle einen Frontalangriff auf die Pässe

machen. In den Tagen vom 27. bis zum 30. Mai führte Eugen 20000 Infanteristen, 12000 Kavalleristen, Geschütze und Train über die Schluchten des Astico. An manchen Stellen mußte die gesamte Armee Steigeisen benutzen, an anderen zog man Geschütze, Pferde und Train mit besonders konstruierten Maschinen in die Höhe. Bis dahin hatten nur Jäger und Hirten diese Berge überschritten.

Von den Franzosen völlig unbemerkt, tauchte Eugen in ihrem Rücken vor Verona auf. Er überschritt die Etsch und später den Po, nahm im Verlauf des Feldzuges die wichtigsten Stützpunkte der Franzosen und besetzte schließlich das ganze Fürstentum Mantua. Die italienische Front konnte während des Krieges nicht in ihrer ganzen Ausdehnung gehalten werden, vor allem weil Wien diesen Kriegsschauplatz ungenügend mit Soldaten und Munition versorgte. Aber als Angriffspunkt gegen Österreich fiel sie während des ganzen Krieges praktisch nicht mehr ins Gewicht.

Ab 1702 wurde der Krieg vor allem an zwei Fronten ausgekämpft — am Rhein, an den Grenzen des heutigen Belgien, und an dem oberen Lauf der Donau. Spanien und Italien waren Nebenfronten. Die Große Allianz befand sich zunächst in der Offensive. Dann änderte sich das Kräfteverhältnis. Bayern trat an Seite Frankreichs in den Krieg. Damit verlegte sich das Schwergewicht der Kämpfe an den Donaulauf, Österreich wurde direkt bedroht und schon 1703 standen französische, vor allem aber bayrische Truppen auf österreichischem, auf Tiroler Boden.

Der Plan des bayrisch-französischen Armeekommandos war vor allem, von Tirol her die Vereinigung mit den französischen Truppen in Italien, nun unter dem Kommando Vendômes, durchzuführen. Dann wollte man durch Kärnten und die Steiermark bis nach Ungarn durchstoßen, wo gerade zu dieser Zeit eine Volkserhebung gegen Österreich im Gange war, und damit Österreich zur Kapitulation zwingen.

Fast wäre dieser Plan gelungen. Die Alliierten unter Marlboroughs Oberbefehl waren am Rhein beschäftigt, andere Hilfstruppen waren nicht in der Lage, ernsthaft zu helfen. Er wurde durch eine nicht nur für Frankreich, sondern auch für die konser-

vativen Kreise in Österreich unerwartete Tatsache zunichte gemacht — durch den Aufstand des Volkes von Tirol.

DER TIROLER AUFSTAND 1703

Der Tiroler Krieg 1703 trägt den Namen „Tiroler Aufstand". Er trägt ihn zu Recht. Mehr noch als die Tiroler Erhebung von 1809 war der Aufstand von 1703 ein Krieg des Volkes für die Freiheit der Heimat und gegen die fremden Eroberer, ein Krieg des Volkes allein. Er wurde gegen den Willen und in scharfem Kampf gegen die eigene Landesregierung geführt, die vom ersten Tag des bayrisch-französischen Einfalls an vor den Eroberern kapitulierte, im Kampf gegen die nach Tirol kommandierten Berufsmilitärs, die nicht einmal den Versuch machten, das Land zu verteidigen, gegen die hohen Beamten, die sich vor den kämpfenden Bauern, städtischen Kleinbürgern und Bergknappen mehr fürchteten als vor den Soldaten des bayrischen Herzogs Max Emanuel. Landesregierung und Beamtenschaft verrieten Tirol. Das Volk erhob sich und befreite es.

Schon seit 1701 wußte man, daß ein Überfall auf Tirol unmittelbar bevorstand. Im Sommer 1701 hatte Leopold I. die Tiroler Stände aufgefordert, die Verteidigung des Landes vorzubereiten. Aber die Verhandlungen zwischen Ständen und Krone, die nun begannen und sich viele Monate lang hinzogen, führten zu nichts. Landesausschüsse (Delegationen der Tiroler Ständevertretungen) und Vertreter der Krone zankten sich herum, feilschten um Zuschüsse und Verteidigungsabgaben, um die Entschädigung, die die Zentralregierung für eventuelle Verwüstungen durch die Armee zahlen sollte, um die Aufbringung des Soldes für die ersten Monate und um die Zusammensetzung eines aus Vertretern des Landes und der Zentralregierung zu bildenden Militärdirektoriums. Dabei machte man nicht den leisesten Versuch, die Tiroler Miliz kampfbereit zu machen. Schließlich einigte man sich auf die Entsendung von 2000 Mann regulärer Truppen nach Tirol und auf die Mobilisierung der Tiroler Miliz, die allerdings in vielen Teilen des Landes nicht durchgeführt wurde.

Der Grund dafür war, daß die Tiroler Ausschüsse der Vertretung der Krone, die Vertretung der Krone den Tiroler Ausschüssen und die Stände, aus denen sich die Landesregierung zusammensetzte, untereinander mißtrauten. In den Tiroler Ständen spielte sich nun der Zerfallsprozeß ab, der im übrigen Österreich schon früher zum Absterben der Stände geführt hatte. In ihnen waren Schichten vertreten, deren Interessen immer mehr in Gegensatz zueinander traten — geistlicher und weltlicher Adel, Bürgertum und Bauern. Die Bauern, die in Tirol im Gegensatz zum übrigen Österreich mit vollen Rechten in den Ständen vertreten waren, verteidigten sich mit Erfolg gegen die Versuche des Adels, sie auszuplündern und sie in Abhängigkeit zu bringen. In den letzten Jahren hatten hier, wie im übrigen Österreich, Adel und Monopolisten einen neuen Feldzug gegen die Bauern begonnen und die Gegensätze hatten sich unerträglich zugespitzt. In den Tiroler Dörfern sprach man in diesen Jahren immer häufiger von einem neuen Krieg gegen die Herren, von „einem zweiten 1525".* Das städtische Bürgertum war uneinig: die großen Handelsherren sympathisierten mit dem Adel, das Kleinbürgertum und viele der kleinen neuen Manufakturisten mit den Bauern. Dann gab es in Tirol noch eine nicht unwichtige Arbeitergruppe — die Bergknappen von Schwaz und anderen Gruben, unter denen starke freiheitliche und sogar frühsozialistische Traditionen lebendig waren und die nicht selten eine aktive Rolle im öffentlichen Leben des Landes spielten.

Adel und Geistlichkeit in den Ständen fürchteten, daß eine ernsthafte Landesverteidigung, die Aufstellung und Ausbildung einer Volksmiliz, ihre Stellung gegenüber den Bauern schwächen würde. Die Bauern und ein Teil der Bürger waren für eine ernsthafte Verteidigung des Landes und wären bereit gewesen, mit der Zentralregierung zusammenzuarbeiten. Aber die Vertreter Leopolds — und Leopold selbst — hatten zwar politisch und militärisch die gleichen Interessen wie die Bauern, standen aber durch Herkunft und adelige Traditionen deren Gegnern weit näher. Sie behandelten die Bauern mit Mißtrauen und die Bauern zahlten ihnen bald mit gleicher Münze. Die Reform-

* Siehe 1. Band.

partei, vor allem Prinz Eugen, drängte zwar auf eine Verständigung mit dem kampfbereiten Flügel der Stände, aber Eugen und die Reformer hatten sich damals noch nicht durchgesetzt. So verflossen kostbare Monate, in denen Tirol untätig blieb, Bayern und Franzosen aber die Eroberung dieses militärisch und wirtschaftlich lebenswichtigen Kronlandes vorbereiteten, den Einfall planten, der Donau- und Italienfront zerreißen sollte. Am 17. Juni 1703 begann der bayrische Angriff.

Es gab keinen Widerstand. Die Stadt und Festung Kufstein, die militärisch in der Lage gewesen wäre, eine wochen- und monatelange Belagerung auszuhalten, kapitulierte nach wenigen Stunden. Festung Rattenberg folgte zwei Tage später. Hall fiel, Scharnitz fiel, der Bischof von Brixen gewährte Max Emanuel von Bayern freien Durchzug, am 2. Juli schließlich marschierte dieser Kurfürst wie ein Triumphator in Innsbruck ein. Alle jene, die mit der Verteidigung Tirols beauftragt gewesen waren, übten Verrat. General Gschwind, der einige Monate vorher vom Kaiser zum Militärdirektor von Tirol ernannt worden war, wich jeder militärischen Auseinandersetzung aus und zog sich in einen Winkel des Landes zurück. Die Tiroler Landesregierung, die Geheimen Räte gingen ganz offen auf die Seite der Feinde über.

Der Grund dieses Verrats war Furcht vor dem Volk. Bei den ersten Nachrichten vom fremden Angriff hatten sich die Bauern ohne Befehl, ja gegen den Widerstand der militärischen und zivilen Behörden selbst bewaffnet. Landsturmdetachements strömten nach Kufstein und nach Rattenberg, um die Festungen zu retten. Sie kamen zu spät, nicht weil die Festungen sich nicht mehr halten konnten, sondern weil gerade ihr Herannahen die Verteidiger, die sich mehr vor den Bauern fürchteten als vor den Feinden, zur Kapitulation veranlaßte. Sie kehrten nach Innsbruck zurück. „Die Landeshauptstadt", schreibt der Historiker Tirols, Dr. Josef Egger, „erlebte von Seiten der zurückkehrenden Bauern angstvolle Stunden, denn man hörte von ihnen nichts als Vorwürfe über Verrat und Drohungen von Plündern und Totschlagen." Einige Tage vorher hatten die Bauern, als sie vom Fall Kufsteins erfuhren, General Gschwind gesucht, um ihn als Verräter aufzuhängen.

Die Tiroler Regierung hatte nichts Eiligeres zu tun, als aus Furcht vor den „gesetzlosen Bauernhorden", wie sie die Verteidiger Tirols nannte, einen Gesandten zum bayrischen Kurfürsten zu schicken und ihm als Gegenleistung für den Schutz gegen die Bauern die bedingungslose Kapitulation anzubieten. Sie hatte darüber hinaus noch die Schamlosigkeit, schon nach vollzogener Tatsache der Kapitulation ein Schreiben an den Kaiser zu schicken, in dem sie ihren Verrat auf die gleiche Weise begründete. Das war sogar Leopold I. zu viel. Die Landesregierung wurde abgesetzt, eine provisorische Regierung, die sich inzwischen aus kampfbereiten Beamten und Vertretern der Tiroler Miliz gebildet hatte, an ihrer Stelle bestätigt. Diese Regierung begann allerdings erst etwas später zu funktionieren und beschäftigte sich vor allem mit der Aufbringung von Waffen und von Geldmitteln für den Kampf. Die wirklichen Führer im Kampf jedoch, die wirklichen Befreier Tirols, waren die Bauern.

Denn schon wenige Tage nach der Kapitulation begann, zunächst im Etschgebiet, im Burggrafenamt, im Vintschgau, dann in Bozen, im Oberinntal und schließlich in ganz Tirol eine Massenerhebung. Die Sturmglocken läuteten, auf den Bergen wurden Feuer angezündet, wie in den Zeiten der Bauernkriege stellte jedes Dorf, jeder Marktflecken sein Freiwilligenkontingent. Am 27. Juni begann die Bauernoffensive. Anfang Juli waren Brenner und Salurner Klause wieder befreit. In den gleichen Tagen wurde das französische Detachement, das das Oberinntal besetzt hielt, durch einen kühnen Angriff der Bauern unter Führung zweier Freiwilliger, des Postwirts Linser und Martin Sterzingers, völlig vernichtet. Die Bauern ließen die Franzosen tief in die Schluchten einmarschieren, schnitten ihnen dann den Weg ab — und plötzlich verwandelte sich jeder Fels, jeder Baum auf den Bergen, die die Bauern heimlich besetzt hatten, in eine Schützenstellung. Felsblöcke rollten auf die Franzosen nieder, die Fliehenden wurden von den inzwischen weit vorgedrungenen Bauern mit Kugeln empfangen. Die Franzosen kapitulierten nach schweren Verlusten. Am 17. Juli schließlich wurden bayrische und französische Truppen, die in den vorhergegangenen Wochen große Verstärkung erhalten

hatten, im Wipptal geschlagen. Nach dieser Niederlage begannen die Bayern mit dem Rückzug. Aber nun war das ganze Land in Aufruhr. Den Bauern schlossen sich die Bergarbeiter von Schwaz sowie Zillertaler, Werdenberger, Rattenberger an, und von überall her kamen neue Detachements. Die rasche Ausbreitung der Erhebung hing nicht nur mit den Siegen der Freiwilligen, sondern auch mit der Erbitterung der Bevölkerung gegen die Bayern und vor allem gegen die eigene verräterische Regierung zusammen. Schon wenige Tage nach der Kapitulation hatten die Bayern dem Lande außerordentlich schwere Kontributionen auferlegt, und die Regierung hatte sie demütig angenommen. Diese Kontributionen, zusammen mit den bayrischen Verordnungen über Waffenablieferung, und die Beschlagnahme aller Getreide- und Viehvorräte brachten auch jene Landesteile in den Kampf, die bisher verhältnismäßig passiv geblieben waren. Die Beschlagnahmen wurden übrigens mit Hilfe österreichischer Monopolisten durchgeführt, die an der Zusammenarbeit mit den Bayern in wenigen Wochen Unsummen verdienten. Die Wut des Volkes richtete sich deshalb auch gegen sie, und unter den Verrätern, die im Verlauf der Kämpfe von den Bauern erschossen oder aufgehängt wurden, befanden sich auch nicht wenige Handelsherren.

Aus dem geplanten bayrisch-französischen Rückzug wurde eine Flucht. Die Gebiete, durch die die Bayern zurückmarschierten, erhoben sich schneller, als die Eroberer sie verlassen konnten. Die Bayern mußten sich buchstäblich zur Grenze durchschlagen. Ende Juli trafen schließlich kaiserliche Hilfstruppen ein und befreiten die letzten von den Bayern gehaltenen Festungen. Daß die Truppen erst im letzten Augenblick eintrafen, lag nicht nur an den schwierigen Transportverhältnissen. Leopold hatte sich nur zögernd entschlossen, die Bauern zu unterstützen, die vom „Krieg gegen die Fremden und die verräterischen Herren" sprachen und schon in den Kampftagen neue soziale Forderungen für die Zukunft aufstellten. Es dauerte einige Zeit, bis sich Prinz Eugen, der vom ersten Tag an für die bedingungslose Unterstützung der Bauern eingetreten war, durchsetzen konnte.

Anfang August überschritten die letzten Eindringlinge auf ihrem Rückzug die bayrische Grenze. Tiroler Abteilungen folgten ihnen auf dem Fuße. Die Erbitterung über den bayrischen Überfall war so groß, daß sich nun die Tiroler in Bayern auf die gleiche Art benahmen wie vorher die Fremden bei ihnen. Dörfer, Klöster und Stifte gingen in Flammen auf, Häuser wurden geplündert, sehr hohe Kontributionen eingehoben. Den Einwohnern antwortete man, die Tiroler hätten „die Grausamkeit bei den Bayern gelernt". — Aber hinter dem Verhalten der Sieger steckte etwas anderes. Die Rachepropaganda wurde von oben, von den Kommandostellen der Armee betrieben und von den noch nicht abgesetzten Geheimräten Tirols unterstützt. Denn es war genau das eingetreten, was die Kapitulanten befürchtet hatten; der Sieg war den Bauern, wie sich die Herren ausdrückten, „zu Kopfe gestiegen". Bewaffnet, im Bewußtsein ihrer Kraft, hatten die Bauern die letzte Achtung vor den Herren verloren, die feige verraten hatten, während das Volk das Land rettete. Auf die Befehle des kompromittierten Direktoriums, der Geheimen Räte, die sich wieder ans Tageslicht wagten, antworteten sie nur mit Spott. Und überall wurden von den Bauerngemeinden Forderungen nach strenger Bestrafung der Verräter aufgestellt, aber auch soziale Forderungen, die den Herren mehr als unbehaglich waren. Man verlangte die Ausgabe von Gewehren und Munition an die Bevölkerung, Steuerfreiheit für die zerstörten Gebiete, Entschädigung für die Kriegsverletzten und die Witwen und Waisen, man verlangte gleiche Steuern für alle — insbesondere die Aufhebung der Steuerfreiheit der Kirche und die Aufhebung der Abgaben an den Adel —, schließlich die Abschaffung des Monopolistensystems. Der „Rachefeldzug" war ein Versuch, die Bauern von ihren Forderungen abzulenken, indem man ihnen erklärte, sie sollten sich an den Bayern schadlos halten. Das Manöver gelang nur teilweise, die Bauern blieben bei ihren Forderungen; trotzdem kam es zur Ausplünderung nicht nur der besetzten Teile Bayerns, sondern auch zu einer Beschlagnahme fast aller in Tirol liegenden bayrischen Besitztümer, die von den Gemeinden verkauft und deren Kaufpreis für Gemeindezwecke verwendet wurde. Die Forderungen der

Bauern wurden nur teilweise erfüllt; der Landtag, der sie bei der Zentralregierung stellen sollte, ließ einen großen Teil davon einfach unter den Tisch fallen. Immerhin wurden einige Maßnahmen, wie zum Beispiel die Aufhebung der Steuerfreiheit der Kirche, soweit es sich um Verteidigungssteuern handelte, und die Entschädigung für die Kriegsopfer, beschlossen. Andere wurden lange Zeit hindurch einfach ohne Beschluß durchgeführt. Viele Bauerngemeinden verweigerten die Steuern oder hörten auf, Abgaben an den Adel zu zahlen, und da Tirol den ganzen Krieg über ein militärisch außerordentlich wichtiges Gebiet blieb, zogen Zentralregierung und Armee vor, die Bauern nicht durch Zwangsmaßnahmen zu verärgern.

Der Tiroler Aufstand hatte für den gesamten Kriegsverlauf eine große Bedeutung. Durch die bayrische Niederlage war die Gefahr einer Invasion Österreichs sehr vermindert, die österreichische Armee in Italien lief nicht mehr Gefahr, von der Armee an der Donau und am Rhein abgeschnitten zu werden. Frankreichs Offensive war abgeschlagen, der Stoß ins Herz Österreichs abgewehrt. Der Sieg von Tirol gab den alliierten Armeen die Möglichkeit, selbst zur Offensive überzugehen; der Kampf der Bauern machte erst den Sieg von Höchstädt, die entscheidende Wendung im Spanischen Erbfolgekrieg, überhaupt möglich.

1704 standen sich an der Donau die Hauptkräfte Frankreichs und die der verbündeten Österreicher und Engländer gegenüber. Alle anderen Kämpfe waren Vorgefechte, alle anderen Kriegsschauplätze, ob Spanien oder Italien, Nebenkriegsschauplätze gewesen. In der Schlacht von Höchstädt ging es um die Entscheidung. Höchstädt war nicht mehr ein Kampf um Positionen, um eine zeitweilige Überlegenheit, es war eine Kraftprobe der großen Armeen, in der es um den Ausgang des Krieges ging.

Es war für die Generäle nicht leicht gewesen, diese Kraftprobe zu erreichen. Eugen von Savoyen hatte in Wien gegen Ablenkung und Verzögerung, gegen den Versuch, wichtige Truppenteile nach anderen Kriegsschauplätzen zu werfen, kämpfen müssen, der englische Kommandant Herzog von

Marlborough führte den gleichen Kampf in London und im Haag. Die holländischen Alliierten waren für einen Krieg gegen Frankreich — aber für einen nicht allzu entscheidenden Krieg. Holland war zwar von Frankreich bedroht — aber von einem starken Frankreich. Eine etwas geschwächte, aber noch immer existierende französische Großmacht war weniger gefährlich als ein siegreiches Österreich, das zweifellos die spanischen Niederlande ausbauen und dem Handel an der Schelde durch den an der Maas gefährliche Konkurrenz machen würde.

Die englische Regierung war in einer ähnlichen Lage. Gewiß, man wollte Frankreich schlagen, schon deshalb, weil Frankreich in Übersee, vor allem in Amerika, ein gefährlicher Konkurrent war. Gefährlich vom Standpunkt der bürgerlichen Partei, der Whigs, der Kaufleute und Fabrikanten, für die die überseeischen Kolonien wichtig waren — weniger gefährlich für die konservative Grundbesitzerpartei, die Tories, die die Kolonialbesitzungen weit weniger interessierten. Für die Tories war vor allem Europa wichtig — und in Europa war ein starkes Österreich, das das Resultat einer französischen Niederlage wäre, mindestens ebenso gefährlich wie Frankreich. Am besten war ein Krieg, der beide Teile schwächte, dafür aber die kleinen Staaten stärkte, die im Schlepptau und als Hilfskräfte Englands mitmachten — Holland, Preußen und andere deutsche Fürstentümer. In Österreich hatte man zwar nichts gegen einen Sieg gegen Frankreich einzuwenden, im Gegenteil, die österreichische Krone brauchte ihn wie einen Bissen Brot. Hier schwankte man nicht bezüglich des erwünschten Kriegsausgangs, wohl aber bezüglich der Methode. Leopold und seine Minister waren in ihrer Mehrheit für die Kampftaktik der „guten alten Zeit", in der Italien der entscheidende Kriegsschauplatz war, und daneben auch Spanien. Daß man den Kampf um Spanien und Italien an der Donau auskämpfen mußte, und noch dazu mit allen zur Verfügung stehenden Truppen, wollten Leopold und seine Berater nicht verstehen. Immerhin hatte Prinz Eugen bei seinen Kriegsplänen weniger Schwierigkeiten zu überwinden als sein Kollege Marlborough.

Die englischen und verbündeten Armeen kämpften seit

Jahren am Rhein, und wenn es nach den Holländern gegangen wäre, hätten sie sich niemals von dort fortgerührt. Aber Marlborough entschied auf eigene Faust. Er marschierte zur Donau hinunter, wo er sich mit den Heeren Eugens vereinigte. Da das Gros der französischen Armee sich zu jener Zeit an der Donau befand, war es den Franzosen unmöglich, dem Kampf auszuweichen. Sie mußten das tun, was Marlborough und Eugen wollten, einen Entscheidungskampf mit dem Großteil ihrer Armee aufnehmen. Am 13. August 1704 standen sich bei Höchstädt—Blenheim die 56000 Mann starke Armee der Franzosen und Bayern und die 52000 Mann starke Armee der Alliierten gegenüber. Die Schlacht dauerte fast einen ganzen Tag. Während Eugens Armeen die Flanken der französischen und bayrischen Armeen — deren Zusammenarbeit nur sehr lose war — gebunden hielten, hämmerte Marlborough mit Reitern und Infanterie, unterstützt von Artillerie, auf das Zentrum der feindlichen Armee los. Schließlich gelang es ihm durchzubrechen, die Schlachtordnung der Gegner war zerstört; die Alliierten gingen zum Sturm über und am späten Abend war die französische Armee in die Flucht gejagt — fast vernichtet. Die Verlustziffern zeigten, daß es eine Schlacht der Vernichtung, nicht eine um Positionen war; auf der alliierten Seite gab es 11000 Tote und Verwundete, bei den Franzosen 13000 Tote und 9000 Gefangene. Höchstädt war die Wendung des Krieges. Die französische Armee zog sich zurück, der Rückzug wurde immer rascher, bis er einer Flucht glich. Max Emanuel gab Bayern auf und floh nach Brüssel. In den darauffolgenden Wochen fiel die Pfalz, fiel Trier, Ulm, wurde ganz Bayern von österreichischen Truppen besetzt, und die französische Armee kam erst an der Grenze Frankreichs zum Stehen.

Die nächsten Jahre waren eine einzige Offensive der Alliierten. Die Versuche Frankreichs, den verlorenen Boden wiederzugewinnen, wurden immer wieder verhindert. Dem Sieg von Höchstädt folgte der von Ramillies (südöstlich von Brüssel) 1706 und der von Oudenarde 1708. In den letzten Jahren des Krieges spielten sich die Kämpfe dicht an der Grenze Frankreichs ab, und ein Einfall der Alliierten nach Frankreich, das seit langer

Zeit nicht mehr Kriegsschauplatz gewesen war, schien unmittelbar bevorzustehen.

Aber der Krieg wurde nicht auf den Schlachtfeldern, sondern in den Regierungskanzleien entschieden. Nach dem Tode Leopolds I. (1705) und dem Regierungsantritt Josephs I., des Freundes und Schülers Eugens von Savoyen, hatte dieser verhältnismäßig freie Hand. Sowohl Joseph als auch Eugen wünschten den Krieg rasch mit einer französischen Niederlage zu beenden, um sich dem Krieg gegen die Türken im Osten zuwenden zu können, den sie beide für wichtiger hielten. Beide waren deshalb an einer energischen und raschen Kriegführung interessiert. Anders standen die Dinge in London. Der Sieg von Höchstädt, die Siege von Ramillies und Oudenarde wurden von der Bevölkerung Londons und anderer Städte wie große Volksfeste gefeiert, Marlborough wurde zum populärsten Manne Englands. Aber die Minister, die Führer der politischen Parteien und nicht nur die Tories, sondern auch manche Whigs machten süßsaure Gesichter. Der Sieg war zu groß, die Niederlage Frankreichs zu unumstößlich, zu groß war die Gefahr der Beherrschung ganz Europas durch eine im Kriege zur Großmacht gewordene Habsburgerdynastie. Von 1705 an begann Ludwig XIV., der das Gespenst der Niederlage, der Okkupation Frankreichs vor sich sah, mit Geheimverhandlungen, in denen er England vor allem Konzessionen in Übersee anbot, und von dieser Zeit an wurde Marlborough von London aus immer wieder an einem entscheidenden Schlag gegen Frankreich gehindert.

1708 bis 1709 wurde es klar, daß England nicht die Absicht hatte, den Krieg mit einer Niederlage Frankreichs enden zu lassen. 1710 wurde das Whig-Kabinett gestürzt, ein Tory-Ministerium unter der Führung Lord Oxfords und Lord Bolingbrokes wurde ernannt. Die Regierung enthob Marlborough seines Postens und berief ihn nach England zurück. Nach kurzer Zeit begannen die offiziellen englischen Friedensverhandlungen mit Ludwig XIV.

Diese nun offene Wendung der englischen Politik wurde durch ein äußeres Ereignis beschleunigt. Am 17. April 1711 starb plötzlich Joseph I. an Blattern. Der Prätendent auf den

spanischen Königsthron Karl von Habsburg, der spätere Karl VI., wurde zum österreichischen Thronfolger. Das bedeutete die Vereinigung Spaniens und Österreichs in einer Hand. Allerdings war die Entscheidung schon vorher gefallen. Während die österreichische Armee ohne ihre Verbündeten, so gut es ging, weiterkämpfte, begann am 29. Jänner 1712 der Friedenskongreß von Utrecht. Der Kaiser weigerte sich etwa ein Jahr lang, den in Utrecht geschlossenen Friedensvertrag anzuerkennen. Aber es war klar, daß Österreich in seiner wirtschaftlichen Lage, mit seiner noch immer unentwickelten Produktion, ohne englische Geldhilfe und militärische Unterstützung nicht weiterkämpfen konnte. 1714 schloß sich Österreich durch den Vertrag von Rastatt dem Vertragssystem von Utrecht an.

Der Hauptgewinner war England. Es erhielt Gibraltar und Minorka im Mittelmeer, beträchtliche Teile des französischen Kolonialbesitzes in Nordamerika sowie Dünkirchen und schloß vorteilhafte Handelsverträge ab. Holland billigte man nur einen Teil seiner Forderungen — die Herstellung von Barrieregebieten gegen die französische und englische Konkurrenz — zu. Frankreich bekam im wesentlichen nur eine Konzession — der französische Kandidat Philipp wurde auf dem spanischen Thron bestätigt und verzichtete dafür feierlich auf die französische Thronfolge. Einige kleinere Staaten, Savoyen und vor allem Preußen wurden etwas vergrößert.

Österreich kam verhältnismäßig gut davon. Spaniens wirtschaftlich wichtigste Besitzung in Europa, die belgischen Niederlande, wurden dem Kaiser zugesprochen. Er erhielt Territorien am Rhein, vor allem Freiburg und Altbreisach, in Italien Neapel und Sardinien, Küstenplätze in Toskana und behielt Mailand und Mantua. Damit wurde Österreich in Italien zur vorherrschenden Großmacht. Belgien war eine wirtschaftlich einträgliche Provinz, das noch dazu gegen das an Österreich angrenzende Bayern ausgetauscht werden konnte, eine Möglichkeit, auf die Joseph I. hingearbeitet hatte, von der aber Karl VI. entgegen dem Rate Prinz Eugens niemals Gebrauch machte.

Der Frieden von Rastatt schwächte Frankreich und stärkte Österreich ein wenig, mit dem Resultat, daß beide Länder etwa

gleich stark waren. England, das nun die Schlüsselposition in Europa besaß, war es gelungen, jenen Balancezustand in Europa herzustellen, der ihm die Schiedsrichterrolle gab und der seit Utrecht unter dem Namen „Europäisches Gleichgewicht" bekannt wurde. Das „Europäische Gleichgewicht" war um so leichter herzustellen, als zu den zwei europäischen Großmächten bald neue hinzukommen sollten — Preußen, das durch den Krieg und seine Stellung im Schlepptau Englands außerordentlich gestärkt worden war, und Rußland. Aber der Aufstieg der österreichischen Monarchie war noch keineswegs abgeschlossen. In Westeuropa konnte sie ihren Einfluß nicht mehr vergrößern, jeder derartige Versuch konnte nur zu sinnlosen Verlusten, zur Verringerung ihres Einflusses führen. Im Osten jedoch standen die Dinge anders. Und seit Ende des 17. Jahrhunderts hatte Österreichs Ausdehnung nach dem Osten begonnen.

EROBERER UND BEFREIER

In den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts begann Wien sich über den Ring der Befestigungsanlagen hinaus auszudehnen. Vor den alten Verteidigungslinien entstanden kaiserliche Schlösser und Paläste der adeligen Großverdiener, an anderen Stellen wuchsen Werkstätten und Manufakturbetriebe empor, um die sich bald Arbeiterhäuser gruppierten. Die Paläste und Schlösser waren massiv, prunkvoll, verziert mit kostbaren Skulpturen und Deckengemälden, umgeben von sorgfältig gepflegten Gärten. Für Verteidigungszwecke waren sie gänzlich ungeeignet. In einem Palast, wie in dem von Prinz Eugen errichteten Belvedere oder dem etwas später gebauten Schönbrunn, lebte man in Luxus und Behaglichkeit, hielt Empfänge ab, tanzte, repräsentierte — kämpfen konnte man um solche Gebäude nicht. Die Karlskirche, die, ebenfalls außerhalb der Befestigungslinien, in der gleichen Zeit gebaut wurde, war nur in einer Stadt denkbar, die auf lange Zeit hinaus vor feindlichen Geschützen und brandschatzenden Heeren sicher war; jeder Schuß, jeder Brand hätte sie fürchterlich verstümmelt.

Wien baute, als sei es keine in der Nähe der Front gelegene Stadt mehr, keine Stadt, die immer wieder der türkischen Invasion ausgesetzt war. Und sie war es auch nicht mehr. Die türkische Bedrohung war zu Ende. Einmal war die große Flut von Kleinasien her nach Europa geströmt, Serbien und Griechenland, Bulgarien, Transsylvanien und fast ganz Ungarn waren in ihr untergegangen. Nun strömte sie zurück, und es waren die Armeen Österreichs, die Land um Land, Stadt um Stadt eroberten und die Grenzen des einstigen Riesenreiches immer weiter nach dem Osten vorschoben.

In der Zeit zwischen 1684 und 1717 drängten die kaiserlichen Armeen, zuerst unter der Führung des Markgrafen von Baden, dann unter der Prinz Eugens, die Türken bis nach Bosnien zurück. Der Zusammenbruch des türkischen Imperiums hatte natürlich nicht nur militärische Ursachen — vor allem wurde der österreichische Vormarsch ermöglicht durch die tiefe Krise und Zersetzung des einstmals fast unüberwindlichen Osmanischen Reiches.

1529 hatte der junge feudale Staat der Türken in seiner Aufstiegskraft, in seiner verhältnismäßigen militärischen Geschlossenheit die osteuropäischen Fürstentümer niedergerannt. In der Abstiegskrise des feudalen Staats begriffen, im Kampf der fürstlichen Parteien um die Herrschaft in jedem einzelnen Lande konnten diese Länder den Türken nichts anderes entgegenstellen als einander bekämpfende Adelsheere und Völker, die nur widerwillig Krieg führten, weil sie ihren adeligen Heerführern mißtrauten, oder die man nicht einmal kämpfen ließ, weil die adeligen Herren die kampfbereiten Bauern und Bürger mehr fürchteten als die türkischen Gegner. Erst von Österreich, in dem der Absolutismus, gestützt auf Teile des Bürgertums, den großen Feudaladel niedergeworfen und einen verhältnismäßig stabilen Staat geschaffen hatte, konnten die Türken aufgehalten werden. Seither waren fast 200 Jahre vergangen. Aus einem jungen feudalen Staat war die Türkei zu einem alternden feudalen Staat geworden, der ebensowenig wie seine Vorgänger und einstmaligen Opfer in der Lage war, die feudale Anarchie zu überwinden, einen festen, geordneten Staat zu schaffen, in dem sich das Bürgertum und der junge Kapitalismus weiterentwickeln konnten. Wie einst in

Belgrad und in Buda die fürstlichen Fraktionen einander bekämpft hatten, bekämpften einander nun die Fraktionen am Bosporus — nur daß die rivalisierenden Parteiführer hier in Gestalt von Generälen und anderen hohen Würdenträgern der Armee, in Gestalt von Prinzen und Großwesiren auftraten. Und die Entwicklung der Produktion, das Wachstum des Handwerks und der frühen Manufaktur wurde nicht nur durch die Alleinherrschaft des Hochadels verhindert, sondern auch dadurch, daß 200 Jahre lang in der Türkei und in den von den Türken eroberten Gebieten ein wirtschaftlicher Raubbau getrieben worden war. Alle vorhandenen Arbeitskräfte und Reserven wurden rücksichtslos für die Armee und für die Versorgung der Armee geopfert. Es gab keine Menschen und kein Geld für Bergwerke, für Metallverarbeitung, für Textilproduktion — kaum für Ackerbau, es sei denn für die notdürftigste Versorgung der Einwohner selbst. Es gab ein wenig Schiffbau — für die Armee, ein wenig Handel — für den Luxusbedarf der herrschenden Schicht und ein wenig Viehzucht — das war fast alles. Das Konstantinopel des frühen 18. Jahrhunderts glich einer europäischen Stadt um etwa 1200; die von den Türken einst eroberten Länder waren eine Wüste. Die Armeen, die im Jahre 1687 zum erstenmal Territorium betraten, das mehr als 150 Jahre in türkischer Hand gewesen war, standen entgeistert vor dem Anblick, der sich ihnen bot: „Nirgends Bäche trinkbaren Wassers, das stinkende Wasser der Moräste und Teiche konnte selbst das Vieh nicht trinken. Nirgends ein Baum, dessen Laub dem Reisenden kühlen Schatten gespendet hätte, hohes Gras und Schilfdickicht, durch welches die Reiterei der Infanterie den Weg bahnen mußte. Nirgends auf der weit ausgedehnten Ebene ein freundliches Obdach, ja keine Spur von Menschen, höchstens einige schilfbedeckte Schäferhütten." So beschreibt ein Augenzeuge die ungarische Tiefebene — einst eine der Kornkammern Europas.

Der wirtschaftliche Stillstand wirkte sich unter anderem auch auf die Schlagkraft der Armee aus, die ohnehin durch die ständigen Kämpfe der rivalisierenden Generäle und Fürstencliquen, durch die Korruption von Beamtenschaft und Armeeverwaltung geschwächt war. In einem Zeitalter, in dem Handfeuerwaffen und Artillerie eine immer größere Rolle zu spielen

begannen, hatte das türkische Heer im großen und ganzen nur solche Waffen, die es aus dem Ausland einführen konnte. Zum Einführen brauchte man Geld, das aber hing von der Entwicklung der Landesproduktion ab, die kaum existierte. Eine Möglichkeit war die Versorgung mit Waffen oder Geld durch verbündete Mächte, und tatsächlich hat die Türkei jahrhundertelang von Frankreich, das an einer Bedrohung des Habsburgerreiches vom Osten her interessiert war, Waffen erhalten. Aber Anfang des 18. Jahrhunderts geriet Frankreich selbst in finanzielle Schwierigkeiten. Die Türkei wurde also immer mehr und mehr gezwungen, die mangelnde Ausrüstung durch den Masseneinsatz von Soldaten zu ersetzen. Aber auch das Menschenreservoir war nicht unerschöpflich. Bald bildeten die geschulten türkischen Truppen, die Janitscharen-Berufsarmee, nur einen Kern im Heer, während das Gros aus zwangsmobilisierten Bewohnern der unterworfenen Gebiete zusammengesetzt war — aus Serben, Bosniern, Rumänen, Ungarn und anderen. Und diese Zwangsmobilisierungen, die ständige Drohung, plötzlich von Haus und Hof fortgeholt und in die Armee gepreßt zu werden, verstärkte noch den langsam wachsenden Widerstand der Unterworfenen gegen die türkischen Herrscher. In den meisten Schlachten waren nun Teile der türkischen Armee mit der Bewachung der eigenen Einheiten beschäftigt. Von Jahr zu Jahr wurde die Armee unzuverlässiger, es gab immer häufiger Meutereien ganzer Abteilungen — und bald begann die Zeit, in der nicht nur Soldaten meuterten, sondern auch die Einwohner der unterworfenen Gebiete, denen man wohl oder übel im Kriege das Soldatenhandwerk beigebracht hatte.

An und für sich wäre die türkische Herrschaft nicht drückender gewesen als jede andere — wenigstens nicht, soweit es sich um die direkte Politik der türkischen Behörden gegenüber den Einwohnern der unterworfenen Länder handelte. In manchen Fragen waren die Türken sogar liberaler als andere Herrscher — zum Beispiel gab es so gut wie keine religiösen Verfolgungen und in der Zeit der Glaubenskämpfe wurden sowohl flüchtige Protestanten aus den katholischen wie auch flüchtige Katholiken aus den protestantischen Ländern im türkischen Herrschaftsbereich unter Zusicherung der Glaubensfreiheit willkommen geheißen.

Diese Frage verlor allerdings in dem Maße an Gewicht, in dem die europäischen Staaten selbst in religiösen Fragen toleranter wurden und — wie zum Beispiel Österreich — Protestanten die Glaubensausübung zu gestatten begannen. Dafür verstärkten andere Dinge den Haß gegen die Türken — die wachsende Verelendung der Menschen in den unterworfenen Gebieten, die Tatsache, daß türkische Würdenträger, Beamte und Angehörige der jeweils herrschenden Gruppen, die mit Land und Leibeigenen für ihre Dienste belohnt wurden, immer mehr freie Hand bei der Ausplünderung „ihrer" Gebiete und bei der Behandlung „ihrer" Untertanen erhielten und oft ein wildes Terrorregime entwickelten; die unterdrückten Völker (meist Slawen) begannen sich jenseits der Grenzen nach Hilfe umzusehen.

Von zwei Ländern war Hilfe zu erwarten: Rußland und Österreich. Zwischen diesen Ländern und den Zwangsuntertanen der Türken begannen sich langsam Fäden anzuspinnen.

Rußland selbst war jahrhundertelang von den Verbündeten der Türkei, den Tataren, besetzt gewesen. Unter Iwan IV. im 16. Jahrhundert hatte es die Befreiung seines Territoriums von der tatarischen Herrschaft erkämpft. Nun, unter Peter dem Großen, wandte sich Rußland gegen die Türken, die die südlichen Grenzgebiete, die Krim und den Kaukasus, alle Zugänge zu den südlichen Meeren besetzt hielten, und ging langsam zur Offensive über. Als der Verbündete der Türken, der schwedische König Karl XII., den Überfall auf Rußland mit dem Verlust seiner ganzen Armee und bald darauf seines Thrones bezahlte, wurde es klar, daß Rußland bald ein gefährlicher Gegner der Türkei werden sollte. Schon im Jahre 1700 hatte Peter der Große gezeigt, daß ihm das Schicksal der von den Türken unterdrückten und gegen sie immer wieder sich erhebenden slawischen Völker nicht gleichgültig war und daß er die Absicht hatte, in einem künftigen Kampf um die Losreißung von Teilen des zerfallenden türkischen Reiches auch die Hilfe dieser Völker in Anspruch zu nehmen. In seiner sogenannten Osteransprache wandte sich Peter an die „rechtgläubigen" Slawen unter türkischer Herrschaft, erwähnte ihre Leiden und versprach ihnen Unterstützung.

Rußland stand vielen von den Türken unterdrückten Völkern

gefühlsmäßig wohl näher als Österreich — schon die Sprachverwandtschaft und nicht selten auch die Gleichheit der Religion spielten da eine große Rolle. Auf der anderen Seite war Österreich geographisch näher, stärker, die Hoffnung einer baldigen Befreiung durch österreichische Heere war greifbarer. Infolgedessen wandten sich die Blicke vieler Slawen in dieser Zeit vor allem nach Österreich. Von den Achtzigerjahren des 17. Jahrhunderts an bestanden ziemlich enge Beziehungen serbischer, rumänischer und anderer Gruppen mit Wien. Die Krone tat — vor allem dann, unter dem Druck Eugens — viel, um diese Beziehungen enger zu gestalten. Schon beim ersten Angriff auf die türkischen Gebiete, der der Belagerung von 1683 folgte, schlossen sich serbische Flüchtlinge unter der Führung ihrer Geistlichen der österreichischen Armee an. Sie wurden später nach dem Rückzug der Armee in Grenzgebieten angesiedelt, und man begann systematisch Slawen in die Armee aufzunehmen. Schließlich machte die Krone einen Schritt, der einen Bruch mit der Vergangenheit der einheitlichen katholischen Staatsreligion bedeutete, aber notwendig war, wenn man sich die Bundesgenossenschaft der unter der türkischen Herrschaft lebenden Völker sichern wollte. Sie garantierte den nichtkatholischen Gruppen im Falle ihrer Eingliederung in den österreichischen Staat das Recht der freien Religionsausübung — und zwar nicht nur den griechisch-orthodoxen Serben, sondern auch, in dem Leopoldinischen Diplom 1791, den siebenbürgischen Protestanten.

Für die von den Türken unterworfenen Völker kamen die österreichischen Heere als Befreierarmee. Die österreichische Herrschaft, die sie gegen die türkische eintauschten, garantierte ihnen nicht nur eine ruhige, von Zwangsaushebungen und dem ungeregelten Plündern der Paschas und ihrer Truppen verhältnismäßig freie Existenz, sie gab ihnen, einfach durch die Tatsache, daß Österreich trotz aller Schwierigkeiten ökonomisch viel weiter entwickelt war als die Türkei, die Möglichkeit eines besseren Lebens, eines gewissen Fortschritts. Obwohl der Krone die Wirtschaftsentwicklung der im Anfang des 18. Jahrhunderts befreiten Gebiete an und für sich weniger am Herzen lag als die Entwicklung der österreichischen Kronländer, nahmen diese Gebiete

doch, vor allem etwas später unter Maria Theresia und Joseph II., einen gewissen wirtschaftlichen Aufschwung. Aus der Wüste wurde wieder Ackerland, aus der Ansammlung verfallender Hütten wurden wieder Städte. Bei dieser Entwicklung schöpften die österreichischen Kaufleute und Grundherren, die Verwaltungsbeamten, die in die neuen Gebiete strömten, den Rahm ab. Der neue Aufbau kam weit mehr den Befreiern zugute als den Befreiten, aber dennoch begann seit der Befreiung von den Türken auch in den einst in der Türkenflut versunkenen Ländern die Entwicklung des Kapitalismus und des Bürgertums, die erst ein wirkliches nationales Erwachen möglich machten.

Daß das große türkische Reich nicht mehr unverletzlich war, hatte sich schon 1664 gezeigt. In diesem Jahr besiegte der österreichische Feldherr Montecuccoli die Türken bei St. Gotthard und warf sie bis nach Vasvar zurück. Der Sieg wurde nicht ausgenützt — weder von Montecuccoli, der die Türken sich wieder sammeln ließ, ohne sie zu verfolgen, noch von Leopold I., der trotz der großen militärischen Erfolge seines Feldherrn mit dem Sultan einen Frieden abschloß, der den Türken alle wichtigen Ausgangspositionen für einen künftigen Angriff ließ, Ungarn jedoch ohne Festungen und Verteidigungspositionen einem solchen Angriff preisgab. Was viele Österreicher und die meisten Ungarn prophezeit hatten, traf 1683 ein — die Türken griffen an, ehe noch der für zwanzig Jahre geschlossene Friede zu Ende war, und fast wäre Wien gefallen.

Nach 1683 erzwang die allgemeine Stimmung im Lande den Krieg gegen die Türken. Auch Leopolds damals wichtigster Verbündeter, Sobieski, drängte auf eine Fortsetzung des Kampfes gegen die Türken. Wohl oder übel gab Leopold Markgraf Ludwig von Baden den Auftrag zur Fortsetzung des Krieges.

Es zeigte sich, was sich schon bei St. Gotthard gezeigt hatte — die Türken waren nicht nur nicht mehr unbesiegbar, sie waren sogar leicht zu besiegen, wenn sich eine Macht fand, die energisch und systematisch den Krieg gegen sie führte. 1685 fiel Ofen, das heutige Budapest, 1687 drangen die kaiserlichen Truppen tief nach Siebenbürgen ein, nachdem die Türken auf dem Schlachtfeld von Mohacs, auf dem 161 Jahre früher die letzte ungarische Armee von den

Türken vernichtet worden war, geschlagen wurden. 1688 standen die Kaiserlichen vor Belgrad.

Im gleichen Jahr zeigte es sich, daß zum erstenmal nicht mehr Österreich allein gegen die Türken kämpfte. Zwei andere große Länder begannen den Krieg gegen die Türken — das Polen Sobieskis und Rußland am Asowschen Meer. Die kaiserliche Armee drang in Gebiete vor, die seit 150 Jahren nur mehr türkische Soldaten gesehen hatten — nach Serbien, Bosnien und der Walachei.

Auch diese Siege wurden nicht unmittelbar ausgenützt. Die Armee war zu schwach, zu schlecht ausgerüstet, die eroberten Gebiete wirklich halten zu können, und die Zahl der Truppen, die Österreich auszurüsten vermochte, war zu gering für eine Eroberung der Balkanländer. Kaum brach im Westen der Krieg aus, kaum machte Ludwig XIV. Miene, irgendwo von neuem mit dem Angriff zu beginnen, mußte man Truppen abziehen und nach dem Westen werfen und sich sozusagen mit einer „symbolischen" Fortsetzung des Türkenfeldzugs begnügen. Das geschah zwischen 1688 und 1697 mehrere Male.

Die ersten Jahre der türkischen Kriege waren auch die Jahre, in denen Eugen von Savoyen vom kleinen Adjutanten zum Feldmarschalleutnant aufstieg, in denen er seine ersten großen militärischen Erfahrungen machte — nicht nur auf taktischem und strategischem, sondern auch auf militärisch-administrativem Gebiet. 1696, nach einigen Jahren im diplomatischen Dienst, wurde Eugen an die Spitze der Armee gestellt, um einem großen türkischen Gegenangriff entgegenzutreten.

Von dem Tage an, als Eugen das Kommando der Armeen erhielt, führte er schonungslos den Kampf, den er in den Jahren vorher unter weniger günstigen Bedingungen begonnen hatte — den Kampf um die bessere Versorgung und Verpflegung der Armee, um die Reinigung der Offizierskorps von unfähigen und korrupten Offizieren. Er machte sich dabei zahllose Feinde. Die jungen Herren aus adeligem Haus, die sich Offiziersposten gekauft hatten, setzten alle Hebel in Bewegung, um ihn loszuwerden. Keine Verdächtigung war ihnen zu niedrig, angefangen von der Beschuldigung, Eugen sei ein Agent Ludwigs XIV., bis zu der

damals noch immer sehr schwerwiegenden, aber bei Eugen völlig unbegründeten Anklage, er sei ein Antiklerikaler.

Es zeigte die Stärke der Position Eugens und die Stärke der Reformergruppe, die — mit Joseph I. an der Spitze — ihn stützte, daß diese Kampagne erfolglos blieb. Es gelang Eugen sogar, einen Teil seiner Forderungen, vor allem eine wenigstens teilweise Reinigung des Offizierskorps, durchzusetzen. 1696 begann der neue Feldzug gegen die Türken. In diesem Krieg gab es eine Schlacht, die nicht nur den Verlauf des Feldzuges entschied, sondern auch die Kampfweise ihrer Zeit revolutionierte — die Schlacht von Zenta (1697).

Die Türken waren in Ungarn eingefallen, bedrohten Peterwardein und Szegedin. Eugen verstärkte Szegedin und wandte sich gegen die Türken. Als er erfuhr, daß die türkische Armee die Theiß bei Zenta überschritt, änderte er die Richtung und warf seine Armee in Eilmärschen ebenfalls nach Zenta. Die Türken waren den Österreichern zahlenmäßig weit überlegen, und als Eugen sich einige Meilen von Zenta entfernt befand, kam ein Kurier aus Wien und überbrachte eine kaiserliche Botschaft, die ihm streng verbot, den „hoffnungslosen Kampf" zu beginnen. Eugen las den Brief — und griff an. Später erklärte er bedauernd, er habe leider in der Aufregung des kommenden Gefechtes vergessen, den Brief zu lesen. Der Hof konnte nur böse Miene zum guten Spiel machen.

Der Angriff begann um vier Uhr nachmittag. Eugen hatte seine Armee auf dem Marsch in zwölf Kolonnen umformiert und eröffnete gleich nach seinem Eintreffen in Zenta den Kampf. Zeit und Form des Angriffs waren etwas ganz Ungewöhnliches und Unerhörtes. Denn nach den Regeln der Kriegführung begann man eine Schlacht bei Morgengrauen, um einen ganzen langen Kampftag vor sich zu haben, und mit einer ausgeruhten und sorgfältig placierten Armee, die in festen Kadern aufgestellt war. Hier aber war keine Zeit für eine lange Schlacht, es war September und in zwei Stunden kam die Dunkelheit, die Entscheidung mußte schnell fallen. Von festen Kadern, in denen die Offiziere jeden Soldaten überwachen, jede einzelne seiner Bewegungen dirigieren konnten, war keine Rede.

Der Historiker Coxe beschreibt den Schlachtverlauf folgendermaßen: „Die türkische Kavallerie war bereits vorbeigezogen und Eugen begann mit dem Angriff, obwohl die türkische Brücke über die Theiß dreifach befestigt und mit 70 Artilleriekanonen bestückt war. Eugen stellte seine Armee in Form eines Halbmondes auf, um die Befestigungen zu umfassen, verstärkte die Flanken mit Kavallerie und Kanonen, richtete einen Teil der Artillerie gegen die Brücke, um die türkischen Berittenen daran zu hindern, zur Unterstützung der Infanterie zurückzukehren, und griff jeden Teil der Befestigungen im gleichen Augenblick an. Die Attacke wurde mit einer Kraft und einer Genauigkeit durchgeführt, die sogar den Kommandanten selbst überraschte, die Kavallerie begleitete und stützte die Infanterie bis zu den Verteidigungslinien und öffnete ihr einen Durchgang, indem sie die Gräben mit ihren Toten füllte. Der Feind, durch die plötzliche und verzweifelte Attacke überrascht, beschleunigte seine Niederlage durch seine eigene Verwirrung; viele überstürzten sich, das andere Ufer zu erreichen, bahnten sich den Weg durch die Kavallerie, die aufgestellt war, um Desertionen zu verhindern, und massakrierten schließlich in Schrecken und Verzweiflung den Wesir und viele der höheren Offiziere. In dieser Verwirrung und Panik nahmen die Kaiserlichen die Befestigungen. Während diejenigen, die zuerst durchgebrochen waren, die Fliehenden von der Brücke abschnitten, griffen die anderen sie von vorne an, und als sie aus ihrer letzten Befestigung verjagt waren, folgte ein Töten, das jeder Beschreibung spottet."

Die Türken verloren 30000 Mann, die Kaiserlichen nur 500. Die Schlacht dauerte bloß zwei Stunden — als die Sonne unterging, war alles zu Ende. In seinem Brief an den Kaiser schreibt Eugen mit dem eleganten Pathos der Barockzeit: „Es schien, als verweile die Sonne länger am Horizont, um mit ihren letzten Strahlen die glorreichen Fahnen Österreichs vergolden zu dürfen."

Nach den alten Methoden der vorsichtigen Erschöpfungstaktik wäre dieser Sieg unmöglich gewesen. Er wäre auch in einem Heer unmöglich gewesen, in dem man Soldaten und Subalternoffiziere als gedankenlose Werkzeuge, als unselbständiges und unfähiges Kanonenfutter betrachtete. Der gleichzeitige und fürchterliche Angriff von Zenta war nur durchführbar, weil jeder Zug, jede Einheit wußte, worum es ging, und bereit war, wenn es sein mußte, auch ohne unmittelbaren Befehl und mit eigener Initiative zu kämpfen. Die unwiderstehliche Kombination von Artillerie, Infanterie und Kavallerie war nur möglich, weil man sich auf die ganze Armee verlassen konnte und die Armee sich als eine Einheit empfand, in der es zum Beispiel zwischen der adeligen Kavallerie und der weniger vornehmen Infanterie und Artillerie im Kampf keine Unterschiede gab. Bei den Türken mußte die Kavallerie Positionen besetzt halten, um eine Desertion der eigenen Soldaten zu verhindern, bei den Kaiserlichen „füllte sie die Gräben mit ihren Toten", um dem übrigen Heer den Sturm auf die Befestigungen möglich zu machen. Diese zwei Tatsachen kennzeichnen den Unterschied zwischen dem türkischen und dem österreichischen Heer, zwischen der neuen Armee Prinz Eugens und der Armee der alten Ordnung.

Eine solche Kampfweise war natürlich in den Türkenkriegen leichter zu verwirklichen als anderswo, denn Offiziere und Generäle; Österreicher, Slowenen, Kroaten empfanden alle in gleicher Weise die Türken als ihren eigenen Feind. Viele hatten durch die Türkeneinfälle Väter, Brüder, Frauen verloren, vielen war das Haus niedergebrannt, der Acker verwüstet worden — und jene, die selbst nicht gelitten hatten, wußten, daß sie beim nächsten Türkeneinfall das Schicksal der anderen treffen konnte. Kein Krieg war in Österreich je so populär wie die Kriege gegen die Türken, bei keinem gab es so wenige Deserteure, in keinem konnte Eugen so leicht sein Experiment der neuen Kampfführung, der neuen denkenden Armee wagen.

Der Sieg bei Zenta gegen die Türken entschied auf Jahre hinaus das Schicksal des türkischen Heeres. Die Kaiserlichen marschierten fast ungehindert tief in türkisches Territorium vor. Der Sultan war gezwungen, am 26. Jänner 1699 den Frieden von Karlowitz abzuschließen, der die Machtverhältnisse in Osteuropa grundlegend veränderte. Ungarn war befreit, Siebenbürgen, Kroatien und fast ganz Slawonien gingen in den Besitz Leopolds über. Venedig, das an der Seite Österreichs am Krieg

teilgenommen hatte, erhielt Morea, Teile Dalmatiens und die Herzegowina.

Es ist fraglich, ob es notwendig war, den Türken die Atempause dieses Friedensschlusses einzuräumen, und ob nicht der geeignete Augenblick gekommen war, die türkische Militärmacht völlig zu vernichten. Aber der Krieg um das spanische Erbe stand bevor. Der österreichischen Diplomatie schien dieser Krieg wichtiger als der Kampf im Osten.

Der Spanische Erbfolgekrieg unterbrach den Kampf gegen die Türken auf 17 Jahre. Erst 1716 wurde er wieder aufgenommen. In diesem Feldzug stand Eugen ein ganz anderes Heer zur Verfügung als beim ersten Angriff; ein Heer, das er selbst aufgebaut, selbst geschult hatte, dessen Ausrüstung und Bewaffnung nur er selbst bestimmte. Und es war diesmal kein hemmender, ängstlicher Kriegsrat, sondern der sieggekrönte Feldherr Eugen selbst, der Kriegsplan und Kriegsverlauf bestimmte.

Der Feldzug, der zu den ruhmreichsten Österreichs gehört, dauerte nur etwa mehr als ein Jahr. In diesem Jahr nahmen die kaiserlichen Truppen die Festung Temesvar, drangen in Moldavien, die Walachei und in Bosnien ein. Am 16. August 1717 stürmte Eugens Heer den Hauptstützpunkt der Türken in Osteuropa, die Festung Belgrad, und zwang sie zur Kapitulation. In dieser Augustnacht, an den Feuern des Belgrader Feldlagers, hat irgendein unbekannter Soldat das Lied gedichtet, das bald zum Lied des ganzen österreichischen Volkes wurde:

„Prinz Eugenius, der edle Ritter,
wollt dem Kaiser wiedrum kriegen
Stadt und Festung Belgerad.
Er ließ schlagen eine Brucken,
daß man kunnt hinüberrucken
in die Festung, in die Stadt."

Im Frieden von Passarowitz, der 1718 abgeschlossen wurde, erhielt Österreich zu den Eroberungen von 1699 das Banat, den Rest Slawoniens, Nordbosnien, Serbien mit Belgrad und einen Teil der Walachei. Zugleich mit dem Friedensvertrag wurde ein

Handelsvertrag abgeschlossen, der für Österreich sehr günstig war. Die kaiserlichen Untertanen erhielten im ganzen Osmanischen Reich und im Mittelmeer Handelsfreiheit, die kaiserliche Flagge genoß gleichfalls türkischen Schutz. Der Handel und die Schiffahrt auf der Donau, im Schwarzen Meer und nach Persien waren ebenfalls frei. Die Kaufleute aus den kaiserlichen Ländern wurden von allen Handelsabkommen befreit, mit Ausnahme von kleinen Hafengebühren. Beide Mächte sicherten einander die gegenseitige Bestellung von Konsuln und Agenten zu. Dieser Vertrag gab dem österreichischen Handel im Mittelmeer und in den östlichen Meeren einen wichtigen Vorsprung vor den Händlern anderer Mächte, vor allem den holländischen und französischen Rivalen. Daß er überhaupt an ein so wichtiges Dokument wie den Friedensvertrag angehängt wurde, zeigte die wachsende Bedeutung des Handels, vor allem des Überseehandels, in Österreich und die steigende Bedeutung, die die österreichische Krone ihm beimaß.

Zahlreiche Völker waren mit einem Schlag von der türkischen Herrschaft befreit worden. 1717 hatte der Patriarch von Illyrien an das Kommando der kaiserlichen Armee geschrieben: „Wir, sowohl weltlichen sowohl geistlichen Standes unserer Nation, welche sich unter der türkischen Tyrannei befinden, rufen Gott an, damit er unserem allergnädigsten Monarchen Karl seine Hilfe geben möge, um uns von der türkischen tyrannischen Sklaverei zu erlösen und nebst diesem unserem serbischen Königreich und Nation seinen gnädigen Schutz zu bringen." Kaum ein Jahr später war die „türkische Tyrannei" zu Ende.

Der Krieg von 1717 war der Höhepunkt im Kampf gegen die Türken. Später kamen Rückschläge. 1737 — Prinz Eugen war 1736 gestorben — stolperten Österreich und Rußland in einen hastig erklärten, schlecht vorbereiteten Krieg gegen die Türken hinein, und bei seinem Ende (1739) verlor Österreich einen großen Teil dessen, was es beim Frieden von Karlowitz erhalten hatte. Aber wenn auch Österreichs Expansionen nach dem Balkan nicht unbegrenzt blieben, hörte das Türkische Reich doch für immer auf, eine Gefahr zu sein. Niemals mehr wurde Wien bedroht. Das einst unbesiegbare Osmanische Reich wurde langsam zu

einem müden, verfallenden Staat, dem ,,kranken Mann Europas", um dessen Erbe die Großmächte miteinander stritten.

DIE PRAGMATISCHE SANKTION

In wenigen Jahrzehnten war aus dem österreichischen Staat eine Art Imperium geworden, dessen Länderbesitz von Belgien bis nach Bosnien, von Italien bis Schlesien reichte. Das eigentliche Österreich stellte seiner Ausdehnung nach nur mehr einen Bruchteil des Habsburgerbesitzes dar.

Die herrschende Dynastie mußte sich die Frage stellen: Was können wir tun, um dieses riesige Reich zusammenzuhalten, um zu verhindern, daß es bei der nächsten kriegerischen oder sonstigen Erschütterung ebenso rasch verlorengeht, wie es erworben wurde? Mit Ausnahme Ungarns forderten die Völker des Imperiums noch nicht ihre Selbständigkeit, insbesondere im Osten Europas stellte die noch verhältnismäßig lockere österreichische Herrschaft einen Fortschritt gegenüber der türkischen dar. Was Belgien betraf, so bedeutete die Zugehörigkeit zur Habsburgermonarchie sowohl einen gewissen handelspolitischen Schutz gegen die holländische Konkurrenz als auch einen militärischen Schutz gegen Frankreich. Aber das Gefüge des neuen Riesenstaates war noch ziemlich lose, in Ungarn, in Siebenbürgen, in den kroatischen Territorien, in Belgien und in den italienischen Besitztümern lag die Herrschaft noch immer teilweise in der Hand der ständischen Landtage, die der Krone gegenüber eine Art Halbautonomie genossen. In allen diesen Ländern — vielleicht mit Ausnahme Belgiens — lag die Führung der Landtage noch immer in den Händen des Adels — und der Adel war, wie die Habsburger aus eigener Erfahrung in den österreichischen Ländern wußten, immer bereit zu frondieren, eine Herrschaft mit der anderen zu vertauschen, sich dem Staat anzuschließen, der ihm die größten Vorteile bot.

Gelegenheit zu solchen Versuchen eines ,,Umsteigens" unter eine andere Herrscherdynastie boten insbesondere dynastische Krisen. Wenn zum Beispiel ein Familienzweig der Dynastie

ausstarb und ein anderer, etwa die Kinder einer Schwester, an seine Stelle trat, war das ein Signal für alle Großmächte Europas, mit einer juristisch gutklingenden Begründung eine Neuverteilung der Gebiete zu fordern, und für die regierenden Gruppen der verschiedenen von der Dynastie bis jetzt beherrschten Länder, den Handel um den neuen Herrn zu beginnen. Natürlich waren die dynastischen Familienereignisse nur ein formaler Grund, ein juristisch tragbarer Anlaß. Die Entscheidung fiel nicht im Kabinett der Kronjuristen, sondern meist auf dem Schlachtfeld und bei den darauffolgenden Friedenskonferenzen.

Anfang des 18. Jahrhunderts wurde es wahrscheinlich, daß die Habsburger früher oder später mit einer solchen dynastischen Krise rechnen mußten. Der Mannesstamm der Dynastie war im Aussterben, schon um 1710 herum wurde es klar, daß der nächste Habsburgererbe eine Frau sein werde. Nun war die weibliche Nachfolge für den Thron in keinem der Dokumente der Krone ausdrücklich vorgesehen worden, vor allem war sie in keinem der Verträge mit den nichtösterreichischen Ländern enthalten. Starb Karl VI., der letzte männliche Habsburger, und trat eine Frau seine Nachfolge an, konnten alle Länder erklären, die Zugehörigkeit zum Habsburgerreich sei nur als Zugehörigkeit zum Reich eines Königs gedacht, nicht aber einer Königin. In diesem Fall werde der Ausverkauf der Monarchie sofort beginnen.

Allerdings gab es Mittel, einen solchen Ausverkauf zu vermeiden. Man konnte zum Beispiel die wirtschaftliche Entwicklung der Länder der Monarchie beschleunigen, das heißt, ihren Wohlstand heben und die Zugehörigkeit zu ihr so verlockend machen, daß auch im Fall von dynastischen Schwierigkeiten die Länder vorziehen würden, bei Österreich zu bleiben. Man konnte entweder ihre, allerdings sehr weitgehenden Wünsche nach stärkerer Autonomie befriedigen, oder umgekehrt so stark zentralisieren, daß an Stelle der Landtage und der in den Ländern regierenden Gruppen ein österreichischer Beamtenapparat trete, der natürlich die Frage einer Loslösung von der Monarchie gar nicht stellt. Das war nicht leicht, das konnte wieder nur durch eine starke wirtschaftliche Entwicklung der österreichischen Länder ermöglicht werden und stieß überdies schon damals,

soweit es — wie etwa in Ungarn — versucht wurde, auf den schärfsten Widerstand nicht nur der Adelsgruppen in den Ländern, sondern auch anderer Bevölkerungskreise. Man konnte vor allem — und das war Prinz Eugens Rat — eine starke Armee und eine gefüllte Kassa haben, die zwar die eventuellen Versuche der Länder, sich nach anderen Herrschern unter den europäischen Mächten umzusehen, nicht verhindert, wohl aber den Großmächten die Lust genommen hätten, ein Kaiserreich, das entschlossen war, jedes Besitztum bewaffnet zu verteidigen, „neu aufzuteilen". Alle diese Dinge taten die Habsburger nicht oder konnten sie nicht tun. Statt die Neuaufteilung unmöglich zu machen, wählten sie den Weg, den Anlaß zu verhindern.

Von 1710 an begannen die Verhandlungen mit den Ländern der Monarchie über die Vereinbarung, die später den Namen „Pragmatische Sanktion" erhielt. In dieser Vereinbarung sollten sich die Unterzeichner verpflichten, die Länder der Krone, in erster Linie die österreichischen, böhmischen und ungarischen Länder, einheitlich und unteilbar zu erhalten, ganz gleich, ob sie unter der Herrschaft eines männlichen oder eines weiblichen Habsburgers ständen. Das Recht der Nachfolge auf den Kaiserthron sollte ausschließlich durch den Grundsatz der Erstgeburt bestimmt werden. In den folgenden Jahrzehnten stellten die Bemühungen um die Annahme der Pragmatischen Sanktion, zuerst bei den Ländern der Monarchie, dann bei den europäischen Mächten, einen großen Teil der diplomatischen Arbeit der Krone dar. Es ist nicht uninteressant, daß der erste Landtag, der die Annahme eines solchen Vertrags öffentlich empfahl, der kroatische Landtag (im Jahre 1712) war. Der Grund dafür war, daß die Kroaten schon damals eine Einschränkung ihrer Rechte durch eine eventuelle ungarische Herrschaft fürchteten und die Habsburger als Gegengewicht und Schutz gegen Ungarn betrachteten. Um 1720 hatten fast alle Länder der Monarchie, vor allem die österreichischen Länder, den Pakt akzeptiert, 1722 unterzeichnete ihn Ungarn, 1724 Belgien. Die verhältnismäßig glatte Annahme des Paktes zeigte, daß die Länder der Monarchie damals, trotz aller Differenzen, an ihrer Aufrechterhaltung noch interessiert waren.

Sehr viel schwieriger und auch sehr viel wertloser war die

Annahme durch die europäischen Mächte. Zwar akzeptierten auch sie, mit wenigen Ausnahmen (wie etwa Bayern), schließlich die Pragmatische Sanktion, aber die Annahme mußte durch große Konzessionen — zum Beispiel den Verzicht Karls VI. auf die Weiterführung der Ostindischen Kompagnie — erkauft werden, und als es dann Ernst wurde und der Kampf um die Anerkennung der Thronfolgerin Maria Theresia begann, betrachteten viele europäische Staaten — an erster Stelle Preußen — die Pragmatische Sanktion als einen Fetzen Papier.

II.

DER BEGINN DER NATIONALEN FRAGE

UNGARN

Im österreichischen Staat, wie er seit 1526 bestand, nahm Ungarn eine besondere Stellung ein. Während im Verlauf des 16. und des 17. Jahrhunderts die Zentralisierung in Österreich und dann in Böhmen und Mähren zuerst verhältnismäßig friedlich, später mit Gewalt und unter Blutvergießen durchgeführt wurde, während der politisch selbständige Adel niedergeschlagen, vertrieben und durch einen von der Krone abhängigen Hofadel ersetzt wurde, die ständische Autonomie der Länder verschwand und dem Beamtenapparat der Krone Platz machte, waren in Ungarn die Verhältnisse in vieler Hinsicht so wie vor 1526. Nach wie vor herrschte in Ungarn der einheimische Adel, nach wie vor genoß Ungarn eine weitgehende Autonomie, die sich zum Beispiel darin ausdrückte, daß Gesetze, die Ungarn betrafen, und Maßnahmen, sogar militärischer Art, die sich auf Ungarn bezogen, von der ungarischen Ständevertretung (der allerdings fast nur der Adel angehörte) genehmigt werden mußten. Die relative Selbständigkeit Ungarns kam auch darin zum Ausdruck, daß jeder neue habsburgische Herrscher in Ungarn noch einmal gekrönt und vom ungarischen Adel als sein König akzeptiert werden mußte. Damit wurde ausgedrückt, daß Ungarn nicht einfach ein Teil der Habsburgermonarchie war, sondern ein freiwilliger Partner im habsburgischen Reich.

Ganz frei war Ungarn natürlich nicht. Es war ins zentrale Steuersystem eingefügt, sehr viele zentrale Gesetze galten praktisch auch für die ungarischen Länder, und im Ernstfalle traf die Krone die ihr notwendig scheinenden militärischen Maßnahmen, ohne viel zu fragen, auch für die Ungarn und entschuldigte sich bei der ungarischen Ständevertretung im nachhinein. Aber dennoch war die politische Stellung Ungarns im Rahmen der Monarchie eine bevorrechtigte.

Das lag vor allem daran, daß Ungarn — oder besser gesagt der Streifen, der 1526 vom eigentlichen Ungarn übriggeblieben war — Grenzgebiet gegen die Türken, dem eigentlichen Österreich vorgeschoben war. In dem Krieg, der sich fast ohne Unterbrechung mehr als anderthalb Jahrhunderte hinzog, war die Krone auf die militärische Hilfe auch des ungarischen Adels angewiesen. Ihr Militärapparat war noch nicht stark genug, um auf die Dauer größere Kräfte in Ungarn halten zu können, und die kroatischen Ansiedler an der Militärgrenze im Südosten konnten nur einen Teil des Gebietes verteidigen. Außerdem mußte die Krone schon deshalb vorsichtig vorgehen und alles vermeiden, was die Ungarn der Monarchie entfremden konnte, weil von den Türken immer wieder Versuche unternommen wurden, die Ungarn zu sich hinüberzuziehen. Ein unter dem Patronat der Türken stehender Staat, das halb selbständige Siebenbürgen, wurde von ihnen immer wieder vorgeschickt, um Ungarn zu gewinnen oder mindestens zu neutralisieren. Es gab für die Ungarn die Alternative: Zugehörigkeit zum Habsburgerstaat oder Zusammenschluß mit Siebenbürgen unter türkischem Schutz. In dem Grenzgebiet war es natürlich schwer, die Verbindung zwischen führenden Gruppen des ungarischen Adels und den Beauftragten Siebenbürgens zu verhindern. Immer wieder wurden Verhandlungen geführt, Bündnisse geschmiedet, immer wieder existierte in Ungarn, offen oder versteckt, eine siebenbürgische Partei. Einmal schien sie stark genug, um Ungarn vom Habsburgerstaat loszusprengen. Das war um 1618, als unter dem Titel der Gegenreformation der selbständigen politischen Existenz des Adels ein Ende gemacht wurde — in Österreich, aber auch in Böhmen. Damals sah es eine Weile so aus, als würde die Gegenreformation auch auf Ungarn ausgedehnt werden. Die Reaktion des ungarischen Adels, der nicht so sehr seine Religion als seine im Laufe der Durchführung der Reformation der Kirche abgenommenen Güter bedroht sah, war eindeutig: eine Gegenreformation in Ungarn würde mit dem Zusammenschluß mit Siebenbürgen, mit dem Übergang Ungarns zur Position eines türkischen Vasallenstaates beantwortet werden. Daraufhin gab die Krone nach. Ungarn blieb von der Gegenreformation und der damit verbundenen

Zentralisierung verschont. Das hatte allerdings auch zur Folge, daß die Stellung des Adels ungebrochen blieb und er auf Jahrhunderte hinaus seine Herrschaft über die anderen Schichten der Bevölkerung erhalten konnte.

Ungarn zog trotz allem immer wieder vor, beim Habsburgerreich zu bleiben, da die Zugehörigkeit zum weiter entwickelten österreichischen Staat für alle Gruppen der Bevölkerung vorteilhafter war als die zum türkischen Herrschaftssystem. Der Adel profitierte von der wirtschaftlichen Entwicklung, ohne deshalb seine Privilegien aufgeben zu müssen. Auch Bürgertum und Bauern lebten unter den Habsburgern besser als unter den Türken, die zwar dem Adel zuweilen Konzessionen machten, aber Bauern und Bürger entweder selbst in einem sklavenähnlichen Zustand hielten oder sie schutzlos der Willkür des eigenen Adels auslieferten.

Aber in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts begannen sich die Dinge langsam zu ändern.

Trotz Steuersystem und Kriegsabgaben hatte man Ungarn lange Zeit hindurch wirtschaftlich ziemlich ungeschoren gelassen. Aber die finanzielle Krise änderte diesen Zustand. Die Monarchie mußte Geld herauspressen, wo immer sie konnte, um dem Staatsbankrott zu entgehen — und sie begann auch in Ungarn die Schraube anzusetzen.

Wir haben an anderer Stelle gesehen, daß der schmale Streifen des von ständigen Türkeneinfällen erschöpften Ungarn 1,6 Millionen Gulden an die Krone abführen mußte — 300000 Gulden mehr als das wohlhabende, von Kriegen weit weniger berührte Niederösterreich. Diese Summe konnte nicht leicht aufgebracht werden. Der in den Ständen vorherrschende ungarische Adel, der zunächst für die Aufbringung der Gelder verantwortlich war, versuchte nach Kräften die Lasten auf die Bauern und Bürger abzuwälzen, ohne selbst allzu große Opfer zu bringen. Die Bevölkerung verelendete von Jahr zu Jahr. Bald waren Hungersnöte in Ungarn an der Tagesordnung, weil die Bauern gezwungen waren, den letzten Scheffel Korn, das letzte Stück Vieh, alles, was ihnen ihre eigenen Herren übrigließen, für Steuerzwecke abzuliefern.

Obwohl der ungarische Adel an und für sich nicht sehr am Schicksal der Bauern und Bürger interessiert war, begann er sich

doch gegen ihre Ausplünderung zu wehren, denn die Politik der Krone widersprach auch seinen Interessen. Da die Krone auf dem Standpunkt stand, daß ihre Abgaben vor allen anderen bezahlt werden mußten, blieb für den einheimischen Adel, je mehr das Land verarmte, um so weniger übrig. Und die Ansprüche des Adels auf luxuriöse Lebenshaltung, auf Beteiligung an der sich entwickelnden Warenwirtschaft wuchsen ständig. Ja, wenn die Krone wenigstens ihren Teil des ungeschriebenen Vertrages gehalten hätte, in dem sie Ungarn für seine Zugehörigkeit zur Monarchie mit allen damit verbundenen Lasten und Unbequemlichkeiten den Schutz gegen die Türken zugesichert hatte! Aber in den Krisenjahren wurde nicht einmal das eingehalten. Die unfähige, korrupte Armee, die schwachen, zögernden Generäle waren nicht in der Lage, die Türken in Schach zu halten. Als der klägliche Frieden von St. Gotthard abgeschlossen wurde, der, statt Ungarn eine Atempause zu gewähren, es wieder schutzlos neuen türkischen Angriffen preisgab, kam es zum ersten offenen Konflikt zwischen dem ungarischen Adel und der Krone. Die ungarischen Magnaten erklärten, das kaiserliche Heer sei unfähig, das Land zu verteidigen, und verlangten die Aufstellung einer eigenen Armee, die in diesem Falle eine ungarisch-kroatische Armee sein sollte. Das wurde ihnen rundweg abgelehnt, erstens, weil eine solche Forderung der Zentralisierungspolitik der absoluten Monarchie widersprach, und zweitens, weil die Spekulanten und Kontrakteure am kaiserlichen Hof, die Offiziere und Generäle, die vom ,,Abzweigen" von Armeegeldern für ihre Tasche lebten, nicht bereit waren, den fetten Brocken des Armeegeschäfts in Ungarn aufzugeben.

Nun begann eine Periode von Kleinkämpfen, die unvermeidlich zum großen Kampf führen mußten. Die ungarischen Herren fingen an, offen gegen die Geldforderungen der Krone aufzutreten. Die Steuern flossen immer spärlicher und spärlicher ein, sehr oft wurde ihre Aufbringung offen sabotiert. Die Magnaten erklärten ihren Bauern: ,,Zahlt nicht die Abgaben, das ganze Geld geht ohnehin für den Luxus und die Bedürfnisse des Hofes auf." Zum erstenmal sprach man in Ungarn von den ,,deutschen

Herren" — gemeint waren damit die Österreicher —, die auf Kosten der hungernden Ungarn reich wurden. Und langsam begannen die Bauern und die Bürger im Adel ihren Verteidiger und Wortführer zu sehen.

Die Antwort der Krone war: ,,Wenn ihr uns keine Steuern einbringen könnt, holen wir sie uns selbst." Man begann, österreichische Beamte, österreichische Steuereinnehmer oder Kontrakteure nach Ungarn zu schicken, die die ,,Steuern holen" sollten. Da die ungarisch-österreichischen Abkommen eine ziemlich weitgehende innere Autonomie Ungarns vorsahen, tat man es zuerst unter allen möglichen Vorwänden; weil dies aber auf die Dauer ein unbequemer Weg war, versuchte man, die ungarische Autonomie immer mehr einzuschränken und das Recht auf Verwaltung Ungarns von Wien aus auch vertraglich zu verankern. Wieder verstärkte sich der Protest des Adels gegen diese ,,Einschränkungen der Freiheit der ungarischen Nation", wie nun schon die Maßnahmen genannt wurden — und demgemäß die Unterstützung, die das Volk dem Adel gewährte. Besonders volkstümlich waren die Forderungen der ungarischen Herren nach Abzug der österreichischen Armee, die unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Türken, in Wirklichkeit aber bereits mit einem Seitenblick auf die ungarischen ,,Malkontenten" (Unzufriedenen) nun in ständig wachsender Zahl im Lande gehalten wurde und das aufzehrte oder stahl, was die Steuereinnehmer und Spekulanten übrigließen. Besonders scharf wurde die Auseinandersetzung, als die Monopolisten auf Ungarn losgelassen wurden und sich in diesem bisher ,,unberührten" Land zu bereichern suchten. Nicht wenige ungarische Adelige machten hier und da mit den Monopolisten gemeinsame Sache, aber diese waren im Bewußtsein ihrer Überlegenheit nur ungern bereit, mit den Adeligen zu teilen. Wenn sie ihnen etwas abgaben, so waren es nur Brocken, und die Herren, die selbst nicht ungern das ganze Geschäft gemacht hätten, begannen auch hier immer lauter zu protestieren.

So bildete sich im Laufe der Krisenjahre immer mehr eine gemeinsame Front des ungarischen Adels und Volkes heraus, und vor allem der kleine, ärmere Adel, die Gentry, wurde immer mehr

zum Sprecher der ganzen Nation. Dieses Wort „Nation" begann immer häufiger gebraucht zu werden.

Auf der anderen Seite begann sich eine einheitliche Front der Krone mit dem großen Bürgertum herauszubilden. Die österreichischen Monopolisten und Spekulanten, der mit ihnen versippte und verstrickte Adel verlangten von der Krone immer stürmischer, sie solle ihnen die glatte Abwicklung des ungarischen Geschäfts garantieren. Sie schrien bei jedem Widerstandsversuch der Ungarn noch lauter auf als der Hof, sie sprachen mit einer noch größeren Wut über die „ungarische Kanaille", die sich „gegen Recht und Gesetz" erhob. Und die Manufakturisten und ihre Vertreter, das neue mittlere Bürgertum, sprachen nicht anders. Was ihre Gegner, die Monopolisten, in Ungarn trieben, interessierte sie wenig; sie waren vorerst nicht einmal abgeneigt, ihnen die fernen Grenzländer als Tätigkeitsfeld zu überlassen. Ihre Konzeption sah ein neues, modernes, planmäßig ausgebautes Österreich vor, dessen Träger und Nutznießer sie selbst sein wollten und das sich natürlich später über das ganze Gebiet der Monarchie erstrecken sollte. Die Wünsche und Bedürfnisse der Ungarn hatten darin keinen Platz. Vor allem brauchten sie Ruhe und Frieden zum Aufbau einer Manufaktur — und die „Malkontenten" störten den Frieden. So kam es, daß in den Jahren, die folgten, fast keiner der Sprecher des aufsteigenden österreichischen Manufakturbürgertums ein Wort zur Verteidigung der Ungarn fand; so kam es, daß selbst der Reformer Eugen die Ungarn als „Kanaille" bezeichnete und die Bürger Wiens und anderer Städte bereitwillig zu den Waffen strömten, als im Verlauf der ungarischen Aufstände Angriffe auf österreichische Gebiete drohten.

In den Sechzigerjahren des 17. Jahrhunderts wurde in Wien gesagt: „Auch den Ungarn wird man die Federbüsche vom Kopf reißen, man wird das unbändige Volk zähmen, die goldenen Knöpfe ihrer Dolmane sollen mit steinernen vertauscht, ihre Beine in böhmische Hosen gesteckt werden. Ihre stolzen Nacken wird man unter das Joch beugen."

Dieser Satz entstand am Hof. Aber nicht nur der Hof dachte so.

DIE MAGNATENVERSCHWÖRUNG UND DER ERSTE KURUZZENAUFSTAND

1670 kam es zum erstenmal zum offenen Konflikt. Eine Reihe führender ungarischer Magnaten hatte lange Zeit versucht, zunächst mit friedlichen Mitteln eine Änderung der kaiserlichen Politik in Ungarn zu erreichen. Ihre Forderungen waren: Abschüttelung des türkischen Joches, Aufrechterhaltung der Verfassung der Nation, entscheidende Einflußnahme der ungarischen Vertreter auf den Kronrat. (Im Kronrat hatte Ungarn überhaupt keinen Einfluß und es war nur gerecht, daß es eine Beteiligung daran verlangte.) Andere Forderungen waren: Abzug oder wenigstens Kontrolle des Heeres, das sich in Ungarn wie in Feindesland benahm, und enger Anschluß Siebenbürgens, das nach dem letzten Friedensschluß eine von Österreich und der Türkei garantierte, fast autonome Stellung hatte, an Ungarn. Alle Punkte wurden abgelehnt. Daraufhin schlossen die Adeligen Franz Wesselenyi, Peter Zrinyi, Nadasdy, Zrinyis Schwiegersohn, Franz Rakoczi und Franz Frangipani einen Bund zur Verteidigung der Rechte Ungarns. Sie überlegten, ob sie sich an die Türken um Hilfe wenden sollten, entschlossen sich aber doch, darauf zu verzichten, da die Türken noch immer als der Hauptfeind angesehen wurden, und traten schließlich mit dem König von Frankreich in Verhandlungen. Etwas später begannen sie jedoch auch mit den Türken wegen eventueller Hilfe zu verhandeln. An einen Aufstand dachten sie zunächst nicht — sie wollten nur einen Druck auf die Krone ausüben. Zwar grenzte schon dieser Beschluß an Hochverrat, aber es war schließlich ein halbautonomes Land, dessen Verfassung man mit Füßen getreten hatte.

Auf die zahlreichen ungarischen Interventionen bei der Krone, die die Abstellung wenigstens der ärgsten Mißstände verlangten, war die Antwort immer wieder „nein". Ja die Armee in Ungarn wurde sogar noch verstärkt, es wurde immer klarer, daß sie nicht gegen die Türken, sondern gegen die Ungarn eingesetzt werden sollte. Auch Beschlüsse der zusammengetretenen ungarischen Komitate — der Vertretungen der alten Verwaltungsbezirke Ungarns — führten nur immer zu neuen Truppensendungen.

Schließlich wußten sich die Adeligen keinen anderen Rat, als das Land dem Schutze des türkischen Sultans zu empfehlen, ihn zu bitten, 30000 Mann als Hilfsarmee zu schicken, und selbst mit dem Aufstellen von Freiwilligentruppen zu beginnen.

Die ganze Angelegenheit war von Beginn an verfahren: Die Magnaten fürchteten sich vor dem Krieg und bereiteten ihn doch vor, sie spielten mit dem Aufstand und scheuten sich, ihn zu organisieren und zu verkünden, sie appellierten abwechselnd an den Kaiser und an das Volk und wußten bis zum Ende nicht, für wen sie sich entscheiden sollten. Aber so groß war die Verzweiflung der Bevölkerung über die Zustände, so brutal das Vorgehen der Armee, daß schon 1670 tausende Freiwillige zu den Waffen griffen. Fast über Nacht hatten die Aufständischen plötzlich eine Armee von 15000 Mann hinter sich.

Der Aufstand brach ohne Befehl, ohne Entschluß, fast ungewollt aus. Als die österreichische Regierung weitere Truppen unter dem Kommando Sporks nach Oberungarn schickte, traten ihnen die Freiwilligen entgegen. Der Kampf begann. Die Aufständischen wurden von den besser ausgerüsteten Soldaten immer wieder zerstreut und zurückgeschlagen — und immer wieder sammelten sie sich und griffen an. Sie kämpften ohne Kommando, ohne Plan, mit Sensen und Stöcken gegen Artillerie und Gewehre, aber sie gaben den Kampf nicht auf. Die Verschwörer hatten dies selbst nicht erwartet.

Zrinyi, Frangipani und die anderen standen den Kräften, die sie in Bewegung gesetzt hatten, fremd und verständnislos gegenüber. In entsetzten Briefen appellierten sie an Rakoczi, der als einziger in den Reihen der Freiwilligen den Kampf leitete, er solle „den fürchterlichen Kampf, der Ungarn ins Unglück stürzen werde", aufgeben. Und als das nichts half, begaben sie sich freiwillig nach Wien — um mit Leopold zu verhandeln.

Dort wurden sie sofort verhaftet und vor ein Tribunal gestellt. Nach langer Untersuchungshaft wurden Zrinyi und Frangipani am 6. September 1670 in Wien, Nadasdy am 30. April 1671 in Wiener Neustadt hingerichtet. Dann begann der Rachefeldzug.

Die Güter aller Verschwörer und auch all derer, die im

Verdacht standen, an der Verschwörung beteiligt zu sein, wurden eingezogen — bei dieser Gelegenheit haben sich zahllose österreichische Adelige und Spekulanten maßlos bereichert. Die gefangenen Aufständischen wurden ohne große Umstände aufgehängt — und oft nicht nur sie, sondern auch Familienangehörige, die man verdächtigte, ihnen geholfen zu haben. Neue Armeedetachements ergossen sich ins Land und wüteten ärger, als die Türken gewütet hatten.

Es gelang der Krone, den Aufstand zu ersticken, aber nicht zu beenden. Ein großer Teil der verfolgten Freiwilligen schlug sich nach Siebenbürgen durch, wo sich die Verfolgten als Freischärlerarmee konstituierten. Diese Armee, die zum größten Teil aus ausgeplünderten Bauern und verzweifelten Bürgern bestand, die vor sich keinen anderen Weg sahen als Tod oder Kampf, gab sich nun selbst einen Namen, der dann jahrzehntelang in Ungarn wie ein Hoffnungswort flüsternd ausgesprochen wurde. Der Name lautete „Kuruzzen" — Kreuzfahrer. Die Lieder der Kuruzzen werden noch heute in Ungarn gesungen. Sie sprechen von der Freiheit, dem Kampf und den Rechten des Menschen, von der Sehnsucht der Bauern nach Brot und nach einem Stück eigenen Bodens, von dem großen Traum eines Lebens ohne Hunger und Furcht. Es sind nicht die Lieder einer zusammengelaufenen Armee, die bei einer Adelsverschwörung angeworben wurde, sondern die eines Volkes, das unter der einzigen Führung, die es finden konnte, sich zum Kampf erhob.

Die Kuruzzen erhielten eine gewisse Hilfe von Siebenbürgen, das ihnen Asyl bot, und ein wenig — meist sehr wenig — Geld und Waffen von den Türken. Aber sie waren ein unabhängiges Freischärlerheer, bestehend aus kleinen Gruppen, die sich selbst ihre Befehlshaber wählten, selbst ihre Züge planten und das wenige, was sie besaßen und erbeuteten, miteinander teilten. Wer das Glück hatte, sich ein wenig Geld ins Exil mitzubringen oder hier und da ein paar Goldstücke zu verdienen, behielt meist nur das Notwendigste für sich, der Rest wanderte in den gemeinsamen Kriegsschatz. Man nannte einander „Bruder". Offiziere und Soldaten aßen das gleiche trockene Maisbrot, schliefen nebeneinander auf dem harten Boden. Über

Streitigkeiten oder Rechtsverletzungen wurde öffentlich vor der ganzen Gruppe verhandelt und die ganze Gruppe fällte durch Handaufheben den Urteilsspruch.

Die Erzählungen über Kuruzzengruppen, die plötzlich tief im Innern des besetzten Ungarn auftauchten, die kaiserliche Soldaten niedermachten und davonjagten, einem fremden Beamten oder Kontrakteur das Erbeutete fortnahmen und es an die armen Bauern verteilten, sind zahllos. Das Volk Ungarns betrachtete die Kuruzzen als seine Rächer und Beschützer; sie selbst fühlten sich als Beauftragte des Volkes, als Soldaten einer Befreierarmee.

Drei Jahre lang, zwischen 1670 und 1673, schickte die Krone immer wieder neue Detachements ins Land, planten und unternahmen die kaiserlichen Generäle immer wieder Strafexpeditionen gegen die Kuruzzen. Aber kaum hatte man sie von einem Ort vertrieben, kaum ließ sich der General nieder, um einen Siegesbericht nach Wien zu verfassen, da kam schon ein Kurier angaloppiert und meldete, daß die Kuruzzen an einem anderen, viele Meilen entfernten Ort aufgetaucht seien. Wieder setzten sich die schweren Kolonnen der Armee in Bewegung, wieder rollten die Trommeln, sprachen die Musketen, wieder wurden Geschütze in Position gebracht und wieder verschwanden nach kurzem, blutigem Kampf die raschen Reiter, die fast unsichtbaren Schützen der Kuruzzen irgendwo im Walde, im hohen Korn, schienen mit der Erde, mit den ärmlichen Hütten, mit dem Lande selbst zu verschmelzen. Und am nächsten Tag fanden die Kaiserlichen weit hinten in ihrem Rücken ein ausgeplündertes Waffendepot, die Reste ihres Trains, oder sahen plötzlich an einer Weide die Leichen von zwei oder drei besonders verhaßten, besonders grausamen Beamten oder Kontrakteuren hängen — und das Zeichen der Kuruzzen in die Rinde des Baumes geritzt.

Nach drei Jahren waren die Kaiserlichen von der Niederwerfung der Kuruzzen, von einer Befriedung des Landes weiter entfernt als am ersten Tag. Nun griff die Regierung zu einem neuen Mittel — dem wahllosen, blinden Terror. Der Galgen sollte vollbringen, was das Schwert nicht vollbracht hatte. Der

Feldzug richtete sich nicht mehr gegen die Kuruzzen allein, sondern gegen die ganze Bevölkerung Ungarns. 1673 wurden in Kosice und in Eperjes Tribunale eingesetzt — die berüchtigten „Blutgerichte" des Generals Caraffa. Tausende Menschen wurden auf eine Denunziation, auf den bloßen Verdacht, mit den Kuruzzen zusammengearbeitet zu haben, vor Gericht gestellt. Ein Stück Brot, das man einem Fremden, der vielleicht ein Kuruzze war, gegeben hatte, ein Nachtlager für einen Verwundeten genügten für ein Todesurteil oder für jahrelange Zwangsarbeit auf den kaiserlichen Galeeren. Hunderte wurden gehenkt, Tausende verschickt, das Vermögen von Zehntausenden verfiel der Beschlagnahme.

Man hatte versprochen, den Ungarn „böhmische Hosen"* anzuziehen, nun machte die Krone ihre Drohung war. Es folgte eine Reihe von Maßnahmen, die die genaue Kopie jener waren, die man nach der Schlacht am Weißen Berge gegen Böhmen angewandt hatte. Die ungarische Verfassung wurde aufgehoben, ein kaiserlicher Gouverneur trat an die Stelle der Landesregierung, alle Zivilbehörden, ja selbst die kirchlichen Ämter wurden ihm unterstellt. Man versuchte sogar, die Gegenreformation durchzuführen. Die katholische Kirche wurde zur allein anerkannten Kirche erklärt, die protestantischen Prediger vertrieben oder, was noch häufiger geschah, ebenfalls vor die Caraffa-Tribunale gestellt und auf die Galeeren geschickt. Man schloß Kirchen und Schulen und entsandte zu tausenden Jesuitenmissionäre nach Ungarn. An die Stelle der alten „verdächtigen" Beamten kamen neue österreichische Beamte und stürzten sich wiederum wie ein Heuschreckenschwarm auf das ausgeplünderte Gebiet.

Aber Böhmen 1620 war ein Land, das eine militärische Niederlage erlitten hatte und sich in einer schweren inneren Krise befand. Ungarn 1673 war ein Land, das einen Krieg gegen die Fremden führte, gegen Fremde, die nicht einmal imstande gewesen waren, die kleine Freiwilligenarmee der Kuruzzen zu schlagen. Und so mißlang in Ungarn, was in Böhmen gelungen war. Der Kampf ging weiter, die Kuruzzenarmee blieb bestehen,

* Eine damals geläufige Bezeichnung für die Unterwerfung Böhmens.

die Niederschlagung des ersten, schlecht vorbereiteten Aufstandes bedeutete bald nur die Mahnung, einen zweiten, besser durchgeführten vorzubereiten. In den Jahren des Kampfes, die nun folgten, wuchs und entwickelte sich die ungarische Nation.

DER ZWEITE AUFSTAND

Der zweite ungarische Aufstand gegen die österreichische Krone war keine regellose, spontane Erhebung mehr. Er war ein Krieg, der die militärischen Kräfte der Monarchie jahrelang in Anspruch nahm und nur nach schweren Kämpfen beendet wurde — beendet mit einem Kompromiß der Krone zugunsten Ungarns.

Die Krone hatte aus der ersten Erhebung nichts gelernt, für sie war der Weisheit letzter Schluß der Grundsatz, daß man auf Unzufriedenheit und Opposition immer wieder mit verstärktem Druck antworten müsse. In der Zeit zwischen der Niederwerfung des ersten und dem Ausbruch des zweiten Aufstandes erinnerte die Behandlung, der Ungarn unterworfen wurde, an die Behandlung der neuen Kolonien in Übersee durch die Handelskompagnien der seefahrenden Länder. Das Motto für die Krone war: ,,Geld herausholen und mit eiserner Hand Ruhe halten", das Motto für die Beamten, die Offiziere und den ganzen Troß der Händler und Spekulanten, die ihnen folgten: ,,Rasch reich werden". Die Soldaten, deren Sold niemals pünktlich ausgezahlt wurde, weil er in die Taschen ihrer Offiziere wanderte, wurden von diesen ganz offen eingeladen, sich auf Kosten der Bevölkerung zu entschädigen. Die Beamten taten das gleiche. So stellte eine Regierungskommission, die zur Untersuchung der ungarischen Zustände 1688 eingesetzt wurde, fest, daß die kaiserlichen Kommissäre oft nichts anderes in Ungarn wollten als sich bereichern und daß zum Beispiel in den Weingegenden mit dem statt Steuern eingehobenen Wein ein schamloser Wucher getrieben wurde. Andere spekulierten mit dem an Stelle von Geld eingehobenen Getreide, setzten willkürlich Ablieferungsquoten fest, die weit höher waren als selbst die hohen, amtlich

verlangten Quoten, und verkauften das erpreßte Getreide zu hohen Preisen wieder an die hungernden Bauern. Die Abgaben stiegen von Jahr zu Jahr. 1697 wurde dem Land eine Kontribution von 3,5 Millionen Gulden auferlegt — eine für die damalige Zeit riesige Summe. Davon sollten die Magnaten 250000 Gulden bezahlen, die Freistädte ebenfalls 250000 Gulden. Den Rest, 3 Millionen, sollte ,,das gemeine Volk" aufbringen, also eben jene Bauern, von denen es schon im Kommissionsbericht hieß, sie hätten nichts mehr als ,,leere und jammervolle Hütten". Hier wie in anderen Fällen versuchte die Krone offensichtlich, die ungarische Front aufzuspalten, den Adel durch die Festsetzung einer verhältnismäßig niedrigen Quote zum Stillhalten zu bewegen. Aber der Adel fiel auf dieses Manöver nicht herein. Die Erbitterung und die Freiheitssehnsucht im Lande waren zu stark und zwangen selbst die Zögernden vorwärts. Er lehnte die Steuer und jede Mithilfe bei ihrer Eintreibung mit scharfen Worten ab.

Trotz der Befreiung des größten Teiles von Ungarn durch die kaiserlichen Armeen in den Türkenfeldzügen änderten sie nichts an den Zuständen, im Gegenteil, sie verschärften alles. Die neuangegliederten Länder mußten denselben Heuschreckenschwarm von Beamten, Offizieren und Spekulanten über sich niedergehen lassen wie das übrige Ungarn. Und obwohl die Unterdrückung in der Zeit der Türken wahrscheinlich drückender, auf jeden Fall aber auswegloser gewesen war als die schrankenlose Ausbeutung durch den österreichischen Befreier, begann man hier und da von der ,,besseren alten Zeit unter den Türken" zu sprechen und der Volkswitz sagte: ,,Die Allahs waren besser als die Wer-da's" (,,Wer da?" war der Wacheruf der Kaiserlichen).

In einer Hinsicht jedoch wirkte sich die Befreiung großer Teile des Landes durch die kaiserlichen Truppen sofort zugunsten Ungarns aus. Zum erstenmal seit dem Jahre 1526 war Ungarn nicht mehr ein schmaler Grenzstreifen, sondern ein großes, zusammenhängendes Land, zum erstenmal war das ungarische Volk auf einem Territorium unter einer Herrschaft vereinigt, zum erstenmal erlebten Ungarn im ganzen Land die gleichen Schwierigkeiten und die gleiche Unterdrückung, machten die

gleichen Erfahrungen und hofften auf die gleiche Freiheit. Diese Entwicklung stärkte mit einem Schlag das ungarische Nationalgefühl, die Bereitschaft zum Kampf — und die Hoffnung, den Kampf zu gewinnen. Das zeigte sich an vielen Dingen — zum Beispiel daran, daß von dieser Zeit an die ungarische Sprache der Bauern und des gewöhnlichen Volkes langsam das Latein des Adels zu verdrängen begann. Die Befreiung des ganzen Landes und die Entwicklung, die ihr folgte, hatten noch eine andere Wirkung. Langsam, ganz unmerklich, begann sich die politische Gewichtsverteilung innerhalb Ungarns zu verschieben. Hinter der kleinen Schicht des Adels, der die einzigen Sprecher des Landes stellte, standen nun Millionen Bauern, die Bergarbeiter Oberungarns und ein städtisches Bürgertum. Diese anonyme Macht hinter dem Adel trat noch nicht hervor, aber sie begann dem Kampf bereits ihren Stempel aufzudrücken: der zweite Kuruzzenaufstand trug einen stark sozialen Charakter, zu manchen Zeiten war er Bauernkrieg und Befreiungskrieg zugleich. Durch ihr bloßes Vorhandensein bewirkte diese Macht, daß der Aufstand nicht ganz auf „adelige" Weise verlief. Die Politik des Adels war es zu allen Zeiten gewesen, Verhandlungen und Abkommen mit anderen Mächten durchzuführen, sich Könige aus einem Lande zu holen, das ihnen viel versprach, oder sich einem solchen Land anzuschließen, nicht aber ihren selbständigen Staat zu gründen. Im Verlauf des Rakoczi-Aufstandes geschah auch derartiges — aber die Forderung, die am Ende des Krieges übrigblieb, war nicht mehr die adelige nach Herrscherwechsel und Länderkombinationen, sondern die nationale — nach einem freien Ungarn unter ungarischer Herrschaft.

Die Ausplünderung des Landes und der Terror der Armee hatten in den letzten Jahren des 17. Jahrhunderts die unmittelbare Folge, daß tausende Bauern, die ihre Schulden nicht zahlen konnten, tausende Menschen, die sich vor den kaiserlichen Repressalien fürchteten, in die Wälder flohen. Diese Rechtlosen und Landlosen schlossen sich zumeist in Gruppen zusammen, die sich recht und schlecht verteidigten. Die kaiserlichen Beamten und Generäle sprachen vom „Unwesen der Räuberbanden" in Ungarn. Aber diese Menschen waren keine

Räuber, wenn sie auch manchmal rauben mußten, um zu leben. Sie waren Flüchtlinge vor einem unmenschlichen System, Feinde der fremden Herrschaft, die an ihrem Elend schuld war, eine Art „Grüner Kader" des ausgehenden 17., des beginnenden 18. Jahrhunderts — Männer ohne Ziel und Hoffnung, für die der Kampf gegen ihre fremden Feinde der einzige logische Ausweg war. Sie waren in ihrer großen Mehrzahl bereit, diesen Kampf offen aufzunehmen, wann immer die Möglichkeit sich dazu bot. Zusammen mit der Emigrantenarmee in Siebenbürgen bildeten sie eine beachtliche militärische Bedrohung der Kaiserlichen. Nicht umsonst sagte der venezianische Gesandte am Wiener Hof 1696: „Leicht kann die Flamme des ungarischen Aufstandes wieder aufflackern, wenn sich eine geschickte Hand findet, die sie anzufachen vermag."

1697 kam das erste Sturmzeichen, ein Bauernaufstand in Tokaj und an einigen anderen Orten, der sich rasch über fünf Komitate ausbreitete. Er stand unter der Führung zweier Bauern, des jungen Franz Tokai und des alten Kuruzzensoldaten Albert Kis. Der Aufstand hatte einen sozial-nationalen Charakter: man verweigerte Abgaben und nahm den kaiserlichen Kommissären mit Gewalt die beschlagnahmten Güter wieder ab, verbrannte die Schlösser des Adels, allerdings vor allem jener Adeligen, die mit den Kaiserlichen ihren Frieden gemacht hatten, plünderte die neuen katholischen Klöster, die man als Wahrzeichen der „fremden" Religion ansah. Allerdings wandte man sich auch sofort an Führer des ungarischen Adels, vor allem an den jungen Franz Rakoczi, und bat sie, die Führung im Kampf zu übernehmen. Rakoczi lehnte ab. Aber obwohl die Erhebung völlig spontan und die Aufständischen fast unbewaffnet waren, brauchten die Kaiserlichen vier Monate, sie niederzuschlagen.

Franz Rakoczi, der als Führer der nationalen Adelsgruppe galt, war der Sohn des von der Regierung hingerichteten Rakoczi. Er selbst war zunächst keineswegs bereit, die Führung im ungarischen Kampf zu übernehmen; im Gegenteil, als der Aufstand 1697 ausbrach, floh er nach Wien und stellte sich unter den Schutz des Kaisers. Aber als ein lokaler Aufstand nach dem

anderen in Ungarn auszubrechen begann, als der Druck der Krone auch gegenüber dem ungarischen Adel immer stärker wurde und als seine Freunde, die Adelsgruppe, die für bewaffneten Kampf war und sich von seiner Führung dieses Kampfes einen starken moralischen Erfolg versprach, ihn zur Teilnahme am Kampf drängte, gab er schließlich nach.

Rakoczi wurde, als er sich zum Kampf entschlossen hatte, auf seine Art ein guter Führer des Aufstandes, ein guter Kommandant einer Armee von Patrioten. Persönlich rückhaltlos tapfer, mit jener lachenden Todesverachtung, die sich in zahllosen wilden Reiterstücken äußerte, die die Ungarn lieben und die jedes kämpfende Volk liebt, war er ein kluger und fähiger Kommandant, der sein Heer mit einem Minimum von Opfern zu einem Maximum an Erfolgen führte. Er war unbestechlich, bereit, der Sache, die er einmal gewählt hatte, jedes persönliche Opfer zu bringen. Aber — und dies ist seine politische, nicht seine menschliche Schwäche — er bereitete den Krieg als Adeliger vor und führte ihn als Adeliger.

Er begann nach Adelsmanier — mit Verhandlungen mit den Großmächten. Er wandte sich an Frankreich und bat um Unterstützung, bot ihm ein Protektorat über ein selbständiges Ungarn an, dem Siebenbürgen angegliedert werden sollte. Ein Blick auf die Landkarte hätte genügt, um zu sehen, daß mit einer Hilfe des weit entfernten Frankreich nicht viel anzufangen war, eine kühle Prüfung des europäischen Kräfteverhältnisses hätte ihm sagen müssen, daß Frankreich Ungarn für seine Zwecke zwar ausnützen, ihm aber niemals ernsthaft helfen konnte. Aber der Adelige Rakoczi sah sein Heil in Verhandlungen und Allianzen.

Er verhandelte auch mit anderen Mächten, mit Polen, Bayern, den Seemächten, sogar den Türken. Dann platzte die Bombe. Einer seiner Briefe an Ludwig XIV. wurde aufgefangen — die einen sagten, es war Verrat, die anderen, daß der französische Gesandte den Brief versehentlich bei einem Empfang bei Leopold fallen ließ und Hofbeamte ihn fanden. (Die österreichische Krone hatte immer das Glück, „zufällig" verlorene Briefe zu finden, wenn sie sie brauchte.) Jedenfalls wurde

Rakoczi verhaftet. Es gelang ihm, auf abenteuerliche Weise aus dem Gefängnis zu entkommen und nach Siebenbürgen zu fliehen. Leopold erklärte die Verschwörung Rakoczis für eine ungarische Gesamtverschwörung und begann mit neuen Repressalien. Offenbar sah er den Zeitpunkt für geeignet an, Abrechnung zu halten.

Aber weder Rakoczi in seinem Exil noch Leopold in Wien sahen, was sich im Lande vorbereitete. Die Lage der Bevölkerung war unerträglich geworden, und 1703 brach ein neuer, diesmal viel größerer Bauernaufstand aus. Auch dieser Aufstand war zuerst eine reine Bauernerhebung, auch hier richtete sich der Kampf zunächst gegen die Grundherren, gegen die Steuereinnehmer, gegen die Spekulanten, auch hier sprach man vom „Reich der freien Bauern", das „in einem freien Ungarn" aufgerichtet werden sollte. Auch diesmal sandten die Bauern ihre Delegierten zu Rakoczi, zur Emigrantenarmee, und diesmal überwanden Rakoczi und seine Parteigänger, unter denen der kleine Adel, die Gentry, überwog, ihre Angst vor dem Volk. Sie übernahmen das Kommando und riefen das ganze Land zur Erhebung gegen die fremde Herrschaft, für die alten ungarischen Freiheiten auf. Und was vielleicht noch wichtiger war, sie verstärkten die Bauernarmee mit geschulten und gutausgerüsteten Einheiten des alten Kuruzzenheeres.

In wenigen Wochen breitete sich der Aufstand wie eine Welle über das ganze Land aus. Auch Gruppen, die vorher für eine Verständigung mit Wien eingetreten waren, Adelige, die sich vor dem sozialen Charakter des Aufstandes fürchteten, schlossen sich nun der großen Armee an. Unter ihren Kommandanten befanden sich neben Rakoczi, Karolyi, Berczeny und anderen Adelsführern auch die Bauern und Kuruzzenoffiziere Albert Kis, Thomas Esze und Thomas Borbely.

Die österreichischen Einheiten, die der ungarischen Armee entgegengeworfen wurden, erlitten Niederlage auf Niederlage. Abgesehen davon, daß sie mangelhaft ausgerüstet und unvorbereitet eingesetzt wurden, waren sie völlig außerstande, mit der neuen Kampfmethode der Ungarn fertig zu werden: dem raschen, unerwarteten Angriff, dem blitzschnellen Einfall ins

Lager des Gegners, dem Rückzug, sobald große Truppenmassen gegen sie eingesetzt wurden, und dem unerwarteten Auftauchen an scheinbar ungefährdeten Stellen. Die Generäle, die (mit Ausnahme Eugens, der anderswo beschäftigt war) nur gut aufgebaute und an einem festen Ort durchgeführte Schlachten kannten, bezeichneten die Taktik der Ungarn wutschnaubend als ,,unmilitärisch", ,,feig", ,,würdelos" — was die Ungarn aber nicht daran hinderte, die Kämpfe zu gewinnen. Im Winter 1703/04 waren nur einige größere Festungen, wie Kosice, Eperjes, Neuhäusel, in der Hand der Kaiserlichen. Das übrige Land gehörte den Ungarn. Inzwischen hatte sich auch Siebenbürgen erhoben und war fast geschlossen auf die Seite Rakoczis übergegangen. Und dann kam etwas, was nicht einmal die ärgsten Schwarzseher in Wien erwartet hatten: die Ungarn begannen den Angriff über die Grenzen des Landes hinauszutragen, nach Mähren, Niederösterreich und der Steiermark. Es kam so weit, daß Wien wiederholt bedroht war und die Wiener Verteidigungsanlagen bauen mußten, um sich vor den ,,ungarischen Räubern" zu schützen. Von dem arroganten Versprechen, den Ungarn ,,die goldenen Knöpfe herunterzureißen" und ihnen ,,böhmische Hosen anzuziehen", bis zu diesen Schanzarbeiten lag ein weiter Weg.

Inzwischen fielen weitere Festungen, und die Krone sah sich gezwungen, mit den ,,Malkontenten" Verhandlungen aufzunehmen. Die Seemächte Holland und England, die eine rasche Beilegung des Konfliktes wünschten, weil der Krieg die Kampfkraft des österreichischen Verbündeten ernsthaft bedrohte, boten Vermittlung an, und Österreich war gezwungen, sie anzunehmen. 1704 begannen die Verhandlungen. Immer wieder zerschlugen sie sich und immer wieder wurde der Krieg neu aufgenommen.

Tatsächlich befand sich sechs Jahre lang fast das gesamte Gebiet Ungarns unter ungarischer Herrschaft und das ganze Land nahm am Krieg teil. Es gab nur eine Ausnahme — die Serben, die seinerzeit die türkischen Gebiete verlassen und sich in Südost-Ungarn angesiedelt hatten. Die Serben, die von vornherein von der Krone — wahrscheinlich nicht ohne Hintergedanken — bevorzugt behandelt worden waren, die nicht nur Religions-, sondern auch auf Jahre hinaus Steuerfreiheit genossen, stellten sich von Anfang an auf die Seite der Wiener Regierung und kämpften — ebenso wie die Kroaten — den ganzen Krieg über auf der Seite der Kaiserlichen. Dabei waren die Ungarn damals, im Gegensatz zu ihrer späteren Haltung während der Revolution von 1848, weder slawenfeindlich, noch versuchten sie die Serben zu unterdrücken. Dennoch war die Haltung der Serben verständlich — für sie war die österreichische Krone noch immer in erster Linie der Verteidiger vor den Türken und der potentielle Befreier ihrer noch unter türkischer Herrschaft lebenden Brüder. Doch verbitterte diese Haltung die Ungarn und legte den Grundstein zu jahrhundertelangem gegenseitigem Mißtrauen der beiden Völker.

Die Verhandlungen begannen ohne viel Hoffnung auf Erfolg. Leopold I. war praktisch nur bereit, eine Amnestie zu gewähren und einige Beschwerden wegen des Verhaltens seiner Armee und seiner Beamten zu untersuchen. Die Ungarn dagegen verlangten völlige Unabhängigkeit Ungarns, wenn auch im Verband der Habsburgermonarchie, Vereinigung mit Siebenbürgen und Garantien der europäischen Großmächte für die Einhaltung des Friedensvertrages durch Österreich. Plötzlich jedoch schien es, als nähmen die Dinge eine Wendung. Leopold I. starb am 5. Mai 1705. Joseph I. wurde sein Nachfolger. Nun war Joseph I. einer der ganz wenigen Menschen in Österreich, die eine Verständigung mit den Ungarn wünschten. Er hatte sich immer wieder gegen die Politik der ,,eisernen Faust" gewendet, immer wieder vor den Folgen einer brutalen Unterdrückung gewarnt. Er sah viel klarer als selbst Prinz Eugen, daß man die ungarische Frage nicht mehr durch ,,böhmische Methoden" lösen konnte. Und gerade weil ihm die Ausdehnung der Monarchie nach dem Osten wichtig war, lag ihm daran, um jeden Preis Ungarn noch vor Beginn der großen Kämpfe zu pazifizieren. Joseph wäre vermutlich schon 1705 zur Wiederherstellung der alten ungarischen Autonomie bereit gewesen, wie sie vor 1687 existiert hatte, aber die Ungarn waren nicht bereit, von ihren Forderungen abzugehen. Und eine davon —

die Garantie der ausländischen Mächte — war für die Krone tatsächlich untragbar, weil das praktisch die Aufgabe der Souveränität der Regierung bedeutet hätte.

So begann der Krieg von neuem. Während die Armeen im Lande hin und her zogen, einmal die Kaiserlichen und bald wieder die Ungarn siegten, vollzogen die Ungarn den letzten Akt der Lossagung vom Habsburgerstaat. Bei der Versammlung der ungarischen Stände, die sich als gesetzgebende und konföderierte (zum Bund vereinigte) Ständeversammlung, als erstes Parlament des Landes erklärte, wurde eine Regierung, ein Staatsrat von 24 Mitgliedern, mit Rakoczi an der Spitze gebildet. Kurz vorher hatte sich Siebenbürgen durch die Wahl Rakoczis zum Regierungsoberhaupt Ungarn angeschlossen. Zwei Jahre später wurde Joseph I. feierlich als Herrscher abgesetzt und die Unabhängigkeit Ungarns verkündet. Es wurde eine Reihe von Vorschlägen für das weitere Schicksal Ungarns gemacht, unter anderem die Übertragung der Königskrone an den Kurfürsten von Bayern und der Anschluß an Polen. Damit, vor allem mit dem Vorschlag der Krönung Max Emanuels, waren tatsächlich die Brücken zwischen den Konföderierten und Joseph I. abgebrochen. Denn obwohl ein Kompromiß mit einem autonomen Ungarn vom Gesichtspunkt der Krone möglich gewesen wäre, war es doch mit einem Ungarn unmöglich, das unter bayrischer — das heißt praktisch unter französischer — Herrschaft stand und Österreich in die Zange nahm.

Hier liegt der politische Fehler von Rakoczi und seiner Partei, die ihre Forderungen maßlos hinaufschraubten, sich jede Tür zu einer gangbaren Zwischenlösung verschlossen und einen Zustand schufen, in dem sich früher oder später die gesamte militärische Macht der Monarchie gegen sie richten mußte, weil die Monarchie unter diesen Umständen nur eines tun konnte: gegen Ungarn ebenso bis zur militärischen Vernichtung zu kämpfen, wie sie es gegen Frankreich oder Bayern tat. Einem solchen Kampf jedoch war die junge ungarische Nation noch nicht gewachsen, sie mußte ihn über kurz oder lang verlieren, während sie einen Kampf außerhalb der großen europäischen

Machtkämpfe, den auch die Krone nicht als Krieg erster Ordnung betrachtete, erfolgreich hätte führen können.

Der Fehler lag auch hier darin, daß die Politik Rakoczis eine adelige Politik war, die mit Königreichen, Kronverleihungen und europäischen Bündnissen großen Stils jonglierte, ohne die Kräfte zu sehen, die wirklich im Spiel standen. Er glaubte, wie es seinerzeit die böhmischen Herren geglaubt hatten, daß es genüge, Kronen anzubieten, um sich sichere Bundesgenossen zu schaffen; er glaubte, daß Frankreich seine Zusicherung halten und auf gut mittelalterliche Weise ein viele hunderte Kilometer von seiner Grenze entferntes, kleines Königreich unter sein „Lehen" nehmen und schützen könnte. Rakoczi hat später Frankreich den Vorwurf gemacht, es habe Ungarn für seine Zwecke ausgenützt und dann im Stich gelassen, es habe es „ausgedrückt wie eine Zitrone und dann fallen lassen" — aber der Vorwurf war nicht ganz berechtigt. Es ist richtig, daß Frankreich den ungarischen Aufstand unterstützte, um die Habsburgerarmee an einer anderen Front militärisch zu binden, aber selbst mit den besten Absichten der Welt hätte Frankreich einem Königreich am anderen Ende Europas nicht zu Sieg oder Sicherheit verhelfen können. In diesen Kriegen spielten nicht fürstliche Fronden und Kronverleihungen eine entscheidende Rolle, sondern Verbindungslinien; es ging nicht mehr wie im Mittelalter um die Konzentrierung möglichst vieler kleiner Mächte unter dem sehr losen Schutz einer großen Macht, sondern um die Vorherrschaft in Europa, um die große Mächte miteinander rangen. Ob in diesem Kampf ein kleines Land sich behaupten konnte oder erdrückt wurde, hing nicht von seinen dynastischen Vereinbarungen ab, nicht von Kronverleihungen und von Personalunionen, sondern von seiner tatsächlichen Kraft.

Die Ironie der ganzen Sache lag darin, daß Ungarn, dessen Regierung sich bald dem einen, bald dem anderen Herrscher näherte, einmal Polen, ein andermal Schweden seine Krone anbot, sich einmal unter russische, dann wieder unter türkische, ja schließlich sogar unter preußische Souveränität begeben wollte und von allen fallen gelassen wurde, weil niemand in der

Lage war, seinetwegen einen siegreichen Krieg gegen Österreich zu führen, tatsächlich Kraft — und damit Gewinnchancen — besaß. Ungarn besaß sie in seinem Volk, das seit Jahren ungeschlagen gegen die starken Habsburger kämpfte, in seiner Freiwilligenarmee, die immer wieder die Offensiven der kaiserlichen Generäle zurückschlug. Ungarn hatte es überhaupt nicht notwendig, bei den europäischen Höfen um Beistand zu betteln, weil es jederzeit in der Lage war, aus eigener Kraft einen tragbaren Frieden zu schließen. Das, was Rakoczi nicht klar war, weil er durch seine ganze Erziehung einfach den Begriff „Volk" nicht verstand und in ihm nur „Untertanen" sah, war dem klügeren Joseph I. schon lange klar. In Wien verstand man viel besser als im Feldlager der ungarischen Regierung, daß Menschen, die jahrelang Krieg geführt, die kaiserliche Generäle in die Flucht geschlagen hatten, Menschen, die erlebt hatten, wie die hoheitsvollen Beamten seiner Majestät sie um Gnade anflehten und das große Österreich vor ihnen zitterte, nicht mehr bereit sein würden, sich kaiserlichem Militär zu beugen und sich von kaiserlichen Beamten demütig und ergeben ausplündern zu lassen. Joseph verstand, daß Ungarn im Grunde das Spiel gewonnen hatte. Die Herren Ungarns verstanden es noch nicht.

Langsam jedoch begannen auch sie es zu verstehen, als im Lande allmählich, ganz allmählich Unzufriedenheit sich zu regen begann, als die Armee unmerklich abzubröckeln anfing und vor allem in den Städten und in den Bergbaugebieten Oberungarns die Partei, die für Verständigung und Frieden eintrat, wuchs. Die Bevölkerung argumentierte sehr einfach. Sie hatte einen schweren, heroischen Krieg geführt, in dessen Verlauf sie viele Male sogar ihre eigenen Dörfer angezündet, ihre Felder zerstört hatte, um den nachfolgenden Kaiserlichen weder Quartier noch Nahrung zu hinterlassen. Die Kaiserlichen waren fast aus dem ganzen Lande vertrieben — wozu also noch immer Krieg! Die Pläne, in denen polnische Königskronen, französische Oberhoheit und andere adelige Spekulationen eine Rolle spielten, interessierten sie nicht. Sie wollte Freiheit und Frieden.

Es spricht für den gesunden Menschenverstand, für die politische Klarheit der ungarischen Konföderierten, daß sie in ihrer Mehrheit die Erfordernisse der Lage verstanden, obwohl auch sie sich zum größten Teil aus Adelskreisen rekrutierten, allerdings auch aus den Kreisen der bäurischen oder städtischen Kuruzzenoffiziere. Rakoczi freilich blieb, zusammen mit einer kleinen Gruppe Adeliger, unversöhnlich und weigerte sich, ein Kompromiß zu schließen. Die anderen jedoch begannen mit den Verhandlungen.

Am 1. Mai 1711 wurde zwischen der Krone und den ungarischen Vertretern der Friedensvertrag von Szatmar abgeschlossen. Er stellte ein Kompromiß dar — aber ein Kompromiß, das in Wirklichkeit ein Triumph für die Ungarn war. Die Krone stellte die Verfassung und die Glaubensfreiheit wieder her. Rakoczi und alle Magnaten, Geistliche, Edle und die anderen Teilnehmer des Aufstandes wurden amnestiert und erhielten ihre Güter wieder — die Adeligen unter der Voraussetzung, daß sie innerhalb eines bestimmten Termins die Waffen niederlegten und den Treueid leisteten. Die Witwen und Waisen der früher Justifizierten sollten ihre Güter zurückerhalten oder für ihren Verlust entschädigt werden. Die Krone versprach, die sonstigen Übelstände auf dem nächsten Reichstag abzustellen. Weder die Enteignungen noch die Blutgerichte sollten wiederkehren. Die Magnaten und Edlen erhielten wieder das Recht des Waffentragens. Die Kuruzzenarmee sollte mit militärischen Ehren demobilisiert werden, die fremden Soldaten erhielten freies Geleit in ihre Heimat, die Deserteure aus der kaiserlichen Armee konnten unter der Zusicherung von Straflosigkeit zu ihren Regimentern zurückkehren.

Joseph I., der jahrelang immer wieder versucht hatte, den ungarischen Krieg zu beenden, zu einer Verständigung mit Ungarn zu gelangen, erlebte den Friedensschluß nicht mehr. Zwei Wochen vor Abschluß der Verhandlungen erkrankte er an Blattern und starb. Sein Nachfolger Karl VI. (der 1712 zum König von Ungarn gekrönt wurde) ratifizierte den Vertrag. Obwohl Karl VI. in vielen Fragen von der klaren, kühnen Reformpolitik Josephs I. abwich, führte er in der Frage der Behandlung Ungarns Josephs Politik der Versöhnung konsequent

weiter. In den folgenden Jahren zielte die Politik der Krone darauf hin, die Ungarn für eine freiwillige Mitarbeit zu gewinnen.

Rakoczi lehnte es ab, den Treueid zu leisten. Er ging freiwillig ins Exil, zuerst nach Polen, dann nach Frankreich, wo er sich — allerdings vergeblich — bemühte, die Frage Ungarns in die Friedensverhandlungen nach dem Erbfolgekrieg aufnehmen zu lassen, schließlich in die Türkei. Dort starb er als einsamer Flüchtling im Jahre 1735.

Der Friede von Szatmar war ein Sieg der Ungarn, er bewies, daß der lange Krieg nicht umsonst geführt worden war. Zum erstenmal in der Geschichte der Monarchie hatte ein Volk kämpfend die Krone zum Rückzug gezwungen, hatte es den Versuch seiner Unterwerfung unter die Zentralgewalt abgewehrt und damit seine nationale Freiheit gerettet. Die alte ungarische Autonomie wurde praktisch wiedererobert und erhalten. Es kam eine Zeit, wo diese Teilautonomie den Bedürfnissen der Nation nicht mehr genügen sollte, aber einstweilen erlaubte sie ihr, sich verhältnismäßig ungehindert weiterzuentwickeln.

Liegt nicht eine ganze Welt zwischen dem Ende der böhmischen Armee von 1620, dem Zusammenbruch, der der Schlacht am Weißen Berge folgte, und der ehrenvollen Auflösung des ungarischen Rebellenheeres, die der österreichische Historiker Redlich folgendermaßen beschreibt:

„Karolyi aber zog die kuruzzische Reiterei zusammen, mehr als 10000 Mann, und stellte sie am 30. April auf dem Felde unweit von Majteny in einer langen und schönen Linie in Parade auf. Es kam der Feldmarschall Graf Palffy, mit 149 Fahnen wurde um ihn ein Kreis geschlossen, dann schwur Karolyi mit den Offizieren öffentlich und feierlich das Homagium, er bedankte sich in einer zierlichen Rede für die ‚verwilligte Amnistialgnad', worauf Palffy kurz antwortete und für das ihm geschenkte Vertrauen dankte. Dann wurden die von den Ungarn in die Erde gesteckten Fahnen von den kaiserlichen Dragonern übernommen. Um ‚von dem mit aller Ordnung, Disziplin, auch größter Freude und Frohlocken deren herübergetrettenen Hungarn vollziehenen Submissionactu' genauen zu erstatten, sandte Palffy den Generalwachtmeister von Graven nach Wien."

Für die Monarchie jedoch bedeutete der ungarische Krieg etwas anderes. Zum erstenmal hatte sie vor einem der Völker ihres Reiches den Rückzug antreten müssen, zum erstenmal war das Gebäude der Zentralisierung an einer wichtigen Stelle durchbrochen worden. Zum erstenmal stieß das junge österreichische Bürgertum nicht nur bei der Krone und dem Adel, sondern auch bei einer anderen Nation in seiner Sucht nach Ausdehnung auf Widerstand. Zum erstenmal wurde es dem Volk Österreichs bewußt, daß dicht an seiner Seite in der Monarchie noch ein anderes Volk nicht nur lebte, sondern auch seine Rechte forderte. Böhmen war gefallen, aber Ungarn blieb bestehen. Mit ihm blieben jene Gegensätze und Reibungen bestehen, die sich im Kriege offenbart hatten — Österreicher gegen Ungarn, Serben und Kroaten gegen Ungarn, Ungarn und Siebenbürgen gegen Kroaten und Serben. In diesen Jahren begriffen manche, daß Österreich nicht ein einheitlicher Staat war, wie etwa Frankreich oder die Niederlande, sondern ein eigenartiges Gebilde, ein Staat vieler Nationen. Die Jahre des ungarischen Krieges waren die Jahre des Beginns der nationalen Frage in Österreich.

III.
ABENDLEUCHTEN DES ABSOLUTISMUS

DIE MENSCHENRECHTE

Zweihundert Jahre lang hatte der Absolutismus in Europa geherrscht. Er hatte Staaten gegründet und den jungen Nationen ihr Wachstum ermöglicht, er hatte den alten, politisch selbständigen Feudaladel niedergeschlagen und einen zentralistischen Staat geschaffen, in dem das junge Bürgertum sich entwickeln konnte. Nun nahte sein Abstieg.

Es kam der Tag, an dem das starre System des Absolutismus für das aufsteigende Bürgertum und dem jungen Kapitalismus zum Hindernis wurde, das sie sprengen mußten, wenn sie nicht ersticken wollten. Die absoluten Monarchen hatten den neuen Fabrikanten Maße und Farbe ihrer Waren, Standort und Größe ihrer Fabriken vorgeschrieben, sie wollten alles kontrollieren, was die neue Produktion betraf, weil es das einzige Mittel war, zu Beginn diese Produktion planmäßig zu entwickeln. Aber nun wollten die tausenden neuen Fabrikanten, die aus dem kleinen Bürgertum, aus der Schicht der Handwerker, der Händler, ja sogar der neuen Arbeiter emporgestiegen waren, sich nicht mehr vorschreiben lassen, was sie herstellen und wo sie es verkaufen durften. Sie wollten selbst entscheiden, selbständig handeln, die Ware herstellen, die sie für richtig hielten, sie exportieren, wohin sie wollten, ohne Zölle zu zahlen; sie wollten die Löhne ihrer Arbeiter nach ihrem Gutdünken so tief wie möglich ansetzen. Das junge Bürgertum erklärte und es hatte recht, daß die Krone und ihr Staat zu schwerfällig seien, zu konservativ und unbeweglich, seinen Bedürfnissen zu entsprechen.

Das Bürgertum war stark und groß genug geworden, um selbst zu regieren. Mehr noch, es mußte selbst regieren, weil jede andere Regierungsform seine Entwicklung hemmte. Die Krone stützte sich auf Beamte, Generäle, Minister, die zum größten Teil aus dem Adel oder aus der kleinen Schicht der Großkauf-

leute kamen. Diese Beamten, diese Minister konnten das Land nicht so führen, wie der kleine Fabrikant, der Kaufmann, der neue Bankier es haben wollte. Der Minister der Krone war fast immer ein Adeliger, ein Grundbesitzer, der von dem Ertrag der Arbeit seiner Bauern und seiner Pächter lebte. Er wehrte sich gegen die Aufhebung der feudalen Lasten, gegen die Herstellung der bäuerlichen Freizügigkeit, weil er auf diese Weise seine Einkommensquelle verlieren mußte — und nicht nur seine persönliche, sondern die seines ganzen Standes, den er für „staatserhaltend" hielt. Aber das junge Bürgertum brauchte die bäuerliche Freizügigkeit — denn das war die einzige Art, wie es den nun riesigen Bedarf an Arbeitern für seine neuen Fabriken decken konnte. Der Staatsapparat des absoluten Monarchen tat alles, um seine Herrschaft zu verewigen, er gab die neuen Posten wieder Angehörigen seiner Kaste, richtete die Schulen nach seinen Bedürfnissen ein und hielt an dem Standesunterschied fest. Das Bürgertum sah, daß es auf diese Weise für immer von der Herrschaft ausgeschlossen bleiben würde, und erklärte: „Entscheidend für ein Staatsamt darf nur die Begabung und die Eignung sein — denn alles ist gleich, was Menschenantlitz trägt." Bald begann das Bürgertum seinen eigenen Staatsapparat zu fordern und zu verlangen, daß die alte Schule einer neuen Schule für alle Platz mache, wo man statt Latein und Philosophie die Wissenschaften der neuen Industrie: Mathematik, Physik, Geographie lerne — einer Schule, die in der Hand seiner eigenen Vertreter sein solle und nicht in der der Beamten der Krone oder ihrer kulturellen Amtsvollstrecker, der Kirche. Weil es die Möglichkeit haben wollte, zu lernen, seine Parteien und Diskussionsklubs zu bilden und unzensuriert seine Meinung zu sagen, darum verlangte das Bürgertum Lehrfreiheit. Geringer war der Gegensatz auf dem Gebiet der Außenpolitik. Hier gab es keine grundsätzliche Opposition zu den Eroberungskriegen der absoluten Monarchie. Aber als die Kriege immer kostspieliger, immer länger wurden und oft um rein dynastische Ziele gingen, die das Bürgertum nicht interessierten, bekam es auch diese Kriege satt. Wenn es ins Feld zog, wollte es dies für seine

eigenen Zwecke tun; die Eroberung von Gebieten, die die Krone sich suchte, weil sie „eine reiche Revenue brachten", und die dem eigenen Bürgertum schließlich nur Konkurrenz machten, war ihm Kriege nicht wert. Überhaupt zog es lange friedliche Perioden, in denen man arbeiten und verdienen konnte, einstweilen vor. Darum stellte das Bürgertum die Losung der Brüderlichkeit aller Völker auf.

Es war klar, daß der Absolutismus nicht von selbst, nicht freiwillig dem neuen Bürgertum die Macht abtreten würde. Und darum begann man in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts immer häufiger von dem Recht der Nation zu sprechen, ein ungerechtes und rückständiges System mit Gewalt zu stürzen.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erschütterten zwei große Ereignisse die Welt. In zwei Ländern erhob sich das Bürgertum, schüttelte die Herrschaft des Absolutismus ab, zerschlug das einst so fest scheinende Machtsystem und errichtete seinen eigenen Staat. Zum erstenmal geschah das 1774, als die amerikanischen Kolonisten sich gegen die Herrschaft des englischen Königs erhoben, als sie sich von England lossagten und ihre eigene konföderierte Republik gründeten. Zur politischen Grundlage des neuen Staates wurde die „Erklärung der Menschenrechte", in der es unter anderem hieß:

„Alle Menschen sind von Natur aus gleich frei und unabhängig und besitzen gewisse unveräußerliche Rechte, deren sie, wenn sie in einen Staat oder eine Gesellschaft eintreten, durch keinen Vertrag ihre Nachkommenschaft berauben oder entblößen können: nämlich das Recht auf Leben und Freiheit, Erwerb und Besitz von Eigentum, das Recht, Glück und Sicherheit anzustreben und zu genießen."

„Alle Macht ist im Volke begründet und geht deshalb von ihm aus; die Beamten sind seine Vertreter und Diener und ihm zu jeder Zeit verantwortlich."

„Die Regierung ist für das allgemeine Wohl, den Schutz und die Sicherheit des Volkes, der Nation und der Gemeinschaft geschaffen; von allen Formen der Regierung ist jene die beste, die das größte Ausmaß an Glück und Sicherheit gewährleisten kann und am besten gegen die Gefahr von Mißbrauch geschützt

ist. Wenn eine Regierung ungenügend ist oder als diesen Zwecken entgegenhandelnd betrachtet wird, so hat die Mehrheit der Gemeinschaft das zweifellose und unbestrittene Recht, sie in solcher Weise zu verbessern, zu ändern oder abzuschaffen, wie es für das öffentliche Wohl am zuträglichsten erachtet wird."

„Kein Mensch und keine Gruppe von Menschen hat das Recht, besondere Zahlungen oder Privilegien von der Gemeinschaft zu erhalten, es sei denn als Belohnung für Dienste an der Gemeinschaft; diese darf nicht erblich sein, ebensowenig wie die Ämter von Richtern, Gesetzgebern oder Beamten."

„Die gesetzgebende und exekutive Macht im Staat muß von der rechtsprechenden getrennt sein und die Mitglieder der beiden ersten sollen an Unterdrückung gehindert werden durch Teilnahme an den Lasten des Volkes. Deshalb sollen sie nach festgesetzten Zeiten wieder zu Privatpersonen werden und in die Körperschaft zurückkehren, der sie ursprünglich entstammen, und ihre Ersetzung soll durch häufige, festgesetzte und ordentliche Wahlen gewährleistet sein."

Hier waren die Grundsätze der neuen Herrschaft des Bürgertums zusammengefaßt, die man in ihrer Aufstiegszeit Herrschaft des Volkes, Demokratie nannte. Tatsächlich war es die Herrschaft eines Teiles des Volkes, denn die Besitzlosen, die neuen Arbeiter, die bald einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung bildeten, hatten an ihr nicht teil. Aber dennoch nahm ein weit größerer Teil der Gesellschaft Anteil an der Verwaltung des Landes als jemals zuvor.

Die amerikanische Revolution war ein Erdbeben — aber noch ein fernes Erdbeben. Sie spielte sich jenseits des Ozeans ab, und wenn auch ihre Grundsätze die der bürgerlichen Revolution waren, war sie gleichzeitig die Erhebung einer neuen Nation gegen eine fremde Regierung — etwas, was man in dieser oder jener Form schon erlebt hatte. Doch genau 15 Jahre später bebte die Erde schon in Europa, im ältesten Land des Absolutismus. Am 14. Juli 1789 begann die Große Französische Revolution. Bald darauf übernahm in Frankreich die Vertretung

des Volkes, der Konvent, die Macht, der König wurde abgesetzt und später enthauptet. Frankreich wurde eine Republik.

Mitte des 18. Jahrhunderts begann die Dämmerung des Absolutismus. Aber in einigen Ländern leuchtete er vor seinem Verlöschen noch einmal auf. Vor allem in Österreich, wo von 1740 bis 1790 Maria Theresia und Joseph II. herrschten. Maria Theresia führte die Reformtätigkeit des Absolutismus bis zur Grenze, die der Absolutismus erreichen konnte. Sie führte sie als Konservative durch, als Aristokratin, die hoch über dem Volke herrschte und es nur als Objekt ihrer Politik betrachtete, die aber die Forderungen ihrer Zeit erfüllte, um ihren Staat und die Macht der Dynastie zu festigen. Joseph II. ging weiter. Er wußte oder ahnte, daß die Tage des Absolutismus gezählt waren, und in dem Bestreben, ihn zur Vollkommenheit zu bringen, führte er viele der Maßnahmen durch, die anderswo ein Konvent, eine bürgerliche Volksvertretung auf den Trümmern der Monarchie beschloß. Der Historiker S. K. Padover nennt ihn den „revolutionären Kaiser". Der Zeitgenosse Josephs, Caraccioli, schrieb von ihm: „Was dem Leser nicht entgehen wird, ist, daß der Kaiser fast alle Pläne der Nationalversammlung, welche dermalen in Paris gehalten wird, angelegt hat: Abschaffung der Fronschaft, des Erstgeburtsrechtes, des Zehents, kaiserlicher Jagden, salarierter Pfaffen, wie er es nennt, Juden und Protestanten zu Bürgern erklärt, bürgerliche Duldung, verminderte Kirchensprengel, Fähigkeit jedes Bürgers, zu den ersten Ämtern zu gelangen, Orte für die Bewerbung, Plan, alle Provinzen in Departements zu verwandeln. Das sind die Neuerungen. Es gibt nichts Ähnlicheres." Der Historiker, der Joseph nicht liebte und seine Reformen für „abgeschmackt und undurchführbar" hielt, übertrieb ein wenig. Zwischen den „Neuerungen" Josephs und denen des Konvents gab es einen entscheidenden Unterschied: die einen wurden durch das Bürgertum, durch sein Machtinstrument und seine Verkörperung, den Konvent, durchgeführt, die anderen ohne aktive Anteilnahme des Volkes, „von oben" und im Namen der Monarchie. Aber was die Reformen selbst betraf, gab es tatsächlich „nichts Ähnlicheres".

MARIA THERESIA

Eine kleine, rundliche Frau in schwerem goldbesticktem Reifrock lief durch die Gänge der Hofburg bis in die Hofloge des Burgtheaters, das vor einiger Zeit dem Publikum freigegeben worden war. Dort beugte sie sich über die Brüstung und rief in den Zuschauerraum: „Der Poldl hat an Buam und grad am Bindtag, an meinem Hochzeitstag!" Der „Poldl" war Erzherzog Leopold, später Leopold II. von Österreich. Die Frau, die auf so gut wienerisch der ganzen Welt verkündete, daß sie Großmutter geworden sei, war Maria Theresia, Erzherzogin von Österreich, Königin von Ungarn und von Böhmen, Herrscherin des riesigen Habsburgerreiches.

Nichts zeigt deutlicher den Unterschied zwischen der Zeit, in der Leopold I. oder Karl VI. herrschten, und der Ära Maria Theresias als diese Szene. Damals steife spanische Hoftracht, rigides Hofzeremoniell, ein weiter luftleerer Raum, der zwischen dem Souverän und seinen Untertanen lag. Jetzt der Lauf in die Hofloge und: „Der Poldl hat an Buam!"

Die Österreicher, insbesondere die respektlosen, spottlustigen Wiener, hatten ihre in Samt und Grandezza eingeschnürten Herrscher schon damals nicht gemocht. Das neue Bürgertum, der kleine Mann, der über Nacht ein großer und reicher Mann wurde, aber viele seiner Eigenschaften und Wertbegriffe behielt, war noch nicht an der Macht, aber er drückte bereits seiner Zeit den Stempel auf und die Zeit erforderte Könige, die den bürgerlichen Begriffen entsprachen. Der König, oder die Königin, mußte arbeitsam sein, — denn Arbeit, nicht ererbter Besitz — baute die neuen Reichtümer auf; er mußte ein vorbildliches Familienleben führen, das in nichts an die Eskapaden des Adels erinnerte: einfach, moralisch, sparsam; wenn auch hier und da zu Repräsentationszwecken Prunk erlaubt war.

Und Maria Theresia war genau das, was die Zeit unausgesprochen von den Monarchen verlangte. Sie arbeitete von früh bis in die Nacht, sie sah alles, wußte alles, kannte „ihre" Monarchie, wie eine gute Hausfrau ihr Haus kennt. Gewiß, solange sie jung war, hatte sie nicht nur schwer gearbeitet, sondern sich auch viel und gern unterhalten, getanzt, Theater und Maskenbälle besucht, so viel, daß sie Obersthofmeister Khevenhüller oft mit besorgtem Stirnrunzeln vor einem „Allzuviel" gewarnt hatte. Aber auch das war zulässig. Der Wiener Bürger liebte es, nach schwerer Arbeit zu tanzen und zu trinken, bis in den frühen Morgen zu „drahn", und doch einige Stunden später wieder im Kontor oder in der Werkstatt zu sein. Wer arbeitete, der durfte auch essen und trinken und tanzen, warum sollte es Maria Theresia nicht tun, um so mehr, als ihr die Dinge Freude machten, die jeder Wiener Bürgersfrau Freude gemacht hätten! Aus diesem Grunde verzieh man ihren nicht unbeträchtlichen Kleiderluxus, ihre kostspieligen Bauten. Der österreichische bürgerliche Puritanismus hatte sehr menschliche Züge, und das Verständnis für den Wunsch nach schönen Kleidern und einem schönen Haus gehörte dazu. Maria Theresia führte ein vorbildliches Familienleben, liebte ihren Mann, Kaiser Franz von Lothringen, abgöttisch, liebte ihn auch dann, als er sie, gegen sein Lebensende, zu betrügen begann, schwieg dazu, wie eine gute Bürgersfrau schweigt, liebte ihn so sehr, daß sie, als sie nach seinem Tode im Testament ein Vermächtnis an eine seiner Favoritinnen fand, dieses Vermächtnis anstandslos auszahlte, „um des Andenkens ihres Gatten willen". Sie bekam ein Kind nach dem anderen, war in den ersten zehn Jahren ihrer Regierung fast ununterbrochen schwanger, arbeitete und reiste sogar in den letzten Monaten der Schwangerschaft, sie erzog ihre Kinder selbst, und dieses Erziehen war keineswegs ein gelegentlicher Besuch im Kinderzimmer der kleinen Prinzen und Prinzessinnen, ein kurzes Gespräch mit den Lehrern und Erziehern. Ein Teil ihres Tages war den Kindern gewidmet, sie überwachte ihre Lehrpläne, beschäftigte sich mit den kleinsten Problemen ihrer Erziehung und später, als sie schon größer waren, war ein großer Teil der riesigen Korrespondenz Maria Theresias ihnen gewidmet, enthielt Ratschläge, Diskussionen, Gedankenaustausch mit ihnen — bis sie sich verheirateten und Throne in anderen Ländern bestiegen, wohin ihnen wiederum die langen und häufigen brieflichen Ratschläge und Gedanken der Mutter folgten.

Sie hatte „ein Herz für die Leut", sie gab gern und viel. Immer wieder, sogar in der finanziell schwersten Zeit, fand sie Geld für Wohltätigkeit. Sehr wenige Bittsteller, die sich an sie wandten, gingen mit leeren Händen fort — und es wandten sich bald tausende an sie. Sie brachte später mit ihrer grenzenlosen Gebefreudigkeit ihren Sohn und Mitregenten Joseph II. zur Verzweiflung, der ihr immer wieder vorhielt, daß die Hälfte ihrer Bittsteller die Hilfe, die sie ihnen gewährte, gar nicht verdiene. Sie stimmte zu, versprach Besserung — und gab uneingeschränkt weiter. Allerdings spürte man oft nicht nur ihre gebende Hand, sondern auch ihre eingreifende und einschränkende. Neben den großen Reformgesetzen, die sie erließ, dem Umbau des Staates, den sie durchführte, gab es auch kleinliche und schikanös wirkende Verordnungen. Sie verbot ihren Hofdamen das Schminken und versuchte es im ganzen Land zu verbieten, erließ Verordnungen gegen den weiblichen Kleiderluxus und „die Unsittlichkeit" (die sich ihrer Meinung nach vor allem in der Länge und im Umfang der Röcke ausdrückte), sie erreichte vom Papst die Einschränkung der Anzahl der kirchlichen Feiertage, mit der Begründung, daß das Volk zu viele Feiertage „im Müßiggang und in den Wirtshäusern" zubringe, und erließ eine neue Dienstbotenordnung, „um das Dienstpersonal in Schranken zu halten". Den meisten Verordnungen auch dieser Art lagen merkantilistische und reformatorische Gedankengänge zugrunde — der Kleiderluxus bedeutete eine Erhöhung des Stoffimports, die vielen Feiertage hinderten tatsächlich die rasche Industrialisierung des Landes, aber sie begründete sie so, wie eine Hausfrau oder eine Gutsherrin die Regeln ihres Haushalts oder ihres Gutshofes begründet: „Zu viel Wohlleben bringt die Leut nur auf schlechte Gedanken."

Auch in einem anderen Punkt stand sie den Wienern, den Österreichern nahe — in ihrem Verhältnis zur Kirche. Sie war sehr fromm, und am Ende ihres Lebens, als ihr Mann gestorben war, sprach sie oft davon, ins Kloster zu gehen und nur Gott zu dienen, aber trotz all dem hinderte ihre Frömmigkeit sie nicht, sehr energisch gegen die Kirche vorzugehen. Diese Art Frömmigkeit verstanden ihre Untertanen in Wien und in den anderen

Städten der Monarchie ausgezeichnet — sie waren selbst so. Sie gingen zur Messe, hielten alle Kirchenbräuche und Kirchenfeste streng ein — zum Teil, weil es auch gesellschaftliche Ereignisse waren —, aber sehr tief saß die ganze Sache bei ihnen nicht mehr. Die Zeit, in der die Kirche ein notwendiger Bestandteil des Lebens der Gesellschaft war, ging zu Ende.

Während Karl VI. in der Öffentlichkeit meist Spanisch, die anderen Habsburger ein Gemisch aus Französisch, Spanisch, Flämisch, Italienisch gesprochen hatten, sprach Maria Theresia, obwohl sie auch diese Sprachen beherrschte, mit Vorliebe Wienerisch — und sprach es weit besser als ihr noch immer aus allen Ländern zusammengewürfelter Hof, ihr internationaler Adel. Auch das brachte sie dem Volk näher.

Es ist fraglich, ob diese „gutbürgerliche" Haltung Maria Theresias ganz echt gewesen ist, denn im Grunde war sie alles andere als „bürgerlich". Sie war ein Kind ihrer Zeit und konnte sich ihren Einflüssen nicht entziehen, sie hatte unter ihren Erziehern Männer und Frauen gehabt, die vom „Reformgeist", der neuen bürgerlichen Philosophie und Moral des Jahrhunderts, beeinflußt waren, und später waren gerade ihre fähigsten und darum ihr am nächsten stehenden Beamten und Minister — Sinzendorf, Kaunitz, vor allem aber van Swieten und Sonnenfels — Vertreter der „Aufklärung", Schüler Rousseaus und der französischen und englischen Gesellschaftstheoretiker und Nationalökonomen. Dies alles hat ihre Denkungsweise und ihre Haltung natürlich beeinflußt, aber im Grunde war Maria Theresia noch immer am engsten mit der Schicht verbunden, der sie als Königin entstammte — der Aristokratie. Ihre Politik war modern, sie liquidierte unbarmherzig Altes, führte Neues ein, wenn sie überzeugt war, daß dieses Neue für die Erhaltung und Stärkung der Monarchie notwendig war. Sie sorgte für die Bevölkerung und verbesserte in vielen Fällen ihre Lage, gewissenhaft, weitsichtig — aber ohne sie als Menschen, als handelnde Wesen zu betrachten. Aus diesem Grund gibt es zwischen der Innenpolitik und Kulturpolitik Maria Theresias und der Josephs II. einen so gewaltigen Unterschied, während ihre Finanzpolitik und ihre Wirtschaftsmaßnahmen fast eine Einheit

darstellen. Beide waren für die „Erhöhung des Wohlstandes des Landes", beide wandten dabei merkantilistische Methoden an — die Hörnigk empfohlen hatte. Beide hielten einen straffen, völlig zentralisierten Staat für unumgänglich, weil nur so die Dynastie ihre Außen- und Innenpolitik durchführen konnte. Aber während bei Joseph, der einmal schrieb: „Ich liebe den Menschen über alles", immer wieder die Forderung mitklang, diese Menschen zu „vernünftigem Handeln" zu erziehen und sie in die Lage zu versetzen, irgendwann einmal, wenn auch nicht sogleich, ihre Geschicke selbst zu lenken, während Joseph scharf zwischen dem Gebiet der „allgemeinen Politik", der Staatspolitik, unterschied, in dem der Staat dem Menschen seinen Willen aufzwingen durfte und mußte, und dem „inneren Gebiet" — Seele, Gewissen, Glauben —, wo er dem freien Menschen nichts dreinzureden hatte, gab es für Maria Theresia dies alles nicht. Ihre Untertanen gehörten ihr mit Leib und Seele, mit ihrer Zukunft und ihrem Glauben, und würden ihr immer gehören. Ihre Aufgabe war es, zu entscheiden, die der anderen, zu gehorchen. Von dieser grundlegenden Differenz weit mehr als von einem Unterschied der Temperamente und dem alten „Mutter-Sohn-Konflikt" rühren die schweren Meinungsverschiedenheiten mit Joseph her, die ihrer ganzen gemeinsamen Regentschaft von 1765 bis 1780 den Stempel aufdrückten und ihre letzten Lebensjahre verbitterten.

Aber im Jahre 1740, als sie nach dem plötzlichen Tode Karls VI. auf den Thron kam, gab es noch keine derartigen Fragen. Es gab nur eine Forderung — den Bestand des Habsburgerstaates zu erhalten, der im Begriff schien, zerrissen zu werden.

Sie war eine ganz junge, unerfahrene Frau, sie hatte alte, unfähige Minister, schlechte, rückständige Generäle, ein desorganisiertes Heer, leere Kassen. In den letzten Lebensjahren Karls VI. war wieder ein Stillstand eingetreten, die notwendigen Reformen wurden nur langsam durchgeführt und blieben schließlich stecken, die staatliche Hilfe für den Aufbau der Manufaktur wurde immer zögernder und hörte schließlich ganz auf. Es war nur eine Verlangsamung in der Aufbaupolitik der Krone, nur eine Pause von einigen Jahren, aber sie

genügte bei dem ständigen Wachstum des Staatsapparates, bei der ständigen Zuspitzung des europäischen Konkurrenzkampfes auf allen Gebieten der Wirtschaft, das Land wieder einmal in eine Krise zu stürzen. Und es schien, als plane ganz Europa, sich auf das Habsburgerreich zu werfen und es unter den Stärkeren aufzuteilen.

DER ÖSTERREICHISCHE ERBFOLGEKRIEG

Prinz Eugen hatte recht gehabt. Ohne ein starkes Heer und wohlgefüllte Staatskassen war die Pragmatische Sanktion nur ein Stück Papier. Im Augenblick, als Maria Theresia die Regierung antrat, entdeckte ein Teil der Unterzeichner der Pragmatischen Sanktion, allen voran der Preußenkönig Friedrich II., daß die Durchführung des von ihnen feierlich bekräftigten Nachfolgevertrages ihrem Gewissen widersprach. Es wurde eine Gegenkandidatur für den Habsburgerthron aufgestellt, die des Kurfürsten von Bayern. Es bildete sich eine Koalition gegen Österreich, bestehend aus Frankreich, Bayern, Spanien und Preußen. England und Holland, die Österreich ihre Unterstützung zugesichert hatten, erklärten sich vorsichtig und verklausuliert für Maria Theresia, machten aber klar, daß sie nicht intervenieren würden. Übrigens deklarierte sich auch Friedrich, der wirkliche Führer der Koalition, nicht sofort. Er verhandelte mit Wien, versicherte Maria Theresia seiner wärmsten Freundschaft und Unterstützung. Zugleich zog er seine Truppen zusammen, und eines Tages marschierte er ohne Ankündigung und Kriegserklärung in Schlesien ein und besetzte es. Dieses Vorgehen war für die damalige Zeit recht ungewöhnlich. Man genierte sich durchaus nicht, Kriege zu führen, aber man gab sich wenigstens die Mühe, eine Kriegserklärung abzugeben und sie halbwegs zu begründen. Unangekündigte Raubzüge in fremdes Gebiet unternahmen nach der Feststellung eines englischen diplomatischen Schriftstellers jener Zeit „nur die Türken". Und selbst der türkische Gesandte in Wien rückte in einer Erklärung von solchen Methoden ab

und meinte, „der Himmel" werde Friedrich für diesen Treubruch bestrafen. Diese Erklärungen störten allerdings keineswegs Friedrich, der auf die originelle Idee verfiel, den Bewohnern Schlesiens mitzuteilen, der Einmarsch geschehe im Einverständnis und auf Wunsch der österreichischen Regierung. Sie störten auch die Großmächte nicht, die fest entschlossen waren, Österreich aufzuteilen. Charakteristisch für diese Situation ist ein Brief Friedrichs, den er am Tage vor dem Einmarsch in Schlesien an den französischen Gesandten schrieb: „Ich glaube, ich bin im Begriff, Ihr Spiel zu spielen; wenn ich das As erhalte, werden wir teilen."

Womit die Großmächte gerechnet hatten und worauf sie warteten, war der innere Zerfall Österreichs, der dem Angriff von außen folgen sollte. Darin irrten sie sich. Die Monarchie war weit davon entfernt, auseinanderzufallen. Es gab, insbesondere in Wien, Unzufriedenheit mit der Regierung, die ihre Ursache vor allem in der unentschlossenen und phantasielosen Politik Karls VI. und den daraus resultierenden Krisenerscheinungen hatte und zeitweilig die Form einer Opposition gegen das „Weiberregiment" annahm; es gab im Lande — vor allem mehr am Hof als im Lande — eine gut ausgestattete und geschickt operierende bayrische Partei, die es verstand, jede Äußerung der Unzufriedenheit aufzugreifen und als Beweis für die Notwendigkeit der Übergabe Österreichs an die bayrische Dynastie auszunützen; aber über kleine Intrigen kam sie nie hinaus. Eine Episode, die damit zusammenhängt, ist übrigens charakteristisch für die Haltung Maria Theresias. In der Umgebung Wiens richtete das Wild aus den landesfürstlichen Wäldern bei den Bauern besonders argen Schaden an. Diese Tatsache war altbekannt, und die Bauern hatten sich immer in ganz Österreich darüber beschwert und nicht selten auch zur Selbsthilfe gegriffen oder sogar gemeutert. Diesmal steckten sich bayrische Agenten hinter die Sache und machten aus ihr einen regelrechten kleinen Aufstand, der in der Forderung „Her mit der bayrischen Herrschaft!" gipfelte. Maria Theresias Antwort darauf war, daß sie Soldaten und Jäger ausschickte und das Wild kurzerhand ausrotten ließ. Wenn es um Fragen der

Politik ging, spielten bei ihr alte Traditionen, wie das geheiligte Jagdrecht der Krone, keine Rolle.

Schwieriger waren andere Fragen: die Desorganisation der Armee und der klägliche Zustand der Finanzen. Friedrich konnte fast ungehindert in Schlesien vormarschieren, Maria Theresia war nicht in der Lage, ihm ernsthaften Widerstand zu leisten. Die unfähigen Minister und der altersschwache Kriegsrat in Wien verhandelten, zögerten und kamen zu keiner Entscheidung. Schließlich wurde der Feldherr Neipperg, der sich auszeichnete, schon im letzten Türkenkrieg eine Schlacht nach der anderen verloren zu haben, gegen Friedrich ausgeschickt. Im Frühling 1741 langte er glücklich in Schlesien an — und bald darauf verlor er die Schlacht von Mollwitz. Mollwitz war eine Tragikomödie. Neipperg hatte den Befehl gegeben, nicht anzugreifen; schließlich erzwangen die Offiziere, die nicht zusehen wollten, wie ihre Truppen vom preußischen Feuer niedergemäht wurden, den Angriff mit dem Erfolg, daß die preußische Kavallerie in die Flucht geschlagen wurde, Friedrich selbst fliehen mußte und mit Mühe der Gefangenschaft entging. Am nächsten Morgen erfuhr er zu seinem Erstaunen, daß er die Schlacht gewonnen hatte. Neipperg hatte auf dem Höhepunkt des Kampfes den Befehl zum Rückzug gegeben und den Preußen das Feld überlassen.

Der Verlust Schlesiens war arg genug, aber man wußte in Wien, daß noch Ärgeres bevorstand — der Einfall in Österreich selbst. Im Nymphenburger Vertrag von 1741 war zwischen Bayern und Frankreich (Preußen schloß sich bald darauf dem Vertrag an) die formelle Aufteilung Österreichs beschlossen worden. Österreich verbündete sich mit Rußland und England. Aber Rußland, dessen Regierung im allgemeinen grundsätzlich für eine Einschränkung der preußischen Expansion, die sie als Gefahr betrachtete, eintrat, war selbst in einen Krieg mit Schweden verwickelt. Englands Bundesgenossenschaft (bekanntlich betrachtete England Preußen immer noch als seine vorgeschobene Position auf dem Kontinent) gipfelte in dem Ratschlag, Maria Theresia solle Schlesien an Friedrich abtreten und mit ihm Frieden schließen.

Maria Theresia blieb schließlich nichts übrig, als dem eng-

lischen Rat, der mit einem nicht geringen diplomatischen Druck auf Österreich verbunden war, zu folgen. Im Oktober 1741 wurde mit Friedrich der Frieden von Kleinschnellendorf geschlossen, in dem Österreich Niederschlesien an Preußen abtrat. Drei Monate vorher waren bayrische und französische Truppen in Österreich eingefallen. Die Minister der Krone waren damals, wie der englische Gesandte Robinson berichtete, „blaß vor Entsetzen in ihre Sessel zurückgefallen". Das war so ziemlich ihr ganzer Beitrag zur Lösung der Krise. England hatte den für den Fall eines französischen Angriffs auf Österreich versprochenen Kredit von 300000 Pfund ausgezahlt. Das war alle Hilfe, die Österreich von außen erwarten konnte. Maria Theresia mußte sich nach anderer Unterstützung umsehen.

Die Unterstützung, die sie brauchte, erhielt sie, wenn auch langsam und oft widerwillig, von innen her. Obwohl die Koalition mit dem Zerfall der Monarchie gerechnet hatte, zeigte es sich, daß sie viel fester hielt, als ihre Gegner annahmen. Es zeigte sich, daß die Länder des Habsburgerreichs im großen und ganzen den Krieg unterstützten. Sogar Böhmen, das 1741 von Bayern und Franzosen besetzt wurde und von dem man angenommen hatte, es würde mit fliegenden Fahnen zu Bayern übergehen, tat nichts dergleichen. Ein Teil des Adels leistete zwar dem bayrischen Kurfürsten Karl Albrecht, der sich zum König von Böhmen krönen ließ, den Treueid, aber die riesige Summe von sechs Millionen Gulden Kriegskontribution, die er tags darauf von Böhmen verlangte, genügte, um ihm die Sympathien des Landes für immer zu nehmen. Ein Jahr später, als die französischen und bayrischen Truppen von der österreichischen Armee angegriffen und in Böhmen eingeschlossen wurden, regte sich nicht eine Hand zu ihrer Verteidigung. Im Gegenteil, es gab in den folgenden Monaten und vor allem später, beim preußischen Einfall und im Siebenjährigen Krieg, sogar eine gewisse Freischärlertätigkeit der Bevölkerung gegen die Verbindungslinien des Gegners. 1743 wurde Maria Theresia in Prag in aller Form gekrönt. Sie war klug genug, keine schweren Repressalien gegen die ehemaligen Anhänger des bayrischen Kurfürsten zu ergreifen.

Wichtiger als die Haltung Böhmens war die Haltung Ungarns. Hier war ein Land, das nach Meinung der Koalition mit allergrößter Sicherheit im ersten gegebenen Augenblick von Österreich abfallen würde. Schließlich hatte es vor nicht allzu langer Zeit um seine Selbständigkeit gekämpft und würde zweifellos die Gelegenheit ergreifen, diese Selbständigkeit unter französischem Protektorat zu verwirklichen.

Es geschah genau das Gegenteil. Ungarn fiel nicht nur nicht ab, es erklärte sich bereit, die „Rettung der Monarchie" auf sich zu nehmen, und stellte eine nicht unbeträchtliche Zahl Militär — im ganzen 40000 Mann, immerhin ein Fünftel des Gesamtheeres — zur Verfügung.

In den Lebensbeschreibungen Maria Theresias ist immer wieder die rührende Szene geschildert, wie sie mit dem Thronfolger-Säugling am Arm 1741 vor den ungarischen Ständen in Bratislava erscheint und sie um ihre Hilfe anfleht. Es wird beschrieben, wie der ungarische Adel gerührt und in ritterlicher Aufwallung wie ein Mann aufspringt, mit gezogenem Schwert Maria Theresia Schutz, Hilfe und eine Armee verspricht und in den Ruf ausbricht: „Für unseren König geben wir unser Blut."

Die Wirklichkeit war nicht ganz so rührend und unkompliziert wie die heroische Legende, wenn auch die Tatsache, daß Maria Theresia an die Ungarn als gleichberechtigte Nation appellierte, an die Nation, von der sie vor allen anderen Hilfe erwartete, eine Rolle gespielt haben mag. Maria Theresia hatte gegen den schärfsten Protest ihrer österreichischen Minister erkannt, daß sie Ungarn nicht als unterworfenes Volk, als Nation zweiten Ranges behandeln dürfe, wenn sie ihren Verbleib beim Habsburgerstaat sichern wollte, und nach ihrer Art führte sie den einmal gefaßten Beschluß tatkräftig durch. Das begann bei Äußerlichkeiten. Das Schiff, das sie nach Bratislava trug, war mit rot-weiß-grünen Girlanden und Fahnen, den alten ungarischen Nationalfarben, geschmückt, die Diener trugen rot-weiß-grüne Tracht, und in Bratislava stieg Maria Theresia, die damals noch nicht reiten konnte, wenn auch mit Herzklopfen, entschlossen aufs Pferd, um auf alte ungarische

Art ihren ungarischen Untertanen entgegenzureiten. (Wie Augenzeugen berichten, zog sie sich dabei recht gut aus der Affäre.) Entscheidend waren aber die Konzessionen, die sie in tagelangen Verhandlungen den ungarischen Ständen machte. Neben einigen mehr formalen Konzessionen, wie der Besetzung des Palatinats — der Posten des ungarischen Vizekönigs — im Einvernehmen mit den Ungarn, wurden folgende Punkte vereinbart: Die Steuerfreiheit des ungarischen Adels wurde bestätigt; zu Verhandlungen über ungarische Geschäfte, und zwar nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb Ungarns, sollten nur Ungarn verwendet werden; auch der Eintritt in die Staatsministerien sollte ihnen — im Gegensatz zur bisherigen Praxis — unbeschränkt offenstehen. Die ungarische Hofkanzlei und die ungarische Hofkammer — das ungarische Innen- und Finanzministerium in Wien — sollten grundsätzlich von den Wiener obersten Behörden unabhängig sein und direkt der Krone unterstehen. Die Ämter und Würden im Königreich Ungarn sollten in Zukunft nur Einheimischen zugeteilt werden.

Damit wurde Ungarn von allen Wiener Zentralisierungsbestrebungen ausgenommen. Mindestens auf politischem Gebiet waren seine Einwohner von nun an den Österreichern gleichgestellt. Das Übereinkommen bedeutete den Verzicht auf eine dynastische Zentralisierungspolitik gegenüber Ungarn, es schuf zum erstenmal in Umrissen die Konstruktion eines Staates zweier gleichberechtigter Nationen statt einer. Es ist kein Wunder, daß der Wiener Hof, die österreichischen Minister, die verstanden, daß ihre bevorrechtete Stellung durchbrochen worden war, keineswegs beglückt waren. Die österreichischen Minister erklärten wütend, Maria Theresia hätte besser getan, „sich dem Teufel zu verschreiben als den Ungarn". Später versuchte das österreichische Bürgertum mit Erfolg, wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet die Ungarn zur Nation zweiten Ranges zu machen, aber einstweilen hatte Ungarn gesiegt. Ungarn trennte sich nicht von Österreich, das Verbleiben im Rahmen der Monarchie bot ihm allem Anschein nach mehr Vorteile als Nachteile, und daran scheiterten die Pläne zur Zerschlagung des Staates von innen her.

Der Widerstand gegen die geplante Aufteilung Österreichs verstärkte sich noch, als Friedrich 1744, um den fast geschlagenen Franzosen und Bayern zu Hilfe zu kommen, wieder in den Krieg eintrat. Das preußische Regiment in Schlesien war sogar für die damalige Zeit besonders brutal. Ganz abgesehen von den hohen Kontributionen, die Friedrich dem Lande auferlegte, hatte er es für nötig befunden, Tausende von jungen Frauen und Männern ohne jede Ankündigung zu Zwangsarbeit nach Preußen zu verschleppen — eine Handlung, die in einer Zeit, da man Zivilisten im großen und ganzen in Ruhe ließ, allgemeine Empörung hervorrief. Ab 1744 gab es auch in Schlesien Guerillatätigkeit gegen die preußischen Verbindungslinien, und Friedrich beklagte sich nicht ohne Grund, daß alles, was er in Schlesien tat, sofort durch freiwillige „Agenten" in Wien bekannt wurde. Obwohl man in Böhmen Österreich nicht liebte, betrachtete man Maria Theresia noch immer als kleineres Übel gegenüber Friedrich — von den innerösterreichischen Ländern, in denen die Antipathie gegen Preußen sehr stark war, gar nicht zu reden.

Der Krieg wurde mit wechselndem Erfolg bis 1746 geführt, aber von einer Aufteilung Österreichs war bald nicht mehr die Rede. Preußen selbst war zwar nicht ernstlich bedroht, aber Territorien seines Verbündeten Bayern wurden mehr als einmal von österreichischen Truppen besetzt, und der Kurfürst und sein Nachfolger mußten schließlich froh sein, daß sie ihre Krone behielten. England führte ab 1745 etwas energischer den Krieg gegen Frankreich. Zugleich allerdings übte es auf Österreich immer wieder einen Druck aus, um es zu einer neuen Einigung mit Friedrich zu veranlassen. Daß Maria Theresia auch am Ende dieses Krieges wieder auf Schlesien verzichtete, erklärt sich vor allem durch den englischen Druck, der auch ein finanzieller Druck war — militärisch war der Verzicht ab 1746 nicht mehr unbedingt notwendig.

Denn 1746 schloß Rußlands Kaiserin Elisabeth mit Maria Theresia ein vor allem gegen Preußen gerichtetes Offensiv- und Defensivbündnis ab und ein russisches Heer marschierte durch Polen und Böhmen gegen den Rhein. Es trat jedoch kaum in Aktion, denn die gegen Maria Theresia gerichtete Koalition,

die erfolglos gebliebene „Vereinigung der Leichenräuber", die feststellen mußte, daß die Leiche noch erstaunlich lebendig war, beeilte sich, Frieden zu schließen. Im Frieden von Aachen erhielt Österreich die Niederlande zurück, die mittlerweile von Frankreich erobert worden waren, mußte jedoch außer Schlesien (an Friedrich) noch Parma, Piacenza und Guastalla (an Spanien) abgeben. Verglichen mit der Gefahr, die Österreich gedroht hatte, waren diese Gebietsverluste — wenn man von Schlesien absieht — allerdings sehr gering.

Am russischen Hof herrschte nach dem Frieden von Aachen eine gewisse Verstimmung. Elisabeth, die immer wieder erklärt hatte, die preußische Drohung zu beseitigen, „selbst wenn ich meine Juwelen verkaufen muß, um die Armee auszurüsten", und ihre Partei waren der Meinung, daß Österreich militärisch keine Ursache hatte, einen so unvorteilhaften Frieden abzuschließen. Sie wiesen mit Recht darauf hin, daß die preußische Gefahr nicht beseitigt war und daß Friedrich bei der ersten besten Gelegenheit seinen Versuch wiederholen würde. Das war an sich richtig. Aber Elisabeth zog den inneren Zustand Österreichs nicht in Betracht.

Die Armee war kaum besser, als sie gewesen war, die Finanzen in einem noch kläglicheren Zustand, obwohl Maria Theresia versucht hatte, mit eiserner Sparsamkeit wenigstens das Schlimmste — den Staatsbankrott — zu verhüten. Österreich hatte sich aus der Affäre gezogen, hatte den Krieg sozusagen mit einem blauen Auge überstanden, aber um eine wirklich planmäßige Außenpolitik machen zu können, mußte es finanziell, wirtschaftlich und politisch in Ordnung gebracht werden. Maria Theresia wies mit Recht darauf hin, daß der Zwang, immer wieder in der Frage Preußens dem englischen Druck nachzugeben, solange bestehen würde, als Österreich finanziell auf die englische Hilfe angewiesen war und ohne diese nicht einmal die laufende Ausrüstung der Armee bezahlen konnte. An den nötigen Mitteln aber fehlte es sowohl Rußland wie Österreich. Um sie zu beschaffen, um einen neuen Staat zu formen, der in der Lage war, in Europa wieder eine Rolle zu spielen, mußte man den inneren Zustand des Landes verändern. Mit diesen Veränderungen begann Maria Theresia unmittelbar nach dem Abschluß des Aachener Friedens.

DIE REFORMEN

Das politische Glaubensbekenntnis der fortschrittlichen und entschlossenen unter den Herrschern Österreichs und der Grundsatz aller Reformer in den letzten hundert Jahren war der einheitliche und übersichtliche, leicht zu regierende Staat gewesen. Maximilian I. hatte den Grundstein zu dessen Entstehung gelegt, Hörnigk, Eugen und alle anderen seine Vollendung gefordert. Der Staat sollte von allen Überresten der Vergangenheit, allem ständischen oder adeligen Winkelwerk befreit werden, er sollte eine blanke, glatte Maschine sein, nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten, nach dem Grundsatz der Zweckmäßigkeit gebaut, auf leichtesten Hebeldruck hin funktionierend. Nach der Meinung der Reformer gehörten Traditionen, Sonderrechte, regionale oder nationale Besonderheiten nicht in die Staatspolitik, sondern ins Museum. Allerdings machten sie bei ihren Versuchen, den Staatsapparat glatt zu hobeln, keine Unterschiede. Die Überreste der alten dörflichen oder bürgerlichen Selbstverwaltung mit ihren wirklich demokratischen Grundsätzen fanden ebensowenig Gnade vor ihren Augen wie die Sonderrechte der Kirche oder das Recht des Adeligen, in „seinem" Bezirk selbst Recht zu sprechen. Das Verlangen nach größerer Selbständigkeit der einzelnen österreichischen Länder, das auf eine Rückkehr zum losen Stadtsystem des Mittelalters abzielte, schien ihnen nicht untragbarer als die aus der neuen Entwicklung der Nationen gewachsene Forderung auf Selbstverwaltung der nichtösterreichischen Länder. Für sie war gut, was vernünftig war, und vom Gesichtspunkt der neuen Landeswirtschaft war nur der zentralisierte Einheitsstaat vernünftig.

In den Jahren nach dem Österreichischen Erbfolgekrieg begann Maria Theresia mit der Schaffung dieses neuen Staates, der allerdings erst unter Joseph II. vollendet wurde. Die Zen-

tralisierung wurde unter Maria Theresia nicht mit einem Schlag durchgeführt. Man nahm sich Gebiet nach Gebiet vor und baute es um. Die ersten Reformen erfolgten im Militärwesen. Vom Gesichtspunkt der Krone, die in nächster Zukunft mit neuen kriegerischen Verwicklungen rechnete, waren sie am dringendsten. Außerdem war gerade bei diesen am wenigsten Opposition zu erwarten. Maria Theresia tat alles, um immer wieder die Gefahr eines neuen Angriffs — sei es von Preußen, sei es von Frankreich — in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu stellen. In den Jahren zwischen dem Erbfolgekrieg und dem Siebenjährigen Krieg erschienen immer wieder halboffizielle Pamphlete und Abhandlungen, die auf die drohende Gefahr aufmerksam machten. Schriften über das Schicksal Schlesiens unter preußischer Herrschaft zum Beispiel hatten eine weite Verbreitung. Allerdings war nicht alles „offiziell" inspiriert, viele Schriften dieser Art wurden auch ganz spontan herausgegeben.

Es gab zwar seit 1649 ein stehendes Heer von angeworbenen Soldaten, aber dieses Heer stellte nur einen Kern der Armee dar und genügte für den Kriegsfall bei weitem nicht mehr. Alle anderen Armeekräfte wurden von den Ländern aufgestellt — meist nach langen Verhandlungen mit der Krone, wobei jedes Land versuchte, möglichst viele Konzessionen für möglichst wenig militärische Hilfe herauszuschlagen. Sowohl die Höhe der Armeebeiträge als auch die Zahl der mobilisierten Soldaten hing vom Ausgang dieses Handels ab. Ganz abgesehen davon, daß die Zentralregierung auf diese Weise niemals wußte, wieviel Soldaten sie zur Verfügung haben würde, litt auch die Qualität der Armee unter einem solchen System. Mit der Verbreitung und Vervollkommnung der Feuerwaffen, vor allem der schweren Artillerie, war die Ausbildung des Soldaten komplizierter und länger geworden, ein in der Eile mobilisierter Angehöriger eines Länderkontingents war aber nicht in der Lage, zum Beispiel ein Geschütz gut und schnell zu bedienen. In den Türkenkriegen Eugens, als Kampfbegeisterung und persönliches Interesse der Soldaten oft Schulung ersetzten, hatte die Unerfahrenheit eines großen Teils der Armee keine allzu bedeutende Rolle

gespielt. Aber eine absolute Monarchie konnte sich nicht darauf einstellen, immer nur Kriege zu führen, die populär waren.

1748 wurde an Stelle der fallweisen Beiträge der Länder eine regelmäßige Kontribution eingeführt, das heißt, jedes Land (mit Ausnahme Ungarns und in gewissem Maße Tirols) zahlte einen bestimmten Jahresbeitrag an den Staat, der dafür die Armee ausrüstete, ausbildete und verpflegte. Die Länder zahlten zwar, hatten aber sonst nichts mehr in Armeefragen dreinzureden. Das war die finanzielle Seite. Die Frage der Beistellung von Soldaten wurde ebenfalls neu gelöst. Die Länder erhielten eine bestimmte Zahl von Rekruten vorgeschrieben, die sie stellen mußten. Der Rekrut, der meistens unter den Militärpflichtigen ausgelost wurde, mußte lebenslänglich dienen. Militärpflichtig waren alle Männer mit Ausnahme von Adel und Grundbesitzern, Geistlichen, Beamten, Ärzten und anderen Intellektuellen — später zum Beispiel auch Lehrer, Kaufleute, Fabrikanten und einige Arbeitergruppen, wie Textilarbeiter, Bergarbeiter, Schiffer. Allerdings konnte man sich vom Militärdienst freikaufen oder einen Vertreter schicken, was sehr häufig getan wurde und dazu führte, daß die Soldaten sich ausschließlich aus Taglöhnern, kleinen Handwerkern und armen Bauern oder aus Landstreichern und anderen deklassierten Elementen zusammensetzten.

Zu den Militärreformen in der Zeit Maria Theresias gehört noch die Gründung einer Militärakademie — des Theresianums. Der Offiziersberuf sollte wirklich ein Beruf werden, nämlich ein Beruf, den man lernen mußte und den man nicht „ohnehin" beherrschte, weil man aus adeligem Haus kam und als „ritterlicher Herr" erzogen worden war.

Bis zur Zeit Maria Theresias hatte es nur einige wenige zentrale Steuern gegeben; die meisten Beiträge zum Staatshaushalt jedoch wurden von den Ländern aufgebracht. Ganze Kategorien von Untertanen der Krone — vor allem der Adel und die Geistlichkeit — waren von Steuern überhaupt ausgenommen. Die Steuerfreiheit des Adels war ein Resultat seiner besonderen Stellung innerhalb der Monarchie. Maximilian I. und Ferdinand II. hatten die politische Selbständigkeit des Adels gebrochen — und zugleich auch die politische Selbständigkeit der

Stände, in denen der Adel eine führende Rolle spielte. Sie hatten sich statt dessen einen eigenen Herrschaftsapparat geschaffen, der der Krone unterstand, der sich aber noch immer in starkem Maße aus dem Adel, dem neuen, von der Krone abhängigen Hofadel, rekrutierte. Dieser Adel erhielt zwar von der Krone keine politischen Konzessionen, wohl aber wirtschaftliche. Die Bestätigung seiner Vormachtstellung gegenüber den Bauern, vor allem seines unbeschränkten Rechtes auf einen großen Teil des Bodenertrags und einen Teil ihrer Arbeitskraft, gehörte dazu; die Steuerfreiheit war ein anderer Teil dieser wirtschaftlichen Gaben, mit denen sich die Krone Gehorsam und Dienste des Adels erkaufte. Mit dieser Sonderstellung hing auch die Tatsache zusammen, daß die Stände, die politisch längst nichts mehr zu sagen hatten, in wirtschaftlichen Fragen — wie zum Beispiel bei der Geldaufbringung — noch immer gefragt wurden, wenn auch die Krone hie und da ihren Einspruch nicht zur Kenntnis nahm.

Die Steuerfreiheit der Kirche hatte ihren Grund ebenfalls im Kompromißcharakter der absoluten Monarchie. Die Krone stützte sich auf Adel und Bürgertum, nicht auf das Bürgertum allein, das allerdings auch noch zu schwach und unentwickelt war, selbst die Geschäfte des Landes zu führen. Zu den „Geschäften des Landes" gehörte auch Erziehung, geistige Beeinflussung, Schaffung und Aufrechterhaltung der Weltanschauung der Zeit. Auch dies konnte das Bürgertum im 16. und 17. Jahrhundert noch nicht auf sich nehmen. Aus diesem Grunde bediente sich die Krone eines aus dem Mittelalter, aus der feudalen Zeit stammenden Kulturapparates — der Kirche, wenn sie auch die Selbständigkeit der Kirche stark eingeschränkt und den Herrscher zwar nicht formal, aber tatsächlich zum politischen Oberhaupt der Kirche gemacht hatte. Und eine der Vergünstigungen, die die Kirche dafür genoß — ganz abgesehen davon, daß der Staat ihr die Monopolstellung in allen geistigen und kulturellen Fragen sicherte —, war das Privileg der Steuerfreiheit.

Zur Zeit Maria Theresias war es nicht mehr notwendig, diese kostspieligen Sonderprivilegien aufrechtzuerhalten. Man

konnte einen Beamtenstaat schaffen, zu dem man fast gar keine Adeligen mehr brauchte. Die Söhne des neuen Bürgertums waren, wenn sie nicht selbst Fabrikanten wurden, gerne bereit, dem Staat als treue Beamte zu dienen, die meist auch fähiger waren als ihre adeligen Vorgänger. Der Sohn des Fabrikanten oder des Handwerkers, der sich erst eine kleine Manufaktur einzurichten begann, wollte nicht mehr „absteigen" und selbst Handwerker werden. Die Beamtenlaufbahn war für ihn das Gegebene — und er war auch weit billiger als sein adeliger Konkurrent. Billiger und tüchtiger, denn er führte die Beamtengeschäfte so, wie sein Vater die Werkstatt oder das Kontor geführt hatte — sparsam, ohne Arroganz gegenüber den anderen Staatsbürgern, denen er gesellschaftlich gleichstand, und mit der Einstellung, die er daheim gelernt hatte: In die Höhe kommen, Karriere machen kann man nur, wenn man von früh bis spät arbeitet und sich bewährt.

Das gleiche galt auf dem Gebiet der Kultur. Hier hatte das Bürgertum bereits seinen eigenen Apparat von Ärzten, Wissenschaftlern, Technikern entwickelt oder zu entwickeln angefangen, die ihren Aufgaben besser gewachsen waren als die Kirche, die nicht so utilitaristisch sein konnte wie die geistigen Vertreter des neuen Standes. Und aus dieser Schicht konnte man ebenfalls billiger und besser die neuen Lehrer, Erzieher, Techniker und Juristen holen, die nach dem Grundsatz „Gut ist das, was dem Staat, der Gemeinschaft in ihrer wirtschaftlichen und staatlichen Wohlfahrt weiterhilft" den Einwohnern Rechnen, Schreiben, Lesen, Naturwissenschaften und Technik beibrachten, statt Griechisch, Kirchengeschichte und Philosophie.

Es ist charakteristisch für die Übergangszeit während der Herrschaft Maria Theresias, daß in den eigenen Reihen der Regierung bei der Ausarbeitung der Reformgesetze ein scharfer Kampf um die Frage ausbrach: Wie weit kann man ganz auf Adel und Kirche verzichten? Soll man ihnen überhaupt Vorrechte lassen oder sie mit einem Federstrich beseitigen und sich ganz auf die „neuen Männer" orientieren? Ein Teil ihrer Berater — der Außenminister Kaunitz, der niederländische Arzt van Swieten, Sonnenfels und vor allem Joseph II. — waren dafür,

ganze Arbeit zu machen, alle Privilegien zu streichen und den Staatsapparat umzubauen. Maria Theresia wählte den Mittelweg. Sie beließ die Dinge äußerlich beim alten — strich aber die Privilegien, soweit sie das Staatsbudget belasteten. In der neuen Steuerordnung wurde eine allgemeine Einkommensteuer eingeführt. Die Kopfsteuer, die einige Jahre später auferlegt wurde, war schon stärker nach Vermögen und Stand gestaffelt. Sie begann bei Erzbischöfen (600 Gulden jährlich), ging über den Adel (400 bis 200 Gulden) bis zum Bauer (48 Kreuzer) und dem Knecht (4 Kreuzer jährlich). Gemessen an der Tatsache, daß Fabrikanten in den neuen Industrien meist für zehn Jahre und länger überhaupt von Steuern befreit wurden, war der Adel nun keineswegs mehr eine privilegierte Schicht. Durch den Ausbau der indirekten Steuern, vor allem der Verbrauchssteuer, die natürlich jeder zahlen mußte, wurde diese Entwicklung noch verstärkt. Die Erbschaftssteuer, die zur selben Zeit eingeführt wurde, traf den Adel sogar schwerer als andere Bevölkerungsschichten, weil ja die Hinterlassenschaft meist größer war und die Steuer nach Vermögenshöhe prozentuell eingehoben wurde. Die Erbschaftssteuer wurde zunächst teilweise dazu verwendet, Fonds für Schulen zu schaffen. So wurde zum Beispiel in den Siebzigerjahren im allgemeinen verfügt, daß aus der Hinterlassenschaft „eines Herren vier Gulden, aus der eines Ritters drei Gulden, eines Honoratioren oder Vermöglichen zwei Gulden und aus der eines Bürgers oder wohlhabenden Bauern ein Gulden" für Schulzwecke verwendet werde. Die Steuerfreiheit der Klöster und der Kirche überhaupt war ebenfalls aufgehoben worden, außerdem beanspruchte der Staat von der Summe, die in Hinterlassenschaften der Kirche vererbt wurde, die Hälfte für sich. Aus diesen Geldern wurden ebenfalls Schulen gebaut.

Die neuen Rekrutierungsmethoden erforderten eine genaue Übersicht über die Zahl der Einwohner, die neuen staatlichen Steuern machten eine Erhebung über Bodenbesitz, Vermögen, Viehstand und ähnliches notwendig. Unter Maria Theresia wurde die erste Bevölkerungszählung durchgeführt, wurden die ersten Statistiken angelegt. Die Volkszählung ergab für Österreich und Böhmen die Zahl von 13 Millionen Einwohnern; die Bevölkerungszahl der gesamten Monarchie betrug 25 Millionen.

Eine der wichtigsten Finanzreformen Maria Theresias war die verstärkte Vereinheitlichung des Zoll- und Mautsystems. Der Zustand, daß jede Stadt, jedes Rittergut ein eigenes Zollsystem hatte, war schon zu Zeiten Ferdinands im großen und ganzen beendet worden; es gab aber noch Länderzölle in Österreich und Zölle zwischen den einzelnen Provinzen der Monarchie. Das Bürgertum hatte immer wieder die Aufhebung dieser Zölle verlangt, aber jeder Reformversuch scheiterte am Widerstand der Länder, die ihre Einnahmequellen nicht verlieren wollten. Diese Aufhebung der inneren Zollgrenzen war aber notwendig, sollte sich in der Monarchie eine einheitliche Wirtschaft entwickeln. 1775 wurden die meisten Sonderzölle aufgehoben, vor allem die unzähligen Durchfuhrzölle und Abgaben, die die Waren maßlos verteuerten. Im wesentlichen gab es nur zwei Zollgruppen: Einfuhr- und Ausfuhrzoll, wobei — hier wurde wieder eine Forderung Hörnigks und der anderen Merkantilisten erfüllt — bei der Einfuhr Luxusartikel sehr hoch und Rohprodukte, die es im Lande nicht gab, sehr niedrig besteuert wurden. Bei der Ausfuhr war es genau umgekehrt. Es wurden zwei Steuerzonen geschaffen: Österreich mit Böhmen und Mähren, und Ungarn mit Siebenbürgen. Triest war ein Freihafen. Belgien und die italienischen Länder hatten eigene Zollsysteme, die aber den anderen Provinzen der Monarchie starke Präferenz gaben. Der größte Teil der Mauten wurde entweder ganz aufgehoben oder durch einige wenige ersetzt. Auch hier vertrat man im großen und ganzen den Grundsatz, daß nur der Staat, allenfalls das Land, Abgaben einheben dürfe, nicht aber Privatleute, ganz gleich, ob sie Grundherren waren oder nicht. Mehr als durch alle Verordnungen machte der Staat das Mautensystem überflüssig, indem er ein Netz von guten, modernen Straßen anlegte — wie die Straße von Wien nach der Adria und die Straße über den Arlberg — sowie zahlreiche große Kanäle zur raschen und billigen Beförderung von Waren, auf denen höchstens Staatsmauten eingehoben wurden.

Maria Theresias Finanzreformen waren weitgehend unpopulär — nicht nur beim Adel und bei der Geistlichkeit, den davon vor

allem Betroffenen, sondern bei der Bevölkerung im allgemeinen. Als gute Anhänger merkantilistischer Gedankengänge besteuerten Maria Theresia und ihre Minister Luxuswaren besonders hoch — und zu Luxuswaren gehörten nach ihrer Auffassung nicht nur ausländische Stoffe, importierter Schmuck und ähnliches, sondern auch einheimischer Branntwein und sogar Wein. Als Maria Theresia kurz vor ihrem Tode eine neue Weinsteuer einführte, gab es in Wien und in anderen Städten Aufläufe und die Wiener waren so böse auf sie, daß sie sich demonstrativ von ihrem Begräbnis fernhielten. Ihre Gesetzgebung war nicht immer angenehm, aber nützlich. 1775 ereignete sich in der Geschichte Österreichs etwas noch nie Dagewesenes. Die Staatskassen waren nicht nur nicht leer, sondern zeigten sogar einen Überschuß von zwei Millionen Gulden. Die Regierungseinnahmen waren in kurzer Zeit von 36 auf 56 Millionen Gulden gestiegen!

Zu den Maßnahmen Maria Theresias gehörten Gesetze und Verordnungen, die eine starke Einschränkung der Rechte der adeligen Grundherren bedeuteten und die Abhängigkeit des Bauern von seinem Grundherrn lockerten. Man nannte sie den Beginn der josefinischen Bauernbefreiung, aber das waren sie nicht. Maria Theresia kam es darauf an, die Privilegien des Grundherrn dort aufzuheben, wo sie den Steuermaßnahmen der Krone und gewissen Bedürfnissen der Industrie im Wege standen. An dem Grundsatz, daß der Bauer dazu da war, den Grundherrn durch seine Arbeit zu erhalten, und an den Eigentumsverhältnissen des Adels rüttelte sie nicht. Trotzdem führte ihre Politik in der Konsequenz zu einer Lockerung des bäuerlichen Abhängigkeitsverhältnisses.

Im Jahre 1774 wurden sogenannte Urbarialkommissionen geschaffen, die das Verhältnis der Bauern zu den Grundherren regeln sollten. In einem großen Teil des Landes, vor allem in Böhmen und Mähren, aber auch in Teilen Österreichs, unterstanden die Bauern noch immer der Rechtsprechung des Grundherrn. Die Rechtsprechung des Grundherrn ging nun teilweise auf die Kreisämter über, die wiederum den Gubernien — den Provinzbehörden — verantwortlich waren. Eine Reihe von Bestimmungen, zum Beispiel, daß die Bauern vor der Verehelichung

die Erlaubnis des Grundherrn einholen mußten oder daß sie nur mit seiner Genehmigung Heimarbeit annehmen durften und ihm — falls er die Erlaubnis gab — dafür einen Teil ihres Arbeitslohnes abgeben mußten, wurde ganz aufgehoben. Während in den österreichischen Ländern, mit Ausnahme Kärntens und der Steiermark, die Pflicht des Bauern, für seinen Grundherrn unbezahlte Arbeit zu leisten — die Robotpflicht —, nicht sehr drückend war und meist höchstens einen Arbeitstag im Monat erforderte, war sie in Böhmen, Mähren, Schlesien und in den neuerworbenen Ländern der Monarchie fast unbeschränkt. Dort kam es oft vor, daß die Bauern fünf oder sechs Tage in der Woche für den Grundherrn arbeiten mußten. In den sogenannten Robotpatenten von 1771 und 1778 wurde die Robotleistung des Bauern auf höchstens drei Tage in der Woche beschränkt. Auch das war sehr viel, aber dennoch eine Verbesserung.

Zu den bedeutendsten Reformen Maria Theresias gehören die Reformen im Justizwesen. Es wurde ein neues Strafgesetzbuch und ein Zivilgesetzkodex ausgearbeitet, die gesamte Rechtsprechung in die Hände des Staates und seiner Gerichte gelegt. Die Folter wurde auf Grund der Proteste von Sonnenfels und Joseph II. im Jahre 1776 abgeschafft. Die Todesstrafe durfte nur auf Veranlassung der Krone verhängt werden; in den letzten Jahren der Herrschaft Maria Theresias wurde sie immer seltener und seltener angewandt. Allerdings enthielt das Strafgesetzbuch, so modern es in vielem war, noch immer Paragraphen über Hexerei, Magie und ähnliches. Man unterschied aber immerhin bereits zwischen zwei Arten von Strafen — den einen, die als „Sühne und Abschreckung" verhängt wurden, und den anderen, deren Zweck es sein sollte, die Verbrecher „zu bessern und zu erziehen". Als Erziehungsmittel galten Gebet und vor allem Arbeit. Die Einführung von Spinn- und Webschulen in den Frauengefängnissen, der bald die Umwandlung von Gefängnissen in kleine, manchmal aber auch sehr große Manufakturbetriebe folgte, kam nach Meinung Maria Theresias sowohl den Gefangenen als auch der Staatskassa zugute — ganz zu schweigen von der neuen Manufaktur, die auf diese Weise schließlich willige und geschulte Arbeitskräfte erhielt.

Schule und Kirche, das waren zwei weitere Gebiete, in denen man stärker denn je die Hand des neuen Staates spürte. Die theresianische Schulpolitik gehört zu dem Besten, was Maria Theresia durchführte. Hier wurden zum erstenmal in der Geschichte Österreichs — und früher als in den meisten anderen Staaten Europas — namhafte staatliche Zuschüsse für Schulen zur Verfügung gestellt, Lehrer ausgebildet, Schulpläne aufgestellt — und zwar nicht nur für die oberen Schichten, sondern für die ganze Bevölkerung. Es gab noch keine allgemeine Schulpflicht, aber es wurde zum erstenmal ein weites Netz von Volksschulen geschaffen, die allen zugänglich und unentgeltlich waren. Hier spürt man am stärksten die Hand der beiden Fachleute für Kulturfragen im Kreis der Berater Maria Theresias, die Hand von Sonnenfels und van Swieten, die gleichzeitig neben Joseph II. am weitesten „links" in diesem Kreise standen. Neben den Volksschulen gab es Gewerbeschulen für einzelne Fächer — zum Beispiel für Textilbearbeitung —, die nicht nur unentgeltlich waren, sondern den Eltern eine gewisse Summe zahlten, damit sie ihre Kinder hinschicken könnten.

In der Zeit zwischen 1750 und 1770 entstand eine Reihe von Fachschulen, unter ihnen eine Bergbauakademie, technische Lehranstalten, landwirtschaftliche Fachschulen, eine Handelsakademie und mehrere Lehrerbildungsanstalten, darunter eine Schule für Lehrerinnen — die erste dieser Art in Europa. Überhaupt wurde das österreichische Schulsystem zu dieser Zeit allgemein als vorbildlich betrachtet.

Die Reform der Universität Wien war ein Werk van Swietens. Hier hatte Maria Theresias fortschrittlichster Minister die Möglichkeit, jenen Schultyp zu schaffen, der den Forderungen seiner Zeit entsprach. Die Wiener Universität war lange Zeit hindurch von Jesuiten geleitet worden. Der Jesuitenorden wurde unter dem Druck der Regierungen vor allem Spaniens und Frankreichs 1773 vom Papst aufgehoben, und die Wiener Universität kam unter staatliche Verwaltung. Van Swieten schuf nun eine Lehranstalt, in der zum erstenmal das Hauptgewicht auf die naturwissenschaftlichen Fächer gelegt wurde, während in den von der Kirche geleiteten Schulen Theologie, Philosophie, Jus und das Studium

von Latein und Griechisch die Hauptrolle gespielt hatten und auch bei Wissenschaften, wie Medizin, das Studium viel mehr auf Überlieferung und abstrakt-philosophische Schlußfolgerung aufgebaut war als auf Beobachtung und Deduktion.

Van Swieten begann mit der Reform des Medizinstudiums, dem Chemie, Botanik und Chirurgie eingefügt wurden; der Anatomie wurde eine weit größere Rolle eingeräumt als bisher und Obduktion, Beobachtung und Arbeit in den Spitälern wurde den Studenten zur Pflicht gemacht. 1752 wurden die philosophische und die theologische Fakultät reorganisiert. Die philosophische Fakultät lehrte Physik, Philosophie, Naturgeschichte und Ethik, die theologische sollte ebenfalls „wissenschaftliches Denken" vermitteln. In die juridische Ausbildung wurde 1753 das Naturrecht eingeführt, die Rechtstheorie der Reformer, in der zum erstenmal von Rechten der Allgemeinheit und Pflichten des Souveräns gegenüber dieser Allgemeinheit gesprochen wurde.

Gleichzeitig mit der Universität gingen auch viele Gymnasien in weltliche Hände über. Diejenigen, die weiter von religiösen Orden geleitet wurden, mußten den staatlichen Lehrplan annehmen. Dieser Plan war nach den gleichen Grundsätzen aufgebaut wie der der Universität. Das Ziel des Lernens war nach der Meinung van Swietens und der anderen Reformer nicht, Wissen schlechthin zu vermitteln, „reines" Wissen, das in keiner Beziehung zu der gegenwärtigen Gesellschaft und ihren Bedürfnissen stand, sondern durch die wissenschaftliche Ausbildung Menschen zu schaffen, die der Wirtschaft, dem Staat, der „menschlichen Gesellschaft überhaupt", wie die Reformer sagten, in ihrer Entwicklung helfen sollten. Die Gymnasien und die Universitäten hatten die Aufgabe, gute und selbständige Beamte, Lehrer, Ärzte heranzubilden, die durch ihre Arbeit „die Wohlfahrt der Staatsbevölkerung" sichern und den Staat überhaupt zu dem idealen Organ dieser Wohlfahrt machen sollten. Die Naturwissenschaftler und Techniker sowie die Absolventen der Handelsakademien sollten in die Lage versetzt werden, „die Ressourcen des Landes zu entwickeln", wie Hörnigk sich einmal ausgedrückt hatte, und aus ihm ein reiches, blühendes, nach modernen Methoden arbeitendes Gemeinwesen zu machen.

Dabei dachte wieder Maria Theresia mehr an die Stärkung und Sicherung der Dynastie, van Swieten, Sonnenfels und auch Joseph II. mehr an die menschliche Gesellschaft überhaupt; die Form des absolutistischen Staates erschien ihnen als die dafür geeignetste — aber nicht als Selbstzweck und nicht für alle Zeiten.

Um diese grundsätzliche Änderung der Erziehung gab es damals erbitterte Diskussionen, und dann, unter Joseph II., als das politische Schrifttum und die Tagesliteratur überhaupt fast von allen Zensurfesseln befreit und zu Kritik ermutigt wurde, auch scharfe Polemiken, die eine ganze Flut von Pamphleten und Büchern hervorbrachten. Man warf den Reformern insbesondere von kirchlicher Seite vor, sie engten das Denken ein, erniedrigten durch ihren „Utilitarismus" die reine Wissenschaft zu einer „Magd des Staates" und würden bald das österreichische Geistesleben und die österreichische Wissenschaft ganz vernichten. Tatsächlich trat genau das Gegenteil ein. Österreich, das auf dem Gebiet der Wissenschaft und Kunst in Europa eine zweitrangige Stellung eingenommen hatte, rückte fast mit einem Schlag in die erste Reihe vor. Die von van Swieten reformierte medizinische Fakultät brachte bald Gelehrte von Weltruf hervor, wie Auenbrugger, den Erfinder der Perkussion, und — kaum ein Menschenalter später — den ersten Arzt, der Asepsis anwandte, den Wegweiser der modernen Bakteriologie — Semmelweis; Hebra, Skoda, Rokitansky und andere Begründer und Vertreter der berühmten Wiener medizinischen Schule. Obwohl die übrigen Naturwissenschaften nicht einen so sichtbaren Aufschwung nahmen wie die Medizin, gab es auch hier eine starke Vorwärtsentwicklung, große Leistungen auf dem Gebiet der Chemie, der Physik und der Botanik. Die technischen Leistungen Österreichs zu Beginn des 19. Jahrhunderts, wie die Erfindung der Schiffsschraube durch Ressel, die Erfindungen der Nähmaschine, der Schreibmaschine, der Zündhölzer und vieler anderer Dinge, kamen zwar nach der Epoche van Swietens, hatten aber ihre Wurzeln in ihr, denn die großen Wissenschaftler und Erfinder im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts hatten auf den neuen Schulen und Universitäten van Swietens arbeiten und denken gelernt.

Der „Utilitarismus" der Reformer hinderte trotz der Prophezeiungen ihrer Gegner keineswegs die Entwicklung auch von Wissenschaften, die durchaus nicht unmittelbar „nützlich" waren — Archäologie, Philologie, Geschichte u. a. m.

Ganz „unnütz" vom Gesichtspunkt des „engen Beamtenstaates", der „utilitaristischen" Kulturpolitik, wie ihre Gegner sie sahen, und darum zum Untergang bestimmt, hätte die Musik sein müssen — und doch begann in der theresianisch-josefinischen Epoche ihre größte Blüte.

Über dieser Zeit leuchten die großen Namen Haydn und Mozart, kurze Zeit später strahlt das glühende Licht Beethoven auf und wieder etwas später folgt Schubert. Ist es ein Zufall, daß ihre Werke gerade zu einer Zeit entstanden, als angeblich die Kunst am unfreiesten war, in einem Land, das angeblich für die Kunst keinen Platz fand und sich nur für Bergwerke, Webstühle und Dorfschullehrer interessierte? Daß ihre Vertreter nicht nur nicht daran dachten, das Land, das sie doch „einengen" mußte, zu verlassen, sondern, wie Beethoven, dort erst Freiheit und Arbeitsmöglichkeit fanden? Oder war es nicht vielmehr so, daß die Ideenwelt, die die Forderung nach einer Wissenschaft „für die Wohlfahrt der Allgemeinheit" hervorbrachte, die Ideenwelt einer neuen Zeit war, die über Europa heraufdämmerte — der gleichen Zeit, die in „Figaros Hochzeit" und in der „Zauberflöte", in der „Eroica" und in der „IX. Symphonie" ihre Sprache und ihren Ausdruck fand? Die Ideenwelt einer neuen Gesellschaft, als deren Geburtshelfer sich die Reformer betrachteten, die die Musik und die Kunst überhaupt aus den Fesseln der Vergangenheit befreite und sie aus dem Eigentum einer kleinen Schicht, die ihre Hausorchester und ihre Bibliotheken besaß und oft als Spielzeug betrachtete, zum Eigentum der ganzen Nation machte? Haydn brauchte noch einen adeligen Mäzen, um vor wenigen erlesenen Zuhörern spielen zu können, Mozart sprach bereits zu Tausenden, Beethoven zu Zehntausenden. Ein Künstler arbeitet nicht um der „reinen Kunst" willen, für die Schreibtischlade, er will zu Menschen sprechen. Und die neue Zeit, in deren Auftrag die Reformer handelten, gab den Künstlern diese Menschen, diese neuen Zuhörer, die früher nicht die Zeit und nicht das

Wissen gehabt hatten, um Kunst zu verstehen, um Musik zu genießen.

Die Entwicklung auf dem Gebiet der Literatur trat nicht so unmittelbar in Erscheinung. 1764 wurde die Theaterzensur teilweise, 1781 (schon unter Josephs Alleinherrschaft) die Bücher- und Zeitschriftenzensur fast ganz aufgehoben. Die Zensur, die ursprünglich von der Kirche geübt worden war, ging schon unter Maria Theresia in die Hände des Staates über. Van Swieten, der Oberzensor, war für die Abschaffung der Zensur überhaupt, und als Maria Theresia sich dem entschieden widersetzte, handhabte er sie so milde wie möglich, nach dem Grundsatz: „Nur anstößige oder bewußt aufreizende und beleidigende Schriften sollen verboten werden." Aber formal galt noch immer die Vorschrift, daß Druckwerke, die die päpstliche Zensurstelle als „religionsfeindlich" oder „schädlich" bezeichnete, nicht gedruckt und vertrieben werden durften — und darunter fielen zum Beispiel so ziemlich alle Schriften der Aufklärer, von Rousseau bis zu den englischen Nationalökonomen. Das bedeutete zum Beispiel, daß die österreichische Intelligenz noch immer von vielen Werken des Auslandes abgeschlossen war (unter Maria Theresia gab es noch ein Importverbot für „schädliche" Bücher) und sie nur gelegentlich zu sehen bekam.

Als Joseph II. die Zensur aufhob und praktisch völlige Pressefreiheit einführte (mit der echt aufklärerischen Begründung, es sei die Aufgabe der Monarchen, die öffentliche Kritik zu entwickeln und zu ermutigen, weil er nur auf diese Weise lernen könne, ob seine Maßnahmen gut oder schlecht seien), gab es zunächst ein Chaos. Der Damm war gebrochen und eine wilde Flut von Broschüren aller Art ergoß sich über Österreich. Man schrieb über alles, behandelte und kritisierte alles — Wichtiges und Unwichtiges nebeneinander, ernste Kritik mischte sich mit oberflächlichem Tratsch, gute künstlerische Darstellung mit lächerlicher Sensationsliteratur. Joseph und Sonnenfels beklagten sich entsetzt über das Niveau dieser neuen Literatur — nicht mit Unrecht, denn vieles von dem, was nun erschien, war formal und oft auch inhaltlich unter aller Kritik. Über Mangel an Interesse und Aktivität jedoch konnten sie sich nicht beklagen. Es erschienen sofort an die zwei Dutzend Schriften mit dem Thema „Über die Begräbnisse", mehr als zwanzig Bücher und Broschüren zum Problem „Stubenmädchen", wobei vor allem zwei Fragen behandelt wurden: „Woher kommt es, daß die Mädchen so reizend und gefährlich geworden sind?" und die viel ernstere: „Woher kommt es, daß fast alle diese Mädchen Buhlerinnen sind oder werden?" Es gab Schriften über den Adel, die Mode, die Getränkesteuer, die Pensionen, die Irrenpflege, den Mißbrauch des Wortes „Euer Gnaden", über Wallfahrten, geistliche Orden, den Papst, Kritik an Predigten, Kritik an Joseph und an Sonnenfels, Broschüren über Wirte, Kellner, Betschwestern, die Wiener und ihre Schwächen, den Wucher, die Bordelle, den Aberglauben, Glücksspiele und vieles andere. Oft war es so, daß zunächst eine Schrift, sagen wir mit einer Kritik des Adels oder des Papstes erschien und dann ein halbes Dutzend zur Verteidigung des Adels und des Papstes auftauchte, dem wieder ein Dutzend Angriffe auf die Verteidigung folgte und so weiter.

Wie man sieht, behandelten die Broschüren ungefähr alle Themen, die auch anderswo zur Diskussion standen, denn die Abhandlung über den Gebrauch des Wortes „von" oder „Euer Gnaden" war in Wirklichkeit eine Abhandlung über den Adel und seine Stellung; die über den Papst oder die Predigten beschäftigte sich mit der Kirche und setzte sich mit ihrer Philosophie auseinander; und die Schriften über die Dienstmädchen rollten ein sehr ernstes Problem, nämlich das der Prostitution und ihrer Wurzeln, auf. Der Form nach waren diese Pamphlete allerdings alles andere als seriös. Die Konservativen, die bei der Aufhebung der Zensur Zeter und Mordio geschrien hatten, ergriffen nun die Gelegenheit, um triumphierend darauf hinzuweisen, was herauskommt, „wenn man den Ungebildeten die Freiheit des Wortes gibt", und Joseph und Sonnenfels ließen sich in dieser Hinsicht beeinflussen und stimmten in die Klagelieder mit ein. Gleich vielen anderen Reformern ihrer Zeit hatten sie erwartet, daß die neue Wirklichkeit, die sie erwecken halfen, viel zahmer und kultivierter auftreten würde, als sie es dann tat. Ver-

mutlich nahmen sie an, daß Hinz und Kunz, Gevatter Schuster und Schneider — oder besser gesagt, ihre Vertreter, die sich nun zu Worte meldeten — in rousseauschem Stil, mit hörnigkscher Klarheit zu schreiben beginnen würden, in der Sprache der kleinen Gruppe der neuen Philosophen und Ökonomen, die gelernt hatten, Wesentliches von Unwesentlichem zu trennen, statt in der noch wirren und primitiven Sprache von Hunderttausenden, die zum erstenmal selbst ihre Gedanken und Forderungen darlegen konnten. Sie begriffen nicht, daß das junge Bürgertum, dem sie das Wort gegeben hatten, noch stürmisch und grob, rauh und unerfahren war — ebensowenig begriffen dies ihre Kollegen auf der anderen Seite, die gemäßigten Führer der amerikanischen und Französischen Revolution. Gleich Joseph und Sonnenfels seufzten auch Lafayette und George Washington in Amerika, Desmoulins und Saint-Just in Frankreich über die ,,oberflächliche" und ,,unzivilisierte" Broschürenflut, die diese Revolutionen entfesselten. Wie Joseph waren sie entsetzt, wenn die nun befreiten Menschen nicht von den geheiligten Prinzipien der Revolution sprachen, sondern von dem Brot und dem Wein, die ihnen die neue Zeit bringen sollte.

Immerhin hatte Josephs und Sonnenfels' Enttäuschung keine schwerwiegenderen Folgen als die Festsetzung einer kleinen Gebühr für die Druckbewilligung und entrüstete Strafpredigten in den dem Reformerkreis nahestehenden Zeitschriften, vor allem in Sonnenfels' eigenem Organ, dem ,,Mann ohne Vorurteile", einer Zeitschrift, die hoch über das allgemeine Niveau der österreichischen Publizistik hinausragte. Und sehr bald begann sich aus dem noch wilden Chaos der neuen Diskussion eine viel ernsthaftere Publizistik und Literatur herauszukristallisieren. Neben Sonnenfels' ,,Mann ohne Vorurteile" erschienen die Zeitschriften ,,Die Welt" und ,,Der österreichische Patriot", die Klemm und Heufeld herausgaben. Ende des Jahrhunderts gab es in Österreich schon einige recht bedeutende Schriftsteller, wie Alois Blumauer, Josef Ratschky, Johannes Alxinger, die Dramatiker Gebler, Ayrenhoff und Heufeld. Die Werke der neuen österreichischen Schriftsteller, die neuen Zeitschriften waren kämpferisch, sie

beschäftigten sich mit politischen, philosophischen und kulturpolitischen Fragen, versuchten bewußt eine neue nationale Literatur zu entwickeln — sie fühlten sich als Vertreter des Fortschritts, der ,,Aufklärung". Diese neue geistige und literarische Richtung, in der der Schriftsteller sich als Erzieher des Volks betrachtete, als Vertreter der Grundsätze der Freiheit und der Gleichheit, des Glaubens an die Entwicklungsfähigkeit des Menschen und der Verpflichtung der Intelligenz, für diese Entwicklung zu arbeiten und zu kämpfen, erhielt in Österreich bald eine neue Bezeichnung — die des ,,Josefinismus". Und als Vertreter und Sprecher des ,,Josefinismus" traten kaum 20 Jahre nach dem Tode Josephs Männer in den Vordergrund, die nun der österreichischen Literatur ihr Gesicht gaben — Grillparzer, Lenau, Hormayr, Bauernfeld, Nestroy und andere.

Natürlich ist diese Entwicklung nicht von einzelnen ,,gemacht" worden. Joseph, van Swieten, Sonnenfels haben durch ihre Maßnahmen die neue bürgerliche und nun bewußt nationale Kultur Österreichs ebensowenig ,,gemacht", wie sie die wirtschaftliche Entwicklung ,,gemacht" haben. Die bürgerliche Kultur entwickelte sich, weil das Bürgertum sich entwickelte und eine selbständige Kraft wurde. Aber das große, unsterbliche Verdienst Josephs und seines Kreises liegt darin, daß sie die Kraft des Staates einsetzten, um dieser Entwicklung zum Durchbruch zu verhelfen, daß sie Hindernisse beseitigten, die das Wachstum der neuen Kultur hemmten, und oft selbst Maßnahmen ergriffen, um dieses Wachstum zu beschleunigen. Das neue österreichische Drama, das bürgerliche Theater, das nur in deutscher Sprache spielte und bewußt Themen behandelte, die ,,den Bürger erziehen und erheben sollten", wäre auch ohne Joseph und Sonnenfels entstanden. Aber dadurch, daß Joseph die Einrichtung des deutschsprachigen Nationaltheaters schuf, daß das Burgtheater, das Theater am Kärntnertor und andere Bühnen nun vom Staate unterstützt wurden und den neuen Schriftstellern, den neuen Schauspielern offenstanden, gab er dem nationalen Drama die Möglichkeit, sich ohne allzu große Schwierigkeiten zu entwickeln und vor die Öffentlichkeit

zu treten. Die Gedanken der neuen Aufklärung und alles, was auf ihrer Grundlage entstand, mußten nun nicht illegal, unterirdisch und in einem durch diese äußeren Schwierigkeiten beschränkten Kreis verbreitet werden, sondern die Regierung selbst sprach sie aus, förderte, verbreitete sie und arbeitete an ihrem Ausbau mit. Sie wurden viel rascher zum Eigentum der Allgemeinheit, beeinflußten das geistige und materielle Leben des ganzen Landes viel stärker, als es sonst der Fall gewesen wäre. Joseph „machte" nicht das neue Österreich, aber er hob es aus der Taufe.

WIRTSCHAFTSPOLITIK UND WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Der Grundsatz der Merkantilisten war noch immer in Geltung: Jener Staat ist der stärkste und glücklichste, der seine Wirtschaft und Produktion entwickelt, nichts unversucht läßt, um Industrie und Ackerbau zu heben. Der Kreis um Maria Theresia, sie selbst und Joseph II. waren Anhänger des Merkantilismus. Joseph bezeichnete einmal Hörnigk als „meinen großen Lehrmeister". Sie gingen daran, die Grundsätze der Merkantilisten zu verwirklichen, in manchen Dingen gingen sie darüber hinaus.

Auf dem Gebiet der Wirtschaft war der Unterschied zwischen der theresianischen und der josefinischen Politik am geringsten. Darum soll hier die Wirtschaftspolitik Maria Theresias und Josephs gemeinsam behandelt werden.

Das Ziel der Politik der Krone war klar — Schaffung und Entwicklung der Manufaktur. Das war keine Neuheit, nur war es bisher nicht konsequent und energisch durchgeführt worden. Es gab Fabriken, aber nicht genug, es wurde produziert, aber keineswegs immer nach den neuesten und besten Methoden. Es gab noch allzu viele Einschränkungen, zu wenig direkte Unterstützung durch den Staat.

Die Wirtschaftspolitik der Krone hatte zwei Hauptlinien: erstens direkte Unterstützung der wirtschaftlichen, vor allem

der industriellen Entwicklung — nicht so sehr mit Geldmitteln (davon kam die Krone seit den Siebzigerjahren immer mehr und mehr ab) als durch die Schaffung von Voraussetzungen für diese Entwicklung, zweitens Beseitigung der Hindernisse, die der wirtschaftlichen Entwicklung im Wege standen.

Die junge österreichische Industrie litt noch immer unter Menschenmangel und Kapitalmangel. Es gab nicht genug Fabrikanten, nicht genug Arbeiter, Techniker, Zeichner. Die Krone hatte hier und da schon früher versucht, fremde Arbeiter und Kapitalisten ins Land zu holen, die Versuche reichten aber nie sehr weit. Seit 1749 gab es in dieser Hinsicht ein viel energischeres Vorgehen. Damals wurde ein Regierungsedikt erlassen, in dem „alle Fremden, von welcher Nation sie auch sein mögen", aufgefordert wurden, sich in Österreich niederzulassen. Steuerfreiheit, Religionsfreiheit und eine Reihe anderer Vergünstigungen wurden ihnen garantiert. Die Regierung hob viele Zunftverordnungen auf, die dem Zuzug von Fremden im Wege standen und ihnen die Arbeit erschwerten. Auch der Kommunalgesetzgebung ging es nicht besser, wenn sie der Zuwanderung und der Entwicklung der neuen Fabrikantenschicht im Wege stand. Alle Gesetze, die den Zuzug von Fremden beschränkten, ihnen erst nach einer langen Wartefrist und für viel Geld die Bürgerschaft gaben, flogen zum Fenster hinaus. Selbst solche Verordnungen, die Zugewanderten nur mit gewissen Einschränkungen erlaubten, Grundbesitz zu erwerben, wurden ohne Diskussion abgeschafft. Schließlich fiel der Notwendigkeit, neue Menschen ins Land zu bringen, auch die bevorrechtigte Stellung des Katholizismus zum Opfer. Das Toleranzedikt Josephs II., durch das alle heute anerkannten Religionen gleichgestellt und die Religion ausdrücklich als Privatsache jedes Menschen erklärt wurden, entsprang zwar der bürgerlichen Philosophie des Aufklärertums, aber es beseitigte auch für Österreich eines der Hindernisse der Einwanderung.

Doch die Einwanderung war nicht alles. Deshalb ging der Staat dazu über, Techniker und Arbeiter heranzubilden. Neben den bereits erwähnten neuen Schulen entstanden zahlreiche staatliche Forschungskommissionen und technische Lehran-

stalten. In Waisenhäusern, in Gefängnissen, ja sogar in Siechenhäusern wurde Spinnen, Weben, die Handhabung der neuen Maschinen, technisches Zeichnen, Musterzeichnen gelehrt. Der Staat setzte Stipendien aus und gab Arbeitern und Handwerkern, die neue Verfahren erfanden oder neue Industrien einrichteten, Prämien. Die Ausschreibung von technischen Wettbewerben wurde zu einer häufigen Erscheinung.

Diese Politik hatte allerdings eine Schattenseite. Die Krone förderte nicht nur die Frauenarbeit — Maria Theresia erklärte wiederholt, daß die ,,wohlfeile Textilerzeugung" nur aufblühen könnte, wenn auch ,,Weibspersonen" mitarbeiteten —, sondern auch die Kinderarbeit. Es ging um die ,,Entwicklung des Handwerksfleißes", nicht darum, unter welchen Bedingungen die Träger dieses ,,Fleißes" arbeiten mußten. So wurde es seit den Siebzigerjahren keine Seltenheit, daß ganze Weberfamilien tagaus, tagein bis tief in die Nacht arbeiteten — einschließlich der Kinder unter zehn Jahren. So entstanden damals ,,Hinterzimmer-Werkstätten", in denen Frauen und Kinder unter furchtbaren hygienischen Bedingungen für einige Kreuzer 10 und 12, ja oft 14 und 16 Stunden arbeiteten.

Um Lohnpolitik, um die Verhältnisse, unter denen die neuen Arbeiter lebten, kümmerte sich die Regierung im allgemeinen nicht. Hier und da griff sie allerdings auch auf diesem Gebiet ein, wenn die allzu geschäftstüchtigen Fabrikanten die Ausbeutung so weit trieben, daß die Ergebnisse den Zielen der Krone entgegenwirkten. So verbot der Industriefachmann der Krone, Sinzendorf, 1753 den Glasfabrikanten, die Löhne der Glasarbeiter zu sehr zu drücken, weil die Arbeiter auszuwandern begannen; er stellte fest, daß ,,die Ursachen der Auswanderung der Glasarbeiter nicht im Mangel an Arbeit liegen, sondern daran, daß sie zu Sklaven ihrer Herren gemacht werden und ihnen von den Glasmeistern die schlechtesten Lebensmittel zu den teuersten Preisen verkauft werden". (Das sogenannte Trucksystem, das die Arbeiter zwang, einen Teil ihres Arbeitslohnes in Lebensmitteln und Waren zu nehmen, die ihnen der Fabrikant zu oft sehr hohen Preisen lieferte, war damals schon in vielen Fabriken Österreichs in Anwendung.)

Viel häufiger als in die Rechte und Freiheiten der Fabrikanten griff die Krone in die Rechte der Grundherren ein, wenn ihre Privilegien der industriellen Entwicklung im Wege standen. In vielen Teilen Böhmens und Mährens wurden die Textil- und Glasarbeiter, soweit sie leibeigen waren, von der Robot befreit, weil sie durch die schwere Feldarbeit ,,das feine Gefühl für ihre Arbeit verloren hätten". Geldabgaben mußten sie bis zur Zeit Josephs II. allerdings unbeschränkt zahlen. Ganz schlecht ging es jenen Zünften, die noch immer ihren Mitgliedern vorzuschreiben versuchten, wieviel Gesellen sie beschäftigen, wieviel Webstühle oder andere technische Einrichtungen sie aufstellen durften. Alle diese Einschränkungen wurden verboten, jeder Meister, jeder Geselle erhielt die Erlaubnis, soviel Maschinen aufzustellen und soviel Arbeiter zu beschäftigen, wie er wollte. Die Pflicht zur Mitgliedschaft in den Zünften wurde aufgehoben.

Die Krone erließ Auswanderungsverbote für Facharbeiter, schickte aber gleichzeitig begabte Techniker auf ihre Kosten ins Ausland, um dort zu lernen. Die Ausfuhr wichtiger Rohstoffe, wie Flachs, Kupfer, Messing, Eisen, Zinn, Garn, Schafwolle, wurde untersagt, hingegen die Ausfuhr von Fertigwaren prämiiert. Neue Industrien erhielten Steuerfreiheit und eine Zeitlang direkte Geldunterstützungen. Um ,,Handel und Verkehr zu erleichtern", wurden einheitliche Maße und Gewichte für das ganze Land festgesetzt. Eine der wichtigsten Hilfsmaßnahmen für die Wirtschaft war die Einführung eines einheitlichen Währungssystems an Stelle der zehn oder zwölf Münzsorten, die es im Lande früher gab. Die einzigen österreichischen Münzen, die im Lande kursieren durften, waren nun der Gulden und der Taler (ein Gulden = zwei Taler). 1762 wurde Papiergeld eingeführt. Neben dem Bau von Straßen und der Regulierung von Flüssen (damals wurde eine Reihe von Engen und Verkehrsstörungen an der Donau durch Sprengung und Flußregulierung beseitigt) wurden auch der Hafen von Triest und die Verbindungswege nach Triest ständig ausgebaut. Die Zahl der Schiffe, die Triest anliefen, betrug schließlich 3000 im Jahr. Um den Außenhandel zu fördern, schloß die Krone Handelsverträge ab, vor allem mit den östlichen Staaten, die zu

einem immer wichtigeren Absatzgebiet für die neue österreichische Wirtschaft wurden, so Verträge mit der Türkei und mit Rußland sowie Vereinbarungen über gegenseitige Unterstützung im Levantehandel. Die dynastische Antipathie gegen das republikanische Amerika (die übrigens bei Joseph II. nicht allzu groß war) ging nicht so weit, daß sie den Handel mit der neuen Republik behindert hätte; jedenfalls schloß Österreich 1785 einen Handelsvertrag mit Amerika ab. Der Hauptimportartikel aus Amerika und aus dem Nahen und Fernen Osten war Baumwolle für die neue Textilindustrie.

Als Kuriosum soll noch vermerkt werden, daß Österreich, das seit dem Experiment der Ostende-Kompagnie nicht mehr versuchte, Kolonialpolitik zu betreiben, dennoch eine Art eigener Kolonie hatte, wenn auch nur vorübergehend und ohne davon viel Gebrauch zu machen. Die Kolonie war Kar-Nikobar im Indischen Ozean. (Die Inselgruppe der Nikobaren wurde 1778 von Kapitän Bennet für Österreich in Besitz genommen.) 1786 wurde eine ausgesprochene Industriebank, die Kommerzial-Leih- und Wechselbank, ins Leben gerufen. Der „Generalstab" der Wirtschaftspolitik war der Hofkommerzienrat, der 1752 gegründet wurde. Ihm gehörten neben den Ministern Sinzendorf und Kobenzl und dem Gatten Maria Theresias, Franz I., der ein ausgezeichneter Finanzfachmann war, eine Reihe von meist bürgerlichen oder kürzlich geadelten Fachleuten an. Der Hofkommerzienrat wurde mit dem Ziel gegründet, „der österreichischen Handlung eine neue Wendung zu geben".

Zur Wirtschaftspolitik der Krone gehörten noch zwei Dinge — ihre Agrar- und Siedlungspolitik.

Die Veränderungen in der Landwirtschaft, die sich in Österreich unter aktiver Teilnahme und oft geradezu unter Druck der Krone vollzogen, wurden von Otto Bauer „die Revolution des Klees" genannt. Bisher hatte man jedes Jahr ein Drittel des bebauten Bodens brachliegen lassen, um dem Land die Möglichkeit zu geben, sich „auszuruhen" — das heißt vor allem neue Kalisalze anzusammeln. In der Mitte des 18. Jahrhunderts fand man, daß gewisse Pflanzen, vor allem der Klee, dem Boden neue Nährstoffe zuführten und gleichzeitig als hochwertiges

Viehfutter zu gebrauchen waren. Damit entstand die Möglichkeit, das Vieh auch im Sommer vom Ertrag des Ackerlandes zu füttern, statt es auf die Weide zu treiben. Das neue System ermöglichte eine viel intensivere Ausnützung des Bodens. Die Weideflächen wurden zum Teil überflüssig, man konnte sie bebauen — sei es mit Getreide, sei es mit Erdäpfeln, deren Anbau in Österreich von Hörnigk eingeführt worden war, aber erst unter Maria Theresia seinen Aufschwung nahm. Das bedeutete eine wesentliche Erhöhung des Ernteertrages. Die Krone verlangte von den Bauern nun — zunächst mit dem Versprechen von Steuerbegünstigungen, dann unter Androhung von Strafen — die Abschaffung des „Brachland-Systems" und den Anbau von Klee. Diese Politik führte allerdings nicht nur zur Steigerung des Ernteertrages, sondern auch zur Aufteilung der bisherigen Weideflächen, die im allgemeinen der ganzen Gemeinde gehört hatten. Diese Aufteilung kam in manchen Fällen dem Grundbesitzer, in vielen Fällen den reichen Bauern zugute; arme Bauern und Häusler aber verloren dabei oft ihr letztes Recht — das Recht der Weidenützung. Was die Forstwirtschaft betrifft, so begann die Krone ihren Waldbesitz an Private — Industrielle, Grundherren, Besitzer der holzverarbeitenden Fabriken — zu verkaufen. Auch dies führte zwar einerseits zu einer Intensivierung der Holzverarbeitung, andererseits aber zu einer Einschränkung der Rechte der Bauern, die bisher die Möglichkeit gehabt hatten, Streu und Holz aus den Forsten zu holen. Die Politik der Krone förderte auch hier die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft.

Die Bauernbefreiung durch Joseph beschleunigte diesen Prozeß ebenfalls. Sie machte Millionen von Bauern frei, erleichterte ihr Leben, schützte sie gegenüber dem Grundherrn, machte aber gleichzeitig ihre Vertreibung vom Boden leichter. Der Bauer erhielt die Freizügigkeit, er konnte sich seinen Beruf wählen — das heißt, er konnte, wenn sein Leben zu schwer wurde, in die Stadt als Arbeiter gehen. Er konnte Grund und Boden erwerben, aber er konnte ihn auch, wenn er ihn besaß, verkaufen, und da er nun frei war, Schulden zu machen, konnte sein Besitz auch versteigert werden. Die Grundherren hatten

seit dem 16. Jahrhundert immer wieder versucht, den Bauern von seinem Boden zu vertreiben, weil die Entwicklung des Kapitalismus eine Bodenbewirtschaftung im großen Maßstab, das Ersetzen von Feldern durch Schafweiden usw. vorteilhafter machte. Das „Bauernlegen" war aber nur durch den Bruch alter Abkommen durchzuführen, und die Bauern konnten sich dagegen wehren und wehrten sich. Jetzt aber hatten der Grundherr, die Bank oder der private Fabrikant, der dem Bauern bald zu hohen Zinsen Geld borgte, oder der Staat, dem er schuldig bleiben mußte, die Möglichkeit, ihn von seinem Boden zu vertreiben. Und der Bauer brauchte nun viel mehr Geld, weil er das Recht auf Weide- und Forstbenützung verlor. Die Bauernbefreiung machte indirekt den Boden noch mehr zu einer Ware, als er es schon vorher gewesen war, und erleichterte die Entstehung von großen Landwirtschaftsbetrieben auf kapitalistischer Grundlage. In Österreich, wo die Stellung des Bauern verhältnismäßig stark war, wirkte sich dieser Prozeß nicht so kraß aus — aber in Ungarn, in Böhmen, in Slowenien und in anderen Teilen der Monarchie entstanden in der Folge wieder Riesengüter, diesmal auf kapitalistischer Grundlage.

Die Siedlungspolitik der Krone begann nicht in der theresianischen oder josefinischen Periode, verstärkte sich aber in dieser Zeit. Schon 1720 sah sich die Krone der Tatsache gegenüber, daß sie nach Eroberung der ehemals türkischen Territorien riesige Strecken Landes besaß, die entweder schwach oder gar nicht besiedelt waren. Dazu kam noch, daß Wirtschaft und Ackerbau in diesen Gebieten infolge der türkischen Raubbaupolitik schwach entwickelt oder zerstört waren. Es gab alle jene Berufe nicht, die nur in einer halbwegs entwickelten Wirtschaft entstehen konnten — keine oder nur wenige Handwerker, keine Kaufleute, keine Intelligenz. Große Strecken Landes waren versumpft, die alten Bewässerungsanlagen aus der vortürkischen Zeit verfallen und verwahrlost. Die neuen Gebiete brachten keinen Gewinn, ihre militärische Sicherung war schwierig und kostspielig, schon deshalb, weil Proviant, Munition und alles, was gebraucht wurde, durch fast unwegsames Gebiet herangebracht werden mußte. Unter normalen Umständen, das

heißt bei normalem Bevölkerungszuwachs, hätte es Jahrzehnte, vielleicht Jahrhunderte gedauert, bis die Folgen der Türkenherrschaft überwunden worden wären. Das alles traf vor allem für Siebenbürgen, das Banat und das nördliche Serbien zu. So beschloß die Krone, der Entwicklung nachzuhelfen und das Land künstlich zu bevölkern.

Die Besiedlungspolitik hatte ursprünglich nichts mit nationalen Fragen zu tun. Die Habsburger verfolgten zwei Ziele: die neuen Gebiete wirtschaftlich ertragreich, das heißt aus einem Defizitposten zu einer Steuereinnahmequelle zu machen und die ungeheure Belastung der Armee zu verringern durch die Schaffung von Formationen, die selbst die Grenzen des Landes verteidigen konnten.

Die militärische Frage wurde auf eine verhältnismäßig einfache Art gelöst — durch die Bildung oder Erweiterung der sogenannten Militärgrenze. Damit hatte man schon Ende des 16. Jahrhunderts in Kroatien und in der Krain begonnen. Die Militärgrenze war ein Siedlungsgürtel von bäuerlichen Milizsoldaten, Einwohnern oder Angesiedelten, die Grund und Boden, Steuerfreiheit, Freiheit von Fronpflicht und gelegentlich auch Geldbeihilfen erhielten. Dafür waren sie verpflichtet, Waffen und Pferde zu besitzen und im Kriegsfalle ihr Territorium selbst zu verteidigen. Im Vergleich zu den Einwohnern anderer, weiter im Innern liegender Landesteile waren die Militärgrenzler eine privilegierte Schicht, sie hatten keine der Lasten zu tragen, die ihre Umwelt trug, genossen ein hohes Maß von Selbstverwaltung — meistens waren ihre gewählten Kommandanten auch in Friedenszeiten Bürgermeister oder Dorfälteste — und wurden von der Krone gegen die Zugriffe des Adels und später der Monopolisten immer wieder geschützt.

Die ersten Militärgrenzler waren vor allem Kroaten, und es ist kein Zufall, daß die Kroaten, die später in der Armee eigene Regimenter erhielten und auch an anderen Fronten kämpften, bis ins späte 19. Jahrhundert zu den ergebensten Anhängern der Krone zählten, ihre besten Soldaten waren. Sie zeichneten sich in den Österreichischen Erbfolgekriegen und im Siebenjährigen Krieg durch besondere Bravour aus.

Im Verlauf des 18. Jahrhunderts dehnte sich die Militärgrenze weiter nach dem Osten und Südosten aus. Unter Karl VI. und dann unter Maria Theresia und Joseph II. wurde die slawonische, die Banater und schließlich die siebenbürgische Militärgrenze geschaffen, die die Habsburgergebiete mit einem festen Gürtel umgaben. Auch hier wurde keine Nation besonders bevorzugt, man nahm alle, die bereit waren, Grenzler zu werden, vor allem aber seit Prinz Eugens Zeiten Serben und andere griechisch-orthodoxe und griechisch-katholische Gruppen, die in der Türkenzeit entweder aus den türkischen Gebieten emigriert waren oder in den Kämpfen mit den Armeen der Monarchie zusammengearbeitet hatten. Von der Million „Raizen" (Serben), die in der Zeit Maria Theresias im Königreich Ungarn lebten, war ein beträchtlicher Teil Militärgrenzler. Nur eine Nation schloß man stillschweigend aus — die Ungarn, von denen die Krone nicht mit Unrecht vermutete, daß sie nicht allzu verläßliche Verteidiger der Monarchie werden würden.

Ursprünglich waren die Militärgrenzler nur Bauern, aber in dem Maße, wie Kriege seltener und ihre militärische Beanspruchung geringer wurde, entwickelten sich ihre Siedlungen auf Grund ihrer privilegierten Stellung wirtschaftlich rascher als die des übrigen Landes. Ihre Landwirtschaft war besser und moderner, der Prozentsatz von Handwerkern, später Kaufleuten und Manufakturisten, größer. So konnte unter Maria Theresia der Hofkommerzienrat darauf hinweisen, daß die Million „Raizen" in Ungarn vor allem Träger des Handels und der Manufaktur waren. (Die gleiche Rolle als wirtschaftlich am weitesten entwickelte Nation ihrer Umgebung spielten übrigens auch die Kroaten.) Es war unvermeidlich, daß diese Differenzierung schließlich zu Spannungen führte — um so mehr, als sich bei allen in dem Gebiet lebenden Völkern ein Nationalbewußtsein zu entwickeln begann. Die Grenzserben und die Kroaten sahen auf die Ungarn herab und bezeichneten sie als faul, unfähig und primitiv, die Ungarn betrachteten die Slawen als Konkurrenten und als Agenten der Habsburger in ihrer Mitte.

Die Militärgrenze jedoch war noch nicht die wirkliche Besiedlung. Diese Besiedlung begann unter Karl VI. mit den sogenannten „Schwabenzügen" und erreichte unter Joseph II. ihren Höhepunkt. Es ging der Krone nicht so sehr darum, die neuen Gebiete zu bevölkern — ganz menschenleer waren sie ja nicht —, sondern sie mit solchen Einwohnern zu bevölkern, die auf Grund ihrer Erfahrung, ihrer landwirtschaftlichen Schulung und ihrer technischen Kenntnisse in der Lage waren, die Wirtschaft dieser Gebiete rasch zu entwickeln.

Die Frage war: Woher sollte man diese Menschen nehmen? Die Einwohner des eigenen Landes wollte die Krone nicht gerne hergeben, denn die merkantilistische Anschauung, daß der größte Schatz jedes Landes fleißige und qualifizierte Einwohner seien, hatte sich damals bereits durchgesetzt. Außerdem ging es im allgemeinen den Einwohnern Österreichs nicht so schlecht, daß sie bereit gewesen wären, in ferne Länder auszuwandern.

Das nächstliegende war Deutschland, vor allem Süddeutschland. Hier gab es Einwohner, deren Lage so schlecht, deren Unterdrückung durch den Adel so schwer war, daß sie bereit waren, auch ins Feuerland zu wandern, wenn man ihnen dort Land, Nahrung und ein Minimum von Freiheit versprach. Sie hatten einen wirtschaftlichen und technischen Standard, landwirtschaftliche Kenntnisse und Erfahrungen, die auch die unbeschränkte Herrschaft des Feudaladels nicht ganz zerstören konnte. So begann die Krone ab 1718 Bauern und Handwerker aus Süddeutschland zur Einwanderung in die neuen Gebiete aufzufordern.

Der erste Zug von Schwaben, Rheinländern und Franken — daher der Name „Schwabenzug" — begann 1718. Die Krone hatte den neuen Siedlern zwar Steuerfreiheit und andere Privilegien versprochen, hatte sich aber sonst nicht viel um ihr Schicksal gekümmert. So kamen auf der Reise und in den ersten schweren Jahren in den Fiebergegenden Siebenbürgens und des Banat viele der 15000 neuen Siedler um. Aber die Not daheim war so drückend, daß einige Jahre später die Einwanderung von neuem begann.

Unter Maria Theresia wurde die Ansiedlung auf weit großzügigere Weise in Angriff genommen. Nun erhielten die Siedler,

die wieder aus Süddeutschland und dem von Kriegen verwüsteten Elsaß kamen (kleine Gruppen wanderten übrigens jetzt auch aus Vorarlberg, der Slowakei und Böhmen aus), schon Verpflegung für die Reise sowie Bauholz, Werkzeuge und Vieh. Diese Züge, die ebenfalls ins Banat und nach Siebenbürgen gingen, waren daher auch weit erfolgreicher. Die größte Siedlerwelle jedoch kam unter Joseph II. Neben materieller Hilfe, Steuerfreiheit, Erblichkeit ihres neuen Besitzes erhielten die Siedler auch Religionsfreiheit — etwas, was noch immer eine gewichtige Rolle spielte. Zu den Siedlern aus Deutschland kamen nun auch Siedler aus Schlesien hinzu, die dem Regiment des friderizianischen Preußen entgehen wollten. Außer nach dem Banat und Siebenbürgen gingen sie nun auch nach Galizien, das inzwischen durch die Teilung Polens an Österreich gefallen war. Wie groß die Zahl der Ansiedler war, geht aus der Tatsache hervor, daß 1790 allein in Südungarn 80000 Siedler lebten.

Doch mit dieser Siedlungspolitik der Krone, so großzügig sie auch zunächst die wirtschaftliche Entwicklung der Länder beeinflußte, wurde ein neues Element der Zersetzung in das Gefüge der Monarchie getragen. Die „deutsche Besiedlung" führte bald zu schweren Differenzen in den Ländern selbst, wurde rasch zur verhaßten und bekämpften „Germanisierung".

Es wäre oberflächlich, zu sagen, wie es die Verherrlicher des „Deutschtums" tun, daß die „Tüchtigkeit" und der Fleiß der neuen Siedler ihnen eine überlegene Position gegenüber der übrigen Bevölkerung gaben. Die Deutschen waren nicht mehr und nicht weniger tüchtig als Rumänen, Serben, Ruthenen, Ungarn, als die übrigen Einwohner der Siedlungsgebiete. Aber sie hatten ihnen etwas Wesentliches voraus — zweihundert Jahre Freiheit von Türkenherrschaft, zweihundert Jahre Entwicklung in einem frühkapitalistischen Europa, das ihnen trotz allem neue Fertigkeiten, neues Wissen, einen neuen Horizont gegeben hatte. Für sie war Lesenkönnen zumindest nichts Ungewöhnliches, ein modernes Werkzeug, ein Webstuhl kein Wunderding, die zweckmäßige moderne Bewirtschaftung eines Feldes nichts Unbekanntes. Und sie kamen in die elenden, verarmten Gebiete mit Hilfsmitteln, von denen die Einwohner

etwa des Banat nicht einmal träumen konnten. Sie erhielten Kühe und Pferde, während die anderen schon froh waren, wenn sie ein paar magere Schafe besaßen, Material zum Bau von Holzhäusern, während die anderen in Erdhöhlen wohnten, moderne Ackergeräte, während die anderen die Felder noch mit Holzpflügen bearbeiteten. Sie waren frei — und die anderen leibeigen. Es war selbstverständlich, daß in kurzer Zeit die deutschen Siedlungen zu Inseln des Wohlstandes in dem sie umgebenden Land wurden. Das allein hätte schon ausgereicht, um Spannungen und Zwietracht zu schaffen, aber es gab noch andere Ursachen.

Mit den Einwanderern kamen nicht nur Bauern und Handwerker ins Land, sondern auch Händler und Fabrikanten. Die Krone hatte von 1750 an besonders die Einwanderung von Händlern, Fabrikanten, Meistern mit einem kleinen Kapital ermutigt. Joseph II. verlangte sogar von einem Teil der Einwanderer den Nachweis des Besitzes von einigen hundert Talern — damals eine große Summe. Mit den Einwanderern kam auch der Kapitalismus ins Land. Sie gründeten Werkstätten, Manufakturen, kleine und größere Fabriken, in denen vor allem landwirtschaftliche Produkte (Wolle, Flachs) verarbeitet wurden, ferner Bierbrauereien, Schnapsbrennereien und ähnliches. Es war selbstverständlich, daß der Unternehmer ein Deutscher oder ein Österreicher war (während der josefinischen Siedlungszeit wanderten als Händler und Kapitalisten auch Österreicher in größerem Maße ein), die Arbeiter aber waren Rumänen, Serben, Ruthenen. Es war auch selbstverständlich, daß alle qualifizierten Arbeiten von den Einwanderern gemacht wurden, während die Einheimischen nur die primitivere und schlechter bezahlte Arbeit erhielten. Und als sich langsam auch in diesen Ländern ein eigenes Bürgertum zu entwickeln begann, das die Hand nach den Reichtümern seines Landes ausstreckte, stieß es überall auf die Fremden, die die wichtigsten Positionen besetzt hatten. Eine ähnliche Differenzierung gab es auf dem Lande. Die Einwanderer wurden bald zu Großbauern, die selbst fremde Arbeitskräfte beschäftigten; die Einheimischen, auf denen die Last ihrer technischen Rückständigkeit, die Last der

Steuern und die schwere Hand des Adels lagen, wurden, als sie endlich frei waren, zu armen Zwergbauern.

Und noch etwas kam hinzu. Die Krone neigte verständlicherweise dazu, sich politisch auf die fortgeschritteneren Einwanderer, welche eigene, von der übrigen Bevölkerung streng getrennte Gemeinschaften bildeten, zu stützen. Ihr Niveau war höher als das der Einheimischen, sie konnten schreiben und lesen, sie hatten Schulen, sie sprachen Deutsch, die Sprache der Zentralverwaltung in Wien — die langsam zur Verkehrssprache der ganzen Monarchie gemacht werden sollte. Sie waren das ideale Reservoir für den neuen Verwaltungsapparat der Länder. Es war am zweckmäßigsten, sich vor allem auf sie zu stützen — und in der josefinischen Periode war die Zweckmäßigkeit das ausschlaggebende Moment. Aber ihre Stellung als bevorzugte Gruppe, ihr an sich verständlicher Versuch, ihre Kultur, ihre Sprache den übrigen Einwohnern des Landes aufzuzwingen und alle, die nicht zu ihrer Gemeinschaft gehörten, von den politischen und wirtschaftlichen Schlüsselpositionen fernzuhalten, brachten sie in einen immer schärfer werdenden Konflikt mit den Völkern ihrer Siedlungsländer.

Die Siedlungs- und Militärgrenzenpolitik der Habsburger machte die österreichische Monarchie zu jenem buntscheckigen Flickwerk der Nationen, zu jenem oft chaotisch wirkenden Gebilde, in dem jedes Land andersnationale Gruppen, jede Minderheit in ihrer Mitte andere Minderheiten hatte. Sie schuf in jedem Land privilegierte und benachteiligte Gruppen, sie legte das Fundament zu vielen kommenden nationalen Konflikten und machte sie von vornherein fast unlösbar.

Die nationalen Konflikte, die auf diese Weise entstanden, begannen sich erst mit der Zeit auszuwirken. Noch spürte das österreichische Bürgertum nicht ernsthaft die Rivalität der jungen slawischen Völker. Anders jedoch war es mit dem ungarischen Volk.

Ab Mitte des 18. Jahrhunderts gibt es eine wirtschaftliche Politik gegenüber Ungarn, und zwar weit weniger von der Krone aus als vom neuen österreichischen Bürgertum, vom Hofkommerzienrat, von den Industriellen, von der Schicht, die, noch mit der Krone verbündet, den wirtschaftlichen Ausbau der Monarchie als ihre Sache betrachtete, als Mittel zu ihrer Bereicherung und ihrer Stärkung.

Sowie die Industrie eines Landes sich zu entwickeln und ein Netz von Fabriken es zu bedecken beginnt, entsteht die Frage der Rohstoffe. Gewisse Rohstoffe, die ein besonderes Klima brauchen, zum Beispiel Baumwolle, können nicht im Verarbeitungsland angebaut werden; andere, wie etwa Schafwolle, könnten zwar im Land selbst gewonnen werden — aber das ist unvorteilhaft. Um Schafe zu züchten, deren Wolle dann die neuen Fabriken zu Stoff verarbeiten, braucht man riesige Weideflächen, die nicht bebaut werden: das Schaf verdrängt, wie man sagt, das Feld. Es ist aber viel vorteilhafter und einträglicher, den Grund intensiv zu bebauen oder auf ihm eine Fabrik zu errichten, ja ihn selbst zu Wohnzwecken zu benützen. Das gleiche trifft für Flachs, für Holz, für viele andere Rohstoffe zu. Und noch etwas anderes spielt dabei eine Rolle. Jedes Land hat nur eine beschränkte Zahl arbeitsfähiger Menschen. Vom Gesichtspunkt eines werdenden Industrielandes aus ist es viel vorteilhafter, die Einwohner des eigenen Landes mit der komplizierteren, ertragreicheren Industriearbeit zu beschäftigen, die gewisse Kenntnisse und ein gewisses kulturelles Niveau erfordert. Der Mensch, der mit einem komplizierten Werkzeug arbeitet, leistet mehr, stellt mehr wertvolle Dinge her, zahlt mehr Steuern, kauft mehr Dinge, schafft, um mit der Sprache der damaligen Zeit zu sprechen, „mehr Wohlstand" als der Mann, der auf einer Grassteppe Schafe oder Kühe hütet. Schließlich wird es vom Gesichtspunkt des weiter entwickelten Landes, das heißt seiner wichtigsten neuen Schicht, des Bürgertums, auch unvorteilhaft, alle Lebensmittel im Lande selbst herzustellen — denn auch der Anbau von Getreide und die Aufzucht von Vieh sind weniger ertragreich als die industrielle Arbeit.

Die großen Länder am Atlantik — England, Frankreich — lösten die Frage verhältnismäßig einfach. Sie eroberten Gebiete jenseits des Ozeans und holten sich ihre Rohstoffe und Nahrungsmittel von dort. England bezog seine Baumwolle aus Indien und Amerika, Wolle, Fleisch und Butter aus dem eroberten

Irland. Frankreich holte seine Textilrohstoffe ebenfalls aus seinen amerikanischen Kolonien. Österreich hatte keine Kolonien erobert, dafür weite Landstriche von den Türken befreit. Was war natürlicher, als daß diese Ländereien die billigen Rohstoffe liefern sollten, die das eigentliche Österreich — zusammen mit Böhmen — dann verarbeiten konnte.

Das ging einige Zeit gut — dann trat ein Hindernis ein. Die Entwicklung des Kapitalismus, die Umstellung auf die neue Wirtschaft, ließ sich im Rahmen eines gemeinsamen Staates nicht auf den einen Teil desselben beschränken. Wenn auch das ungarische Bürgertum selbst noch nicht stark genug war, eine industrielle Entwicklung in die Wege zu leiten, Manufakturen zu schaffen, Fabriken zu bauen, so war es nicht zu vermeiden, daß österreichische Kontrakteure, die in Ungarn viel Geld verdient hatten, dort Fabriken zu gründen wünschten, daß auch der ungarische Adel sich in der neuen Methode, rasch Geld zu verdienen, versuchen wollte.

Aber an dieser Entwicklung war das österreichische Bürgertum nicht interessiert. Wenn auch Ungarn eine Manufaktur entwickelte — wer sollte dann die Schafe züchten, deren Wolle die österreichischen Fabriken brauchten, wer das Getreide anbauen, wer Schweine, Kühe, Gänse und Rinder für den österreichischen Tisch liefern? Und so gab es bereits seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine bewußte und planmäßige Verhinderung der Industrialisierung Ungarns.

Das war damals möglich, weil die Entwicklung der Industrie noch immer stark von der Hilfe des Staates abhing, der Staat andererseits auch die Möglichkeit hatte, durch Zölle, Verweigerung von Hilfe, von Facharbeitern und von Schulen sogar eine beginnende Entwicklung aufzuhalten. Und gerade das verlangte das österreichische Bürgertum von der Krone.

Die österreichische Wirtschaftsentwicklung wurde vom Staat und seinen Wirtschaftsorganen, vor allem dem Kommerzienrat, in gewissem Maße geplant. Und gerade die bürgerlichen Vertreter verlangten, daß der Plan danach angetan sei, das industrielle Wachstum Ungarns zu hemmen. Ungarn sollte Agrarland bleiben.

Maria Theresia wehrte sich gegen diese Politik eine Zeitlang, denn ihr lag der „wachsende Wohlstand", die erhöhte Steuerkraft des ganzen Imperiums, mehr am Herzen als die Wünsche einer nationalen Gruppe, auch wenn ihr schon durch Tradition und Verbundenheit diese österreichische Gruppe, die am weitesten entwickelt war, mehr als die anderen am Herzen lag.

Die antiungarische Tendenz in dieser Frage findet sich zunächst am klarsten in einem Schriftstück von Myging aus dem Jahre 1762, in dem es heißt:

„Das wahre Commerzialsystem bezüglich des Zusammenhangs der hungarischen und deutschen Erblande scheine darin zu bestehen, daß man trachte, so viel ... als geschehen könne, Hungarn an Volk und beglückten Untertanen, nicht aber an dem sich allda sehr ungleich verteilten Geld reich zu machen, sondern die Wohlfeilheit der Naturalien zu erhalten, daß solche für die österreichischen Lande erwünschte mehrere Population der Industrie und der Fabriken gleichsam eine beständige Nahrungsquelle sein möge."

1764 beschwerten sich die ungarischen Stände, weil das Land praktisch an keiner der staatlichen Hilfsmaßnahmen zur Verbesserung von „Handel und Verkehr" beteiligt wurde. Der Protest half nichts. Maria Theresia verlangte von ihren Wirtschaftsfachleuten Gutachten; die Gutachten erklärten einstimmig, daß die Begünstigungen, die „den deutschen Erblanden für Fabrikmaterialien und Artikel zugestanden werden", Ungarn, Siebenbürgen und Temesvar nur dann gegeben werden dürften, wenn den „deutschen Erblanden" durch die Errichtung gleicher Industrien „keine Einbuße entstehe". Da in Österreich so ziemlich alle denkbaren Industrien begründet worden waren, bedeutete das von der Krone angenommene Gutachten, daß Ungarn keine Hilfe bekam. Die Politik gegenüber Ungarn wurde 1768 in der Forderung ausgedrückt, „alles, was zur Pracht und Bequemlichkeit gehört, müsse ihnen von den übrigen Erblanden geliefert werden, sie hingegen müssen das Materiale dazu verschaffen".

Und das wurde auch durchgeführt. Die staatliche Politik gegenüber Ungarn bestand in einer ständigen, sehr energischen

Unterstützung des Ackerbaus und der Viehzucht — mit besonderem Gewicht auf die Herstellung der Rohstoffe für Österreich. Hanf- und Flachsbau, sogar die Zucht von Seidenraupen wurden durch Prämien gefördert, mazedonische Schafe und andere wertvolle und wollreiche Tiere importiert, für ihre Züchtung gab es Prämien, über ihre Behandlung wurden Lehrbücher in ungarischer und slowakischer Sprache von Staats wegen ausgeteilt — so ziemlich die einzigen Lehrbücher, die nach Ungarn gingen. Auch der Anbau von Farbkräutern wurde ermutigt. Schulen gab es so gut wie gar keine, nur in gewissen Teilen des Landes wurden — deutsche Schulen, vor allem für die Siedler, errichtet. Dafür wies man die Beamten an, dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung in „Ackerbau und Viehzucht" unterrichtet werde.

Trotzdem entwickelte sich ein wenig Industrie in Ungarn, und diese Tatsache wirkte in Wien, wie berichtet wird, „alarmierend". Maria Theresia wurde mit Vorträgen und Denkschriften, ja mit anonymen Broschüren überschwemmt, die hinwiesen, daß diese Entwicklung, wenn sie anhielte, die „deutschen Erblande" in eine schwere Krise stürzen würde, weil Ungarn schließlich „die österreichischen Erblande nicht mehr benötigen würde". Man müsse „die ungarischen Fabriken unterdrücken" oder wenigstens „die Entstehung neuer unmöglich machen". Schließlich faßte der Staatsrat 1770 folgenden Beschluß, dem sich die Krone anschloß: „Die Errichtung mehrerer ungarischer Fabriken und Manufakturen, wenigstens solange Ungarn seine Abgaben nicht im gleichen Verhältnis mit den deutschen Erblanden errichte, würde den letzteren zu großem Nachteil gereichen; folglich sind die wirksamen Mittel vorzukehren, um gegenwärtig die Vermehrung und den weiteren Anwachs der Fabriken in Ungarn möglichst abzuhalten."

Die „wirksamen Mittel" waren sehr einfach. Man legte auf die ungarischen Industrieartikel einen hohen Zoll — ebenso hoch wie auf Waren, die aus dem Ausland, etwa aus dem alten Konkurrenzland Frankreich, kamen, während Agrarartikel und Rohstoffe zollfrei nach Österreich und österreichische Waren

fast zollfrei nach Ungarn importiert wurden. Damit war die junge und noch schwache ungarische Industrie einstweilen erledigt.

Dadurch erhielt aber auch die Entwicklung innerhalb der Monarchie eine besondere Richtung. Jede Lebensäußerung der jungen ungarischen Bourgeoisie, die ja trotz allem zu entstehen begann, mußte sich nun zwangsläufig gegen das österreichische Bürgertum richten. Es entstand oder stärkte sich in Ungarn eine Einheitsfront zwischen Adel und Bürgertum, denn selbst wenn der Adel durch die politischen Konzessionen Maria Theresias zeitweilig zufriedengestellt war, wollte auch er an der neuen Wirtschaftsblüte profitieren. Daher wurde für die Jahre, die nun kamen und in denen schließlich die Abschüttlung des Absolutismus auf der Tagesordnung stand, jede Einheit zwischen dem österreichischen und dem ungarischen Bürgertum unmöglich. Denn das österreichische Bürgertum wollte zwar frei sein, aber dennoch die Möglichkeit einer kolonialen Ausbeutung Ungarns beibehalten. Schließlich entstand eine politische Zerrissenheit des Landes, an der die bürgerliche Revolution scheitern mußte. Mehr noch. In dem Maße, wie das österreichische Bürgertum sah, daß der Sturz des Absolutismus auch die Befreiung Ungarns bedeuten würde und daß Ungarn nur mit Hilfe des absolutistischen Staates in Abhängigkeit gehalten werden konnte, verlor es langsam das Interesse an diesem Sturz und geriet auf die Linie einer Duldung des Absolutismus. Das ist eine, vielleicht die wichtigste Ursache dafür, daß Joseph II. seine revolutionären Reformen „von oben" durchführen mußte, weil sich keine bürgerliche Partei fand, die wagte, sie „von unten" zu erkämpfen und den großen Sturm, der auch ihre Privilegien fortgefegt hätte, zu entfesseln.

Aber die Konflikte, zu denen die neue Wirtschaftspolitik der Krone die Voraussetzungen schuf, sollten erst später kommen. Zunächst führte sie zu einer raschen und bedeutenden Stärkung Österreichs, zu einem neuen Wohlstand und zu vollen Kassen. Die Monarchie konnte endlich beginnen, eine aktive Außenpolitik zu führen, den Kampf um ihre verlorenen schlesischen Besitzungen aufzunehmen.

DER SIEBENJÄHRIGE KRIEG UND DIE TEILUNG POLENS

Wenige Kriege wurden diplomatisch und militärisch so sorgfältig vorbereitet und gingen doch so resultatlos aus wie der Siebenjährige Krieg; wenige brachten den österreichischen Waffen so große zeitweilige und so geringe endgültige Erfolge.

Die Krone hatte Schlesien nach den Erbfolgekriegen aufgeben müssen, aber weder Maria Theresia noch irgendeiner ihrer Berater waren bereit, sich mit dem Verlust dieser reichen und wirtschaftlich hochentwickelten Provinz, die der Standort eines bedeutenden Teils der neuen Textilmanufaktur war, abzufinden. Außerdem ging es nicht um Schlesien allein. Maria Theresia, die Friedrich und seine Politik kannte, erklärte immer wieder, daß Schlesien nur ein Anfang sei und daß Friedrich bei der ersten Gelegenheit versuchen würde, sich auch Böhmen und Mähren zu nehmen. Das Preußen Friedrichs II., jenes Preußen, das unter Mithilfe der Habsburger selbst zu einem kräftigen und aggressiven Königreich geworden war, bildete nach ihrer Überzeugung eine ständige Bedrohung Österreichs und war ein Todfeind, den man vernichten mußte. Ihre Einschätzung wurde von den Tatsachen unterstützt. Preußen war eine verhältnismäßig spät entstandene absolutistische Macht. Als es in die politische Arena trat, war Europa mehr oder weniger unter den großen Mächten aufgeteilt. Die reichsten und wichtigsten Länder befanden sich bereits in der Hand der großen Dynastien. Wenn Preußen selbst eine Großmacht werden wollte, mußte es sich rechts und links Länder bei seinen Nachbarn holen — und wie Schlesien zeigte, war sich auch Friedrich darüber im klaren.

Es kam noch ein weiterer Gesichtspunkt hinzu. An den Grenzen Preußens ebenso wie an der Grenze Österreichs lag ein Niemandsland — die zahlreichen politisch unselbständigen deutschen Staaten. Nun hatten die Habsburger allerdings längst schon den Versuch aufgegeben, ernsthaft innerdeutsche Politik zu machen; sie trugen zwar noch immer den Titel „Deutscher Kaiser", ihre Teilnahme an den innerdeutschen Angelegenheiten

beschränkte sich jedoch auf gelegentliches Studium der Protokolle des höchsten deutschen Gerichts, des Reichsgerichts, das im Durchschnitt 120 Jahre brauchte, um ein Urteil zu fällen. Dagegen war Deutschland für sie als Reservoir interessant. Man konnte sich aus der Reihe der kleineren deutschen Fürsten von Fall zu Fall Verbündete in Kriegen holen, man konnte sie als Statisten bei internationalen Konferenzen benützen, mit ihren Ländern als Kompensationsobjekten jonglieren und gelegentlich sogar unter dem Titel „Reichssteuer" von ihnen Geld erhalten. (Einige Staaten, zum Beispiel Sachsen, konnten den mit ihnen verbündeten Habsburgern sogar hie und da ernsthafte Hilfe leisten.)

Zwischen Frankreich und Österreich hatte sich in den letzten Jahren ein stillschweigendes Einverständnis, eine gewisse gegenseitige Duldung angebahnt. Frankreich hatte den Versuch, Bayern als Speerspitze gegen Österreich zu benützen, aufgegeben, dafür leistete Österreich den französischen Bestrebungen, die Länder am Rhein unter seinen Einfluß zu bringen, keinen Widerstand. Keiner der beiden Gegner hatte den anderen niederwerfen können; nun schienen sie entschlossen, die Einflußzonen in Deutschland in aller Stille untereinander aufzuteilen.

In diese neue Harmonie platzte Preußen hinein, Preußen — noch immer mit England als Freund und Mäzen im Hintergrund —, das entschlossen schien, nun auch für sich Einflußsphären und vielleicht auch Länderbesitz aus dem deutschen Niemandsland zu gewinnen. Für Frankreich und für Österreich war dieser Eingriff in ihre sozusagen durch eine lange Tradition verbrieften Rechte eine Herausforderung zum Kampf — für Frankreich auch deshalb, weil auf diesem Umweg der Einfluß seines schärfsten Konkurrenten und Rivalen, Englands, auf Deutschland ausgedehnt wurde.

Die Stimmung, die in Frankreich herrschte, wurde sehr klar durch Montesquieu ausgedrückt, als er schrieb: „Die Zeit ist vorbei, da es notwendig war, sich mit den protestantischen Fürsten zu vereinigen, um das Haus Österreich zu schwächen. Der Feind, den wir zu fürchten haben, ist nicht Österreich, sondern Preußen."

Unter diesen Umständen war es verständlich, daß sich in den Beziehungen zwischen Frankreich und Österreich langsam eine Veränderung zu vollziehen begann, daß die Schärfe der dreihundert Jahre alten Gegnerschaft abstumpfte und allmählich dem Wunsch nach einer Allianz Platz machte. Für Frankreich allerdings war die Frage Mitteleuropa nicht mehr von erstrangiger Bedeutung, der europäische Kriegsschauplatz ein Kriegsschauplatz zweiter Ordnung. Jenseits des Ozeans am Lorenzostrom und auf dem Territorium der heutigen Vereinigten Staaten, auf Jamaika und Martinique spielte sich der große Konkurrenzkampf zwischen den beiden Kolonialmächten Frankreich und England ab. Immerhin hatte Frankreich auch nichts gegen einen Kampf an der europäischen Front einzuwenden — wenn er nicht zu kostspielig war.

Der Abschluß eines Bündnisses zwischen den traditionellen Gegenspielern Österreich und Frankreich, die sogenannte „Revolution der Allianzen", wie diese diplomatische Umorientierung bezeichnet wird, war das Werk des großen österreichischen Außenministers Graf Wenzel Kaunitz. Seine Bemühung von seinem Amtsantritt an war, ein festes Allianzsystem für die unvermeidliche Auseinandersetzung mit Friedrich zu schaffen. Seine Größe als Diplomat bestand darin, daß er von dem System gelegentlicher Allianzen für bestimmte kriegerische Aktionen abging (einem System, das vor Maria Theresia an der Tagesordnung gewesen war) und statt dessen auf ein dauerhaftes Bündnissystem, gegründet auf wirkliche Interessengemeinschaft, steuerte. Allerdings war Kaunitz — im Gegensatz zu seinem späteren Herrscher Joseph II. — in dieser Hinsicht nicht ganz konsequent. Er überschätzte den Wert einer Allianz mit der französischen Monarchie, deren beste Tage vorbei waren, und unterschätzte die Bedeutung einer Allianz mit Rußland, das mit Österreich in bezug auf Preußen und auf den Balkan wirklich durch gemeinsame Interessen verbunden war.

Die Allianz mit Frankreich wurde 1756 mit großem Pomp, die mit Rußland zu gleicher Zeit etwas nebenbei abgeschlossen. Das österreichisch-englische Bündnis war vorher von Kaunitz

rücksichtslos aufgelöst worden — mit Recht, weil England zwar von Österreich militärische Unterstützung in seinem Kampf gegen Frankreich erwartete, selbst aber nicht bereit war, seine Unterstützung Preußens gegen Österreich aufzugeben. Dem Abschluß des österreichisch-französischen Vertrags war kurz vorher ein englisch-preußisches Bündnis vorausgegangen.

Im August 1756 begann der österreichisch-preußische Krieg, der sieben Jahre dauerte. Friedrich II. fiel, nach seiner bewährten Gewohnheit ohne Kriegserklärung, in Sachsen ein, besetzte und plünderte es aus, wobei er ebenfalls nach alter Gewohnheit erklärte, es handle sich nur um einen „freundschaftlichen Durchmarsch".

Preußische Historiker betonen, daß Friedrich in Selbstverteidigung gehandelt habe, während habsburgische Historiker mit Vorliebe von einem „perfiden Überfall" Friedrichs reden. Die Wahrheit lag — im Gegensatz zum ersten und zweiten Erbfolgekrieg, wo es sich wirklich um einen nichtprovozierten und unentschuldbaren Angriff handelte — ungefähr in der Mitte. Österreich war fest entschlossen, Preußen den Krieg zu erklären, es zog Truppen an den Grenzen zusammen, während gleichzeitig auch russische Truppen sich in Richtung Preußen in Marsch setzten. Friedrich kam Maria Theresia zuvor, allerdings mit einem Überfall auf ein neutrales Land, das nicht die Absicht hatte, am Krieg teilzunehmen. Die Perfidie lag also eigentlich in der Behandlung Sachsens. Sonst handelte es sich nach den Worten eines Historikers am ehesten um „zwei Offensiven, die aufeinandertrafen".

Der Siebenjährige Krieg, der nun begann, war so etwas wie eine Tragikomödie. Es zeigte sich nach kurzer Zeit, daß die österreichisch-russische Koalition (Frankreich nahm nur wenig und mit schwachen Kräften am Krieg teil) militärisch überlegen war. Friedrich hatte seine Offiziere nicht mit Unrecht darauf aufmerksam gemacht, daß sie es nun in Österreich mit einem ganz anderen Gegner zu tun hatten als im Jahre 1741. Das österreichische Heer war gut ausgerüstet, es verfügte über geschulte junge Offiziere; die Bevölkerung Böhmens und Schlesiens, in

denen sich ein Teil der Kämpfe abspielte, unterstützte die Armee gegen die Preußen, die sich durch Requisitionen, Entführung der Männer für die Armee, Zwangsarbeit und Repressalien verhaßt gemacht hatten. Daun, ein langsamer, vorsichtiger General, war nichtsdestoweniger ein fähiger Soldat, der junge General Laudon, der im Verlauf des Krieges einen immer größeren Anteil am Kommando der Armee übernahm, war ungewöhnlich begabt. Ähnliches galt für die Russen. Die Armee an sich war fähig und geschult, kämpfte mit Begeisterung und Initiative, auch wenn einige ihrer Kommandanten, wie zum Beispiel der Oberbefehlshaber Saltikow, nicht bereit waren, sich allzu sehr zu engagieren. Die erste Schlacht bei Lobositz endete zwar mit einem Sieg Friedrichs, gab ihm aber Veranlassung zu erklären: „Es sind nicht mehr die alten Österreicher. Es wird unzählige Menschen kosten, sie zu schlagen." 1757 belagerte Friedrich Prag, mußte aber bereits einen Teil seiner Armee abzweigen, um ihn den Russen entgegenzustellen. Dann zwang der anmarschierende Daun Friedrich bei Kolin zur Schlacht und fügte ihm eine schwere Niederlage bei. Preußen verlor die für die damalige Zeit sehr hohe Zahl von 14000 Mann. Österreich nur etwa die Hälfte. Friedrich mußte die Belagerung Prags aufheben und Böhmen räumen. Inzwischen schlug ihn die russische Armee bei Großjägersdorf, kehrte jedoch um und zog sich zurück, ohne Friedrich zu verfolgen. Dann siegten die Österreicher bei Schweidnitz, bei Görlitz und bei Breslau. Der Krieg wurde nun zu einem Kampf auf preußischem Territorium — etwas, was Friedrich um jeden Preis zu verhindern gesucht hatte. Um die Demütigung zu vervollständigen, nahm am 11. Oktober eine kleine Armeegruppe von nur 3400 Kroaten unter dem Kommando Hadiks Berlin ein, ließ sich 180000 Taler Kontribution auszahlen, zerstörte das Arsenal und rückte unbehelligt wieder ab. Diesen Abzug ausnützend, sammelte Friedrich seine Armee wieder, schlug die allerdings militärisch nicht sehr bedeutende Reichsarmee, die durch französische Detachements verstärkt war, bei Roßbach und die Österreicher bei Leuthen.

Eine Weile gingen die Kämpfe hin und her. Am 25. August 1758 kam es zur Schlacht bei Zorndorf, einem Ort, ganz in der

Nähe von Berlin, in der die Preußen das russische Heer schlugen, selbst aber schwere Verluste erlitten. Die Russen marschierten wieder ab. Friedrich zog nach dem Süden gegen Daun — und holte sich eine vernichtende Niederlage bei Hochkirch. Bei dieser Gelegenheit wurde Friedrich fast gefangengenommen, böse Zungen behaupten, daß er im Nachthemd entfloh. Und wieder nützten seine Gegner ihren Vorteil nicht aus.

In den Jahren 1759 bis 1761 wurde Friedrichs Lage immer schlechter. Sein Heer, das er für unbesiegbar gehalten hatte, wurde immer wieder geschlagen, die noch unentwickelte Wirtschaft Preußens hielt die ständige Belastung durch den Krieg, den man nun nicht mehr im Lande des Gegners, auf Kosten des Gegners führen konnte, nicht aus. Um die durch furchtbare Verluste geschwächten Regimenter aufzufüllen, verstärkte man die Zwangsaushebungen; bald wurden 13- und 14jährige Kinder in die Armee gepreßt, bald ging man dazu über, in ganz Deutschland Männer, wo immer man sie fand, zusammenzufangen und in die Armee zu stecken. Man kann sich vorstellen, wie die Kampfkraft und die Kampfbegeisterung einer solchen Armee aussah.

1761 schrieb Friedrich an D'Argenville: „Jedes Bündel Stroh, jeder Rekrutentransport, jede Geldsendung, alles, was mich erreicht, ist eine Gnade meiner Feinde — oder ein Beweis für ihre Nachlässigkeit, denn wenn sie wollten, könnten sie mir alles fortnehmen. Hier in Schlesien steht ihnen jede Festung zur Verfügung; Stettin, Küstrin und Berlin selbst liegen den Russen offen. In Sachsen wirft Dauns erste Aktion meinen Bruder über die Elbe zurück ... Wenn das Schicksal fortfährt, mich so erbarmungslos zu behandeln, werde ich zweifellos zugrunde gehen. Nur das Schicksal kann mich aus meiner gegenwärtigen Lage erlösen."

Friedrich wurde in diesen Jahren ein alter Mann. Immer wieder sprach er von Selbstmord; er trug eine Phiole mit Gift bei sich und machte mehrere Male nach verlorenen Schlachten Miene, das Gift zu nehmen. Er hoffte nicht mehr auf einen Sieg, nur noch auf ein Wunder, das ihn und sein Reich retten konnte. Er wußte, daß sowohl Elisabeth, die Kaiserin von Rußland,

als auch Maria Theresia ihren Entschluß verkündet hatten, Preußen zu zerschlagen, es auf den Stand von 1648 zurückzubringen; er wußte, daß Elisabeth von Rußland erklärt hatte, sie würde eher ihre Juwelen und Kleider verpfänden, als den Kampf gegen Preußen aufgeben. Und die Schläge fielen ... Laudon siegte bei Landeshut. Dann konnte Friedrich wieder Laudon schlagen, der angegriffen hatte, sich aber zurückziehen mußte, weil weder die österreichischen noch die russischen Verstärkungen eintrafen. Doch später wurde Berlin wieder besetzt, diesmal gemeinsam von russischen und österreichischen Truppen.

Aber die Entscheidung, die längst hätte fallen können, fiel noch immer nicht. Da geschah das Wunder, um das Friedrich gebetet hatte. Elisabeth von Rußland starb. Ihr Nachfolger Peter, der Führer der preußenfreundlichen Partei am Petersburger Hof, schloß mit Friedrich Frieden und stellte ihm seine Truppen gegen Rußlands Verbündete zur Verfügung. Peter wurde zwar nach drei viertel Jahren gestürzt und die pro-friderizianische Politik endete mit seiner Herrschaft, aber dieses Zwischenspiel hatte genügt, um den Krieg zu beenden. Im Frieden von Hubertusburg wurde der status quo ante — der vorherige Zustand — wieder hergestellt. Preußen behielt Schlesien.

Wie war es möglich, daß dieser Krieg, der den Alliierten so glänzende Siege gebracht hatte, so günstig für Friedrich ausging? Die Antwort liegt nicht in der Untersuchung der Schlachten, sondern in der Analyse der Politik, die den Hintergrund zu diesen Schlachten bildete.

Frankreichs Rolle im Siebenjährigen Krieg war die eines Teilhabers mit einem militärisch verhältnismäßig kleinen, politisch unverhältnismäßig großen Gewicht. Im Laufe des Krieges verschlechterte sich die Lage Frankreichs in Übersee von Jahr zu Jahr. Der englische Befehlshaber Wolfe nahm fast ganz Kanada ein, England eroberte die Gebiete westlich vom Mississippi (vor allem Louisiana), Florida, mehrere westindische Inseln und Senegal in Westafrika. Ein Teil der indischen Besitzungen Frankreichs fiel ebenfalls an den englischen Rivalen. Frankreich war immer weniger in der Lage, den Krieg am Rhein und in

Mitteldeutschland mit eigenen Kräften zu führen, es zog in immer stärkerem Maße Truppen aus dem Reservoir der deutschen Kleinstaaten, die an der Seite der Alliierten kämpften, heran und begann schließlich auch österreichische Kräfte in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig versuchte es aber auch, seinerseits eine Politik des europäischen Gleichgewichts zu erzwingen. Besonders scharf bekämpfte das französische Kabinett eine eventuelle Ausdehnung Rußlands nach dem Westen, da nach seiner Meinung dadurch aus Rußland eine gefährliche europäische Großmacht geworden wäre. Diesbezüglich übte Frankreich einen ständigen Druck auf Österreich aus. Charakteristisch für diese Politik ist die Episode des russisch-österreichischen Geheimvertrags über Ostpreußen. Kurz nach Ausbruch des Krieges schlug Elisabeth durch den österreichischen Gesandten in Petersburg Maria Theresia den Abschluß eines Geheimvertrages für eine Teilung Preußens vor, durch die Rußland unter anderem Ostpreußen erhalten sollte. Die Forderung war politisch durchaus logisch. Wenn Preußen in seiner Ausdehnung eingeschränkt und an weiteren Eroberungen gehindert werden sollte, war die Vorverlegung der russischen Grenze bis nach Ostpreußen ein geeignetes Mittel dazu. Sie war auch — obwohl dem in der damaligen Zeit kaum Bedeutung beigemessen wurde — vom Gesichtspunkt der Bevölkerung Ostpreußens aus berechtigt, die in ihrer großen Mehrheit slawisch war und von Preußen als Kolonialvolk behandelt wurde. Jedenfalls gab Maria Theresia nach kurzem Zögern nach und unterschrieb den Vertrag. Als man in Paris davon Wind bekam, gab es eine große Aufregung. Frankreich legte sein schärfstes Veto ein und drohte mit sofortiger Auflösung der Allianz und einem Friedensschluß mit Preußen. Daraufhin trat Maria Theresia vom Vertrag zurück, ließ aber Rußland wissen, daß sie ihn trotzdem zu halten beabsichtige, und beauftragte den Gesandten in Petersburg, statt dessen eine Geheimklausel, in der die Zusicherung der österreichischen Einwilligung zur Erwerbung Ostpreußens wiederholt wurde, zu unterzeichnen. Aber als Frankreich, dem auch dieser Schachzug nicht unbekannt blieb, seinen Druck verstärkte, desavouierte sie ihren Gesandten und erklärte — auch

Elisabeth gegenüber — niemals auf irgendeine Verpflichtung eingegangen zu sein. Es ist verständlich, daß diese Episode die russisch-österreichischen Beziehungen abkühlte. Von 1759 an übte Frankreich auf Österreich immer wieder einen Druck aus, mit Preußen Frieden zu schließen.

Wie kam es, daß Österreich, das mit Rußland die Hauptlast des Krieges zu tragen hatte, so vom französischen diplomatischen Druck abhängig war? Wir wissen, daß Kaunitz ein Vertreter der „französischen Orientierung" war und Frankreich als den wichtigsten und günstigsten Verbündeten für Österreich betrachtete, aber diese persönliche Meinung eines Ministers hätte sicherlich nicht den Ausschlag gegeben, wenn nicht wichtige Argumente, konkrete Gründe für eine solche Orientierung bestanden hätten. Den Grund bildeten in erster Linie die belgischen Niederlande, die immer wieder eine Art Pfand in der Hand Frankreichs waren. Vom Frieden mit Frankreich hing für die Krone die Erhaltung dieser Provinz ab, die von Österreich Hunderte von Kilometern entfernt war, mit Frankreich aber eine gemeinsame Grenze hatte und unter deren Bevölkerung immer mehr der Wunsch nach nationaler Selbständigkeit, das Verlangen, sich von der habsburgischen Oberhoheit zu befreien, wuchs. Eine andere Frage ist, ob der Besitz Belgiens, der, nach Meinung vieler, nicht ewig währen konnte, Konzessionen wert war, die in ihrer Auswirkung schließlich zu dem unbefriedigenden Ausgang des Siebenjährigen Krieges und zum endgültigen Verlust Schlesiens führten. Joseph II. war nicht dieser Ansicht, und eine seiner Hauptdifferenzen mit Maria Theresia war seine Forderung, man solle Belgien, das ohnehin nicht zu halten sei, auf gute Weise loswerden, dafür andere Gebiete eintauschen und das Verhältnis mit Rußland verbessern.

Ein weiterer Grund für die Nachgiebigkeit Maria Theresias gegenüber dem französischen Druck war, daß auch sie Rußland nicht ganz traute. Ebenso wie Frankreich hielt sie ein zu großes Wachstum Rußlands für gefährlich — nicht nur in Mitteleuropa, sondern auch auf dem Balkan. Sie konnte dieses Wachstum einstweilen nicht einschränken, sie bemühte sich aber, es wenigstens nicht zu unterstützen.

Von allen drei kriegführenden Monarchen war Elisabeth die konsequenteste. Sie wollte die Vernichtung Preußens — auch um den Preis eines Machtzuwachses anderer Länder, auch um den Preis schwerer militärischer und finanzieller Opfer. Es war vor allem Elisabeth zu danken, wenn die Risse in der Allianz immer wieder verklebt, die schwersten Differenzen immer wieder überwunden wurden. Aber Elisabeth war eine alternde Frau — und sie war nicht allein. Peter, ihr Nachfolger, trat für eine Verständigung mit Preußen, für eine politische Orientierung auf England ein. Peter hatte am Hof, unter den Ministern und Generälen seine Anhänger. Seine Partei wuchs in dem Maße, in dem Elisabeth kränklicher und älter wurde. Man wußte am Hofe und in der Armee, daß nach dem Tode der Kaiserin eine außenpolitische Wendung eintreten würde, die natürlich auch mit einem Personenwechsel in den führenden politischen und militärischen Positionen verbunden sein mußte — und man versuchte sich rechtzeitig auf die richtige Seite zu schlagen. Das war die Haltung der Karrieristen. Aber auch die Haltung der ehrlichen Politiker in Petersburg wurde immer schwankender, immer unbestimmter, und daran trug die Politik Österreichs die Hauptschuld. Selbst bei den größten Sympathien für Österreich (und sie waren, nebenbei bemerkt, nicht allzu groß) konnte man in Petersburg nicht die Tatsache übersehen, daß der Wiener Hof die Russen dazu benützen wollte, für Österreich die Kastanien aus dem Feuer zu holen, selbst aber bereit war, Rußland bei der ersten Gelegenheit fallen zu lassen. Rußland mußte mit der Tatsache rechnen, daß sein Verbündeter im gegebenen Augenblick sich hinter seinem Rücken und auf seine Kosten mit den Gegnern von heute einigen und es im Stich lassen würde. Diese Stimmung der Unsicherheit, des Mißtrauens beeinflußte von Beginn an die ganze Kriegführung. Als Apraksin, der erste Oberkommandierende der Expeditionsarmee für Preußen, die Schlacht von Großjägersdorf gewann und dann nicht weiterkämpfte, schrie man in Wien „Verrat". Apraksin wurde tatsächlich abgesetzt, aber es stellte sich heraus, daß nicht er der Schuldige war. Die Weisungen, sich nicht zu sehr zu engagieren, kamen vom Kanzler Bestuschew, und Bestuschew selbst vollzog nur die Aufträge der

Frau des Thronfolgers, Katharina — später Katharina die Große. Auch als auf Apraksin General Fermor und auf diesen der sehr fähige Peter Saltykow folgte, änderte sich nichts. Die Tendenz, Friedrich nicht ganz zu schlagen, sondern ihn und seine Armee für künftige Fälle in Reserve zu halten, stammte nicht von den Generälen. Charakteristisch ist der Ausspruch Saltykows nach der Schlacht von Kunersdorf, als seine österreichischen Verbündeten ihm wegen seiner zögernden Haltung Vorwürfe machten: ,,Ich habe keinen Auftrag, den König von Preußen zu vernichten."

Maria Theresia hat sich damals und später, als der Krieg mit der Frontschwenkung Peters praktisch beendet war, immer wieder mit großer Schärfe über die russische ,,Treulosigkeit", den ,,Verrat von Petersburg" beklagt. Es wäre ehrlicher gewesen, etwas weniger laut von ,,Treulosigkeit" zu sprechen, mit etwas weniger moralischer Entrüstung die ganze Schuld auf die Russen zu schieben, die schließlich nur Gleiches mit Gleichem vergalten. Wenn von einer Schuld bei diesem Kriegsausgang gesprochen werden kann, so trägt Österreich selbst die Hauptschuld, schon darum, weil es von allen drei Mächten am meisten an einem erfolgreichen Ausgang des Krieges interessiert war und deshalb eine größere Verpflichtung hatte, ihn nicht durch ein diplomatisches Doppelspiel zu gefährden. Jeder wußte, daß Elisabeth nicht ewig leben konnte, jeder wußte auch, daß Peter nicht bereit war, ihre Politik fortzusetzen. Es wäre notwendig gewesen, die Herrschaftszeit Elisabeths zu einer raschen Beendigung des Krieges auszunützen. Elisabeth selbst wollte eine energische Kriegführung, und die Unentschlossenheit ihrer Politiker und Generäle hätte Österreich am besten durch eine ehrliche und saubere Bündnispolitik beseitigen können. Man studierte am Habsburgerhof gern Geschichte — man hätte mit Nutzen studieren können, wie sehr die klare und kameradschaftliche Politik Prinz Eugens im Spanischen Erbfolgekrieg Marlborough und die anderen englischen Kommandanten beeinflußte, so daß sie statt zu einem Werkzeug der Kapitulanten zu ihren schärfsten Opponenten wurden. Und gegenüber der Lage im Erbfolgekrieg hatte Wien jetzt einen großen Vorteil — die unbedingte Bereitschaft Elisabeths, den Krieg zu gewinnen. Den Ausgang des Krieges, der von allen Mächten Österreich am schärfsten traf, den Verlust Schlesiens und den nun ungehemmten Aufstieg Preußens zur Großmacht hatte Österreich jedenfalls sich selbst zuzuschreiben.

Aus der neuen russisch-preußischen Annäherung entstand ein loses Bündnis, in dessen Rahmen Preußen sowohl wie Rußland mit gegenseitiger Hilfe Ausdehnungsbestrebungen verfolgten. Das Land, auf dessen Kosten diese Bestrebungen verwirklicht wurden, war Polen. Polen war eines der Länder, wo der Hochadel noch unbeschränkt herrschte, wo die Krone bei jedem Wechsel der Dynastie einem anderen Herrscher angeboten wurde — mit dem hieraus sich ergebenden endlosen Chaos. Eine Zeitlang hatte die mit Österreich verbündete sächsische Dynastie Polen regiert. Dann wurde die Krone trotz aller Gegenmanöver Wiens dem Kandidaten Russlands, Poniatowski verliehen. Schließlich kamen Preußen und Rußland überein, Polen unter sich aufzuteilen, und die in russische, preußische, französische und andere Fraktionen zerrissene Adelsschicht leistete ihnen so gut wie keinen Widerstand. Obwohl Österreich nach dem preußisch-russischen Plan ebenfalls einen Teil Polens erhalten sollte, wehrte sich Maria Theresia gegen die Teilung, allerdings — trotz der moralischen und menschlichen Argumente, mit denen sie ihre Weigerung umgab — weniger aus weltanschaulichen Gründen als aus Abneigung sowohl gegen die preußische als auch gegen die russische Ausdehnung. Für sie galt noch immer ihr 1759 ausgesprochener Grundsatz: ,,Die russische Macht ist allzu fürchterlich, als daß wir und andere Höfe deren Nachbarschaft gerne sehen wollten." Josephs Opposition gegen den Teilungsplan war viel geringer, wahrscheinlich nicht zum wenigsten deshalb, weil ihm die russische Nachbarschaft weit weniger ,,fürchterlich" vorkam. Er stand auf dem realistischen Standpunkt, man solle nehmen, was man billig erhalten könne.

Schließlich gab Maria Theresia trotz Tränen und Protesten nach. ,,Elle pleure mais elle prend" (,,Sie weint, aber sie nimmt"), bemerkte Friedrich II. boshaft, doch nicht ohne Berechtigung. Österreich erhielt bei der ersten Teilung Polens 1772 die

Zips, Ostgalizien und Lodomerien und hatte nun um eine nichtösterreichische und zur Erhaltung einer wenigstens relativen Selbständigkeit im Rahmen der Monarchie entschlossene Nation mehr. 1775 erwarb Österreich auf Grund seiner Vermittlung im russisch-türkischen Krieg (zum erstenmal in seiner Geschichte zugunsten der Türkei) die Bukowina und 1779 von Bayern das Innviertel.

Die österreichisch-französische Allianz wurde im Zeitalter des Niedergangs der Dynastien noch einmal auf dynastische Weise bekräftigt. Maria Theresias Tochter Maria Antoinette wurde mit dem französischen Kronprinzen, dem späteren Ludwig XVI., verheiratet. Die Ehe änderte allerdings kaum etwas an der wachsenden antiösterreichischen Tendenz der französischen Politik.

Maria Theresia starb 1780. Wenige Stunden vor ihrem Tode, nachdem sie mehrere Tage an furchtbaren Erstickungsanfällen gelitten hatte, bat Joseph sie, ein wenig zu schlafen. Sie antwortete: ,,Ich fürchte mich zu schlafen, denn ich will nicht vom Tode überfallen werden, ich will ihn ganz kommen sehen."

Joseph II., der fünfzehn Jahre lang ihr Mitregent gewesen war, wurde nun ihr Nachfolger.

JOSEPH II.

Joseph II. war Alleinherrscher auf einem der glänzendsten Throne Europas. Er regierte ein Reich, dessen Ausdehnung größer war als zu irgendeinem Zeitpunkt der Herrschaft seines Hauses. Aber ein Jahr nach seinem Regierungsantritt schrieb er an Kronprinz Paul, den russischen Thronfolger:

,,Ich bin eine der Marionetten, welche die Vorsehung an den Platz stellte, den ich nun einnehme, damit ich meine Zeit abdiene. Sie hat mir nur den Verstand, den Geist und die Eigenschaften gegeben, welche sie mir geben wollte, und sie wird mir nur die Gelegenheiten und Umstände gewähren, die sie für gut hält, um etwas zu sein oder zu scheinen. Und wenn sie genug hat, wird der Vorhang fallen und die Komödie ausgespielt sein, für mich und für alle, die mir vorausgegangen sind."

Daß die Zeit aus den Fugen war, erkannten viele Könige in dem Jahrzehnt, in dem sich langsam die Wolken der Französischen Revolution über Europa zusammenzogen. Aber nur Joseph verstand, daß es nicht nur ein Gewitter war, das heraufzog, sondern die Wende einer Zeit. Nur er sah, daß der Vorhang langsam über dem jahrhundertealten Drama des Absolutismus sich senkte und daß bald auf der großen Weltbühne ein neues Stück beginnen würde.

Der Mann mit dem schmalen, klugen Gesicht, der die Brokatröcke und Spitzenjabots der Rokokozeit verschmähte und eine einfache Militäruniform trug, der Fürst, dessen Namen eine ganze Kette von Würdenbezeichnungen und Besitztiteln folgte, beginnend mit ,,Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" und endend mit ,,König von Ungarn und Böhmen, Erzherzog von Österreich, ... Großmeister des Goldenen Vlieses, des Maria-Theresien-Ordens und des Stephansordens", stand mit seiner Weltanschauung und seinen Ansichten über die politischen Aufgaben einer Regierung den Männern nahe, unter deren Führung die Könige von ihren Thronen gefegt wurden, einem Tom Paine, einem Jefferson und den ersten Führern der Französischen Revolution. Der Widerspruch lag darin, daß er vieles von dem, was jene an der Spitze des Volkes und getragen von seiner Kraft durchführten, als Kaiser von einem Thron herab dekretieren mußte. Das führte dazu, daß er zwischen allen Parteien stand. Die Fürsten, der Adel haßte ihn als einen Umstürzler. Das Bürgertum, die Revolutionäre mißtrauten ihm als einem Fürsten. Der Führer der amerikanischen Revolutionspartei, Thomas Jefferson, der jede seiner Maßnahmen mit einer mit Respekt gemischten Antipathie verfolgte, gab dem Gefühl der ,,Linken" in Amerika und Europa am besten durch die Feststellung Ausdruck, daß Joseph, ,,Monsieur Habsburg", wie er ihn nannte, auf jeden Fall gefährlich sei. Entweder sei er nicht in der Lage, seine Politik durchzuführen, und müsse schließlich so weiterherrschen wie alle anderen Monarchen — dann sei er nur ein weiterer Gegner

des Fortschritts in der Welt. Oder er sei dazu imstande — dann würde er durch seine Herrschaft den schlagendsten Beweis dafür liefern, daß Revolutionen überflüssig seien, und die Stellung des Absolutismus auf Jahrzehnte hinaus festigen. In die Argumentation Jeffersons mischte sich, wie man sieht, ein wenig Furcht vor diesem ungewöhnlichen Monarchen, der so gar nicht dem reaktionären, gierigen und brutalen Georg von England, dem korrupten, hilflosen und stupiden Ludwig von Frankreich glich. Dabei ging es gar nicht darum, ob Joseph seine Politik „von oben" durchführen wollte oder nicht. Unter den damaligen Verhältnissen in Österreich mußte er sie von oben durchführen. Etwas anderes war nicht möglich. Im Rahmen des Möglichen jedoch hätte kein Mensch mehr und Bleibenderes erreichen können als Joseph.

Josephs Erziehung war die eines Prinzen, allerdings eines Prinzen an einem verhältnismäßig aufgeklärten, neuen Gedanken zugänglichen Hof. Die Grundsätze, die er später in die Wirklichkeit umzusetzen suchte, hat er kaum im Laufe seiner Ausbildung durch ausgesuchte Hofbeamte gelernt, eine Ausbildung, in der das Hauptgewicht auf ein ausgedehntes Studium der Religion und ein noch viel ausgedehnteres Studium der Geschichte des Hauses Habsburg gelegt wurde. Bei diesen Studien hat er seine Lehrer zur Verzweiflung gebracht. Wenn ihn eine Sache nicht interessierte, hörte er einfach auf mitzuarbeiten und stellte sich dumm. Das Ergebnis war, daß er in seiner frühen Jugend am Hof als geistesschwach galt. Selbst Maria Theresia, die ihn liebte und sich mehr um ihn kümmerte, als dies Fürstinnen in jener Zeit taten, die aber trotzdem von den Berichten der Lehrer beeinflußt wurde, hat sich häufig mit Sorge gefragt, ob Joseph überhaupt geistig in der Lage sein werde, seine Aufgabe als Kaiser zu erfüllen.

Während dieser Zeit tat Joseph das, was jeder gesunde und überdurchschnittlich intelligente Knabe seines Alters getan hätte — er las heimlich Nächte hindurch. Viel später stellte sich heraus, daß der „Geistesschwache" in dieser Zeit so ziemlich alles gelesen hatte, was es auf dem Gebiet der Philosophie, der Politik, der Volkswirtschaft und der Militärwissenschaft an wichtigen Büchern gab (einschließlich einer ganzen Menge Werke, die in Österreich von der Kirchenzensur verboten waren und die er sich, ebenfalls in aller Stille, zu verschaffen gewußt hatte), daß er die Bücher der englischen Nationalökonomen, der französischen Philosophen, Rousseau, Voltaire sowie die Werke der süddeutschen Physiokraten kannte und daß Hörnigks „Österreich über alles, wann es nur will" seine Bibel war. Diese Neigung für die Werke der Aufklärer war allerdings nicht so ungewöhnlich, wie sie auf den ersten Blick aussah. Ihre Gedankengänge lagen in der Luft, waren überallhin gedrungen, sogar in die Predigten mancher Hofgeistlichen. Im engsten Kreis um Maria Theresia gab es nicht wenige Vertreter dieser Anschauung, insbesondere van Swieten und Sonnenfels, die sich in ihren Gesprächen mit dem Kronprinzen kein Blatt vor den Mund nahmen. Schließlich war Maria Theresia selbst viel mehr von den Gedankengängen der Aufklärung beeinflußt, als sie es wußte oder wahrhaben wollte. Und die Praxis ihrer Politik bildete einen zu offenkundigen Widerspruch zu den konservativen Theorien, die man Joseph beibrachte, als daß er nicht dadurch zum Nachdenken angeregt worden wäre.

Als Joseph zum erstenmal am Ministerrat teilnehmen durfte, erlebten diejenigen, die ihn für stumpf und uninteressiert gehalten hatten, eine gewaltige Überraschung. Statt still dazusitzen und teilnahmslos zuzuhören, debattierte Joseph mit, und zwar in einer Art, an der man sah, daß er einerseits die Materie kannte, andererseits aber alle Anwesenden, einschließlich seiner Mutter, für zögernd, ängstlich, im großen und ganzen rückschrittlich und — hier allerdings mit Ausnahme von Maria Theresia und einigen jüngeren Ministern — für unfähig und altersschwach hielt. In der ersten Zeit benahm sich Joseph in seiner Opposition so unmöglich, daß es zwischen seiner Mutter und ihm zu schweren Differenzen kam. Maria Theresia regte sich, nicht mit Unrecht, über seine Arroganz und Unduldsamkeit auf, warf ihm vor, er sei eine „Kokette des Geistes" und beschwerte sich gekränkt darüber, daß er die Minister boshaft karikierte, über sie Witze riß und den

ganzen Rat als eine „Sammlung verstaubter Mumien" bezeichnete.

Seine Opposition war aber mehr als die übliche Opposition eines jungen Menschen. Joseph spürte sehr genau die Halbheit, die Unzulänglichkeit vieler Maßnahmen der Regierung, ihre Scheu gegenüber den traditionellen Mächten — dem Adel und der Kirche —, ihre Unlust, mit vielen Dingen zu brechen, für die es — wie zum Beispiel für die Anwendung der Tortur im Justizwesen — keine Begründung mehr gab und für deren Beibehaltung einfach die Tradition ausschlaggebend war. Aber vor allem gab es zwischen ihm und den meisten der Minister Maria Theresias und Maria Theresia selbst eine tiefe grundsätzliche Differenz, die sich in jedem Punkt der praktischen Politik immer wieder zeigte.

Mit zwanzig Jahren legte Joseph dem Ministerrat ein Dokument vor, das „Träumereien" betitelt war, aber in Wirklichkeit sein Regierungsprogramm enthielt. In diesem Programm gab es Dinge, die auch für Maria Theresia tragbar waren — wie die Forderung nach Stärkung des Staates, die Empfehlung merkantilistischer Maßnahmen „zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes" —, aber es gab darin auch einen Komplex, der noch von keinem Monarchen vor ihm berührt worden war und der ihn in einen unüberbrückbaren Gegensatz zu allen Vertretern des Absolutismus bringen mußte. Was Joseph forderte, war in anderen Worten das, was Jefferson in der Erklärung der Menschenrechte gefordert hatte — die Verantwortlichkeit der Regierung, hier des Monarchen, vor dem Volk, die Verpflichtung, dem Volk Rechenschaft abzulegen und sich als sein Instrument zu betrachten.

Die konsequente Anwendung solcher Grundsätze erforderte (was Joseph allerdings damals nicht klar sah und später zwar erkannte, aber nicht als unmittelbare Aufgabe betrachtete) die Herstellung eines Organs für dieses Recht des Volkes, Verantwortung zu verlangen — das heißt, die Schaffung eines Parlaments, die Umwandlung Österreichs in eine konstitutionelle Monarchie. Aber auch abgesehen von solchen Konsequenzen, enthielt die Forderung nach Verantwortlichkeit der

Regierung etwas ganz Neues — die Anerkennung des Volkes als einer selbständigen, handelnden Kraft, während es für Maria Theresia und ihre Vorgänger immer nur Objekt ihrer Politik gewesen war. Dieser Gedanke, dieser neue und umstürzende Gesichtspunkt, zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Politik Josephs. Daß er keine Angst vor dem Volk hatte, es für fähig hielt, ein gewisses Maß von Freiheit zu vertragen, zeigen seine Maßnahmen auf kulturellem Gebiet — die Aufhebung der Zensur, das Toleranzedikt. Daß er das Volk — repräsentiert durch das Bürgertum — für stark genug hielt, auch ohne ständige Kontrolle und Führung durch die Kirche sich seine eigene Moral zu bilden, zeigen seine antikirchlichen Maßnahmen. Er hielt wohl das Volk zur Zeit seiner Regierung noch nicht für reif, selbst, ohne einen Monarchen an der Spitze, zu regieren, aber darin liegt nur scheinbar ein Widerspruch zu den Grundsätzen der „Träumereien". Denn während andere diese Feststellung nur dazu machten, um ihre Herrschaft zu verewigen oder dies wenigstens zu versuchen, während selbst ein Schiller beim Anblick der Französischen Revolution nur auszurufen wußte:

„Weh denen,
die dem Ewig-Blinden
des Lichtes Himmelsfackel leihn,
sie strahlt ihm nicht,
sie kann nur zünden
und äschert Städt' und Länder ein",

versuchte Joseph, das Volk reif zu machen. Er versuchte es auf Art der Reformer — durch Unterricht, Schulung, Beispiel; aber dieser Wunsch drückt sich überall aus — in seinem Schulprogramm, in der immer wiederholten Äußerung, die Aufgabe des Staates sei es, Erzieher zu sein, in seiner ständigen Aufforderung, die Bürger seines Staates zu frei denkenden Menschen zu entwickeln. Daß das Volk seine Reife am schnellsten im Kampf um die Freiheit erwirbt, konnte er nicht wissen.

Was zwischen 1765 (als Joseph Mitregent wurde) und 1780,

dem Jahr des Beginns seiner Alleinherrschaft in Österreich, von der Krone durchgeführt wurde, war tatsächlich fast immer ein Kompromiß zwischen den Vorschlägen Maria Theresias und denen Josephs. Das war möglich, weil Joseph mit seinen Ansichten keineswegs so allein stand, wie es zuerst aussah. Einige, gerade die nächsten Berater Maria Theresias, insbesondere van Swieten, stimmten im Grunde mit seinen Prinzipien überein und stellten sich bald in allen Beratungen auf seine Seite; Sinzendorf und selbst Kaunitz, der in innenpolitischen Fragen weit weniger vorsichtig war als in außenpolitischen, gaben ihm häufig recht. Ein anderer der hohen Beamten, der ihn immer wieder unterstützte und auf dessen Meinung Maria Theresia viel gab, war Sonnenfels. Maria Theresia war zwar staatsrechtlich nicht verpflichtet, sich einem Mehrheitsbeschluß ihrer Minister zu fügen, aber wenn sie in der Minderheit war, gab sie meist nach. So kommt es, daß schon viele der Reformen vor 1780 den Stempel Josephs tragen.

Josephs erste selbständige Arbeit, die er begann, bevor er Mitregent wurde, lag auf dem Gebiet der Armee. Er erhielt den Auftrag, die begonnene Reorganisation des Heeres durchzuführen, und er wurde nach dem Tode Dauns Oberkommandierender und Kriegsminister. Vielleicht hoffte Maria Theresia, daß die schwere administrative Arbeit ihn ganz in Anspruch nehmen, das Ringen mit den Problemen der täglichen Kleinarbeit ihn von seinen „Theorien" heilen würde — aber es geschah genau das Gegenteil. Für Joseph wurde die Armee eine Art Experimentierfeld, aus dem er zum erstenmal eine Reihe seiner Grundsätze — nämlich seine Vorstellungen, wie der Apparat eines Staates aussehen sollte — in die Praxis umsetzte.

Die erste Reform, die er durchführte, war eine Reinigung des Offizierskorps von unfähigen, aber vermögenden und einflußreichen Söhnen „guter" Familien, die die Armee als eine Art Versorgung betrachteten. Er warf Nichtstuer unbarmherzig hinaus, ließ sie, wenn sie noch in der Militärschule waren, nicht aufsteigen und steckte sie, wenn sie älter waren, in Positionen ohne Einfluß und Verantwortung. Das lag an

sich durchaus auf der Linie der Theresianischen Militärpolitik, aber einige der Maßnahmen Josephs wurden vom alten Offizierskorps mit einem Aufschrei der Empörung aufgenommen. Dazu gehörte vor allem das Verbot, Offiziersstellen zu verkaufen. Ausgediente Offiziere erklärten, von der Pension nicht leben zu können, und verkauften, kurz bevor sie in den Ruhestand traten, ihren Posten. Joseph erhöhte zwar die Pensionen, machte aber dieser Praxis, daß Offiziersposten nicht von den Fähigsten, sondern von den Wohlhabendsten besetzt wurden, rücksichtslos ein Ende. Einigen adeligen Offiziersdamen, die ihn empört fragten, wie sie von der Pension standesgemäß leben sollten, schlug er etwas spitz vor, sie sollten ein wenig arbeiten lernen. Der gleiche Grundsatz — Befähigung und nicht Herkunft — galt auch in den Offiziersschulen. Zu Josephs Zeiten wurden zum erstenmal in größerem Maße Söhne von Kaufleuten, Fabrikanten, ja Handwerkern aufgenommen — und stiegen, wenn sie fähig waren, vor den Adeligen auf. Und noch etwas tat er, was die Reformer vor ihm nicht getan hatten — er kümmerte sich um die Soldaten, nicht nur um ihre Versorgung mit Rationen, Kleidung und Munition, sondern auch um Dinge, die nicht unmittelbar mit der Kriegführung zu tun hatten. Der Soldat war im alten Heer praktisch rechtlos, er hatte so gut wie kein Privatleben. Joseph hob eine Reihe von Einschränkungen, zum Beispiel das Heiratsverbot für Soldaten, auf (allerdings spielte hier auch der merkantilistische Gedanke der unbedingten Förderung der Bevölkerungszunahme eine Rolle) und schaffte einen großen Teil des Paradedrills ab, der fast die ganze Zeit der Soldaten in Anspruch genommen hatte. Unter ihm erhielten ausgediente Soldaten zum erstenmal eine Pension oder — was noch häufiger vorkam — eine kleine Staatsanstellung. Allerdings machte er — im Gegensatz zu Friedrich — seine Ex-Soldaten nicht zu Schullehrern, dazu waren seine Anforderungen an den neuen Lehrkörper zu hoch; meistens erhielten sie Maut- und Zolleinnehmerposten oder Land zugewiesen. Nach seinen Ansichten sollten Soldaten Freizeit haben und wenigstens etwas Privatleben, in das der Offizier nur soviel dreinzureden hatte, wie aus militärischen

Gründen unbedingt notwendig war. Soldat sein, sollte ein frei gewählter, ja gern gewählter Beruf sein, nicht eine Art Sklaverei. Trotz dieser Ansicht blieb es bei der Zwangsaushebung der Soldaten, dafür hörten die wahllosen Rekrutierungen mit Gewalt völlig auf. Sein Ziel, in der Armee einen Apparat fähiger Offiziere (so wie später im Staat eine Körperschaft fähiger Beamter) zu schaffen, die nach Begabung und Fleiß und nicht nach sozialer Herkunft ausgesucht wurden, einen Apparat, mit dem er seine neue Politik durchführen konnte, wurde im großen und ganzen erreicht. Obwohl nach seinem Tode die meisten seiner Neuerungen wieder rückgängig gemacht wurden, konnte die nach seinen Grundsätzen aufgebaute Armee im Jahre 1809, als einzige in Europa, Napoleon eine Niederlage zufügen.

Abgesehen von dieser Arbeit in der Armee und einigen diplomatischen Sondermissionen hatte Joseph bis 1765 verhältnismäßig wenig Staatsgeschäfte.

Als ganz junger Mann wurde er mit Isabella von Parma verheiratet. Die Ehe war eine dynastische, aber es wurde eine Liebesehe daraus. Joseph vergötterte die schöne, weit über den Durchschnitt kluge und gebildete Isabella, nannte sie „mein bester Freund", „mein treuester Gefährte". Aber 1763 starb Isabella an Blattern, wenige Jahre später folgte ihr ihre kleine Tochter, „das einzige, was mir von ihr geblieben war", wie Joseph sagte. Er hat unter Isabellas Tod sehr gelitten, lange Zeit vergrub er sich in die Erinnerung an sie, las immer wieder ihre Briefe, ihre Tagebücher, hielt eine Art stillschweigender Zwiesprache mit ihr. Seit dieser Zeit spielte Liebe in seinem Leben kaum mehr eine Rolle; eine zweite Ehe, die er auf Wunsch Maria Theresias schloß, blieb eine reine Formehe, seine sehr seltenen Liebesabenteuer waren kurze Episoden, bei denen er einfache Mädchen bevorzugte — diesmal nicht aus Zuneigung zum einfachen Volk, sondern weil er mit ihnen nicht reden mußte. Seit dem Tode Isabellas zog sich Joseph, der ohnehin keine große Vorliebe für die Vergnügungen des Hofes hatte, noch mehr zurück. Der asketische Zug, der von Beginn an ziemlich stark in ihm ausgeprägt war, trat

noch stärker hervor. Zu dieser Entwicklung trug seine ganze Weltanschauung bei — und das, was er inzwischen im Lande gesehen hatte. Mit der Begründung, es sei verbrecherisch, für Luxus und Feste Geld auszugeben, während ringsum Menschen hungerten, sparte er, wo er sparen konnte, verzichtete auf Jagd, auf Pferde. Die Neubauten, die er später aufführen ließ, waren Universitäten, Schulen, Spitäler. Für sich baute er nichts. Auch das Privatvermögen von 22 Millionen Taler, das er von seinem Vater erbte, wanderte in die Staatskasse. Für ihn, erklärte er, gäbe es nur eines: Arbeit. Er arbeitete tatsächlich von fünf oder sechs Uhr früh bis spät in die Nacht. Seine einzige Leidenschaft, wenn man es Leidenschaft nennen kann, war Reisen. In allen Teilen des Habsburgerreichs tauchte von Zeit zu Zeit eine leichte Kalesche mit wenigen Begleitern auf. Der junge Mann darin nannte sich Graf von Falkenstein. Er stieg aus, sprach mit den Menschen, die er traf, fragte sie nach ihrem Leben, besuchte ihre Häuser, nahm gelegentlich an ihrer Arbeit teil. Das Bild Josephs hinter dem Pflug ist keine Allegorie; er pflügte tatsächlich hier und da, weil es ihn interessierte, mit welchen der verschiedenen Pflugsorten, die er auf seinen Reisen fand, es sich am besten arbeitete. Diese Reisen des „Grafen von Falkenstein" waren keine Harun-al-Raschid-Spielereien. Daß der Souverän verpflichtet sei, sich mit eigenen Augen von den Zuständen in seinem Land zu überzeugen, gehörte zu seinem Regierungsprogramm, den „Träumereien". Er traute — nicht ganz mit Unrecht — den Berichten nicht, die schon redigiert zu ihm kamen, und wollte selbst urteilen können. Er war auch nicht oberflächlich. Seine Reisen nach Galizien, seine Fahrten durch das Banat dauerten Monate, den größten Teil davon verbrachte er irgendwo in Bauernhütten oder in einem Hirtenverschlag auf der weiten Steppe — die Nächte meist auf dem Boden seiner Kalesche, oft inmitten von Malariasümpfen. Dafür erwarb er eine Kenntnis dieser Gebiete, die die seiner Beamten weit übertraf.

Ein Mann wie Joseph mußte bei seinen Reisen auf die entscheidenden Fragen der Monarchie stoßen, vor allem soweit es sich um ihre nichtösterreichischen Teile handelte: die Un-

fähigkeit und Korruptheit des Beamtenapparates, der nur „hinausging", um sich zu bereichern, und die Lage der Bauern. Es waren diese beiden entscheidenden Fragen, in denen Joseph Abhilfe schuf.

1790, als er schon im Sterben lag, ging in Wien ein kleiner Vers um:

„Des Adels Spott,
der Bürger Not,
der Bauern Gott
liegt auf den Tod."

„Der Bauern Gott" ist ein großes Wort für einen Kaiser. Aber die Bezeichnung ist berechtigt. Niemand hat Joseph so geliebt wie die Bauern, bei keiner Schicht ist sein Andenken so lange lebendig geblieben. Als er gestorben war, begannen sich um seine Gestalt Erzählungen und Legenden zu bilden, darunter eine Legende, die in allen Ländern und zu allen Zeiten immer wiedergekehrt ist, wenn ein Mensch starb, den die Armen und Wehrlosen als ihren Beschützer geliebt hatten. Joseph, so erzählten die Bauern in der Steiermark, in der Krain, im fernen Siebenbürgen, ist gar nicht tot. Er liegt in seiner Gruft und schläft, in der Nacht aber geht er durch die Länder und sieht nach, was die Menschen dort tun und ob die Bauern nicht unterdrückt werden. Und viele wollten nachts auf einsamer Straße die leichte Kalesche vorbeifahren gesehen haben, aus deren Fenster ein hagerer uniformierter Mann über die Felder blickte.

Die Bauernbefreiung, besser gesagt die Befreiung der Bauern von den adeligen Lasten und Beschränkungen, ist Josephs größtes Werk. Nach seinem Tode hat man versucht, das Gebäude, das er geschaffen hat, wieder zu vernichten, man hat versucht, in dieser oder jener Form, seine Bauernbefreiung wieder zunichte zu machen. Man hat es auf Umwegen verstanden, viele Lasten den Bauern wieder aufzuerlegen, aber das Rad der Geschichte ließ sich nicht mehr auf die Dauer zurückdrehen. 1848 fegten die Bauern die Bedrückung fort, die man ihnen wieder aufzuzwingen versuchte, und niemand wagte es, sich ihnen entgegenzustellen.

Die Lage der Bauern in den innerösterreichischen Ländern, in Tirol und Salzburg, war verhältnismäßig gut. Hier war der Versuch des Adels, sie im 16. Jahrhundert in eine tiefere, drükkendere Leibeigenschaft zurückzuführen, an ihrem Widerstand gescheitert. Im allgemeinen zahlten sie an den Grundherrn nur die vor Jahrhunderten festgelegten Abgaben, führten nur die in der vorkapitalistischen Zeit festgelegten Arbeitsleistungen durch, die nun nicht mehr allzu drückend waren. (Am gefährlichsten waren die wirtschaftliche Ausplünderung durch Adelige und Spekulanten und die Versuche des Adels, sie von ihrem Boden zu vertreiben oder ihnen Wald- und Weiderecht zu nehmen.) Im allgemeinen betrug die Arbeitsleistung einen Tag im Monat, die Abgabe in Geld oder Lebensmitteln nur einen kleinen Teil ihres Einkommens.

Ganz anders war die Lage der Bauern in Böhmen und Mähren, noch viel ärger in den neuerworbenen Provinzen, schlimmer als in Innerösterreich in Kärnten und in der Steiermark. In den nichtösterreichischen Ländern, vielleicht mit Ausnahme der italienischen Provinzen, waren die Bauern nicht einmal mehr Leibeigene — sie waren einfach Sklaven. In den östlichen Ländern, einschließlich Ungarns und der Slowakei, preßten Grundherren und Spekulanten sie erbarmungslos aus. Die Tatsache, daß Maria Theresia die Bauernarbeit für den Grundherrn — oder für die Spekulanten, an die der Grundherr sie vermietete — auf drei oder vier Tage in der Woche beschränken mußte und daß dies schon ein großer Fortschritt war, zeigt am besten ihre Lage. In rechtlicher Hinsicht waren sie völlig vom Grundherrn abhängig, der ihnen nach Gutdünken bei jeder Gelegenheit neue Abgaben in Form von Strafen auferlegte und sich für die Erlaubnis, das Haus zu reparieren, ein Handwerk auszuüben oder zu heiraten, wiederum schwer bezahlen ließ. In Böhmen und Mähren wiederum wog eine andere Frage besonders schwer — das Verbot der Freizügigkeit. Der böhmische Adel hatte schnell entdeckt, daß die Anlage von Fabriken und Manufakturen ein gutes Geschäft war, und er begann auf seinen Gütern mit überraschender Anpassungsfähigkeit ebenfalls Fabriken anzulegen. In einem von Graf Kinsky angefertigten

Verzeichnis der vom böhmischen Adel betriebenen Fabriken sind zum Beispiel folgende Unternehmen angeführt: Oberleutensdorf, Tuchfabrik mit 30 Webstühlen, Besitzer Graf Waldstein; Braunau und Ossegg, Wollzeugfabriken, Besitzer die dortigen Prälaten; Königgrätz, Wollzeugfabrik, Besitzer Graf Schafgottsch; Nachod, Wollzeugfabrik, Besitzer Graf Piccolomini; Florett- und Kotzenfabriken in Heraletz und Humpoletz, Besitzer Baron Neiffzer; Knopfmanufaktur und Hutfabrik bei Prag, Besitzer der Oberstburggraf von Böhmen; Bandfabrik in Jenikau, Besitzer Graf Ulfeld; Leinenfabrik mit zehn Webstühlen in Kosmanos, Besitzer Graf Bolza; Baumwollfabriken in Pottenstein, Besitzer Graf Chamare; Strumpffabrik in Dux, Besitzer Graf Waldstein; Leinwandfabriken in Reichenberg, Besitzer Clam; Leinwandfabrik in Kamnitz, Besitzer Fürst Kinsky; Strumpffabrik in Schlesien, Besitzer Mylord Taaffe. Das gleiche spielte sich in Mähren ab.

Für den Adel war das Arbeiterproblem sehr leicht zu lösen, die Bauern wurden einfach zu Fabrikarbeit kommandiert — manchmal an Stelle von Feldarbeit, manchmal, soweit es sich um Heimarbeit handelte, daneben. Soweit man den Bauern überhaupt etwas bezahlte, bezahlte man ihnen Löhne, die noch weit niedriger waren als die ohnehin schon niedrigen Löhne der freien Arbeiter. Natürlich versuchten die Bauern alles, um aus diesen Fabriken fortzukommen und in die Städte zu gehen, wo sie als Arbeiter viel besser leben konnten. Dieses Abströmen verhinderten die adeligen Fabrikbesitzer durch Verbote. Die Herstellung der Freizügigkeit war nicht nur die Forderung der Bauern, sondern auch des neuen Industriebürgertums, das mit der „Sklavenarbeit" der Grundbesitzer nicht konkurrieren konnte. Die neue Fabrikarbeit, das Zusammenkommen mit vielen Schicksalsgenossen, das Bewußtsein des eigenen technischen Könnens waren übrigens an den böhmischen und mährischen Bauern nicht spurlos vorbeigegangen. Diese seit 1620 niedergetretene, unterdrückte Schichte begann sich wieder zu wehren. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gab es in Böhmen mehrere große Bauernaufstände.

1781, ein Jahr nach der Thronbesteigung, erließ Joseph

sein erstes Bauerngesetz — das Untertanenpatent. In diesem Patent wurde für Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien — etwas später auch für Ungarn, Kärnten, für die Krain und Steiermark — die Leibeigenschaft aufgehoben und durch die Untertänigkeit ersetzt. Die Untertänigkeit bedeutete, daß der Boden noch immer dem Grundherrn gehörte und der Bauer für seine Benützung noch immer Abgaben zahlen mußte, aber der Bauer als Person war nicht mehr gebunden. Er konnte gehen, wohin er wollte, die Arbeit ausüben, die er wollte, heiraten, ein Handwerk erlernen, Güter kaufen und verkaufen. Natürlich hatte dieses Gesetz auch seine Kehrseite: der Bauer war zwar frei — aber auch frei, seinen Grund und Boden zu verlassen. In dieser Frage ist die Französische Revolution, die dem Bauern mit der Freiheit auch sein Land in Besitz gab, viel weiter gegangen. Die Aufhebung der Leibeigenschaft in dieser Form hatte vor allem die Wirkung, den Zug vom Land in die Stadt zu beschleunigen und damit der neuen Industrie die Arbeitskräfte, die sie brauchte, zu geben. Dieses erste Bauernpatent stieß auch nicht auf allzu große Opposition — außer beim böhmischen Adel, der aber trotz des Verlustes seiner ganz billigen Arbeitskräfte noch immer zu gut verdiente, als daß er rebelliert hätte.

Eine viel größere Einschränkung der Rechte des Adels bedeutete das Untertanenstrafpatent, in dem das Recht des Adels, Gericht zu üben und Strafen zu verhängen, aufgehoben wurde und die Verordnung, die verbot, den Bauern von seinem Grund und Boden zu vertreiben, außer in Fällen von schweren Verbrechen, sowie jene Verordnung, die es dem Bauern erlaubte, seinen Besitz zu vererben, und schließlich das Urbarialpatent von 1789. In diesem Patent war die Höhe der Abgaben des Bauern an den Grundherrn genau festgelegt. Sie mußte in Geld gezahlt werden und betrug 17 Prozent des bäuerlichen Einkommens. Die Robotpflicht wurde aufgehoben. Das „Besitzverhältnis" des Grundherrn am Boden, von dem der Bauer nicht vertrieben werden durfte und den er vererben konnte, beschränkte sich nun auf das Recht, eine Einkommensteuer von 17 Prozent zu erheben — ein Bruchteil dessen, was er vorher erhalten hatte. Gegen dieses Patent lief der Adel am

schärfsten Sturm; und von den konservativen Historikern wurde es als ein Beweis für Josephs „Grausamkeit und Rücksichtslosigkeit" angeführt. Die „Grausamkeit" lag nach ihrer Meinung darin, daß der Bauer nicht verpflichtet wurde, dem Grundherrn für seine ihm „entgangene" Arbeitskraft eine Entschädigung zu zahlen!

Diese „Grausamkeit", dieser „Despotismus" Josephs II. ist immer wieder als Argument gegen seine Politik angeführt worden, und zwar finden sich interessanterweise die Verteidiger der „Freiheit", die Joseph angeblich mit Füßen getreten hat, gerade in den Reihen jener, die sonst nichts gegen die Anwendung von Despotismus und Gewalt einzuwenden haben, soweit sich diese gegen die Armen und Rechtlosen richten. Josephs „Despotismus" besteht darin, daß er Maßnahmen und Änderungen, die er für notwendig hielt, rasch und ohne Rücksichten verfügte und dabei weder auf alterworbene Rechte noch auf Stand noch auf Tradition Rücksicht nahm. Als ein Beweis für diesen „Despotismus" werden Verfügungen angeführt wie die, nach der verurteilte Verbrecher zu schweren und öffentlichen Arbeiten herangezogen wurden, selbst wenn sie aus adeligem Haus waren (besondere Empörung rief zum Beispiel die Tatsache hervor, daß verurteilte Adelige Seite an Seite mit „gemeinen Verbrechern" die Straßen Wiens kehren mußten). Als Beweis für Josephs „Despotismus" galt auch seine Politik gegenüber der Kirche und seine Justizreform, die von dem Gesichtspunkt ausging: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich." Die schönste Antwort auf diesen Vorwurf hat der Dichter Anastasius Grün gegeben, als er schrieb:

„Ein Despot bist du gewesen! Doch ein solcher wie der Tag,
Dessen Sonne Nacht und Nebel sich nicht dulden mag.
Ein Despot bist du gewesen! Doch fürwahr ein solcher bloß
Wie der Lenz, der Schnee und Kälte treibt zur Flucht erbarmungslos."

Der Vorwurf des „Despotismus" ist auch deshalb unsinnig, weil es ja gar keine Körperschaft gab, die Joseph hätte befragen können. Die praktisch schon abgestorbenen Stände waren ein

Instrument des Adels, und das einzige, was Joseph mit ihnen tat, war, ihnen jede politische Funktion zu nehmen. Eine wirkliche Volksvertretung, ein neues Parlament konnte ein Kaiser nicht schaffen, das mußte sich die neue Klasse, das Bürgertum, selbst schaffen, und das Bürgertum zeigte aus Gründen, die wir später behandeln werden, keine große Neigung zu einem energischen politischen Auftreten. Soweit es eine kritische öffentliche Meinung gab, ermutigte Joseph ihre Entwicklung ohnedies; er war über die Argumente, die für und gegen seine Politik vorgebracht wurden, stets informiert. Er konnte sich nicht selbst eine Revolutionspartei schaffen. Was er konnte und was er tat, war, sich einen neuen Staatsapparat zu bilden, einen modernen, funktionierenden Staat mit einer Beamtenschaft, die zum größten Teil aus den „neuen Männern", dem Bürgertum, stammte — zusammen mit fähigen Adeligen, die bereit waren, seine Politik durchzuführen.

Der Umbau des Staates war die zweite weitreichende Reform Josephs, eine Reform allerdings, die in ihrer Konsequenz an den inneren Widersprüchen der Monarchie scheiterte. Der alte Staatsapparat war unfähig und korrupt. Es war notwendig, an Stelle der alten adeligen und großbürgerlichen Beamtenschicht, die ihre Posten als Lohn für Geburt und gute Beziehungen, als Mittel zur Bereicherung betrachtete, eine neue zu setzen, die bereit war, den josefinischen Idealstaat aufzubauen und zu verwalten, den Staat der Gleichheit, den Staat, in dem ein entscheidendes Gewicht auf die Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft gelegt wurde, den Staat, in dem die Menschen zu freiem Denken und Verantwortung erzogen wurden. Diese Beamten mußten, wenn sie reibungslos arbeiten sollten, aus den Kreisen jener kommen, die aus eigener Erfahrung und aus eigenem Interesse mit dieser Konzeption übereinstimmten und sie nicht nur unter Druck und auf kaiserlichem Befehl vertraten — und diese Schicht konnte nur das Bürgertum sein.

Aber solange die alte Länderautonomie existierte, solange jede adelige Ständeversammlung Beamte einsetzen und kontrollieren konnte, solange die Monarchie in Provinzen zerfiel, von denen jede ihre eigenen Rechtsbegriffe und Privilegien hatte,

öffentliche Funktionen eigenmächtig auszuüben, war es unmöglich, den neuen Staatsapparat zu schaffen, seine Arbeit zentral zu lenken und zu kontrollieren. Solange der Staat ein zwar an der Spitze zentralisiertes Gebilde, aber weiter unten noch immer ein loses Konglomerat von Ländern war, mußte sich die Vergangenheit immer wieder auf dem Weg über die Verwaltungen dieser Länder einschleichen. Auch die bereits eingeschränkte Länderautonomie des 18. Jahrhunderts war eine Waffe der Reaktion.

Das ist der Grund, warum das französische Revolutionsparlament als eine seiner ersten Handlungen eine völlige Zentralisierung Frankreichs, die Aufhebung der Provinzautonomie, die Einteilung des Landes in gleiche Verwaltungskreise durchführte, die von Paris aus auf dem Weg über die den Kreisen vorstehenden Vertreter der Zentralgewalt regiert wurden. Und das ist der Grund, warum Joseph für Österreich fast die gleichen Maßnahmen beschloß. Die österreichische Monarchie wurde in dreizehn „Gubernien" (Kreise) geteilt: Galizien, Böhmen, Mähren, Niederösterreich, Innerösterreich (bestehend aus der Steiermark, Kärnten und Krain), Außenösterreich (die schwäbischen Besitztümer), Siebenbürgen, Ungarn mit dem Banat, Kroatien, die Lombardei, die Niederlande, Görz und Gradisca mit Triest.

Die Kreise wurden von Kreishauptleuten regiert, die der Zentralregierung unterstanden; die Kreishauptleute wiederum hatten einen Stab von Staatsbeamten zu ihrer Verfügung. Alle anderen Länderinstanzen wurden als politische Körperschaften aufgehoben. Daß Joseph bei dieser Gelegenheit die Krone Ungarns und die Krone Böhmens nach Wien ins Museum bringen ließ, war nur eine kleine Demonstration seiner Meinung über die Wahrzeichen der alten Zeit — ein echter Aufklärerwitz.

Aber in Frankreich lebte nur eine Nation — in Österreich dagegen viele, und ein Teil dieser Nationen war sich seiner Rechte und seines Anspruchs auf Freiheit sehr wohl bewußt. Ungarn hatte um diese Freiheit gekämpft, Belgien hatte sie immer wieder eifersüchtig verteidigt — erst gegen Spanien, dann gegen Österreich —, Galizien war erst vor kurzer Zeit

aus dem Körper Polens herausgerissen worden. Und es ergab sich eine Paradoxie. Gerade die Entwicklung, die Maria Theresia und später Joseph so bewußt gefördert hatten — die Entwicklung der neuen Manufaktur, das Wachstum des Bürgertums —, verstärkte die Entwicklung des Nationalbewußtseins in diesen Ländern. Gerade die neuen bürgerlichen Gedankengänge, die Grundsätze des Rechts auf Freiheit, auf Bestimmung des eigenen Schicksals, auf Kontrolle und schließlich Mitspracherecht des Volkes, verstärkten die Entschlossenheit, die eigene, wenn auch relative Freiheit zu verteidigen. Josephs Zentralisierung war an sich eine revolutionäre Maßnahme, aber in der österreichischen Praxis wirkte sie sich als Beschränkung gerade des Rechtes aus, das ein Grundrecht jeder Revolution ist — des Rechtes der Nation auf ihre Freiheit.

Die Dinge hätten sich vielleicht nicht so zugespitzt, wenn der neue Verwaltungsapparat Josephs nicht ein österreichischer, ein rein deutschsprachiger Verwaltungsapparat gewesen wäre, dessen Existenz den nichtösterreichischen Ländern erst recht ihre Entrechtung vor Augen führte. Das lag nicht an der besonderen Vorliebe Josephs für die deutsche Sprache und die Österreicher an sich, sondern wieder daran, daß Joseph im Grunde genau so dachte wie die bürgerlichen Revolutionäre Frankreichs und Amerikas. Für sie alle gab es nur ein Kriterium für den Wert oder Unwert einer Maßnahme — war sie fortschrittlich, war sie zweckmäßig? Die Schaffung eines „deutschen" Beamtenapparats war auf den ersten Blick beides. Österreich war das wirtschaftlich am weitesten entwickelte Land, es besaß das stärkste Bürgertum, das größte Reservoir an „neuen Männern", mehr Schulen, mehr Universitäten, mehr Bücher, den Beginn eines eigenen Bildungswesens. Und die deutsche Sprache war die Sprache des am weitesten fortgeschrittenen Landes, praktisch die Sprache des Bürgertums in der Monarchie.

Es war also von Josephs Gesichtspunkt aus ganz logisch, daß er seine Beamtenschicht aus den Einwohnern Österreichs bildete und ihre Sprache zur Amtssprache der Monarchie machte, die die anderen lernen mußten, wenn sie Beamte werden wollten. Er hatte nichts gegen einen ungarischen Beamten, wenn er

bereit war, nach den Grundsätzen des josefinischen Beamtenapparats zu arbeiten, nichts gegen einen Beamten, der von tschechischen, slowakischen, galizischen Bauern abstammte. Er verlangte von ihnen nur Begabung, Bildung oder wenigstens Bildungsfähigkeit, Ehrlichkeit und Fleiß und — wenn möglich — eine eifrige Lektüre der Staatsprinzipien, die er aufstellte und in vielen Büchern und Broschüren verbreiten ließ. Und dann verlangte er noch eine Kleinigkeit — die Beherrschung und den Gebrauch der Sprache, deren sich von nun an aus Zweckmäßigkeitsgründen die ganze Monarchie bedienen sollte.

Nationale Überheblichkeit, die Bezeichnung der Österreicher als „von Natur aus überlegen", als einer „Herrenrasse" lag ihm fern. Sie waren die Fortgeschritteneren, die Geeignetesten — sie waren es zu dieser Zeit tatsächlich — und das genügte. Warum sie es waren und wie lange sie es bleiben sollten, interessierte ihn nicht. Sein Staat sollte in der Gegenwart Wirklichkeit werden, und nicht in einer fernen Zukunft. Und wieder spricht aus seinen Maßnahmen gerade eine „nicht-despotische", eine bürgerliche Eigenschaft: die völlige Verständnislosigkeit aller Vertreter der neuen bürgerlichen Weltanschauung für die nationalen Rechte anderer Völker, ihre Unfähigkeit, zwischen den verstaubten Traditionen des Provinzialsystems von gestern und der großen Freiheitsbewegung der Nationen, die dem Morgen angehörte, zu unterscheiden.

Die Zentralisierungspolitik Josephs wirkte wie ein Sprengkörper im Gefüge der Monarchie. Sie löste eine scharfe Abwehrbewegung der Nationen aus, eine Bewegung, in deren Verlauf wieder einmal die verschiedensten und einander entgegengesetztesten Schichten zusammengeschweißt wurden. Der ungarische Adel, dem die josefinische Bauernbefreiung viel unangenehmer war als der josefinische Zentralismus, machte gemeinsame Sache mit dem ungarischen Bürgertum, das seine Entwicklungsmöglichkeiten, seine Rechte als aufsteigende Nation verteidigte — und dabei für die Wiederherstellung der Stände, in denen es nichts zu sagen hatte, kämpfte. Der hohe belgische Klerus, der von Josephs antikirchlichen Maßnahmen getroffen worden war und die Klösteraufhebung, das Toleranzedikt erbittert

bekämpfte, wurde vom belgischen Bürgertum unterstützt, das an Vorrechten der katholischen Kirche ebensowenig interessiert war wie Joseph, aber sein Recht verteidigte, Belgien selbst, und in der eigenen Sprache, zu regieren, selbst die Vorteile der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu genießen und sie nicht unter Umständen mit den österreichischen bürgerlichen Rivalen zu teilen.

Und das österreichische Bürgertum? Haben wenigstens seine Vertreter Joseph unterstützt, hat es die Maßnahmen, die in seinem Interesse, auf der Grundlage seiner Weltanschauung durchgeführt wurden, verstanden und gebilligt? Keineswegs. Ein Teil des österreichischen Bürgertums, seine unterste, erst aufsteigende Schicht, die kleinen Leute, die Fabrikanten, die ihre Fabrik aufbauten, die jungen Beamten, die jungen Lehrer, die aus seinen Reihen kamen, waren Anhänger des josefinischen Systems — auch wenn sie manchmal über seine Sparwut, seine Steuern schimpften. Sie wurden später die Träger des Josefinismus in Österreich. Aber bei der oberen Schichte des Bürgertums, bei den Arrivierten, den Großkaufleuten, den Bankiers, kühlte zu jener Zeit die Begeisterung für Joseph merklich ab. Dieses Bürgertum brauchte nicht nur einen modernen Staat, eine moderne Wirtschaftspolitik, moderne Schulen und Bildungsanstalten — es brauchte noch etwas anderes: die Möglichkeit, in Ungarn und in Galizien, in Siebenbürgen und der Krain seine Taschen zu füllen, in seinen Fabriken die billige ungarische Wolle, den billigen Flachs zu verarbeiten. Es brauchte das unerschöpfliche Reservoir der Arbeit und der Produkte der ganzen Monarchie, um selbst stark und mächtig zu werden. Dieses Bürgertum war viel klüger als die Theoretiker der Reformen, klüger und weitsichtiger vielleicht als Joseph. Es verstand, daß nicht Mißgriffe, nicht unangebrachte „despotische" Methoden das Gebäude der Monarchie ins Wanken brachten, sondern tiefere Gründe. Dieses Bürgertum begriff, daß nicht die Sprachenverordnung Ungarn und Belgien zum Aufstand getrieben hatte, sondern letzten Endes und indirekt die ganze Politik Josephs. Jede konsequente bürgerlich-fortschrittliche Politik, die man in der ganzen Monarchie betrieb,

mußte unweigerlich nicht nur in Österreich, sondern auch in den anderen Ländern die neuen bürgerlichen Kräfte in Bewegung setzen, und diese Kräfte würden eines Tages ihre nationalen Rechte fordern. Eine konsequent fortschrittliche Politik in Österreich konnte das Ende der Monarchie, sicher aber das Ende der unbeschränkten Vorherrschaft der deutschsprechenden Großbourgeoisie herbeiführen. Und so beschloß ein Teil des österreichischen Bürgertums, daß eine inkonsequente Politik sicherer sei, und begann mit dem Gedanken zu spielen, zur Not, und wenn es nicht anders ging, auch auf die eigene Befreiung zu verzichten.

Die Aufstände, die in Belgien und Ungarn gegen die Zentralisierungspolitik Josephs ausbrachen, trieben schließlich auch ihn zum Rückzug. Kurz vor seinem Tode war er gezwungen, seine Zentralisierungsverordnungen aufzuheben.

Ein weiterer Komplex der josefinischen Politik war die Kirchenfrage. Über diesen Punkt, das Freidenkertum Josephs und seine angeblich antikirchlichen Maßnahmen, ist sehr viel geschrieben worden und in seinen Biographien nimmt der Konflikt mit der Kirche einen Raum ein, der ihm eigentlich nicht zukommt, denn gerade die Kirchenpolitik Josephs wich am wenigsten von den Ansichten und Gewohnheiten der übrigen Habsburger in dieser Hinsicht ab.

Seine persönliche Stellung zur Religion war dabei nicht entscheidend. Er war ein „Freidenker" nur insoweit, als er der Meinung war, daß die Religion die Privatsache jedes Bürgers sei und daß keine Veranlassung bestehe, die alte Monopolstellung der katholischen Kirche in Österreich gegenüber den anderen Kirchen aufrechtzuerhalten. Diese seine Haltung kommt im Toleranzedikt zum Ausdruck, in dem allen Anhängern der wichtigsten Religionen in der Monarchie, vor allem des Protestantismus und der griechisch-orthodoxen Kirche, das Recht auf freie Religionsausübung, auf Unterhaltung ihrer eigenen Kirchen gewährleistet und alle Beschränkungen und Diskriminierungsmaßnahmen gegen Nichtkatholiken verboten wurden. Sie spricht auch aus dem Gesetz, durch das alle gegen die Juden gerichteten Verordnungen — der Ghettozwang, der

Zwang zum Tragen besonderer Kleidung, das Verbot der Ausübung bestimmter Berufe — aufgehoben und die Juden allen anderen Staatsbürgern gleichgestellt wurden.

Josephs Politik gegenüber der Kirche verwirklichte nur einen alten Habsburgergrundsatz: die unbedingte Unterstellung der Kirche unter die Autorität des Staates. Das Haupt der katholischen Kirche, die bei aller Gleichstellung mit anderen Religionen noch immer Staatskirche war, sollte nun eindeutig nicht der Papst, sondern der Landesfürst sein — oder ein Beamter als sein Vertreter. Alle päpstlichen Verordnungen und Bestimmungen sollten in Zukunft von der Einwilligung des Staates abhängig sein, die kirchlichen Funktionäre Staatsbeamte werden. Der Papst protestierte gegen diese Verfügungen — er kam sogar nach Wien, um mit Joseph persönlich darüber zu verhandeln. Joseph empfing ihn höflich und teilte ihm ebenso höflich mit, der Papst sei nach seiner Meinung zwar eine Instanz in moralischen, nicht aber in kirchen- und staatsrechtlichen Fragen, und ließ ihn unverrichteter Dinge wieder wegfahren.

Radikaler wirkte die Aufhebung eines Teiles der Klöster. Auch hier handelte es sich nicht um eine „antireligiöse" Maßnahme. Joseph und seine Mitarbeiter standen auf dem Standpunkt, daß nur derjenige im Staat Anrecht auf Schutz und Unterstützung habe, der auch eine für die Allgemeinheit wichtige Arbeit leiste. Infolgedessen verfügte er die Aufhebung aller Klöster, die nicht irgendeine „nützliche Arbeit", zum Beispiel Krankenpflege oder Unterricht, leisteten. Die „Arbeitsklöster" ließ er ungestört bestehen.

Man könnte fragen, warum Joseph nur die handgreiflich sichtbare Arbeit der Klöster für nützlich hielt und nicht diejenige, die in der Vertiefung und Verbreitung der katholischen Weltanschauung bestand. Hier allerdings kommt wieder die Weltanschauung, die er vertrat, zum Ausdruck. Die Kirche als wichtigste intellektuelle und moralische Kraft einer Gesellschaft, deren Denken und Moralbegriffe sie bestimmt, hatte ihre Funktion erfüllt. An Stelle ihrer Moral trat die Moral des neuen Bürgertums, an Stelle ihrer Intellektuellen der neue Intellektuellenapparat der neuen Gesellschaft. Aus diesem Grund

war es nicht mehr notwendig, sie zu erhalten und zu stützen, aus diesem Grund waren die kontemplativen Klöster eine unnütze Belastung und Verschwendung von Menschen und Arbeitskraft, aus diesem Grund konnte die Religion Privatsache sein. Sehr kennzeichnend für diese Einstellung ist der etwas groteske politisch-moralische „Gegenkatechismus", der wahrscheinlich auf Josephs Veranlassung verfaßt wurde und in den Schulen gelehrt werden sollte:

„Du sollst nicht für Messen Geld ins Ausland schicken.

Du sollst nicht bei Prozessionen mit kostbaren Fahnen erscheinen, gehüllt in Schärpen, bedeckt mit Federhüten, begleitet mit Musik.

Du sollst nicht ein fremdes Brevier oder Psalter ins Land bringen.

Du sollst alle Anlässe vermeiden, über Glaubensfragen zu streiten, und du sollst nach den wahren Grundsätzen des Christentums alle mit Liebe und Güte behandeln, auch wenn sie eines andern Glaubens sind als du.

Du kannst die Frau heiraten, die du liebst, wenn sie in freier Entscheidung bereit ist, dich zu ehelichen.

Du sollst nicht Hasenfelle und Hasenhaare aus dem Lande transportieren.

Du sollst nicht ohne Erlaubnis der Behörde Tabak pflanzen."

Und so ging es eine ganze Weile weiter. Wichtig war der Punkt über die Ehe. Unter Joseph war die Heirat zu einem Zivilkontrakt erklärt worden, der auch ohne kirchliche Einwilligung Gültigkeit hatte.

Die Außenpolitik Josephs war weniger klar — und auch weniger erfolgreich als seine Tätigkeit auf anderen Gebieten. Die entscheidende Neuerung darin war die starke Annäherung an Rußland, das er als Österreichs natürlichen Verbündeten bezeichnete. Josephs Plan war, zusammen mit Rußland die

unter türkischer Herrschaft verbliebenen Balkanländer zu erobern und zwischen den beiden Staaten aufzuteilen. Ein österreichisch-russischer Türkenkrieg, den er gegen Ende seines Lebens führte, blieb jedoch ergebnislos. Ebenso ergebnislos blieben die Versuche, die er immer wieder unternahm, Bayern gegen Belgien auszutauschen. Sie scheiterten vor allem an der ständigen Opposition Friedrichs, der gegen einen Versuch Österreichs, mit Einwilligung des bayrischen Thronfolgers, der mit dem Tauschplan einverstanden war, nach Bayern Truppen zu schicken, seinerseits Truppen gegen Österreich in Marsch setzte.

Das Verhältnis mit Frankreich blieb trotz der Verheiratung einer österreichischen Prinzessin mit dem König von Frankreich außerordentlich kühl. Die antiösterreichische Partei in Frankreich erhielt das Übergewicht. Sie argumentierte ständig damit, daß Österreich Frankreich in aussichtslose und kostspielige Kriege hineinzerren wolle, und schon aus diesem Grunde war eine Aktivierung der österreichisch-französischen Allianz unmöglich. In den letzten Jahren der Herrschaft Josephs war Frankreich so von den inneren Kämpfen und Krisen, die der großen Revolution vorausgingen, gelähmt, daß es praktisch überhaupt keine aktive Außenpolitik mehr betrieb.

Joseph erlebte noch den Beginn der Französischen Revolution und er war der einzige Herrscher in Europa, den ihr Kommen nicht mit Entsetzen erfüllte. Er erklärte mehrmals, daß das französische Königshaus für seine Politik nichts anderes verdient habe und daß das französische Volk berechtigt sei, so zu handeln. Daß der König von Frankreich seinen Eid auf die neue Verfassung geleistet habe, legte ihm nach Josephs Meinung die unbedingte Verpflichtung auf, sich an diese Verfassung zu halten. Allen diplomatischen Forderungen, sich an einer Intervention der europäischen Mächte gegen Frankreich, von der man schon damals an den Königshöfen sprach, zu beteiligen, setzte er ein entschiedenes „Nein" entgegen.

Durch seine großen politischen Reformen ist Joseph in die Geschichte der fortschrittlichen Menschheit eingegangen. Mehr als durch sie ging er durch die kleineren Maßnahmen, die er

nebenher durchführte, in die Erinnerung des Volkes ein. Dinge, wie die Öffnung des Praters und des Augartens für die Bevölkerung, die Errichtung von Kindergärten und Krüppelheilanstalten, die Gründung eines modernen Irrenhauses, in dem die Irren zum erstenmal als kranke Menschen und nicht als wilde Tiere behandelt wurden, seine täglichen Kontrollgänge, bei denen er jeden Hilfe- und Rechtsuchenden empfing, sein häufiges persönliches Eingreifen, wann immer er der Meinung war, daß einem Menschen Unrecht geschah oder er Hilfe brauchte, haben mehr als alles andere dazu beigetragen, daß Joseph II. als der ,,gute Kaiser", der ,,Volkskaiser" im Bewußtsein des Volkes weiterlebt.

Er starb mit 50 Jahren an einer Krankheit, die er sich beim türkischen Feldzug geholt hatte, als einsamer, enttäuschter Mensch. Die Opposition des Adels, die Passivität eines Teils des Bürgertums, der Widerstand der nichtösterreichischen Nationen hatten ihn gezwungen, seine wichtigste Maßnahme, den Aufbau eines neuen zentralisierten Staatsapparates, des ,,vernünftigen Idealstaates", fallen zu lassen. Auch ein Teil seiner antikirchlichen Maßnahmen mußte in den letzten Monaten seiner Herrschaft wieder aufgehoben werden. Er fügte sich ins Unvermeidliche. Nur eine Reihe von Gesetzen verteidigte er bis zum Schluß und behauptete sie gegen seine Gegner — die Gesetze zur Bauernbefreiung.

Kurz vor seinem Tode meinte er bitter, man solle auf seinen Grabstein schreiben: ,,Hier liegt Joseph, der vieles gewollt und dem alles mißlang." Was er nicht wissen konnte, war, daß wenige Jahre nach seinem Tode sein geistiges Erbe, der ,,Josefinismus", zum Programm und Sammelpunkt alles dessen werden sollte, was in Österreich jung, tapfer und zukunftsgläubig war.

Als er tot war, triumphierte der Adel. Die Bürger waren gleichgültig. Aber als die Bauern von seinem Tode erfuhren, nahmen sie die gemalten oder geschnitzten Heiligen vom Altar, setzten Josephs Bild an ihre Stelle und zwangen die Geistlichen, vor diesem Bild die Messe zu lesen.

IV.
DAS ZEITALTER DER REVOLUTIONEN

DIE INDUSTRIELLE REVOLUTION

Lange Zeit hatte es geschienen, als sollten die großen Dynastien, die sich ihre Staaten geschaffen hatten, diese Staaten auf ewig besitzen und das Kräfteverhältnis in Europa sich nicht mehr wesentlich verändern. Aber die Französische Revolution, die 1789 begann, leitete ein Menschenalter ein, in dessen Verlauf die Karte Europas vorübergehend ein ganz neues Aussehen erhielt, und die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen, die diese Revolution hervorgerufen hatten, führten fast überall, früher oder später, zu großen politischen Umwälzungen. Die Epoche, die mit 1789 begann und 1849 ihren vorläufigen Abschluß fand, war das Zeitalter der großen bürgerlichen Revolutionen. Es war das Zeitalter, in dem zahlreiche, bisher unfreie, ja selbst fast vergessene „geschichtslose" Nationen erwachten und ihre Freiheit forderten. In diesen Jahren wurde die Gesellschaftsform, wie wir sie heute kennen, geboren und die Karte Europas, wie sie heute ist, in Umrissen vorgezeichnet.

Schon im Verlauf des 18. Jahrhunderts hatte das neue Bürgertum in vielen Ländern begonnen, seine Rechte zu fordern und in nationalökonomischen Schriften und politischen und philosophischen Traktaten den kommenden Staat — seinen Staat — zu entwerfen. Aber im zweiten Drittel des 18. Jahrhunderts begann ein Prozeß, der die Entstehung solcher Staaten zu einer dringenden Forderung machte. Dieser Prozeß trägt den Namen „industrielle Revolution".

Diese Bezeichnung entspricht nicht der Wirklichkeit, wenn man darunter einen plötzlichen und raschen Umsturz versteht, denn die industrielle Revolution dauerte fast ein Jahrhundert und in einigen Staaten Europas wurde sie erst nach dem ersten Weltkrieg vollendet. Aber es ist berechtigt, sie als Bezeichnung

für eine völlige und grundsätzliche Veränderung im System der menschlichen Arbeit, der menschlichen Produktion, aufzufassen, als Bruch mit der Vergangenheit, als Beginn einer neuen Epoche. Was ist nun diese „industrielle Revolution"?

Bis etwa zum 18. Jahrhundert wurde, von einigen Ausnahmen, wie dem Bergbau, abgesehen, der Hauptteil der menschlichen Arbeit bei der Herstellung einer Ware durch menschliche oder gelegentlich auch tierische Kraft verrichtet — verbessert und erleichtert durch Werkzeuge, aber dennoch durch menschliche Kraft. Es war die Kraft des Schmiedes, übertragen durch einen Hammer, die dem heißen Eisen seine Form gab, es war die Kraft der Spinnerin, die die Spindel antrieb und aus den Flachsfasern den Faden drehte, die Kraft des Webers, die das Schiffchen hin und her warf. Das hatte zur Folge, daß die Menge der erzeugten Waren verhältnismäßig gering war, es hatte aber auch gleichzeitig zur Folge, daß jeder, der ein Werkzeug besaß und damit umgehen konnte, in der Lage war, Gegenstände herzustellen. In dem Maße, wie die menschliche Gesellschaft sich entwickelte und mehr Waren brauchte, versuchte man, den Prozeß der Herstellung zu vereinfachen und zu beschleunigen. Man teilte ihn in viele kleine Prozesse auf, die weniger zeitraubend waren und weniger vielseitiges Können erforderten; an die Stelle eines Handwerkers, der den Flachs oder die Wolle spann, webte, färbte, zuschnitt und nähte, traten fünf — der Spinner, der Weber, der Färber, der Zuschneider, der Näher. Dann begann man die ganze Arbeit an einem Ort zu konzentrieren, weil es billiger und leichter war, tausend Meter Stoff in Färbebottichen zu färben als etwa zehn Meter, und weil es praktischer war, wenn etwa ein Glasgegenstand an ein und demselben Ort geblasen, poliert und bemalt werden konnte. So entstanden die „Faktoreien", die ersten Fabriken der Manufakturperiode.

Aber noch immer ging die Warenerzeugung zu langsam. Das wachsende Interesse der Menschen für die neue Produktion und Technik, die Tatsache, daß durch die Entstehung der Manufakturen Tausende von Menschen an den Fabrikorten zusammenkamen und mit der Fabrikation in Berührung traten,

die Tatsache, daß die Regierungen Preise und Auszeichnungen für Produktionsverbesserungen aussetzten und dem Erfinder auch sonst große materielle Vorteile winkten, führte dazu, daß zahllose technisch begabte Menschen sich mit der Beschleunigung der Produktion zu beschäftigen begannen. Das Resultat mußten Erfindungen sein, die die begrenzte Menschenkraft durch etwas anderes, Leistungsfähigeres ersetzten: durch eine mechanische Kraft, die die Räder trieb, die Spindeln drehte. Zunächst konstruierte man (zum Beispiel in der Textilproduktion) Maschinen, bei denen, sei es durch Hebelwirkung, sei es durch andere mechanische Vorrichtungen, die angewandte menschliche Kraft vervielfacht wurde. Dort, wo dies nicht ausreichte, kam Wasserkraft hinzu, das Prinzip der Mühle mit seinen vielfachen Anwendungen; nicht ohne Grund hießen die ersten Textilfabriken „Mühlen". Und schließlich, Ende des 18. Jahrhunderts, kam die größte und umstürzendste Erfindung. Es gelang, die ungeheure Kraft des Dampfes der menschlichen Arbeit dienstbar zu machen. 1786 erfand Edmund Cartwright den Dampfwebstuhl, zwei Jahre später stellte Hargreaves die „Spinning Jenny", die mechanische Spinnmaschine, her, die bis zu 120 Spindeln zugleich drehte. Was diese Erfindungen bedeuten, geht aus dem Vergleich zweier Zahlen hervor. Während auf dem Handwebstuhl höchstens drei Meter Stoff im Tag hergestellt werden konnten, produzierte der mechanische Webstuhl 40 Meter Stoff im Tag. Von dieser Zeit ab hörte die einfache menschliche Kraft auf, der entscheidende Motor der Produktion zu sein. Der Mensch bereitete den Faden oder das sonstige Rohmaterial vor, legte es in die Maschine ein, überwachte den maschinellen Vorgang — er wurde zum Hirn, während die Maschine zur Hand wurde.

Die Umstellung des entscheidenden Teils der Produktion eines Landes von Handarbeit auf maschinelle Arbeit war eben der Prozeß der industriellen Revolution. Er vollzog sich nirgends von einem Tag auf den andern. In England dauerte er von der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bis zu den Vierzigerjahren des 19. Jahrhunderts, in Frankreich wurde er etwa zur gleichen Zeit vollendet, in Amerika in den Sechzigerjahren des 19. Jahr-

hunderts. In Österreich kann man von einer Vollendung der industriellen Revolution bestenfalls um 1870 sprechen, im zaristischen Rußland erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts — genauer gesagt, führte sie erst die Sozialistische Revolution im Oktober 1917 ganz zu Ende.

Die industrielle Revolution veränderte das Leben der Menschen und das Gesicht des Landes. Der Strom der Waren, der sich plötzlich aus den Fabriken ergoß, führte dazu, daß viele Gegenstände, die ursprünglich nur einer kleinen Schicht zugänglich gewesen waren, nun so billig wurden, daß fast die ganze Bevölkerung sie kaufen konnte. Besonders sichtbar war das bei den fabrikmäßig hergestellten Textilwaren, die in wenigen Jahren die handgearbeiteten verdrängten. Baumwollstoffe zum Beispiel, die einige Zeit vorher ein ausgesprochener Luxusgegenstand waren, wurden zum „billigen Artikel", Lederschuhe, einst ein Privileg der Wohlhabenden, konnten, sobald sie maschinell hergestellt wurden, von viel mehr Menschen gekauft werden. Bald entstand die Notwendigkeit eines billigen und raschen Transportsystems, und so wie in der Zeit der Manufaktur sich überall ein Netz von Kanälen entwickelte, begann nun bald ein dichtes Netz von Eisenbahnen die Länder zu überziehen. Die Städte wuchsen rasch, und rings um Fabriken, die vor allem wegen der billigeren Arbeitskraft auf dem Lande entstanden, bildeten sich bald neue Städte. In der gleichen Zeit sank die Zahl der Landbevölkerung. Die neue Industrie brauchte Menschen und zog sie vom Dorf ab.

Nicht nur das äußere Bild des Landes veränderte sich, sondern auch die Schichtung der Gesellschaft. In den Jahrhunderten, die vorausgegangen waren, hatte es in jedem Land folgende Gruppen von Menschen gegeben: den Adel und die Geistlichkeit; eine immer einflußreichere, aber zahlenmäßig nicht sehr starke Gruppe des städtischen Bürgertums, die in der Zeit der Manufaktur zwar stark anwuchs, aber noch immer unter dem Einfluß der mit der Krone und dem Adel verbundenen großbürgerlichen Spitze stand; eine nicht sehr große Schicht von Handwerkern und Arbeitern der Manufakturen; und eine riesige Zahl von Bauern. Zum Teil waren die Arbeiter in den

Manufakturen noch Bauern, die nur im Nebenberuf und als Heimarbeiter für die Fabriken arbeiteten.

Nach der industriellen Revolution veränderte sich das Verhältnis der Bevölkerungsschichten. Der Adel sank früher oder später, wenn die Entwicklung normal verlief, fast zur Bedeutungslosigkeit herab und verringerte sich auch zahlenmäßig sehr stark. Das Bürgertum wurde zur entscheidenden Schicht, seine innere Struktur veränderte sich: das große Bürgertum von früher wurde zur Minderheit. Im Verlauf der Industrieentwicklung stiegen binnen kurzer Zeit viele Tausende kleiner Handwerker, Spekulanten, Gewerbetreibender, ja selbst Arbeiter auf, die sozusagen über Nacht Fabrikbesitzer wurden — zunächst Besitzer kleiner Werkstätten, die jedoch nach wenigen Jahren, im Laufe der rasenden Entwicklung, zu Großbetrieben wurden. Die Zahl der Bauern nahm rasch ab.

Mit der Entwicklung der Industrie entstand aber auch eine neue Schicht, deren Leben und deren Wünsche und Haltung durch ihre besondere Stellung in der neuen Gesellschaft bestimmt wurden — die Arbeiterschaft oder, wie man heute sagt, das Industrieproletariat.

Es hatte schon früher in den Gruben, in den eisen- und stahlverarbeitenden Betrieben und in den Manufakturen Arbeiter gegeben. Es gab schon sehr lange Handwerker, vor allem Handwerksgesellen, die auf den ersten Blick auch nichts anderes waren als Arbeiter. Aber dennoch bestand zwischen ihnen und den neuen Industriearbeitern ein entscheidender Unterschied.

Vom Industriearbeiter ist einmal gesagt worden, er sei „der Handwerker, dem man sein Werkzeug weggenommen hat". Das kam so: In der Zeit vor der industriellen Revolution war das Werkzeug des Schneiders und des Schusters, des Schmiedes und des Webers verhältnismäßig unkompliziert und billig. Es gehörte in den allermeisten Fällen ihm selbst, und jeder Handwerker konnte, falls er sich das Rohmaterial zu beschaffen wußte, selbst Waren herstellen und auch verkaufen.

Aber als an Stelle des Werkzeugs die Maschine trat, der große, komplizierte Apparat, dessen Anschaffung ein Vermögen kostete und den ein einzelner meist auch gar nicht selbständig

aufstellen und bedienen konnte, war es mit der relativen Freiheit des Handwerkers zu Ende. Das Werkzeug wurde nun Besitz des Fabrikanten, und der Fabrikant „mietete" den Arbeiter nicht viel anders, als man eine Sache mietet, damit er ihm seine Maschine bediene. Der Arbeiter, der früher sein Leinen, seine Sensen und Äxte verkauft hatte, verkaufte jetzt nur noch seine Arbeitskraft, das einzige, was ihm geblieben war. Und wenn ihm die Bedingungen, unter denen er arbeiten sollte, nicht gefielen, der Lohn zu niedrig, die Arbeitszeit zu lang war, konnte er nichts dagegen tun. Nur eine verhältnismäßig kleine Gruppe von Menschen, die der Fabrikanten, besaß die Werkzeuge, und diese kleine Gruppe einigte sich bald darüber, was man den Arbeitern zahlen sollte, ohne einander zu unterbieten — und wenn es die Fabrikanten nicht taten, griff, wenigstens in der Zeit der vom absolutistischen Staat beeinflußten Wirtschaft, der Staat ein und setzte die Löhne fest.

Der neue Industriearbeiter war tatsächlich ein Unfreier. In den ersten Jahrzehnten der Industrie war das Leben des Fabrikarbeiters völlig reglementiert. Nicht nur seine Arbeitszeit — damals zwölf und manchmal vierzehn Stunden, sehr oft sieben Tage in der Woche — war vorgeschrieben, der Fabrikant bestimmte häufig sogar seinen Wohnort, zwang ihn, in Fabrikbaracken zu leben, in von ihm eingerichteten Läden zu vom Unternehmer bestimmten Preisen einzukaufen, zwang ihn, nicht nur selbst zu arbeiten, sondern seine Familie, seine Frau und bald auch seine Kinder, in die Fabrik zu schicken, und setzte hohe Geldstrafen und manchmal sogar Prügelstrafen für „Verstöße gegen die Fabrikdisziplin" fest. Daß der Fabrikbesitzer aus dem Arbeiter so unbarmherzig den letzten Rest seiner Arbeitskraft herauspreßte, lag nicht an der Bösartigkeit oder Gier des einzelnen, sondern hatte eine viel realere Ursache. Der Fabrikbesitzer mußte viel und rasch verdienen, nicht so sehr, um sich für seinen persönlichen Bedarf Mittel zu verschaffen — der Fabrikant des beginnenden 19. Jahrhunderts lebte ziemlich bescheiden —, sondern um seinen Betrieb auszubauen, die neuen Maschinen anzuschaffen, die Gebäude zu vergrößern, weitere technische Verbesserungen, die natürlich kostspielig waren, einzuführen. Das konnte er nur, wenn er das Geld, das ihm zur Verfügung stand, sein Kapital, rasch vermehrte — diese Vermehrung wiederum war nur möglich, wenn er mehr Waren herstellte und verkaufte. Das Verkaufen war in der damaligen Zeit noch unbeschränkt möglich, die Produktion jedoch konnte man nur dadurch rasch steigern, daß man von den Menschen, die die Maschinen bedienten, immer höhere und höhere Leistungen forderte — denn wenn man auch eine Maschine hatte, die 40 Meter Tuch in acht Arbeitsstunden herstellte, konnte man sie nicht von einer Woche auf die andere mit einer Maschine vertauschen, die 80 Meter produzierte. Man verdoppelte statt dessen die Arbeitszeit des Mannes an der Maschine — und bezahlte damit die nächste Maschine.

Je weniger Lohn der Fabrikant dem Arbeiter zahlte, desto mehr blieb ihm vom schließlichen Verkaufspreis der Ware. An sich hatte das Lohndrücken eine natürliche Grenze: der Fabrikant mußte dem Arbeiter so viel zahlen, daß er davon wohnen und essen, das heißt die Arbeitskraft, die er täglich verausgabte, wiederherstellen konnte und in der Lage war, eine Familie zu gründen, Kinder zu bekommen und aufzuziehen, die in 15 oder 20 Jahren den Arbeiternachwuchs stellen würden. Aber selbst dieses Minimum wurde in der Zeit der Begründung der Industrie unterboten. Der Lohn war so niedrig, daß der Arbeiter buchstäblich hungerte, mit dreißig Jahren wie ein alter Mann aussah, mit vierzig an Unterernährung und Erschöpfung starb, und an Stelle des erwachsenen Mannes begann der Fabrikant bald Kinder zu beschäftigen, denen er nur einen Bruchteil des Lohnes der Erwachsenen zahlte. In den ersten Jahrzehnten der industriellen Entwicklung waren sechs- und achtjährige Kinder, die in Kohlengruben oder Textilfabriken arbeiteten, durchaus keine Seltenheit; manche Textilfabrikanten hatten ganze Abteilungen, die nur von Kindern betrieben wurden. Dazu wurde die Sache noch humanitär begründet: Die Textilfabrikanten erklärten zum Beispiel, die Beschäftigung von Kindern sei Ersatz für Schulbildung, gewöhne Kinder an ehrliche Arbeit und hindere sie daran, ohne Aufsicht auf der Straße zu spielen und sich in körperliche und moralische Gefahren zu begeben, außerdem mache

die Arbeit den Kindern Spaß. Es gab nicht wenig Zeitungsschreiber, die sich herabwürdigten, in lyrischen Tönen zu beschreiben, wie Kinder lachend und tollend in den Textilfabriken den Faden glätteten oder die Spindeln herrichteten, als wäre es eine Art Spiel. Tatsächlich glichen die Kinder, die meist von sechs Uhr früh bis acht Uhr abends in den heißen, stickigen Fabrikhallen arbeiten mußten, nach kurzer Zeit kleinen Greisen, und viele starben mit 14 oder 15 Jahren an Tuberkulose. Erst als das erste stürmische Wachstum der Industrie vorbei war, begann sich das Bürgertum selbst gegen die schrankenlose Ausbeutung und die Kinderarbeit zu wehren, weil dieser Raubbau an der Kraft des Arbeiters und des Arbeiternachwuchses schließlich den ganzen Bestand der Industrie gefährden mußte.

Doch entscheidender als der Widerstand des Bürgertums war der Widerstand der Arbeiter selbst, der sich Anfang des 19. Jahrhunderts bemerkbar zu machen begann. Mit dem Fortschreiten der industriellen Entwicklung begann sich nicht nur die Produktion, das Gesicht des Landes, sondern auch der Arbeiter selbst zu verändern.

Der Mann vom Lande und der Handwerksgeselle, der in die Fabrik ging, weil er keine Aussicht hatte, Meister zu werden — sie standen beide zuerst verloren und ratlos in den neuen Hallen vor den neuen Maschinen. Sie ließen sich antreiben, nahmen stumm ihren knappen Lohn entgegen, und wenn sie den größten Teil ihres Lohnes für Lebensmittel und nutzlose Waren ausgaben, die der Fabrikherr sie in dem von ihm eingerichteten Fabrikladen zu drei- und vierfachen Preisen zu kaufen zwang, murrten sie nur leise. Aber der Mann vom Lande, der gewohnt gewesen war, sein Feld allein zu bebauen, der Handwerker, der gewohnt war, allein oder mit wenigen zusammen zu arbeiten, stand in der Fabrik Seite an Seite mit vielen anderen. Er lernte, daß es sich leichter arbeitet, wenn mehrere die Arbeit teilen und einander ergänzen. Aus seiner Arbeit lernte er, daß viele mehr ausrichten können als einer allein, aus seinem Fabrikalltag lernte er, daß die Räder nur laufen konnten, wenn er und seine Gefährten sie in Bewegung setzten, und daß es in ihrer Macht lag, sie zum Stehen zu bringen.

Schon in der Zeit der Manufaktur hatten Arbeiter hier und da begonnen, gegen besonders schlechte Arbeitsbedingungen, gegen besonders niedrigen Lohn gemeinsam Widerstand zu leisten. Im österreichischen Bergbau, einem Produktionszweig, in dem früher als anderswo die Natur der Arbeit die Beschäftigung vieler zusammenarbeitender Menschen erforderte, hatte es schon im 16. und 17. Jahrhundert gelegentlich Streiks der Bergknappen gegeben. Im Laufe des 18. Jahrhunderts, besonders in seiner zweiten Hälfte, gab es nicht selten Streiks in den Textilmanufakturen, bei den Arbeitern im Schiffbau, bei Glasbläsern, Druckern, ja bei den Arbeitern in den staatlichen Porzellanmanufakturen. In den meisten Schilderungen der Vorgeschichte der Arbeiterbewegung werden vor allem die frühen Arbeiterkämpfe in Frankreich, England und in Norditalien erwähnt, aber auch in Österreich waren Streiks keineswegs selten. In der großen staatlichen Linzer Textilmanufaktur gab es wiederholt Lohnkämpfe, in den böhmischen Textilgebieten vermischten sich die sozialen Forderungen der halbbäuerlichen Heimarbeiter häufig mit dem Kampf der Bauern gegen Fron und adelige Unterdrückung, und die Arbeiter in den Werften und im Hafen von Triest galten schon Mitte des 18. Jahrhunderts als „rebellisch". Solche Kämpfe gab es häufig, aber die Vereinigung der Arbeiter zur Durchsetzung ihrer Forderungen überdauerte nicht die Tage des Kampfes — man stellte gemeinsam Forderungen auf, streikte gemeinsam, aber am Tage nach dem Kampf ging jeder wieder seine eigenen Wege. Den Höhepunkt dieser meist spontanen gemeinsamen Aktionen bildeten die Demonstrationen der Arbeitslosen im Vormärz — in den Jahren zwischen 1830 und 1848 —, die Arbeitsniederlegungen in den Betrieben der großen Städte als Protest gegen die Teuerung in den Vierzigerjahren und die Kämpfe der Maschinenstürmer in ganz Europa. Die Maschinenstürmer waren eine merkwürdige, scheinbar rückwärtsgerichtete Bewegung der Arbeiter; meist brach sie spontan aus, aber in manchen Ländern, zum Beispiel in England, bildeten Arbeiter zum Kampf gegen die Maschinen auch Geheimgesellschaften. Die Arbeiter, vor allem die Heimarbeiter und die Handwerker in den Manufakturbetrieben, machten für ihr Elend

nicht den Fabrikanten, sondern die neuen Maschinen, die „Teufelswerkzeuge", wie man sie in manchen Teilen Österreichs nannte, verantwortlich, und die Schlußfolgerung aus dieser Haltung war, alles zu tun, um die Einführung dieser Maschinen zu verhindern — sie zu zerschlagen, sie unbrauchbar zu machen, unter Umständen die ganze Fabrik, in der sie sich befanden, niederzubrennen. Die Bewegung der Maschinenstürmer dauerte jedoch nicht lang. Die Arbeiter sahen bald, daß sie die Industrialisierung auf diese Weise nicht verhindern konnten, und mit wachsender Reife und Erfahrung begriffen sie, daß die Maschine, die heute ihr Feind war, morgen ihr Freund werden konnte.

Der Mann, der in der Fabrik gemeinsam mit seinen Kameraden eine Verbesserung seiner Lage erkämpft hatte, mußte über kurz oder lang zu der Erkenntnis kommen, daß sie alle gemeinsame Interessen besaßen und daß es notwendig sei, eine ständige Vereinigung zu schaffen, um diese Interessen ständig zu vertreten. Das Nächstliegende waren zunächst natürlich wirtschaftliche Fragen. Der einzelne Arbeiter war dem Fabrikanten gegenüber, der die Produktionsmittel besaß, wehrlos. Erst wenn die Arbeiter sich zusammentaten und den Fabrikanten durch ihren Zusammenschluß hinderten, einen anderen an die Stelle des Unzufriedenen zu setzen, war ein Erfolg möglich. Die ersten Organisationen der Arbeiter waren deshalb Vereinigungen gewerkschaftlicher Natur, die sich das Ziel setzten, um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu kämpfen, um Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit — eine Verkürzung auf zwölf Stunden galt Anfang des 19. Jahrhunderts schon als eine weitgehende Forderung —, Abschaffung des „Truck-Systems", Verbot der Prügelstrafe in den Betrieben und ähnliches. Die ersten Arbeiter, die sich zu solchen Vereinigungen zusammenschlossen, waren die gebildeteren, weitergereisten, höher qualifizierten Arbeiter — in den meisten Ländern die Buchdrucker; erst nach einer Weile folgten andere, weniger qualifizierte Zweige. Die ersten Vereinigungen bildeten sich in Frankreich in den Siebzigerjahren des 18. Jahrhunderts, in Österreich entstanden sie um 1848.

Aber die gewerkschaftliche Vereinigung war nur eine Form der nun entstehenden Arbeiterbewegung; bald wuchs sie über das Stadium einer rein „ökonomistischen" Bewegung (einer Bewegung, die nur um ökonomische Verbesserungen kämpft, ohne die herrschende Gesellschaftsordnung als solche anzugreifen) hinaus.

Der Kapitalismus war noch im Aufblühen, seine Sprecher, seine Vorkämpfer erklärten noch, daß mit seinem Sieg für immer das neue bessere Zeitalter anbrechen, daß das von ihm geforderte System für alle Zeiten das beste System für die Menschheit bleiben würde. Nach außen hin schien es so. Waren es nicht seine Vertreter, die für die Freiheit und die Rechte des einzelnen, für die Menschenwürde kämpften? Aber der Mann in der Fabrik spürte einen dumpfen Widerspruch. In dem Maße, in dem die Industrialisierung fortschritt, spürte er, daß die Freiheit nicht für ihn war, daß die neue Zeit mit seinem Hunger, seinen Entbehrungen, seiner Unfreiheit erkauft wurde. Gab es nichts Besseres, gab es nicht eine Welt, in der alle Menschen wirklich frei wären, ein vernünftiges System ohne Hunger und Mangel, in dem auch er des neuen Segens teilhaftig werden würde? Die Sprecher des neuen Bürgertums hatten ein großes Wort geprägt: Dem, der arbeitet, soll der Ertrag seiner Arbeit gehören. Das Bürgertum war damit gegen den Adel aufgetreten, zu dessen Privilegien das arbeitslose Einkommen aus der Arbeit seiner Bauern zählte, aber die junge Arbeiterschaft bezog die Forderung auch auf sich. Sie sah, daß der Mann an der Maschine mehr arbeitete als jeder andere und dennoch hungerte, daß er jeden Tag mit seiner Kraft und Geschicklichkeit Reichtümer schuf und dennoch selbst bettelarm blieb. Sie begann jene Gerechtigkeit zu fordern, von der das junge kämpfende Bürgertum häufig sprach.

Der Mann an der Maschine hatte seine Fähigkeiten und die seines neuen Werkzeugs langsam verstehen gelernt. Eine Entwicklung hatte begonnen, die Reichtum und Glück für die Welt bringen konnte. Die Maschine, die heute vierzig Meter Tuch herstellte, konnte verbessert und ausgebaut werden, bis sie achtzig, hundert, hundertzwanzig Meter webte. Eines

Tages würde die Zeit kommen, in der der Mensch alle Kräfte der Natur sich unterwirft und genügend Güter schafft, um allen Menschen das geben zu können, was sie zum Leben brauchen. Diese Entwicklung hatte schon begonnen — aber etwas Merkwürdiges war geschehen. Obwohl der Strom der Waren anschwoll, erhielt der Mann, der die Waren herstellte, nichts oder fast nichts davon. Während die Welt reicher wurde, wurde er ärmer.

Zu Beginn glaubten viele Arbeiter und ihre Sprecher aus Irrtümer, Kurzsichtigkeit, an eine falsche Organisation der Gesellschaft, und sie forderten das Bürgertum, die neuen Herren, auf, der Gerechtigkeit zum Sieg zu verhelfen, eine Welt des Reichtums und des Glücks für alle endlich zu schaffen. Aber es zeigte sich bald, daß das Bürgertum zur Schaffung dieser Welt nicht bereit war, daß sie seinen Zielen und seinen Interessen widersprach. Um diese Welt zur Wirklichkeit werden zu lassen, hätten sich jene, die die Wirtschaft beherrschten, untereinander einigen, gemeinsam, im Interesse aller und zum Wohl aller die Produktion planen müssen, damit die neue Industrie so viel Schuhe und so viel Kleider, so viel Häuser und so viel Schiffe erzeuge, wie die Menschen brauchten — nicht weniger und nicht mehr. Doch die Fabrikanten waren nicht bereit, gemeinsam zu handeln. Im Gegenteil: ihr Grundsatz war der des „freien Wettbewerbs", des Kampfes aller gegen alle, in dem schließlich der Stärkere der Sieger bleiben würde, in dem man den Nebenmann niederzukonkurrieren suchte, um selbst mehr zu verdienen. Nach und nach begriffen die Arbeiter, daß es nicht die Bösartigkeit des individuellen Fabrikanten war, die ihn so handeln ließ, sondern die Struktur der bürgerlichen Wirtschaft, die auf Ausbeutung und Profit, auf Konkurrenz und Kampf aufgebaut war, in der derjenige, der die größte Anzahl von Maschinen und Bodenfläche, d. h. Produktionsmitteln, besaß und die größte Zahl von Menschen für einen möglichst niedrigen Lohn für sich arbeiten ließ, der Herr war.

Wer also konnte dann diese neue Welt schaffen? Der Arbeiter blickte sich um und sah niemanden als sich selbst.

Er betrachtete das Stück Stoff, das er fertiggestellt hatte. Wer hatte es gewebt? Der Arbeiter — allerdings mit Hilfe der Maschine. Aber wer hatte die Maschine gebaut? Wieder der arbeitende Mensch, der Erfinder, der sie konstruierte, der Zeichner, der die Pläne machte, der Mann, der ein Stück rohes Metall in den lebenden feinen Mechanismus des Werkzeugs verwandelt hatte. Woher kam der Rohstoff? Wieder war es der arbeitende Mensch, der ihn hervorgebracht hatte, der Bauer in den Kolonien, der die Baumwolle gepflanzt, der Pflücker, der sie vom Strauch geholt, der Seemann, der sie nach Europa befördert hatte. Der Fabrikant besaß die Maschinen, der Grundbesitzer besaß die Plantagen oder das Erz tief in der Erde — aber es war die Arbeitskraft des Menschen, die all das in Güter verwandelte. Die Besitzer verwendeten sie nicht zum Wohle der Allgemeinheit, sondern zum eigenen Wohle. Die logische Schlußfolgerung war: erst wenn Boden und Erz, Maschinen und Fabriken der Allgemeinheit gehörten, würden sie für die Allgemeinheit arbeiten und nicht für einzelne.

Wie aber sollte man dazu gelangen? Viele Sprecher der Arbeiter versuchten dem Bürgertum klarzumachen, daß es in seinem eigenen Interesse wäre, die Produktionsmittel der Allgemeinheit zu übergeben. Es zeigte sich aber, daß die Überredung, das „Aufklären", wie man damals sagte, nicht sehr viel Erfolg hatte. Die Sprecher des Bürgertums taten die Argumente als „Utopien" ab; dort, wo es an der Macht war, wurden die Sprecher der Arbeiter als „Agitatoren" eingesperrt — und alles blieb beim alten. Langsam begriffen die Arbeiter, daß von Seiten des Bürgertums, auch des aufgeklärtesten und radikalsten, keine Hilfe zu erhoffen war. Langsam begriffen sie, daß nur sie selbst, die einzige Schicht, die nicht an der Ausbeutung anderer Menschen interessiert war, daß nur sie, die in der Fabrik und im Kampf den Wert der gemeinsamen, arbeitlich geplanten Arbeit vieler, den Grundsatz „Einer für alle — alle für einen" kennengelernt hatten, diese Welt schaffen konnten — im Kampf gegen das Bürgertum, durch die Schaffung einer neuen Gesellschaft, in der die Arbeiter die Macht haben würden. Die Schaffung dieser neuen Gesell-

schaft — der sozialistischen Gesellschaft, wie man damals zu sagen begann — lag im Interesse aller Arbeiter, nicht nur der Arbeiter eines Landes, sondern der Arbeiter der ganzen Welt. Aus diesem Grunde mußten sie ihren Kampf über die Grenzen der Länder hinweg vereinigen.

1848, als in ganz Europa die letzten großen Kämpfe um den Sturz des Absolutismus, um die Schaffung eines bürgerlichen Staates geführt wurden, erschien das programmatische Werk, in dem die kämpfende Arbeiterschaft ihre Grundsätze niederlegte und das seither die theoretische Grundlage und das Programm der Arbeiterbewegung der ganzen Welt geblieben ist — das Kommunistische Manifest. Seine Verfasser waren die beiden ersten großen Theoretiker und Führer der Arbeiterbewegung Karl Marx und Friedrich Engels. Das Kommunistische Manifest zeigt, daß der Sozialismus nicht ein Traum und eine Utopie sei, sondern das unvermeidliche Resultat der Entwicklung des modernen Kapitalismus, der seinen Aufstieg, seinen Höhepunkt und seinen Niedergang erleben würde, so wie der Feudalismus seinen Aufstieg und seinen Untergang fand, und daß der Kapitalismus selbst die Kraft geschaffen habe, die ihn beenden wird: seinen „Totengräber", das Proletariat. Es beweist, daß das Proletariat sich zum entscheidenden Kampf vereinigen müsse, daß es unmöglich sei, das Kommen des Sozialismus auf friedlichem Wege, durch allmählichen Übergang zu erreichen, und daß nur der Klassenkampf der Arbeiterschaft, die Durchführung der proletarischen Revolution und die Aufrichtung der Herrschaft des Proletariats die neue Gesellschaft schaffen und sichern kann. „Die Emanzipation der Arbeiterklasse", so schrieben Marx und Engels, „muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein." Das Kommunistische Manifest schließt mit den seitdem berühmt gewordenen Worten: „Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder vereinigt euch!" Einige Jahre nach dem Erscheinen des Kommunistischen Manifests wurde die erste Vereinigung der Arbeiter der Welt, die I. Internationale, gegründet.

Die Geburt der Arbeiterbewegung vollzog sich zu einer

Zeit, da die bürgerliche Revolution noch keineswegs in ganz Europa gesiegt hatte. In vielen Ländern herrschte noch der Absolutismus, und das Bürgertum stand noch im Kampf um die politische Macht. Von dieser Zeit an kämpfte das Bürgertum nicht mehr allein gegen den Absolutismus. Die Arbeiterschaft, in deren Interesse der Sturz der absoluten Monarchie, die Herstellung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten, der Sieg der neuen bürgerlichen Demokratie lag, nahm seit etwa 1820 in steigendem Maß am Kampf teil — zunächst im Gefolge des Bürgertums, bald aber als eigene Kraft. Diese Tatsache beeinflußte entscheidend den Verlauf der bürgerlichen Revolution des 19. Jahrhunderts.

Wir haben an anderer Stelle dargestellt, warum das Bürgertum den Absolutismus stürzen, seinen eigenen Staat aufrichten mußte, wodurch die amerikanische und die Französische Revolution verursacht wurden. 1789 war die industrielle Revolution erst in ihren Anfängen. In dem Maße, in dem sie fortschritt, wurde die Übernahme der politischen Macht für das Bürgertum in allen Ländern immer mehr zur Lebensnotwendigkeit. Dort, wo das Bürgertum sich die Macht erobert hatte, machte es damit den Weg zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung frei. Dort, wo das nicht geschehen war, drohte der Absolutismus bald die wirtschaftliche Entwicklung zu ersticken und die Durchführung der industriellen Revolution schließlich fast ganz unmöglich zu machen. Der Absolutismus hatte die Manufaktur schaffen helfen: an ihrem höchsten Entwicklungspunkt, beim Übergang zur Industrie, wurde er überflüssig, in der Periode der industriellen Entwicklung untragbar. Selbst in seiner fortgeschrittensten, besten Form, etwa der des josefinischen Absolutismus, der den Absolutismus überhaupt überragte, hemmte er noch die Entwicklung — und der josefinische Absolutismus war eine Ausnahmeerscheinung. Was den „Aufklärern" auf dem Thron folgte, war keineswegs mehr fortschrittlich. Auf der Höhe der Entwicklung der Manufaktur war ein System, das noch immer die ökonomischen Vorrechte des Adels mit sich schleppte, lästig. Dreißig Jahre später wurde es verhängnisvoll.

Schon in der Manufakturperiode brauchte der Kapitalismus die Aufhebung der adeligen Herrschaft über die Bauern, um sich seine Arbeitskräfte vom Lande zu holen. Aber die verhältnismäßig nicht allzu große Zahl von Arbeitern, die man brauchte, ließ sich unter Umständen auch unter einer teilweisen Aufrechterhaltung der Grundherrschaft finden. In der Periode der beginnenden Industrialisierung mit ihrem ungeheuren Arbeiterbedarf jedoch ging das nicht mehr. Man konnte auch nicht warten, irgendwelche Kompromisse mit dem Adel schließen — man brauchte die Menschen rasch. In der Manufakturperiode war es noch möglich, eine Wirtschaftspolitik zu machen, die die Interessen des grundbesitzenden Adels berücksichtigte — eine Politik, bei der man die Agrarpreise hochhielt und zu ihrem Schutz Importzölle für Lebensmittel ansetzte. In der Periode der Industrialisierung war eine solche Politik untragbar. Der Industriekapitalismus konnte sich nur entwickeln und seine Konkurrenten, vor allem im Ausland, schlagen, wenn er die Löhne, das heißt die Produktionskosten, niedrig hielt. Das Niedrighalten der Löhne war aber nicht möglich, wenn das Brot teuer war, wenn die Preise aller Agrarprodukte künstlich hochgehalten wurden. Zu einem Verzicht auf diese Politik konnte aber eine absolutistische Regierung, die trotz allem eng mit dem Grundbesitz verbunden war, niemals gebracht werden. Für die Manufaktur war eine Einmischung des Staates in Wirtschaftsfragen noch eine Notwendigkeit, die Entwicklung der Industrie aber konnte nur ohne Einmischung des viel zu schwerfälligen absolutistischen Staates durchgeführt werden. Noch unter Joseph II. wurde genau festgestellt, welche Waren hergestellt, welche Artikel importiert werden durften, und während seiner Regierungszeit wurden wiederholt Stoffe, die trotz des Verbotes importiert worden waren, öffentlich verbrannt und Waren vernichtet, die nicht den von der Regierung festgelegten Maßen und Normen entsprachen. In der Zeit des sich entwickelnden Industriekapitalismus mit seinem Grundsatz des freien Unternehmertums, das durch keinerlei Zölle und staatliche Verordnungen gehemmt werden durfte, mit seiner vielseitigen, von Tag zu Tag sich vergrößernden und wechselnden

Produktion mußte jede Einmischung durch den Staat das Wachstum der Industrie hemmen. Bis der verhältnismäßig schwerfällige Staatsapparat des Absolutismus sich in Bewegung gesetzt und die neuen Waren, die erzeugt wurden, begutachtet und zur Produktion zugelassen hätte, wäre die Fabrik, die sich auf ihre Erzeugung eingestellt hätte, schon längst in Konkurs gegangen. Der absolutistische Staat mochte sich so rasch bewegen, wie es seine Struktur zuließ — die Entwicklung bewegte sich viel rascher. Und nach 1800 bis 1815 zog der Absolutismus es überhaupt vor, sich nur rückwärts zu bewegen!

Das Bürgertum mußte also die Macht übernehmen. Doch auch die Machtübernahme des Bürgertums an sich entschied die Dinge nicht mit einem Schlag. Als die Französische Revolution 1789 begann, trat das Bürgertum, der „dritte Stand", zunächst geschlossen gegen die Krone und den Adel auf. Aber auch dieses Bürgertum war nicht einheitlich. Sehr bald zeichneten sich im Lager des Bürgertums zwei Gruppen ab, die Rechte und die Linke: die „Girondisten" und die „Jakobiner", wie sie in Frankreich hießen, die „Gemäßigt-Liberalen" und die „Radikalen", wie sie in anderen Ländern und zu anderen Zeiten genannt wurden. Beide Gruppen waren am Sturz des Absolutismus interessiert, aber über das, was weiter geschehen sollte, gingen die Meinungen auseinander.

Die „Gemäßigten" waren Vertreter des großen Bürgertums, der Manufakturisten, der Großhändler und des kleinen Landadels, von denen ein Teil an der Manufakturentwicklung profitiert hatte. Sie wurden schon unter der Monarchie gesellschaftlich teilweise anerkannt, einige hatten Staatsfunktionen inne, unter Umständen war für sie der Absolutismus noch eine Weile tragbar. Nur die außerordentlich krassen Verfallserscheinungen des französischen Absolutismus, seine finanzielle Mißwirtschaft, seine häufigen militärischen Niederlagen, die schließlich zum Verlust der französischen Kolonien an England geführt hatten, die Erstarrung und Korruption, die seinen Niedergang begleiteten, hatten sie dazu gebracht, eine Änderung des Regimes zu fordern. Die „Gironde" — so nannten sich später die „Gemäßigten" — wäre mit einem konstitutionellen Königtum,

das ihr den entscheidenden Anteil an der Macht gab und dafür seine Privilegien und die eines Teiles des Adels behalten durfte, ganz zufrieden gewesen.

Der linke Flügel, die Jakobiner, waren die Männer der Vorstädte von Paris, die Schuster und Schneider, die Lehrer und die kleinen Beamten, die Rechtsanwälte, die die Geschäfte dieser kleinen Leute führten — die Menschen, die von unten kamen und die bald einen wesentlichen Teil der Vertreter des neuen Industriebürgertums bilden sollten. Für sie war eine „gemäßigte Revolution", die dem Adel einen Teil seiner Vorrechte und Positionen ließ, zu wenig. Für sie hing ihre Entwicklung, ihre Zukunft von der Zerschlagung des absolutistischen Staates, von der Begründung eines neuen bürgerlichen Staates ab. Für sie war das Programm, das in der Erklärung der Menschenrechte niedergelegt worden war, nicht nur ein schönes, menschliches Programm, sondern die Verkörperung ihrer Bedürfnisse.

Diese Linke — die eine Revolution ohne Kompromisse forderte, eine Revolution, deren wesentlicher Punkt die völlige Beseitigung der politischen und wirtschaftlichen Privilegien des Adels, der Existenz des Adels überhaupt war — fand gerade wegen dieser Forderung die Bundesgenossenschaft einer zahlenmäßig mächtigen und zu Kämpfen und Opfern bereiten Schicht: der Bauern. In den letzten Jahrzehnten vor der Revolution hatten sich die französischen Bauern immer wieder gegen die Herrschaft des Adels, gegen Abgaben und Fron erhoben, hatten sie immer wieder Freiheit und den Besitz des Bodens verlangt. Die Jakobiner gaben ihnen beides, und zum Dank dafür unterstützten die Bauern die Jakobiner, deren Hauptgewicht in den Städten lag, auch auf dem Lande.

So nahm die Revolution ihren Lauf — unaufhaltsam, trotz der Versuche der Gironde, sie auf halbem Wege aufzuhalten. Frankreich gab sich seine revolutionäre Verfassung, die alle Privilegien bevorzugter Schichten abschaffte, die Regierung dem Volk verantwortlich machte und die Freiheitsrechte des einzelnen gesetzlich verankerte. Der alte Beamtenapparat machte einem neuen, republikanischen, Platz, an die Stelle der alten Armee trat die zunächst freiwillige, dann durch allgemeine

Dienstpflicht geschaffene Volksarmee, an die Stelle der alten Gerichte das revolutionäre Volkstribunal. Die „Wohlfahrt des Volkes" wurde zum Hauptgrundsatz der Regierungspolitik proklamiert. Als der König von Frankreich versuchte, mit Hilfe des Auslands, insbesondere Englands, Preußens und Österreichs, eine Intervention der europäischen Mächte gegen die französische Republik vorzubereiten, wurde er vor Gericht gestellt, schuldig befunden und hingerichtet. Und als die Intervention Wirklichkeit wurde, schickte Frankreich gegen die vereinigten Heere Europas seine revolutionäre Armee ins Feld, und diese Soldaten, die man spöttisch „Sansculotten" — die Männer ohne Kniehosen (culotte), das Volk trug lange Hosen (pantalon) — nannte, schlugen bei Valmy die europäischen Armeen.

Die „Gemäßigten" hatten bei den ersten Maßnahmen mitgewirkt, dann tatenlos zugesehen; als aber die Revolution immer entschiedener das Regime von ehemals vernichtete, begann sich die Rechte zu wehren. Ganz besonders wehrte sie sich, als die Republik nicht einmal vor Würde und Reichtum haltmachte, als Spekulanten, die das Brot verteuerten, Kaufleute, die, um die Preise hinaufzuschrauben, Mehl vernichteten, ohne Schonung zum Tode verurteilt wurden, als Bürger, die mit den konspirierenden Aristokraten packelten und ihre einträglichen Geschäftsbeziehungen mit den Feinden der Republik im Ausland unterhielten, ebenso schonungslos behandelt wurden wie die Feinde selbst. Die Rechte versuchte mehrere Male, Aufstände gegen die Republik zu organisieren, bis die Jakobiner gezwungen waren, die Revolution mit der Waffe des revolutionären Terrors zu verteidigen. Von innen und von außen bedroht, kämpfte und wuchs unbesiegbar die Republik.

Schließlich kam die Revolution dennoch zum Abschluß — wenn auch unter Beibehaltung der Errungenschaften des Bürgertums — durch den Staatsstreich des jungen Generals Napoleon Bonaparte, der sich zuerst zum Konsul, dann zum Kaiser machte. Napoleon war der Vertreter des konservativen Flügels des Bürgertums — aber gleichzeitig war er ein Vertreter der vollzogenen Revolution, die nicht mehr rückgängig gemacht werden konnte, des neuen Frankreich, das in dieser Revolution geboren

worden war. Die Jakobiner traten nicht deshalb von der Bildfläche ab, weil die Vergangenheit stärker war als sie und weil der alte Absolutismus wiederkehrte, sondern weil der neue Industriekapitalismus, dessen Vorläufer und Träger sie waren, noch nicht stark und entwickelt genug war, um Frankreich ganz nach seinen Wünschen und Bedürfnissen zu formen. Napoleon war eine Kompromißlösung — die Stabilisierung der Revolution im Interesse ihres konservativeren Flügels, aber eine Stabilisierung, in der alle Elemente der Weiterentwicklung enthalten waren. Im Verlauf der Herrschaft Napoleons traten diese Elemente in den Hintergrund, obwohl das Frankreich, das er führte und das bald seine Fahnen über ganz Europa aufpflanzte, noch immer so revolutionär, so neu war, daß es überall dort, wohin es kam, die alte Ordnung umstieß und den Weg zu einer neuen bahnen half — wenigstens in den ersten Jahren der Napoleonischen Eroberungszüge.

Nicht in allen Ländern nahm die Entwicklung den gleichen Verlauf wie in Frankreich, nicht überall stürzte das Bürgertum zunächst geeint die Monarchie, bevor es sich in konkurrierende Gruppen aufspaltete. In einer Reihe von Ländern vollzog sich die Spaltung innerhalb des Bürgertums schon vor der Revolution. Wenn der Kapitalismus weiter wachsen, die industrielle Revolution zu Ende geführt werden sollte, mußte der Absolutismus abtreten. Als er blieb, verlangsamte sich bald das wirtschaftliche Wachstum des Landes, das Land wurde zu einem wirtschaftlich zurückgebliebenen Lande und kam schließlich in Abhängigkeit von Staaten, in denen sich der Industriekapitalismus glatter und reibungsloser entwickelt hatte.

In der wirtschaftlichen Entwicklung einiger Länder gibt es zu Beginn des 19. Jahrhunderts einen merkwürdigen Bruch. In der Periode der Manufaktur im 18. Jahrhundert hat es den Anschein, als verlaufe ihre Entwicklung normal. Dann, zuerst kaum sichtbar, kommt ein Nachlassen — das Wachstum der Produktion wird langsamer, bald stockt es fast ganz. Es scheint, als könne das Land die Kraft nicht aufbringen, den Schritt zur nächsten Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung zu tun. Hat das Land zu wenig Kohle, zu wenig Erz, zu wenig von jenen

Rohstoffen, die die neue Industrie braucht? Ist es zu weit abgelegen von der Seeküste, hat es zu wenig Häfen, zu wenig Straßen? Sind seine Einwohner weniger fleißig, weniger geschickt als andere? Der Grund mag schwer zu finden sein, aber die Tatsache bleibt. In wenigen Jahrzehnten ist das Land weit hinter anderen glücklicheren Ländern zurückgeblieben.

Ein solches Land war Österreich.

In den Achtzigerjahren des 18. und bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts hatte es den Anschein, als bewege sich die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs stürmisch vorwärts. Die Wirtschaftspolitik der theresianischen und josefinischen Periode wirkte sich aus, die Manufaktur hatte ihren Einzug gehalten. Böhmen, Mähren, Niederösterreich waren die Hauptgebiete der Manufaktur — so exportierte zum Beispiel 1782 Mähren allein um zwei Millionen Gulden Tuch nach dem Orient. In dem gleichen Jahr betrug der Wert des Warenexports nach dem Fernen Osten acht Millionen Gulden. Der Import aus dem Fernen Osten war allerdings fast doppelt so viel wert, aber der größte Teil davon bestand aus Baumwolle, die in Österreich verarbeitet und teilweise wieder exportiert wurde.

Ein anderes Zentrum der Textilproduktion, der wichtigsten Massenproduktion der damaligen Zeit, befand sich in Linz. Die Linzer Textilmanufaktur — zuerst staatlich, später halbstaatlich — fällt durch ihre Größe etwas aus dem Rahmen; im allgemeinen waren die Betriebe damals kleiner, aber außergewöhnlich groß war sie für österreichische Verhältnisse nicht. In Böhmen und in Mähren gab es einige Fabriken, die fast ebensoviel Menschen beschäftigten und ebensoviel — später sogar noch mehr — Ware herstellten. Insgesamt beschäftigte die Textilindustrie 1805 170000 Arbeiter. — Folgende Beschreibung der Linzer Manufaktur gibt ein zeitgenössischer Schriftsteller, der die Fabrik etwa um 1800 besuchte:

„Die Haupt-Facciate (Fassade, d. Verf.) der Fabrik liegt von dem Donauarm, welcher mit dem Hauptstrome die gegenüberliegende Aue zur Insel macht, fünf Klafter entfernt, sie ist mit zwey ansehnlichen Einfahrttoren versehen und macht die Fabrik zu einem der herrlichsten Gebäude in Linz. Die vierte

Seite gegen Nordost, worauf 1773 der zweite Stock gesetzt wurde, enthält neben einer Färberey theils Material-Magazine, theils Maschinen zur Appretur. Endlich sind die um dieses ganze Gebäude laufenden Wollböden zu bemerken. Im Jahre 1753 wurde das Zwirnhaus erbaut. Es enthält die seit 1774 nach und nach erbauten zehn Filatorien, nach italienischer Bauart. Jedes hat 360 Spulen und wird ganz leicht von einer Person in Bewegung gesetzt... Im Jahre 1764 wurde die neue Färberey erbaut. Die Kämmerey, das Waschhaus und der daran stehende neue Drockenboden messen 29 Klafter und dreieinhalb Schuh (etwa 52 Meter, d. Verf.). Die Kämmerey begreift in sich zwei sehr große Werkstätten, in welchen immer bey 400 Personen arbeiten... Der ganze von der Fabrik der Länge nach eingenommene Bezirk besteht in 218 Klaftern (etwa 380 Meter, d. Verf.), die Breite kann nach den meisten Orten auf 56 Klafter angenommen werden (etwa 98 Meter, d. Verf.)."

Das Gebäude, auf dem schon in den letzten Jahren des Jahrhunderts ein dritter Stock aufgesetzt wurde, nahm also etwa 90000 Quadratmeter ein, was auch nach heutigen Begriffen als Großbetrieb gelten kann. Ebenso bedeutend wie die Ausdehnung war auch die Zahl der Beschäftigten. In der Beschreibung heißt es weiter:

„Die Zahl der Fabrikarbeiter war 1780 diese: Wolleklauber waren achtzig, Kämmer vier hundert, Kartätscher zehn, Garn- und Wolleschläger vierzehn, Spuller, Dopplirer und Seidenwinderinnen eintausend sechs und vierzig, Zwirner, Sortierer und Schweifer ein hundert und dreyssig, Farbhelfer sieben und fünfzig, Preßhelfer acht und sechzig, Stückwäscher und Walker zwölf.

Der Stand der Webermeister war dieser: auf ungefähr neun hundert Weberstühlen sind wirklich fünf hundert neunzehn Meister und drey hundert acht und dreyssig Gesellen, und da jeder Stuhl wenigstens eines Gehülfen zu Aufspullung der Schützenspüllerl benöthiget ist, so sind auch neben den Meistern und Gesellen neun hundert Gehülfen mit beständiger Arbeit belegt.

Stückweise werden bezahlt die Kartätscher, die Kämmer, die Wolleschläger, die Wolle- und Garnwäscher, die Spüller, die Zwirner, die Weber. In Wochenlöhnungen stehen die Wolleklauber, die Stückwäscher und Walker, die Preß- und Farbhelfer, sämtlichen Gespunsten-Sortirer, die Filatorien-Arbeiter und Schweifer."

In der gleichen Schilderung heißt es schließlich: „Die Anzahl der auf dem Lande in Österreich ob der Enns zertheilten Weber und der unter vier und zwanzig, in verschiedenen österreichischen Gegenden aufgestellten Spinn-Factoren befindlichen Spinnersleute beläuft sich auf zehn tausend acht hundert und fünfzig Personen.

Nebst dem böhmischen Zeugmacher-Handwerk in Eger, Königsberg und Gassengrün, deren bey sechzig Meister mit Fabrik-Arbeit belegt sind, befinden sich noch unter neun in verschiedenen Kreisen aufgestellten Spinn-Factoren zehn tausend ein und neunzig Spinnersleute.

In Mähren in der Gegend Znaym bis Ollmütz zählt man zwey tausend ein hundert zwey und siebzig Spinnersleute. Es beläuft sich das ganze zur k. k. Fabrik arbeitende und im Nahrungsverdienst stehende Personale auf fünf und zwanzig tausend neun hundert und neunzig Personen. (Gemeint ist das in allen Fabriken der Manufaktur, die eine Art Zentralfabrik mit Zweigfabriken war, beschäftigte Personal. D. Verf.)

Der beträchtlichste Stoff, welcher die rohe Schafwolle ist, wovon jährlich über fünf tausend Centner verarbeitet werden, kommt meistens aus dem Banat, aus der Wallachey, aus Serbien, Bulgarien und von Ungarn. Außer wenigen Farbwaaren, welche die österreichischen Länder nicht erzeugen und die unmittelbar aus Holland und Frankreich verschrieben werden, wird alles Übrige vom Inland geholt."

Für die Manufakturperiode war dieser Betrieb ein sehr beachtliches Unternehmen; die Menge der in der Monarchie produzierten Stoffe und die Zahl der im Lande beschäftigten Arbeiter waren auch nach westeuropäischen Begriffen recht bedeutend.

Die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs Ende des 18. Jahrhunderts wird auch durch die Entwicklung in Wien illustriert. Ende des 17. Jahrhunderts besaß Wien 70000 Einwohner, Ende des 18. war die Zahl auf 190000 angewachsen.

Dieses Wachstum setzt sich ziemlich gleichmäßig fort; 1848 betrug die Einwohnerzahl mehr als 400000. Fast die Hälfte des Zuwachses kam nach 1810 durch Einwanderung aus den anderen Ländern der Monarchie, vor allem aus Böhmen.

Teilweise kamen die Zuwanderer als Beamte nach Wien, als Handwerker, die für die neue Bürokratie arbeiteten, als Dienstboten für die Bankiers und Spekulanten, für die neuen Reichen der Hauptstadt. Aber viele kamen auch als Arbeiter für die neuen Manufakturen und Industrien. Das zeigt die verschiedene Entwicklung der Stadtteile. Während in der inneren Stadt, dem Verwaltungs- und Wohnzentrum der reicheren Bevölkerung, die Zahl der Häuser zwischen 1780 und 1820 etwas abnahm, stieg sie in den neuen Industriebezirken rasch an. So vergrößerte sich in der Leopoldstadt von 410 auf 600, auf der Wieden von 368 auf 589, in Margareten von 86 auf 170, in Alt-Lerchenfeld von 182 auf 231, in Gumpendorf von 139 auf 320. Gleichzeitig — auch das war ein Zeichen des Wachstums und der Entwicklung Wiens — wurde der Grund und Boden wesentlich teurer, und die Häuser, die nicht mehr unbeschränkt ausgebreitet werden konnten, wuchsen in die Höhe. 1795 gab es in der Inneren Stadt 42 einstöckige, 188 zweistöckige, 457 dreistöckige, 376 vierstöckige und 51 fünfstöckige Häuser. Hundert Jahre früher hatte es 128 einstöckige, 443 zweistöckige, 26 vierstöckige und nur ein fünfstöckiges Haus gegeben. Während im 17. Jahrhundert in einem Haus meist nur eine, höchstens zwei Familien lebten, gab es Ende des 18. Jahrhunderts schon den Begriff der Zinskasernen mit Dutzenden von Bewohnern, und um die Jahrhundertwende mußte man schon Vorschriften gegen Überbelegung von Häusern erlassen.

Im Jahre 1770 war die Zahl der Fabriken in Wien noch nicht sehr groß. Es gab Werkstätten für die Anfertigung von Kunstblumen auf der Laurenzerbastei, einige Fabriken für Baumwollstoffe auf der Wieden, für Gips an der Kärntnertorbrücke, für Lederwaren am Wienfluß, für Golddraht und Goldstickerei in Margareten, für Seidenwaren im dritten Bezirk, in Mariahilf und in der Leopoldstadt. 1795 jedoch sah die Liste der Fabriken in Wien folgendermaßen aus:

29 Seidenfabriken (mit 300 Webstühlen)
19 Bandfabriken
12 Lederfabriken
4 Baumwollfabriken
6 Leinenwarenfabriken
7 Knopffabriken
5 Stahlwarenfabriken
16 Fabriken für verschiedene Galanteriewaren (Spitzen, Kunstblumen, Fächer usw.)
9 Papierfabriken.

Eine ähnliche Entwicklung gab es in den übrigen Städten der österreichischen Länder sowie Böhmens und Mährens.

Aber diese Entwicklung ging nicht so weiter, wie sie anderswo weiterging. Das Natürliche wäre gewesen, daß sich Anfang des 19. Jahrhunderts nach der leichten, der Textil- und Gebrauchsgüterindustrie, nun auch die schweren Industrien (Kohle, Eisen, Transport) zu entwickeln begonnen hätten, denn der Übergang zur industriellen Produktion bedeutete den Übergang zum Maschinenbau, zur Verwendung von Kohle in der neuen Industrie, zur Verwendung der neuen billigen Transportmittel, des Dampfschiffes und der Eisenbahn.

1802 war die erste Dampflokomotive konstruiert worden, zwanzig Jahre später baute man in England die ersten Eisenbahnen. Die Forderung nach dem Bau von Eisenbahnen war in Österreich schon Anfang des Jahrhunderts erhoben worden, aber erst 1825 wurde eine Organisation, die „k. k. Private Erste Eisenbahngesellschaft", gegründet. Diese Gründung führte aber zu nichts. Weder der Staat noch die großen Bankiers gaben anfangs Geld her — und eine Eisenbahn erforderte riesiges Kapital, das nicht von einigen wohlhabenden Privatleuten allein aufgebracht werden konnte. 1832 schließlich wurde die erste (private) Eisenbahnlinie zwischen Linz und Budweis, deren Länge nur 17 Meilen betrug, dem Verkehr übergeben. Fünf Jahre später folgte die Bahn Prag—Lana. Die nächste, sechs Meilen lange Linie Wien—Bruck wurde erst 1846 fertig. Bis 1846 hatte man — ausschließlich aus privaten Mitteln — im ganzen 94 Meilen Bahnlinie gelegt. Der Staat lehnte es immer wieder ab, sich am

Bahnbau zu beteiligen oder ihn zu unterstützen. Die Haltung der Regierung dazu wird am besten durch folgenden Ausspruch des Kaisers Ferdinand illustriert, als Rothschild von ihm die Konzession zum Bau einer Eisenbahnlinie verlangte: „Was, Ihr wollt eine Eisenbahn bauen? Zu was denn? Jeden Tag seh ich den Stellwagen von Kagran ankommen und nie ist er voll!" Kaiser Ferdinand war zwar nicht gerade mit Geistesgaben gesegnet, aber so wie er dachten nicht wenige Minister und hohe Beamte in Österreich. Mitte der Dreißigerjahre begann sich zum erstenmal das Großbürgertum mit dem Eisenbahnbau zu beschäftigen, vor allem die großen Privatbanken, in erster Linie die 1816 gegründete Wiener Bank von Salomon Rothschild und das Bankhaus Arnstein und Eskeles des Bankiers Ludwig Pereira. Rothschild gründete 1836 eine Gesellschaft zum Bau einer Eisenbahn zwischen Wien und Krakau, der „Kaiser-Ferdinand-Nordbahn". Interessant ist die Zusammensetzung des Vorstandes dieser Aktiengesellschaft. Er bestand fast ausschließlich aus Bankiers und Adeligen. Industrielle waren überhaupt nicht vertreten. Dabei interessierte sich das Bürgertum für den Bahnbau; das beweist das Resultat der Ausgabe der Aktien für die neue Bahn. Elf Millionen Gulden waren erforderlich, aber wenige Monate nachher waren schon 27 Millionen Gulden gezeichnet. Die Bahn, die 1855 vollendet wurde, lief durch das größte Eisenwerk der Monarchie, die 1829 in Betrieb genommenen Witkowitzer Eisenwerke — deren Besitzer später ebenfalls Baron Rothschild wurde.

1842 übernahm der Staat den Eisenbahnbau, ohne daß deswegen der Bau von Privatbahnen aufgehört hätte. Gedacht war die Sache als eine Art Arbeitsteilung, die Privatgesellschaften sollten vor allem für industrielle Zwecke — zum Beispiel für den Transport von Erz, Kohle usw. — bauen, der Staat für strategische Zwecke. Natürlich ließ sich eine solche Trennung in der Praxis nicht durchführen. Unter der Leitung des Staates ging der Eisenbahnbau genau so zögernd, besser gesagt, noch viel zögernder vor sich als unter der Leitung von Privatfirmen. Einige Jahre lang, als der ehemalige Präsident des Triestiner Lloyd, Bruck, ein Vertreter des modernen Flügels des Bürgertums,

Regierungsmitglied war, wurde etwas rascher und energischer gebaut, stellte man größere Summen zur Verfügung und appellierte auf dem Wege der Aktienausgabe mehr an das Publikum. Aber Bruck und seine Gruppe wurden gestürzt und der Bahnbau schlief wieder ein. Bis 1854 hatte man im ganzen 260 Meilen Bahn in Betrieb genommen. Amerika besaß in der gleichen Zeit 2500 Meilen Eisenbahnlinien, England, das nicht viel früher mit dem Bau begonnen hatte als Österreich, an 2000 Meilen.

Eisenbahnbau ist ein Unternehmen, das viel kostet und das großzügig betrieben werden muß. Es kann nur durchgeführt werden, wenn der Staat unter Aufwendung großer Mittel und ohne zu sparen die Bahnen baut oder wenn er großzügig alle Gruppen des Bürgertums an das Geschäft heranläßt und alle Kapitalisten ermutigt, ihr Geld ins neue Unternehmen zu stecken. Aber der österreichische Staat tat keines von beiden. Mit der josefinischen Zeit war auch die josefinische Wirtschafts- und Finanzpolitik zu Ende. Anfang des 19. Jahrhunderts wurde die Lage so arg, daß 1809, nach den Napoleonischen Kriegen, Österreich einen Staatsbankrott anmelden und die Währung abwerten mußte. Später lebte man ständig am Rande des Bankrotts, für den Eisenbahnbau war natürlich kein Geld da. Auf der anderen Seite dachte die Regierung gar nicht daran, neue Gruppen und Personen, Außenseiter, an ein Geschäft heranzulassen, das vielleicht irgendwann einmal Geld bringen würde. Kaiser Franz und Ferdinand konnten das, was unter Maria Theresia und Joseph geschehen war, nicht mehr ungeschehen machen. Sie konnten, auch wenn sie gewollt hätten, nicht nur zugunsten des Adels und der Erhaltung seiner wirtschaftlichen Privilegien regieren. Sie mußten das Bürgertum stärker heranlassen. So ließen sie die älteste, konservativste und gleichzeitig reichste Gruppe des Bürgertums — sozusagen die österreichische Gironde — mitarbeiten, nicht mehr wie einst die Händler und Monopolisten, sondern die Finanzleute und Bankiers. Bis 1809 ging der Kampf, dann fiel eine vorläufige Entscheidung, deren Ausdruck die Herrschaft Metternichs war, die eine Herrschaft nicht mehr der Krone und ihres Apparates allein war, sondern eine Herrschaft der Krone und ihrer Bürokratie, des grundbesitzenden

Adels und der Bankiers. Zum erstenmal wurde in dieser Zeit die verhältnismäßige politische Einheitlichkeit des absolutistischen Systems durchbrochen, zum erstenmal wurde der Staat — wenn auch nach außen hin nicht sehr sichtbar — nicht nur von der Krone regiert. Die Herrschaft Metternichs war im Grunde die Herrschaft der Krone plus Graf Larisch (oder anderer Grundbesitzer) plus Bankier Rothschild. Es war kein Zufall, daß die Länder der politischen Allianz, der Österreich von 1812 bis 1848 angehörte, die Länder waren, in denen das Bankhaus Rothschild und andere große Bankhäuser ihre Hauptgeschäftsverbindungen hatten, und es war kein Zufall, daß die Politik dieser „Heiligen Allianz" — Österreich, England, Preußen, Rußland und später Frankreich — genau den Zielen und Interessen der großen Bankiers entsprach: alles beim alten zu lassen, Revolutionen und Machtverschiebungen zu verhindern, die Herrschaft der Großmächte über die kleinen unterdrückten Nationen aufrechtzuerhalten.

Die Politik der Regierung Österreichs bezüglich der industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung war: Entwicklung, aber mit Einschränkung, soweit es einerseits den politischen Interessen der Krone, andererseits den wirtschaftlichen Interessen des Adels nicht widersprach. Der Eisenbahnbau wurde zögernd gefördert, aber gleichzeitig sah man darauf, daß die Banken und der Grundbesitz das Geschäft allein in der Hand behielten. machte man die Entwicklung des Transports und der Industrie praktisch zu ihrem Monopol und war viel mehr darauf bedacht, „Außenseiter" fernzuhalten, als eine rasche Entwicklung zu fördern. Und da auch das Haus Rothschild und seine adeligen und bürgerlichen Geschäftsfreunde nicht über unbeschränktes Kapital verfügten, baute man eben nur so viele Bahnen, wie für sie möglich und vorteilhaft war. Die österreichische Wirtschaftspolitik in dieser Zeit erinnerte stark an die Geschichte vom sogenannten „Salathund", einem Tier, das neben dem Salat liegt, ihn selbst nicht frißt, aber auch andere nicht fressen läßt — wobei die Rothschild und die Larisch, die Pereira und die Thun die Rolle des Hundes spielten, während die industrielle Entwicklung der Salat war.

Das schöne Spiel mit dem Eisenbahnbau dauerte bis 1854 — bis es klar wurde, daß man auf diese Weise niemals weiterkommen würde. Dann begann man in größerem Maße neue Kapitalistengruppen heranzulassen, nämlich ausländische, mit denen die österreichische Hochfinanz in Geschäftsverbindung stand. So kam es, daß ein großer Teil der Eisenbahnen, die nach dieser Zeit gebaut wurden, in ausländischen Besitz geriet, vor allem in den Besitz französischer Gesellschaften. (Die Liaison der österreichischen Hochfinanz mit Frankreich war besonders eng.) Das österreichische Bürgertum hatte nach wie vor das Nachsehen.

Etwas besser lagen die Dinge im Schiffbau, auf den das österreichische neue Bürgertum einen größeren Einfluß hatte. Die Hafenanlagen der Adriahäfen, vor allem Triests, und die Schiffahrtsgesellschaften waren verhältnismäßig neu, ihre Entstehung lag kaum hundert Jahre zurück, und die Beteiligung des Bürgertums war von Anfang an verhältnismäßig stark. Die 1833 aus mehreren kleineren Gesellschaften gegründete größte Schiffahrtsgesellschaft, der Triestiner Lloyd, war eine Position des industriellen Bürgertums, von der aus immer wieder Vorstöße für eine Änderung der österreichischen Wirtschaftspolitik unternommen wurden. Die Ernennung seines Präsidenten Bruck zum Minister nach 1848 war auch eine der demonstrativen Konzessionen, die die Krone diesem neuen Bürgertum machte. Allerdings stand es auch auf dem Gebiet des Schiffbaus nicht sehr glänzend. Während der Lloyd 1846 mit Ach und Krach 20 Dampfer in Betrieb hatte — deren Leistungen und technische Ausführung allerdings glänzend waren —, verfügte die österreichische Kriegsmarine über die stolze Zahl von 1 Linienschiff, 7 Fregatten, 4 Panzerkorvetten (Dampf und Segel), 3 Schonern, 4 Segelbriggs, 21 Kanonenbooten und 15 Raddampfern — eine Zahl, die kaum höher war als 1720. Und das, obwohl Österreich seit 1814 fast die ganze Adriaküste beherrschte, eine Mittelmeermacht war und einen nicht unerheblichen Handel mit dem Nahen und Fernen Osten unterhielt!

Fast noch wichtiger als der Transport zur See war für das Donauland Österreich der Flußtransport. Es ist charakteristisch für die österreichische Situation, daß die wichtigste und

größte europäische Donauunternehmung, die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, 1829 nicht von Österreichern, sondern von zwei Engländern — Andrews und Pritchard — begründet wurde, die 1830 den ersten Dampfer zwischen Wien und Budapest verkehren ließen. 1834 wurde die DDSG. von einer privaten Gesellschaft übernommen, in der Industrielle, vor allem böhmische kleinere Industrielle, ein etwas größeres Gewicht hatten als anderswo und in der der Adel kaum vertreten war. Die DDSG., die 1840 17 Schiffe besaß, erhielt von der Regierung größere Unterstützung als andere Unternehmungen. In den nächsten Jahren sprengte man einige Felshindernisse an der Donau und schloß später die österreichisch-russische Donaukonvention ab, die den österreichischen Schiffen auch auf russischem Gebiet Durchfahrtsrecht gab.

Daß der Lloyd und die DDSG. sich so langsam entwickelten, lag nicht an ihnen. Um rasch zu wachsen, brauchten sie etwas, was sie nicht erhielten — Eisen und Kohle. Hierin liegt einer der Kernpunkte der langsamen Entwicklung der österreichischen Industrie im 19. Jahrhundert.

Diese Rückständigkeit der österreichischen Industrie hat die ganze spätere Entwicklung des Landes beeinflußt. Für sie gibt es in der österreichischen Geschichtschreibung eine Reihe von Erklärungen, die alle eines gemeinsam haben: Sie stellen dieses Zurückbleiben als eine Art Schicksalsschlag dar, eine aus unveränderlichen und unbeeinflußbaren natürlichen Ursachen geborene Tatsache, gegen die Österreich nichts tun konnte und an der es unschuldig war. Es ist eine Art wirtschaftlicher Determinismus, die für alles, was mit Österreich und in Österreich geschah, die Natur verantwortlich machen will, die Österreich so stiefmütterlich bedacht habe — und nicht die innerpolitische Entwicklung des Landes.

Eine solche beliebte These ist: Im Gegensatz zu England und Frankreich fehlt es Österreich an den zwei zur Durchführung der Industrialisierung unerläßlichen Rohstoffen — nämlich Erz und Kohle. Aus diesem Grunde konnte die industrielle Revolution nicht frühzeitig durchgeführt werden, aus diesem Grunde entwickelte sich nur ein schwaches

Bürgertum, das nicht in der Lage war, den Absolutismus zu stürzen, aus diesem Grunde blieb Österreich ein politisch rückständiger Staat mit einem schwach entwickelten bürgerlich-demokratischen Bewußtsein und einem schwach entwickelten Nationalgefühl. Und aus diesem Grunde endete die österreichische Monarchie so, wie sie enden mußte.

Diese Beweisführung, die die ganze Schuld auf die Kohle und das Erz schiebt, welche irgendeine böse Naturgewalt Österreich zu geben vergaß, zeichnet sich dadurch aus, daß sie in Widerspruch zu den Tatsachen steht. Die Monarchie hatte mehr als genug Kohle und übergenug Erz. Eine andere Sache ist, daß sie zu lange unter der Erde blieben.

Das österreichische Kaiserreich in der Periode der beginnenden industriellen Revolution war nicht das Österreich von heute, sondern das ganze Gebiet der großen Monarchie, das jene Kohlenvorkommen enthielt, die heute zu den reichsten Europas gehören. Es gehörten dazu unter anderem das Mährisch-Ostrauer Kohlenbecken, die böhmischen und mährischen Kohlenvorkommen, ein Teil der polnischen, der rumänischen und die ungarischen Kohlengebiete. Man kann auch nicht behaupten, daß diese Kohlenlager nicht bekannt waren. Schon zu Anfang des Jahrhunderts kannte man die Kohlenvorkommen in Böhmen, Mähren, in Ungarn, im Banat und auch in Österreich selbst. Die Kohlengruben von Fünfkirchen, von Mohacs, von Oravitza, von Ödenburg, die Vorkommen bei Pilsen, bei Wranow, bei Lana, bei Wranowitz und bei Nachod, von Rossitz und von Oslawan, von Ostrau, Peterswald und Dombrau und in Galizien, im Kreis Kolomea, waren seit langem bekannt. Aber bis zur Mitte des Jahrhunderts wurden sie kaum ausgebeutet. Neben diesen Steinkohlenlagern gab es noch ausgedehnte Braunkohlenlager in Österreich, Böhmen, Ungarn und im heutigen Jugoslawien. In der Steiermark, in Kärnten gab es Erzlager, die für eine weit größere Industrie ausgereicht hätten, als es die österreichische war. Auch von diesen Lagern wußte man seit geraumer Zeit. Trotzdem betrug noch Mitte des Jahrhunderts die Kohlenproduktion in der Monarchie nur 60 Millionen Zentner, gemessen an 630 Millionen Zentnern

in England und 110 Millionen Zentnern in dem viel kohlenärmeren Frankreich.

Dabei war es keinesfalls so, daß es in Österreich keine Nachfrage nach Kohle und nach Erz gab — im Gegenteil. Die sich entwickelnde Industrie, und in erster Linie die Schiffahrtsgesellschaften und die Eisenbahnen, schrie geradezu nach Kohle und Eisen. Aber beides war nur schwer zu haben. In dem kohlenreichen Österreich mußten die Schiffahrtsgesellschaften noch Mitte des Jahrhunderts Steinkohle aus England importieren. Selbstverständlich verteuerte das die Frachttarife außerordentlich, und auch aus diesem Grunde waren die österreichischen Linien international lange nicht konkurrenzfähig.

Warum wurden die österreichischen Kohlengruben nicht oder nicht rechtzeitig in Betrieb genommen? Um diese Frage zu beantworten, muß man zunächst feststellen, wem sie gehörten.

Während in Frankreich und Belgien durch die Französische Revolution und in England schon seit der Zeit Cromwells das Monopol des Adels auf Grundbesitz gebrochen worden war, ein beträchtlicher Teil des Bürgertums Bodenbesitz wurde und der Bodenerwerbung der neuen Industriellen keine Hindernisse in den Weg gelegt wurden, gehörte in Österreich — vor allem in den nichtösterreichischen Ländern der Monarchie — Grund und Boden nach wie vor in erster Linie dem Adel. Die Frage des Grund und Bodens war gerade der Punkt, an dem die josefinischen Reformen stehengeblieben waren, und nach Josephs Tod tat die Regierung alles, um auch seine Teilreformen auf diesem und auf anderen Gebieten rückgängig zu machen. Neben dem Adel war der größte Grundbesitzer der Staat. So kam es, daß fast alle Kohlengebiete zum größten Teil auf adeligem, zu einem geringeren Teil auf staatlichem Land lagen — von dem nur ein Bruchteil tatsächlich Staatsbesitz war, der größere Teil jedoch der Krone als Privatbesitz gehörte. Hier einige Beispiele: Die Kohlengruben im Ostrauer Gebiet gehörten den Grafen Wilczek und Larisch, ein Teil befand sich seit 1841 im Besitz Rothschilds. Die Gruben von Lana waren

im Besitz der Familie Fürstenberg, die von Bilin waren Eigentum des Fürsten Lobkowitz. Die ungarischen Braunkohlenlager bei Ödenburg gehörten dem Prinzen Coburg, die Gruben von Wranowitz der Familie Sternberg. Die Oravitzaer Kohlenflöze waren ebenfalls adeliger Besitz; bis Mitte des Jahrhunderts wurden sie überhaupt nicht bearbeitet, 1846 kaufte sie dann der Staat und begann sie auszubeuten.

Aber der Adel war nicht nur Besitzer von Kohle, die noch unter der Erde lag und für deren Förderung hohe Kapitalinvestitionen notwendig waren — er war auch Besitzer eines anderen, viel billiger und müheloser zu gewinnenden Brennstoffs — Holz. Um die riesigen Wälder der adeligen Grundbesitzer zu schlagen und das Holz in Holzkohle zu verwandeln, brauchte man weder komplizierte Maschinen noch teure Anlagen noch geschulte Arbeiter und Ingenieure — man brauchte nur einfache Werkzeuge sowie holzfällende und kohlebrennende Bauern. An der erprobten Holzverwertung konnte man zu einer Zeit, als überall Heizmaterial gebraucht wurde, rasch reich werden, während man beim Kohlenbergbau Geld anlegen und Geld riskieren mußte.

Man könnte die Geschichte der österreichischen Wirtschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter dem Titel „Kampf von Holz gegen Kohle" schreiben, wobei mindestens zu dieser Zeit das Holz siegte. Noch bis zum Beginn der Fünfzigerjahre mußten die wichtigsten Industrien — Eisen, Glas, Salz, die gesamte Textilindustrie — und vor allem alle Lokomotiven der neuen Eisenbahnen Holz und Holzkohle verwenden, und zwar nicht deshalb, weil keine Kohle da war und die importierte Kohle sehr viel kostete, sondern in den meisten Fällen auch deshalb, weil die Staatsbehörden, die wie zu Zeiten Maria Theresias die gesamte Produktion noch immer mit eiserner Hand kontrollierten, nicht die Erlaubnis zur Verwendung anderer Brennstoffe gaben. Offiziell wurde diese Politik mit der Notwendigkeit begründet, die heimische Produktion zu fördern und die übermäßige Einfuhr aus dem Ausland zu verhindern, aber da nichts unternommen wurde, die heimische Kohlenproduktion zu steigern, war diese Begründung nicht

sehr glaubwürdig. In Wirklichkeit verteidigte die Regierung Metternich hier wie in allen anderen Fragen die Interessen des grundbesitzenden Adels, indem sie praktisch in Österreich ein Holzmonopol schuf. Daß diese Politik nebenbei zu einer wilden und volkswirtschaftlich unverantwortlichen Abholzung führte, interessierte weder die Regierung noch die Waldbesitzer.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte Österreich ungefähr dreieinhalbtausend Quadratmeilen Waldbesitz. Bei einer normalen Abholzung, die eine geregelte Aufforstung erlaubt, hätte man im Jahr 17 Millionen Klafter Schlagholz gewinnen dürfen (ein Klafter ist eindreiviertel Meter, ein Holzklafter ist ein Klafter in Höhe und Breite und 60 bis 80 cm in der Länge). Das war das Ausmaß der Holzproduktion 1830. Aber 1844 stieg sie auf 30 Millionen Klafter und 1846 auf 42 Millionen. Die Kohlenproduktion entwickelte sich indessen folgendermaßen: 1819 eineinhalb Millionen Zentner, 1829 drei Millionen Zentner und 1845 14 Millionen Zentner.

Der Adel konnte und wollte seinen Monopolbesitz an den Kohlengruben nicht zur Kohlengewinnung ausnützen, die Regierung wollte ihn nicht dazu zwingen. Im Gegenteil. Dort, wo es einem unternehmungslustigen Privatmann doch gelang, ein Kohlengebiet zu erwerben, machte man ihm die größten Schwierigkeiten. Selbst wenn ihm die Ankaufsgenehmigung erteilt wurde — und oft genug wurde sie verweigert —, hinderte man ihn durch die Anwendung bürokratischer Vorschriften auf Schritt und Tritt beim Ausbau des Bergwerks, verweigerte ihm die Einfuhr von Maschinen, gab ihm nicht die Erlaubnis, ins Ausland zu fahren, um dort neue Methoden zu studieren, ja man verbot ihm oft genug unter dem Titel der „öffentlichen Sicherheit" die Einstellung von Arbeitern aus fernerliegenden Orten, weil es dadurch angeblich zu „Zusammenrottungen subversiver Elemente" kommen konnte. Von Steuererleichterungen oder gar Steuernachlaß war natürlich keine Rede. Steuererleichterungen und Staatshilfe gab es nur für den Grundbesitzer, dessen Produkte die Regierung schon 1815 von Abgaben und Kontrollen befreite. Den neuen Industriellen

betrachtete der Staat bestenfalls als Melkkuh. Sogar Rothschild, der in seinen Gruben moderne Produktionsmethoden einführte und der sonst gewiß nicht Anlaß hatte, über mangelnde staatliche Unterstützung zu klagen, mußte auf diesem Gebiet einen schweren Kampf gegen die Behörden führen. Nicht anders ging es ihm übrigens auf dem Gebiet der Eisenproduktion. Die Witkowitzer Eisenwerke wurden schon in den Zwanzigerjahren begründet, aber es dauerte fast zwanzig Jahre, bis man die Möglichkeit erhielt, sie voll in Betrieb zu setzen.

Nach und nach begannen auch Adelige ihre Gruben dennoch auszubauen — daß Kohle ein glänzendes Geschäft werden konnte, wurde allmählich auch dem Rückständigsten klar. Allerdings standen die meisten auf dem Standpunkt, daß man so wenig als möglich in die Gruben hineinstecken dürfe und so rasch und viel als möglich daran verdienen müsse. Das Resultat war: ungenügende Ausrüstung der Gruben; Maschinen, die unzulänglich und meist schon zu Beginn veraltet waren; fast völliger Mangel an Sicherungsmaßnahmen und Raubbau an Kohle und Menschenkraft. Die Zahl der Grubenunglücke in diesen Bergwerken war erschreckend hoch, und viele wurden so unrationell ausgebeutet, daß sie schon nach kurzer Zeit wieder stillgelegt oder verkauft werden mußten. Eine Ausnahme waren die Gruben des Fürsten Lobkowitz in Bilin, die modern ausgebeutet wurden und 1840 ein Drittel der österreichischen Kohlenproduktion förderten.

Das Ende war, daß schließlich entweder der Staat oder die großen Transportgesellschaften die Bergwerke übernahmen. Mitte des Jahrhunderts begann die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft eine Grube nach der anderen aufzukaufen und selbst zu bewirtschaften; ihr Hauptbesitz waren die ungarischen Gruben in Fünfkirchen. Die Staats-Eisenbahngesellschaft wurde ebenfalls Grubenbesitzer; unter anderem kaufte sie die Bergwerke in Oravitza, in Reschitza, einen Teil der Bergwerke von Lana und eine Reihe anderer kleinerer Gruben auf. Andere Gruben wurden von der Nordbahn und anderen Privatbahnen übernommen. Zusammen mit einigen großen Adeligen (wir erwähnten schon Lobkowitz), Rothschild (der zu den Ostrauer

Bergwerken noch Gruben in Dalmatien erwarb) und einigen wenigen bürgerlichen Industriellen (Gebrüder Klein, Gebrüder Steffens) kontrollierten diese Gruppen nun die ganze österreichische Kohlenproduktion. Bei der Eisenproduktion waren die Verhältnisse fast gleich, nur daß dort die Bankiers — wiederum Rothschild — einen weit größeren Sektor beherrschten. Aber in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts kam wieder die Wendung — der Staat konnte und wollte die Eisenbahngesellschaften nicht halten und es begann der Ausverkauf, vor allem ans französische Großkapital. Und so geriet auf dem Wege über die Eisenbahnen langsam auch ein ständig wachsender Teil der österreichischen Schwerindustrie in ausländischen — zunächst französischen — Besitz.

Die Wirtschaftspolitik der österreichischen Regierung im 19. Jahrhundert unterstützte also eindeutig den Grundbesitz und einige wenige Vertreter der Hochfinanz. Sie schaltete das neue industrielle Bürgertum nach Kräften aus und verhinderte und erstickte damit schließlich den Prozeß der Industrialisierung selbst, bis schließlich die schwach entwickelte österreichische Wirtschaft unter fremden Einfluß zu geraten begann. Es ergibt sich die Frage: Warum ließ sich das neue österreichische Bürgertum diese Entwicklung gefallen — wo blieben die österreichischen Jakobiner, wo blieben die österreichischen Radikalen und ihr Kampf um Einfluß und Herrschaft? Auf diese Frage geben die Vorgänge von 1790 bis 1849 die Antwort.

DIE NAPOLEONISCHEN KRIEGE

Joseph II. hatte an den Grundmauern des alten Österreich gerüttelt, aber mit dem Fundament der alten Zeit kam das ganze Gebäude des Habsburgerstaates ins Wanken. Er hatte gearbeitet, um die Nation frei und mündig zu machen, aber Freiheit und Mündigkeit sind unteilbar, und die Politik, die zur Geburt eines neuen Österreich führen sollte, führte auch dazu, daß die fortgeschrittensten nichtösterreichischen Völker der

Monarchie ihrerseits mündig zu werden begannen und ihre Freiheit forderten. Als Joseph starb, war nur mit knapper Not eine ungarische Erhebung vermieden worden, und Belgien, der reichste und fortgeschrittenste Staat der Monarchie, dessen nationale Entwicklung so weit gediehen war, daß es schon geraume Zeit dem Habsburgerstaat nur dem Namen nach angehörte, befand sich in offenem Aufstand. Kurz vor dem Tode Josephs war in Belgien die revolutionäre Nationalversammlung zusammengetreten, hatte feierlich die Souveränität Belgiens verkündet und drohte nun, sich ganz von der Monarchie loszulösen.

Großbürgertum und Kleinbürgertum brauchten in gleichem Maße den neuen bürgerlichen Staat, der unter Joseph zu entstehen begonnen hatte. Aber gerade der einflußreichste Teil des Bürgertums wollte nicht den hohen Preis bezahlen, den die Geburt dieses neuen Staates erfordert hätte — den Verlust großer und einträglicher Teile der Monarchie. Was man wollte, war ein Kompromiß: eine Regierung, die wenigstens einen Teil der neuen Freiheiten bewahren und dafür auch die Abgaben Belgiens, den Weizen und die Wolle, den Flachs und das Vieh Ungarns erhalten würde.

Leopold II. schien mit seiner Politik die Erfüllung dieser Forderungen zu erzielen. In den zwei Jahren seiner Herrschaft (er starb 1792) wurde der Friede innerhalb der Monarchie notdürftig wiederhergestellt. Die Aufhebung der Zentralisierungspolitik und vor allem die Aufhebung der Bauernbefreiung in Ungarn befriedeten den ungarischen Adel, der noch immer die politische Führung in Ungarn innehatte und den die Bauernbefreiung an einer Stelle getroffen hatte, die noch empfindsamer war als sein Nationalbewußtsein — nämlich seine Tasche. Konzessionen an Belgien, dem man eine Art Autonomiestatus im Verband des Habsburgerstaates versprach, setzten für kurze Zeit dem Aufstand in Belgien ein Ende.

Im Innern wurde die josefinische Fassade im großen und ganzen unverändert gelassen. Die Zentralisierung blieb, das neue Beamtentum wurde im wesentlichen beibehalten, die neuen Schulen und die Universität blieben, wie sie waren.

Nur die Zensur wurde ganz leise, fast unmerklich verschärft, und die Geheimpolizei, die schon unter Joseph geschaffen wurde, von ihm aber als eine Art fortschrittlicher Apparat eines fortschrittlichen Staates gedacht war und niemals die Aufgabe gehabt hatte, gegen „subversive Elemente" zu kämpfen, begann sich langsam für jene zu interessieren, die allzu laut davon sprachen, das Erbe Josephs rein zu erhalten. Aber das waren nur Ansätze, von einer ernsthaften Unterdrückung war noch nicht die Rede.

Ebenso leise, ebenso unauffällig wurde jedoch eine Maßnahme durchgeführt, die das Hauptwerk Josephs, die Bauernbefreiung, teilweise aufhob. Es war eine kleine administrative Maßnahme — die von Joseph festgesetzte, sehr niedrige Höchstgrenze der bäuerlichen Abgaben an den Adel wurde als „ungerecht" und „nicht zeitgemäß" aufgehoben, mit dem Versprechen, einen neuen gerechteren Höchstsatz zu bestimmen. Das geschah aber nicht. Von da an bis 1848 war den Forderungen des Adels an die Bauern nur die Grenze gesetzt, die ihnen der nicht unbeträchtliche Widerstand der Bauern zog. Eine zweite kleine Verordnung hob die Bestimmung auf, nach der der Staat — und niemand anderer als der Staat — den Adeligen eine Entschädigung für die ihnen entgangene bäuerliche Arbeitskraft zahlen konnte (nicht mußte). Nun wurde es Sache des Bauern, für seine eigene Arbeitskraft dem Grundherrn eine „angemessene Entschädigung" zu bezahlen. Das Ergebnis war, daß der Bauer zwar formal frei blieb, aber in Wirklichkeit in eine viel drückendere, schwerere Abhängigkeit von seinem adeligen „Gläubiger" geriet, eine Abhängigkeit, die dem Grundherrn die Möglichkeit gab, wenn es ihm gefiel, den Bauern wegen „Nichtzahlung seiner Schulden" von seinem Grund zu vertreiben. Die Politik Leopolds II., der fast von allen österreichischen Historikern als der „wirkliche Aufklärer" gefeiert wird, der angeblich all das tat, was Joseph tun wollte, nur „maßvoller und klüger", war in Wirklichkeit das genaue Gegenteil einer aufgeklärten und fortschrittlichen Politik. Die reaktionären Kreise in Österreich versuchten das Rad rückwärts zu drehen, und leise, freundlich, nicht selten Rousseau und Montesquieu zitierend, setzte es der Liberale und Aufklärer Leopold für sie in Bewegung.

Anders als leise wäre es nicht gegangen, denn noch hatte sich der Wind der josefinischen Zeit nicht gelegt, noch saßen überall, in den Ministerien und am Hof, in den Kanzleien und in der Armee, die Vertreter des so jungen „alten josefinischen Regimes", noch spürte man täglich und stündlich ihren Einfluß. Noch lebte der alte Kaunitz, der Mann, der vom halbkonservativen Außenminister in Maria Theresias Kabinett allmählich zu einem seiner „linksten" Mitglieder, zum engsten Mitarbeiter und Freund Josephs geworden war, dem dieser an seinem Sterbetag seine letzten Briefe widmete. Es war vor allem Kaunitz zu danken, wenn Österreich auch in der Zeit von 1790 bis 1792 sich nicht an der Intervention gegen die junge französische Republik beteiligte.

Der Druck, der von allen Seiten auf Österreich ausgeübt wurde, war stark. Für Preußen und für die Fürstentümer des Deutschen Reichs, für England, für Rußland und für Spanien war die Existenz des revolutionären Frankreich ein fast unlösbares Problem — fast in jedem Fall aus innenpolitischen Gründen.

„Gleich einem Blitzstrahl", schrieb Friedrich Engels, „schlug die Französische Revolution in das Chaos ein, das Deutschland hieß. Die Wirkung war gewaltig."

Deutschland war noch immer das Chaos der „dreihundert Fürstentümer und Herzogtümer", der von innen zerrissene Körper, der es nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges gewesen war. Das Fehlen einer einheitlichen Politik, einer Zentralgewalt erstickte immer wieder jeden Fortschritt, jede Spur der Freiheit. Der Adel herrschte noch unbeschränkt über das in Dutzende von Interessengruppen zerrissene Bürgertum; der Bauer war ebenso unfrei, wie er es am Ende des verlorenen Bauernkrieges gewesen war; die Produktion, die Wirtschaft waren hinter denen anderer Länder weit zurückgeblieben. Nur eines konnte Deutschland aus seiner fast ausweglosen Situation noch heraushelfen — die Vereinigung der „300 Fürstentümer" zu einem neuen einheitlichen Staat. Diese Einigung konnte nur durch das Bürgertum, nur im Kampf gegen die Fürsten und den

Adel, denen ein einiges Deutschland keine Machtpositionen mehr zu bieten hatte, erzielt werden — nur durch eine Revolution. Zu einer Revolution war das zerrissene, durch jahrhundertelange Adelsherrschaft demoralisierte Bürgertum nicht fähig, aber als an der Grenze Deutschlands, sozusagen nur durch eine dünne Wand von ihm getrennt, die Französische Revolution ihre Fahne auf den Trümmern der Bastille aufpflanzte, horchte man in Deutschland auf. Hier war das Beispiel, hier war der Lehrmeister, hier war der Weg, der aus jahrhundertelanger Misere und Unterdrückung herausführte.

Es war noch kein Frühlingssturm, der durch Deutschland wehte, aber es war das erste leise Raunen eines Föhnwindes, der vielleicht morgen oder übermorgen die Eisschollen lösen konnte, die das Leben gefesselt hielten. Es war nur ein Anfang — aber er genügte, um die deutschen Fürsten in Panik zu versetzen.

Am meisten beunruhigt war die Regierung Preußens. Preußen, dieser „außerdeutsche Staat", wie er genannt wurde, diese Kolonie eines Ritterordens, mit dem sich dann eine kleine machthungrige Dynastie verbündet hatte, war fester und stabiler als jeder andere Staat in Deutschland. Mit Hilfe englischer Subventionen war es eine Militärmacht geworden, und durch ein enges Bündnis der Krone mit dem Adel, dem die völlige und uneingeschränkte wirtschaftliche Herrschaft über das ganze Land überlassen wurde, hatte es ein gewisses Ausmaß an Zentralisierung erreicht. Nach europäischen Begriffen war Preußen, dessen Ressourcen fast uneingeschränkt für die Erhaltung der Armee verwendet wurden und das wirtschaftlich noch immer unentwickelt war, kein starker Staat; nach deutschen Begriffen jedoch war es übermächtig — unter Blinden ist der Einäugige König. Die ganze Struktur Preußens war aber so, daß es nur durch ständige Eroberungen neuer, möglichst wohlhabender Territorien existieren konnte, und die preußische Politik war seit geraumer Zeit auf eine Unterordnung und schließlich Einverleibung ganz Deutschlands gerichtet. Aber eine Einigung „von unten", eine Einigung nach französischem Muster, hätte das Ende dieser Pläne bedeutet. In einem revolutionär geeinigten

Deutschland wäre Preußen ein Land unter anderen Ländern gewesen — nicht das herrschende Land.

Rußlands Feindschaft gegen das revolutionäre Frankreich hatte ähnliche Gründe wie die Feindschaft der deutschen Staaten. Der zaristische Absolutismus, der immer mehr zu einem Hindernis in der Entwicklung des Landes wurde, fürchtete das Beispiel der Revolution schlechthin. Außerdem hatte die Regierung die Absicht, einen Teil des übriggebliebenen Polen einzustecken — und der europäische Krieg gegen Frankreich bot dazu die beste Gelegenheit.

Für England schließlich hatte die Französische Revolution ebenfalls eine innerpolitische Bedeutung. Dort begann gerade der Kampf um den letzten Akt der Machtübernahme des Bürgertums — der Kampf der aufstrebenden Industriellen und ihrer Vertreter, der neuen „Radikalen", gegen das alte Großbürgertum, das ein Bündnis mit Teilen des grundbesitzenden Adels und mit der diesem Adel nahestehenden Krone abgeschlossen hatte. In England hatte auch in dieser Kombination, die sich äußerlich in einer Annäherung der beiden Parteien, der Tories und der Whigs, ausdrückte, das Bürgertum das Übergewicht, aber auch hier mußten sich die neuen Industriellen Macht und Entwicklungsmöglichkeiten erst erkämpfen — auch hier bedeutete die Französische Revolution für sie einen Ansporn. Aber in England sprach noch etwas anderes mit. Für das herrschende alte Großbürgertum war die Französische Revolution eine gottgesandte Gelegenheit, sich für immer des französischen Rivalen zu entledigen, sich seinen Kolonialbesitz in Übersee und seine Einflußgebiete in Europa anzueignen.

Spanien schließlich kämpfte teils aus Angst vor der Revolution, teils unter dem Einfluß Englands, teils in der Hoffnung, Kolonien zwar nicht zu erobern, aber wenigstens teilweise zurückzugewinnen.

Vom Gesichtspunkt Österreichs aus war die Französische Revolution jedoch keine unmittelbare Gefahr — jedenfalls nicht, wenn man die Absicht hatte, im großen und ganzen bei der josefinischen Politik zu bleiben. In den österreichischen Ländern — und auch in Böhmen — gab es einstweilen Beschwerden,

Schwierigkeiten, aber keinen aufgehäuften Zündstoff, den der Funke, der von Frankreich herüberflog, hätte in Brand setzen können. Etwas anders stand die Frage in Ungarn — aber auch hier war bei einer vorsichtigen Politik die Gefahr nicht so akut, daß sie einen Krieg gerechtfertigt hätte. Belgien allerdings drohte durch die Unterstützung des revolutionären Frankreich wirklich verlorenzugehen, aber dies war kein Kriegsgrund. Joseph und seine Mitarbeiter hatten es ohnehin für unmöglich erklärt, Belgien auf die Dauer zu halten, und hatten sich nach Kompensationsobjekten umgesehen; auch mit einem republikanischen Frankreich wäre zur Not ein Kompensationsgeschäft irgendeiner Art möglich gewesen. Anders freilich standen die Dinge, wenn man die Absicht hatte, von der josefinischen Politik abzugehen. Dann konnte ein revolutionäres Frankreich über kurz oder lang für Österreich aus den gleichen Gründen eine Gefahr werden, aus denen es für alle reaktionären Staaten eine Gefahr war. Aber dies wagte Leopold Österreich — und vielleicht auch sich selbst — nicht einzugestehen.

Von 1790 bis 1792 zeigte Österreich deshalb einen betonten Mangel an Interesse für die angeblich so große und glorreiche Sache der Intervention gegen Frankreich. Ja Kaunitz brachte die Staatskanzleien der Interventionslustigen in nicht geringe Wut, indem er jedem, der es hören wollte, verkündete, es sei der Gipfel der Narrheit, in Frankreich mit Gewalt eine Gegenrevolution erreichen zu wollen, und Revolutionen seien nicht mit militärischen Mitteln zu verhindern, sondern nur mit einer guten Finanzgebarung und einer aufgeklärten Politik. Sogar das Schicksal der Königin Maria Antoinette, deren Vermählung er selbst arrangiert hatte, ließ ihn ziemlich kalt, und er wiederholte, ganz in Josephs Tonart, daß das französische Königspaar sich sein Schicksal selbst zuzuschreiben habe. Einige Male erklärte er sogar, die Französische Revolution habe ihre guten Seiten. Nebenbei spielte bei der Haltung des Fürsten Kaunitz die Abneigung dagegen mit, für Preußen, das er wiederholt als „Österreichs natürlichen Erbfeind" bezeichnet hatte, die Kastanien aus dem Feuer zu holen, und bei einer der letzten Aufforderungen Preußens, Österreich möge sich dennoch der antifranzösischen Front anschließen, erklärte man dem preußischen Gesandten ganz unverblümt, Österreich wünsche den Krieg nicht, weil es wisse, daß es dabei von Preußen nur hineingelegt werden würde.

Kaunitz übersah allerdings eines: Gewisse Kreise waren auch im österreichischen Großbürgertum dem Krieg gegen Frankreich nicht abgeneigt, nicht so sehr aus Angst vor der Revolution, als aus den gleichen Gründen, aus denen das englische Großbürgertum für einen Krieg war. Die Intervention schien eine gute und billige Gelegenheit zu Eroberungen, und die österreichischen Großhändler und Bankiers hatten durchaus nichts dagegen, der Monarchie bei der Gelegenheit neue Gebiete — zum Beispiel in Italien — anzuschließen und sich auf diese Art wieder ein wenig zu bereichern. Allerdings wirkte sich auch dieses Moment noch nicht aus. Kaunitz und seine Richtung behielten vorläufig die Oberhand.

Aber Leopold starb 1792 und sein Nachfolger, Franz II., vertrat eine andere Politik. Franz hatte schon als Kronprinz darauf gedrängt, „zuzuhauen", sowohl gegen Frankreich als auch gegen die eigenen „Jakobiner", wie er alle Vertreter einer fortschrittlichen Politik nannte. Kaunitz machte 1792 einem kriegswilligeren Minister Platz und Österreich trat in die große Koalition der Interventionsmächte ein.

Kaiser Franz, dessen politische Weisheit sich in einem grenzenlosen Mißtrauen gegen alle Neuerungen und einem ebenso grenzenlosen Zutrauen zur Fähigkeit seines Staates, die innere Stabilität durch die Verwendung einer großen und tüchtigen Polizei zu sichern, erschöpfte, hatte offenbar gedacht, daß der Feldzug gegen Frankreich ein militärischer Spaziergang sei, der es ihm ermöglichen werde, sich als Sieger auch mit der eigenen Opposition auseinanderzusetzen. Aber der Spaziergang dehnte sich auf fünf Jahre aus und Franz war gezwungen, auch im Innern vorsichtig vorzugehen.

Siegessicher rückten die Armeen der Intervention gegen Frankreich aus. Im alliierten Feldlager verteilte man schon das Fell des jakobinischen Bären, entwarf Listen der hinzurichtenden Revolutionsführer und gab sich in Paris Rendezvous. Dann kam

der Tag der Schlacht — und vor Valmy jagte die Armee der Revolution die Heere der Alliierten in die Flucht. Nur wenige verstanden die Bedeutung dieses Sieges. Einer dieser wenigen war Goethe, ein Zuschauer dieser Schlacht, dessen Worte unsterblich geworden sind: „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen."

Nach der Niederlage von Valmy war es mit dem Traum vom raschen Sieg vorbei, aber der Krieg ging weiter. Erfolgen der französischen Armee folgten einige Siege der Alliierten, aber zur geplanten Niederwerfung der Revolution kam es nicht. Im Gegenteil, die Bedrohung durch das Ausland ließ die inneren Widersprüche in den Reihen der Revolution selbst zurücktreten, der Kampf schweißte Frankreich zu einer Einheit zusammen, wie es eine friedliche Entwicklung vielleicht nie vermocht hätte. Während Frankreich immer einiger wurde, spielte sich auf der anderen Seite der umgekehrte Prozeß ab. Die Alliierten mißtrauten einander immer mehr, bald schien es für Österreich und für Preußen wichtiger, sich gegenseitig zu bewachen, als Krieg zu führen. Der Grund lag in der polnischen Frage. Preußen und Rußland hatten schon zu Kriegsbeginn den anderen Alliierten zu verstehen gegeben, daß sie sich weitere Teile Polens holen wollten, und hatten Österreich aufgefordert, sich anderswo eine Entschädigung zu suchen. Die österreichische Regierung, die einerseits eine Vergrößerung Preußens fürchtete, anderseits selbst nicht abgeneigt war, ein Stück von Polen einzustecken, protestierte, aber der Protest half nichts. Sozusagen in einem unbewachten Augenblick einigten sich Preußen und Rußland, das am Krieg nicht direkt teilnahm, aber als „freundlicher Neutraler" der antifranzösischen Koalition auftrat, ein weiteres Stück Polen unter sich aufzuteilen. Österreich ging leer aus. Nach diesem Gebietszuwachs kam Preußen zu der Ansicht, daß es für sich aus dem offensichtlich aussichtslosen Krieg herausgeholt hatte, was zu holen war. Es schloß im Frühjahr 1795 einen Separatfrieden mit Frankreich.

Wie wenig echt die Empörung des Wiener Hofes über die Teilung Polens war, zeigte sich noch im gleichen Jahr. Die

innere Zerrüttung Polens war die Ursache dafür, daß das Land die erste und zweite Teilung fast widerstandslos hingenommen hatte, aber nun begann ein ernsthafter Widerstand. Zu seiner Steigerung mag auch die Französische Revolution beigetragen haben, die überall den nationalen Gedanken gestärkt und dem Kampf unterdrückter Völker um ihre Freiheit neuen Antrieb gegeben hatte. 1794 brach in Polen ein Aufstand unter Führung von Kosziusko und Poniatowski aus, der zum erstenmal Preußen und Rußland ernsthaft zu schaffen machte. Es gelang Kosziusko, Warschau und Wilna zu nehmen, und erst nach monatelangem Kampf konnten preußische und russische Truppen den Aufstand niederschlagen. Unmittelbar nach seiner Niederschlagung wurde das, was von Polen noch übrig war, wieder aufgeteilt — diesmal unter den drei Mächten Rußland, Preußen und Österreich. Österreich erhielt Westgalizien.

Das war eine der wenigen „Eroberungen", die Österreich in dieser Zeit machte. Auf dem Kriegsschauplatz gegen Frankreich wurde die Lage immer schlechter. Ab 1796 stand den Alliierten ein neuer französischer Befehlshaber gegenüber — Napoleon Bonaparte, der junge General der Revolution. Seine Siegesserie begann in Italien, wo er bei Arcoli und Riva siegte und Mantua besetzte. Ein Jahr später mußte Österreich den Frieden bei Campo Formio schließen, bei dem es die Lombardei und die Niederlande verlor, allerdings Venedig, Istrien und Dalmatien erhielt. Norditalien, bisher unbestrittene Einflußsphäre Österreichs, wurde in zwei Republiken unter französischem Patronat — die Zisalpinische Republik mit Mailand und die Ligurische Republik mit Genua — umgewandelt.

Der zweite Koalitionskrieg gegen Frankreich, der von 1799 bis 1802 dauerte und an dem auf der Seite der Alliierten diesmal für kurze Zeit Rußland und Portugal teilnahmen, ging nicht besser aus. Nach einigen Anfangssiegen des österreichischen Befehlshabers, Erzherzog Karls, wurde Österreich bei Marengo und bei Hohenlinden geschlagen. Im Frieden von Luneville mußte es seine Einwilligung zur Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich geben und die neuen italienischen Republiken anerkennen. Der dritte Koalitionskrieg von 1805 bis 1807

schließlich endete mit einer militärischen Katastrophe der Alliierten. Austerlitz brachte eine vernichtende Niederlage Österreichs und Rußlands. Napoleon, der sich 1804 durch einen Staatsstreich zum Kaiser gemacht hatte, besetzte Wien. Der darauffolgende Friede von Preßburg war verhältnismäßig mild, wenn man bedenkt, daß Napoleon Österreich ganz in seiner Gewalt hatte. Österreich verlor Venedig, Tirol und die vorderösterreichischen Besitzungen. Im gleichen Jahr kam der völlige militärische Zusammenbruch Preußens, das zu Beginn des Krieges neutral geblieben war und erst später in den Kampf eintrat. In der Doppelschlacht von Jena und Auerstädt wurde die preußische Armee vernichtet, alle großen Festungen kapitulierten oder fielen nach ein- bis zweitägigem Widerstand. Am Ende des Krieges war das berühmte preußische Heer nichts als ein wirrer, desorganisierter Menschenhaufen. Der Friede von Tilsit war ein politischer Nachklang zu diesem militärischen Zusammenbruch. Napoleons Bruder Jerôme wurde König von Westfalen, Preußen mußte alle Länder zwischen Elbe und Rhein abtreten, eine hohe Kriegsentschädigung zahlen und gänzlich abrüsten. Preußisch-Polen wurde dem Herzogtum Warschau unter dem König von Sachsen eingefügt. Die Kriege gegen Frankreich hatten für die Länder der Koalition mit einer schweren Niederlage geendet.

POLIZEIREGIME UND „JAKOBINERPROZESS"

Die Politik der Reaktion hatte sich auf außenpolitischem Gebiet nicht bewährt, sie bewährte sich auch nicht im Innern. Franz II. war nicht sehr klug, aber dennoch zu klug, als daß er sofort offen als Liquidator des theresianischen und josefinischen Erbes aufgetreten wäre. Äußerlich paßte man sich noch den Sitten der letzten zwanzig Jahre an, es gab keinen Prunk, der Hof lebte schlicht, bescheiden, der Kaiser ging demonstrativ in einem schäbigen, alten Rock herum, sprach Wiener Dialekt, mischte sich an Sonntagen im Prater unters Volk — es war nichts Ungewöhnliches, am Sonntag in der Hauptallee den

Wagen des Kaisers eingekeilt zwischen zwei Stellwagen zu sehen, in denen Bürger und Handwerker lärmend und singend ihre mitgebrachten Vorräte verzehrten und Wein aus der Flasche tranken. Josephs Verkehr mit dem Volk war weit weniger betont, weniger sichtbar gewesen. Wenn er in den Dörfern umherfuhr, in einfachen Kleidern durch Wien wanderte, wollte er sehen, studieren, mit den Menschen sprechen. Bei Franz war die „Leutseligkeit" eine Pose. Die Sorgen und Meinungen der einfachen Menschen interessierten ihn nicht. Er empfing zwar jeden, der ihn sprechen wollte, in Audienz, traf aber fast nie eine Entscheidung; meist putzte er die Besucher zusammen, weil sie nicht den vorgeschriebenen Amtsweg gegangen waren. Die Vorstellung, die Franz von seinen Untertanen hatte, war grotesk. Er betrachtete sie als eine Art zahmer Bären, die nur dann wirklich ungefährlich waren, wenn sie fest an der Kette lagen, die man aber auch nicht zu gut füttern durfte, weil sie sonst übermütig werden könnten. Franz war allen Ernstes der Meinung, daß zu viel wirtschaftlicher Wohlstand ungesund sei, weil er der Bevölkerung Energie und Lebenslust verleihe, die sich eines Tages auch gegen die Krone kehren könnten. Man kann allerdings nicht behaupten, daß die Gefahr eines übermäßigen Wohlstandes der Bevölkerung jemals wirklich an die Regierung herangetreten wäre. Die Wirtschaftspolitik der Krone war rein negativ: alle staatliche Förderung der industriellen oder landwirtschaftlichen Entwicklung wurde stillschweigend eingestellt und die Regierung griff nur dann in die Wirtschaft ein, wenn es galt, dem grundbesitzenden Adel und einigen großen Bankiers auf Kosten der übrigen Schichten irgendwelche Vorteile zu verschaffen. Die Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung, verbunden mit den ungeheuren Ausgaben des fast ununterbrochen geführten Krieges gegen Frankreich, führte natürlich prompt zu einer Finanzkrise des Staates. Die Französische Republik hatte ihre Anfangsschwierigkeiten dadurch zu überwinden versucht, daß sie in immer steigender Menge Papiergeld — die sogenannten Assignaten — druckte, und obwohl sich der österreichische Staat als der Führer im Kampf gegen das republikanische Frankreich betrachtete,

verschmähte er es nicht, auf dem Finanzgebiet dessen Methoden nachzuahmen. Die Geldpresse arbeitete Tag und Nacht, was bald zu einer starken Inflation führte, und die Regierung war gezwungen, zweimal eine Abwertung des Geldes durchzuführen, bei der Hunderttausende von Menschen, insbesondere aus den Reihen des Kleinbürgertums, vier Fünftel ihres Besitzes verloren. Nebenbei verpflichtete sich Franz bei der ersten Abwertung mit seinem kaiserlichen Wort, die Währung nun stabil zu halten, was ihn nicht daran hinderte, kurze Zeit später zum zweitenmal abzuwerten, mit dem Ergebnis, daß in Österreich der Ausspruch umzugehen begann: „Das Kaiserwort ist nicht einmal einen schlechten Kreuzer wert." Übrigens wurde bei der Abwertung nicht nur Geld verloren, sondern auch sehr viel Geld verdient. Die großen Bankhäuser, die infolge ihrer engen Beziehungen zum Hof und zur Staatskanzlei nicht nur rechtzeitig von der kommenden Abwertung wußten, sondern ihre Durchführung sogar vorbereiten halfen, verdienten an ihr Riesensummen. Neuartig war, daß nicht nur die Bankiers, sondern auch der damalige Staatskanzler Metternich und einige Mitglieder des kaiserlichen Hauses mitspekulierten und mitverdienten.

Obwohl Franz gegen einen zu großen Wohlstand war, hatte er und seine Richtung nichts gegen einen gemäßigten Wohlstand einzuwenden, der helfen sollte, das Volk bei guter Laune zu halten. Schon zur Jahrhundertwende und noch mehr nach den Napoleonischen Kriegen tat die Regierung systematisch alles, um das Interesse der Bevölkerung auf Essen, Trinken und Unterhaltung zu lenken. Obwohl wichtige Industrieartikel, Rohstoffe, Maschinen, alles, was man zur Entwicklung der Wirtschaft brauchte, mit hohen Einfuhrzöllen belegt wurden oder überhaupt nicht importiert werden durften, konnten ausländische Weine, alle Delikatessen, die meisten Luxuswaren frei oder fast frei eingeführt werden. Und obwohl die Regierung ausländischen Wissenschaftlern, Technikern, Fachspezialisten nur widerstrebend eine Einreiseerlaubnis erteilte — und oft genug verweigerte —, konnten bekannte Sänger, Tänzerinnen, gute und schlechte Schauspieler (vorausgesetzt, daß

sie unterhalten, nicht aber belehren wollten) ohne jede Schwierigkeit in Österreich gastieren.

Ein Teil der Bevölkerung Wiens ließ sich dieses neue behagliche und heitere Leben gern gefallen: vor allem der Adel, der sich die Weine, die Delikatessen und den ganzen neuen Luxus leisten konnte, weil die Regierung ihm immer wieder seine Steuerschulden erließ, seine Einkünfte auf Kosten der Bauern vermehrte; dann die Spekulanten und alle jene, die in ihrem Gefolge als ihre Diener, Lieferanten, Agenten lebten und verdienten. Diese Menschen schufen damals das Bild des heiteren, lebenslustigen und leichtsinnigen Wien, der Stadt, die selbst auf einem Vulkan tanzte und trank — ein Bild, das seitdem erhalten geblieben ist. Die anderen, die unter der immer steigenden Teuerung litten, die sich bald kein Brot mehr kaufen, geschweige denn ein Theater besuchen konnten, waren stumm — nicht wenige aber begannen zu murren.

Die stärkste Opposition gab es in den letzten Jahren des Jahrhunderts bei einer Gruppe, auf die sich die Regierung immer zu stützen vorgab — beim Beamtentum. Das ist allerdings nicht so merkwürdig, wie es klingt, wenn man bedenkt, was unter Joseph aus den Beamten geworden war. In den Jahren zwischen 1780 und 1790 war der Beamtenapparat weitgehend umgebildet worden. An die Stelle der Herrensöhne von einst waren die Söhne der Bürger getreten oder die des kleinen Beamtenadels, der aber selbst aus dem Bürgertum kam und seinen Adelstitel erst kurze Zeit trug. Unter Joseph war der Beamtenstand mit einem neuen Geist und einem neuen Stolz erfüllt worden. Der Beamte wurde verhältnismäßig schlecht bezahlt, aber er war der Träger der staatlichen Macht, einer Macht, die er — ebenso wie der Kaiser, das Haupt dieser sonderbaren Oligarchie — als Diener des Staates, zum Wohl der Allgemeinheit, nicht zu eigenem Vorteil benützen mußte. Innerhalb des Beamtentums hatte sich ein neues Ethos herausgebildet — ein Ethos der Unbestechlichkeit, des Pflichtbewußtseins, der inneren Unabhängigkeit. Der Bezirkshauptmann, der Kontrollor, der Wirtschaftsbeamte, der irgendwohin in die fernen und dunklen Provinzen hinausging, fühlte sich wirk-

lich als Träger einer Mission, als der Mann, der Ordnung und Wohlstand schaffen, die Müßigen zur Arbeit anhalten und das Licht der Aufklärung anzünden sollte. Dabei hatte der schwer arbeitende, schlecht bezahlte Beamte etwas, was ihn für Arbeit und Entbehrungen entschädigte: er hatte das Recht, nein die Pflicht, selbständig zu sein und selbständig zu handeln; er genoß ein Maß an Machtvollkommenheit und Unabhängigkeit, das für die damaligen Zeiten etwas ganz Ungewöhnliches war. Joseph hatte nichts übrig für Beamte, die in jeder Frage auf die Weisung der vorgesetzten Behörde warteten und nicht wagten, selbst Entscheidungen zu treffen; er warf sie rücksichtslos hinaus und beförderte andere, die mutiger waren. Die Kontrolle wurde auf dem Wege der Konduitenlisten ausgeübt — jährlicher Einschätzungen der Beamten durch ihre Vorgesetzten und Mitarbeiter; darüber hinaus ließ man ihnen in den meisten Fragen ihres Arbeitsbereiches freie Hand.

Unter Franz II. änderte sich das radikal. Die Beamten wurden noch immer schlecht bezahlt, aber man nahm ihnen jede Selbständigkeit. Wegen jeder Kleinigkeit mußte man die Entscheidung des Vorgesetzten abwarten, Maßnahmen, die die Verwendung winziger Summen — mehr als 40 Gulden — erforderten, durften nur mit der Erlaubnis der Wiener Zentralbehörde durchgeführt werden (wo sich natürlich bald die unerledigten Akten zu häufen begannen). Gleichzeitig spürte der Beamte, der vorher nur dem Kaiser verantwortlich gewesen war, wie sich alle möglichen Stellen aus höchst selbstsüchtigen Motiven in seine Amtsführung einzumischen begannen. Man mutete dem Beamten zu, Entscheidungen zu treffen, Maßnahmen durchzuführen, die dem Grafen X und dem Baron Y, dem lokalen Grundbesitzer und dem Bankier, der bei Hof Freunde hatte, angenehm und nützlich waren — man mutete ihm oft genug zu, das Recht zu beugen, gegen sein Gewissen zu handeln, damit sich irgendein hoher Adeliger bereichern konnte. Und wenn es zu einem Konflikt zwischen ihm und diesem Adeligen kam, behielt er in den meisten Fällen unrecht. Bald begann man ihm als Vorgesetzte Leute vor die Nase zu setzen, von denen er unter Joseph geglaubt hatte, auf immer

Abschied genommen zu haben — Herren mit glänzendem Adelsprädikat, deren einzige Qualifikation ihre guten Beziehungen waren, während seine alten Vorgesetzten, die gewöhnt waren, ohne Umschweife ihre Meinung zu sagen und das zu tun, was sie für gut und für den Staat nützlich hielten, irgendwo in der Versenkung verschwanden.

Es war also kein Zufall, daß die Beamtenschaft ein Zentrum der Opposition wurde und es trotz aller „Reinigungen" und Strafmaßnahmen bis 1848 blieb, und es war kein Zufall, daß der erste Schlag der Regierung vor allem gegen Beamte geführt wurde.

Die „Jakobinerverschwörung" von 1795 ist von der dynastischen Geschichtschreibung je nach Bedarf abwechselnd aufgebauscht oder bagatellisiert worden. Beides ist falsch. Sie war kein Versuch, die Monarchie zu stürzen und in Österreich eine Republik aufzurichten, wie die Regierung 1795 behauptete, aber sie war auch mehr als eine platonische und verantwortungslose Freiheitsschwärmerei einiger Intellektueller.

Die „Jakobinerbewegung" war eine der wenigen Bewegungen innerhalb der Monarchie, die sowohl in Wien als auch in Ungarn Zentren hatte. Anfang der Neunzigerjahre begannen sich in Österreich einige Zirkel zu bilden, die sich zunächst mit dem Studium der Gedanken und Grundsätze der Französischen Revolution beschäftigten. Ihre Mitglieder waren vor allem Intellektuelle — Ärzte, Juristen, Professoren — und Beamte. Die Gruppen nahmen bald untereinander Kontakt, ein Zentrum befand sich in Wien, ein anderes in Budapest; auch in verschiedenen Provinzstädten bildeten sich neue Gruppen. Die Bewegung, die sich „Vereinigung der Demokraten" nannte, gab sich bald ein Programm. Ihr Ziel war es, die Aufhebung der Adelsprivilegien zu erreichen und eine konstitutionelle Monarchie zu schaffen, in der jeder Einwohner alle bürgerlichen Freiheiten genießen sollte. Ein wesentlicher Punkt war der Gedanke, den Joseph in seinen „Träumereien" ausgesprochen hatte: die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Volk, das Mitspracherecht des Volkes. Der nächste Schritt war die „Verbreitung freiheit-

licher Gedanken unter der Bevölkerung". Die österreichischen Demokraten standen auf dem Standpunkt, daß eine so blutige Revolution, wie sie sich in Frankreich abgespielt hatte, nicht notwendig sei und daß sich die Änderung in viel milderer Form durchsetzen werde, wenn man das Volk den Begriff der Menschenrechte und Bürgerrechte lehrte und es über sein bisheriges und künftiges Schicksal aufklärte. Es spricht für die Naivität der Demokraten, aber auch für das Maß der geistigen Freiheit, die bis dahin in Österreich geherrscht hatte, daß sie zunächst ganz offen versuchten, ihre Gedanken durch die existierende Presse und durch offen verkaufte Schriften zu verbreiten. Natürlich machte die inzwischen eingeführte, ziemlich strenge Zensur diesem Versuch bald ein Ende. Eine Zeitlang versuchte man die Freimaurerlogen auszunützen, aber sie waren in ihrer Zusammensetzung zu sehr auf die wohlhabenderen Schichten der Gesellschaft beschränkt, um einen günstigen Boden zu bilden — das Programm der Jakobiner schloß ausdrücklich die „Aufklärung der ärmeren Schichten" ein, und diese waren unter den Freimaurern nicht sehr häufig zu finden. Schließlich gründete man eine eigene Organisation, die „Gesellschaft der Gleichheit und Freiheit", die rasch zu wachsen begann. Die ungarische Organisation stand mit der Wiener in enger Verbindung, obwohl in ihrem Programm noch ein Punkt war, der in dem österreichischen nicht vorkam: die Herstellung der Freiheit und Unabhängigkeit der ungarischen Nation. Die „Gleichen", wie sie sich in einer vielleicht bewußten Anlehnung an die linksradikale französische „Gesellschaft der Gleichen" unter Babeuf nannten, bauten rasch eine ziemlich gut funktionierende Organisation auf, die vor allem in Ungarn sehr straff zusammengefaßt war. Das ganze Land wurde dort in vier Organisationsbezirke eingeteilt, jedem Bezirk stand ein gewählter „Director" voran. Allerdings war in Ungarn, im Gegensatz zu Österreich, die Organisation sozusagen nach Klassen geteilt. Sie hatte zwei Unterabteilungen: die „Reformatoren" — für die gebildeten Schichten — und die Gruppe „Bürger und Mensch" — für das Volk. Der Vorsitzende der gesamten Organisation war ein Geistlicher und

hoher Beamter, der Abt Ignaz Martinovics, der sich 1792 in einer diplomatischen Mission nach Frankreich begeben hatte und damals mit dem linken Flügel der Jakobiner Verbindungen angeknüpft hatte. Eine der unmittelbaren Forderungen der „Gleichen" war die sofortige Einstellung des Krieges gegen Frankreich, eine andere die Aufhebung der Zensur und die Auflösung der Geheimpolizei.

Kaunitz' Nachfolger, Thugut, der „Kriegsbaron", wie man ihn im Volk nannte, war ein stumpfer, brutaler und beschränkter Mann, der nur ein Ziel kannte — die „Ausrottung der Rebellion", in Frankreich wie im eigenen Land. Seine erste Tat war die Verschärfung der Bücherzensur, die zweite die Gründung eines eigenen Polizeiministeriums, die dritte die Aufstellung und Ausbildung eines großen Stabes von Geheimagenten und Provokateuren. Die Begeisterung für den Krieg gegen Frankreich, die in der Bevölkerung niemals übermäßig groß gewesen war, ließ bald ganz nach und schlug nach einigen Jahren Krieg in Kritik und Abneigung um. Thugut und Polizeiminister Graf Saurau, ein Mann, von dem allgemein bekannt war, daß er es nicht verschmähte, die von seinen Entscheidungen abhängigen Personen zu erpressen und von ihnen hohe Summen zu fordern, beschlossen einen Abschreckungsprozeß in Szene zu setzen. Sie fanden dabei volle Unterstützung bei Franz II., der lange gefordert hatte, man möge „ein Exempel statuieren". 1794 wurde, zunächst in Wien, eine Reihe von Mitgliedern der Gesellschaft verhaftet und vor Gericht gestellt. Unter den Verhafteten befanden sich der Platzkommandant Hebenstreit, der Kapitän der technischen Truppen Bilek, der ehemalige Erzieher des Kaisers und Vertrauensmann Josephs II., Oberst Andreas Riedel, der Registratsrat Prandstätter, der Naturforscher Born, der Tierarzt Wolfstein, der Kaufmann Häckel und andere. Nach einem Prozeß, der derartig jedem Rechtsgefühl hohnsprach, daß die Regierung, die zunächst den Schauprozeß gewollt hatte, gezwungen war, ihn hinter verschlossenen Türen zu führen, wurde Hebenstreit zum Tode verurteilt und gehenkt, die übrigen erhielten lebenslänglichen Kerker. Die meisten der Verurteilten starben nach einigen Jahren Haft. Unmittelbar nach der Ver-

haftungswelle in Wien folgte eine noch ärgere Verhaftungswelle in Ungarn. Hier war das Ziel noch klarer. Man wollte, wie ein Schriftsteller, der 1800 eine anonyme Geschichte des Prozesses verfaßte, schreibt, das Volk in Schrecken setzen und „der ganzen Intelligenz den Krieg erklären". Tatsächlich befanden sich unter den Angeklagten, zu denen neben dem in Wien verhafteten Martinovics noch Alexander Szolarik, Paul Öz, Melchior Szigliovsky, Anton Szen, Johann Slavy, Karl Smetanovics und Paul Uza gehörten, die führenden Schriftsteller, Gelehrten und Advokaten des Landes. Der Prozeß wurde in Ungarn ebenso skandalös geführt wie in Wien. Es kam noch hinzu, daß der Oberstaatsanwalt Nemeth von den Angeklagten im Verlauf der Voruntersuchung riesige Geschenke erpreßte, eine Reihe völlig unschuldiger Menschen verhaftete, nur um von ihnen ein Bestechungsgeld für die Niederschlagung des Verfahrens verlangen zu können, und im Laufe des Prozesses ein reicher Mann wurde. Auch in Ungarn konnte den Angeklagten nichts bewiesen werden, es sei denn die Verbreitung geheimer Schriften, ein Vergehen, auf dem nur eine niedrige Polizeistrafe stand. Nemeth begründete das Versagen der Anklage auf originelle Art. Man könne zwar den Angeklagten den ihnen zur Last gelegten Hochverrat nicht beweisen, weil sie in besonderer Verruchtheit die Beweise unterschlagen hätten, dies aber sei ein Grund mehr, sie zu verurteilen.

Achtzehn Angeklagte wurden zum Tode durch Enthaupten verurteilt. Martinovics, Hainoczy, Laczkovics, Szentmarjai und Szigray wurden geköpft, die übrigen erhielten die Erlaubnis, um Begnadigung zu bitten. Zwei von ihnen, der 20jährige Szolarik und der 25jährige Schriftsteller Öz, baten in ihrem Antrag unter Berufung auf ihre Unschuld „nicht um Gnade, sondern um Gerechtigkeit". Sie wurden ebenfalls geköpft. Franz II. hatte ausdrücklich ihre Hinrichtung verlangt. Die übrigen erhielten lebenslänglichen Kerker.

Nach dem Prozeß begann ein Feldzug nicht nur gegen die „Demokraten", sondern gegen die ganze Intelligenz. Die harmlosesten Bücher und Zeitschriften wurden verboten, fast alle literarischen Zirkel aufgelöst, eine Menge ganz unpolitischer

Vereinigungen fielen dem Feldzug Thuguts und Sauraus zum Opfer. In Ungarn ging man noch schärfer vor als in Österreich.

Der Prozeß wirkte wie ein Schock. Die Verfolgung von Personen wegen radikaler Ansichten war in Österreich etwas ganz Ungewöhnliches, die Verhängung der Todesstrafe für solche Delikte rief bei der Öffentlichkeit Entsetzen hervor. Zunächst hatten Thugut und sein königlicher Auftraggeber Erfolg, der Schrecken und die Überraschung über diese neue, unmenschliche Politik wirkten lähmend. Aber sie hatten das Spiel noch nicht gewonnen.

DAS ZWISCHENSPIEL VON 1809

Frankreich war unter Napoleon zum Beherrscher ganz Europas geworden, sein Einfluß reichte von Calais bis Memel, von Schweden bis zur Südspitze Italiens, und immer noch wuchs seine Macht. Aber aus dem Heer der Französischen Revolution, das, wenn es auch als Eroberer kam, die Freiheit mit sich brachte, wurde langsam eine Unterdrückerarmee. Je größer das Gebiet war, über das Frankreich herrschte, desto größer mußte die Armee sein, desto höher waren die Kosten ihrer Erhaltung, desto höher auch die Kontributionen, die die eroberten oder von Frankreich abhängigen Länder zahlen mußten. Die Armee und ihr administrativer Apparat waren ebenfalls nicht mehr das, was sie einst gewesen waren. Die Männer, die einst die Schlacht von Valmy gewonnen hatten, die Sansculotten aus den Vorstädten von Paris, aus den Industriestädten Mittelfrankreichs und den Hafenstädten des Südens, die Bauern, die freiwillig gekommen waren, um Freiheit und Bodenreform zu verteidigen, waren gefallen oder alt geworden. An ihre Stelle traten Männer, die die Revolution zwar noch nicht ganz vergessen hatten, denen aber die Forderung des Großbürgertums, das Napoleon stützte und trug, lauter in den Ohren klang — die Forderung: Bereichert euch an dem Europa, das ihr erobert! Zuerst folgten die Spekulanten der Armee, dann kamen sie mit ihr, schließlich durchsetzten sie sie und begannen vor allem die von ihr eingesetzte

Ziviladministration nach ihrem Willen zu formen. Einst war der Sprecher der Napoleonischen Armee der Mann mit der Gesetzesrolle gewesen, der an jedem Ort die Befreiung der Leibeigenen, die Einführung der Religionsfreiheit, die Herstellung der bürgerlichen Rechte verkündete. Nun war es der Bankier, der im eroberten Gebiet das Inventar aufnahm und über seine Verteilung disponierte. Diese Entwicklung vollzog sich natürlich nicht an einem Tag. In den Jahren 1806 bis 1809 gab es in der französischen Armee und Verwaltung noch immer vieles, was an die alte Richtung erinnerte, aber langsam gewann die neue die Oberhand. Frankreich, das ursprünglich versucht hatte, sich überall auf die Mitarbeit des Volkes, vor allem des Bürgertums, zu stützen, begann sich statt dessen in steigendem Maße unter den großbürgerlichen Schichten der eroberten Länder und unter den Herrschern der europäischen Mächte Vasallen und Verbündete zu suchen.

Als die Welle des französischen Vormarsches, die zunächst nur die habsburgischen Besitztümer in Belgien und Italien überspült hatte, Österreich selbst erreichte, war diese Veränderung schon ziemlich sichtbar. Das führte dazu, daß Frankreich von der Bevölkerung in Österreich von vornherein nicht als Befreier, nicht einmal als teilweiser Befreier, sondern als fremder Eroberer betrachtet wurde. Noch etwas anderes spielte eine Rolle: Zum erstenmal in Mitteleuropa war Frankreich nicht auf ein Land gestoßen, in dem eine unbeschränkte Adelsherrschaft jahrhundertelang jeden Fortschritt erstickt hatte und in dem selbst die abgeschwächte Freiheitlichkeit, die mit Napoleon kam, eine ungeheure Verbesserung darstellte, sondern auf ein Land, in dem es immer wieder fortschrittliche Epochen gegeben hatte, das Nationalgefühl besaß und in dem die Reaktion erst kurz und verhältnismäßig schüchtern herrschte. Für einen Bauern aus dem Rheinland, einen Bürger aus Italien waren die Gedanken und Handlungen der französischen Besatzungsmacht etwas Unerhörtes und Neues. Für Österreich, das die josefinische Ära hinter sich hatte, waren sie nur ein Aufguß der Gedanken und Handlungen von 1780 bis 1790, und so drückend war die Herrschaft des Kaisers Franz noch nicht, daß das österreichische

Volk bereit gewesen wäre, auch Eroberer als Befreier zu begrüßen. Der Krieg von 1806 war daher populär — im Gegensatz zu den vorhergegangenen Kriegen gegen Frankreich ging es um die Verteidigung österreichischen Territoriums. Die Niederlage wurde als ein nationales Unglück betrachtet. Verschärfend wirkte die Tatsache, daß Frankreich im abgetrennten Tirol nicht einmal allein herrschte, sondern die Zivilverwaltung fast ausschließlich dem alten Gegner und Unterdrücker Bayern überließ (Bayern war ein Verbündeter Napoleons) und offensichtlich mit der Absicht Bayerns einverstanden war, Tirol für alle Zeiten seinem Königreich einzuverleiben. Von 1806 an begann man im Volk, begannen vor allem Bürgertum, Intelligenz und Beamte immer lauter die Wiederaufnahme des Kampfes gegen Frankreich zu verlangen. Auch die Tatsache, daß der Kampf gegen Napoleon nicht beendet war, spielte eine Rolle. Preußen und die deutschen Staaten hatten zwar kapituliert, Rußland stand Napoleon eher freundlich gegenüber, aber England führte den Kampf weiter und im unterworfenen Spanien gab es seit 1805 einen starken Widerstand gegen Napoleon, der schließlich zum Guerillakrieg führte. Spaniens Beispiel wirkte in moralischer Hinsicht sehr stark. „Sollen wir uns von Spanien beschämen lassen?" war ein häufiger Ausspruch in Österreich.

Der Hof schwankte, aber in diesem Fall bestand zwischen den Kreisen, auf die er sich stützte, und dem übrigen Volk eine Interessengemeinschaft. Napoleon hatte eine Reihe Kronländer eingesteckt und konnte morgen, wenn es ihm paßte, auch die ganze Monarchie aufteilen. Er hatte Franz gezwungen, auf den Einfluß in Deutschland zu verzichten, eine Tatsache, die durch den erzwungenen Verzicht der Habsburger auf den Titel „Kaiser des Heiligen Römischen Reiches" 1806 dokumentiert wurde. Daß Franz sich statt dessen den Titel „Kaiser von Österreich" gab, war nur ein geringer Trost. Der Adel fürchtete ebenfalls die weitere Entwicklung. Napoleon machte trotz aller Konzessionen an die Vergangenheit mit der alten Aristokratie wenig Federlesens: der Adel, der seinen Hof umgab und den er in den eroberten Ländern massenweise schuf, war neuer Adel — Bürger, Spekulanten, Beamte und Offiziere. Die Großbürger, die Ban-

kiers und die Spekulanten hätten eigentlich Grund zu einer freundlicheren Haltung gegenüber Napoleon gehabt, denn er war Fleisch von ihrem Fleisch, Blut von ihrem Blut und sein Staat vertrat die Interessen ihrer französischen Kollegen. Aber das französische Bürgertum kannte wenig Solidarität, es war bereit, ja gewillt, seine Vettern in den eroberten Ländern auszuplündern. Außerdem hatten gerade die großen Bank- und Handelshäuser enge Verbindungen zu England, und die von Napoleon verhängte Kontinentalsperre (die völlige wirtschaftliche Abschließung des Kontinents von England) verdarb ihnen das Geschäft. Eine Reihe Angehöriger des Kaisers, vor allem sein Bruder Erzherzog Karl, waren für den Krieg gegen Frankreich. Franz war viel vorsichtiger. Er sah die Kehrseite der Medaille. Wenn man einen so schweren, so verlustreichen Krieg führen wollte, konnte man es nicht mit der Geheimpolizei und der Berufsarmee allein. Man mußte an das ganze Volk appellieren — und nicht nur an das Volk Österreichs, sondern auch an die anderen Völker der Monarchie. Und das bedeutete Konzessionen an die noch immer große Zahl der „Linken" im Lande und Konzessionen an entwickelte Völker, wie etwa die Ungarn, die zweifellos die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen würden, ein größeres Stück Freiheit zu erobern. Die Politik von Franz II., der sich nun Kaiser von Österreich, Franz I.* nannte, bezweckte gerade das Gegenteil — im Innern alle Weiterentwicklung zu stoppen und auf diese Weise zu verhindern, daß die Völker der Monarchie im großen Sturm einer bürgerlichen Revolution Reife und Selbständigkeit fanden. Aber die französische Gefahr war akuter, und Franz ließ sich, halb widerwillig, auf die Bahn des Widerstands drängen.

Die beiden führenden Gestalten dieses Widerstandes waren der neue Staatskanzler Graf Stadion, der Thugut folgte, und Erzherzog Karl. Beide waren Josefiner, beide vertraten den Grundsatz, man könne das Volk nicht als passive Untertanen, sondern nur als aktive und verantwortliche Staatsbürger be-

* Der Gatte Maria Theresias war als Kaiser des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" Franz I. Daher gab sich Franz II. den Titel „Kaiser von Österreich" als Franz I.

handeln, wenn man es zum Widerstand und Kampf führen wollte. Beide wiesen auf das Beispiel der Französischen Revolution und der von ihr geschaffenen Volksarmee. Beide waren sich darüber klar, daß der Grundsatz „Das Volk ist eine verantwortliche und verantwortungsfähige Kraft" seine Konsequenzen haben müsse, daß die Anerkennung der Verantwortungsfähigkeit des Volkes im Kriege die Anerkennung seiner Verantwortungsfähigkeit im Frieden bedeute und man ihm in der Folge die gesetzliche Festlegung seines Rechtes auf Mitbestimmung — eine Konstitution, ein Parlament, die Verantwortung des Monarchen gegenüber den Volksvertretern — nicht verweigern könne. Darum drangen beide darauf, das Versprechen einer Konstitution in den Appell des Kaisers an sein Volk einzuschließen. Anders Franz — das bloße Wort „Konstitution" ließ ihn blaß werden. Man einigte sich wie immer auf einen Mittelweg. Die Konstitution wurde „einstweilen" nicht versprochen, dafür begann man schon 1807 mit den Rüstungen und führte schließlich die allgemeine Wehrpflicht, die „Massenerhebung der ganzen Nation", ein. Neben der aktiven Armee wurde eine Volksmiliz gebildet, die Männer zwischen 45 und 60 sollten zu Hilfsdiensten mobilisiert werden. Den Oberbefehl über die Miliz erhielt ein Bruder Karls, Erzherzog Johann, ebenfalls ein Anhänger der „Konstitutionellen." Der Widerhall war außerordentlich stark. Man drängte sich zu den Rekrutierungsstellen, und es gab einige Fälle, in denen Bürger oder Handwerker, die als dienstunfähig abgewiesen wurden, aus Verzweiflung Selbstmord begingen. Der Krieg mußte finanziert werden, und der Aufruf, Gold und Wertgegenstände zu spenden, wurde ebenso begeistert befolgt. Arbeiter, Bürger brachten ihre ganzen Ersparnisse, ihren Schmuck, Tafelsilber zu den Sammelstellen. Gemeinden nahmen ihre Kirchenglocken ab und ließen sie einschmelzen, Adelige rüsteten auf eigene Kosten ganze Regimenter aus. Die Begeisterung griff sogar auf die nichtösterreichischen Länder über; in Prag, in Brünn, aber auch in den tschechischen Kleinstädten bildeten Bürger und Studenten freiwillige Detachements, die Militärgrenze stellte fast 100000 Mann, Ungarn 50000. Das lag vor allem daran, daß Österreich in wenigen Monaten verwandelt schien, daß an Stelle Thuguts

und Sauraus die als fortschrittlich bekannten Männer Stadion, Erzherzog Karl, Erzherzog Johann in den Vordergrund getreten waren, daß plötzlich neue Worte und neue Begriffe auftauchten, daß nun auch die Regierung von Freiheit, Menschenwürde, den Rechten des einzelnen und der Nation sprach und, wie es schien, den Wortschatz und das Programm der Radikalen sich zu eigen gemacht hatte. Es schien, als sei endlich die neue Zeit gekommen und als seien die Jahre der Jakobinerverfolgungen, der Polizei und der Zensur für immer vorbei. Aber in dem Maße, in dem diese Entwicklung fortschritt, wurde Franz und seine Gruppe immer banger vor den Folgen ihrer Nachgiebigkeit. Ereignisse haben ihre eigene Logik; die Freiheit, die man einmal ruft, läßt sich nicht wieder nach Hause schicken. Langsam wurde es Franz I., dem Großbürgertum, dem Adel klar, daß, wenn ein solcher Krieg ein, zwei Jahre weitergehen, ja vielleicht mit einem Sieg enden würde, nichts mehr wieder so werden konnte, wie es einmal war. In dem Maße, in dem der Krieg näherrückte, verstärkte sich bei Franz die Entschlossenheit: entweder einen raschen Sieg — oder lieber gar keinen.

Der Krieg begann im Frühjahr 1809, und es schien zunächst, als solle das Unglaubliche — ein rascher Sieg — Wahrheit werden. Erzherzog Johann drang nach Italien vor und schlug die Franzosen bei Pordedone, Erzherzog Ferdinand besiegte bei Raszyn die mit Napoleon verbündeten Polen. Wichtiger als alles andere waren die Ereignisse in Tirol.

Tirol, das sich seit 1806 unter bayrischer Herrschaft befand, hatte am schwersten zu leiden. Die bayrischen Generäle und Kommissäre versuchten so rasch wie möglich, Tirol „bayrisch zu machen". Die Selbstverwaltung der Gemeinden wurde aufgehoben, die einheimischen Beamten mußten Bayern Platz machen, das Land wurde von München aus regiert. Die Tiroler Adler und Landeszeichen wurden entfernt, jeder Hinweis auf die frühere Zugehörigkeit des Landes zu Österreich verboten, ja der Gebrauch des Wortes „Tirol" selbst unter Strafe gestellt. Auf dem Land lasteten schwere Kontributionen, und als der Widerstand sich zu regen begann, kamen zu den Kontributionen noch Geldstrafen gegen „aufsässige Gemeinden" hinzu, kamen

Verhaftungen, Verurteilungen, Verschleppungen von Tirolern nach Bayern, Zwangsrekrutierungen für die Napoleonische und bayrische Armee. Schlimmer noch, die jahrhundertealte Freiheit des Tiroler Bauern wurde angetastet: Bayern und Frankreich begannen ihre Würdenträger mit Landbesitz in Tirol zu belehnen und Bauern, die niemals einem Herrn untertänig gewesen waren oder diese Untertänigkeit längst abgelöst hatten, fühlten plötzlich die Faust eines neuen Herrn über sich. Dazu kam noch, daß die wirtschaftliche Lage des Landes sich ständig verschlechterte. Besetzung und Kontributionssystem sogen Tirol aus, und in den Städten wurden die Bürger durch die Absperrung von Italien und dem übrigen Österreich ruiniert.

Tirol hatte seit langem den Kampf gefordert. Als es im Jahre 1808 Abgesandte nach Wien schickte, erklärte man ihnen, daß der Krieg unmittelbar bevorstehe und daß Tirol eine wichtige Rolle in diesem Krieg spielen sollte. Man sicherte den Abgesandten für den kommenden Kampf die unbedingte Unterstützung des Hofes zu. Die Tiroler waren ein wenig skeptisch, man nahm es dem Kaiser in Innsbruck und anderswo übel, daß er den Frieden von 1805, in dem Tirol preisgegeben wurde, unterzeichnet hatte. Daraufhin verpflichtete sich Franz mit seinem Kaiserwort, Tirol bis zum Ende die Treue zu halten. Unmittelbar vor Kriegsausbruch wurden die Tiroler in einem kaiserlichen Manifest zum Aufstand aufgerufen.

Die Tiroler Delegierten in Wien waren drei Wirte: der Passeierwirt Andreas Hofer, der Kaffeewirt von Bozen, Nessing, und der Wirt von Brunecken, Peter Hueber. Diese Männer waren Führer des Ausschusses, der den Aufstand vorbereitete; außerdem gehörten dem Generalstab der Aufständischen Speckbacher, Pater Haspinger, Peter Mayr, Kemnater und Teimer an. Zu den österreichischen Regierungsbeauftragten, die später am Kampf teilnahmen, gehörte unter anderen auch der berühmte österreichische Historiker Hormayr.

Am 11. April rückten österreichische Soldaten ins Pustertal ein, am gleichen Tag begann der Tiroler Aufstand. Bauernabteilungen unter Führung Hofers besetzten die Pässe und zwangen 3000 Franzosen zur Kapitulation, Innsbruck wurde

befreit, am 14. April kapitulierten die französischen und bayrischen Truppen im ganzen Inntal. Schon am gleichen Tag war ganz Nordtirol frei. Kurze Zeit später war auch das südliche Tirol befreit.

Es war das erstemal, daß französische Truppen an mehreren Fronten zurückgeschlagen wurden, und ganz Europa blickte auf Österreich. Spaniens Kampf verstärkte sich und auch in Deutschland flammte an einigen Stellen der Aufstand auf. Die preußische Regierung rührte sich zwar nicht, aber mehrere Gruppen von Freischärlern, die nicht bereit waren, sich mit der Kapitulation Preußens abzufinden, und seit geraumer Zeit eine Erhebung vorbereitet hatten, schlugen los. Die wichtigste dieser Gruppen war das Freikorps Schills. Schills Korps nahm einen besonders schweren und einen besonders kühnen Auftrag auf sich — einen Brückenkopf für eine englische Expeditionsarmee zu schaffen. Zwischen Österreich, Spanien, Tirol, den deutschen Aufständischen und der englischen Regierung gab es Verbindungen. Einige Zeit vor Beginn des Krieges waren österreichische, tirolerische Abgesandte und Vertreter der Freikorps in London gewesen. Man versprach ihnen Unterstützung — mehr noch, England verpflichtete sich, bei Ausbruch eines Krieges in Norddeutschland zu landen und eine neue Front gegen Napoleon zu schaffen. Schill übernahm die Aufgabe, diese Landung zu ermöglichen. Sein Korps erhob sich bei Kriegsausbruch, sprengte in raschem Ritt durch Deutschland, riß in seinem Vormarsch mehrere Garnisonen mit sich und besetzte einige befestigte Punkte an der Küste. Dort erwartete er die Landung, aber die Landung kam nicht. Statt dessen landete die englische Armee auf Walcheren vor Holland, das bei dieser Gelegenheit erobert werden sollte, blieb dort tatenlos sitzen und ging nach sechs Monaten zu einem beträchtlichen Teil an Hunger und Krankheit zugrunde. Schill hielt seinen Brückenkopf, solange seine Kraft reichte. Sobald die Gefahr für Frankreich und die mit Frankreich verbündeten deutschen Truppen vorbei war, wandte man sich gegen ihn. Er wurde besiegt und kurze Zeit später mit seinen Offizieren erschossen.

Österreichs Siegesserie dauerte nicht lange. Napoleon marschierte vor, es gelang ihm, in Bayern Erzherzog Karl zu schlagen, und er wandte sich gegen Wien. Zur allgemeinen Überraschung ergab sich Wien, das eine starke Garnison hatte, nach kurzem Bombardement am 13. Mai. Der Grund für den überraschenden Fall Wiens ist niemals ganz geklärt worden. Die Erklärungen, die sein Kommandant Erzherzog Max abgab, wirkten wie schwache Ausreden. Er behauptete, er habe sich nicht einkreisen lassen und die Besatzung für die Entscheidungsschlacht aufbewahren wollen. Diese Gründe sind, gemessen an dem ungeheuren militärischen und vor allem moralischen Schaden, den die Aufgabe der Hauptstadt bedeutete, wenig überzeugend. Es gibt aber hinreichende Gründe für die Vermutung, daß es Franz und seine Clique waren, die die Übergabe Wiens veranlaßten, weil sie nicht bereit waren, die Zerstörung Wiens zu riskieren, und vor allem mit Recht fürchteten, daß ein Kampf der ganzen Stadt, mit ihrem Bürgertum, ihren Handwerkern, Beamten und Arbeitern, ihrem starken radikalen Element, sehr rasch zu einem wirklichen Volkskampf werden und die Entwicklung in ganz Österreich entscheidend beeinflussen würde.

Statt in Wien kämpfte man also hinter Wien, bei Aspern. Und hier geschah zum zweitenmal das Wunder. In einer blutigen, zwei Tage dauernden Schlacht wurde die Armee Napoleons von den Österreichern geschlagen. Der Rest der Armee — 40000 Mann — zog sich auf die Insel Lobau zurück, wo sie mehrere Tage lang ohne Nahrung und Munition abgeschnitten war. Hätte die österreichische Armee damals angegriffen, wäre wahrscheinlich das ganze Heer Napoleons vernichtet worden.

Aber man griff nicht an. Wieder begann die unbegreifliche, lähmende Politik des Zögerns, des freiwilligen Aufgebens fast gewonnener Positionen, die Politik des Selbstmordes. Man wartete von Mai bis Anfang Juli, man wartete, bis Napoleon seine Truppen neu formiert, seine Armee aufgefüllt hatte, man wartete, bis er in einer für ihn günstigen Stellung zum Gegenangriff schritt. Das Warten nach Aspern ist ebenso

rätselhaft und unbegreiflich wie die Aufgabe Wiens. Es gibt viele Begründungen dafür — und nicht eine wirkliche Erklärung. Man behauptete, gewartet zu haben, bis Preußen sich erhebe — aber jeder wußte, daß Preußen sich damals weder erheben wollte noch konnte. Man erklärte, auf Verstärkung durch die Truppen Erzherzog Johanns gewartet zu haben — als ob man Verstärkung gebraucht hätte, um die hungrigen, fast waffenlosen Franzosen in der Lobau zu schlagen. Man behauptete sogar, auf das Ende des Hochwassers gewartet zu haben, das eine Überquerung der Donau unmöglich gemacht hätte — aber das Hochwasser dauerte vier Tage und nicht anderthalb Monate. Der Grund dürfte hier der gleiche gewesen sein wie bei der Aufgabe Wiens — die Entwicklung im Lande. Überall bildeten sich Komitees zur Landesverteidigung, die eine andere Sprache sprachen, als es Franz und seiner Partei lieb war, Komitees, die von Freiheit und Konstitution, von Menschenrechten und Bürgerrechten redeten, die erklärten, das Volk würde die Waffen erst aus der Hand geben, wenn mit dem Vaterland auch die Freiheit gerettet sei. Überall bildeten sich neue Freiwilligenformationen, überall bewaffneten sich Studenten, Handwerker, Bürger; in Ungarn bildeten sich nationale Freiheitsausschüsse — die Flut war im Ansteigen, solange der Kampf dauerte. In den Tagen nach Aspern scheint es Franz und seiner Gruppe klar geworden zu sein, wohin die Reise ging, und daß selbst eine Niederlage besser sei als ein solcher Sieg. Auf ein Ereignis wartete man wirklich — auf die Landung Englands. Man war bereit, Napoleon zu schlagen, vorausgesetzt, daß der Sieg durch die Armeen und nicht durch die Völker erkämpft werde. Die englische Landung hätte das Übergewicht der Armeen wiederhergestellt. Aber sie kam nicht. Und so fand man sich ab, den Krieg zu verlieren und auf eine bessere Gelegenheit zu warten. Erzherzog Karl und Erzherzog Johann haben über die Zeit nach Aspern geschwiegen, aber aus gelegentlichen Bemerkungen geht hervor, daß die Politik des Wartens auf ausdrückliche Weisung von Franz I. eingeschlagen wurde.

Als man lange genug gewartet hatte, stellte man sich Napoleon zur Schlacht bei Wagram. Diese Schlacht ging verloren, ebenso mehrere andere kleinere Schlachten. Der historische Augenblick war versäumt worden. Als Wagram verloren war, konnte Franz halb resigniert, halb beruhigt bemerken: „Hab ich's nicht gesagt, daß es so ausgehn wird? Jetzt können wir alle nach Haus gehn." Darauf bestieg er seinen Wagen und fuhr, wie ein Zeitgenosse berichtet, „mit einer Ruhe und Zufriedenheit davon, die allgemeines Erstaunen hervorrief". Seine wirkliche Haltung zeigte sich noch deutlicher, als er, auf Drängen Erzherzog Karls, ein Freiwilligenkorps der Prager Studenten besichtigte; er schritt die Front ab und sagte freundlich: „Sie schauen aber gut aus, ich hätt's nicht geglaubt, aber jetzt brauche ich Sie glücklicherweise nicht mehr, Sie können alle nach Haus gehn." Dann ließ er jedem von ihnen zur Belohnung einen Silbergulden überreichen. Die Studenten warfen ihm das Geld empört vor die Füße. Die Dankesäußerungen des Kaisers für Verdienste im Jahre 1809 waren auch sonst, gelinde gesagt, beleidigend: Offizieren, die sich im Kampf besonders ausgezeichnet hatten, ließ er, wenn es sich um Bürgerliche handelte, die Befugnis zum Führen einer Tabaktrafik erteilen, die sonst alte Frauen und Bedürftige erhielten; die Prager Stände, die für die Verteidigung hohe Summen aufgebracht und eine starke Armee aufgestellt hatten, bekamen das Recht, eine rote Uniform zu tragen.

Voller Erleichterung schloß Franz kurze Zeit später mit Napoleon den Frieden von Schönbrunn ab. Österreich verlor zusätzlich Salzburg und das Innviertel an Bayern; Galizien wurde an Rußland abgegeben, aus Slowenien, Triest, Istrien und der Krain wurde das selbständige Königreich Illyrien geschaffen. Außerdem mußte Österreich eine riesige Kontribution bezahlen.

Der verlorene Krieg gab den Vorwand, den innerpolitischen Kurs radikal zu ändern. Erzherzog Karl und Erzherzog Johann büßten jeden Einfluß ein. Die Beamten, die sich 1809 hervorgetan hatten, wurden entlassen. Stadion wurde entlassen. An seine Stelle trat Metternich, der Freund des Hochadels und der Bankiers, der Vertreter von „Ruhe und Ordnung".

Die Polizei wurde wieder verstärkt, bald war sie allgewaltig; der Apparat der Konfidenten — von den Wienern „Naderer" genannt — wurde ausgebaut, bis die Regierung wußte, was in jedem Haus gesprochen wurde. Die Beamten verloren den letzten Rest ihrer Selbständigkeit. Die Zeit der Reaktion hatte begonnen.

Tirol war mit dem Versprechen bedingungsloser Unterstützung durch die Regierung in den Kampf gegangen. Dieses Versprechen wurde gebrochen. Tirol wurde im Stich gelassen. Aber es kämpfte weiter.

Anfang Mai hatten die Franzosen eine Gegenoffensive gegen Tirol begonnen. Der französische Marschall Lefebvre drang mit bayrischen Truppen in Tirol ein. Innsbruck wurde genommen, die siegreichen Truppen entfalteten einen furchtbaren Terror. Bauern wurden zu Hunderten aufgehängt, Frauen und Kinder niedergemetzelt. Am 1. Mai rief Andreas Hofer die Tiroler wieder zum Kampf auf. Am 25. Mai begann der Sturm auf den Berg Isel bei Innsbruck, am 29. Mai wurden Franzosen und Bayern vor Innsbruck zurückgeworfen. Nach diesem Sieg erhielten die Tiroler wieder einen Kaiserbrief mit einem Kaiserwort. Franz versprach, daß er nur einen Frieden unterzeichnen würde, der Tirol fest an Österreich binde. Wenige Wochen später wurde ein Frieden unterzeichnet, der Tirol preisgab und die Abziehung der wenigen österreichischen Truppen aus dem Lande vorsah. Anfang August warfen die Franzosen ihre ganze nun freigewordene Armee in Österreich gegen Tirol, während die österreichischen Regimenter das Land verließen. Der Generalstab, vor allem Hofer, Speckbacher und Haspinger, beschloß, den Kampf weiterzuführen. Wieder erging an Tirol der Ruf zur allgemeinen Erhebung, und wieder folgte das ganze Land. Frauen und Kinder halfen in den Bergpässen aus Felsen und Holz Barrikaden bauen. Männer zogen mit ihren Gewehren in die Berge, um von oben den Angriff gegen die anmarschierenden Franzosen und Bayern zu beginnen. Am 4. August betraten die ersten Regimenter das Eisacktal. Auf ein gegebenes Zeichen rollten von der Höhe Felsblöcke auf sie nieder, während von allen Seiten das Gewehrfeuer eröffnet wurde. Die Vorhut der Armee wurde abgeschnitten und gab sich gefangen. Die Hauptmacht, die ihnen wenige Tage später von Marschall Lefebvre nachgeschickt wurde, der erklärte, nur Narren könnten sich von Bergbauern in die Flucht schlagen lassen, erlitt das gleiche Schicksal. Am 11. August begann der Rückzug der Franzosen, zuerst langsam, dann, unter den ständigen Angriffen der Tiroler, als Flucht. Marschall Lefebvre selbst mußte verkleidet und zwischen Reitern und Flüchtlingen versteckt den Brenner überschreiten. Die Tiroler hatten gelobt, ihn zu hängen, weil er als Vergeltungsmaßnahme für den ersten Angriff das Dorf Ried hatte niederbrennen lassen. Mitte August war die ganze französische Armee — 30000 Mann — auf der Flucht. Tirol war zum drittenmal befreit worden. Die Bauernarmee hatte sich musterhaft verhalten, nicht nur im Kampf, sondern auch im Sieg. Die wenigen Versuche, im wiedereroberten Innsbruck zu plündern, wurden von Andreas Hofer mit den Worten eingestellt: „Schämts ihr euch nicht, zu plündern? Seid ihr Bayern?"

Von Mitte August bis Ende Oktober gab es in Tirol eine Regierung Andreas Hofer, der als „provisorischer Regent im Auftrag des Volkes von Tirol" von Innsbruck aus die Geschäfte des Landes führte. Diese Regierung war politisch so konservativ, so „unjakobinisch", daß ihr niemand Radikalismus vorwerfen konnte. Aber sie war eine Regierung der Bauern, eine Regierung ohne Beamte und ohne Adelige, eine Regierung, die bewies, daß das Volk und seine Vertreter durchaus in der Lage waren, ein Land zu führen. Und diese Tatsachen hat man ihr in Wien niemals verziehen. Man gab ihr nicht die geringste materielle oder moralische Hilfe, man rührte, als sie gefallen war, keinen Finger, um Hofer zu retten, und noch Jahre später warf man den Tirolern ihre „Eigenmächtigkeit" vor.

In der kurzen Regierungszeit Hofers gab es keine glänzenden und weitreichenden sozialen und politischen Reformpläne, wie sie 1525 im Feldlager Gaißmayers entstanden waren; es gab nichts, was jener großen und gerechten kämpferischen Demokratie ähnelte, die im Soldatenparlament Fadingers 1626 vor Linz geboren wurde. Hofer war ein frommer Katholik, ein

Konservativer, der die „Jakobiner" — von denen er im Grunde nichts wußte — haßte, weil sie „gottlos" waren, ein Mann, der immer wieder seine Liebe zur angestammten Dynastie, seinen Respekt vor der Obrigkeit betonte. Aber er liebte Tirol und seine Freiheit, und um dieser Freiheit willen war er bereit, alle Maßnahmen zu treffen, die zu ihrer Verteidigung nötig waren.

Für Hofer hat es nur eine Frage gegeben: Nützt die Maßnahme, die ich treffe, Tirol, oder schadet sie ihm? Aus diesem Grunde hat er Beamte, Lehrer, Professoren, ja selbst Geistliche, die in der Zeit der Besetzung mit den Bayern zusammengearbeitet, erbarmungslos hinausgeworfen und eingesperrt, sehr zum Entsetzen Wiens, das unter diesen „Opfern der Hoferschen Tölpelhaftigkeit", wie man es am Kaiserhof geschmackvoll formulierte, Vertreter der „besten Familien", der „wohlhabendsten Schichten" fand. Aus diesem Grunde hat er aus der neuen Tiroler Armee, die er baute und die nach seinen Plänen und vor allem nach den Plänen Pater Haspingers einmal zum Angriff übergehen und von Tirol aus Salzburg, Kärnten, die Steiermark und schließlich Wien befreien sollte, rücksichtslos alle Unfähigen entfernt und an ihre Stelle einfache Bauern, Hüttenarbeiter und Handwerker gesetzt, wenn sie ihm mutig und begabt schienen. Aus diesem Grunde hat er alles getan, um die Maßnahmen, die er traf, dem ganzen Volk verständlich zu machen, ihre Diskussion und Verbreitung ermutigt und schließlich sogar den Vorschlag gemacht, Vertreter der Hüttenarbeiter und Bergarbeiter in den engeren Rat der Regierung zu entsenden, um auf diese Weise ihre „Kampffreudigkeit zu stärken". Und was vom Standpunkt Wiens vielleicht noch ärger war — er setzte, ohne auf die Wünsche und Pläne der Eigentümer die geringste Rücksicht zu nehmen, Werkstätten, Waffenschmieden und Bergwerke in Betrieb, weil man die erzeugten Waffen zur Verteidigung brauchte, gründete neue und beschlagnahmte „zugunsten des Landes Tirol" Eigentum, das seine Besitzer als Belohnung für die Unterstützung Bayerns erhalten hatten.

Daneben hatte er auch viele Fehler gemacht. Sein Steuersystem war dilettantisch, und als es versagte, zog er die Steuerschraube so fest an, daß er viele seiner eigenen Bauern in Opposition trieb. Seine Vorschriften „zur Erhaltung der Sitte und Moral" waren lächerlich; in einem Land, dem ein neuer schwerer Angriff drohte, hätte der Regent und Oberkommandierende Wichtigeres zu tun gehabt, als seine Zeit mit endlosen Verordnungen über die Länge der Frauenkleider, die Höhe der Absätze und die Größe der Musikkapellen bei dörflichen Veranstaltungen zu verschwenden. Das Schlimmste aber war, daß er sich über „seinen" Kaiser bis zum Schluß Illusionen machte, auf Hilfe wartete, als es schon klar war, daß keine Hilfe kommen würde, und dadurch die Chancen des ihm bevorstehenden Kampfes viel zu rosig einschätzte. Allerdings betonte auch der viel klügere und vorsichtigere Pater Haspinger immer wieder, daß „Hilfe auf dem Weg sei" — es ist möglich, daß man damit gegen Kleinmut und Verzweiflung ankämpfen und in der fast hoffnungslosen Situation, in der Tirol sich befand, Mut einflößen wollte.

Zu gewinnen war der Tiroler Kampf nicht mehr, wenn auch Haspinger und Hofer von der Befreiung ganz Österreichs durch Tirol träumten. 50000 Franzosen befanden sich im Anmarsch. Tirol war allein. Es hätte vielleicht durch Verhandlungen günstigere Bedingungen erreichen können, aber noch am 25. September schickte Franz ihnen die Botschaft, Tirol solle standhaft bleiben — und ein Geschenk von 3000 Dukaten! Als dann einige Wochen später die Weisung Erzherzog Johanns kam, den Kampf einzustellen, war es zu Verhandlungen zu spät. Die französischen Truppen rückten ein. Der „Vizekönig von Italien" erließ von Villach aus eine Kundmachung, in der dem Lande eine Amnestie versprochen wurde, falls man sofort den Widerstand aufgäbe. Im großen und ganzen wurde die Aufforderung zum Niederlegen der Waffen befolgt, aber Hofer und ein Teil der Bauernarmee fielen auf eine unbestätigte Meldung über eine österreichische Hilfsexpedition herein und kämpften weiter. Im November brach der Widerstand endgültig zusammen. Hofer hielt sich in den Bergen versteckt, wurde verraten, von den Franzosen gefangengenommen und zum Tode verurteilt. Am 20. Februar wurde er in Mantua standrechtlich erschossen. Es bleibt eine ewige Schande für Österreich, daß der einzige,

der den — allerdings vergeblichen — Versuch unternahm, Hofer zu retten, der englische Gesandte war, der, als die Verhandlungen scheiterten, sogar einen Beauftragten nach Mantua sandte, der Hofer mit Waffengewalt oder List befreien sollte. Der Wiener Hof redete sich aus, man habe von der geplanten Hinrichtung Hofers nichts gewußt, da die Franzosen das Hinrichtungsdatum geheimgehalten hatten. Das hatte die englische Öffentlichkeit nicht gehindert, sich für Hofer einzusetzen und sogar eine Gesellschaft zu seiner Rettung zu gründen, aber von Mantua bis Wien war es offenbar weiter als von Mantua nach London. Dafür gründete Franz I. einen Unterstützungsfonds für die emigrierten Tiroler. Allerdings wurden die Pensionen erst nach Jahren, die meisten aber überhaupt nicht ausbezahlt.

Dennoch versuchte man in Wien lange die Fiktion aufrechtzuerhalten, als seien die Tiroler die treuesten — weil konservativsten — und darum geliebtesten Untertanen der Krone. Daß es weder mit dem Konservativismus noch mit der Liebe sehr weit her war, zeigte eine Unterredung zwischen Tiroler Abgeordneten und dem Kaiser einige Zeit nach der Befreiung Tirols. Die Tiroler verlangten die Wiederherstellung ihrer alten Verfassung. Es wird folgendes Gespräch berichtet — allerdings nicht aus authentischer Quelle: ,,So, also eine Konstitution wollt ihr?" fragte Franz die Tiroler in sehr ungnädigem Ton. ,,Ja, Franz", erwiderten die Tiroler (sie hatten von alters her das Privileg, den Kaiser zu duzen). Franz, auf den das Wort ,,Konstitution" wirkte wie ein rotes Tuch auf den Stier, erwiderte scharf: ,,Mir liegt nicht daran, ich geb euch schon eine Konstitution, aber ihr müßt wissen, daß die Soldaten mir gehorchen, und ich werd euch nicht zweimal fragen, wenn ich Geld brauch. Und was eure Reden betrifft, möcht ich euch raten, vorsichtiger zu sein!" Daraufhin verzichteten die Tiroler auf die Knostitution.

Das Jahr 1809 bedeutete für Österreich weit mehr als eine militärische Niederlage. Seit dem 17. Jahrhundert hatte es ein ständiges und fast gleichmäßiges Wachstum des österreichischen Nationalgefühls, eine Entwicklung des österreichischen Patriotismus gegeben. Der Begriff ,,österreichisches Vaterland" war schon zu Hörnigks Zeit Allgemeingut, und die Männer, die für

Reform eintraten, fühlten sich gleichzeitig als Sprecher und Verteidiger der werdenden österreichischen Nation. Unter Maria Theresia und Joseph wurde der Begriff der Nation etwas noch Wirklicheres und Greifbareres. Der Siebenjährige Krieg wurde unter Anteilnahme des ganzen Volkes ausgekämpft, das sein Land gegen die Fremden, gegen Preußen, verteidigen wollte. Es ist zweifelhaft, ob es Maria Theresia gelungen wäre, den ersten Angriff Friedrichs abzuwehren, wenn nicht das ganze Land den Krieg unterstützt hätte. In der Regierungszeit Josephs waren Österreich, die eigene österreichische Kultur und die eigene österreichische Politik nicht mehr eine Zukunftsvision. Sie waren da, sie waren ein Bestandteil des täglichen Lebens geworden, und die Menschen waren stolz darauf, zu dieser österreichischen Nation zu gehören, die im Begriff war, eine der fortschrittlichsten Europas zu werden. Die neue Kultur Österreichs, sein Theater und seine entstehende Literatur, seine Wissenschaft und seine neue Freiheit und Menschenwürde, waren Dinge, die ihnen gehörten und die sie zu verteidigen bereit waren. Und 1809 erhob sich das ganze Volk zur Verteidigung seines Vaterlandes, von dem es wußte, daß es sein Vaterland war.

Doch es mußte erfahren, daß der Kampf gegen die Fremden, der Kampf um die Verteidigung der eigenen Nation nicht mehr etwas Selbstverständliches war, etwas, was das ganze Volk betraf. Ein Teil der Nation war desertiert, hatte sich auf die Seite der Gegner, der Fremden geschlagen. Vor die Wahl gestellt, zwischen nationaler Freiheit und politischem Fortschritt auf der einen und nationaler Unfreiheit und politischem Rückschritt auf der anderen Seite, hatten nicht nur Krone und Adel, sondern auch ein Teil jener Kraft, die die Nationen schafft, des Bürgertums, die Unfreiheit gewählt. Der Begriff ,,Nation", der Gemeingut des ganzen Landes gewesen war, wurde nun zu einer Losung der ,,Radikalen" und der ,,Demagogen" — der politisch Verfolgten. Er wurde zu einem verdächtigen Begriff.

Ein Teil des Bürgertums war auf die andere Seite übergegangen. Die Spaltung in ,,Rechte" und ,,Linke", in Girondisten und Jakobiner, die sich in Frankreich nach der großen Revolution, dem endgültigen Akt der Geburt der Nation, vollzogen hatte,

vollzog sich in Österreich vor diesem Akt. Bald sollten andere Teile des Bürgertums ihr Recht, sich Nation zu nennen, ihr Nationalbewußtsein und ihren Nationalstolz verkaufen.

VON 1809 ZUM WIENER KONGRESS

Der Schock von 1809 war so stark gewesen, daß Franz gelobte, sich nie wieder in Experimente einzulassen, die vielleicht mit einer Volksbewaffnung enden könnten. Nie wieder sollte die Regierung aus außenpolitischen Gründen gezwungen sein, die innerpolitischen Fesseln zu lockern. Die Politik seines neuen Kanzlers Metternich diente diesem Ziel.

Von 1809 bis 1813 lavierte Österreich, weniger höflich gesagt, es betrog alle seine Partner nacheinander. Zuerst schloß man eine Allianz mit Napoleon ab und Maria Louise, die Tochter Franz I., wurde mit ihm vermählt. Dieses Hinüberschwenken zum Gegner von gestern war noch immerhin verständlich – schließlich hatten die Partner der antinapoleonischen Allianz, England, Preußen und Rußland, Österreich 1809 ebenfalls im Stich gelassen. 1812 jedoch, als Napoleon den Feldzug nach Rußland unternahm, der sein Ende herbeiführen sollte, wiederholte die österreichische Regierung das Spiel mit umgekehrten Vorzeichen. Sie erklärte sich bereit, sich am Feldzug zu beteiligen, deutete aber gleichzeitig in London und Petersburg an, daß die Teilnahme nicht ganz ernst gemeint sei. Allerdings war es nicht mehr als eine Andeutung, die die anderen Mächte über die wirklichen Absichten Wiens im dunkeln ließ und sie zwang, um Österreich weiter zu werben und einen immer höheren Preis für seine schließliche Teilnahme an der antifranzösischen Koalition zu bieten. Das österreichische Korps unter Schwarzenberg spazierte während des ganzen Feldzugs in Rußland herum, ohne je ernsthaft in Aktion zu treten. Die Regierung wartete ab. Wenn Napoleon siegreich gewesen wäre, hätte man Schwarzenberg zweifellos in Aktion treten lassen und dann seine Ansprüche für die „Hilfe" geltend gemacht; aber Napoleon wurde geschlagen. Während England, Rußland und Preußen nach dem Rückzug

aus Rußland zum entscheidenden Schlag gegen Napoleon ausholten, blieb Schwarzenberg weiter untätig, bis schließlich kurz vor der Entscheidung die Verhandlungen zur Zufriedenheit Wiens beendet waren und die österreichische Armee sich an die Seite der Alliierten stellte.

Napoleon wurde in einer Reihe von Kämpfen, die schließlich in der Völkerschlacht von Leipzig ihren Höhepunkt fanden, geschlagen. Nach der Niederlage in Rußland, die ihn fast seine ganze Armee gekostet hatte, war dies der letzte Schlag. Die Alliierten drangen nach Frankreich vor. Napoleon verzichtete auf den Thron und wurde auf der Insel Elba interniert. Von dort unternahm er 1815, während in Wien bereits der Friedenskongreß tagte, einen Restaurationsversuch. Er verließ Elba und marschierte nach Paris. Es gelang ihm ohne Mühe, den von den Alliierten eingesetzten König Ludwig XVIII. abzusetzen. Seine Regierung dauerte 100 Tage, sie wurde durch einen neuen Feldzug der Alliierten, die die hastig neuaufgestellte französische Armee bei Waterloo schlugen, beendet. Ludwig XVIII. wurde wieder König, Napoleon wollte nach Amerika fliehen, wurde aber von den Engländern unter der Vorspiegelung, man wolle ihm eine freie Ausreise nach Amerika gewähren, verhaftet und als Gefangener auf der Insel St. Helena interniert. Er starb 1821.

Auf dem Friedenskongreß, der 1814 und 1815 in Wien abgehalten wurde, versuchten die alliierten Mächte die Veränderung, die sich in den letzten 25 Jahren vollzogen hatte, soweit wie möglich wieder rückgängig zu machen und das, was Frankreich erobert hatte, unter sich aufzuteilen. Frankreich wurde in seinen Grenzen von 1792 wiederhergestellt. Belgien mit Holland zum Königreich der Niederlande vereinigt. Der Rheinbund, eine Föderation rheinischer Staaten unter französischem Patronat, wurde aufgelöst; an seiner Stelle — und an Stelle des „Heiligen Römischen Reichs" — wurde der „Deutsche Bund" gegründet, eine, allerdings mehr theoretische, deutsche Fürstenföderation, in der Österreich den Vorsitz, Preußen jedoch von 1830 ab den tatsächlichen Haupteinfluß hatte.

England erhielt bedeutende koloniale Gebiete, darunter Kapland, Malta und Ceylon, und als militärischen Stützpunkt

die Insel Helgoland. Das von Napoleon gegründete Herzogtum Warschau fiel zum größten Teil an Rußland, allerdings erhielt Österreich seine ostgalizischen Besitztümer wieder. Österreich bekam auch seine übrigen Territorien zurück und wurde für den endgültigen Verlust Belgiens durch die Lombardei, Venetien und Dalmatien, Este und Modena entschädigt. Damit beherrschte Österreich Italien. Preußen erhielt für die an Rußland gefallenen polnischen Besitzungen die Hälfte des Königreichs Sachsen und Besitzungen am Rhein.

Die Regierungen, die sich beim Wiener Kongreß versammelten, waren in vielen Fragen verschiedener Meinung. Aber in einem Punkt waren sie sich einig: Die Entwicklung, die durch die Französische Revolution begonnen und mit den Napoleonischen Kriegen eine Fortsetzung gefunden hatte, durfte nicht weitergehen, und wenn die einzelnen Länder nicht stark genug waren, sie aufzuhalten, mußte man die ganze militärische und politische Kraft der Alliierten einsetzen, um sie zum Stillstand zu bringen.

Die Napoleonischen Kriege hatten Europa nicht nur äußerlich verändert. Die Macht der Dynastien, sowohl über ihre Völker wie auch über die andersnationalen Gruppen, die unter ihrer Herrschaft lebten, war ins Wanken gekommen. In den Jahren von 1809 bis 1813 hatte in ganz Europa die Erde gebebt. In Rußland wie in Preußen hatten die Völker ihre zögernden Herrscher zum Kampf gegen Napoleon gezwungen und zum erstenmal waren die Könige der Drohung gegenübergestanden, entweder den Kampf zu führen oder durch einen Volksaufstand hinweggefegt zu werden. Und die Völker hatten nicht bloß Kampf verlangt, sondern Freiheit. Der König von Preußen war gezwungen gewesen, seinem Land eine Konstitution, die Aufhebung der Leibeigenschaft, die Herstellung der bürgerlichen Rechte zu garantieren. Rußland sah sich einer wachsenden Opposition innerhalb seines Beamten- und Offizierskorps gegenüber, aus der wenige Jahre später der Aufstand der Dekabristen hervorgehen sollte. In England begannen nicht nur die Industriellen und Kleinbürger, sondern sogar die Arbeiter Freiheit und Rechte zu fordern unter der Losung „Wer gekämpft hat, darf auch regieren". Und auch die österreichische Regierung, die verstanden

hatte, 1809 die Erhebung des Volkes durch eine Kapitulation vor dem Feind zum Stillstand zu bringen, wußte, daß ihre Macht nicht allzu fest begründet war.

Aber das war noch nicht alles. Die Völker hatten in Napoleons Zeit nicht nur Unterdrückung, sondern auch Freiheit gekostet. Nationen, die Jahrzehnte und Jahrhunderte unter der Herrschaft fremder Dynastien gestanden waren, hatten einige Jahre lang ihren eigenen Staat besessen, einen von Napoleon abhängigen Staat, aber dennoch einen Staat. Polen war, von russischer, preußischer und österreichischer Herrschaft befreit, wenigstens einige Jahre lang wieder geeint gewesen. Italien, das in der Zisalpinischen und Ligurischen Republik wenigstens einen Abglanz der fast vergessenen alten Einheit gefunden hatte, erinnerte sich an die Zeit Roms, in der es noch ein Staat gewesen war, und begann die Vereinigung aller Italiener unter einer italienischen Dynastie zu fordern. Die südslawischen Provinzen Österreichs waren zum erstenmal im Königreich Illyrien zusammengefaßt worden, und seit dieser Zeit schien der Gedanke eines einheitlichen Staates aller Südslawen nicht mehr irreal. Ungarn, dem Napoleon 1809 einen eigenen Staat angeboten hatte und das diese Aufforderung nicht annahm, begann wieder seine Freiheit im Rahmen des Habsburgerstaates zu fordern, und selbst das längst unterworfene, ausgeplünderte Irland drohte mit Rebellion.

Das einzige Rezept, das die alliierten Regierungen kannten, war, die politische Entwicklung in jedem Lande niederzuhalten, um die nationalen Forderungen zum Verstummen zu bringen, die Nationalrevolutionäre zu verfolgen, um die eigenen Radikalen einzuschüchtern. Sie verstanden, daß das ganze Gebäude der Monarchie ins Wanken kommen mußte, wenn das eiserne Herrschaftssystem, das sie aufzurichten begannen, an irgendeiner Stelle durchbrochen würde — sei es in politischer, sei es in nationaler Hinsicht. Es war Österreich, das als erstes Land diese Tatsache verstanden und danach gehandelt hatte, und diese größere Erfahrung und größere Entschlossenheit zur Unterdrückung trugen vielleicht mehr als das militärische und politische Gewicht der Monarchie zu seiner führenden Rolle innerhalb der Allianz bei.

Diese Allianz, die 1815 geschaffen wurde, trug den Namen

„Heilige Allianz". Ihr Programm war, jede Veränderung der politischen Verhältnisse in den einzelnen Ländern und in ganz Europa zu verhindern. Sie stellten sich die Aufgabe, durch gegenseitige Unterstützung der Regierungen auf dem Gebiet der Diplomatie, der Kriegführung, des inneren Polizeiregimes die neuen Kräfte Europas niederzuhalten. Die Staaten der „Heiligen Allianz" unterstützten einander bei der Niederhaltung der italienischen Nationalisten, bei der Verfolgung von „Radikalen" und „Demagogen" in ganz Europa, bei Strafexpeditionen gegen polnische Rebellen. Der König von Preußen lieferte russische „Unzufriedene", die in Preußen Asyl gesucht hatten, an den Zaren aus, der Zar schickte 1849 seine Truppen gegen das kämpfende Ungarn. Die „Heilige Allianz" war nicht nur eine Interessengemeinschaft der Könige und großer Teile des Adels, sondern auch eines Teils des Großbürgertums, vor allem der Bankiers. Rothschild und Eskeles und die Bankiers der Londoner City waren ihre treuesten Anhänger, und es war teilweise ihr Geld, das die Polizeiapparate und die Strafexpeditionen finanzierte. Das Großbürgertum hatte an der Revolution gerochen und war davor zurückgeschreckt. Es hatte verstanden, daß die damit verbundene Erhebung der Nationen in den vielnationalen Staaten auch seine Profitmöglichkeiten und seine Macht bedrohte. Es begann, in den Königen seine Freunde, ja seine Retter zu sehen.

Die „Heilige Allianz" herrschte von 1815 bis 1848 über ganz Europa. Nach 1848 war ihre Macht gebrochen und neue Kombinationen mußten an ihre Stelle treten.

V.

ACHTZEHNHUNDERTACHTUNDVIERZIG

DER VORMÄRZ

Dem äußeren Anschein nach war Österreich aus den Napoleonischen Kriegen gestärkt hervorgegangen, aber in Wirklichkeit war die Periode zwischen 1815 und 1848 eine einzige Krisenzeit. Die industrielle Entwicklung stockte, der Handel ging zurück, die Bauern, die wieder dem Adel tributpflichtig gemacht worden waren, verarmten mehr und mehr. 1830 war Österreich — vorwiegend Agrarland — gezwungen, Lebensmittel in großen Mengen zu importieren, und zwar nicht Kolonialwaren und Delikatessen, sondern Getreide, Fleisch und Hülsenfrüchte. Das 1812 abgewertete Geld wurde niemals wieder ganz wertbeständig, die Menschen wußten nie, wie ein Zeitgenosse sich ausdrückte, „ob der Taler in ihrer Hand morgen 10, 20 oder einen Kreuzer wert sein würde". Die künstlich verlangsamte, ungleichmäßige Entwicklung der Industrie führte dazu, daß Österreich an den Krisenerscheinungen im Gefolge des aufsteigenden Industriekapitalismus litt, aber auch an den Krisenerscheinungen, die durch seine Nichtentwicklung bedingt sind. Es gab in Wien, aber vor allem in Böhmen, Mähren und Schlesien seit 1830 immer wieder Arbeitslosigkeit, dafür hatten zur gleichen Zeit andere Industrien schweren Arbeitermangel. Das konnte nicht untereinander ausgeglichen werden, da die Regierung die Zuwanderung von Arbeitern in die Städte verbot, um „Unruhen" zu verhindern. Die Handwerker gingen durch die Konkurrenz der Fabriken zugrunde, konnten aber nicht selbst Werkstätten und Fabriken eröffnen, weil die Regierung einen numerus clausus für Fabriken geschaffen hatte und Neugründungen unterband. Die Bauern waren durch die ständigen und neuen Abgabenforderungen des Adels so verschuldet, daß sie immer wieder gezwungen waren, ihr Land aufzugeben, aber sie konnten nicht in die Stadt gehen, um besser zu verdienen, wiederum

weil die Regierung den Zuzug sperrte. Es blieb ihnen nichts übrig, als sich in den von den Grundbesitzern aufgezogenen Industrien und Halbindustrien — Schnapsbrennereien, Mühlen, Bierbrauereien — als Lohnarbeiter zu verdingen. Frauenarbeit, Kinderarbeit waren in den Fabriken an der Tagesordnung. Im Jahre 1845 gab es in Österreich, Böhmen, Mähren, der Lombardei und Galizien im Durchschnitt von 1000 industriell Beschäftigten 433 Männer, 420 Frauen und 147 Kinder, wobei in den österreichischen Ländern die Zahl der beschäftigten Frauen die der Männer oft überstieg und in Oberösterreich auf 378 Männer 356 Frauen und 266 Kinder kamen. Die Arbeitszeit der Kinder betrug nach einer offiziösen Darstellung 12 bis 13 Stunden. Offiziell durften nur Kinder über 12 Jahren beschäftigt werden, tatsächlich aber waren viele von ihnen zwischen 6 und 9 Jahren. Die Löhne, auch der Erwachsenen, waren fürchterlich niedrig. In Wien, wo sie noch am höchsten waren, verdiente ein Arbeiter in der Woche etwa 5 Gulden, eine Arbeiterin 2 Gulden 50. Kinder erhielten zwischen 20 und 30 Kreuzer. Ein Metzen (61 Hohlliter) Erdäpfel kostete 2,08 Gulden, ein Kilo Fleisch 25 Kreuzer (ein Gulden hatte 60 Kreuzer). Die amtliche „Donauzeitung" versuchte 1848 ein Budget für eine Arbeiterfamilie aufzustellen, in der beide Eltern beschäftigt waren. Sie kam zu dem Ergebnis, daß für die ganze Familie nach Abzug der Ausgaben für Zins, Brennmaterial, einige Reinigungsmittel und etwas Kleider und Wäsche (die meist abgetragen beim Trödler gekauft wurden) zum Leben täglich 27 Kreuzer übrigblieben. Dabei war der Zins hier viel zu niedrig angesetzt, in den meisten Fällen betrug er ein Drittel des Einkommens. Bei all dieser maßlosen Ausplünderung der frühen Industriezeit gab es nicht einmal die wenigen Vorteile, die anderswo zutage traten, den starken Strom neuer Industriewaren, die allmählich und sehr beträchtliche Preissenkung. In Österreich waren die Waren knapp und die Preise stiegen ständig.

Zwischen 1815 und 1848 ging es in Österreich jedem schlecht (mit Ausnahme kleiner Gruppen, zu denen der Adel und seine Mitläufer, die Bankiers, die Spekulanten und einige Fabrikanten und bürgerliche Großverdiener, vor allem die Hausherren, ge-

hörten). Infolgedessen war jeder unzufrieden. Diese Unzufriedenheit äußerte sich in verschiedenen Formen.

Unter den Bauern gab es keine ausgesprochene und einheitliche Widerstandsbewegung, weil die Bauern innerhalb der Monarchie so gut wie keine Verbindung miteinander hatten und die Lage etwa eines ruthenischen Bauern in Polen sich sehr stark von der eines niederösterreichischen unterschied. In den Ländern, in denen die Bauern noch immer praktisch in Leibeigenschaft lebten, also vor allem in Böhmen, Ungarn, Galizien und der Krain, gab es einige Male Bauernaufstände, deren größter und umfassendster der Aufstand der ruthenischen Bauern 1846 war, die unter Führung des Bauernrevolutionärs Szela versuchten, den Grundbesitz des Adels aufzuteilen und die alte dorfkommunistische Bauerngemeinschaft wieder herzustellen. In den österreichischen Ländern gab es, vor allem in den Jahren nach 1830, immer wieder Steuer- und Abgabenverweigerungen seitens der Bauern, wobei einige Male Militär eingesetzt werden mußte. Einmal fiel dem Zorn der niederösterreichischen Bauern auch die vorbeifahrende königliche Hofkutsche zum Opfer, die überfallen, ausgeplündert und verbrannt wurde. Allerdings befand sich, wie sich später herausstellte, kein Angehöriger des Herrscherhauses in ihr.

1817 gab es in Wien bereits Hungerdemonstrationen Arbeitsloser, die drohten, die Regierungsgebäude zu stürmen, und die erschreckte Regierung war gezwungen, eine Sonderzuwendung zur Linderung der ärgsten Not zu bewilligen. Arbeitslosendemonstrationen wiederholten sich, wenn auch in geringerem Ausmaß, während all dieser Jahre. Ab 1840 kam es zu weit ernsteren Kämpfen, besonders in Böhmen. 1844 gab es in Prag Kämpfe, an denen sich 1600 Arbeiter beteiligten und die mehrere Tage dauerten. Die Arbeiter protestierten gegen die Herabsetzung der Löhne und gegen die Einführung neuer Maschinen, die sie, wie sie sagten, brotlos machten. Die Maschinen wurden demoliert. Kurze Zeit später gab es auch im nördlichen Textilgebiet, in Reichenberg, Königgrätz, Böhmisch-Leipa und anderen Orten,

Erhebungen der „Maschinenstürmer", bei denen Fabriken niedergebrannt und Maschinen zerschlagen wurden. Etwa tausend Arbeiter zogen nach Prag, um die Behörden um Abhilfe zu bitten. In der Stadt wurden sie von der Polizei mit Gewehrfeuer empfangen. In Wien war das „Maschinenstürmen" zwar seltener, es gab jedoch seit 1845 wiederholt Hungerdemonstrationen und Protestkundgebungen gegen die Erhöhung der Brotpreise, bei denen Bäckereien und andere Geschäfte geplündert wurden.

Im Bürgertum war die Unzufriedenheit nicht weniger stark als in anderen Schichten der Bevölkerung. Mit Ausnahme einer verschwindend kleinen Oberschicht litten alle Gruppen — Handwerker, Fabrikanten, die Intelligenz, Beamte — unter der Politik der Regierung. Die Opposition war am stärksten innerhalb der Studentenschaft. Die Universitäten waren Unruheherde, wo sich immer wieder Debattiergruppen bildeten, in denen heimlich nicht nur die Werke der „Aufklärer" von einst, sondern auch eingeschmuggelte früh-sozialistische Schriften, die Werke von Louis Blanc, Saint-Simon, Fourier, diskutiert wurden. Die Studenten bildeten das Gros der Zuschauer der Vorstadtbühnen, auf denen ständig in mehr oder weniger verhüllter Form gegen die Regierung und ihre Politik zu Felde gezogen wurde, und klatschten demonstrativ bei den bissigsten Stellen Beifall. Unter den Studenten war die Tradition von 1809 besonders stark lebendig, sie fühlten sich als die Träger des Kampfes um Freiheit und Würde der Nation, und die — meist im Exil, im Ausland herausgegebenen — Zeitschriften und Bücher der neuen österreichischen Radikalen, des „Jungen Österreich", fanden unter ihnen besondere Verbreitung. Auch großdeutsche Gedankengänge spielten an den österreichischen Universitäten eine beträchtliche Rolle. Demonstrationen gegen die Regierung und ihre Politik waren seit 1820 an den Universitäten nichts Seltenes. Sie hörten auch nicht auf, als die Regierung alle, als freiheitlich bekannten oder nur verdächtigten Professoren entließ, die Studienbücher rigoros zensurierte, Hunderte von Studenten von den Universitäten vertrieb und schließlich Studenten von den Wiener, Prager, Olmützer und Laibacher Hochschulen zu Hunderten strafweise in Regimenter ins Banat steckte.

Der Grund für die Haltung der Studenten lag nicht nur darin, daß sie sich als Vertreter der besten Kräfte des neuen Bürgertums fühlten, denen durch die Politik der Regierung, durch die Verelendung und Rückständigkeit des Landes jeder Aufstieg versperrt war, daß gerade sie die geistige Absperrung vom übrigen Europa, die geistlose und brutale Bücherzensur und die Gesinnungsschnüffelei, die auch vor der Wissenschaft nicht haltmachte, als besonders drückend empfinden mußten. Ihre Opposition hatte auch viel einfachere, materielle Ursachen. Die Lage der meisten Studenten bürgerlicher oder bäuerlicher Herkunft war fürchterlich. Dr. Anton Füster, Augenzeuge und Historiker der Revolution des Jahres 48, beschreibt ihre Lage folgendermaßen:

„Ich habe zwar oft von der Armut unter den Studenten gehört, hätte sie mir aber nie so groß vorstellen können. Nicht wenige Studenten gibt es, welche wochenlang keine warme Speise genossen, deren einzige Nahrung Brot und Wasser ist; die armen Menschen verderben sich ohne Verschulden ihre Gesundheit für ihre ganze Lebenszeit. Von anderen Entbehrungen in Kleidung, Wäsche und dergleichen nicht zu sprechen, erwähnen wir die Wohnungen vieler armer Studenten; finstere, feuchte, im Winter nicht geheizte Kellerlöcher, alles eher als Menschenwohnungen zu nennen, waren ihre Behausungen. Wenn die Kollegien und die öffentlichen Bibliotheken ihnen nicht ein Asyl gewährten, würden sie im Winter vor Kälte zugrunde gehen müssen. Wir kannten einen Studenten, der gar kein Quartier hatte, sondern im Winter in Heuschobern, in Wagenremisen und Scheunen weit außer der Stadt wohnte und im Sommer, wenn es nicht regnete, unter freiem Himmel schlief... Die meisten Armen fand man unter den Juden. Den jüdischen Studenten standen die gewöhnlichen Erwerbsquellen der Studenten, die sogenannten Instruktionen, das Lektionsgeben, wegen des Religionsvorurteils nicht in dem Maße offen als den christlichen, von denen übrigens auch nicht sehr viele reichlich damit versehen waren."

Wenn die Lage der übrigen Intelligenz auch nicht ganz so verzweifelt war wie die der Studenten, so war die Opposition unter ihnen doch kaum weniger stark. Schriftsteller, Journalisten, Ärzte und Juristen bildeten — vor allem in Wien — den Kern der „Malkontenten", wie die Regierung sie nannte. Sie waren die Schöpfer und Träger der künstlerischen, politischen und literarischen Bewegung, die sich „Junges Österreich" nannte.

Das „Junge Österreich" war eine Gruppe von Schriftstellern und Publizisten, die aus verschiedenen Lagern kamen und verschiedene politische Theorien vertraten, die aber eines gemeinsam hatten — die Ablehnung eines Staates, wie er damals war, die Sehnsucht nach einem freien, gerechten und fortschrittlichen Österreich. Seine bekanntesten Vertreter waren der unter dem Pseudonym Anastasius Grün schreibende Graf Anton Auersperg, der Staatsbeamte Baron Andrian, die Publizisten Ignaz Kuranda, Wiesner, Möring und Schuselka, die Schriftsteller Bauernfeld, Moritz Hartmann, Karl Beck, Hermann Rollet, Alfred Meissner und Albert Knoll und der Dichter Nikolaus Lenau. Franz Schubert, der allerdings schon 1828 starb, und Franz Grillparzer gehörten dem „Jungen Österreich" nicht erklärtermaßen an, hatten aber mit seinen Vertretern ständigen Kontakt und teilten die wesentlichsten ihrer Gedankengänge.

Das politische Bekenntnis des „Jungen Österreich" war keineswegs einheitlich. Neben Anastasius Grün, der sich in seinen „Spaziergängen eines Wiener Poeten" gleichzeitig zu den Gedankengängen der französischen Radikalen und den Grundsätzen des Josefinismus bekannte, gab es Baron Andrian, der sich in seiner 1843 in Hamburg erschienenen Schrift „Österreich und dessen Zukunft" an den österreichischen Adel wandte und von ihm eine Reform Österreichs forderte. Andrians Hauptvorschlag war eine Wiederbelebung der Stände, durch die Österreich auf bessere Art regiert werden sollte. Schuselka dagegen forderte in seiner anonym veröffentlichten Schrift „Deutsche Worte eines Österreichers" ein bürgerliches Österreich mit einer konstitutionellen Regierung unter einem „Bürgerkönig" und unter Ausschaltung des Adels.

Das wichtigste und einflußreichste Organ des „Jungen Österreich" war eine Zeitschrift, der „Grenzbote", die von Ignaz Kuranda zuerst in Brüssel, dann in Leipzig herausgegeben wurde. Der „Grenzbote", zu dessen Wiener Korrespondenten der Lustspieldichter Eduard v. Bauernfeld gehörte, informierte, klärte auf, enthüllte. Er berichtete den Österreichern über die politischen und geistigen Bewegungen im Ausland, er setzte sich in jeder Nummer mit den Behauptungen der Verteidiger und Sprecher der Regierung auseinander und — was vielleicht am wichtigsten war — er informierte die Österreicher über das, was sich innerhalb ihres eigenen Landes abspielte und was die Metternichsche Zensur ihnen nicht zu wissen erlaubte. Folgende Schilderung der Wiener Zustände aus dem Jahre 1847, die wahrscheinlich von Bauernfeld stammt, ist für die Schreibweise des „Grenzboten" charakteristisch:

„In den Straßen Wiens wurde ein Mann mit drei Kindern des Bettelns wegen aufgegriffen, nicht weil er um Almosen bettelte, sondern weil er in brotloser Verzweiflung seine Kinder als Geschenk anbot. Es wäre entsetzlich, wenn sich das Gerücht bestätigte, daß in einer Vorstadt Wiens eine Witwe mit sechs Kindern in einem Anfall ähnlicher Verzweiflung ihr jüngstes Kind schlachtete und den anderen vorsetzte, um sie vor dem Hungertode zu retten ... Nichtsdestoweniger haben die Straßenecken nicht Raum genug, täglich an die hundert öffentliche Erlustigungen anzukündigen. Doch hört man von Diners in Bankiershäusern, wo, um einen Gast zu ehren, für zwei Erdbeeren fünfundzwanzig Gulden bezahlt wurden. Auch das Theater an der Wien, wo die Lind singt, ist in allen Räumen voll. Doch ist die Armut hier bereits so groß, daß die vielen Wohltätigkeitsbälle und Lotterien zu deren Stillung nicht mehr ausreichen."

Der „Grenzbote" wurde natürlich schon nach den ersten Nummern verboten, ebenso die Werke Andrians, Grüns und aller anderen, und die Polizei durchsuchte die Koffer aller Einreisenden, um eingeschmuggelte Exemplare zu finden. Trotzdem hatte er, wie die Wiener boshaft behaupteten, in der Hauptstadt eine höhere Auflage als die Regierungspresse. Im Kaffee-

haus schob einem der Kellner neben den amtlichen Zeitungen heimlich auch den „Grenzboten" zu, in Gesellschaft wurde man gefragt: „Haben Sie schon den neuen ‚Grenzboten' gelesen?" und man galt für ungebildet, wenn man „nein" sagen mußte.

Bauernfeld wirkte übrigens nicht nur durch den „Grenzboten", sondern auch unmittelbar. Ein Zeitgenosse schreibt von ihm 1846: „Bauernfeld wirkt mit seiner boshaften Zunge in einer Stunde mehr als ein ganzes Dutzend verbotener Broschüren in einem Jahr. Er weckt die Schläfrigen auf, wirkt auf die Gleichgültigsten anregend ein, ermutigt die Hoffnungslosesten und öffnet den Blinden die Augen. ‚Von selbst wird es bei uns nicht anders, wir müssen es anders machen.' Bauernfeld hat durch diesen Ausspruch, den er vor ein paar Tagen in einem größeren Kreise machte, bei vielen ganz eigentümliche Ideen erweckt. Sie streiten bereits darum, ob und wie man es bei uns anders machen könnte."

Eine andere Form der Opposition unter den Intellektuellen bestand in der Gründung von Zirkeln, die man als harmlose Studiengruppen tarnte. Die bedeutendste dieser Gruppen war der „Juridisch-politische Leseverein", der von Freiherrn von Sommaruga, Dr. Alexander Bach und anderen gegründet wurde und den die Regierung gern als „Herd der Revolution" bezeichnete. Er vereinigte die gemäßigteren Gruppen der Opposition, vor allem Industrielle und hohe Beamte. Ursprünglich wollte der Verein wahrscheinlich tatsächlich nur lesen und studieren, wenn auch nicht gerade die Schriften, die die Regierung ihren Bürgern zur Lektüre empfahl. Durch die sich verschärfende Krise und durch die Verfolgungen, denen er ausgesetzt war, wurden seine Mitglieder zu einer engeren Zusammenarbeit mit den übrigen Oppositionellen gedrängt. Ähnliche Vereine waren die Schriftstellervereinigung „Concordia", der „Gewerbeverein" und einige volkswirtschaftliche Studiengruppen, denen ebenfalls vor allem Kaufleute und Industrielle angehörten. Kurz vor 1848 wurden sogar, ebenfalls vor allem von Industriellen, einige kleine Bildungszirkel „für das Volk" das heißt für fortgeschrittene Arbeiter, gegründet.

Und schließlich gab es einen Mann, der formal keiner der oppositionellen Gruppen der Intelligenz angehörte, aber allein einen mutigen Kampf gegen Regierung und Reaktion führte, einen Kampf, bei dem die Polizei immer wieder den kürzeren zog und zur Niederlage auch den Spott einstecken mußte — den Schriftsteller und Schauspieler Nestroy, in dessen Volkstheater Nacht für Nacht Handwerker und Bürger, Arbeiter und Intellektuelle hörten, wie die Reichen und Mächtigen verspottet wurden, und man von der Freiheit und Gerechtigkeit sprach, die einmal auch für die Armen kommen mußte.

In dem Maße, in dem sich die Krise verschärfte, näherten sich bürgerliche Kreise auch den Arbeitern. Während der ärgsten Hungerzeit 1847 bis 1848 wurden von Bürgern und vor allem Industriellen Wohltätigkeitsorganisationen gegründet, die der ärgsten Not unter der Bevölkerung abhelfen sollten. In verschiedenen Teilen Wiens wurden aus dem Erlös von Sammlungen Suppenküchen eingerichtet, die täglich einige hundert, hin und wieder sogar einige tausend Arbeitslose ernährten. Kleider und Schuhe wurden verteilt, man versuchte die Lage armer, kinderreicher Familien etwas zu lindern, und einige dieser Organisationen begannen sogar aus eigenen Mitteln Arbeitslosenunterstützungen auszuzahlen. Diese bürgerliche Wohltätigkeitsarbeit hatte in Wien unmittelbar vor 1848 einen anderen Charakter als anderswo und zu anderer Zeit. Die Regierung, die selbst keinen Finger rührte, betrachtete diese Organisationen mit tiefstem Mißtrauen, sie konnte sie zwar nicht gut verbieten, aber sie schikanierte sie, wo sie konnte. Tatsächlich waren sie eine Demonstration des Bürgertums an die Adresse der Arbeiter: „Seht her, die Regierung läßt euch verhungern, aber wir helfen euch — ihr und wir haben gemeinsame Interessen." Unter den Mitgliedern der Vereine befanden sich viele Oppositionelle, bei der Wohltätigkeitsarbeit wurde nicht wenig politisiert, zum Teil mit der erklärten Absicht, die Gedanken des Fortschritts „ins Volk zu tragen". Die Tätigkeit der Vereine trug tatsächlich zu einer gewissen Annäherung zwischen den bürgerlichen Oppositionellen und der arbeitenden Bevölkerung bei.

DIE NATIONALEN BEWEGUNGEN

Die innerpolitischen Konflikte waren nur ein Teil der Schwierigkeiten, denen sich die Regierung gegenüber sah. Die Lage in der Lombardei, in Budapest, in Krakau und in Prag war nicht besser als die in Wien. Aber in allen diesen Orten ging es nicht so sehr um soziale als um nationale Forderungen. Vor den Napoleonischen Kriegen hatte die österreichische Regierung meist nur mit einer — der ungarischen — nationalen Opposition zu rechnen gehabt. Jetzt waren es ein halbes Dutzend. Allerdings waren ihre Forderungen, ihr Reifegrad und ihre Stärke verschieden.

Im Verlaufe eines Jahrhunderts hatte die Monarchie eine Reihe von Gebieten erworben, in denen Menschen lebten, die bereits einen eigenen Staat oder wenigstens ziemlich selbständige, von einheimischen Fürsten regierte Provinzen besessen hatten, die über eine eigene Tradition, eine eigene, wenn auch oft nur entwickelte Wirtschaft, eine eigene Kultur verfügten, so daß ihr Nationalbewußtsein zur Zeit ihrer Einverleibung in die Monarchie stärker entwickelt war und sie von Anfang an in Konflikt mit dem Habsburgerstaat brachte. Diese Völker waren neben den Ungarn vor allem die Italiener und die Polen. Ungarn, Italiener und Polen, die sogenannten „historischen Nationen", bildeten den Vortrupp der nationalen Opposition in der Monarchie.

In den italienischen Gebieten hatte nicht einmal in den ersten Jahren nach dem Wiener Kongreß Ruhe geherrscht. Die in die Habsburgermonarchie einverleibten Italiener betrachteten sich vom ersten Tag an als eine von ihrer Nation losgerissene, mit Gewalt unter eine fremde Herrschaft gebrachte Gruppe. Die Bewegung zur Schaffung eines einheitlichen Italien unter einer italienischen Dynastie wurde dadurch gestärkt, daß es bereits außerhalb von Österreich italienische Kleinstaaten gab. In Sardinien und Neapel wurden 1820 und 1821 durch eine Revolution die abhängigen Regierungen gestürzt und konstitutionelle italienische Regierungen ein-

gesetzt. Kurze Zeit später folgte eine Revolution in Piemont. Die Regierungen in Neapel und Piemont wurden zwar durch eine Intervention der „Heiligen Allianz", in deren Verlauf Österreichs Armee eine entscheidende Rolle spielte, abgesetzt, die revolutionäre Bewegung unter furchtbarem Blutvergießen niedergeschlagen, aber all das half nichts. Die Unabhängigkeitsbewegung ließ sich nicht ausrotten. Die in die Illegalität getriebene bürgerlich-nationale Organisation, die „Carbonari", verfügte in jeder Stadt über Tausende von Anhängern. Kaum wurde eine Gruppe ausgehoben, trat eine andere in Aktion. In den Jahren bis 1848 flammten überall immer wieder kleine Erhebungen auf und Österreich war gezwungen, in den lombardischen Gebieten eine Armee zu unterhalten wie in erobertem Feindesland. Diese ungeheuer kostspielige, nicht enden wollende Besetzung bestimmte vor allem die Haltung des österreichischen Bürgertums gegenüber Italien. Während es in der Frage Ungarn und Polen innerhalb der österreichischen Opposition noch Meinungsverschiedenheiten gab, forderte man in Wien immer stärker Freiheit für Italien und rechnete der Regierung vor, daß die Unterdrückung dieses Landes nicht nur allen menschlichen und politischen, sondern auch wirtschaftlichen Grundsätzen widerspreche. Italien war eine Art „neuralgischer Punkt" innerhalb der Monarchie, weil seine Entwicklung nicht nur von den Vorgängen innerhalb der Monarchie, sondern auch von denen in Frankreich, zu dem es enge Bindungen hatte, stark beeinflußt wurde. Jeder Kampf, jede Erhebung in Frankreich, die Revolution 1830, die Kämpfe in den folgenden Jahren und schließlich die Pariser Revolution 1848, riefen sofort in Italien Unruhen und Erhebungen hervor. Tatsächlich begann die Revolution von 1848 in den italienischen Provinzen der Monarchie.

Obwohl die polnische Opposition scheinbar als die energischeste und kampfbereiteste auftrat, war sie in Wirklichkeit für die Monarchie die am wenigsten gefährliche. Obwohl Polen unter drei Ländern — Österreich, Rußland und Preußen — aufgeteilt war, richtete sich der polnische Widerstand in erster

DIE NATIONALEN BEWEGUNGEN

Die innerpolitischen Konflikte waren nur ein Teil der Schwierigkeiten, denen sich die Regierung gegenüber sah. Die Lage in der Lombardei, in Budapest, in Krakau und in Prag war nicht besser als die in Wien. Aber in allen diesen Orten ging es nicht so sehr um soziale als um nationale Forderungen. Vor den Napoleonischen Kriegen hatte die österreichische Regierung meist nur mit einer — der ungarischen — nationalen Opposition zu rechnen gehabt. Jetzt waren es ein halbes Dutzend. Allerdings waren ihre Forderungen, ihr Reifegrad und ihre Stärke verschieden.

Im Verlaufe eines Jahrhunderts hatte die Monarchie eine Reihe von Gebieten erworben, in denen Menschen lebten, die bereits einen eigenen Staat oder wenigstens ziemlich selbständige, von einheimischen Fürsten regierte Provinzen besessen hatten, die über eine eigene Tradition, eine eigene, wenn auch oft unentwickelte Wirtschaft, eine eigene Kultur verfügten, so daß ihr Nationalbewußtsein zur Zeit ihrer Einverleibung in die Monarchie stärker entwickelt war und sie von Anfang an in Konflikt mit dem Habsburgerstaat brachte. Diese Völker waren neben den Ungarn vor allem die Italiener und die Polen. Ungarn, Italiener und Polen, die sogenannten „historischen Nationen", bildeten den Vortrupp der nationalen Opposition in der Monarchie.

In den italienischen Gebieten hatte nicht einmal in den ersten Jahren nach dem Wiener Kongreß Ruhe geherrscht. Die in die Habsburgermonarchie einverleibten Italiener betrachteten sich vom ersten Tag an als eine von ihrer Nation losgerissene, mit Gewalt unter eine fremde Herrschaft gebrachte Gruppe. Die Bewegung zur Schaffung eines einheitlichen Italien unter einer italienischen Dynastie wurde dadurch gestärkt, daß es bereits außerhalb von Österreich italienische Kleinstaaten gab. In Sardinien und Neapel wurden 1820 und 1821 durch eine Revolution die abhängigen Regierungen gestürzt und konstitutionelle italienische Regierungen ein-

gesetzt. Kurze Zeit später folgte eine Revolution in Piemont. Die Regierungen in Neapel und Piemont wurden zwar durch eine Intervention der „Heiligen Allianz", in deren Verlauf Österreichs Armee eine entscheidende Rolle spielte, abgesetzt, die revolutionäre Bewegung unter furchtbarem Blutvergießen niedergeschlagen, aber all das half nichts. Die Unabhängigkeitsbewegung ließ sich nicht ausrotten. Die in die Illegalität getriebene bürgerlich-nationale Organisation, die „Carbonari", verfügte in jeder Stadt über Tausende von Anhängern. Kaum wurde eine Gruppe ausgehoben, trat eine andere in Aktion. In den Jahren bis 1848 flammten überall immer wieder kleine Erhebungen auf und Österreich war gezwungen, in den lombardischen Gebieten eine Armee zu unterhalten wie in erobertem Feindesland. Diese ungeheuer kostspielige, nicht enden wollende Besetzung bestimmte vor allem die Haltung des österreichischen Bürgertums gegenüber Italien. Während es in der Frage Ungarn und Polen innerhalb der österreichischen Opposition noch Meinungsverschiedenheiten gab, forderte man in Wien immer stärker Freiheit für Italien und rechnete der Regierung vor, daß die Unterdrückung dieses Landes nicht nur allen menschlichen und politischen, sondern auch wirtschaftlichen Grundsätzen widerspreche. Italien war eine Art „neuralgischer Punkt" innerhalb der Monarchie, weil seine Entwicklung nicht nur von den Vorgängen innerhalb der Monarchie, sondern auch von denen in Frankreich, zu dem es enge Bindungen hatte, stark beeinflußt wurde. Jeder Kampf, jede Erhebung in Frankreich, die Revolution 1830, die Kämpfe in den folgenden Jahren und schließlich die Pariser Revolution 1848, riefen sofort in Italien Unruhen und Erhebungen hervor. Tatsächlich begann die Revolution von 1848 in den italienischen Provinzen der Monarchie.

Obwohl die polnische Opposition scheinbar als die energischeste und kampfbereiteste auftrat, war sie in Wirklichkeit für die Monarchie die am wenigsten gefährliche. Obwohl Polen unter drei Ländern — Österreich, Rußland und Preußen — aufgeteilt war, richtete sich der polnische Widerstand in erster

Linie gegen Rußland, und man befürchtete in den polnischen Gebieten der Monarchie nicht mit Unrecht, daß eine Lostrennung von Österreich sie vom Regen in die Traufe, von der Herrschaft der Habsburger unter die des Zarismus bringen würde. Es gab in Polen Widerstand, es gab eine Oppositionsbewegung, aber die einzige ernsthafte Erhebung war der Krakauer Aufstand im Jahre 1846.

Die Geschichte des Krakauer Aufstandes ist sehr merkwürdig, denn in ihrem Verlauf zeigten sich, sozusagen in Verkleinerung, bereits die Grundwidersprüche der Revolution von 1848. Eine Prophezeiung des Verlaufs der Revolution, die zwei Jahre später kommen sollte, nur daß man die Warnung, die sie enthielt, nicht verstand. Krakau war ein kleiner Freistaat, das Letzte, was vom alten freien Polen übriggeblieben war. 1846 erwarb Österreich Krakau, und aus dem Widerstand gegen die Okkupation einer Stadt, die den letzten Rest der polnischen Freiheit versinnbildlichte, wurde eine Erhebung in fast ganz Polen, vor allem in Posen und Galizien.

Österreich schickte Truppen gegen die Aufständischen, aber die Truppen waren nicht imstande, die Erhebung niederzuschlagen. Da erwuchs ihnen ein unerwarteter, wenn auch unfreiwilliger Verbündeter. Die ruthenischen Bauern, die Mehrheit der Bevölkerung Galiziens, die von den adeligen polnischen Grundherren fürchterlich unterdrückt und in einer Lage gehalten wurden, die der Sklaverei ähnlicher war als dem damals normalen Verhältnis zwischen Bauern und Grundherren, erhoben sich gegen den polnischen Adel und damit — da die Erhebung unter adeliger Führung stand — auch gegen die Revolution. Während polnische Adelige gegen die Truppen Österreichs kämpften, gingen ihre Schlösser, ihre Gutshöfe in Flammen auf, marschierten ruthenische Bauern mit Mistgabeln und Dreschflegeln gegen ihre polnischen Unterdrücker und verkündeten auf dem Land das alte „Reich Gottes auf Erden" ohne Adel und ohne fremde — polnische — Herrschaft. So brach nach kurzer Zeit der polnische Aufstand zusammen und so wurde — auf lange Zeit hinaus — der Freiheit Polens das Todesurteil gesprochen. 1848 fürchteten die polnischen

Adeligen ihre Bauern mehr als die österreichische Regierung. Ihre Opposition beschränkte sich seither zumeist auf die Forderung nach der Wiederherstellung alter ständischer Privilegien und einer stärkeren Beteiligung an den führenden Posten der Monarchie — eine Forderung, die übrigens bald erfüllt wurde. Die Forderung nach einem selbständigen polnischen Staat wurde 1848 von der österreichischen und ungarischen Opposition mit mehr Nachdruck vertreten als von den Sprechern Polens. Der polnische Adel fürchtete — nicht mit Unrecht —, daß er die ruthenischen Bauern ohne österreichische Hilfe nicht niederhalten könnte.

Ungarn war die führende oppositionelle Nation. Ihr Kampf dauerte am längsten und hatte hie und da zu Erfolgen geführt, sie besaß eine Tradition des Widerstandes. Obwohl die Regierung Franz' I. sich zur Aufgabe gesetzt hatte, „die schädlichen Folgen des Josefinismus zu beseitigen und die Abkehr von seiner Politik zu vollführen", wie Metternich sich offenherzig ausgedrückt hatte, versuchte sie gerade Ungarn gegenüber die eine verhängnisvolle Seite der josefinischen Politik aufrechtzuerhalten: die Zentralisierung, den Abbau der ungarischen Privilegien und seiner relativen Selbständigkeit. Allerdings nicht wie Joseph um einer fortschrittlichen Konzeption willen, sondern, wie auf allen anderen Gebieten, um den „Radikalismus" auszuschalten und die Zügel des Staates fest in der Hand zu behalten. Ungarn antwortete auf gewohnte Weise — mit Widerstand. In der Zeit des Vormärz gab es eine merkwürdige und paradoxe Erscheinung. Die noch existierenden Ständevertretungen, an und für sich feudale, aristokratische Körperschaften, machten sich zu Sprechern der nationalen und liberalen Forderungen des Bürgertums. Der ungarische Landtag verweigerte 1811 der Regierung, als Protest gegen die Verletzung der ungarischen Rechte, die Zustimmung zu den von Ungarn geforderten Finanzabgaben. Daraufhin wurde er aufgelöst und 13 Jahre lang nicht einberufen. 1825 trat er wieder zusammen — nur um die Opposition gegen Wien von neuem aufzunehmen. Der Kampf ging um jede admini-

strative, jede finanztechnische Maßnahme, wobei der ungarische Landtag sich in seinem Widerstand mit Recht darauf berufen konnte, nicht nur gegen die Einschränkung der ungarischen Freiheiten im allgemeinen, sondern auch gegen die ständigen Versuche der Ausplünderung Ungarns durch Wien zu kämpfen. Zwischen 1825 und 1848 gab es nicht eine größere politische Frage, in der der ungarische Landtag der Wiener Regierung seine Zustimmung gewährte. 1830 verlangte der Landtag die Einführung der ungarischen Amtssprache an Stelle des lateinischen, 1844 wurde die Forderung zum Beschluß erhoben. Bei vielen weitreichenden Entscheidungen des Landtags wurde Wien nicht einmal informiert. Es war das Vorstadium zum offenen Kriegszustand.

Ab 1830 zeigte sich eine immer deutlicher werdende Veränderung in der ungarischen Politik. Die Führung der nationalen Opposition glitt aus den Händen des rechten Magnatenflügels der ungarischen Aristokratie in die Hand politischer Vertreter des ungarischen Bürgertums und der kleinadeligen Gentry. Während die aristokratische Opposition bei aller Kampfbereitschaft im Grunde nichts anderes verlangt hatte als die Wiederherstellung einer gewissen formalen Autonomie nach der Art der adeligen Länderautonomie des Mittelalters, die Wahrung der Privilegien des Adels und seine stärkere Heranziehung zum Hof und zur Führung der zentralen Staatsgeschäfte, verlangte die neue bürgerliche Opposition nun wirkliche Freiheit, einen geschlossenen, einheitlichen ungarischen Staat, von Ungarn nach den Bedürfnissen und Interessen des ungarischen Bürgertums regiert, das sich endlich frei entfalten wollte — einen Staat für das ungarische Bürgertum und für niemanden sonst. Aus diesem Grund wurde die ungarische Politik von dem Augenblick an, in dem die neuen Männer (Széchenyi, Eötvös, der junge Advokat Ludwig Kossuth und Deák) an ihre Spitze traten, aus einer aristokratisch-traditionellen zu einer radikalen Politik. Aus demselben Grunde sprach man seit etwa 1830 viel weniger von den „geheiligten Rechten der Stephanskrone" als von der kommenden ungarischen Konstitution, von den bürgerlichen Freiheiten, vom Wahlrecht, von der Notwendigkeit der Abschließung Ungarns von Österreich, um auf diese Weise eine neue ungarische Industrie aufzubauen, und — nicht selten — auch von der kommenden freien und gerechten Republik Ungarn. Allerdings gingen die meisten Radikalen nicht so weit, sie wollten einen freien ungarischen Staat unter einem konstitutionellen Monarchen, etwa nach englischem Muster, hatten nichts gegen den Kaiser von Österreich als Monarchen einzuwenden und waren bereit, in gewissen Fragen — wie etwa der Außenpolitik und der Militärpolitik — weiter mit Österreich zusammenzuarbeiten. Allerdings, wie Deák betonte, „nur mit einem freien, von der Reaktion gereinigten Österreich, denn nur zwischen freien Staaten ist eine Zusammenarbeit möglich".

Die österreichische Regierung verstand die Kräfteverschiebung in Ungarn nicht und glaubte immer noch, mit der alten aristokratischen Opposition zu tun zu haben. Gerade in bezug auf Ungarn waren Metternich und später Ferdinand am ehesten zu Konzessionen bereit — daß man die Ungarn mit Vorsicht behandeln müßte, war ein durch bittere Erfahrung festgelegter Grundsatz der Habsburgerpolitik geworden. Man bemühte sich, den Adel materiell so wenig wie möglich zu belasten und keine Verbesserung in der Lage der ungarischen Bauern zuzulassen, um ihn nicht zu verärgern; man bemühte sich, ihn an den Hof zu ziehen, und bot seinen Vertretern Regierungsposten — aber gerade die maßgebenden Männer nahmen die Posten nicht. Metternich machte immer wieder Pläne zur Reformierung des Habsburgerstaates, die eine Wiederbelebung der alten feudalen Autonomie mit ihren Ständevertretungen und ihrem aristokratischen Föderalismus vorsahen, allerdings verbunden mit einer zentralistischen Administration und einer starken Polizei. Er wäre vermutlich froh gewesen, über solche Pläne mit den Ungarn in Verhandlungen treten zu können. Aber die neue bürgerlich-nationale Strömung in Ungarn war zu stark, daß der ungarische Adel nicht bereit war, die Widersprüche zu verstärken.

Der ungarische Radikalismus hatte allerdings einen Pferdefuß. Die Freiheit, die seine Vertreter forderten, war eine Frei-

heit für die Ungarn und für niemanden sonst. Der neue Staat sollte ein Staat sein, in dem das ungarische Bürgertum, die ungarische Nation unbeschränkt herrschten. Als der Landtag 1844 das Sprachengesetz annahm, bestimmte er unter anderem, daß ungarische Beamte mit kroatischen Beamten in ungarischer Sprache korrespondieren sollten, kroatische Beamte durften lateinisch erwidern, nicht aber kroatisch, und die kroatischen Abgeordneten im ungarischen Parlament mußten nach einer Frist von sechs Jahren ebenfalls die ungarische Sprache benützen. Für ein Land, in dem die Ungarn die überwältigende Mehrheit darstellten, wäre ein Gesetz dieser Art vielleicht tragbar gewesen. Aber die Ungarn waren nicht die Mehrheit. Im Königreich Ungarn, in dem sie lebten und das gleich groß, womöglich vergrößert, zum konstitutionellen ungarischen Staat werden sollte, waren sie eine Minderheit, 45 Prozent der Bevölkerung.

Es ist auf den ersten Blick nicht ganz verständlich, warum die Ungarn 1809, als Napoleon ihnen einen eigenen Staat anbot, nicht auf das Angebot eingingen und sich auf diese Weise von der Habsburgerherrschaft befreiten. Die Antwort darauf ist wiederum — Ungarn wollte nicht nur frei sein, sondern auch andere Völker beherrschen. Napoleons Pläne eines illyrischen Staates nahmen ihm die Möglichkeit dazu — und so zog es das Verbleiben bei Österreich vor.

Von den nichtungarischen Völkern, die auf dem Territorium des Königreichs Ungarn lebten, war ein kleiner Teil Österreicher, Deutsche und Rumänen, der größte Teil Slawen. Von den slawischen Gruppen waren die Südslawen — Kroaten, Serben, Slowenen — am weitesten fortgeschritten, wirtschaftlich und auch politisch waren unter ihnen die Kroaten die stärksten.

Die Südslawen wurden zu den „geschichtslosen" Völkern gezählt, sie waren auch im späten Mittelalter nicht in einem gemeinsamen Staat vereinigt gewesen, die nationale Bewegung in jeder einzelnen Gruppe war verhältnismäßig jung, ihr Nationalbewußtsein verhältnismäßig schwach entwickelt. Bestenfalls fühlten sie sich als Serben, Kroaten, Slowenen, nicht aber als

Angehörige, sei es eines Volkes, sei es von eng miteinander verbundenen Völkern.

Die theresianische und josefinische Periode mit ihren Umwälzungen ging auch an den Südslawen nicht spurlos vorbei. Das Wachstum der Städte und die Entwicklung der Manufaktur zogen Bauern aus dem Land in die Stadt. Mit den Bauern kam die alte Sprache, die, außer Gebrauch gekommen, zu einem Bauerndialekt geworden war, wieder in die Stadt zurück. Die neuen Einwanderer brauchten Ärzte, Lehrer, Anwälte und Beamte, mit denen sie sich in ihrer eigenen Sprache verständigen konnten; aus ihren Reihen und oft auch durch ihre Bedürfnisse entstand eine neue nationale Intelligenz — und mehr noch als durch ihre Bedürfnisse, durch die des neuen nationalen Bürgertums, das sich zur gleichen Zeit entwickelte. Dieser Prozeß war um die Jahrhundertwende erst in seinen Anfängen, aber er machte sich bereits bemerkbar. In den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts begann die südslawische „Erweckerbewegung", wie sie genannt wird, die zunächst eine rein wissenschaftlich-literarische Tragung hatte. 1770 wurden zum erstenmal in Venedig die Sagen und Märchen der Kroaten veröffentlicht, 1773 erschien in Wien die erste slowenische Sagensammlung in deutscher Sprache, einige Jahre später, ebenfalls in Wien, die erste slowenische Zeitschrift, die allerdings eine sehr kleine Auflage hatte. 1797 wurde in Ljubljana die erste größere slowenische Zeitung herausgegeben. Anfang des Jahrhunderts schuf Vuk Karadjitsch die erste serbische Grammatik und das erste serbische Lexikon und empfahl diese Sprache als Grundlage einer gemeinsamen koordinierten südslawischen Sprache, des Serbokroatischen. Zum erstenmal seit vielen Jahrhunderten begannen sich die Angehörigen der südslawischen Völker als Mitglieder eigener Nationen zu fühlen.

Zwei Tatsachen trugen zur Stärkung des südslawischen Nationalgefühls bei. 1804 brach unter der Führung Karageorgs in dem von den Türken regierten Serbien ein Aufstand aus. Die Türken wurden zurückgedrängt und ein serbischer Staat geschaffen. Der Staat, der unter russischem Schutz stand, existierte nicht lange. 1813, nach neun Jahren ständigen Kampfes, der nur

von den Serben in Ungarn durch militärische Hilfe und Waffen unterstützt wurde, brach er zusammen und die Türken kehrten zurück. Aber die Tatsache, daß es einen derartigen Staat gegeben hatte, beschleunigte die Entwicklung des Nationalbewußtseins nicht nur unter den Serben, sondern unter allen südslawischen Völkern.

Der andere Faktor war die ebenfalls vorübergehende Existenz eines zweiten südslawischen Staates, des Königreichs Illyrien, das 1809 von Napoleon begründet wurde und Kroatien, Slowenien und Dalmatien einschloß. Obwohl die französische Verwaltung dem neuen Staat schwere materielle Lasten auferlegte, wurde in den fünf Jahren seines Bestehens das kroatische und slowenische Nationalbewußtsein beeinflußt und gestärkt. Der zum Herzog von Ragusa ernannte Marschall Marmont bemühte sich, das Land zu zivilisieren. Straßen wurden angelegt, Brücken gebaut, französische Spezialisten brachten das Finanzsystem in Ordnung, die Einführung des „Code Napoléon", des neuen französischen bürgerlichen Gesetzbuches, beseitigte auf dem Gebiet des Rechts und der Verwaltung viele Überreste der Vergangenheit. Das Wichtigste war die Einführung des Unterrichts in kroatischer und slowenischer Sprache in Schulen und Gymnasien, die systematische Heranbildung eines Lehrernachwuchses, der ebenfalls in der Nationalsprache lehrte, die Unterstützung der Erforschung und des Studiums der kroatischen und slowenischen Sprache und Geschichte und die großen Erleichterungen bei der Herausgabe slowenischer und kroatischer Bücher und Zeitungen. Es war vor allem diese Ermutigung des kroatischen und slowenischen Nationalbewußtseins, die die Ungarn daran hinderte, sich mit der Politik Napoleons zu befreunden. Er vereinigte plötzlich Länder, die die Ungarn für ihren angestammten Besitz hielten, in einem eigenen Staat und ermutigte die Kroaten und Slowenen, die die Ungarn für unkultiviert und minderwertig ansahen, mit eigenen nationalen Ansprüchen aufzutreten. Und gerade weil die Ungarn diese neue nationale Bewegung für eine Gefahr hielten, wurde diese Bewegung von der österreichischen Regierung mit Sympathie betrachtet und in gewissem Maße unterstützt. Als Napoleon den illyrischen Staat 1814 aufgelöst

hatte, wurde er zwar wieder in die Monarchie eingegliedert, blieb aber zunächst als eigene „Provinz Illyrien" erhalten. In den Jahren, die folgten, versicherte die Wiener Regierung die Kroaten immer wieder ihrer Unterstützung gegen die ungarischen Herrschaftsansprüche.

Die Kroaten — und in gewissem Maße auch die Slowenen — hatten ihrerseits nichts gegen eine Zugehörigkeit zur Monarchie einzuwenden, vorausgesetzt, daß die Krone sie gegen die Ungarn schützte und ihnen eine gewisse Autonomie gab. Die Jahre der napoleonischen Herrschaft hatten bei aller Stärkung des Nationalbewußtseins der Kroaten gerade die bürgerlichen Schichten schwer getroffen, weil durch die Kontinentalsperre der Warentransit und der Seehandel stark gelitten hatten. Wirtschaftlich und politisch war diesen Schichten die Zugehörigkeit zur Habsburgermonarchie angenehmer als eine selbständige Existenz oder ein „Untergehen" (wie sich die kroatischen Führer ausdrückten) in einem südslawischen Staat, in dem die Serben, die sie als kulturell tiefstehend verachteten und die noch dazu einer anderen Religion angehörten, die entscheidende Rolle spielen würden. Der kroatische Landtag verlangte deshalb in den Jahren vor 1848 ebenfalls Autonomie und eine Konstitution, betonte aber immer wieder seine Zugehörigkeit zur Monarchie und seine Verbundenheit mit der Dynastie Habsburg.

Obwohl die Tschechen vor 1620 jahrhundertelang ihren eigenen Staat besessen hatten, wurden auch sie zu den „geschichtslosen Völkern" gerechnet. Das kam daher, daß die beiden in der Zeit des Absolutismus herrschenden Klassen, der Adel und das Großbürgertum, weder Tschechen waren, noch sich als Tschechen gefühlt hatten. Nach der Niederlage am Weißen Berge war an Stelle des vertriebenen einheimischen Adels ein internationaler Abenteureradel getreten. In der gleichen Zeit war das einheimische Großbürgertum ebenfalls zu einem großen Teil vom österreichischen Bürgertum verdrängt worden oder hatte aufgehört, die einheimische Sprache zu sprechen und sich als Tschechen zu fühlen. Aber in keinem Land wirkte sich die Entwicklung der theresianischen und josefinischen Periode stärker aus als in

Böhmen und Mähren, die zu Zentren der Manufaktur und später der industriellen Produktion wurden. Ein neues tschechisches Bürgertum entstand, Bauern strömten in viel größerem Maße als in den übrigen slawischen Ländern in die Stadt, und die Entwicklung war so mächtig, daß auch der Adel plötzlich ein tschechisches Herz entdeckte und — zum großen Teil als Auswirkung seiner Auseinandersetzungen mit der Krone —, wie ein Zeitgenosse sagt, „von seinen böhmischen Kutschern und Dienstboten Tschechisch lernte". (Die Ursache für die ziemlich heftige Opposition des böhmischen Adels, der bekanntlich mehr als irgendein anderer Adel der Monarchie mit dem Großbürgertum verbunden war, lag unter anderem in der katastrophalen Wirtschaftspolitik der Regierung, die langsam sogar seine Interessen zu gefährden begann.) Obwohl der Adel noch eine entscheidende Rolle in der tschechischen Opposition spielte, war diese ihrem Wesen nach keine adelige, sondern eine bürgerlich-nationale Bewegung, die allerdings noch nicht immer in der Lage war, ihre eigenen Sprecher zu stellen.

Wie bei den Südslawen war das erste Zeichen des erwachenden tschechischen Nationalbewußtseins die „Erneuererbewegung", und wie bei ihnen begann sie auf literarischem, philologischem und historischem Gebiet, nur war sie von Anfang an weit stärker und fruchtbarer. Josef Dobrovsky schrieb eine Geschichte der tschechischen Sprache und stellte eine tschechische Grammatik zusammen, 1818 gründete er die erste tschechische wissenschaftliche und literarische Zeitschrift, den „Casopis Musea". Joseph Jungmann übersetzte Lyrik der Weltliteratur ins Tschechische, seine Geschichte der tschechischen Literatur, die 1825 erschien, war — zum erstenmal — tschechisch, nicht deutsch geschrieben. Jan Kollár schrieb 1824 das erste große tschechische Poem, „Die Tochter der Slawa", ein Freiheitsgedicht, dessen Stoff er einer alten tschechischen Sage entnahm. Safařík veröffentlichte 1826 eine „Geschichte der slawischen Sprache und Literatur", in der die Kultur der slawischen Völker als etwas Einheitliches dargestellt wurde. Der größte unter den „Erweckern" war Palacký, zugleich Historiker, Schriftsteller und 1848 einer der Führer der tschechischen nationalen Bewegung. Palackýs „Geschichte Böhmens", deren erster Band 1836 erschien, zeigte zum erstenmal die zusammenhängende Geschichte der „geschichtslosen Nation", eine Geschichte, die von Palacký als ein ständiger Kampf zwischen Tschechen und Deutschen, Reformation und Rom dargestellt wurde. Während Safařík, Jungmann, Palacký und andere das wissenschaftliche Fundament des tschechischen Nationalbewußtseins legten, gab es andere, die zum erstenmal seit Jahrhunderten in ihren Werken in der tschechischen Sprache, jenem verdrängten, vergessenen Bauerndialekt, Leben verliehen und sie zum Werkzeug der Dichtkunst machten. Einer der begabtesten dieser Gruppe war Karl Hynek Mácha, dessen Epos „Mai" zu den bedeutendsten lyrischen Werken des 19. Jahrhunderts gehört, ein anderer der Schriftsteller Jan Neruda, ein dritter der Satiriker und Journalist Havlíček-Borovský, dessen Verse das Metternich-Regime vor der ganzen tschechischen Nation lächerlich machten.

Wie die Kroaten, waren die Tschechen in den Jahren vor 1848 nicht für eine Lostrennung von Österreich. Sie verlangten die Wiederherstellung der Verfassung vor 1627 und eine Teilautonomie der „Länder der Böhmischen Krone" — Böhmen, Mähren, Schlesien. Was die Tschechen vor allem von den Kroaten unterschied, war die viel stärkere soziale Note des Widerstandes in Böhmen. Ein guter Teil der Schwierigkeiten der Krone hing nicht so sehr mit der Opposition der bürgerlich-nationalen Bewegung, als mit dem Widerstand der Bauern gegen die Fron und der Arbeiter gegen Elend und Arbeitslosigkeit zusammen.

Die Liste der nationalen Strömungen innerhalb der Monarchie wäre nicht vollständig, erwähnte man nicht die großdeutschen Tendenzen, die besonders unter Studenten und einem Teil der Industriellen stark waren. Diese Bewegung für ein „einiges großes Deutschland", das heißt für eine Vereinigung Österreichs mit den deutschen Ländern — manchmal mit, oft ohne Preußen — zu einem gemeinsamen Staat, war nicht sehr alt. In der Zeit Josephs II. fühlten er und seine Anhänger sich zwar als Träger einer „deutschen" Kultur, aber „deutsch" bedeutete hier ein-

fach „deutschsprachig" und österreichisch. Von einer geistigen Annäherung an „Deutschland" war damals nicht die Rede, schon weil ein einheitliches „Deutschland" als kultureller Begriff noch nicht existierte und weil Joseph und die Josefinisten nicht mit Unrecht der Meinung waren, daß das Zentrum der deutschsprachigen Kultur, wenn irgendwo, dann in Wien lag.

Die großdeutsche Bewegung des Vormärz hatte ihre Wurzeln in den Napoleonischen Kriegen, ihr Geburtstag ist vielleicht der Tag, an dem Schill seinen heroischen und fruchtlosen Versuch unternahm, dem österreichischen Freiheitskrieg einen Brückenkopf zu schaffen. Damals wurde gerade den patriotischesten und freiheitsliebendsten unter den Österreichern vor Augen geführt, um wieviel leichter der Kampf um die Unabhängigkeit sowohl Österreichs als auch Deutschlands gewesen wäre, hätten die Freiheitsbewegungen Österreichs und Deutschlands ihre Kräfte koordiniert. Es wurde ihnen wieder 1815 deutlich, als der König von Preußen sein Volk um die Früchte des Befreiungskampfes betrog, während Franz I. und Metternich das ihre schon 1809 betrogen hatten. Noch deutlicher wurde es ihnen, als die „Heilige Allianz" entstand und ihre Herrschaft über Europa befestigte. Die „Heilige Allianz" war ein starkes und gefährliches Bündnis der Könige gegen die Freiheit. Was lag näher, als daß die Völker ihnen ihr Bündnis für die Freiheit entgegensetzten — und was lag näher als die Zusammenarbeit, nein der Zusammenschluß zweier Völker, deren Länder benachbart waren, die die gleiche Sprache sprachen und in denen zur gleichen Zeit und fast auf gleiche Weise die Revolutionsbewegung wuchs und sich entfaltete. Österreich war durchaus nicht Deutschland — aber Heine und Börne sprachen eine ähnliche Sprache wie Bauernfeld und Anastasius Grün, und das „Junge Österreich" und das „Junge Deutschland" waren dem Wesen ihrer Politik und ihrer Bedürfnisse nach scheinbar natürliche Verbündete. Daß die Interessengemeinschaft nur scheinbar war, weil das österreichische Bürgertum die Konkurrenz des deutschen, das deutsche die Konkurrenz des österreichischen fürchtete, zeigte sich allerdings immer dann, wenn es nicht um theoretische Bekenntnisse zu „Großdeutschland", sondern um praktische Maßnahmen ging.

So gab es, als die österreichische Regierung eine Zollunion zwischen Österreich und den deutschen Staaten ablehnte, so gut wie gar keine Opposition seitens des österreichischen Bürgertums. Vor 1848 war die ganze großdeutsche Bewegung eine theoretische Angelegenheit.

Die großdeutsche Bewegung der Vierzigerjahre gründete sich auf die entscheidende Voraussetzung — daß Deutschland ein fortschrittliches, ja ein revolutionäres Land wäre und daß der Zusammenschluß Österreichs mit den deutschen Ländern es diesen ermöglichen sollte, die Revolution durchzuführen. An einem reaktionären Deutschland war die österreichische Opposition ebensowenig interessiert, wie die deutsche Opposition an einem Österreich, in dem die Reaktion gesiegt hatte — denn in diesem Fall wäre aus der Hilfe eine Belastung geworden. Niemand von den 48ern war großdeutsch um eines Großdeutschland willen — alle waren sie es um der Freiheit willen. Und tatsächlich verlor die großdeutsche Bewegung nach der mißlungenen Revolution immer mehr an Einfluß, bis 1860, als es schon ganz klar geworden war, daß die große Gelegenheit für immer vorbei war, nur noch sehr wenige von einem „Freien Großdeutschland" sprachen. Die Geschichte war darüber hinweggegangen. Was dann später in den Achtzigerjahren in Österreich als „Großdeutsche Bewegung" auftauchte, hatte mit jener des Jahres 1848 nichts mehr zu tun, ja sie war das genaue Gegenteil, eine Bewegung der Unfreiheit, die sich mit dem Namen einer Bewegung der Freiheit schmückte, um Harmlose und Glaubende zu betrügen.

Auch vor 1848 waren die großdeutschen Tendenzen in Österreich nicht so verbreitet, wie man es nach der ganzen Situation hätte erwarten können, aus dem einfachen Grund, weil die Sache bei aller Fortschrittlichkeit einen Haken hatte. Der Zusammenschluß der deutschen und der österreichischen Bewegung erschien ganz gut für die österreichischen Länder — aber Österreich war ein vielnationaler Staat — und jeder, der für die neuen nationalen Bewegungen in der Monarchie Augen hatte, mußte sehen, daß weder die Tschechen noch die Kroaten noch die Slowenen noch irgendeine andere der nichtösterreichischen

Nationen sich ihre Befreiung als einen Anschluß an ein Gro
deutschland vorstellten. Einige unter den Männern des Ve
märz — wenn auch durchaus nicht alle — waren zur Not bere
auf die Länder der „historischen Völker" (Ungarn, Pol
Italien) um der großdeutschen Lösung willen zu verzichte
Was die anderen Völker betraf, so trösteten sie sich mit d
Versicherung, „es würde schon glatt gehen". Das Nationalgefü
dieser Völker sei so schwach entwickelt, daß sie „es ohnehi
nicht spüren würden". (So tröstet sich der fromme Kutscher, d
sein Pferd prügelt, mit der Versicherung: „Es spürt's ja eh nic
es hat keine christliche Seele!") Im übrigen waren sie der Me
nung, daß die Einfügung in ein Großdeutschland diesen „unen
wickelten Nationen" wirtschaftlich und kulturell nur gut tu
würde. Aber gerade die klügsten unter den Männern des Ve
märz — Grillparzer war einer von ihnen — waren nicht s
optimistisch. Sie wollten Österreich, das ihnen mehr war a
nur ein Kerker, nicht aufgeben, sie wußten, daß es nicht „gla
gehen würde", und sie ahnten dunkel voraus, daß der Kampf d
Kräfte, der entstehen mußte, die Revolution begraben kön

DIE REGIERUNG

Die Historiker der 1848 vorangehenden Periode streiten sich
oft, ob Metternich oder Franz I. die Hauptschuld trage an d
Politik der Regierung und der Katastrophe, die dann folgte. W
Charles Seasfield, einer der klügsten Beobachter des vormär
lichen Österreich, sagt, „haben der Kaiser und sein Diener e
ander nichts vorzuwerfen, beide sind sie einander wert". Franz
wollte eine Wiederholung der Vorgänge von 1809 verhinder
weil er die Macht der Dynastie ungeschmälert erhalten wol
Metternich wollte das gleiche, erstens, weil sein kaiserlicher Au
traggeber es ihm befahl, und zweitens, weil Adel und Großbürg
tum, vor allem aber die Bankiers, mit denen ihn vieles verban
(unter anderem Geldgeschäfte), ebenfalls vor Ereignissen zitte
ten, die schließlich den Habsburgerstaat und damit ihre wirtschaf
lichen und politischen Positionen zerschlagen könnten. Was beid

nicht voraussahen, war, daß ihre Politik solche Folgen haben mußte, daß schließlich selbst ihre engsten Verbündeten sich von ihnen abwenden würden.

In der Zeit zwischen 1815 und 1848 hat die Regierung nicht eine konstruktive Handlung, nicht eine bleibende Maßnahme zustande gebracht. Das Budget sah dementsprechend aus. Die Staatsschuld betrug 1812 nach heutigem Kurs die phantastische Summe von 3600 Millionen Schilling. Man half sich mit Gewaltoperationen, das Geld wurde um vier Fünftel abgewertet, der Zinsfuß der Staatsanleihe um die Hälfte gesenkt und die Einleger vor die Wahl gestellt, entweder eine neue Anleihe zu zeichnen oder ihr Geld ganz zu verlieren. Auf diese Weise wurde die Schuld auf 40 Millionen gesenkt und betrug 1840 schon wieder 160 Millionen Schilling. Inzwischen war das Geld aber dreimal abgewertet worden, und als die Revolution von 1848 ausbrach, war man gerade dabei, es zum viertenmal zu tun. Es ist begreiflich, daß zu diesem Zeitpunkt sogar das Großbürgertum zu rebellieren begann.

Innerpolitisch war Zensur, Polizei und Verbote das einzige, das der Regierung einfiel. Man ging so weit, sogar Bücher über Joseph II. und die Veröffentlichung vieler seiner Briefe zu verbieten. Die Ansichten der Regierung kamen am besten in der Rede des Kaisers vor den Laibacher Professoren zum Ausdruck: „Ich brauche keine Gelehrten, sondern gute und rechtschaffene Bürger. Die Jugend zu solchen zu bilden, liegt Ihnen ob. Wer mir dient, muß lehren, was ich befehle, wer dies nicht tun kann oder mir mit neuen Ideen kommt, der kann gehen, oder ich werde ihn entfernen." Illustrativ war auch der Ausspruch des Polizeichefs Sedlnitzky: „Ein Volk befindet sich vom Augenblick an, wo es anfängt, Bildung in sich aufzunehmen, im ersten Stadium der Revolution." Der Regierungsfeldzug gegen die Bildung, zu dem nach der Pariser Julirevolution 1830 für Studenten das Verbot, ausländische Universitäten zu besuchen, hinzukam, führte dazu, daß Industrie und Manufaktur bald keine geschulten Arbeiter und Techniker mehr hatten und daß nicht einmal das Großbürgertum in der Lage war, seinen Söhnen eine gute Ausbildung zu geben.

Die innenpolitische Konzeption der Regierung war, Ruhe und Ordnung zu erhalten — statt dessen führte ihre Politik zu Zuständen, die nur Unruhe und Unordnung hervorriefen. Nicht einmal ein Metternich konnte übersehen, daß auf diese Weise die ganze Monarchie bald in ihren Fugen krachen würde. Den politischen Kurs zu ändern lag weder in seiner Macht noch in seiner Absicht, aber er versuchte, wenigstens die nationalen Widersprüche und Spannungen zu lindern — allerdings wieder auf seine Art. Seine politische Königsidee war, die alten ständischen Vertretungen wiederaufleben zu lassen und Österreich zwar kein modernes Parlament, aber dafür einen Generalausschuß mittelalterlicher Stände zu geben; die wirkliche Politik allerdings sollte nach wie vor administrativ von Wien gemacht werden. Was die Stände eigentlich tun sollten, geht aus Metternichs Plänen nicht ganz hervor, wahrscheinlich sollten sie kaiserliche Adressen entgegennehmen und sich wieder vertagen. Vielleicht wäre die Regierung bereit gewesen zur Erhöhung der Feierlichkeit ein paar Hellebarden und mittelalterliche Uniformen beizustellen. Aber selbst dieser Plan war Franz zu „radikal" und er lehnte ihn trotz Metternichs Drängen ab. Somit geschah überhaupt nichts.

Metternichs andere — diesmal außenpolitische — Idee war die Verminderung des preußischen Einflusses, da er Preußen als „natürlichen Todfeind Österreichs" bezeichnete. Nur erreichte er durch seine Politik das genaue Gegenteil dessen, was er gewollt hatte. 1813 bestand die, wenn auch geringe Möglichkeit einer revolutionären Einigung Deutschlands von unten. Diese Einigung hätte den Schwerpunkt der deutschen Politik durch eine Stärkung der Kräfte aller deutschen Länder, vor allem der fortschrittlicheren Gebiete im Süden und am Rhein, von Preußen fort verlagert und es zu einer deutschen Provinz unter anderen Provinzen gemacht. Aber die Politik von Franz und Metternich zielte besonders in der Zeit zwischen 1815 und 1817 darauf ab, die revolutionäre Einigung Deutschlands mit allen Mitteln zu verhindern. Doch ihr einziger Erfolg war, daß die Einigung schließlich zwar von oben, dafür aber unter Führung Preußens vollzogen wurde.

Nach 1830 wurde alles noch schlimmer. Die Julirevolution in Frankreich hatte die Angst der Regierung vor einer Revolution verstärkt, die Unterdrückungspolitik wurde noch schärfer, die Maßnahmen zur Niederhaltung der Industrie als „Unruheherd" verstärkten sich ebenfalls, die Produktion sank, die Preise stiegen, die Steuereingänge gingen rasch zurück und der Staatsbankrott stand wieder einmal vor der Tür. Dem Finanzminister Kolowrat gelang es vorübergehend, das Budget in Ordnung zu bringen, aber die Krise ging zu tief, als daß Budgetkunststücke sie hätten beseitigen können. Das Ärgste war, daß Österreich nicht einmal mehr in der Lage war, seine „Ordnungstruppen" in ganz Europa länger zu erhalten. Der stolze Habsburgerstaat begann also bei den Verbündeten, vor allem bei England, mit Berufung auf die Pflichten der „Heiligen Allianz" um Kredite zu betteln. Aber die „Heilige Allianz" war den anderen Alliierten nicht mehr so wichtig wie einst. Sowohl England als auch Rußland waren in anderen Gebieten beschäftigt, und in Frankreich, dessen Bankiers Österreich (und Metternich persönlich) nicht selten ausgeholfen hatten, wehte seit Juli 1830 ein anderer Wind. Man war nicht mehr bereit, für Österreichs Politik ununterbrochen Geld herzugeben. Sowohl in London als auch in Paris erhielt die Regierung zwar kein Geld, aber dafür den Rat, lieber die Verhältnisse innerhalb der Monarchie in Ordnung zu bringen. Dann würde sich schon Geld finden. Infolgedessen zog man die Steuerschraube fester an und wertete wieder einmal ab.

Kaiser Franz genoß trotz allem, was er verschuldet hatte, noch immer eine gewisse persönliche Autorität, aber als er 1835 starb, wurde Ferdinand I. sein Nachfolger. Der bezeichnendste, aus seiner Regierungszeit überlieferte Ausspruch ist: „Wann ich Kaiser bin, will ich Knödel essen." Die Wiener nannten ihn respektlos „Nandl, der Trottel". Tatsächlich war er epileptisch, oft unzurechnungsfähig, so daß er nicht einmal die Geschäfte führen konnte. An seiner Stelle regierte eine Staatskonferenz, bestehend aus Erzherzog Ludwig, Metternich und Kolowrat. Metternich und Kolowrat waren sich niemals über eine Frage einig. Ludwig führte Entscheidungen dadurch

herbei, daß er einen gegen den anderen ausspielte, und in den letzten Jahren wurde praktisch überhaupt nicht mehr regiert. Man ließ den Karren der Administration von selbst weiterlaufen und begnügte sich mit Routinearbeit. Wie die Wiener behaupteten, lagen Regierung und Regierungsmacht in jener Zeit in den Händen des Polizeipräsidenten.

Bei der Beurteilung der Polizeiherrschaft und der Unterdrückungspolitik des Vormärz ist übrigens von heutigen Darstellern immer wieder vermerkt worden, daß der Metternichsche Terror zwar grausam war, aber mild, verglichen mit dem Terror der modernen Reaktion. Diese Beobachtung ist richtig, aber zum Teil ist die relative Milde weder Metternichs noch des Kaisers Verdienst. Sie ist das Verdienst der österreichischen Beamten, die in scharfer Opposition zur Regierung standen (der josefinische Einfluß war unter ihnen noch sehr stark) und nach Kräften sabotierten. Metternich hat sich mehr als einmal beklagt, daß seine Beamten „ihm alles zu Fleiß machen" und daß jeder von ihnen „ein erbitterter Gegner der Regierungspolitik" sei. So sehr diese Gegnerschaft auch half, wenigstens die ärgsten Auswirkungen des Polizeiregimes abzuschwächen, wirkte sie beim Regieren eines Staates nicht gerade konstruktiv. Die Desorganisation wurde stärker und stärker.

Als schließlich 1846 eine schwere Krise ausbrach, die erste große internationale Krise des Kapitalismus, die sich in Österreich natürlich besonders katastrophal auswirkte, schien die Regierung völlig gelähmt. Sie sah fast tatenlos zu, wie ein Betrieb nach dem anderen geschlossen wurde, ein Bankrott dem anderen folgte, Hungrige auf den Straßen zusammenbrachen, Hungerrevolten begannen und sich verstärkten und fast jeden Tag Brotläden geplündert wurden. Einige Wochen lang raffte die Regierung sich auf und ließ Notstandsarbeiten durchführen, dann waren die Gelder erschöpft und die Arbeiten wurden wieder eingestellt.

Der Winter 1847/48 war furchtbar. Täglich wurden auf den Straßen Hungernde oder Erfrorene aufgelesen, Arbeiterfrauen wurden zu Prostituierten, um etwas Brot für ihre Kinder kaufen zu können, die Zahl der Geschäftszusammenbrüche

und Selbstmorde stieg noch immer, die Staatsschuld betrug [illegible] Millionen Gulden, der Papiergeldumlauf schwoll wieder an. Die Bauern konnten keine Steuern mehr zahlen, Soldaten wurden gegen sie ausgeschickt, aber die Bauern weigerten sich weiter und entwaffneten die Soldaten, die es fast widerstandslos geschehen ließen. Truppen, die gegen Demonstrierende oder Plündernde aufgeboten wurden, schossen gar nicht oder schossen in die Luft. Die Regierung war nicht einmal mehr fähig, diese Soldaten zu finden und zu bestrafen.

Metternich hatte die Reaktion nicht retten können, jetzt fiel sie ihn fallen. Unter dem Einfluß der Erzherzogin Sophie, der Mutter des späteren Kaisers Franz Joseph, wurde schon im Februar beschlossen, Metternich zu opfern. Man glaubte, damit die Ereignisse aufhalten zu können. Aber mit diesem Entschluß — von dem es bis zu seiner Durchführung noch weit gewesen wäre — kam man zu spät. Im Februar war in Paris wieder eine Revolution ausgebrochen, und die Nachricht, daß sie „in Frankreich angefangen hatte", griff auf ganz Europa über. In Italien begannen Kämpfe zwischen der Bevölkerung und den kaiserlichen Truppen. Seit Anfang März fanden in ganz Wien revolutionäre Versammlungen statt. Am 3. hielt Kossuth in Preßburg eine Ansprache, in der er Österreich aufforderte, seine reaktionäre Regierung zu stürzen. Die Rede wurde in ganz Wien kolportiert. In den gleichen Tagen wandte sich der gemäßigte Gewerbeverein mit einer Bittschrift an die Krone, in der Reformen und die Erteilung bürgerlicher Freiheiten erbeten wurden. Am 11. März wurden in der Stadt Plakate angeschlagen, die zum Sturz der Regierung und zur Volkserhebung riefen. Am 12. überreichten die Studenten der Regierung eine in ultimativem Tone gehaltene Resolution, in der sie die Herstellung der Lehrfreiheit und die Aufhebung der Zensur forderten. Am 13. früh versprach der Kaiser für den 5. Juli eine Versammlung der Generalstände der Monarchie, die über „notwendige Reformen" verhandeln sollte. Aber dieses vage Versprechen half nichts mehr. Die Revolution hatte begonnen.

DER STURM

Für den 13. war eine Tagung der niederösterreichischen Stände angesetzt worden. Die Stände waren eine farblose, politisch völlig ohnmächtige Adelskörperschaft, in der das Bürgertum überhaupt nicht vertreten war, aber sie waren das einzige, was einer Vertretung des Volkes wenigstens entfernt ähnlich sah, und die Tagung der Stände sollte das Sprachrohr sein, durch das das Volk der Krone seine Forderungen stellen wollte. Schon in aller Frühe umgab eine dichte Menge das Landhaus, in dem die Tagung stattfand, und rief ihre Forderungen: „Freiheit! Konstitution! Fort mit der Regierung!" hinauf. Noch war die Menge führerlos, und die Ständevertreter, die nicht die leiseste Neigung verspürten, als Sprecher des Volkes gegen die Krone aufzutreten, verschanzten sich in ihrem Sitzungssaal und versuchten zu verhandeln, als wäre nichts geschehen. Aber um 9 Uhr morgen flog ein Ruf durch die Stadt: „Die Studenten kommen!" Die Studenten der Wiener Universität und der Technik hatten sich nach dem Landhaus zu in Marsch gesetzt. Sie waren die kühnsten und entschlossensten unter dem Bürgertum, ihre Resolution hatte den offenen Widerstand des Volkes gegen die Regierung eröffnet, sie hatten gelobt, ihre Forderungen, wenn es sein mußte, im Kampf durchzusetzen. Ihre Ankunft veränderte das ganze Bild: Plötzlich waren die Menschen auf der Straße nicht mehr führerlos, plötzlich verwandelte sich die Menge vor dem Ständehaus in eine revolutionäre Versammlung. Während die Vertreter der Studenten zum Volk sprachen, während ein junger Student unter dem Jubel von Tausenden mit dem Wasser aus dem Brunnen Am Hof einen Trinkspruch auf die Freiheit, auf die Konstitution und auf das freie und große Vaterland Österreich ausbrachte, zwang eine Deputation die Stände, ihre Tagung zu beenden und mit den Forderungen der Bevölkerung in die Burg zu gehen. Die Stände versuchten sich zu drücken, sie übersandten der Menge ihre Resolution, die nur einen „untertänigen Dank" für die vom Kaiser versprochene Tagung der Generalstände enthielt. Unter Gelächter und den Pfuirufen Tausender riß ein Student die Resolution und warf die Fetzen in den Wind. Den Ständen blieb nichts übrig, als den Weg in die Hofburg anzutreten.

Die Reden, die an diesem Tag vor dem Landhaus gehalten wurden, waren das Programm der Revolution, ein noch ungeklärtes Programm, in dem im wesentlichen nur die Herstellung der bürgerlichen Freiheiten gefordert wurde, aber dennoch ein Programm des Kampfes. An diesem Tage und in den Tagen, die folgen sollten, war es noch ein Programm der Einheit. Es rief das Volk von ganz Österreich ohne Unterschied der Klasse und des Vermögens zum Kampf um die Freiheit auf, und es sagte allen Völkern der Monarchie, daß der Kampf Wiens zugleich der Kampf um ihre Rechte und Freiheiten sei. Am 13. März war der Hauptsprecher vor dem Landhaus ein junger Arzt jüdischer Herkunft. Dieser Arzt, Dr. Adolf Fischhof, ist später einer der großen Führer der Revolution geworden, der einzige, der den Weg sah, sie siegreich zu Ende zu führen. An diesem 13. März sagte Dr. Fischhof:

„Eine übel beratene Staatskunst hat die Völker Österreichs auseinandergehalten; sie müssen sich jetzt brüderlich zusammenfinden und ihre Kräfte durch Vereinigung erhöhen. Die Schwächen der einen Nationalität werden hierbei in den Tugenden der anderen ihren Ausgleich finden und die Vorzüge aller durch ihr Zusammenfassen eine Steigerung erfahren, welche, für die Zwecke des Staates benützt, Österreich auf eine ungeahnte Höhe von Wohlfahrt und Macht bringen müssen ...

Österreich und seine glorreiche Zukunft hoch!

Die verbündeten Völker Österreichs, sie leben hoch!

Die Freiheit hoch!"

Fischhofs Forderungen — Pressefreiheit und Religionsfreiheit, verantwortliche Minister, Volksbewaffnung — wurden von einem tausendfachen Chor aufgenommen. Der Klang der Stimmen flog bis ins Regierungsviertel hinüber. — „Die Studenten fordern Freiheit und Volksbewaffnung", wurde einem hohen Regierungsbeamten beim Betreten seiner Kanzlei aufgeregt mitgeteilt. — „Und was haben die Wiener für einen Witz darüber gemacht?" fragte er. — „Keinen", erwiderte man ihm, „sie be-

waffnen sich, um den Studenten zu Hilfe zu kommen." – „Keine Witze? Dann ist es das Ende."

Das Ende schien wirklich zu nahen. Die Regierung berat ratlos, sie wußte keinen Ausweg. Der einzige, der ihr einfi war, Truppen gegen das Volk zu schicken. Ab 1 Uhr begann Regimenter in die Stadt einzumarschieren, die noch am Tag vorher Marschbefehl nach Italien gegen den dortigen „Aufstand" erhalten hatten und in aller Eile nach Wien umdirigiert wor waren. Die Nachricht, „sie haben Truppen eingesetzt", flog Windeseile durch Wien. Wenn die Regierung gehofft hat dadurch den Aufstand zum Zusammenbruch zu bringen, erreichte sie auf diese Weise genau das Gegenteil. Tausende Menschen, die vorher unbeteiligt den Demonstrationen zug sehen hatten, Tausende von Bürgern, die noch geschwankt, a Möglichkeit, etwas durch Bitten und Adressen zu erreich geglaubt hatten, begannen plötzlich von Kampf zu sprechen u sich zum Kampf vorzubereiten. Die Nachricht, „die Soldat sind da", flog auch durch die Vorstädte. Dort gärte es schon lang in manchen Fabriken hatten die Arbeiter schon seit Tagen b gonnen, sich Waffen anzufertigen. Schon am frühen Morgen w in vielen Fabriken die Arbeit eingestellt worden, und einz Gruppen hatten sich dem Zug zum Landhaus angeschloss Nun flog durch Fünfhaus und Hernals, durch die obere Wie und durch Margareten, durch die Elendsquartiere, in den Dutzende von Menschen zusammengepfercht in Kellerräum lebten, durch die heißen, stickigen Werkstätten, durch Straßen, in denen hungrige Arbeitslose müßig herumstand der Ruf: „In die Stadt! Den Studenten helfen!" und aus a Vorstädten setzte sich der endlose Zug in Bewegung.

„An diesem Tag", schrieb Ernst Violand, ein Augenzeuge Revolution, „bemerkte ich schon zeitig früh in der Herrengas einzelne Arbeiter stehen und ein Riesenmensch, mit einem a allen Seiten geflickten Rocke, der ihm sicher nicht angemess und für ihn nicht gemacht worden war ... er bewegte sich, schmutzige Kappe kühn auf ein Auge gedrückt, mit geballte Fäusten, mit leuchtendem Blick, rückwärts gebogener Haltung ganz schlagfertig — wie zum Kampfe herausfordernd, mit

durch die Straßen gegen das Ständegebäude hin. In den rückwär- gen Taschen mußte er eine Menge Steine als Munition tragen, denn sein Rock war straff am Rücken gespannt, und man sah ihm an, daß er sich Gewalt antat, um nicht von der Last der Taschen rückwärts gezogen zu werden. An seiner Seite humpelte eilig, um mit ihm gleichen Schritt zu halten, ein kleiner, untersetzter, schmieriger, schon ziemlich bejahrter Mensch mit einem langen Rock und mit umgeschlagenen, zu langen Ärmeln daher. Er war vollbepackt, jede Tasche stand weit von ihm und die hinteren Rocktaschen schlugen fest auf die Waden. Als ich diese Leute sah, dachte ich gleich, daß auch die Vorstädte niedersteigen wür- den, und wirklich, so war es."

Diese zwei Männer, der „Riese mit dem leuchtenden Blick" und der kleine alte Mann mit „den Taschen voller Steine", sind sie nicht Symbol der Vorstadt, der hungrigen, abgerissenen Vorstädte, die an diesem Tage immer wieder die Soldatenabsper- rungen stürmten, die der Revolution mit ihren Toten ihre Taufe gaben und ihr, als die Nacht sich senkte, zum Siege verhalfen? Denn es gab Tote und es gab Kämpfe. Die Soldaten hatten den Befehl erhalten, scharf zu schießen. Nicht wenige von ihnen, darunter die italienischen Infanteristen und die Kanoniere, leisteten dem Befehl nicht Folge. Die Italiener schossen über die Köpfe der Menge in die Luft und unter den Kanonieren gab es sogar einige, die gegen den ausdrücklichen Befehl der Kommandanten die brennende Lunte von der Kanone rissen und sich weigerten, auf das unbewaffnete Volk zu schießen — aber genug andere befolgten die Regierungsorder. Immer wieder wurde in die Menge geschossen, immer wieder lagen Tote auf dem Pflaster, aber das Volk ließ sich nicht von der Straße treiben. Die Kämpfe dauerten den ganzen Tag, hier und da wurden Barrikaden gebaut, an anderen Orten schlugen Studenten, Bürger und Arbeiter Schilderhäuschen entzwei, be- waffneten sich mit Brettern und Stöcken und trieben mit diesen improvisierten Waffen das Militär zurück. Als der Abend kam, als der Schein vom brennend ausströmenden Gas ausgerissener Laternen grell die Finsternis erleuchtete, jener Schein, den die Wiener „die Fackel der leuchtenden Freiheit" nannten, war das

Militär überall im Rückzug, schwoll die Menge noch immer an, marschierten aus den Vorstädten noch immer dichte dunkle Kolonnen ins Stadtinnere. Und dann sah die Regierung, daß der Kampf verloren war.

Violand erzählt eine andere Szene vom Nachmittag: „Ein Arbeiter trat auf der Freyung zu mir heran. Er bat mich um zwei Groschen, denn ihn hungere, da er seit dem Tage vorher nichts gegessen. Ich gab sie ihm, er dankte, schwang seinen langen Span aus dem weichen Holze eines Schilderhauses, demnach eine ganz erbärmliche Waffe und sprach mit flammendem Blick: ‚Ich danke Ihnen, jetzt kaufe ich mir etwas zu essen und darauf gebe ich Ihnen mein Wort, schlag ich in die Soldaten drein und sollte ich auf dem Flecke bleiben, denn so darf es nicht mehr weitergehen.'"

Spät am Nachmittag kam das erste Zeichen der Kapitulation der Regierung. Ein Plakat wurde angeschlagen mit der Mitteilung, daß Kanzler Metternich sein Amt niedergelegt habe. Tatsächlich war Metternich vom Kaiser und dem Thronrat ohne ein Wort des Dankes für fünfzigjährigen Dienst in wenigen Minuten entlassen worden. Die nächste Ankündigung, die bald folgte, enthielt das Versprechen, die Zensur aufzuheben. Aber diese Konzession nützte nichts. Die Studenten, die im Laufe dieses Tages zu den unbestrittenen Führern der Revolution geworden waren, verlangten die Zurückziehung der Truppen und die Bewaffnung des Volkes.

Nach einigem Hin und Her willigte die Regierung in die Bewaffnung und Einsetzung der Bürgergarde an Stelle der Truppen ein und einige Stunden später, schon mitten in der Nacht, in die Bewaffnung der Studenten. Die Krone und die verbliebenden Minister, vor allem Kolowrat, glaubten einen Geniestreich zu tun. Sie hofften, daß die Bürgergarde und die Studenten im Namen der „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung" sich gegen das Volk wenden würden. In dieser Hoffnung bestärkte sie die Haltung einiger Mitglieder des Gewerbevereins, die zwar die Forderungen der Studenten begrüßt hatten, aber in dem Maße, in dem die Bewegung fortschritt und der Kampf immer mehr zu einer Sache der Studenten und Arbeiter wurde, mit Unbehagen

auf den „Pöbelkrawall" zu blicken begannen. Aber obwohl der Gewerbeverein in seinen Räumen eine rege Tätigkeit entfaltete und sich selbst zum „Generalstab der Revolution" ernannte, war er nicht das ganze bürgerliche Wien. Nationalgarden und Studenten weigerten sich kategorisch für die Regierung und gegen die „Straße" einzugreifen. Sie betrachteten sich als die „bewaffnete Armee der Revolution". Obwohl es mit den Waffen der Studenten nicht weit her war — im Zeughaus, das sie gestürmt hatten, hatten sich vor allem altmodische oder zerbrochene Flinten befunden —, besaßen sie seit diesem Abend tatsächlich zusammen mit der Bürgergarde einen Teil der Macht in Wien. Und am nächsten Tage brachen auch die Arbeiter die Tore eines Zeughauses auf und bewaffneten sich ebenfalls.

Die Kämpfe gingen am 14. und 15. März weiter. Die wichtigste Forderung der Revolutionäre war noch nicht erfüllt worden. Sie hieß „Konstitution", die Schaffung einer Verfassung, die die politischen Rechte des Volkes festlegte, aus der absoluten Monarchie eine Monarchie machte, die dem zu wählenden Parlament unterstand, und die Minister statt der Krone diesem Parlament verantwortlich machte. Die Regierung versuchte alles, um diese entscheidende Konzession nicht zu genehmigen, sie verwies auf die Ständeversammlung, machte unbestimmte Versprechungen — aber dann flammten die Kämpfe wieder auf und das bewaffnete Volk zog vor die Hofburg. Obwohl Kaiser Ferdinand bei einer Ausfahrt durch Wien jubelnde Ovationen erhalten hatte, weil das Volk diese Ausfahrt als Zeichen des Vertrauens der Krone zum Volke und ihrer Bereitschaft, Konzessionen zu machen, aufgefaßt hatte, schien es den Habsburgern jetzt, als würde die Volksmenge in den nächsten Stunden die Burg stürmen und die Konstitution von den Stufen eines umgestürzten Thrones herab proklamieren. So gab die Regierung auch hier nach. Am Nachmittag des 15. wurde mitgeteilt, daß der Kaiser eine Konstitution erlassen habe und die durch das Bürgertum verstärkten Generalstände im Juli die konstituierende Nationalversammlung Österreichs sein sollten. (Am gleichen Tag floh Metternich verkleidet aus Wien.) Die erste Phase der Revolution hatte mit einem Sieg des Volkes geendet.

Zu gleicher Zeit mit der Revolution in Wien hatte auch in den nichtösterreichischen Ländern die Revolution begonnen. Der ungarische Landtag übte schon seit Wochen die Funktion einer revolutionären Nationalversammlung aus. Nun erließ er die sogenannten Märzgesetze, die Ungarn zu einem selbständigen Staat machten, der nur durch eine lockere Personalunion mit Österreich verbunden war. Die Märzgesetze sollten Ungarn aus einer Monarchie in einen modernen demokratischen Staat verwandeln. Sie enthielten die Bestimmung des allgemeinen Wahlrechts zu einem Nationalparlament, das alle Personen mit einem Besitz über 30 Gulden Steuerwert ausüben durften, Pressefreiheit, Religionsfreiheit, allgemeine Schulpflicht und allgemeine Wehrpflicht in einer ungarischen Armee. Mit Österreich sollte der neue Staat nur durch die Person des vom Kaiser eingesetzten Vizekönigs (des Palatins) und durch eine Art Gesandten in Wien verbunden bleiben. Die Märzgesetze wurden Ferdinand zur Gegenzeichnung vorgelegt und die Lage der Monarchie war derart, daß der Kaiser am 8. April seine Einwilligung gab. Der siebenbürgische Landtag war unter ungarischem Druck gezwungen worden, für seine eigene Auflösung zu stimmen, und Siebenbürgen wurde dem neuen Staat einverleibt. Eine provisorische ungarische Regierung, bestehend aus Batthyány, Deák, Kossuth, Eötvös und Széchenyi, wurde gebildet. Die Revolution in der Lombardei konstituierte sich später als die Revolutionen in Budapest und Prag, aber dafür ging sie in ihren Forderungen viel weiter. Die lombardische Erhebung, die am 18. März begann, hatte die völlige Lostrennung der Lombardei von Österreich und ihre Einfügung in ein selbständiges Königreich Italien zum Ziel. Die Wiener Regierung bot der Lombardei zunächst Autonomie an, und als das Angebot abgelehnt wurde, erklärte sie sich unter Druck bereit, die Lombardei abzutreten und Venetien eine Autonomie zu gewähren. Aber gleichzeitig wurde die in Italien stehende Armee Radetzkys, des fähigsten österreichischen Generals, langsam und unauffällig verstärkt.

Nach der Entscheidung des ungarischen Parlaments sollte Kroatien dem neuen Königreich Ungarn einverleibt werden. Der kroatische Landtag, der ebenfalls zusammengetreten war,

hatte gegen diese Regelung nichts einzuwenden, da den Kroaten von Deák eine weitgehende Autonomie, vor allem in Sprachenfragen, versprochen worden war. Der Landtag begrüßte die ungarische Revolution und schickte seine Vertreter nach Pest, um mit den Ungarn über die Stellung Kroatiens im neuen Staat zu verhandeln.

Auch die polnischen Vertreter hatten ihre Forderungen gestellt. Sie enthielten ebenso wie die der Lombardei nur einen Punkt — die Abtrennung Galiziens und seine Einverleibung in ein neues Königreich Polen. Allerdings war diese Forderung bedingt, sie hing von der Befreiung des übrigen Polen ab. Da die Befreiung des von Rußland besetzten Polen im Augenblick nicht sehr wahrscheinlich schien, ging es in erster Linie um die Unabhängigkeit des von Preußen besetzten Teiles, was wiederum von der Entscheidung Preußens abhing, in dem die Revolution inzwischen auch ausgebrochen war. Während die Linken unter den Revolutionären in Preußen und im übrigen Deutschland die Befreiung Polens und die Herstellung eines freien polnischen Staates als Bollwerk gegen den Zarismus forderten, verhielt sich der größte Teil des deutschen Bürgertums in dieser Frage mehr als reserviert.

Die Revolution in Prag hatte mit der Revolution in Wien die größte Ähnlichkeit. Wie in Wien war das Gewicht der Linken — der Arbeiter und des Kleinbürgertums — in den Revolutionstagen besonders spürbar geworden und hatte die Ereignisse stark beeinflußt. Die Struktur des Bürgertums in Böhmen und Mähren unterschied sich von der in der übrigen Monarchie: Während das Großbürgertum meist österreichisch war, bestand das Kleinbürgertum vorwiegend aus Tschechen, desgleichen die Arbeiterschaft. Die Revolution trug deshalb in den ersten Tagen sowohl eine stark soziale als auch eine nationale Note. Die erste Liste der tschechischen Forderungen, die von der nationalen Gesellschaft „Repeal" am 11. März aufgestellt wurde, enthielt deshalb nicht nur die Forderungen eines einheitlichen Parlaments für die Länder der böhmischen Krone, die Schaffung einer tschechischen Nationalgarde, die Gleichsetzung des Tschechischen mit dem Deutschen und die Forderung der Presse- und Lehr-

freiheit, sondern auch zwei soziale Punkte, die in dem Wiener Programm nicht enthalten waren: die Aufhebung aller adeligen Fronlasten für die Bauern und die „Organisierung der Arbeit und ihre gerechte Bezahlung". Das Sankt-Wenzel-Komitee, ein Nationalkomitee, das in den Märztagen geschaffen wurde und dem nicht nur Tschechen, sondern auch Deutschsprachige angehörten, schickte die Resolution nach Wien, erhielt von der Regierung aber nur eine ausweichende Antwort. Am 29. März fanden Straßendemonstrationen der Arbeiter, Studenten und Kleinbürger statt, in denen eine klarere Antwort gefordert wurde. Schließlich kamen einige Teilkonzessionen — die Schaffung eines eigenen Zentralministeriums für das Königreich Böhmen, die Sprachengleichheit und die allgemeine Schulpflicht. Die Frage der Autonomie sollte von der künftigen gesetzgebenden Versammlung entschieden werden. Anfang April wurde ein Nationalkomitee gegründet. Von den 140 Sitzen erhielten 70 die Vertreter der bürgerlichen Intelligenz — vor allem Tschechen, 20 Geistliche und Adelige und 50 das deutsche und tschechische Bürgertum.

VOM MÄRZ ZUM MAI

Der Absolutismus hatte die erste Schlacht verloren, die Macht befand sich in der ganzen Monarchie in den Händen des Volkes. Aber nicht überall wußte das Volk, was es mit dieser Macht anfangen sollte.

Als der erste Freudenrausch in Wien vorbei war, zeigte es sich, daß in der Regierung noch immer die Männer von gestern saßen — eingeschüchtert, zitternd, aber noch immer in Besitz der Ministerposten. Metternich folgte als Kanzler Kolowrat, der seine Stellung dem Rufe verdankte, in Opposition zu Metternich gestanden zu sein. Es zeigte sich aber nach wenigen Tagen, daß seine Differenzen mit Metternich mehr seiner völligen Unfähigkeit und grenzenlosen Faulheit zuzuschreiben gewesen waren, als einer politischen Meinungsverschiedenheit. Wie unsicher sich Kolowrat fühlte, geht aus der Tatsache hervor, daß er bei seinem Amtsantritt zu den Studenten schickte und sie fragen ließ, ob sie mit diesem Amtsantritt einverstanden seien. Wie wenig die Revolutionäre der wichtigsten aller politischen Fragen, der der Regierung, eine richtige Bedeutung beimaßen, geht aus ihrer Antwort hervor. Sie ließen Kolowrat sagen, er könne bleiben oder auch gehen — es sei ihnen gleich.

Kolowrat regierte nur ganz kurze Zeit. Ihm folgte ein etwas fähigeres, aber ebenso farbloses Beamtenkabinett des Grafen Ficquelmont. Die Regierung — ebenso wie ihre Vorgängerin — suchte Zeit zu gewinnen, die Verkündigung der Verfassung und die Einberufung der Nationalversammlung wurden immer wieder verschoben. Trotz der Zusicherung des Kaisers, die Truppen aus Italien abzuziehen und sich auf Verteidigung der Grenzen Tirols zu beschränken, gingen die militärischen Operationen im Süden weiter, allerdings, wie sich später herausstellte, mehr auf Initiative des dortigen Oberbefehlshabers Radetzky als der Regierung. Am 3. Mai wurde Ficquelmont durch Demonstrationen der Studenten und Arbeiter zum Rücktritt gezwungen, ihm folgte die Regierung Pillersdorf, die mit einigen Liberalen verstärkt wurde.

Das Unglück war, daß die Revolution nicht imstande war, ihre eigene Regierung hervorzubringen und sie den Ficquelmonts und Pillersdorfs entgegenzustellen. Die Frage hatte schon im März eine Rolle gespielt. Schon am 17. März schrieb Bauernfeld die scherzhaft gehaltene, aber sehr ernst gemeinte Mahnung:

„Dringend notwendig!

Eine provisorische Regierung!

Konstitution ist ein leeres Wort ohne wirkliche Regierung und regiert kann in einem konstitutionellen Land nicht werden ohne ein Ministerium — und zwar ein verantwortliches Ministerium. Das alte System ist gefallen, mit ihm fallen eigentlich alle Männer weg, die es vertreten; die neuen, welche in das provisorische Ministerium treten, müssen natürlich solche sein, die das Vertrauen des Landes besitzen. Jedenfalls muß wirklich regiert werden, was in diesem Augenblicke nicht der Fall ist. Ich hab dies am ersten Tag garnicht bemerkt, weil sie so konstitutionellselig war; jetzt aber wird mir das Ding zu toll und ich muß um Ruhe

bitten, um endlich arbeiten zu können. Also um gotteswillen eine wirkliche Regierung und zwar bis morgen — es läßt sich nicht länger verschieben —, womöglich heut noch."

Kossuth, der einige Wochen nach Beginn der Revolution nach Wien kam, sah das gleiche. In einem Gespräch mit Wiener Studentenvertretern sagte er: „Ich würde sagen, setzen Sie alles in Bewegung, um bald ein verantwortliches und volkstümliches Ministerium zu erhalten, aber das ist der Punkt, der mich besorgt macht. Wer ist bei Ihnen volkstümlich? Wer sind die Männer, denen Österreich jetzt mit Recht vertrauen kann? Wo sind sie? Wie heißen sie? Gewiß, es gibt derer, wie es bei uns und in jedem Lande derer gibt, aber unter der Herrschaft des gestürzten Systems war es dem Volke nicht möglich, die Männer kennenzulernen, die ihm jetzt not tun und die es auf den Händen zur Ministerbank tragen kann."

Kossuths Erklärung für das Fehlen der „volkstümlichen Männer" war sicherlich zum Teil richtig — aber nur zum Teil. Der Mangel einer legalen Oppositionsbewegung hatte dem Volk sicherlich erschwert, seine künftigen Vertreter kennenzulernen, aber solche Mängel pflegen in den Tagen der Revolution rasch nachgeholt zu werden. Tatsächlich gab es genug Männer, die die Fähigkeit zum Regieren besessen hätten und denen das Volk vertraute — Fischhof war einer davon, Füster, der tapfere, aber bedächtige Professor der Universität, ein anderer und auch unter den Mitgliedern des „juridisch-politischen Lesevereins" und des „Gewerbevereins" hätten sich Männer gefunden, die jedenfalls die fachliche Befähigung zum Minister gehabt hätten. Es war auch nicht so, daß die Krone in jenen Tagen in der Lage gewesen wäre, die Bildung einer provisorischen Regierung zu verhindern — die Macht lag kaum noch in ihrer Hand. Das wirkliche Problem lag woanders. Ein Teil der Männer von 1848 unterschätzte die Bedeutung einer provisorischen Volksregierung, ein anderer Teil bemühte sich, nicht allzu stark in die Revolutionspolitik verstrickt zu werden.

Die Revolution selbst war von allen gemacht worden, von den Studenten und den Kleinbürgern, von den Arbeitern und den Industriellen, ja selbst von Adeligen und Bankiers. Daß

Rothschild und andere Banken kurz vor dem Sturz der Regierung Metternich einen Kredit verweigert hatten, dafür aber einige Wochen später unaufgefordert den Studenten eine beachtliche Geldsumme zur Verpflegung und Bekleidung der Studentenkompanien zur Verfügung stellten, war eine bezeichnende Geste. Die alte Politik wollte niemand weiter ertragen. Aber das bedeutete noch lange nicht, daß man sich über die neue Politik einig war.

Die Haltung des Gewerbevereins in der Zeit zwischen März und Juni ist bezeichnend. Er war nicht gegen die Studenten und das Kleinbürgertum, die die Politik dieser Tage bestimmten — er arbeitete nicht direkt gegen sie, aber er lehnte es ab, sich zu sehr zu engagieren. Ähnlich war die Haltung des juridisch-politischen Lesevereins, der zweiten großbürgerlichen Organisation. Gewerbeverein und Leseverein verhielten sich kühl und reserviert. Sie begrüßten in allgemeinen Redensarten die Revolution, sie gaben Ratschläge — die meist die Aufforderung zur Mäßigung enthielten —, aber sie zogen es vor, abzuwarten. Als Pillersdorf im Mai an sie herantrat und einigen ihrer Mitglieder, darunter Dr. Alexander Bach und Schmerling, Ministerien in der dritten Nach-März-Regierung anbot, lehnten sie ab.

Auch die Haltung eines Teiles des Kleinbürgertums war nicht klar. Viele, die am 13. März gekämpft hatten, Schuster und Schneider, Handwerksmeister und Gewerbetreibende, hatten im Grunde nicht für, sondern gegen die neue Zeit gekämpft. Für sie waren die Fabriken, die sie in ihrer Existenz bedrohten, der neue Industriekapitalismus, der einigen Aufstiegsmöglichkeiten, anderen aber Ruin brachte, ein ebenso großer Feind wie der Absolutismus. Im Grunde waren sie sehr mit den von der Regierung zuerst vorgeschlagenen Generalständen einverstanden — vorausgesetzt, daß man ihnen darin eine angemessene Vertretung gab und daß diese Generalstände die alten Zunftvorschriften, vor allem die Verbote der Einrichtung neuer Industrien, bestätigten. Jedenfalls stand ihnen eine solche Ständeversammlung gefühlsmäßig oft näher als ein revolutionärer Konvent. Diese Schichten bestimmten die oft schwankende Haltung der Bürgergarde.

Die einzigen, die einigermaßen wußten, was sie wollten, waren die Studenten. Die Studenten wollten eine demokratische Verfassung, eine Volksregierung und soziale Gerechtigkeit. In dieser Forderung trafen sie sich mit den Arbeitern, für die die Revolution in erster Linie die Aussicht auf Verbesserung ihrer unerträglichen Lage bedeutete und für die die Forderungen, wie die Aufhebung der Verzehrungssteuer, die die Lebensmittel stark verteuerte, ebenso wichtig waren wie alles andere. Was die Studenten aber nicht sahen, war, daß sie auf die Dauer nicht allein herrschen, nicht aus eigener Kraft und ohne Bundesgenossen die Revolution zu Ende führen konnten.

Im Verlauf des Frühlings wurden die Studenten immer mehr zur aktivsten Kraft der Revolution, und ihr Bündnis mit den Arbeitern wurde immer enger. Die „Aula" — der Tagungsort der Studenten in der Universität — wurde bald zu einer Art inoffiziellen Ministeriums. Die Studenten regelten alle Klagen der Arbeiter gegen die Fabrikanten wegen schlechter Bezahlung und ungerechter Behandlung, Klagen der kleinen Fabrikanten und der Gewerbetreibenden wegen mangelhaften Schutzes gegen Überfälle, Beschwerden gegen Übergriffe der Behörden (die oft versuchten, in aller Stille formale, noch nicht aufgehobene Gesetze gegen die Linke weiter anzuwenden), auch Preisüberschreitungen, die Ordnung auf den Märkten, die Neufestsetzung der Zinse und vieles andere. Es waren vor allem die Studenten, die gegen den Beschluß der Regierung protestierten, nur einen Teil der in den Märztagen von den Ständen und den bürgerlichen Organisationen geforderten Aufhebung der Zensur und Polizeikontrolle zu bewilligen, und es war schließlich ein Student, Hans Kudlich, der später in der Nationalversammlung das Gesetz zur vollen Bauernbefreiung einbrachte. Allerdings kümmerten sich die Studenten nur um die Innenpolitik, in gewissem Sinne vorwiegend um die innere Politik Wiens und Niederösterreichs. Die Außenpolitik und die Politik gegenüber den nichtösterreichischen Völkern der Monarchie überließen sie völlig der Regierung.

Schon Mitte März hatte der Kaiser eine Konstitution versprochen, aber ihre Verkündigung wurde immer wieder hinausgeschoben. Im April begannen wieder Demonstrationen, die sich in erster Linie gegen die Verschleppungspolitik der Regierung richteten. Daraufhin wurde die Verkündigung der Verfassung für den 25. April angesetzt. Für diesen Tag, an dem gleichzeitig der Geburtstag des Kaisers begangen werden sollte, war eine große Truppenparade vorbereitet. Schon tagelang vorher wurde von den Vertretern der Rechten, der konservativen Gruppe der „Verteidiger der Ruhe und Ordnung", die sich langsam zu bilden begann, in offenbar provokatorischer Absicht die Nachricht verbreitet, am 25. würde das Militär einen Staatsstreich begehen, eine Militärdiktatur aufrichten und die alten Zustände einrichten. Vielleicht bestand diese Absicht wirklich, aber Wien war nicht bereit, eine Rückkehr zum Vormärz zuzulassen. In den Tagen vor dem 25. wurde fieberhaft gerüstet, Studenten gossen Kugeln und brachten ihre Waffen in Ordnung, Bürger bewaffneten sich und die Vorstädte bereiteten sich wieder auf den Marsch in die innere Stadt vor. Aus dem angesagten Staatsstreich wurde nichts. Die Parade verlief in voller Ordnung und die erleichterten Wiener verbrüderten sich mit den Soldaten und Offizieren. Am Abend wurde die Konstitution veröffentlicht und die festliche und erleichterte Stimmung kühlte sich daraufhin merklich ab.

Die Verfassung war an und für sich nicht rückschrittlich. Sie enthielt die Garantie aller bürgerlichen Rechte: Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinsfreiheit, Unverletzlichkeit der Person, Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens, Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament, die Feststellung, daß nur das Parlament das Recht hatte, Gesetze anzunehmen oder abzulehnen, und eine Reihe anderer, durchaus demokratischer Punkte. Noch im März wäre ihre Verkündigung als Befreiung betrachtet worden, aber im April, nach der vollzogenen Revolution, war sie zu wenig.

Ihr Hauptfehler war, daß sie, wie die Linken — die Demokraten, wie sie nun überall hießen — sagten, „eine oktroyierte Verfassung" war. Was man gewollt hatte, war ein Rahmenentwurf, eine provisorische Verfassung, die erst durch die

einzuberufende Nationalversammlung ausgearbeitet werden sollte, nicht eine fertige Verfassung, die, von den Stufen des Thrones herab erlassen, das Werk der Nationalversammlung vorwegnahm. Nach den wochenlangen Forderungen nach einer Verfassung, die allerdings am lautesten von den Konservativen und den Vertretern der Mitte — den Liberalen, deren Sprecher vor allem der Leseverein war — erhoben wurden, schien diese Unterscheidung etwas theoretisch. Schließlich hatte die Nationalversammlung die Macht, die Konstitution zu verbessern, abzuändern oder ganz abzulehnen. Es ging auch wirklich um andere Dinge. Zunächst gab es eine Reihe von Ungerechtigkeiten, die Einrichtung von zwei Kammern, von denen die erste, eine Art Oberhaus, nicht gewählt, sondern teils vom Kaiser ernannt wurde, teils aus Vertretern des Großgrundbesitzes und der Kirche bestand. Weiters die Einrichtung eines sogenannten Wahlzensus, der Nichtbesitzende vom Wahlrecht ausschloß, und die Festsetzung eines hohen und passiven Wahlalters. (Die letzten beiden Bestimmungen waren in dem kurz danach veröffentlichten Wahlgesetz enthalten.) Der entscheidende Punkt aber war der erste. Er erklärte Österreich zu einer „unteilbaren Einheit" und zählte unter den Ländern dieses unteilbaren Österreich Böhmen, Galizien, Illyrien, Kärnten, die Krain, das Küstenland und Dalmatien auf. Das war eine Absage an alle Selbständigkeitsforderungen der Polen und der Tschechen und eine Ohrfeige an die Adresse der Ungarn, die die Einverleibung eines großen Teiles Illyriens in den neuen ungarischen Staat beschlossen hatten. Zugleich war es eine Absage an alle Pläne einer deutschen Einheit.

In Deutschland hatte sich inzwischen ebenfalls die Revolution vollzogen, deren Forderung die Vereinigung der deutschen Länder mit Österreich zu einem „freien deutschen Reich" war. In Frankfurt, dem künftigen Tagungsort der „Deutschen Nationalversammlung", hatte bereits ein Vorbereitungskomitee seine Arbeit begonnen, zu dem österreichische Vertreter herangezogen worden waren. Diese Nationalversammlung und alles, was aus ihr hervorgehen konnte, wurde von der Verfassung einfach ignoriert. Polen, Tschechen und Ungarn protestierten

nicht, die Vertreter der Richtung der deutschen Einheit, die sich ziemlich gleichmäßig unter liberalen und radikalen Demokraten verteilten, erklärten, die Verfassung sei ein „Verrat am deutschen Gedanken", aber merkwürdigerweise spielte gerade dieser erste Punkt in den bald folgenden Auseinandersetzungen die geringste Rolle.

Man kann nicht sagen, daß die Verfassung völlig im Widerspruch zur Meinung der Bevölkerung stand. Ein Teil der Öffentlichkeit war mit ihr ganz zufrieden, vor allem die konservativen Finanzkreise, Großindustrielle und Aristokratie und die meisten liberalen Industriellen. Ihre Bedürfnisse waren durch die Verfassung, so wie sie nun war, zum größten Teil erfüllt. Weder die „Oktroyierung" noch das Wahlalter noch der Zensus widersprachen ihren Interessen. Der umstrittene Punkt 1, der die Monarchie so beließ, wie sie war, war ihnen sogar ausgesprochen angenehm, weil sie aus wirtschaftlichen Gründen auf keinen Fall die böhmischen, galizischen und Krainer Gebiete der billigen Arbeitskraft und der billigen Rohstoffe aufgeben wollten. Und es war ihnen lieber, wenn die Regierung die Arbeit für sie besorgte. Aber durch diese Passivität gerieten sie nun ins Hintertreffen gegenüber den aktiveren demokratischen Gruppen, die die Unterstützung des einfachen Volkes suchten und fanden. Seit den Märztagen gab es in Wien eine Art Doppelherrschaft, allerdings nur auf militärischem Gebiet. Als Gegenkraft gegen die reguläre Armee, die noch immer in den Kasernen der Hauptstadt zusammengezogen war, hatte sich die „Armee der Revolution", wie sie genannt wurde, aus der aristokratischen und großbürgerlichen Nationalgarde der inneren Stadt, der demokratischeren Nationalgarde einiger Bezirke der liberalen Bürgergarde und der demokratischen Akademischen Legion der Studenten gebildet. Beide Armeen rivalisierten einstweilen nur miteinander. Der Streit ging vor allem um das Recht des Ordnungsdienstes in der Stadt und um das Recht der Bewachung des Kaisers, wobei die revolutionäre Armee langsam das Übergewicht bekam. Diese Revolutionsarmee war eine politische Körperschaft und begnügte sich deshalb nicht mit dem Militärdienst.

Im April wurde als politisches Sprachrohr der Nationalgarde und der Akademischen Legion das sogenannte „Politische Zentral-Comité" gegründet. Es setzte sich die Aufgabe, die Wünsche des Volkes und seiner militärischen Vertretung wiederzugeben, auf die politischen Ereignisse Einfluß zu nehmen und vor allem über die Sicherheit der Demokratie zu wachen. Das Zentral-Comité war genau so buntgemischt wie die Garde selbst, es hatte seine Rechte, seine liberale Mitte und seine Linke, aber weil diese Linke, die Vertretung der Akademischen Legion, einheitlich und entschlossen auftrat und im Gegensatz zu den anderen wußte, was sie wollte, und bereit war dafür zu kämpfen, setzte sie sich meist durch.

Das Zentral-Comité wurde in den Monaten April und Mai immer mehr zum Zentrum des Kampfes gegen die „Verfassung von oben", der es seine Forderungen — Erklärung der Verfassung als einer provisorischen, Ein-Kammersystem, allgemeines Wahlrecht, Herabsetzung des Wahlalters — entgegensetzte. Die Regierung spürte, wo die Hauptgefahr lag, und konzentrierte ihre Bemühungen auf die Zerschlagung des Komitees. Zunächst versuchte sie die Rechten und die Liberalen vom Komitee loszusprengen. Sie stellte immer wieder die Linke als Anarchisten und Republikaner, als die Totengräber des Habsburgerreichs hin, sie versuchte sie dadurch zu kompromittieren, daß sie sie abwechselnd als Werkzeug der Nationen, die den österreichischen Staat sprengen wollten, und als Werkzeug der Arbeiter (deren wirtschaftliche Forderungen den Industriellen bereits stark auf die Nerven zu gehen begannen) bezeichnete. Schließlich bot sie unter der Hand den Liberalen Regierungsposten an. Aber sogar die Liberalen und die aristokratischen Vertreter in der Nationalgarde sahen, daß die Regierung in der Luft hing, und lehnten ab. Das Zentral-Comité konnte von innen einstweilen nicht gesprengt werden.

Nun versuchte es die Regierung mit einer Kraftprobe. Anfang Mai verlangte sie ultimativ die Selbstauflösung des Zentral-Comités. Als diese Auflösung abgelehnt wurde, drohte sie, es mit Gewalt zu zerschlagen. Die Drohung wirkte wie ein Funke, der ins Pulverfaß fällt, und Wien erhob sich wieder

Als Antwort auf die Drohung der Regierung verfaßte das Komitee seine „Sturmpetition", in der die sofortige Annahme einer vier verfassungsändernden Forderungen enthalten war. Die Regierung mobilisierte die Truppen. Zwischen dem 15. und dem 26. Mai fiel die Entscheidung.

Schon in der Früh des 15. begannen überall Demonstrationen. Als das Zentral-Comité mit seiner Petition zur Hofburg zog, marschierten mit ihm die revolutionären Truppen, marschierte ganz Wien — Tausende von Menschen, weit mehr als am 13. März — aber im Gegensatz zum 13. März, bewaffnete Menschen.

Wien bereitete sich vor, die Revolution zu verteidigen — diesmal nicht mit Reden und Resolutionen, sondern mit Barrikaden. Die Studenten hatten die Arbeiter zu Hilfe gerufen, und die Arbeiter erschienen zu Tausenden. An diesem Tag waren es nicht mehr die gutgekleideten Männer in Zylinder und Handschuhen, nicht die liberalen Aristokraten, nicht einmal die Professoren, die der Demonstration ihr Gepräge gaben, es waren die „Blusenmänner" in Holzschuhen und Drillichkleidung, die abgerissenen, hungrigen „Barrikadenbauer" der Vorstädte, mit Schaufeln und Eisenstangen bewaffnet.

Die Arbeiter wußten, daß es Kampf geben würde, und sie waren dazu bereit.

Als die Arbeiter ihren Ring immer dichter um das Regierungsviertel zogen, fragte sie ein Teilnehmer an den Kundgebungen, was sie wollten. „Auf die Frage", so erzählte er, „erhielten wir fast überall die Antwort: ‚Wir sind die Barrikadenbauer.' Dieser Ausdruck überraschte selbst uns, die Legionäre, da bis dahin niemand an die Errichtung von Barrikaden gedacht hatte." Es war kein leeres Versprechen. Innerhalb weniger Stunden erhoben sich in der inneren Stadt Barrikaden, bewaffnete Studenten und Arbeiter bereiteten sich auf ihre Verteidigung vor.

Nicht alle, die von der Revolution und ihrer Verteidigung sprachen, hofften aber wirklich auf ihren Sieg. Bürger und Industrielle sahen mit gemischten Gefühlen dem Aufmarsch des Volkes zu. Laube, der an diesem Tag in Wien war, erzählte: „Ich eilte wieder nach dem Graben und Kohlmarkt und fand es dort, wie ich es vor einer Stunde verlassen hatte. Nur dichter

war die Menschenmasse geworden, diese ‚gemütliche' Begleitung einer Petition, und weiter ausgedehnt hatte sie sich in die Nebenstraßen und von der Burg und den Kohlmarkt hinunter war das Murmeln und stoßweise Aufstöhnen der Volksbrandung lauter geworden und die Äußerungen klangen überall gereizter, weil es zu lange dauere; die Studenten seien schon lange droben." (Die Studenten hatten der Regierung ihre Petition überreicht und warteten auf die Antwort.)

„Dies anhörend, fühlte ich mich an der Schulter berührt und sah einen Bekannten hinter mir, der mir zuflüsterte, ich solle aus der Linie treten. ‚Wohin?' ‚Aus der Schußlinie von der Burg zum Kohlmarkt herab.' ‚Wer soll schießen?' ‚Die Kanoniere! Glauben Sie, die Regierung werde sich so weit regieren lassen von den jungen Leuten in der Aula? Etwa bis sie nichts mehr nachzugeben hat? Eine Revolution haben wir gewollt und gründliche Reformen im Gefolge derselben, denn es war alles versperrt und versumpft, aber eine permanente Revolution wollen wir nicht und jetzt sind wir auf dem besten Wege zu einer solchen. Die Studentenherrschaft muß ein Ende nehmen, die Akademische Legion muß aufgelöst werden.' Es dauerte ihm zu lang, daß sich nichts hören ließ, und die Ungeduld führte ihn wieder in die ‚Schußlinie' zurück." So wie dieser Gesprächspartner Laubes dachten viele, vor allem das liberale besitzende Bürgertum. Aber noch setzten sie ihre Gedanken nicht in Taten um.

Denn das Aufwerfen von Barrikaden genügte. Die Regierung, die die Delegation zuerst sieben Stunden warten gelassen hatte, schloß bei der Nachricht vom Barrikadenbau ihre Arbeiten mit überraschender Schnelligkeit ab und verkündete die Zurücknahme des Auflösungsbefehls. Die Delegation weigerte sich zu gehen, bevor auch die anderen Punkte der Forderung, die Abänderung der Verfassung, garantiert waren. Neue Demonstrationen folgten, die Legionäre besetzten einen Teil der Hofburg, schließlich wurden, spät in der Nacht, alle Forderungen bewilligt. Die Verfassung wurde als provisorisch erklärt, an Stelle von zwei Kammern trat eine Kammer, der Zensus wurde aufgehoben, das Wahlgesetz abgeändert.

Kurz darauf wurden noch auf Drängen der Legion die Arbeiter, die vom Wahlrecht ausgeschlossen gewesen waren, ebenfalls als wahlberechtigt erklärt.

Am 26. Mai folgte noch ein Versuch. Plötzlich, als seien die Ereignisse vom 15. Mai nicht gewesen, verfügte die Regierung, als wäre sie noch Herrin der Lage, die Auflösung der Akademischen Legion und schickte Truppen vor, um diese Auflösung mit Gewalt durchzuführen. Dieser Versuch eines Staatsstreichs war in den Reihen der Regierung selbst, unter Führung des Kriegsministers Graf Latour, geplant worden. Latour hatte die Absicht, die innere Stadt von den Truppen absperren zu lassen, die Studenten und die demokratischeren Abteilungen der Nationalgarde von den Vorstädten abzuschneiden. Aber Latour hatte nicht mit der Stimmung Wiens gerechnet, das vor elf Tagen einen großen Sieg errungen hatte. Die Barrikaden wuchsen wie aus der Erde, in jedem Haus sammelten sich die Verteidiger, die schwachen Linien des Militärs wurden von den anmarschierenden Arbeitern durchbrochen und in kurzer Zeit beherrschten die Arbeiterabteilungen und die Akademische Legion die Stadt. Und noch etwas hatte Latour nicht berechnet — die Stimmung der Soldaten. In den meisten Fällen verteidigten die Soldaten ihre Positionen nur schwach, in vielen Fällen gar nicht. „In der Wollzeile", berichtet ein Augenzeuge, „stand eine der ersten Barrikaden von den Legionären des Medizinerkorps besetzt, da stürmte eine Abteilung Nugent-Infanterie mit ihren Offizieren heran. Entschlossen sprang einer der Mediziner auf und rief: ‚Soldaten, ihr werdet auf uns doch nicht schießen, wir wollen euer Wohl und das des ganzen Staates.' ‚Ich kann nicht zugeben', rief der Offizier, ‚daß man sich in mein Kommando mischt. Vorwärts!' ‚So werden die Soldaten', erwiderte der Legionär, ‚auf Sie schießen als ihren Feind, nicht auf uns, ihre Freunde!' Und die Soldaten hielten Gewehr bei Fuß, so daß der Offizier gezwungen war, ‚Halbrechts marsch' zu kommandieren. Blutlos war der Sieg errungen."

Noch stärker als am 15. Mai trat an diesem Tage das Proletariat als handelnde und kämpfende Kraft hervor, noch mehr

als am 15. bestimmte sein Eingreifen den Gang der Ereignisse. Und noch klarer als in den Monaten vorher zeigte es sich am 26., daß es den Arbeitern um die Verteidigung der Revolution, um den politischen Kampf ging und um nichts sonst. Selbst ihre Gegner, die Vertreter jener Bürger, die schon in den Märztagen schauderten, als sie plötzlich die zerlumpten Vertreter der Vorstädte in ihren Reihen auftauchen sahen, waren gezwungen, die eiserne Disziplin, die Geschlossenheit der Arbeiter hervorzuheben. An diesem Tage ist nichts gestohlen, nichts geplündert worden, obwohl hungernde Männer und Frauen durch Straßen zogen, deren ungeschützte Häuser Nahrung, Geld, Kleidung — für sie unerreichbare Schätze — bargen. Zitternde Bürger schrieben am Morgen des 26. an ihre Häuser „Heilig ist das Eigentum." Am Abend fanden sie die Häuser unversehrt, und unter der zitternden Schrift stand mit ungelenker Arbeiterhand geschrieben: „Das wissen wir auch selber!" „Das braucht man uns nicht zu sagen!" „Wir Arbeiter sind keine Räuber und Diebe!"

Ein Kaufmann aus Brünn, so erzählte Moritz Smets, einer der Historiker der Revolution von 1848, hörte von den begonnenen Kämpfen und begann sofort den Arbeitern beim Barrikadenbau zu helfen. Als die Barrikade fertig war, entfernte er sich und bog schon um die Ecke, als ihm eine Arbeiterin nachgelaufen kam und ihm einen wertvollen Brillantring überreichte, der ihm beim Arbeiten vom Finger gefallen war. Der Eigentümer dankte und wollte ihr fünf Gulden schenken, die Arbeiterin lehnte das mit dem Bemerken ab, sie habe nur ihre Schuldigkeit getan. Erst als er in sie drang, sagte sie: „Wenn Sie mir durchaus etwas schenken wollen, dann schenken Sie mir einen Zwanziger, den nehme ich aber nur an, weil ich heut noch nichts gegessen habe."

Nach vier Stunden war es der Regierung klar, daß auch diese Provokation nicht zum Erfolg führen sollte. Mehr noch: Sie sah, daß der Widerstand der Truppen immer schwächer wurde, immer mehr Soldaten praktisch auf die Seite des Volkes übergingen, während ständig neue Arbeitertruppen aus den Vorstädten kamen — sie sah, daß die Reaktion fast allein

stand. Sie trat den Rückzug an. Am Nachmittag wurde mitgeteilt, daß die Auflösung der Akademischen Legion zurückgenommen sei, das Militär sollte in die Kasernen abgezogen, die Torwachen und andere militärische Funktionen gemeinsam von Militär, Studenten und Nationalgarden durchgeführt werden. Aber die Forderungen der Bevölkerung gingen nun weiter. Sie verlangte, daß das gesamte Militär innerhalb 24 Stunden Wien verlassen sollte, sie verlangte die Bestätigung der Zugeständnisse vom 15. Mai durch die Regierung, die schleunige Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung nach Wien, die gerichtliche Verfolgung aller Schuldigen an der Provokation vom 26. und die Aufforderung an den Kaiser (der inzwischen Wien verlassen hatte), innerhalb von 14 Tagen nach Wien zurückzukehren.

Die Barrikaden blieben auch während der nächsten Tage stehen, Arbeiter und Studenten blieben bewaffnet in der Stadt. Wien glich einem Heerlager. Und das Heer hatte einen neuen Generalstab. Am 27. wurde als Nachfolger des Zentral-Comités eine neue, breitere Vertretung geschaffen, der Ausschuß für öffentliche Sicherheit, dessen Vertreter aus allen Abteilungen der revolutionären Armee gewählt wurden. Der Ausschuß setzte sich die Aufgabe, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und „die Rechte des Volkes zu wahren". Während die Regierung nach ihren Niederlagen am 15. und 26. praktisch aufhörte, eine Regierung zu sein, und sich damit begnügte, die Ereignisse mit anzusehen und heimlich gegen die Revolution zu intrigieren, wurde der Sicherheitsausschuß zu einer Regierung. Nach einigen Tagen mußte die Regierung auch formal kapitulieren. Sie übertrug feierlich die Exekutivgewalt dem Sicherheitsausschuß und erkannte als einzige gesetzgebende Gewalt die kommende Nationalversammlung an. Die Schuldigen vom 26. Mai wurden verhaftet, und die Regierung verpflichtete sich, für die Rückkehr des Kaisers nach Wien einzutreten. Einige Tage später kam eine noch sichtbarere Bestätigung des Sieges. Auf Forderung des Sicherheitsausschusses wurden der Nationalgarde und der Akademischen Legion 12 Geschütze übergeben.

Nach dem 15. Mai wurde es klar, daß der Sieg der Reaktion von Wien aus nicht mehr zu erkämpfen war. Die Rechte, die „Gironde" der österreichischen Revolution, auf die die Regierung ihre Hoffnung gesetzt hatte, war nicht stark und noch nicht kampfbereit genug, der Linken entgegenzutreten. Andere Kräfte mußten herangezogen werden, um die Revolution zu zerbrechen.

Wenige Tage nach dem 15. Mai war ein neues Manöver in Szene gesetzt worden, die Entführung des Kaisers aus Wien. Ferdinand, „Nandl, der Trottel", hatte sich in den zwei vergangenen Monaten weit klüger und demokratischer verhalten als seine ganze Umgebung, als die „normalen" Mitglieder der kaiserlichen Familie. Dieser von schweren epileptischen Anfällen heimgesuchte, zeitweise ganz unzurechnungsfähige Mann scheint begriffen zu haben, daß die Revolution sich nicht gegen die Dynastie richtete. Für die Bevölkerung war Metternich die Verkörperung des Bösen, nicht die Dynastie. Die Erinnerung an Joseph war noch zu lebendig, um die Herrschaft eines Habsburgers mit der Existenz eines konstitutionellen Staates unvereinbar erscheinen zu lassen. Am 13. März wurde die Statue Josephs II. von der Bevölkerung mit Blumen umkränzt, der Sieg des März als der Sieg seiner Ideen gefeiert. Ferdinand hatte vom ersten Augenblick an sehr deutlich zu verstehen gegeben, daß er persönlich weder gegen die Revolution noch gegen Reformen sei. Ob seine Bemerkung am 13. März: „Ich lasse auf meine Wiener nicht schießen", wahr war, ist nicht bekannt, jedenfalls wurde sie „im allerhöchsten Auftrag" freigiebig kolportiert. Der Kaiser unterstrich seine persönliche Haltung dadurch, daß er die Legion mit ausgesuchter Wärme und Freundlichkeit behandelte und unaufgefordert mehrere freiheitliche Reformen erließ, darunter einige Tage nach dem 13. März eine Totalamnestie für alle politischen Gefangenen. Etwas später stellte er aus seiner Privatkasse eine beträchtliche Summe zur unentgeltlichen Auslösung aller Pfänder armer Leute aus den Pfandleihen zur Verfügung. Bei Vorsprachen und Deputationen der Linken betonte er etwas boshaft immer wieder, daß er persönlich ihre Forderungen durchaus vernünftig finde, nur mit den Erzherzögen und den Ministern sei es nicht so leicht. Schließlich erklärte er wiederholt, er fühle sich unter „seinen Wienern" völlig sicher und habe nicht die leiseste Befürchtung, einmal das Schicksal Ludwigs XVI. teilen zu müssen. Aus diesem Grunde war Ferdinand während der ersten Revolutionsmonate sehr populär und blieb es übrigens auch später. Wo er ging und stand, wurden ihm Ovationen gebracht, und er war auf dem besten Wege, der „Volkskaiser" des Jahres 1848 zu werden. Diese Haltung Ferdinands, der damit den Handlungen der Revolution immer wieder völlige Gesetzlichkeit gab, wurde dem übrigen Teil der kaiserlichen Familie und dem hohen Hofadel, der „Kamarilla", wie man sie auch in Wien verächtlich nannte, auf die Dauer sehr unbequem. „Nandl", das Werkzeug in ihren Händen, drohte als konstitutioneller Monarch selbständig zu werden. (Daß es zwischen ihm und der übrigen Familie wirkliche Differenzen gab, geht aus der Tatsache hervor, daß man es für notwendig hielt, ihn im Dezember 1848 zum Rücktritt zu zwingen, obwohl die Erhaltung eines sehr beliebten Kaisers auf dem Thron der Regierung ihre Tätigkeit wesentlich erleichtert hätte.) Die Flucht hatte sowohl den Zweck, Ferdinands konstitutionelle Extratouren zu beendigen, indem man die Verbindung zwischen ihm und Wien zerriß, als auch, fern von Wien, dem Hof freie Hand zur Vorbereitung der Gegenrevolution zu geben. Wie die Entführung vor sich ging, ist nicht ganz klar. Vieles spricht dafür, daß man einen der häufigen epileptischen Anfälle des Kaisers benützte, um ihn einfach in den Wagen zu packen und im Eiltempo nach Innsbruck zu schicken, später erklärte man ihm, daß seine Gefangennahme durch die revolutionäre Armee geplant gewesen war. Ob Ferdinand das glaubte, ist eine andere Frage, aber inzwischen hatte man zwischen ihn und Wien einige hundert Kilometer gelegt.

Die Flucht des Kaisers, dem einige Tage später ein großer Teil des Hofadels folgte, wirkte in Wien nach der Siegesstimmung der vorhergegangenen Tage ausgesprochen abkühlend. Die Kaisertreuen — und es waren im Volk nicht wenige — waren empört und gekränkt, weil Ferdinand ihnen mißtraut

hatte. Die anderen, diejenigen, die politisch weiter dachten, wußten, daß die Abreise eine Kriegserklärung war — auch wenn die Regierung selbst in Wien blieb.

Die Zeit der leichten Siege war vorbei. Der schwere Kampf begann.

Die Kamarilla hatte nicht blind gehandelt, als sie Wien verließ. Sie wußte, daß neue Konflikte im Ausbrechen waren und daß die Revolution in ihre entscheidende Krise trat. Aus diesen Konflikten sollten ihr, so hoffte sie, neue Hilfskräfte erwachsen. Sie hatte sich nicht geirrt.

DIE TRAGÖDIE DER FREIHEIT

Die Revolution war nicht Wien allein. Sie war Wien und Budapest und Lemberg und Laibach, sie war auch Prag. Die Prager Revolution hatte gleichzeitig mit der Wiens begonnen. In den Monaten zwischen April und Juni entschied sich ihr Schicksal und damit das Schicksal der österreichischen Revolution.

Die revolutionäre Bewegung in Böhmen und Mähren hatte eine eigenartige Struktur. Das Großbürgertum sprach Deutsch und fühlte sich teils als Österreicher, teils sogar als Deutsche, ein Teil des Adels gebrauchte ebenfalls die deutsche Sprache. Die übrigen Adeligen fühlten sich seit einiger Zeit als Tschechen. Mittel- und Kleinbürgertum und Arbeiter waren Tschechen. Die Intellektuellen waren in beiden nationalen Gruppen vertreten, wobei unter der Studentenschaft, die zum großen Teil aus dem Kleinbürgertum und vom Lande stammte, der tschechische Anteil größer war. Die Bauern waren ebenfalls Tschechen. Infolgedessen gab es unter der Revolutionsbewegung eine deutsche Gruppe, die in ihrer politischen Haltung ungefähr den Wiener Liberalen vom Gewerbeverein und vom Leseverein entsprach, und eine tschechische — besser gesagt, zwei tschechische Gruppen. Die „alte" tschechische Opposition, deren Vertreter Männer wie Rieger und Palacký waren, hatte viele adelige Mitglieder (deren Konservativismus durch ihre

enge Verbindung mit Industrie und Handel allerdings etwas gemildert war), viele Mitglieder in der hohen Bürokratie und der arrivierten Intelligenz, u. a. Universitätsprofessoren und erfolgreiche Publizisten. Der Nationalismus dieser Gruppe war nicht sehr aggressiv. Kulturell waren ihre Mitglieder sehr eng mit Österreich verbunden, sie sprachen fließend Deutsch, die Bücher vieler von ihnen waren zuerst in deutscher Sprache erschienen, Wien war ihnen ebensosehr eine Heimat wie Prag. Sie hatten, wie alle anderen, unter der Enge und Ausweglosigkeit des Metternich-Österreich gelitten und wünschten sein Ende. Reformen, kulturelle Freiheit und im Rahmen der Reformen eine gewisse selbständige Stellung der Länder der böhmischen Krone, die ihnen die Möglichkeit gab, ihr Land kulturell und wirtschaftlich selbst zu entwickeln und die Nutznießer dieser Entwicklung zu sein, waren ihre Hauptforderungen. Sie waren in ihrer Mehrheit ebenfalls liberal bis gemäßigt-konservativ. Die zweite tschechische Gruppe, deren Verbindung mit der ersten bis zum Juni ziemlich locker war, waren die Mittel- und Kleinbürger und Arbeiter. Für diese Gruppe war die Frage der Rechte und Freiheiten der tschechischen Nation etwas unvergleichlich Ernsteres als für die „alte Opposition". Die Gleichberechtigung der tschechischen Sprache gegenüber der deutschen war für sie nicht eine sentimentale Forderung, sondern eine Lebensfrage. Viele, vor allem jene, die vom Land kamen, konnten nicht oder nur wenig Deutsch und waren durch die Notwendigkeit, es zu verstehen, immer wieder gegenüber den Deutschsprechenden benachteiligt. Für den Kleinbürger, den kleinen Fabrikanten, war der deutschsprechende Beamte, der alle Posten besetzte, aber auch der deutschsprechende Großbürger der Rivale, der ihn niederhielt, für den tschechischen Arbeiter war der deutschsprechende Großbürger der Fabrikherr, der seinen Lohn drückte, die verhaßten neuen Maschinen einführte und an seinem Hunger schuld war. Die zweite Gruppe der tschechischen Opposition, die sich in einer Reihe von nationalen Vereinigungen, der „Měšťanska Beseda" (bürgerliche Beseda), der „Česká Lípa" (tschechische Linde) und der Jugendorganisa-

tion „Svornost", ihre Zentren schuf, entsprach in ihrer politischen Haltung etwa dem linken Flügel der Wiener Studenten; in sozialen Fragen war sie sogar noch radikaler. (Die Wiener liberalen Bürger waren zum Beispiel entgeistert, als die Wiener Arbeiter, insbesondere in jenen Betrieben, in denen es viele Tschechen gab, plötzlich die Forderung auf Bezahlung von Feiertagsarbeit stellten und Bezahlung von Tagen forderten, an denen durch irgendeine höhere Gewalt, zum Beispiel Materialmangel oder schlechtes Wetter, nicht voll gearbeitet werden konnte. Noch verblüffter und wütender waren sie jedoch, als es sich herausstellte, daß diese Forderungen mit dem Besuch einer Svornost-Delegation in Wien zusammenhingen, die in aller Ruhe in die Fabriken gegangen war und ihren Landsleuten dort einen Vortrag über Arbeiterrechte gehalten hatte.) In nationaler Hinsicht waren „Česká Lípa", „Svornost" und andere kleine Gruppen ebenfalls weit radikaler als die alte Opposition. Sie verlangten einen tschechischen Staat mit einem tschechischen Ministerium, der tschechischen Amtssprache, einem überwiegend tschechischen Einfluß in Kultur und Wirtschaft. Sie waren bereit, diesen Staat im Verbande der Habsburgermonarchie zu lassen, waren aber vor allem entschlossen, für seine Verwirklichung bewaffnet zu kämpfen. In der Zeit von April bis Juni stand die tschechische Bewegung mehr unter dem Einfluß der „Česká Lípa" und der „Svornost" als unter dem der Liberalen.

Zuerst war in Prag alles reine Wonne und Freude. Tschechen und Deutsche demonstrierten in den Märztagen gemeinsam, bildeten gemeinsame Befreiungskomitees, sangen gemeinsam Freiheitslieder, forderten gemeinsam Pressefreiheit, Lehrfreiheit und eine Verfassung. Tschechische und deutsche Studenten verbrüderten sich ebenso wie ihre Landsleute, auf der Universität Wien sich verbrüdert hatten. Aber schon Anfang April begannen Differenzen.

Die ersten Konflikte zwischen Tschechen und Deutschen in Böhmen waren — was sehr wenig bekannt ist — sozialer Natur. Im Verlauf der Märztage und noch Anfang April hatten die Prager Arbeiter einige Fabriken gestürmt und die Gelegen-

heit benützt, mehrere Dampfmaschinen zu zerschlagen. Dann forderten sie Lohnerhöhung und die Herabsetzung der Mietzinse (die meisten Prager Hausbesitzer waren ebenso wie viele Fabrikanten Nicht-Tschechen). In der gleichen Zeit gab es mehrere Arbeiterdemonstrationen und einige spontane Arbeitsniederlegungen. Die liberalen Fabrikanten wandten sich an die tschechischen Studenten und die „Svornost" und baten sie, „Ruhe und Ordnung" zu schaffen. Die „Svornost", deren Sympathien mehr auf der Seite der Arbeiter als auf der der Fabrikanten lagen, machte erst Ausflüchte und lehnte dann rundheraus ab. Angeblich wurde die Ablehnung mit Bemerkungen über „Fremde" versehen, die „ohnehin nur das tschechische Volk ausplündern", jedenfalls gab sie zur ersten öffentlichen Klage über die „Unterdrückung der Deutschen in Böhmen" Anlaß, deren Echo (auf dem Wege über den Wiener Gewerbeverein, der keine Gelegenheit vorbeigehen ließ, auf die „sozialen Gefahren der Revolution" hinzuweisen) bis nach Wien drang.

Bald folgten weitere Konflikte. Die tschechischen Gruppen veröffentlichten am 8. April eine Liste von Forderungen, die unter anderem den Punkt der Gleichstellung der tschechischen Sprache mit der deutschen enthielt. Gegen diese — man sollte glauben — selbstverständliche Forderung erhob sich auf deutscher Seite ein wahrer Sturm. Der Sturm blieb nicht auf Prag beschränkt, die Polemik drang bis nach Wien, und die Art, in der die Wiener Presse von rechts bis nach links auf die tschechische Forderung reagierte, spottet jeder Beschreibung. Kein Schimpfwort war arg, kein Witz geschmacklos genug, als daß die Wiener freiheitliche Presse sie nicht verwendet hätte. Die Äußerungen stuften von der „slawischen Frechheit" bis zur „Barbarensprache", von „böhmischem Gesindel" bis zur Feststellung, daß die Nationalhymne „Hej Slované" von einer Katzenmusik nicht zu unterscheiden sei, von der Versicherung, die Sprachengleichheit würde den Untergang der österreichischen Kultur bedeuten bis zur schon damals vorgebrachten und völlig unbegründeten Verdächtigung, die Tschechen planten die sofortige Auslieferung der österreichischen

Revolution an den russischen Zarismus. Alles, weil die Tschechen verlangt hatten, daß man in einem vorwiegend tschechischen Land auch tschechisch reden dürfe. Das österreichische Großbürgertum war für alles, was seine Machtstellung jenseits der österreichischen Landesgrenzen bedrohte, weit empfindlicher als für das, was ihm in Wien geschah — und reagierte dabei auch ungleich schneller!

Eine kleine Episode kennzeichnet noch deutlicher den Geist, der in Wien herrschte. Einige Wochen später wollte der neue Ministerpräsident Pillersdorf, der eine Zeitlang zwischen Liberalen und Konservativen zu lavieren versuchte, neben einigen Wiener Liberalen auch den Führer der tschechischen Liberalen, Palacký, als Unterrichtsminister in sein Kabinett einbeziehen, um auf diese Art eine gewisse Versöhnung zwischen Österreichern und Tschechen herbeizuführen.

Politisch war Palacký ein Gemäßigter, in der nationalen Frage war seine Haltung weitblickend und tolerant. Was er forderte, war die Erhaltung Österreichs als konstitutionelle Monarchie, aber ein Österreich, das eine Föderation freier und gleichberechtigter Nationen sein sollte. Fachlich war er zweifellos einer der geeignetsten Männer für den angebotenen Posten, einer der führenden Gelehrten der Monarchie, freiheitlich, mit einer tiefgegründet-humanistischen Haltung, der Kultur der ganzen Welt aufgeschlossen und dazu einer der energischesten Vorkämpfer für die allgemeine und uneingeschränkte Volksbildung.

Aus der Reaktion der Österreicher hätte man aber entnehmen können, man habe ihnen den Teufel in eigener Person als Minister angeboten. Palacký, der die an ihn ergangene Berufung freudig angenommen hatte, in der Meinung, sie bedeute ein Zugeständnis an die Tschechen, und in der Hoffnung, seine Tätigkeit würde zu einer österreichisch-tschechischen Annäherung führen, wurde mit einer Schimpfkanonade empfangen. Man erklärte unter höhnischem Gelächter, „die armen Wiener müssen jetzt Böhmisch lernen", meinte, „die Berufung Palackýs bedeutet die Vernichtung der Wiener Geistigkeit" und erklärte (dies war die Äußerung der Universität), die Regierung solle eine Wohnung in der Irrenanstalt beziehen. Schließlich verwahrte sich eine Deputation bei Pillersdorf gegen die „Zumutung", und als dieser, nicht mit Unrecht, erklärte, man solle erst abwarten und sehen, ob Palacký nicht ein sehr guter Minister werde, gab es einen Skandal. Fast wäre Pillersdorf schon damals gestürzt worden. Die Sache endete damit, daß Palacký auf den Posten verzichtete und abreiste und so den Österreichern die „Zumutung" ersparte, einen der führenden Gelehrten ihrer Zeit als Unterrichtsminister ertragen zu müssen.

Der wirkliche Kampf begann im April — um die Teilnahme am Frankfurter Parlament. Der vorbereitende Ausschuß der Nationalversammlung in Frankfurt hatte die Österreicher zur Beteiligung an dieser Tagung, die das erste Parlament eines vereinigten Großdeutschland einleiten sollte, aufgefordert, und unter den Aufgeforderten befand sich auch Palacký. Die österreichische Linke war für die Teilnahme an Frankfurt, sie war ja auch für eine Vereinigung mit Deutschland, allerdings nicht nur der Österreicher, sondern auch des gesamten nichtungarischen Teils der Monarchie. (Theoretisch war sie gegen die Einfügung Galiziens und der Krain, aber da diese Länder nun einmal in der sonst bekämpften „oktroyierten" Konstitution als Teil des „untrennbaren Österreich" aufgezählt waren, ging man über diese Änderung stillschweigend hinweg und bestellte auch die Polen nach Frankfurt.) Der größte Teil der Linken hielt es für selbstverständlich, daß die Länder der böhmischen Krone ebenfalls in dem neuen Großdeutschland aufgehen sollten, und hielt es für überflüssig, die Tschechen auch nur nach ihren Wünschen zu fragen.

Die Tschechen jedoch waren anderer Meinung. Für sie bedeutete das Aufgehen in einem Großdeutschland den nationalen Untergang, das Ende aller Träume eines selbständigen tschechischen Staates. Ganz abgesehen von allgemeinen politischen Erwägungen, fühlten sie auch, daß sie keinen Anlaß hatten, dem guten Willen der Österreicher und Deutschen hinsichtlich der Erhaltung auch nur ihrer primitivsten nationalen Rechte zu trauen. Das Verhalten beider gab ihnen auch wenig Grund dazu. Österreicher und Deutsche betonten von

Anfang an, daß sie nicht gesonnen seien, einen „tschechischen Fremdkörper in einem deutschen Reich" zu dulden — die Tschechen sollten so rasch wie möglich germanisiert werden.

Die Tschechen lehnten die Teilnahme am Frankfurter Parlament ab. Palacký schrieb seinen berühmten Absagebrief nach Frankfurt, in dem er betonte, daß die beste Lösung für die Tschechen die Erhaltung der österreichischen Monarchie als Föderation freier Völker sei. Der Schritt Palackýs löste in Wien und unter den Deutschen Böhmens und Mährens eine wilde Empörung aus. Man erklärte, man würde die Tschechen zwingen. Der österreichische Vertreter Schilling in Frankfurt meinte: „Wenn es nicht gelingt, Böhmen in den Verband des Deutschen Reichs auf dem Wege der Überredung zu bringen, werden wir es mit dem Schwert an Deutschland schmieden." Auf diese Drohung erklärte Rieger in einer Versammlung des Prager Nationalkomitees: „Ich frage euch, ist das nicht eine Vergewaltigung der Rechte der Nation? Die Mitglieder des Frankfurter Komitees erklären, der Fürstenbund" (die reaktionäre deutsche Fürstenkörperschaft des Vormärz) „sei vernichtet, an seine Stelle sei eine freie Gemeinschaft der Völker getreten, uns aber sagen sie: Wenn ihr dieser Gemeinschaft nicht beitretet, werden wir euch mit dem Schwert zwingen. Auf solche Argumente werden wir schließlich mit dem Dreschflegel antworten müssen."

Schwert oder Dreschflegel — das war die Atmosphäre in Prag, in ganz Böhmen. Die Arbeiter und das Kleinbürgertum erklärten, sie würden bis zum Äußersten kämpfen; die Bauern auf dem Lande drohten, jedem, der sie zum „Gang nach Frankfurt" zwänge, das Haus über dem Kopf anzuzünden. In den Straßen Prags kam es zu den ersten Zusammenstößen, deutsche Studenten rissen den tschechischen ihre Nationalkokarden ab, die tschechischen revanchierten sich, indem sie die Schaufenster von Läden, die mit den schwarz-rot-goldenen Farben geschmückt waren, einschlugen. Dann kam die Anordnung des Ministeriums Pillersdorf, Abgeordnete ins Frankfurter Parlament zu wählen. Die Tschechen weigerten sich, an der Wahl teilzunehmen, die Deutschen sprachen sich für die Teil-

nahme aus. Durch diese Differenz wurde das bisher gemeinsame Nationalkomitee gespalten, die Deutschen traten aus und gründeten ihre eigene Vertretung, den „Konstitutionellen Verein".

Die Wahlen zum Frankfurter Parlament fielen für die „Großdeutschen" kläglich aus. Von 62 Bezirken Böhmens wählten nur 20 Abgeordnete nach Frankfurt, und selbst unter diesen 20 traten einige Vertreter wieder zurück. In Prag wurden — drei Stimmzettel abgegeben. Die deutschsprachigen Vertreter der Demokratie ließen sich durch dieses Ergebnis nicht weiter stören. Sie bezeichneten die tschechische Bevölkerung, die sie vor den Wahlen umworben hatte, als „dumme, rohe Masse" und erklärten, der Anschluß würde dennoch durchgeführt werden.

Langsam drängte man die Tschechen in die Arme der einzigen Truppe, von der sie einen Schutz gegen Frankfurt erwarten konnten — in die der Habsburger. Aber noch leistete die radikale Linke Widerstand, noch scheiterten allzu offene Annäherungsversuche an ihrer Ablehnung. Was nun geschah, war ein Kompromiß. Die Tschechen beschlossen, als Gegengewicht gegen Frankfurt einen Kongreß der Slawen der Monarchie einzuberufen und sich auf diese Art Verbündete gegen die drohende Germanisierung zu suchen. Der Kongreß wurde für Ende Mai, Anfang Juni angesetzt. Slawen aus Ländern außerhalb der Monarchie waren eingeladen, als Gäste teilzunehmen.

Der Slawenkongreß in Prag ist von allen großdeutschen Historikern in Österreich, insbesonders bei den Linken, als der „Dolchstoß" gegen die österreichische Revolution denunziert worden, als ein Versuch der Tschechen, Österreich und die Revolution dem Zarismus auszuliefern. Der Vorwurf ist absurd. Der Slawenkongreß war ein letzter und nicht sehr wirkungsvoller Versuch der Tschechen, sich ohne Anrufung der Krone aus der großdeutschen Schlinge zu ziehen, aber mit dem Zarismus hatte er überhaupt nichts zu tun. Die auf dem Kongreß vertretenen Polen betrachteten ihn als Todfeind, die Kroaten lehnten schon aus religiösen Gründen jeden Anschluß an das griechisch-orthodoxe Rußland ab, die Tschechen

betrachteten ihn als ebenso großes Übel wie Deutschland – sie sprachen immer wieder von der Gefahr, „zwischen dem deutschen und dem russischen Mühlstein zerrieben zu werden" – und empfahlen die Erhaltung Österreichs als Gegengewicht gegen diese Gefahr. Was den Zaren betraf, so war ihm der Prager Kongreß schon deshalb zutiefst zuwider, weil ihm trotz allem „der Brandgeruch der Revolution" anhaftete. Die Unterstützung der panslawistischen Bewegung durch das zaristische Rußland begann ein halbes Jahrhundert später und auch da nur zögernd. Es gab im Grunde nur einen Kongreßteilnehmer, der ernsthaft von der Frage eines staatlichen Zusammenschlusses der Slawen mit Rußland sprach, und dieser eine war der Revolutionär Bakunin. Und auch Bakunin sprach nicht von einem unmittelbaren Anschluß. Aber mit merkwürdiger Hellsichtigkeit hat er die Frage aufgeworfen: „Was ist, wenn eines Tages Rußland sich von seinen absolutistischen Ketten befreit, was ist, wenn die Revolution sich Rußland zu ihrem ersten und großen Donnerschlag wählt? Wird dann nicht dieses revolutionäre Rußland der Schützer und Verteidiger der Freiheit aller slawischen Völker werden?" Aber auch das war nur ein Zukunftstraum.

Der Kongreß einigte sich im Grunde nur über einen Punkt – die Ablehnung der Einverleibung der slawischen Völker in ein Großdeutschland. In den anderen Fragen gab es Meinungsverschiedenheiten. Die Tschechen und die Südslawen traten für die Beibehaltung der österreichischen Monarchie ein, die Polen forderten die Lostrennung und die Schaffung eines polnischen Staates, während die wenigen Vertreter der Slowaken, die hier zum erstenmal selbständig auftraten, nur gleiche Sprachenrechte mit den Ungarn verlangten. Konkrete Ergebnisse gab es noch nicht. Die Bedeutung des Kongresses lag anderswo. Die slawischen Völker der Monarchie traten bei dieser Gelegenheit zum erstenmal als selbständige und gleichberechtigte Nationen auf, die ihre Ansprüche anmeldeten.

Der Kongreß wurde nicht abgeschlossen. Sein Ende war die Kanonade des Fürsten Windischgrätz und der Prager Aufstand.

Seit einiger Zeit hatte der Kommandant der Prager Garnison, Fürst Windischgrätz, einer der reaktionärsten Vertreter der österreichischen Armee, angefangen, Truppen nach Prag zusammenzuziehen. (Sechs Wochen vorher — am 26. April — war in Krakau die Revolution mit Waffengewalt unterdrückt worden.) Einige Male hatte man den Tschechen den unmißverständlichen Wink gegeben, die Militärformationen der Studenten und Arbeiter, die sich als eine Art Nationalgarde konstituiert hatten, aufzulösen und die Tätigkeit des Nationalausschusses, das als provisorische Regierung zu fungieren begonnen hatte, einzustellen. Die Tschechen hatten unter dem Druck der Linken abgelehnt. Am 12. Juni, es war Pfingstmontag, verstärkte sich die Tätigkeit der Truppen, Kanonen wurden aufgefahren. Man sprach offen von einem bevorstehenden Militärputsch. Am Tage vorher war eine Deputation der Studenten bei Windischgrätz gewesen, um eine Einstellung der Rüstung zu verlangen. Ihre Forderungen wurden brüsk abgelehnt. Daraufhin wurde für den 12. eine Vollversammlung auf den Wenzelsplatz einberufen. Die Demonstration, an der mehrere tausend Arbeiter teilnahmen, beschloß eine Protestpetition an Windischgrätz. Als der unbewaffnete Zug mit der Petition sich dem Palais des Fürsten näherte, wurde er mit Gewehrfeuer empfangen. Es gab Tote und viele Verwundete.

Die Nachricht verbreitete sich mit Blitzesschnelle durch die Stadt, und in wenigen Stunden wuchsen überall Barrikaden empor. Die Männer, die auf diesen Barrikaden kämpften, waren Studenten, Kleinbürger und Arbeiter — und es waren Tschechen. Die deutschen „Demokraten" sahen dem Staatsstreich des Fürsten Windischgrätz tatenlos zu.

Die Truppen des Generals gingen mit einer Geschwindigkeit zum Angriff über, die bewies, daß man seit langem auf diesen Augenblick gewartet hatte. Sie konnten bis an den Wenzelsplatz vordringen, wurden aber in der inneren Stadt aufgehalten. Hier wurde um jede Straßenkreuzung, um jedes Haus gekämpft. Die große Barrikade auf dem Altstädter Ring wurde den ganzen Tag lang gehalten. Dreimal gingen die Grenadiere des Generals zum Sturm vor und dreimal wurden sie zurückgeworfen. Erst

als alle Verteidiger bis auf drei gefallen waren, gelang es, die Barrikade zu nehmen. Am Abend hielten die Tschechen noch immer mehr als die Hälfte der Stadt. Ein Befehl auf sofortige Wegräumung der Barrikaden wurde nicht befolgt.

In der Nacht begannen Gruppen von Bauern, die von der Schießerei in der Stadt gehört hatten, sich zur Verteidigung Prags in Marsch zu setzen. Windischgrätz mußte mehrere Abteilungen gegen sie ausschicken, aber erst nach einigen Tagen wurde der Kampf gegen sie beendet.

Auch am 13., 14. und 15. Juni wurde weitergekämpft. Die Grenadiere des Fürsten benahmen sich in den eroberten Straßen wie in Feindesland. Kein Haus blieb ungeplündert, friedliche Einwohner wurden niedergeschlagen, Frauen geschändet. Das Oberkommando rührte nicht einen Finger, um dem Treiben Einhalt zu tun. Dafür tat es etwas, was vorher noch in keinem zivilisierten Lande getan worden war. Es nahm 16 Studenten als Geiseln und drohte mit ihrer Erschießung, wenn der Kampf nicht im Laufe von 24 Stunden eingestellt werden würde. Erst als es den Studenten gelang, ihrerseits Gefangene zu machen, und sie mit den gleichen Maßnahmen drohten, beschloß Windischgrätz, „gnädigst" von der Geiselerschießung abzusehen.

Das Militär hatte mit einem raschen Sieg gerechnet, aber der Sieg kam nicht. In der Nacht wurden die zerstörten Barrikaden immer wieder aufgebaut, die Truppen immer wieder von wichtigen Punkten verdrängt. Nicht nur das, in der Nacht vom 14. zum 15. gelang es Arbeitern, mehrere Kasernen zu besetzen und sich dort zu bewaffnen. Am Morgen des 15. schien Windischgrätz weiter vom Siege entfernt als zuvor.

An diesem Tag begann die Beschießung der Stadt mit Kanonen. Windischgrätz erklärte, ganz Prag zusammenschießen zu wollen. Die ersten Geschosse fielen — wohl nicht unabsichtlich — in die Wohnhäuser der Arbeiterviertel, andere trafen den Brückenturm der Karlsbrücke, einen der Hauptpunkte, an dem sich die Verteidigung konzentrierte. Aber die Studenten und Arbeiter, die nur schlechte Gewehre gegen Kanonen hatten, kämpften zwischen den fallenden Geschossen

unter den Klängen des „Hej Slované" weiter. Noch lange, nachdem die große Barrikade an der Karlsbrücke zusammengeschossen worden war, flatterte von ihr eine zerrissene und beraubte tschechische Fahne. Erst als eine Deputation der Bürger die Kämpfenden anflehte, die Verteidigung aufzugeben, um die Stadt vor völliger Zerstörung zu bewahren, begann man mit Verhandlungen. Während der Verhandlungen setzte wieder Artilleriefeuer ein, und die Kämpfe flammten wieder auf. Und noch am 17., als bereits die Kapitulation der Stadt unterzeichnet worden war, begannen die Geschütze plötzlich wieder zu feuern, diesmal mit Brandgranaten. Auf den Vorwand hin, daß einige Müllerburschen von den Altstädter Mühlen her auf die Truppen gefeuert hatten, gab Windischgrätz den Auftrag, diese Mühlen in Brand zu setzen. Dann folgte abermals eine sechsstündige Beschießung der wehrlosen Altstadt.

Die Revolution in Prag war niedergeschlagen. Windischgrätz feierte seinen ersten Sieg. Die Generalprobe für die Liquidierung der Wiener Revolution war zu Ende.

Und Wien — was tat Wien, als dicht neben ihm Prag verblutete? Wien schwieg. Es rührte keine Hand, um Prag zu helfen. Mehr noch, es fand nicht einmal Worte der Verurteilung, nicht mehr als einen milden Tadel an die Adresse von Windischgrätz. Der Sicherheitsausschuß raffte sich schließlich auf und sandte eine Kommission nach Prag, um über die dortigen Vorgänge „Bericht zu erstatten". Die Kommission wurde unterwegs von den siegtrunkenen Soldaten und Offizieren des Fürsten bedroht, ausgeplündert und fast erschlagen. Als sie schließlich doch Prag gelangte, sperrte der Fürst sie in die Burg und warf sie nach zwei Tagen Halbarrest buchstäblich hinaus, mit dem Bemerken, daß er von Wien keine Weisungen annehme. Wien steckte auch diese Demütigung schweigend ein. Mit Ausnahme einiger weniger Studenten — zu denen Fischhof gehörte — fand sich nicht ein Mensch, der dem heroischen Kampf der Prager Studenten und Arbeiter auch nur ein Wort der Sympathie zollte. Was man las und hörte, war — Hohn. Die linke Presse und nicht wenige zeitgenössische Historiker der Revolution nannten die Prager Arbeiter einen „wilden und fanatischen

Pöbelhaufen", und der „Grenzbote" bemerkte voll Behagen und mit einem „Humor", der jedem anständigen Menschen noch heute die Schamröte ins Gesicht treibt, daß die Prager keinen Grund hätten, sich über den Terror und die Plünderungen der Grenadiere von Windischgrätz aufzuregen, „schließlich seien die Grenadiere Fleisch von ihrem Fleisch — urwüchsige Slawen".

Ein vernichtendes Urteil fällte Karl Marx in der „Neuen Rheinischen Zeitung": „Ein neues posensches Blutbad bereitet sich in Böhmen vor. Die österreichische Soldateska hat die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenbleibens von Böhmen und Deutschen im tschechischen Blut erstickt... Eine Nation, die sich in ihrer ganzen Vergangenheit zum Werkzeug der Unterdrückung gegen alle anderen Nationen hat gebrauchen lassen, eine solche Nation muß erst beweisen, daß sie wirklich revolutioniert ist.

Das revolutionierte Deutschland mußte sich namentlich in Beziehung auf die Nachbarvölker, von seiner ganzen Vergangenheit lossagen. Es mußte zugleich mit seiner eigenen Freiheit die Freiheit der Völker proklamieren, die es bisher unterdrückt hatte.

Und was hat das revolutionierte Deutschland getan? Es hat die alte Unterdrückung Italiens, Polens und nun auch Böhmens durch die deutsche Soldateska vollständig ratifiziert." (Marx versteht hier, wie man es 1848 tat, unter „deutsch" deutsch und österreichisch — in diesem Fall österreichisches Militär.) „Und da verlangen die Deutschen, die Tschechen sollen ihnen vertrauen? Und man verdenkt den Tschechen, daß sie sich nicht an eine Nation anschließen wollen, die, während sie sich selbst befreit, andere Nationen unterdrückt und mißhandelt?..."

Die Junikämpfe veränderten die Situation in Böhmen. Die Linke war versprengt, zerschlagen, ihre Mitglieder erschossen oder gefangen. Die Rechte, die Liberalen unter Rieger und Palacký, frei von der Kontrolle und dem Druck dieser Linken, verstört, ratlos, eingeschüchtert nicht nur durch die Kanonen von Windischgrätz, sondern auch durch die Revolution ihrer eigenen Bauern und Arbeiter, warf sich — als letzter Ausweg — in die Arme der Habsburger. Kurze Zeit nach dem Aufstand reiste Palacký nach Innsbruck. Die Verhandlungen mit der Krone begannen. Der Erdrutsch der Revolution hatte eingesetzt.

Fern von Prag, in Budapest und in Laibach, spielte sich indessen der zweite Akt der Tragödie ab.

Ungarn bestand aus 4½ Millionen Magyaren, 5 Millionen Slawen, 1 Million Rumänen und 1 Million Österreicher und Deutschen. Obwohl die Ungarn in der Minderheit waren, stellten sie den am weitest entwickelten, national fortgeschrittensten Teil der Bevölkerung dar. Sie hatten den Kampf um die Freiheit des Landes geführt und sie betrachteten es als selbstverständlich, daß der neue Staat, der durch die Märzgesetze geschaffen worden war, ungarisch und nur ungarisch sein sollte. Unter den Magyaren, die die Regierung bildeten, gab es verschiedene Richtungen. Batthyány, der Vertreter der aristokratischen Gruppen, war für eine Politik der Toleranz gegenüber den nichtungarischen Völkern, Deák trat ebenfalls für einen ungarischen Staat ein, der den slawischen Völkern eine weitgehende, vor allem kulturelle Gleichberechtigung gewähren sollte. Aber die Richtung Kossuths, die schließlich zur führenden Richtung wurde, war gegen jedes Kompromiß. Kossuth war vor allem der Sprecher des jungen ungarischen Bürgertums. Dieses Bürgertum war jahrhundertelang von der österreichischen Wirtschaftspolitik am Aufstieg gehindert worden; nun, da es endlich freie Hand hatte, wollte es so rasch als möglich die verlorene Zeit nachholen, seine Herrschaft — und zwar seine ausschließliche Herrschaft — in Ungarn aufrichten. Es wollte Konkurrenz weder in wirtschaftlicher noch in politischer Richtung zulassen, und unter den slawischen Völkern waren die Kroaten eine nicht ungefährliche Konkurrenz. Vor und während der Märzrevolution hatte die neue ungarische Regierung den nichtungarischen Nationen noch Versprechen gemacht, ihnen wenigstens gewisse nationale Rechte zugesichert. Sobald sie der Macht halbwegs sicher war, ließ sie die Maske fallen.

Die Kroaten ihrerseits hatten nichts gegen die Zugehörigkeit zu einem neuen revolutionären Ungarn einzuwenden, vorausgesetzt, daß ihre Rechte gewahrt blieben. Am 8. April kam eine kroatisch-serbische Delegation zu Kossuth, überbrachte

ihm die Glückwünsche der Slawen und forderte die Ungarn auf, mit ihnen in Besprechungen über die künftige Stellung der Slawen im neuen Staat einzutreten. Die Antwort, die sie von Kossuth und den anderen Abgeordneten erhielten, war niederschmetternd. Es wurde ihnen erklärt, daß von Verhandlungen keine Rede sein könne. Der Staat wäre ungarisch, die Verwaltung ungarisch. Es stünde den Slawen frei, in diese Verwaltung einzutreten und — da der Staat nach demokratischen Grundsätzen aufgebaut sei — dort die höchsten Stellungen zu erreichen, vorausgesetzt, daß sie lernten, sich der ungarischen Sprache zu bedienen. Von einer gleichberechtigten Stellung der slawischen mit der ungarischen Sprache könne keine Rede sein, sollten aber — und hier gebrauchte Kossuth fast wörtlich den gleichen Ausdruck wie etwas später Schilling im Frankfurter Parlament — die Slawen auf der Gleichstellung beharren, so würde das Schwert entscheiden.

Die Delegation reiste sofort ab. Nach der Mitteilung der Ergebnisse der Verhandlungen herrschte in Agram und in Laibach Panik. Kroaten und Slowenen sahen sich bereits magyarisiert, in der ungarischen Flut untergegangen. Das Resultat der Pester Besprechungen war, daß man in Agram beschloß, einen Kongreß aller Südslawen einzuberufen, der die Schaffung eines autonomen südslawischen Staates Illyrien im Rahmen der Habsburgermonarchie vorbereiten sollte.

Die kroatische Bewegung war weit weniger differenziert als etwa die tschechische, es gab sehr wenig Arbeiter, die Intelligenz war liberal, aber nicht betont revolutionär, und es gab darum keine Linke, die in diesem Falle bremsend eingegriffen und eine zu enge Verbindung mit der „Hofkamarilla" verhindert hätte. Die Kroaten begannen deshalb schon im Mai, allerdings zunächst unverbindlich, mit dem Hof und der Regierung in Wien zu verhandeln. Von Wien aus wurden sie in ihrem Widerstand ermutigt, man versprach ihnen Hilfe gegen die Ungarn.

Jellačič ist als einer der „Mörder der ungarischen und österreichischen Revolution" bezeichnet worden, aber er selbst gehörte ursprünglich nicht zu ihren Feinden. Sein Ziel, das er schon zu Beginn der ungarischen Revolution verkündet hatte,

war ein „freies Kroatien in einem freien Ungarn", Freundschaft der Kroaten mit ihren, wie er sich ausdrückte, „ungarischen Brüdern" und „allgemeine Wohlfahrt durch eine freiheitliche Konstitution". Wie man sieht, haftete seinem Wortschatz noch mancher Ausdruck aus der Periode des napoleonischen „Königreichs Illyrien" an. Er war allerdings alles andere als ein erfahrener Politiker, und die Haltung Kossuths machte ihn sprachlos. Im Gegensatz zu den Tschechen hatte er nicht die leisesten politischen Bedenken gegen eine Zusammenarbeit mit dem Hof, der inzwischen von Wien nach Innsbruck geflohen war. Schon im April wurde er zum Banus von Kroatien gewählt.

Am 5. Juni berief er in Agram den kroatisch-slowenischen Landtag ein. Die Versammlung tagte unter dem Eindruck der Pester Ereignisse; man wußte nun, daß man für slawische Forderungen von Wien keine Hilfe zu erwarten hatte und daß die österreichische Linke nicht zögern würde, die Kroaten und Ungarn auszuliefern. Der Landtag bestätigte die Politik Jellačič'. Er erklärte sich von Budapest unabhängig — schon sein Zusammentritt war eine Herausforderung, denn die ungarische Regierung hatte ihn aufgelöst — und forderte die Schaffung eines kroatisch-slowenischen Staates. Er beauftragte Jellačič, wenn notwendig, den Widerstand gegen Ungarn zu führen und dazu schon jetzt militärisch vorzubereiten, stellte aber noch einmal die Bereitschaft Kroatiens zu einer gütlichen Vereinbarung mit Ungarn fest und beauftragte wieder eine Delegation mit Verhandlungen. Die Ungarn, die offenbar für die Gefahr, die sich über ihnen zusammenzog, völlig blind waren, antworteten mit einem ebenso arroganten „Nein" wie im April. Das einzige, was sie akzeptieren wollten, war bedingungslose Unterwerfung. Zugleich machten auch sie einen Annäherungsversuch an die Krone, forderten sie auf, die Lösung des ungarisch-kroatischen Konflikts ihnen zu überlassen, und da das Verkaufen von Nationen Mode geworden war, boten sie einen Preis — die Unterstützung der Unterdrückungsexpedition gegen Italien „mit Geld und Truppen". Aber für Italien brauchte man in Innsbruck keine Hilfe mehr und lehnte das Geschäft ab.

So begannen wieder die Verhandlungen zwischen Agram und

Innsbruck. Zwei Monate vergingen mit weiter erfolglosen kroatischen Verhandlungsversuchen. Am 4. September gab Innsbruck den Kroaten freie Hand „in ihrer gerechten Verteidigung gegen die magyarischen Ansprüche". Dann begann der Krieg. Am 11. September überschritt Jellačič die Drau.

Der Hof hatte bereits zwei Verbündete — die Kroaten und die Tschechen. Im Juli stärkte sich seine Position weiter. Radetzky, der die ganze Zeit über in Italien erfolgreich Krieg geführt hatte, siegte am 25. Juli bei Custozza. Am 6. August fiel Mailand, bald war ganz Norditalien wieder in österreichischer Hand. Auch an dieser Entwicklung war Wien nicht ganz unschuldig, denn die Revolutionäre taten nichts, um Radetzkys „eigenmächtigen" italienischen Feldzug in Italien zum Halten zu bringen, ein Teil — vor allem die Liberalen — sahen es nicht ungern, wenn, sozusagen auf Radetzkys eigene Verantwortung, die reiche italienische Provinz bei Österreich blieb. Aus den Reihen der Nationalgarde waren sogar Freiwillige zu Radetzkys Armee geschickt worden, angeblich um im Falle eines italienischen Einfalls die österreichischen Grenzen zu verteidigen.

Die Lage hatte sich grundsätzlich verändert. Im Mai war die Krone noch isoliert, nun drohten Wien und Budapest in die Isolierung zu geraten. Im Mai hatte das Großbürgertum noch geschwiegen, hatte sich, wenn auch murrend, in die „permanente Revolution", in die Diktatur des Sicherheitsausschusses gefügt, hatte die Forderungen der Studenten und der Arbeiter widerwillig akzeptieren müssen. Damals gab es keine Alternative. Nun stand die Sache anders. Die Krone war wieder eine Kraft, die Hofkamarilla in Innsbruck verfügte über Verbündete, verfügte über die militärischen Kräfte um Windischgrätz, eines Radetzky, sogar eines Jellačič. Das Großbürgertum, die Liberalen sahen die Möglichkeit, sich unter wenigstens teilweiser Erfüllung ihrer Forderungen mit der Krone zu einigen und die Linke loszuwerden, die Arbeiter zum Schweigen zu bringen. Daß der deutsche Reichstag in Frankfurt die Revolution nicht schützen würde und es auch nicht wollte, lag auf der Hand.

Die Haltung der Rechten und Liberalen in Wien wurde mit einem Schlage unnachgiebig. Die Konflikte innerhalb des Revolutionslagers verschärften sich. Bald wurden wieder Barrikaden gebaut. Aber nur wenige in Wien wußten, daß die Revolution schon verloren war.

VON JULI BIS OKTOBER

Nach den Maikämpfen schien es, als sei die Freiheit endlich auch Österreich gekommen. Die Macht lag in den Händen des Sicherheitsausschusses, die Reaktion hatte zwei Schlachten untereinander verloren. Manche in Wien dachten, daß nun die neue Zeit endlich beginnen sollte. Aber für viele war sie nur ein Versprechen geblieben.

Einige Wochen nach der Mairevolution schrieb Sander, der Schustergeselle und Vorsitzende des Ersten Allgemeinen Arbeitervereins, der sich im Juni bildete, folgende Verse:

Wir haben fröhlich ausgegeben
Den letzten Kreuzer für den Wein,
Bei dem wir jubelnd ließen leben
Den ersten Freiheits-Sonnenschein.

Nun kann man uns nicht weiter nützen,
Arm, ohne Arbeit, heißt es „fort"!
Und keine Hand will uns beschützen,
Für uns gibt's keinen Heimatsort.

Wird denn dem Armen nie erscheinen
Ein Tag, zu mildern seine Not?
Wie, sollten wir denn ewig weinen,
Gibt's denn für uns kein Morgenrot?

Diese Verse Sanders drückten die Stimmung der Wiener Arbeiter aus. Sie, die die Revolution gerettet hatten, sie, die auf den Barrikaden kämpften, während die Großbürger, hinter den verrammelten Fenstern versteckt, zusahen oder im Gefolge des Hofes nach dem Westen flohen, waren diejenigen,

denen die Revolution Brot und Gerechtigkeit schuldig geblieben war. Die Lage der Arbeiter war noch viel schlechter geworden. Das Zentral-Comité und nach ihm der Sicherheitsausschuß hatten zwar unter ihren Forderungen das ,,Recht auf Arbeit" proklamiert, aber die Proklamation bedeutete noch nicht Arbeit. Viele Fabriken waren geschlossen worden und täglich stellten neue die Arbeit ein. Die kleinen Geschäftsleute und Fabrikanten waren wirklich nicht in der Lage weiterzuarbeiten, die großen wollten es nicht — und der Sicherheitsausschuß hatte weder die Kraft noch den Willen, sie an den Stillegungen zu hindern. Gleichzeitig stiegen die Lebensmittelpreise rasch an, die Spekulation blühte, und die Regierung druckte ungescheut mehr und mehr Banknoten. Ob diese wilde Herausgabe von ungedeckten Banknoten mit der Absicht durchgeführt wurde, die Revolution durch ein Finanzchaos zu kompromittieren, wie manche dachten, oder einfach aus Unfähigkeit ist niemals ganz geklärt worden. Jedenfalls begann bereits im Juni eine Inflation.

Der Sicherheitsausschuß und besonders seine Linke, die Akademische Legion, waren mit dieser Entwicklung, die zu einer furchtbaren Not unter den Arbeitern und einer schweren Krise unter dem Kleinbürgertum führte, nicht einverstanden. Aber sie begingen den verhängnisvollen Fehler, sich zwar mit der ganzen Verantwortung für die innerpolitische und wirtschaftliche Entwicklung belasten zu lassen, aber nicht selbst zu regieren. Sie machten nicht den leisesten Versuch, Wirtschaftspolitik und Finanzgebarung der Regierung zu kontrollieren, sie ließen das Ministerium Pillersdorf und das ähnlich zusammengesetzte Ministerium Doblhoff, das ihm folgte, gewähren und beschränkten sich darauf, die Folgen der Krise zu lindern. Ende Mai wurde im Sicherheitsausschuß ein sogenanntes ,,Arbeiterkomitee" gebildet. Das Programm des Komitees war: ,,Die Beschäftigung und Sorge für den Lebensunterhalt der arbeitenden Massen, die Projektierung und Durchführung von Notstandsarbeiten und die Verteilung der Arbeitskräfte im Einverständnis mit den Behörden, die zweckmäßige Verwendung der Arbeiter und die Anwendung

von Maßregeln, um den Zustrom von Arbeitern von außerhalb zu hemmen." Wie man sieht, ein sehr bescheidenes Programm — und auch dieses Programm blieb zum größten Teil auf dem Papier. Was es wirklich gab, war die individuelle Tätigkeit einzelner Mitglieder des Sicherheitsausschusses, die ihre ganze Kraft einsetzten, um die Lage der Arbeiter zu verbessern, Ungerechtigkeiten zu beseitigen, in besonders verzweifelten Fällen Hilfe zu organisieren. Ein solcher Mann war der 20jährige Student Willner, der ,,Arbeiterkönig", wie man ihn in Wien nannte. Sein Einfluß bei den Arbeitern war sehr groß, seine Opferbereitschaft für die Sache des Volkes stand außer jedem Zweifel, aber alles, was er tat, konnte nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein. Das trifft auch auf die gesamte Tätigkeit des Sicherheitsausschusses zu, die E. V. Zenker, ein Historiker der 48er-Revolution, so beschreibt: ,,Sie löste sich in ungezählte Einzelfälle und Interventionen auf, hier galt es Arbeitslose zu beschäftigen, dort Streit zu schlichten, ein andermal wieder Ruhe und Ordnung aufrecht zu halten. Keine Nacht verging ohne Arbeiterskandal und der Sicherheitsausschuß war die oberste Polizeibehörde. Zahllose Klagen und Beschwerden liefen ein, mit den Bäckern, Fleischern und Krämern waren die meisten Leute sehr unzufrieden... Der Sicherheitsausschuß mußte den Schuldigen streng zu Gemüte führen, im Maße sich nicht zu vergreifen, die Zuwage nicht allzu reichlich zu bemessen usw. Er war das allgemeine Schiedsgericht erster und letzter Instanz."

Die einzige Maßnahme, die man durchsetzen konnte, war die Durchführung von Erdarbeiten-Notstandsarbeiten, bei denen die Arbeitslosen mit festen Löhnen beschäftigt wurden. Aber während der Sicherheitsausschuß auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik praktisch untätig blieb, war die Reaktion es keineswegs. Die großbürgerliche Rechte und die Aristokratie, die in der Regierung, in einem Teil der Nationalgarden und in der Armee feste Positionen hatten, sahen im Gegensatz zur Linken ein klares Ziel vor sich — die Arbeiter zurückzudrängen und zu entwaffnen, ihnen jeden Einfluß auf die Entwicklung der Dinge zu nehmen und sie zu

hindern, irgendwelche wirtschaftliche Forderungen zu stellen. Das Bürgertum hatte die Revolution nicht gemacht — oder machen lassen —, um höhere Löhne zu bezahlen! In der Verfolgung dieser Politik war ihm jede Provokation recht.

Andererseits waren die Arbeiter nicht mehr die ungeschulte, desorganisierte Masse, die sie im Vormärz gewesen waren. Sie hatten gekämpft, ihre Kraft hatte die Revolution gerufen, sie hatten politische Erfahrungen gemacht, waren selbstbewußter geworden, sie begannen ihre eigene Stärke und den Wert der Organisation und Einigkeit zu verstehen. Neben der ersten Arbeiterorganisation, dem „Allgemeinen Arbeiter-Verein", der sich mit 2000 Mitgliedern im Juni bildete, begannen Berufsvertretungen, vor allem die Organisation der Buchdrucker und die der Textilarbeiter, zu entstehen. Daneben bildeten sich, ähnlich wie in Frankreich und England, Genossenschaften, zunächst die der Tischler, die versuchten, durch genossenschaftlichen Einkauf des Rohmaterials, Planung der Arbeit und Verkauf der Ware durch die Organisation die Lebensbedingungen der Arbeiter zu bessern. Diese junge Arbeiterbewegung war noch nicht sozialistisch. Sie stand vor allem unter dem Einfluß der Gedankengänge Fouriers, Saint-Simons, Louis Blancs und Owens, der halbutopischen Vorläufer des Sozialismus, aber die Arbeiter, die ihr angehörten, spürten bereits ihre eigene Macht und waren nicht bereit, sich weiter kampflos unterdrücken zu lassen.

Die Monate zwischen Juni und Oktober sind daher besonders durch soziale Konflikte und Kämpfe gekennzeichnet und durch den immer rascheren Übergang aller maßgebenden Schichten des Bürgertums auf die Seite der Krone.

Der erste Konflikt brach im Juni aus, als die Erdarbeiter, die an Regentagen nicht beschäftigt und dadurch oft nicht in der Lage waren, sich auch nur Brot zu kaufen, die Bezahlung der Regentage, Bezahlung zusätzlicher Arbeiten an Feiertagen, kurz einen festen Wochenlohn forderten. Der Sicherheitsausschuß hielt es für notwendig, die Nationalgarde gegen die Arbeiter zu mobilisieren, und die aristokratischen und großbürgerlichen Abteilungen der Nationalgarde folgten diesem

Befehl mit Begeisterung. Zu Kämpfen kam es diesmal noch nicht, man einigte sich auf einen Mittelweg, aber zum erstenmal wurde der Riß im Lager der Revolution sichtbar.

Am 21. August floß Blut. Der Arbeitsminister Schwarzer hatte am 19. August durch eine Verfügung den Lohn der bei den Erdarbeiten beschäftigten Frauen auf 15 Kreuzer und Kinder auf 10 Kreuzer herabgesetzt und dabei zu verstehen gegeben, daß diese Lohnherabsetzung nur der Beginn einer allgemeinen Lohnsenkung sein sollte. Die Preise aber stiegen noch immer. Der Sicherheitsausschuß verhielt sich passiv. Am 21. August marschierte ein Deputationszug in die innere Stadt, um die Zurücknahme der Verordnung zu fordern. Die Arbeiter trugen Fahnen, waren aber unbewaffnet. Die Frauen, um deren Lohn es ja zunächst ging, bildeten einen besonders starken Teil des Zuges. In der inneren Stadt wurden die Arbeiter von den Nationalgarden mit gefälltem Bajonett empfangen, und während sich die Waffenlosen zurückzogen, sprengte berittenes Militär in ihre Reihen und hieb mit gezogenem Säbel auf sie ein. Zahlreiche Verwundete blieben am Platz. Am Abend sammelten sich die Arbeiter wieder zu einer Demonstration. In ihrem Zug trugen sie eine Bahre mit dem Abbild des Arbeitsministers darauf. Eine Inschrift besagte, daß der „Kreuzer-Minister" vier Kreuzer geschluckt, am fünften aber erstickt sei.

In diesen ebenfalls unbewaffneten Zug sprengten wieder Reiter hinein, die Nationalgarde marschierte vor, auf ein Zeichen fielen von allen Seiten Gewehrsalven. Vier Stunden lang veranstaltete die Nationalgarde eine wahre Treibjagd auf die wehrlosen Arbeiter. Die Bürgersöhne der reichen Stadtteile — besonders arg trieb es die Nationalgarde des ersten und zweiten Bezirks — benahmen sich nicht anders als die Soldaten eines Windischgrätz in Prag. Kinder wurden erbarmungslos niedergestochen, Trupps von 10 und 15 Frauen, die sich versteckt hatten, wurden hervorgezerrt und niedergemetzelt, Unbeteiligte, die die Opfer retten wollten, büßten ihr Mitleid ebenfalls mit dem Tode. Der Kampf kostete die Arbeiter mehr als 300 Opfer — die Garden hatten 4 Tote und 50 Verwundete. Am Abend zogen die siegreichen Nationalgarden mit eroberten

Arbeiterfahnen, die Tschakos mit Blumen geschmückt, als Sieger durch die innere Stadt. Die verbarrikadierten Fenster der Bürgerhäuser öffneten sich, und mit Tücherschwenken und Beifallklatschen begrüßten zahllose Bürger und Bürgerfrauen ihre „Retter". Vor nicht ganz zwei Monaten hatten die gleichen Damen den Arbeitern geklatscht, die auf den Barrikaden den Sieg vom 15. und vom 26. Mai erkämpft hatten.

Der Sicherheitsausschuß hatte sich untätig verhalten. Am 25. August löste er sich auf die Forderung des Ministers Doblhoff hin freiwillig auf. Die offizielle Begründung lautete, daß der inzwischen zusammengetretene Reichstag, das wirkliche Organ des Volkswillens, den Ausschuß überflüssig gemacht habe. Der wirkliche Grund war ein anderer. Der Konflikt zwischen Arbeitern und Bürgertum spaltete auch den Ausschuß von oben bis unten. Der Riß, der sich aufgetan hatte, war nicht mehr zu überbrücken, und der Ausschuß zog vor, auf die Macht zu verzichten, die er nicht mehr ausüben konnte, als wollte. Damit dankte die Revolution freiwillig ab.

Aber gab es nicht dennoch eine Vertretung des Volkes, die durch die Revolution geborene demokratische Körperschaft, gab es nicht das neue österreichische Parlament und darüber hinaus die größere und einflußreichere Versammlung, die in Frankfurt tagende deutsche Nationalversammlung? Was die Frankfurter Versammlung betraf, so hatte sie sich innerhalb weniger Wochen zu einem Schattenparlament entwickelt, gegen das jede österreichische Körperschaft wie eine radikale und lebendige Neuausgabe des französischen Konvents aussehen mußte. Es ist hier nicht unsere Aufgabe, den Ablauf der deutschen Revolution zu untersuchen. Nur so viel sei gesagt: Diese Revolution, auf die die Linksstehenden innerhalb des österreichischen Bürgertums all ihre Hoffnungen gesetzt, um deretwillen sie die Parolen des einigen Großdeutschland gewählt hatten, war in wenigen Wochen kläglich verpufft. So entsetzend dieser Zusammenbruch der deutschen Revolution für die Männer von 1848 gewesen sein mag — es wäre ein Wunder gewesen, hätten die Ereignisse einen anderen Verlauf genommen. Die deutsche Revolution sah sich allen Schwierigkeiten, die

inneren Widersprüchen gegenüber, denen die österreichische gegenüberstand, aber während es in Österreich ein entwickeltes Nationalbewußtsein, ein verhältnismäßig starkes, wenn auch in den letzten Jahrzehnten in den Hintergrund geschobenes Bürgertum gab, kannte Deutschland nichts dergleichen. In Österreich war der Gedanke der Reformen, der bürgerlichen Freiheit, der Verantwortung der Regierung gegenüber dem Volk nichts Neues. Ein ganzes Jahrhundert lang — von Hörnigk bis zu Joseph II. — waren diese Gedanken in der Öffentlichkeit ausgesprochen, diskutiert, von Tausenden verarbeitet worden, ein Beamtenapparat hatte sich unter dem Einfluß dieser Gedanken gebildet, Generationen, die von ihnen geformt worden waren, lebten noch und hatten der Jugend ihr Weltbild mitgegeben. Gewiß, im Jahre 1848 spielte sich in Österreich die große Tragödie, wieder wie 1809, ab, als das österreichische Bürgertum die österreichische Nation, ihr heiliges Erbe — die Freiheit — um das Linsengericht der nationalen Vorherrschaft verkaufte. Aber Deutschland hatte es niemals besessen. Ein zersplittertes, schwaches Bürgertum, ohne Tradition, ohne Freiheitsgefühl, fast ohne Freiheitsanspruch, ein Volk, das nur einmal, ein kurzes Jahr in den großen Befreiungskriegen, die Freiheit gekannt hatte, ein Volk, dem jahrhundertelang der Gedanke an Menschenwürde und Menschenrecht verhaßt und verschlossen war, ein gefesseltes Bauerntum, ein ohnmächtiges, zu Boden getretenes Kleinbürgertum stand der Vielfalt von Fürsten und Adel gegenüber. Gewiß, es gab einige Bereiche, wo die Entwicklung etwas normaler verlaufen war: die rheinischen Gebiete, Berlin mit seinem neuen Bürgertum, die Hafenstädte, einige sächsische Bezirke — aber wie wenig war das, gemessen am übrigen. Und so brach, schon bei der ersten Lebensäußerung der aufsteigenden neuen Schicht, der Arbeiterschaft, und der unterdrückten alten Schicht, der Bauern, die Revolution in sich zusammen, und das deutsche Bürgertum kroch hilfesuchend unter den Rock seiner Fürsten. Und das Frankfurter Parlament war ein Spiegelbild dieses Zustandes. Nach den ersten Feiern, den ersten Reden, nach der Wahl des Erzherzogs Johann zum Vorsitzenden des neuen

Bundes versank die ganze Tätigkeit des Parlaments in Tages-ordnungsdebatten und formalen Diskussionen. Nicht ein Be-schluß kam in Frankfurt zustande, nicht ein Entwurf wurde zum Gesetz, bald war die Versammlung nur noch die Zielscheibe billiger Witze der Reaktion und bald wurde es auch den Demo-kraten in Österreich klar, daß die Bundesgenossenschaft dieser Scheinrevolution nichts war als eine Belastung. Die Rufe nach dem einigen Deutschland wurden in Wien noch hin und wieder ausgestoßen, aber sie waren nur noch ein blasser Nach-klang der Rufe vom März, eine Forderung, an deren Verwirk-lichung niemand mehr glaubte. Die österreichische Revolution mußte ihren schweren Weg allein zu Ende gehen, aber jene Bundesgenossen unter den Völkern der Monarchie, die sie verlor, als sie den Weg nach Frankfurt einschlug, konnte sie nicht mehr zurückgewinnen.

Der österreichische Reichstag, der am 22. Juli in Wien zusammentrat, ist in bezug auf seine Unfruchtbarkeit oft mit der Frankfurter Versammlung verglichen worden. Der Ver-gleich ist unrichtig. Die Frankfurter Versammlung mit ihrem starken aristokratischen Übergewicht war von vornherein arbeits-unfähig, weil ihre Zusammensetzung und ihr Zweck einander widersprachen. Der österreichische Reichstag, auf dem die Aristokraten in der Minderheit, die Bürger und Bauern in einer überwältigenden Mehrheit waren, hätte arbeiten können, wenn ja wenn es gelungen wäre, in der einen Frage, die immer wieder seine Tätigkeit lähmte — der nationalen Frage —, ein Über-einkommen zu finden. Der Punkt, um den es immer wieder ging, war die Struktur des neuen konstitutionellen Österreich, das entstehen sollte, die Frage: Würde es ein freier Staat gleichberechtigter Nationen sein oder ein Staat, in dem wenige Völker — die Österreicher, die Ungarn, die Polen — über die anderen Völker herrschen sollten. An dieser Klippe zerschlugen sich immer wieder alle Beratungen, scheiterten alle Gesetze, die damit zu tun hatten. Jene Gesetze jedoch, die nicht unmittelbar mit der nationalen Frage verbunden waren, gingen ziemlich reibungslos, wenn auch oft umständlich durch. So war es mit der Gesetzgebung, die die bürgerlichen Rechte und Freiheiten

betraf, so war es bei der Frage der Religionsfreiheit, über die sich alle einigten, und so war es bei dem wichtigsten Gesetz, das das Parlament beschloß und das später sogar die Reaktion nicht aufzuheben wagte, dem Gesetz der Befreiung der Bauern von Abgaben und Fronpflichten. Der reaktionären Rechten im Reichstag gelang es immer wieder, die Nationen gegen-einander auszuspielen, die aristokratischen und großbürger-lichen Abgeordneten jeder Nation brachten es häufig zuwege, die Bauern und Bürger ihrer nationalen Gruppe für sich stimmen zu lassen. Das war in erster Linie die Schuld der österreichischen Abgeordneten, die in beispiellosem nationalem Hochmut es bei der Eröffnung des Reichstages abgelehnt hatten, eine andere Verhandlungssprache als die deutsche zuzulassen, ja auch nur die Reden in die Sprachen der Versammelten zu über-setzen. Das Resultat war, daß die sprachunkundigen Bauern ganz auf die Übersetzung ihrer deutschsprechenden aristo-kratischen Vertreter angewiesen waren, die oft schamlos fälschten. Aber in der Bauernfrage war kein Fälschen möglich. Die bäuer-lichen Vertreter kamen in diesem Punkt mit festen Weisungen — man hatte ihnen daheim gesagt: „Kommt ohne die Freiheit nicht wieder", und die aristokratischen und bürgerlichen Ver-treter wußten, daß sie in ihren Ländern jede Unterstützung verlieren würden, falls sie gegen die Bauernbefreiung gestimmt hätten. Aus diesem Grunde wurde im September der Antrag auf Befreiung der Bauern von den adeligen Fronlasten — ein-trächt von dem jungen Studenten Hans Kudlich — einstimmig angenommen. In diesem Punkt machte allerdings auch die Regierung keine Schwierigkeiten. Im Gegenteil, es begann ein Wettrennen um die Gunst der Bauern. In Galizien war die Bauernbefreiung schon im April durch ein kaiserliches Patent verfügt worden, wobei der Staat sich bereit erklärt hatte, die Kosten der Entschädigung an den Adel zu tragen. Nun verlangte die Regierung, die Bauernbefreiung solle durch ein kaiserliches Manifest sanktioniert und nicht als ein Gesetz des Parlaments allein erlassen werden. Das Parlament gab nach. Erst später merkte die Linke, daß sie auf ein Manöver der Krone hereingefallen war — man redete den Bauern nun ein, ihre Be-

freiung sei ein Gnadenakt des Kaisers und nicht ein Akt der Revolution. Das war um so leichter möglich, als der Reichstag sich nun im zweiten, sehr entscheidenden Punkt in Gegensatz zu den Wünschen der Bauern setzte. Die Bauern und die Vertreter der Linken, allen voran Hans Kudlich, hatten entschädigungslose Bauernbefreiung und Agrarreform verlangt, die den Bauern ermöglicht hätte, schuldenfrei und als Besitzer ihres Grund und Bodens die neue freie Existenz zu beginnen. Dort, wo aus irgendwelchen Gründen eine Entschädigung an den Grundherrn gezahlt werden mußte, sollte der Staat sie zahlen. Aber unter Verbeugungen vor dem „heiligen Recht des Eigentums", das nicht verletzt werden durfte, lehnte der Reichstag diese Anträge ab und beschloß, daß auch die Bauern Entschädigungen zahlen sollten. Ursprünglich sollte ein Drittel der Entschädigungssumme vom Staat, ein Drittel von den Bauern gezahlt werden, während der Grundbesitzer seinerseits auf ein Drittel der Summe verzichtete, aber später kam es häufig vor, daß der Bauer viel mehr als ein Drittel zahlte, der Grundbesitzer viel weniger als ein Drittel verlor. Im ganzen zahlten die Bauern den Grundbesitzern 112 Millionen Gulden von einer Gesamtsumme von 289 Millionen. Manche Grundbesitzer erhielten riesige Ablösesummen, die Schwarzenberg steckten 1870000 Gulden ein, Graf Waldstein 447000, Graf Colloredo-Mansfeld 427000, Alois Liechtenstein 409000 Gulden. Und die Krone, die sich um die Mit-Autorschaft der Bauernbefreiung gerissen hatte, überließ, als es sich um die Entschädigung handelte, dem Parlament gern die ganze Verantwortung. So wurde unter den Bauern systematisch der Eindruck geweckt, daß „der gute Kaiser" als wahrer Nachfolger Josephs sie befreit, das Parlament jedoch ihnen unerträgliche Lasten auferlegt hätte. Durch diesen Schachzug wurden die Bauern zu Gegnern der Revolution, der sie in ihrer Todesstunde im Oktober auch nicht beistanden, um dem kämpfenden Wien zu helfen. Trotz alledem war die Bauernbefreiung eine große Tat — die unanfechtbare und bleibende Errungenschaft der österreichischen Revolution.

Daß eine Möglichkeit der Einigung bestand, zeigte sich

drei Monate später. Die Revolution war damals schon besiegt, der Reichstag auf kaiserlichen Befehl nach Kremsier transferiert und man mußte jeden Tag damit rechnen, daß er aufgelöst werden würde. In diesen Tagen waren die österreichischen Demokraten nicht mehr die siegreichen Vertreter einer Nation, die aus ihrem Sieg einen Herrschaftsanspruch ableiten konnten. Der großdeutsche Traum war ausgeträumt, und vor Österreichern und Tschechen erhob sich gleich drohend und gleich düster das Gespenst der Reaktion, die sie beide wieder in Fesseln schlagen sollte. So gab es denn in den Tagen von Kremsier endlich eine Einigung. Die Verfassung von Kremsier, von einem Österreicher und einem Tschechen, Fischhof und Palacký, verfaßt, war in bezug auf die nationale Frage das freieste und fortschrittlichste Übereinkommen in der Geschichte der Monarchie. Sie verzichtete auf den Begriff der „historischen" und der „geschichtslosen" Völker, sie ging von dem Grundsatz der Gleichberechtigung aller Völker aus und entwarf das Bild eines Österreich, das als Bund freier Nationen mit vollen sprachlichen und kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Rechten entstehen solle. Die Verfassung von Kremsier sah die Schaffung von acht gleichberechtigten Bundesgebieten vor: Deutschösterreich mit dem Sudetengebiet, die tschechischen Länder, also Böhmen, Schlesien, Mähren und — zum erstenmal — die Slowakei enthalten sollten, Polen mit der Bukowina und den ruthenischen Gebieten in Ungarn, Slowenisch-Illyrien, die italienischen Gebiete Tirols mit Venetien und der Lombardei, Südslawien (bestehend aus Kroatien, Slawonien, Dalmatien und der Voivodina), die magyarischen Gebiete Ungarns und die rumänischen Gebiete. Wäre die Verfassung von Kremsier einige Monate früher gekommen, hätte sie wahrscheinlich die Revolution gerettet. So kam sie zu spät.

In den Ereignissen vom Juli bis zum Oktober spielte der Reichstag so gut wie keine selbständige Rolle mehr. Er war nur eine Widerspiegelung der Kräfte, zwischen denen nun der Kampf begonnen hatte, und in dem Maße, in dem sich der Kampf verschärfte, wurde er immer aktionsunfähiger und trat daher immer mehr in den Hintergrund. An den Kämpfen

des Oktober, an der Verteidigung Wiens, nahm er so gut wie keinen Anteil. Als die Reaktion siegte, ließ der Reichstag sich willig von Wien fortschicken. Drei viertel Jahre später wurde er durch einen einfachen Regierungsbefehl aufgelöst.

August und September vergingen mit Kleinkämpfen, fruchtlosen Versuchen der radikalen Demokraten, endlich eine verantwortliche Regierung zu schaffen, fruchtlosen Versuchen, den Kaiser von der ,,Kamarilla" zu trennen, ihn auf die Seite der Revolution zu ziehen. Im August kam der Kaiser nach Wien zurück. Aber es war nur ein scheinbares Zugeständnis. Im Oktober fühlte sich die Reaktion endlich stark genug, eine Entscheidung zu erzwingen. Sie schlug zu.

Seit dem 11. September befand sich Ungarn im Kriegszustand mit Kroatien, Jellačič war in Ungarn eingefallen, marschierte zuerst vor, wurde von der schon vor einigen Monaten aufgestellten ungarischen Armee vorübergehend aufgehalten, drang aber dann bis in die Nähe Budapests vor. Die österreichische Regierung verhielt sich nach außen hin neutral, beklagte den ,,Bruderzwist" und erklärte es als ihre einzige Aufgabe, zwischen den beiden Parteien zu vermitteln, um den Kampf beizulegen. In Wirklichkeit hatte man sich bereits im August für Jellačič entschieden, und von dieser Zeit an unterstützte ihn die Regierung mit Geld und Waffen, die ihm durch Kriegsminister Latour zugesandt wurden. Gleichzeitig ernannte sie, im Widerspruch zu der im März beschlossenen ungarischen Verfassung, ihren Beauftragten, den Grafen Lamberg, zum provisorischen Palatin und Oberbefehlshaber aller Truppen in Ungarn und schickte ihn offiziell mit dem Auftrag, zu ,,schlichten", tatsächlich mit dem Auftrag, Jellačič zu unterstützen, nach Budapest. Die ungarische Regierung lehnte die Einsetzung Lambergs kategorisch ab. Als er trotzdem in Buda eintraf und Anstalten machte, die Hauptstadt zu betreten, wurde er von einer wütenden Menge empfangen und unter den Rufen ,,Nieder mit dem Verräter" erschlagen. Die Ermordung Lambergs am 28. September war der Anlaß, auf den die österreichische Regierung gewartet hatte. Am 3. Oktober erklärte sie Ungarn den Krieg, ernannte Jellačič zum Oberkommandanten

von Ungarn und schickte Windischgrätz, den ,,Schlächter von Prag", mit seinen Truppen gegen Budapest vor.

Kriegsminister Latour, der Vertreter der ,,Kamarilla" in der Regierung, war der meistgehaßte Mann in Wien. Man wußte, daß er einer der führenden Männer der ,,Schwarz-gelben" war, der rechtsbürgerlichen und aristokratischen Reaktion, die seit August ganz offen gegen die Revolution, das Parlament, die Linke auftrat, ihre Häuser mit schwarz-gelben Fahnen dekorierte und die Unterwerfung des ,,Arbeitergesindels" forderte. Im September fingen die Ungarn einen kompromittierenden Brief Latours an Jellačič auf, in dem Einzelheiten der militärischen und materiellen Hilfe an die Kroaten besprochen wurden. Der Brief war so eindeutig, daß Latour nicht einmal leugnen konnte, so provokatorisch, daß sogar der Reichstag seine Absetzung und Strafverfolgung zu fordern begann. Am 3. Oktober warfen Latour und die Regierung die Maske völlig ab. Die in Wien konzentrierten Truppen, als erste ein kroatisches Grenadierbataillon, dann das österreichische Grenadierbataillon Richter, erhielten den Befehl, sofort an die ungarische Front abzugehen. Und nun geschah etwas vorher niemals Dagewesenes. Die österreichischen Soldaten weigerten sich zu gehen und erklärten, dem Abmarschbefehl Widerstand zu leisten, wenn die ,,Volkswehr" ihnen behilflich sein würde. Während die Vertreter der Nationalgarde dem Kriegsminister die Aufforderung überreichten, den Abmarschbefehl aufzuheben, sammelten sich die Wiener vor den Kasernen. Die Beziehungen zwischen den Soldaten der Garnison und der Wiener Bevölkerung waren gut. Erst kürzlich hatten die Wiener durch eine Demonstration die Armeestellen gezwungen, die Prügelstrafe für Soldaten abzuschaffen. Die Anwesenheit des Volkes gab den Soldaten Mut. Sie erklärten ihren Offizieren ganz offen: ,,Wir gehen nicht fort. Wir bleiben da."

Dann ging alles sehr rasch. Am nächsten Morgen war Wien wieder im Alarmzustand, die Legion hatte das Volk zum Kampf aufgerufen, die Arbeiter waren in der Stadt vor den Bahnhöfen, von denen die Soldaten abfahren sollten. Um 11 Uhr rückten die Abteilungen an, die sich nicht dem Streik der Soldaten

angeschlossen hatten, und sahen sich einer dichten Menge gegenüber, die ihnen den Zutritt zum Bahnhof verweigerte. Die Kommandanten ließen Geschütze auffahren, dann wurden mehrere Geschützladungen ohne Warnung in die wartende Menge hineingefeuert. Aber das Volk stürmte vor, eroberte die Geschütze, drehte sie um und richtete sie gegen das Militär. Zwei Stunden später war der Kampf zu Ende. Der General, der den Befehl zum Feuern gegeben hatte, war tot, mehrere seiner Offiziere tödlich verwundet, die Militärabteilungen flohen. Das Volk hatte gesiegt.

Der Kampf ging am anderen Tag weiter. In der inneren Stadt und in den Arbeiterbezirken feuerten die „Schwarz-gelben" mit Kartätschenladungen ins Volk, schossen Häuser und Kirchen zusammen, aber immer wieder wurden sie zurückgedrängt. Immer wieder wurden die Geschütze von der Bevölkerung gestürmt und genommen, mehr und mehr Truppen begannen sich zu ergeben. Am Nachmittag des 6. Oktober war der Kampf entschieden. Wien war in den Händen des Volkes.

Latour, der den Befehl zum Kampf gegeben hatte, gab nun den Befehl, das Feuer einzustellen, aber es war zu spät. Das erbitterte Volk stürmte das Kriegsministerium. Mit dem Ruf „Tod dem Mörder" wurde Latour herausgeholt und an einer Laterne vor dem Ministerium aufgehängt. Dann stürmte die Menge das Zeughaus, das von schwarz-gelben Garden bewacht wurde. Am Morgen des 7. Oktober kapitulierte die Besatzung, das Volk drang ins Zeughaus ein und bewaffnete sich. 30000 Gewehre und große Vorräte von Munition waren nun im Besitz der Arbeiter.

An diesem Tag verließ der Kaiser wieder Wien und begab sich nach Olmütz. Ein Teil des Reichstages, in erster Linie die tschechischen Abgeordneten, folgte ihm. Nach der Flucht des Kaisers begann wieder der Massenauszug aus Wien. Nicht nur die Aristokraten flohen, es floh auch das Bürgertum, alle „besitzenden Schichten" verließen die Hauptstadt. Noch tagelang strömten lange Reihen von Wagen durch die Tore, waren die Dampfer, die nach Linz fuhren, überfüllt. Es flohen die Führer der gemäßigten Parteien, die Liberalen, die Konservativen,

jeder, der Geld und Stellung besaß, verließ die kämpfende Stadt. In Wien blieben nur die Linke, die Demokraten, die Studenten, die Arbeiter. Die Truppen, die in Wien eine Niederlage erlitten hatten, zogen sich in den Schwarzenberggarten und das Belvedere zurück. Sie warteten auf die Vereinigung mit Jellačič, der seinen Feldzug in Ungarn abgebrochen hatte und sich nach Wien wandte, und auf Windischgrätz, der nun auch im Anmarsch auf Wien war. Die in Wien gebliebenen Mitglieder des Reichstags beschlossen die Wiedereinsetzung des Sicherheitsausschusses, der die Bevölkerung, 25000 Bewaffnete, zum Schutz der Hauptstadt aufrief. Der letzte Kampf begann.

Wien kämpfte zehn Tage lang gegen eine überlegene, mit schweren Geschützen bewaffnete Armee, die die Stadt eingeschlossen hatte, kämpfte gegen Windischgrätz, gegen Jellačič, gegen Auersperg, den Kommandanten der „schwarz-gelben" Wiener Regimenter, kämpfte unter Kanonenkugeln, die die innere Stadt in Trümmer legten, beim Feuerschein von Bränden, die vom zweiten Tage der Belagerung an in den Außenbezirken wüteten, immer wieder von den Brandgeschossen des Generals entfacht, kämpfte allein. Wien hatte in der Verteidigung der ungarischen Revolution zu den Waffen gegriffen, die Ungarn hatten militärische Hilfe versprochen, eine ungarische Armee war, so hieß es, im Anmarsch, um die kämpfende Stadt zu entsetzen — aber die Armee kam nicht. Tagein, tagaus schwirrten die Gerüchte durch Wien — man wollte ungarische Vorreiter vor den Toren, in den Straßen gesehen, den Donner der ungarischen Geschütze vernommen haben —, aber die Ungarn kamen nicht. Spät erst, am 30. Oktober, als man bereits über die Kapitulation verhandelte, tauchte fern am Horizont eine Staubwolke auf, man hörte den Donner der Kanonen, sah das Aufblitzen des Artilleriefeuers. Die Ungarn waren im Anmarsch. Die todwunde, fast verblutete Stadt raffte sich bei dieser Nachricht wieder empor, die Kämpfer, die vor Erschöpfung an ihren Posten zusammengesunken waren, griffen wieder zu den Gewehren. Von Kapitulation war nicht mehr die Rede. Wien bereitete sich zum Ausfall vor, um den Ungarn zu helfen. Aber

schon nach zwei Stunden wurde es still. Die ungarische Armee wurde zurückgeschlagen, Wien war wieder allein.

Und Deutschland? Das Frankfurter Parlament? Ein Schrei der Empörung ging durch die Reihen der deutschen Demokraten, als man erfuhr, daß Windischgrätz Wien bombardierte — aber es blieb nur beim Schrei. „Wenn wir noch knien könnten, wir lägen auf den Knien, wenn wir noch beten könnten, wir beteten für Wien", schrieb der deutsche Dichter Freiligrath in diesen Tagen. Aber es waren nicht Gebete, die Wien brauchte, doch etwas anderes erhielt es von Deutschland nicht — von der deutschen Linken, denn die deutsche Mitte und Rechte waren im tiefsten Herzen ebenso froh über die Abrechnung mit dem Wien, das die schwarz-rot-goldenen Fahnen allmählich mit den roten vertauscht hatte, wie es die österreichische Mitte und Rechte waren. Alles, was das Frankfurter Parlament tat, war, zwei Delegierte nach Wien zu schicken, mit dem Auftrag, wenn möglich zwischen den Kämpfenden zu vermitteln. Diese Delegierten — Robert Blum und Fröbel — sahen beim ersten Blick, daß an eine Vermittlung nicht zu denken war. Sie taten das Anständigste, was zu tun war. Sie legten ihren Auftrag nieder und „kämpften um die Ehre", wie Blum sich ausdrückte, „in den Reihen der Verteidiger Wiens zu kämpfen". Blum büßte seinen Mut mit dem Tode. Als Wien fiel, ließ Windischgrätz ihn standrechtlich erschießen, eine Geste der Verachtung für das Frankfurter Parlament. Und das klägliche Parlament steckte die Herausforderung stumm ein und beschloß, keine Totenfeier für Blum abzuhalten, um „diplomatischen Verwicklungen aus dem Wege zu gehen".

Vom 10. Oktober an marschierten Truppen gegen Wien vor. Am 16. setzte sich Windischgrätz mit seiner Armee in Bewegung. Am 23. war Wien vollständig eingeschlossen. Die Belagerer hätten die Vereinigung ihrer Gegner durch einen rechtzeitigen Angriff auf die vor Wien lagernden Truppen Auerspergs verhindern können, das Studentenkomitee hatte einen Ausfall der Wiener freiwilligen Streitkräfte, der Akademischen Legion, der treugebliebenen Einheiten der Nationalgarde und der Volkswehr beschlossen, aber der Reichstag verweigerte die Erlaubnis aus Angst, eine „ungesetzliche Handlung" zu begehen. Der Befehl, den Ausfall durchzuführen, stammte vom neuen stellvertretenden Oberbefehlshaber des kämpfenden Wien, General Bem, einem polnischen Revolutionär und Offizier, der sich in der Stunde der Not freiwillig dem Verteidigungsausschuß zur Verfügung gestellt hatte. Bems Vorgesetzter war der österreichische Demokrat und Exoffizier Messenhauser. Messenhauser war ein anständiger Mensch, ein begabter Lyriker — ein tüchtiger Offizier aber war er nicht. Außerdem betrachtete er den feigen, kapitulationsbereiten Reichstag, die mit den Feinden paktierende Regierung als seine Vorgesetzten und gab ihnen in allem nach. Schon nach wenigen Tagen lag die ganze Last der Organisierung der Verteidigung in den Händen Bems. Bem tat das Menschenmögliche. Erst seit seiner Amtsübernahme wurden die Verteidiger militärisch organisiert, wurde ein ernsthafter Abwehrplan ausgearbeitet und die vorhandenen Waffen und Geschütze planmäßig eingesetzt. Daß Wien sich so lange halten konnte, verdankte es nicht zum wenigsten Bems militärischen Fähigkeiten, seinem Mut, seinem organisatorischen Talent. Aber retten konnte er die Stadt nicht mehr.

Am 21. langte Windischgrätz vor Wien an. Am gleichen Tage erließ er ein Manifest, in dem er seine Absicht ankündigte, Wien mit Gewalt zu unterwerfen, und das Standrecht verhängte. Das Manifest war von einem Schreiben Kaiser Ferdinands begleitet, der ebenfalls Wien zur Unterwerfung aufrief und alle militärischen Maßnahmen gegen die Stadt sanktionierte. Am 22. folgte ein Ultimatum. Wien sollte sich innerhalb von 24 Stunden ergeben, alle demokratischen Organisationen auflösen und die Führer des Aufstandes sowie „einige namhaft gemachte Individuen" an Windischgrätz ausliefern.

Am 23., nachmittag, begann die Beschießung. Die ersten Kanonenschüsse setzten einige Häuser und eine Fabrik in Brand. Aber die Wiener antworteten ebenfalls mit Geschützfeuer aus den im August erbeuteten Kanonen. Am 23. und 24. kamen die Truppen Windischgrätz' kaum vom Fleck. Erst in der Nacht vom 25. gelang es ihnen, einige Stellungen in der Frontlinie einzunehmen. Am 26. machten die Verteidiger mehrere Gegenangriffe und verdrängten die Truppen wieder aus fast allen er-

oberten Positionen. Windischgrätz hatte mit einem Sieg innerhalb von 24 Stunden gerechnet. Er war gezwungen, am 27. einen kurzen Waffenstillstand zu verkünden, seine Truppen umzugruppieren und neue Geschütze heranzubringen. Dann begann der Kampf von neuem. Aber obwohl die Zahl der von Windischgrätz eingesetzten Truppen noch erhöht worden war, gelang es ihnen auch jetzt nicht, über die ersten Verteidigungslinien hinauszukommen.

Wer waren die Verteidiger von Wien? Wer waren die Männer, die tagelang einer vielfach überlegenen, besser ausgerüsteten Armee Widerstand leisten konnten, die Männer, die auf ihren Posten standen, bis sie fielen oder bis ihnen die Munition ausging, jene Tausende unbekannter Freiwilliger, die nach tagelangen Kämpfen ihre Positionen räumten, nur um einige Stunden später, in der Nacht, wiederzukehren und sie wieder zu nehmen? Moritz Smets beschrieb sie: „Die Volkswehr bestand größtenteils aus armen Handwerkern, Taglöhnern und Arbeitern. Ihr Anblick war ganz geeignet, als Beispiel zu dienen, wie das Lächerliche und Tragische so dicht aneinander wohnen. Deckte die Häupter Studentenmützen, Nationalgardekappen, vergilbte Sommerhüte oder abgetragene Zylinder, so waren unter Stiefel, zerrissene Schuhe, Pantoffeln, ja bloße Füße zu schauen. Selten aber fehlte etwas Rotes an der Kopfbedeckung, war es nun eine Feder oder ein Stückchen Band oder nur eine purpurne Georgine ... Ebenso abenteuerlich wie ihr Anzug war ihre Bewaffnung. Die meisten hatten Gewehre, aber mitunter von zweifelhafter Beschaffenheit, einzelne trugen Partisanen, alte Radschloßbüchsen oder gar nur lange Messer, Dolche und Pistolen im Gürtel."

Diese Männer, die mit bloßen Füßen und alten Pistolen kämpften, hielten Wien sechs Tage lang und hätten es wohl auch länger gehalten, wenn nicht Verrat und Demoralisation die Front von innen her zerbrochen hätten. Die Lage in Wien war tatsächlich schlecht, überall lohten Brände empor, das Wasser wurde knapp, Brot, Milch, alle anderen Nahrungsmittel begannen zu schwinden. Ärger noch als die Not war die Furcht vor den Truppen des Gegners. Man wußte, daß die Offiziere

der Armee Windischgrätz die Soldaten aufgefordert hatten, wenn sie einmal in Wien wären, zu rauben, zu plündern, „weder Weib noch Kind zu schonen". Und man wußte, daß man den kroatischen Bauern, die die Armee Jellačić' bildeten, eingeredet hatte, in Wien seien märchenhafte Schätze aufgehäuft, die von Verbrechern und Mördern bewacht wurden, die kein anderes Ziel hatten, als das kroatische Volk auf ewig in Ketten zu halten. Schon in den ersten von den Belagerern eroberten Bezirken hatte es Brand, Mord, Plünderungen und Schändungen gegeben und viele in Wien zitterten vor dem Einmarsch der feindlichen Truppen.

Und in diese Stimmung hinein kam die Losung des Reichstags: „Verhandeln"; die Forderung, „man muß Windischgrätz um Schonung bitten", die Lockung, „gewiß wird er sich bereit erklären, Leben und Eigentum zu schonen", und das Argument, hat der Kaiser im Manifest nicht versprochen, die Verfassung zu achten, die Rechte und Freiheiten des Volkes nicht zu beschränken?" Diese Worte fanden ein Echo. Nicht alle Verteidiger Wiens waren die Barfüßigen und Abgerissenen, die Arbeiter und Handwerker, die kein Eigentum zu verlieren hatten und denen ihr Leben gelehrt hatte, nicht an die Güte der Regierenden zu glauben. In den Reihen der Verteidiger kämpften noch immer bürgerliche und kleinbürgerliche Kompanien — wenn auch die reichsten auf die Seite der Gegner übergegangen waren. In den Reihen des Verteidigungsausschusses, ja des Studentenkomitees, saßen nicht wenige, deren moralische und politische Kraft nicht ausreichte, um in hartnäckigem Widerstand den Tod oder tragbare Kapitulationsbedingungen zu suchen. Am 29. begab sich die erste Deputation zu Windischgrätz, um über eine Übergabe zu verhandeln. Windischgrätz war zu keinem Zugeständnis bereit. Er versprach, seine Soldaten im Zaum zu halten (auch dieses Versprechen wurde später nicht eingehalten), darüber hinaus aber verlangte er bedingungslose Kapitulation. Die Deputation kehrte zurück. Aber die begonnenen Verhandlungen mit dem Gegner hatten die Führung der Verteidigung bereits so demoralisiert, daß ein nicht geringer Teil für die Annahme der Kapitulation eintrat. Ein Teil leistete noch Widerstand, aber eine Erklärung Messenhausers gab plötz-

lich den Ausschlag: Messenhauser sprang auf und teilte mit, es sei nur noch für vier Stunden Munition da, es bleibe also aus militärischen Gründen keine andere Wahl, als die Übergabe der Stadt. Messenhausers Behauptung war unwahr und er konnte sie nur wagen, weil Bem nicht anwesend war, aber ein Teil der Anwesenden ließ sich verwirren, ein anderer Teil war nur zu froh, einen Vorwand zur Aufgabe des Kampfes zu haben. Die Kapitulation wurde beschlossen.

Das Volk, das auf der Straße kämpfte, dachte anders. Als der Unterwerfungsbeschluß bekanntgemacht wurde, ertönten Flüche, Verwünschungen und die Rufe „Nieder mit den Verrätern", „Der Betrüger". Smets schreibt: „Jetzt kriecht es zu Kreuz; hat er nicht schon früher gewußt, daß wir kein Pulver haben? Ein Nationalgardist fragte seinen Nebenmann: ‚Warum will man die Stadt übergeben?' ‚Aus Mangel an Munition.' ‚Nein', schrie ein dritter, ‚aus Überfluß an Verrat.' Von den übergegangenen Soldaten hörte man, wie sie Verabredungen trafen, sich gegenseitig zu erschießen, wenn die Übergabe der Stadt erfolge, in der Volksmenge wurde das Wort ‚verraten' in allen Formen, Arten und Zeiten abgewandelt." Die Deputation, die Windischgrätz die endgültige Übergabe ankündigen sollte, schlich wie eine Diebesbande aus der Stadt. Hätte das Volk sie erkannt, wäre wohl keiner von ihnen mit dem Leben davongekommen. Noch in der gleichen Nacht unterschrieb sie im Lager des Fürsten Windischgrätz die Unterwerfungsurkunde.

Aber auch danach waren viele nicht zur Kapitulation bereit. An vielen Stellen ging der Kampf weiter. Als sich am 32. die Nachricht verbreitete, die Ungarn seien im Anrücken, flackerte in ganz Wien der Kampf wieder auf. Er verlosch, als sich herausstellte, daß die Ungarn nur eine kurze Schlacht geliefert hatten und sich wieder entfernten, Wien seinem Schicksal überlassend; aber an einzelnen Stellen kämpften Arbeiter und Studenten weiter, kämpften so lange, bis die einmarschierenden Truppen sie entwaffneten und niedermachten.

Die letzten Stunden der Revolution waren gekommen. Lassen wir wieder einen Teilnehmer dieser Revolution sprechen, den Dichter Moritz Hartmann, der ihr Ende schildert:

„Die Abenddämmerung senkte sich schon leise herab, als wir wieder auf dem Graben ankamen. Da schwiegen plötzlich die Kanonen, es wurde ganz stille. Nach ungefähr zehn Minuten kamen vom Kohlmarkt her und liefen über den Graben zum Stephansplatz zu an 30 Studenten und Proletarier. Laufend sahen sie rückwärts, als ob sie besorgten, verfolgt zu werden. Wieder nach einigen Minuten kam Becher" (einer der führenden Radikalen) „mit dem Degen in der Hand desselben Weges, gefolgt von einer noch kleineren Schar ... Nicht zwei Minuten nach Becher erschienen denn auch die Kaiserlichen auf dem Platze des Grabens. Zuerst kam eine kleine Abteilung von vielleicht 12 Mann mit gefälltem Bajonett ... Dabei blickten sie ängstlich rechts und links nach den Fenstern und riefen fortwährend ‚Gut Freund!' ‚Gut Freund!' ... Das Volk, das sie plötzlich überall umgab, hielt sich stille. Da aber geschah etwas Überraschendes. Wie auf ein gegebenes Zeichen öffneten sich hundert Fenster, die seit drei Wochen verschlossen und verhüllt gewesen ... sie füllten sich — Hunderte von Taschentüchern wehten den Soldaten entgegen und ‚Vivat der Kaiser!' erscholl es von allen Seiten. Das war wie ein Signal für das Volk; ein ungeheures Pfeifen erstickte die loyalen Rufe in der Gegenwart, selbst in der Mitte der bewaffneten Sieger, die nun, freilich sehr schüchtern, ihren Siegeseinzug hielten. Und das pfeifende Volk begleitete die Sieger bis auf den Stock-im-Eisen-Platz. Von dorther kamen noch einige Schüsse. Sie kamen von Becher. Noch einmal hatte er sich aufgestellt und empfing die Sieger mitten in der besiegten Stadt mit einer letzten Salve ..."

Am nächsten Tag begann der Rachefeldzug der siegreichen Reaktion. Die Soldaten plünderten, mordeten und raubten. Die Standgerichte gingen an die Arbeit. Viele Tausende wurden verhaftet, Tausende verurteilt. 24 Revolutionsführer wurden standrechtlich erschossen. Unter ihnen befanden sich Becher und Jellinek, Robert Blum — und Messenhauser, der seinen Verrat mit dem Tode büßte. Die Tätigkeit der Standgerichte währte bis zum 9. Mai 1849. In dieser Zeit wurden 145 Menschen zum Tode oder zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Der Reichstag beriet noch einige Monate lang in Kremsier. Am 4. März 1849 wurde er durch eine ministerielle Verordnung einfach aufgelöst. Einige Tage vorher hatte die Regierung eine eigene Verfassung erlassen, ohne sich um die Ergebnisse der Beratungen in Kremsier auch nur zu kümmern.

Ungarn kämpfte noch drei viertel Jahr lang. Den österreichischen und kroatischen Truppen, die unter dem Kommando von Jellačič, Windischgrätz und Haynau gegen die Ungarn geschickt wurden, stellte sich eine ungarische Armee entgegen, zu deren Führern der im letzten Augenblick aus Wien geflohene Bem gehörte. Es war der österreichischen Armee nicht möglich, Ungarn aus eigener Kraft niederzuwerfen, die Regierung mußte sich an den Zaren um Hilfe wenden. Erst als 80000 Russen einmarschierten und den Kampf mit den Ungarn aufnahmen, mußte die ungarische Armee kapitulieren. Am 13. August wurde bei Vilagos die Kapitulation unterzeichnet. Kossuth floh in die Türkei, ein Teil der ungarischen Freiwilligen folgte ihm.

Obwohl Haynau der russischen Armeeführung, die sich in ihrer Rolle nicht sehr wohl fühlte, versprochen hatte, keine Repressalien durchzuführen, wüteten die Standgerichte in Ungarn noch ärger als in Wien. 13 Generäle wurden hingerichtet, 230 Offiziere zum Tode verurteilt, aber zu lebenslänglichem Kerker begnadigt. Alle Abgeordneten des ungarischen Parlaments und der Komitate wurden proskribiert. Bis zum August 1850 wurden insgesamt 167 Personen hingerichtet. Ungarn blieb militärisch besetzt.

Im November ernannte Ferdinand den Fürsten Schwarzenberg zum Ministerpräsidenten. In dieser Regierung, die eine „Regierung der starken Hand" werden sollte, saßen auch einige als liberal bekannte Minister, vor allem Graf Stadion (Inneres) und einige Vertreter des Großbürgertums, u. a. der Leiter des Triestiner Lloyd, Baron Bruck (Handel), und ein Mitglied des juridisch-politischen Lesevereins, Dr. Alexander Bach (als Justizminister). Die Wiener Liberalen und Großbürger waren für ihren Verrat belohnt worden. Am 2. Dezember dankte Kaiser Ferdinand ab. Sein Nachfolger wurde der 18jährige Franz Joseph.

VI.

ENDE UND ANFANG

1849 — 1867. DIE SUCHE NACH DEM KOMPROMISS

Die Revolution war mit Gewalt beendet worden. Alle entscheidenden Kräfte in der Monarchie — die Krone und der Hofadel, das österreichische Großbürgertum und die verschreckten österreichischen Mittelschichten, der böhmische, polnische und ungarische Adel, zusammen mit einem Teil der bürgerlichen Liberalen in diesen Ländern — waren sich über einen Punkt einig: die Revolution durfte nicht weitergehen. Sie durfte nicht im „Chaos" enden. Dieses „Chaos", vor dem sich Aristokraten, wie Windischgrätz und Fürst Schwarzenberg, und Liberale, wie Grillparzer und Alexander Bach, im gleichen Maße fürchteten, war in Österreich und Böhmen der Aufstieg der Arbeiterschaft zu einem politischen Machtfaktor, war im Rahmen des Gesamtstaates der Zerfall der Monarchie in eine Reihe nationaler Staaten. Aber die Angst vor dem „Chaos" war der einzige Punkt, über den man sich geeinigt hatte.

Die Niederschlagung der Revolution hatte nichts gelöst. Die nationalen Probleme waren geblieben. Das niedergeworfene Italien war erobertes Feindesland, das nur auf die Gelegenheit wartete, von neuem das österreichische Joch abzuwerfen. Ungarn mußte militärisch besetzt bleiben. Die ungarische Hocharistokratie, der die Revolution keinen geringen Schreck eingejagt hatte, wäre ebenso wie ein Teil des ungarischen Bürgertums nicht abgeneigt gewesen, irgendein Arrangement mit der Krone zu treffen, hätte man Ungarn eine gewisse Autonomie gelassen und ihm das Recht eingeräumt, die slawischen Völker in seinem Machtbereich zu beherrschen. Aber die Monarchie brauchte noch die Slawen, vor allem die Kroaten, die einen wesentlichen Bestandteil der Armee bildeten, auf die sich nun die Krone vor allem stützte. Und sie konnte den Ungarn auch nicht eine teilweise Autonomie geben, weil sie

sonst in Konflikt mit dem gefährlichsten und stärksten Bürgertum der Monarchie — dem österreichischen — geraten war. Dieses Bürgertum, verkörpert in Alexander Bach, in Schmerling, in Bruck und einer Reihe anderer bürgerlicher Vertreter, die der neuen Regierung Franz Josephs durch ihre Teilnahme eine Art von konstitutioneller Respektabilität verliehen, hatte seinen Preis. Dieser Preis hieß — österreichische Herrschaft über die nichtösterreichischen Nationen, in Regierungsbegriffe übersetzt, ,,Zentralismus" — Herrschaft Wiens über das ganze Habsburgerreich. In einfacheren Worten sagte dieses österreichische Bürgertum etwa: ,,Wenn wir schon nicht die Macht allein haben können — und leider hat die Revolution gezeigt, daß wir dazu ohne Hilfe der Krone nicht stark genug sind — wollen wir wenigstens unter den Zweiten die Ersten sein, auf dem Kutschbock der Monarchie sitzen." Die Krone, die ihrerseits nicht stark genug war, um allein zu herrschen, mußte zunächst diesem stärksten Bürgertum nachgeben und ihm die Konzession des Zentralismus und eine Reihe anderer Konzessionen machen. Aber Zentralismus bedeutete, daß es keine Verständigungsmöglichkeit mit Ungarn gab, daß alle Zugeständnisse an Ungarn aufgehoben werden mußten und das Land geringere Rechte und weniger Freiheit genoß als selbst im Vormärz. Er bedeutete, daß man die Ungarn von allen wichtigen Posten in ihrem eigenen Land fernhielt und an ihre Stelle österreichische Beamte setzte. Er bedeutete, daß Deutsch die Amtssprache und Wien das Zentrum der Macht wurde. Er bedeutete, kurz gesagt, die josefinische Zentralisierungspolitik ohne den josefinischen Fortschritt. Und da Ungarn nach der Revolution weit weniger bereit war, sich so etwas gefallen zu lassen, als vor der Revolution, bedeutete diese Politik Militärterror, Standgerichte, Verhaftungen, Verurteilungen, überfüllte Gefängnisse, Galgen, die nie leer wurden. Das bedeutete die Blutherrschaft, die jahrelang ausgeübt wurde, und die ständige Anwesenheit eines Teils der österreichischen Armee in Ungarn.

Mit den Tschechen und Polen war es etwas leichter. Den Tschechen gegenüber hatte die Monarchie ein Lockmittel —

solange sie Ruhe gaben und die Krone unterstützten, schützte sie sie vor dem Untergehen in einem Großdeutschland. Als Beweis für diese Absicht rief die Regierung Schwarzenberg auch die österreichischen Vertreter aus Frankfurt zurück und erklärte zwar etwas verklausuliert, aber doch eindeutig, daß Österreichs Verbindung mit Deutschland nicht über den Rahmen der Zugehörigkeit zu einer losen Allianz — etwa in der Art des alten deutschen Fürstenbundes — hinausgehen würde. Das genügte zunächst, um die Tschechen, die Kroaten und andere ruhig zu halten. Mit den Polen war es noch einfacher. Man versprach den aristokratischen Führern der polnischen Nationalbewegung Hilfe und Unterstützung gegenüber weiteren Ansprüchen der ruthenischen Bauern, die eine Mehrheit der Bevölkerung darstellten. Polen und Tschechen erhielten weiterhin unbestimmte Zusicherungen, ,,irgendwann" und ,,irgendwie" eine Vertretung im Ministerium zu bekommen.

All das genügte — zunächst. Große Sprünge konnte man in der Situation nicht machen, und bis 1851 war die Krone auffallend zahm. Die Verfassung vom 4. März 1849 sah auf den ersten Blick sehr fortschrittlich aus. Das heißt, es war alles darin, was dem österreichischen Bürgertum gefallen mußte — angefangen vom Grundsatz der zentralistischen Regierung Österreichs bis zur Verantwortlichkeit der Minister gegenüber einem noch zu wählenden Parlament (das allerdings niemals gewählt wurde), bürgerliche Rechte, Lehrfreiheit, Redefreiheit —, kurz, es war eine ,,schöne" Verfassung. Leider trat sie niemals in Kraft. In der Zwischenzeit regierte der Vertreter des liberalen Bürgertums in der Regierung, Dr. Alexander Bach, mit Notverordnungen.

Das österreichische Bürgertum war allerdings nicht so naiv, sich mit einer schönen Verfassung (noch dazu auf dem Papier) zufrieden zu geben. Daß es sich verhältnismäßig ruhig verhielt, lag daran, daß man ihm neben dem Zentralismus (der nicht auf dem Papier blieb) noch eine Reihe wirtschaftlicher Zugeständnisse gab. Daß Bruck, der Präsident der Triestiner Lloyd, Handelsminister wurde, bedeutete eine wirkliche Konzession an die Wünsche wenigstens des in-

dustriellen Großbürgertums. 1850 wurden die inneren Zollgrenzen, vor allem die Zollgrenze gegen Ungarn, die nun für das österreichische Bürgertum ein Hindernis geworden war, aufgehoben, 1851 fielen die meisten Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen. Die Eisenbahnen erhielten endlich das, wofür sie so lange gekämpft hatten — das Recht und die Möglichkeit, Kohlengruben aufzukaufen und in Betrieb zu setzen. Der Eisenbahnbau wurde beschleunigt, schon deshalb, weil die Bauernbefreiung und die langsam folgende Verwandlung der Bauern in Grundeigentümer den Eisenbahngesellschaften die Möglichkeit gaben, für den Bahnbau Boden von kleinen Eigentümern zu kaufen, statt sich wie früher mit dem viel stärkeren Adel auseinandersetzen zu müssen. Dadurch standen dem Bahnbau bald bäuerliche Arbeitskräfte in großer Zahl zur Verfügung. Schiffbau und Schiffsverkehr wurden ebenfalls erhöht, daß Brucks Gesellschaft daran den Löwenanteil erhielt, war nur selbstverständlich. Diese wirtschaftlichen Maßnahmen, zu denen noch die Modernisierung des Justizwesens durch Minister Schmerling (ebenfalls ein Liberaler) kam, die Schaffung neuer, ziemlich demokratischer Verwaltungskörperschaften durch den Grafen Stadion, die Gründung neuer Gymnasien und technischer Lehranstalten und die Herstellung der im wesentlichen unbeschränkten Lehrfreiheit, wirkten sich bald aus. Der österreichische Handel entwickelte sich, der Import, der 1831 89 Millionen Gulden betrug, stieg 1880 auf 390 Millionen Gulden, der Export von 97 auf 380 Millionen. Die Entwicklung war am stärksten in der Agrarwirtschaft, eine Folge der Bauernbefreiung. Der Getreideanbau wuchs rasch an, 1887 betrug er das Dreifache der Anbaumenge von 1836. Der Wert des Grund und Bodens verdoppelte sich zwischen 1846 und 1866, das in der Landwirtschaft investierte Kapital erhöhte sich, wenn man die Ziffer von 1846 mit 100 annimmt, auf 200 1866, und 240 1880. Trotz einer gewissen industriellen Entwicklung, die sich nach 1867 noch beschleunigte, war die Monarchie aber im wesentlichen ein Agrarland. Noch 1879 verteilte sich die Zahl der Beschäftigten in der Monarchie folgendermaßen:

In der Land- und Forstwirtschaft	11000000
Im Bergbau	200000
Sonstige Industrien	2100000
Kommerz	350000
Persönlicher Dienst	1000000*

Sehr stark war die Industrieentwicklung nach 1849 also nicht.

Immerhin genügte dem österreichischen Bürgertum auch die teilweise Erfüllung seiner Forderungen, um es mit dem neuen Absolutismus einigermaßen zu versöhnen. Als sich 1851 die Krone stark genug fühlte, auch den Schein einer konstitutionellen Regierung zu beseitigen, im sogenannten Silvesterpatent (erlassen am 31. Dezember 1851) die Verfassung außer Kraft setzte und zum Grundsatz der nur der Krone verantwortlichen und nur von der Krone einzusetzenden und zu entlassenden Regierung zurückkehrte, rührte sich niemand. Das Bürgertum nahm das Silvesterpatent gleichmütig hin.

Das bedeutete nicht, daß das österreichische Bürgertum befriedigt war. Es war außerordentlich zurückhaltend, sehr wenig mit Einlagen und Investitionen, fast ebensowenig bereit, sein Geld im Österreich von 1849 zu riskieren, wie es bereit gewesen war, es im Vormärz-Österreich zu tun. Dies wird in einem Brief Hans Kudlichs charakterisiert, der die typische Haltung des Bürgertums so erklärte: „Die österreichische Bourgeoisie betrachtet die Regierung wie die Frau den Mann, der stets betrunken nach Hause kommt und das ganze Wirtschaftsgeld vertrinkt. Wenn er einmal vierzehn Tage lang nicht ins Wirtshaus geht — lohnt es sich deswegen, zu sparen und etwas anzufangen? Er vertrinkt doch wieder alles."

Immerhin blieb die österreichische Regierung eine Weile vom „Wirtshaus" fern. Vielleicht hätte man diesen idyllischen Zustand — eine mäßige Zufriedenheit des österreichischen Bürgertums, garantiert durch eine unmäßige Zahl von Truppen in der übrigen Monarchie — länger erhalten können, wenn die Außenpolitik nicht gewesen wäre.

*International Yearbook of Statistics.

Die Interessen der einflußreichsten Schichten des österreichischen Bürgertums und der Krone trafen sich in einem wesentlichen Punkt. Beide waren an einer Ausdehnung der Monarchie, an einer Erhöhung des politischen Einflusses Österreichs über seine Grenzen hinaus interessiert. Für Franz Joseph war es günstig, weitere Länder des Balkan, zum Beispiel die Donaufürstentümer (den außerhalb Siebenbürgens liegenden Teil des heutigen Rumänien) seinem Reich anzugliedern, weil auf diese Weise sein Reich, seine Steuereingänge und sein politisches Gewicht vergrößert wurden. Für Bruck und seine Geschäftsfreunde war dies günstig, weil damit die Donau ein „österreichischen Strom" wurde und die französischen, italienischen und griechischen Dampfschiffahrtsgesellschaften, die der seinen Konkurrenz machten, aus dem Wettbewerb ausschieden. Die Krone hatte ein Interesse daran, die italienischen Gebiete zu behalten und zu diesem Zweck die ewige Drohung ihrer Lostrennung und ihres Anschlusses an ein neues selbständiges Italien zu beseitigen, indem sie Staaten, wie etwa Sardinien, die ein Kristallisationspunkt dieses selbständigen Italien werden konnten, schwächte oder vernichtete. Das Großbürgertum wollte die Provinzen ebenfalls behalten und war überdies sehr daran interessiert, bei dieser Gelegenheit die konkurrierenden italienischen Schiffahrtsgesellschaften, Banken und Eisenbahngesellschaften zu schädigen und es möglich selbst das italienische Geschäft zu machen. In bezug auf Deutschland lagen die Dinge etwas komplizierter, aber auch hier spürten sowohl die Krone wie die Hochfinanz und die Industrie mit Unbehagen die politische und wirtschaftliche Konkurrenz Preußens, das sie aus der deutschen Politik und dem deutschen Geschäft zu verdrängen drohte. Kurz — sowohl die Krone als das Bürgertum brauchten eine aggressive, aber erfolgreiche Außenpolitik. Aggressiv zu sein war die österreichische Regierung, war die Krone, die ihr die Befehle gab, gern bereit. Mit dem Erfolg stand es schlechter.

Die österreichische Außenpolitik zwischen 1854 und 1866 bestand in einer Serie von Niederlagen — eine immer größer als die andere, in einer Reihe von Versuchen, sich ins

europäische Kräftespiel Europas einzuschalten und für sich auf diese Weise Vorteile herauszuholen — Versuche, die jedesmal mit einem Fiasko endeten. Es begann mit dem Krimkrieg 1853. Zwischen Österreich und Rußland bestand eine enge Allianz, bei der Österreich allerdings die Rolle des abhängigeren Partners spielte. Der Zar hatte 1849 geholfen, die ungarische Revolution niederzuwerfen, und solange Österreich eine Politik der Niederhaltung Ungarns betrieb, war es auf die russische Hilfe angewiesen. Rußland war im Begriff, auf Kosten der sterbenden Türkei seinen Besitz auf dem Balkan zu vergrößern. Dabei stieß es auf den Widerstand Frankreichs und Englands, die die Türkei als eine Art neutralen Brückenkopf gegen Expansionen sowohl nach dem Nahen wie auch nach dem Fernen Osten stark erhalten wollten. Österreich hatte ähnliche Absichten wie Rußland — die Ausdehnung der Monarchie auf Kosten der Türkei. Im Hintergrund waren die deutschen Staaten, die immer mehr unter die Führung Preußens gerieten und die im Augenblick nichts anderes wollten, als durch geschicktes Lavieren zwischen den Mächtegruppen und eine gelegentliche Vermittlungstätigkeit ihre eigene Position zu stärken. Österreich galt als Verbündeter Rußlands. Als der Zar 1853 die Donaufürstentümer besetzte, betonte der österreichische Staatsminister — der besonders unfähige Graf Buol — die „heilige Allianz" zwischen Österreich und Rußland. Aber als die Besetzung vollendet war, kam plötzlich wie ein Blitz aus heiterem Himmel ein österreichisches Ultimatum an den Zaren, worin dieser aufgefordert wurde, sofort die Donaufürstentümer zu räumen. Rußland, dem inzwischen Frankreich und England den Krieg erklärt hatten, mußte die Räumung durchführen. Österreich besetzte die Donaufürstentümer.

Der Grund für dieses Verhalten waren Geheimverhandlungen, die Buol inzwischen — auf Anraten der preußischen Regierung, mit der Österreich ein Schutzbündnis zur Verteidigung des Donaulaufs abgeschlossen hatte — mit Frankreich und England führte und die mit dem Abschluß eines Bündnisvertrags zwischen Österreich, Frankreich und England endeten. Preußen hatte dabei nicht die Absicht, sich in irgend-

eine der beiden Kombinationen einspannen zu lassen, hatte aber nichts dagegen, Österreich vorzuschieben, um später zu vermitteln. Frankreich und England mußten nach dem ganzen Lauf der Verhandlungen überzeugt sein, daß Österreich sich der Allianz gegen den Zaren anschließen würde — aber die österreichische Regierung hatte nur geblufft. Sie hatte nicht die Möglichkeit, Krieg zu führen. Ihre Kassen waren leer — schon um die Donaufürstentümer zu besetzen, mußte man eine Anleihe aufnehmen, und die innenpolitische Lage war so kritisch, daß man nirgends genug Truppen abziehen konnte, um eine Armee aufzustellen. So wurde der Krimkrieg 1853 bis 1856 von Frankreich, England, der Türkei und ab 1855 auch von Sardinien, aber ohne Österreich, gegen Rußland geführt.

Das Resultat war, daß die Monarchie sich außerhalb jeder Mächtegruppe befand. Rußland warf Österreich vor, daß es durch sein unerwartetes Ultimatum seinen ganzen Kriegsplan desorganisiert und damit seine Niederlage herbeigeführt hatte. Frankreich und England behaupteten nicht mit Unrecht, daß der Krieg wahrscheinlich überhaupt nicht ausgebrochen wäre, wenn Österreich von vornherein auf ihrer Seite gewesen, und wesentlich rascher zu Ende gegangen wäre, hätte es an ihrer Seite gekämpft. (Obwohl England und Frankreich den Krieg gewannen, kostete er sie schwere Opfer und brachte sie einige Male an den Rand der Niederlage.) Sieger und Besiegte vermuteten, daß Österreich sie absichtlich in den Krieg hineinschlittern ließ, um selbst auf Kosten beider zu profitieren, aber dieser teuflische Plan lag der österreichischen Regierung fern. Sie hatte nur versucht, etwas für nichts zu bekommen, und hatte nicht bedacht, daß man, wenn man mit Krieg droht, auch bereit und fähig sein muß, ihn zu führen. Das Ende war, daß auf dem Friedenskongreß in Paris 1856 Sieger und Besiegte sich vereint gegen Österreich wandten. Es mußte die Donaufürstentümer wieder räumen, der Traum von der Donau als „österreichischen Strom" erlitt durch den Beschluß der allgemeinen Freigabe der Donauschiffahrt ein jähes Ende, die österreichisch-russische Allianz war zerschlagen, und Frankreich begann sich dem Königreich Sardinien zu nähern und

es in seinen Bestrebungen zur Schaffung eines einheitlichen Italien zu unterstützen.

Denn Sardinien war der Sammelpunkt der italienischen Einheitsbewegung, ein Staat, um den sich schon 1848 die nationalen Kräfte Italiens zu gruppieren suchten, dem es gelungen war, alle Unterwerfungsversuche Österreichs abzuschlagen, und dessen Regierung, König Viktor Emanuel II. und Premierminister Cavour, eine liberale und nationale Politik verfolgte. Cavour und Frankreichs Kaiser, Napoleon III., schlossen nach dem Pariser Frieden ein Bündnis zur Verdrängung Österreichs aus Italien und zur Herstellung eines italienischen Staates unter französischem Schutz. Während Cavour und Napoleon III. nach den besten Anlaß für die Eröffnung des Kampfes gegen Österreich suchten, nahm Buol ihnen die Arbeit ab. Österreich begann eine Strafexpedition gegen Sardinien, das es für Unruhen in der Lombardei verantwortlich machte — die in Wirklichkeit durch die Schikanen und den Terror der österreichischen Verwaltung hervorgerufen worden waren.

Aus der „Strafexpedition" wurde ein Krieg mit Österreich auf der einen, Sardinien und Frankreich auf der anderen Seite, ein Krieg, den ganz Italien als Befreiungskampf betrachtete und nach Kräften unterstützte. Buol, der sich in diesen Krieg ebenso kopflos gestürzt hatte wie in die antirussische Allianz, verlor im letzten Augenblick den Mut und bat die Großmächte um Vermittlung. Der einzige Staat, der sich zu dieser Vermittlung bereit erklärte, war Preußen — allerdings um den Preis des Verzichts Österreichs auf die militärische Führung der deutschen Staaten zugunsten Preußens. Diesen Preis zu zahlen, lehnte Franz Joseph ab, und der Krieg nahm seinen Lauf. Die österreichische Regierung dachte zunächst, daß der Krieg in Italien ein militärischer Spaziergang sein würde — man glaubte, noch zu Zeiten Radetzkys zu leben. Aber Radetzky war 1857 gestorben und sein Nachfolger Graf Gyulai war ein Nichtskönner, der seine Stellung der Protektion des Generaladjutanten des Kaisers, Graf Grünne, verdankte. Grünne schickte ihn zwar mit dem ermutigenden Telegramm in die Schlacht, „soviel wie der alte Esel Radetzky bringst du auch

fertig!", aber das hinderte Gyulai nicht, nach der Schlacht von Magenta die ganze Lombardei zu räumen und sich ins Festungsviereck zurückzuziehen. Franz Joseph übernahm nun selbst das Oberkommando, mit dem Ergebnis, daß die Österreicher die Schlacht von Solferino verloren und sich abermals zurückziehen mußten. Die Armee hatte an sich nicht schlecht gekämpft, General Benedek war es als einzigem sogar gelungen, Erfolge zu erzielen, und die Soldaten schlugen sich tapfer; „Löwen, die von Eseln geführt wurden", sagte man in Wien, aber Generalstab und Offizierskorps hatten völlig versagt. Was nicht wenig zur Niederlage beigetragen hatte, war eine wirtschaftliche „Kleinigkeit", die Franz Joseph, der seit 1851 immer mehr Politik auf eigene Faust und ohne Befragen seiner Minister machte, nicht beachtet hatte. Die österreichische Eisenbahn in der Lombardei, die teilweise mit französischem Kapital gebaut worden war, war kurz vor dem Kriege, als man gerade Geld brauchte, gegen den Rat Bruck an eine französische Gesellschaft verpfändet worden — und diese Gesellschaft sorgte dafür, daß diese strategisch so wichtige Eisenbahnlinie für Österreich 1859 praktisch unbenützbar war.

Der italienische Krieg endete mit einem offenen diplomatischen und militärischen Bankrott Österreichs. Im Frieden von Zürich verlor Österreich mit Ausnahme Venetiens auch alle seine italienischen Besitzungen. Schon vor dem Friedensschluß hatte die Erhebung ganz Italiens, die Österreich durch seine „Strafexpedition" zu verhindern gedacht hatte, begonnen. Die kleinen, zum großen Teil von Österreich abhängigen Dynastien wurden gestürzt, überall entstanden patriotische Regierungen, die sich unter den Schutz Sardiniens stellten. Unter der Führung des italienischen Demokraten Garibaldi bildete sich eine nationale Armee, die den römischen Kirchenstaat, Sizilien, Neapel und Umbrien, die sich dem Zusammenschluß widersetzten, eroberte. Am 5. November 1861 wurde durch eine Volksabstimmung das unter der Herrschaft Viktor Emanuels vereinigte Königreich Italien geschaffen, das fast alle italienischen Gebiete einschloß. Savoyen und Nizza wurden an Frankreich abgetreten. Rom blieb bis 1870 unter päpstlicher

Herrschaft unabhängig. Venetien blieb nur noch sechs Jahre bei Österreich. Nach der Niederlage von Königgrätz 1866 wurde es an Frankreich und von Frankreich an Italien abgetreten. Mit der Schaffung eines einheitlichen Italien war Österreichs Rolle als Mittelmeergroßmacht ausgespielt.

Selbst für den alten Absolutismus der Zeit vor 1848 wäre eine solche Serie von Mißerfolgen schwer zu ertragen gewesen, aber der Neoabsolutismus Franz Josephs von 1851 hatte nichts von jener Festigkeit, die seinen echten Vorgänger kennzeichnete. Er war trotz aller Strenge ein geduldeter Absolutismus, geduldet, weil er für das österreichische Bürgertum angenehmer war als eine andere Regierungsform, und für einen Teil der Völker der Monarchie nicht so unerträglich, daß sie um seiner Beseitigung willen Kämpfe und Krisen auf sich genommen hätten. Aber all das galt nur, solange er erfolgreich war und keine allzu große wirtschaftliche Belastung darstellte. Beides traf nicht mehr zu. Der Neoabsolutismus hatte nur Mißerfolge und entwickelte sich langsam zu einer schweren wirtschaftlichen Belastung. Der Ehemann hatte wieder begonnen, das Geld im Wirtshaus zu vertrinken. Die erfolglosen Kriege hatten das Staatsbudget in Unordnung gebracht, die Steuern stiegen; man war im Begriff, neue Anleihen auszuschreiben, der Staat begann wieder der Industrie, der Finanz Kapital zu entziehen, über die sie anderweitig verfügen wollten. Konventionen, die man zum Beispiel nach 1849 für den Bahnbau gegeben hatte, wurden eingestellt — die Zeit vor 1848 schien wieder beginnen zu wollen. Das Resultat war eine plötzliche und sehr deutliche Abkühlung der Beziehungen zwischen Franz Joseph und seiner allergetreuesten bürgerlichen Gefolgschaft, die nun wieder eine Verfassung, ein Parlament und verantwortliche Ministerien zu verlangen begann. Gleichzeitig verstärkte sich die Opposition in Ungarn, dessen nationale Bewegung nur niedergehalten, nicht vernichtet war. Es gab kleine Unruhen, tägliche Reibereien, man mußte immer mehr Militär nach Ungarn schicken, und die ungarischen Regimenter in der Armee wurden so unzuverlässig, daß man es nicht mehr wagte, sie überhaupt einzusetzen.

Die Krone spürte all das schon geraume Zeit, spürte, daß bald der Tag kommen konnte, an dem weder Truppen noch die Ernennung bürgerlicher Minister mehr helfen würden. Aber noch ärger als das waren die wirklichen militärischen Niederlagen, die Österreich zu einer Macht letzten Ranges zu machen drohten, war der Verlust von Ländern, die Unmöglichkeit, eine Politik der Ausdehnung durchzuführen.

Franz Joseph ist oft mit seinem Vorgänger Franz I. verglichen worden. Er hatte dessen ganzen Abscheu vor Revolutionen und Volksbewegungen, dessen ganze Abneigung, die „Untertanen" im Staat mitreden zu lassen. Aber bei allem Konservativismus unterschied er sich von Franz I. dadurch, daß er der Herrscher eines modernen Landes im Zeitalter des modernen Industriekapitals war und es auch wußte. Er konnte es sich nicht leisten, die Entwicklung im Lande einfach zu ignorieren, die Stimmung des Bürgertums mit der Bezeichnung „Demagogenhetze" abzutun und so weiterzumachen, wie es ihm passte. Franz Joseph war in einer Revolution zur Macht gekommen und er vergaß das nie. Er wußte, daß an einem bestimmten Punkt etwas geschehen mußte, sollten nicht für ihn und seine Dynastie unangenehme Konsequenzen eintreten. Im vorliegenden Fall war ihm klar, daß etwas getan werden mußte, um diese Krise zu beenden. Genau gesagt, es mußte etwas geschehen, damit die Monarchie nicht mehr große Teile ihres eigenen Landes als Feindesgebiet unter Militärbewachung halten mußte, die Truppen, die sie dazu brauchte, wieder frei bekam und das Geld, das sie diese Bewachung kostete, für wichtigere Zwecke verwenden durfte. Es mußte etwas geschehen, damit Österreich militärisch nicht mehr ohnmächtig sei. Der Grundsatz, „es muß etwas geschehen", bedeutete natürlich nicht, daß Franz Joseph bereit — oder auch nur imstande — war, wirklich etwas Entscheidendes zu tun. Es gibt auch Scheinlösungen.

1860 beginnt die Serie der sogenannten „Verfassungsexperimente" in Österreich. Diese Experimente hatten eines gemeinsam. Sie wurden alle übereilt, unklar, undurchdacht erlassen — das Wasser stand der Regierung schon bis zum Hals, sie kamen alle „von oben", ohne Beteiligung und Mitarbeit

des Volkes. Franz Joseph suchte sich einen oder mehrere Minister, die ihm fähig und zuverlässig schienen, und gab ihnen den Auftrag, möglichst über Nacht eine Verfassungsreform durchzuführen, die möglichst in wenigen Monaten alles in Ordnung bringen sollte. Wenn die Sache nicht funktionierte — und sie funktionierte nie —, warf er das Ganze über den Haufen und versuchte den entgegengesetzten Weg.

Die Hauptprobleme waren folgende: Man mußte das unruhige Ungarn irgendwie beruhigen — wenigstens so weit, die ständige Bürgerkriegsdrohung zu beseitigen. Man mußte das unzufriedene österreichische Bürgertum besänftigen — oder, wenn das nicht ging, sich an seiner Stelle andere Verbündete schaffen. Die Beruhigung Ungarns durfte aber nicht so weit gehen, daß man ihm offen eine autonome Sonderstellung gab, weil man damit im nachhinein die ungarische Revolution von 1848 sanktioniert hätte. Die Beruhigung des österreichischen Bürgertums durfte wiederum nicht so weit gehen, daß man sich um seinetwillen alle anderen Nationen der Monarchie zu Feinden machte. Seine Ersetzung durch andere Verbündete durfte schließlich nicht so weit gehen, daß man es sich mit ihm ganz verdarb. Wie man sieht, war es ein hübscher gordischer Knoten, den die unglücklichen und nun immer häufiger wechselnden Minister Franz Josephs zu lösen hatten.

Das erste Experiment dieser Art war das Oktoberdiplom. Im August 1860 trat eine neue Regierung ihr Amt an, und der Innenminister, ein polnischer Adeliger, Graf Goluchowsky, bekam den Auftrag, eine neue Verfassung auszuarbeiten. Daß ein Pole diesen Auftrag erhielt, war kein Zufall. Die neue Verfassung sollte eine Abkehr vom Zentralismus zum Föderalismus sein. Das bedeutete, daß nicht wie bis jetzt ein zentraler österreichischer Beamtenapparat, sondern auch die Vertreter der Länder der Monarchie — also auch die Nichtösterreicher — mitregieren sollten. Die Ernennung eines Nichtösterreichers sollte ein Symbol dafür sein.

Die ganze Sache war ein Trick. Man wollte die Ungarn indirekt beruhigen — nicht dadurch, daß man ihnen etwas gab, sondern indem man allen eine Konzession machte, die

im Grunde nichts bedeutete. Außerdem wollte man nicht die Völker der Monarchie an der Regierung beteiligen, sondern nur den Adel dieser Völker. Franz Joseph vermutete, daß er mit dem ungarischen, polnischen, tschechischen und österreichischen Adel zusammenarbeiten könne, nicht schlechter jedenfalls als mit dem österreichischen Bürgertum, dessen Einfluß er bei dieser Gelegenheit vermindern wollte. Die Vermutung war übrigens nicht ganz aus der Luft gegriffen. Seit einiger Zeit hatte es zwischen Franz Joseph und der ungarischen adeligen Partei, den sogenannten „Alt-Konservativen", und den tschechischen Adelsvertretern durch Clam-Martinic Verhandlungen gegeben.

Das Oktoberdiplom sah vor, daß der Reichsrat, eine vor einiger Zeit geschaffene Beamteninstitution, die aber nur eine beratende Funktion hatte, in Zukunft zum größten Teil aus Vertretern der Provinziallandtage bestehen sollte. Die alten Provinziallandtage sollten wiederhergestellt werden und über diejenigen Fragen selbst entscheiden können, die nicht Sache des Gesamtstaates waren. Die Landtage waren nichts anderes als die alten, längst gestorbenen Provinzialstände, und darin war das Übergewicht des Adels sowohl in den Provinzen wie im Reichsrat gesichert — allerdings des Adels aller Länder der Monarchie. Um Ungarn eine besondere Beruhigungspille zu geben, wurde der seit 1849 aufgelöste ungarische Landtag wiederhergestellt und das ungarische Sonderministerium in Wien, die ungarische Hofkanzlei, die meist mit einem Ungarn besetzt war, wiederbelebt.

Das Oktoberdiplom befriedigte niemanden. Das österreichische Bürgertum protestierte, weil es das Oktoberdiplom als gegen sich gerichtet betrachtete, und agitierte mit Erfolg gegen eine Verfassung, die die Herrschaft des Adels über die Hintertreppe wieder einschmuggeln wollte. Die Ungarn, auf die es in erster Linie ankam, rannten Sturm gegen die Verfassung, die ihrem Land in der Monarchie die gleichen Rechte und den gleichen Einfluß gab wie etwa Vorarlberg oder Kärnten. Trotz aller Versuche, die ungarische Front durch Lossprengung des Adels zu schwächen, wurde die erste Landtagswahl in Ungarn

zu einer Demonstration — man wählte alle noch lebenden Abgeordneten des Parlaments von 1848 wieder. Auch sonst wurden die Landtagswahlen, besonders in Österreich, eine Gelegenheit, endlich aufs schärfste gegen das Oktoberdiplom zu protestieren. Immerhin hatte das Oktoberdiplom und die damit verbundene Landtagswahl ein Gutes — sie lösten ein wenig die bürokratische Erstarrung des öffentlichen Lebens in Österreich und brachten gewisse Dinge ins Rollen. Man konnte wieder öffentlich über Politik und Verfassung diskutieren und schreiben und andere, bessere Reformen fordern.

Ein halbes Jahr später machte die Krone eine Wendung — um fast 180 Grad. Goluchowsky ging, der neue Kanzler war ein Österreicher und ein Exliberaler, Anton von Schmerling. Schmerlings Werk war eine neue Verfassung, das Februarpatent, das am 26. Februar 1861 erlassen wurde.

Das Februarpatent schuf eine Regierungsform, die dem parlamentarischen System eines modernen Staates schon etwas ähnlicher war als das Oktoberdiplom, aber der Parlamentarismus, der es begründete, war ein Parlamentarismus der Österreicher und für die Österreicher, mit einigen kleinen Konzessionen an die Ungarn. Der Reichsrat erhielt gesetzgebende Gewalt und wurde in ein Herrenhaus und ein Abgeordnetenhaus geteilt. Er sollte — hier war die Konzession an Ungarn — in einem weiteren Reichsrat mit den Ungarn über alle gemeinsamen Staatsangelegenheiten, in einem engeren Reichsrat über die Angelegenheiten der österreichischen, galizischen und tschechischen Länder beraten, während Ungarn die seinigen in einem Landtag verhandeln konnte. Hier war der Anfang des Dualismus, die Anerkennung der Tatsache, daß es in der Monarchie zwei Gruppen von Ländern gab — eine österreichisch-polnisch-tschechische und eine ungarische.

Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses sollten von den Landtagen gewählt werden. Die Landtage wurden von vier Gruppen von Wählern, vier „Kurien", gewählt, von denen jede die gleiche Zahl von Abgeordneten entsenden konnte, dem Großgrundbesitz, den Städten, den Handels- und Gewerbekammern und den Landgemeinden. Das bedeutete, daß dem

Bürgertum durch die Schaffung einer speziellen Kurie „Handels- und Gewerbekammer" auf jeden Fall ein starker Anteil gewährleistet war, und das bedeutete weiter, daß in Böhmen, wo Bürgertum und Städte vorwiegend deutsch waren, von vornherein die Deutschsprachigen eine Mehrheit gegenüber der bäuerlichen und kleinbürgerlichen tschechischen Bevölkerung hatten. Ähnlich verhielt es sich mit Galizien, wo die Polen eine künstliche Mehrheit gegenüber den Ruthenen erhielten. Dazu kam, daß in den Städten und Landgebieten die Wahlbezirke so zurechtgeschnitten waren, daß sie eine deutsche Mehrheit sicherten. In Prag zum Beispiel brauchte ein Abgeordneter in einem tschechischen Bezirk elfmal soviel Stimmen zur Wahl wie ein Abgeordneter in einem deutschen Bezirk. Die Schmerlingsche „Wahlkreisgeometrie", wie man das System nannte, sollte später in Österreich berühmt werden. Als Gegenleistung für die Vormachtstellung gegenüber den Slawen, die den Österreichern eingeräumt wurde, sollten sie taktvoll übersehen, daß die Verfassung eigentlich keine Verfassung war. Die Krone und das Ministerium konnten nämlich, wenn sie wollten, auf vielen Gebieten einen Reichsratsbeschluß nur zur Kenntnis nehmen oder handeln, ohne ihn abzuwarten. Von den Ungarn hoffte man, daß die Zweiteilung des Reichsrats sie mit der Tatsache versöhnen würde, daß sie auch unter dem Februarpatent genau so viel oder genau so wenig Einfluß hatten wie Vorarlberg.

Beide Hoffnungen erwiesen sich als falsch.

Die Ungarn lehnten von vornherein ab, am Reichsrat teilzunehmen; sie verlangten die Anerkennung der Verfassung von 1848. Als das abgelehnt wurde, blieben sie dem Reichsrat fern. Schmerling versuchte eine Weile, ihre Opposition zu ignorieren, und fand dabei die Unterstützung eines Teils der österreichischen Abgeordneten, bis man schließlich einsehen mußte, daß die Diplome und Patente ja erlassen worden waren, um die ungarische Krise irgendwie zu lösen, und daß ihr Zweck nicht erreicht war, wenn die Krise andauerte. Überdies beschränkten sich die Ungarn nicht auf das Fernbleiben. Sie verhandelten, wenn auch inoffiziell und über den Kopf des

österreichischen Ministers hinweg, weiter mit der Krone und sie begannen in Ungarn eine Politik zu betreiben, die ihre Position dort stärkte. Diese Politik war die Annäherung an die slawischen Völker Ungarns, besonders an die Kroaten. Ihr Vertreter war der Liberale Deák, der schon 1848 die slawenfeindliche Politik Kossuths als selbstmörderisch verurteilt und bekämpft hatte. Da der Neoabsolutismus nach 1849 die kroatischen Rechte, trotz der Dienste Jellačič', ebensowenig gewahrt hatte wie die Rechte anderer Völker und jetzt durch die Politik Schmerlings wieder eine österreichische und antislawische Orientierung bewies, gelang es Deák ziemlich leicht, die verärgerten und enttäuschten Slawen zu gewinnen. Damit war eine der Hauptwaffen der Monarchie gegen Ungarn unbrauchbar geworden.

Die Tschechen, die im Februarpatent die Festigung der Vormachtstellung der Österreicher in Böhmen erkannten, traten ebenfalls in Opposition und blieben dem Reichsrat fern. Die tschechische Opposition war zwar nicht so stark und aggressiv wie die ungarische und daher für die Monarchie nicht so gefährlich, aber schließlich war Schmerling geholt worden, um Ruhe zu schaffen, und nicht, um neue Konflikte herbeizuführen. Allmählich fand auch die österreichische Bourgeoisie, daß seine Politik nicht sehr vorteilhaft sei und daß es sich nicht lohne, ihretwillen eine Scheinkonstitution auf sich zu nehmen. So rückte auch sie langsam von ihm ab. Die Schmerling-Regierung vegetierte eine Zeitlang dahin und fiel schließlich 1865. Nun begannen direkte Verhandlungen zwischen der Krone und Deák. Inzwischen fing das österreichische Bürgertum an, sich über seine Stellung und seine Aussichten Gedanken zu machen. Die Erfahrungen der letzten acht Jahre waren lehrreich. Offenbar nützten weder Gesetze noch Wahlgeometrie aus, um die Vormachtschaft der Österreicher in der Monarchie auf die Dauer zu sichern. Offenbar war auch die Krone kein ganz zuverlässiger Verbündeter.

Die alte, in ihrer Zielsetzung revolutionäre großdeutsche Bewegung war 1848 mit der Revolution gestorben. In den Jahren danach war das österreichische Bürgertum an einer engen Verbindung mit Deutschland nicht besonders inter-

essiert. Die Politik der Krone, die einen starken Einfluß in Deutschland aufrechtzuerhalten versuchte, ohne sich mit Deutschland zusammenzuschließen, wurde im großen und ganzen unterstützt. Als Franz Joseph auf den Vorschlag, Österreich eng an das deutsche Zoll- und Wirtschaftssystem anzugliedern, den Gegenvorschlag machte, diese Angliederung auf die ganze Monarchie auszudehnen (was ein großes zahlenmäßiges Übergewicht Österreichs bedeutet hätte und darum von den deutschen Staaten, vor allem von Preußen, abgelehnt wurde), war das Bürgertum einverstanden. Es wußte genau so gut wie die Krone, daß der Gegenvorschlag nur eine höflichere Art war, „nein" zu sagen, und stimmte zu, weil es die Konkurrenz der deutschen Industrie fürchtete. Aber in dem Maße, in dem sich die nationalen Differenzen wieder zeigten, begannen einige Gruppen des österreichischen Bürgertums an einer deutsch-österreichischen Annäherung Geschmack zu finden — allerdings mit einer ganz anderen Begründung als 1848.

Der Gedanke einer engen Vereinigung nicht des eigentlichen Österreich, sondern der ganzen österreichischen Monarchie mit Deutschland, um auf diese Weise in einem neuen Staat der „70 Millionen" ein deutsches Übergewicht gegenüber den anderen Völkern zu schaffen, tauchte zum ersten Male in einer Denkschrift auf, die Bruck 1859 an den Kaiser richtete. Bruck sagte darin ganz offen, daß nur eine Stärkung des deutschen Elements in Österreich eine Stärkung der Monarchie, das heißt eine Festigung ihrer Herrschaft bedeuten würde — nämlich ihrer Herrschaft im Innern. Bruck war in dieser Denkschrift sehr vorsichtig, er erklärte, daß er nicht eine Zwangsgermanisierung der nichtdeutschen Völker fordere, daß aber die Einigung mit Deutschland und die Erfüllung der Monarchie mit „deutschem Geist" sowohl die „separatistischen Gelüste" zum Verschwinden bringe als auch fremden Mächten die Lust nehme, „durch nationale Sympathien im Trüben zu fischen". Es ist klar, daß damit erstens die Ungarn und zweitens die slawischen Völker mit dem „im Trüben fischenden" Rußland gemeint waren. Bruck ging aber noch weiter. Nicht nur die innere Sicherung der Monarchie sei durch den Zusammenschluß

mit Deutschland möglich, sondern auch ihre Ausdehnung nach dem Osten — der unteren Donau — hin. Durch diesen Zusammenschluß könne das „deutsche Element" ein derartiges Gewicht erhalten, daß es „durch sein natürliches Schwergewicht" die kleineren Staaten Osteuropas leicht an sich ziehen könne. Wie man sieht, arbeitete Bruck da einen fertigen Plan zur Erhaltung der Monarchie durch die endgültige Niederhaltung der nationalen Bewegung und des Vordringens nach dem Osten aus. Nicht umsonst war Bruck der Vertreter der Kreise, die am meisten an einer Expansion interessiert waren. Von diesem Interesse bis zur Bereitschaft, sie durch deutsche, wenn schon nicht durch österreichische Kraft allein zu erreichen, war nur ein Schritt. Brucks Denkschrift, die an anderen Stellen die österreichische Regierung scharf kritisierte, fand bei Franz Joseph wenig Zustimmung. Im Gegenteil, sie führte wegen dieser Kritik zu seiner Entlassung. Aber der Gedanke der neuen großdeutschen Orientierung begann langsam, ganz langsam Boden zu fassen, um so stärker, je tiefer die Krise der Monarchie wurde, je unmöglicher es schien, sie durch „Verfassungsexperimente" zu lösen. Es dauerte allerdings noch geraume Zeit, bis dieser Gedanke der deutschen Orientierung die österreichische Politik tatsächlich beeinflußte.

Nach dem Abgang Schmerlings, dem der mährische Aristokrat Belcredi folgte, war die innere Krise ebenso ungelöst wie 1860. Es erforderte allerdings noch einen Krieg, noch eine Niederlage, bis sich die Regierung zur wirklichen Änderung entschloß.

Der Deutsche Bund, die lose Föderation der deutschen Fürstentümer mit dem Kaiser von Österreich als Vorsitzenden und Österreich als einem äußerst zurückhaltenden Mitglied, war nur dem Namen nach ein Bund. In Wirklichkeit war er ein Kampfboden, auf dem Österreich und Preußen um die Vorherrschaft kämpften. Der Ausdruck „kämpften" mag vielleicht täuschen. Preußen, das in den letzten zwanzig Jahren eine viel stärkere Industrialisierung durchgeführt hatte als Österreich und nun nicht nur ein machthungriger, sondern auch ein mächtiger Staat geworden war, kämpfte um die Einverleibung der übrigen deutschen Staaten, um aus einem starken Klein-

staat eine Großmacht zu werden. Österreich hatte daraus nicht den Wunsch, die deutschen Länder seiner Monarchie anzuschließen, obwohl es nun im österreichischen Bürgertum Kreise gab, die eine solche Einverleibung forderten. Franz Joseph und seine Minister wußten genau, daß eine solche zahlenmäßige Stärkung des deutschen Elements in der Monarchie den Bruch mit den Slawen (und wahrscheinlich auch mit den Ungarn) und das Ende des Habsburgerreichs bedeutet hätte. Was Österreich eigentlich wollte, war die Aufrechterhaltung des Zustandes, der nun schon viele Jahrhunderte gedauert hatte, die Konservierung eines von Österreich abhängigen, in viele Fürstentümer zerrissenen Deutschland, sozusagen als einer Art Karpfenteich, aus dem die österreichische Regierung sich im Bedarfsfall und nach Belieben die Karpfen — militärische und diplomatische Verbündete — holen konnte. Diese Karpfenteichkonzeption war rein mittelalterlich. Österreich rechnete einfach nicht damit, daß auch die deutschen Länder zu einer Nation werden wollten und mußten und daß jede Macht siegen würde, die sich, aus welchen Gründen immer, an die Spitze einer solchen Entwicklung stellte.

Die meisten deutschen Länder hätten ihre Einigung sehr unter Führung eines anderen Landes als Preußens vollzogen. Preußen war innerpolitisch womöglich noch reaktionärer als Österreich, Preußen war brutal und aggressiv, Preußen war durch den Verkauf seiner Kriegsdienste hochgekommen, durch Raubkriege und nichts als Raubkriege groß geworden. Sein rückständige grundbesitzende Adel spielte in der Innerpolitik eine so große Rolle wie nirgendwo anders. Den meisten von allen den süddeutschen Staaten, wäre Österreich als Führer lieber gewesen. Aber Österreich konnte und wollte nicht — und so wandten sie sich widerstrebend schließlich doch Preußen zu. Die Herrscher der meisten dieser Länder widersetzten sich am energischesten, weil für sie das neue einheitliche Deutschland das Ende ihrer privilegierten Position bedeutete, aber die Völker waren hier anderer Meinung als die Regierungen. So verfügte Österreich zwar formal in Deutschland über eine ganze Reihe Verbündeter, das heißt verbündeter Regierungen,

die auf allen Bundestagen und Fürstentagen mit ihm gingen, aber diese Verbündeten sprachen im Gegensatz zur öffentlichen Meinung ihrer Länder. Diese Tatsache erklärt, warum Österreich in der schließlichen Auseinandersetzung mit Preußen in Deutschland zwar einige Verbündete, vor allem Sachsen, aber praktisch so gut wie keine Unterstützung fand.

1862 wurde in Preußen Bismarck Ministerpräsident. Bismarck stellte sich die rasche Verwandlung Preußens in eine Großmacht als politische Hauptaufgabe und gedachte sie durch die Einverleibung der übrigen deutschen Staaten zu tun. Das Haupthindernis auf diesem Wege war der Einfluß Österreichs, und Bismarck begann sofort, die Beseitigung dieses Einflusses vorzubereiten.

Der Krieg von Schleswig-Holstein 1864 gab den Anlaß dazu. An diesem Krieg, der tatsächlich zwischen Preußen und Dänemark, formal zwischen dem Deutschen Bund und Dänemark um die beiden Fürstentümer Schleswig und Holstein geführt wurde, nahm Österreich teil und hielt es am Ende des Krieges für notwendig, sich Holstein zu nehmen, auf das Preußen Anspruch erhob. Die Übernahme der Kontrolle und praktisch der Regierung Holsteins durch die Monarchie widersprach aller Vernunft — denn zwischen Holstein und Österreich-Ungarn lagen Hunderte von Kilometern. Die Regierung hatte ganz die Absicht, das Land als Tauschobjekt zu benutzen, und sie gab Preußen durch die scheinbar sinnlose Halbannexion einen guten Anlaß, über österreichische dynastische Raubpolitik zu schreien, eine Revision zu verlangen und, als dieses Verlangen nicht erfüllt wurde, den Krieg zu erklären. Die österreichische Diplomatie war wieder einmal in die Falle gegangen.

Der Krieg von 1866 gegen Preußen war eine tragische Farce, es gab keinen Fehler, den die österreichische Diplomatie und die österreichische Armeeführung nicht gemacht hätten. Italien verlangte für den Preis seiner Neutralität die Übergabe von Venetien. Aus Prestigegründen lehnte man ab, gab aber dann darauf Venetien Napoleon III. als Preis für die Neutralität Österreichs — das nicht die Absicht gehabt hatte, sich an der Seite Preußens am Krieg zu beteiligen. Um Venetien, das man

ohnehin nicht behalten konnte, zu verteidigen, schickte man einen beträchtlichen Teil der Armee, den man gegen Preußen notwendiger gebraucht hätte, nach Italien, dafür schickte man den Oberkommandierenden der Truppen in Italien, Benedek, der das südliche Kampfgebiet ausgezeichnet kannte, trotz seiner Proteste nach Böhmen, während man den Kommandanten der Truppen in Böhmen, Erzherzog Albrecht, einen der besten Generäle der Monarchie, nach Italien sandte — angeblich weil ein Mitglied des königlichen Hauses nicht an einem Kriegsschauplatz kommandieren durfte, an dem er vielleicht geschlagen werden könnte. Das Ergebnis war ein Sieg in Italien (vor allem durch die hervorragende Kriegführung Admiral Tegetthoffs, der mit der österreichischen Flotte die Seeschlacht bei Lissa gewann), den man nicht gebraucht hatte, und eine vernichtende Niederlage in Böhmen. Die Österreicher und die mit ihnen verbündeten Sachsen waren zahlenmäßig den Preußen überlegen. Aber sie waren weit schlechter ausgerüstet. Während die preußischen Truppen mit dem modernen Zündnadelgewehr bewaffnet waren, schickte Österreich, dessen Industrie nicht einmal zur modernen Ausrüstung seiner Truppen fähig war und dessen Generalstab sich überdies aus Prinzip gegen „Neuerungen" aller Art sträubte, die seinen mit alten Gewehren in den Kampf, deren Laden viel länger dauerte als das der preußischen Waffen. Das Ergebnis war die Niederlage von Königgrätz, bei der das österreichische Heer, wie ein deutscher und kaisertreuer Historiker sagt, „sozusagen aufgelöst wurde". Benedek war sich vor der Schlacht über die Lage klar gewesen; er hatte nach Wien telegraphiert: „Sofort Frieden schließen, sonst kommt eine Katastrophe." Als Lohn für seine Warnung setzte man ihn, nachdem die von ihm prophezeite Katastrophe eingetreten war, in demütigender Weise ab. Das gleiche Schicksal teilte allerdings auch ein Sieger, Tegetthoff, der einige Wochen nach seinem Seesieg des Oberkommandos enthoben wurde.

Vernichtend geschlagen, war Österreich gezwungen, die Friedensbedingungen Preußens anzunehmen. Sie waren verhältnismäßig mild. Bismarck wollte Österreichs Einfluß in Deutschland beenden, und nicht österreichisches Territorium

annektieren, sich auch nicht Österreich für alle Zeiten zum Gegner machen. Über Österreich führte der Weg nach dem Süden, und die preußischen Politiker hatten in bezug auf Österreich gewisse Hintergedanken.

Im Frieden von Prag verpflichtete sich Österreich, ganz aus Deutschland und der deutschen Politik auszuscheiden. (Der Deutsche Bund war kurz vorher aufgelöst worden.) Venetien wurde Italien übergeben. Österreich erhielt eine Kriegsentschädigung von 20 Millionen Taler auferlegt, eine auch für die damalige Zeit sehr niedrige Summe. Ein Teil der deutschen Länder, die mit Österreich verbündet gewesen waren — gekämpft hatte außer Sachsen und Hannover keines von ihnen —, wurden Preußen angeschlossen, mit dem anderen Teil machte Preußen einen Separatfrieden. Fünf Jahre später, nach dem Deutsch-Französischen Krieg 1871, wurde die Einigung Deutschlands unter Führung Preußens vollzogen — nicht durch das Volk, sondern durch ein Übereinkommen der deutschen Fürsten. Der König von Preußen wurde deutscher Kaiser, an Stelle der 300 deutschen Staaten trat das Deutsche Reich.

Die Niederlage von 1866 hatte Österreich an und für sich nicht viel geschadet. Die Kontribution war nicht schwer, Venetien wäre ohnehin nicht zu halten gewesen. Das Ausscheiden aus der deutschen Politik war über kurz oder lang unvermeidlich, und wenn man die Geschichte Österreichs in den letzten Jahrhunderten untersucht, kann man nicht behaupten, daß ihm seine Verbindung mit der deutschen Politik allzu viel genützt hätte.

Der Krone und den aristokratischen Politikern, mit denen sie sich umgeben hatte, schadete die Niederlage bedeutend mehr, denn der verlorene Krieg war ein schwerer Prestigeverlust. Das österreichische Bürgertum hatte der Krone den Großteil der politischen Macht aus zwei Gründen überlassen. Sie sollte zusammen mit der Aristokratie, die sich vor allem die militärischen und diplomatischen Funktionen reserviert hatte — die Kriege führen und gewinnen und im Lande Ruhe halten. Beide Erwartungen waren nicht erfüllt worden. Die Kriege wurden von der Diplomatie schlecht vorbereitet, von der Armee schlecht

geführt und verloren. Exkaiser Ferdinand, der seit seiner Abdankung in Zurückgezogenheit gelebt hatte, gab der Stimmung im ganzen Lande Ausdruck, als er 1866 erklärte: „So gut hätt' ich's a' noch 'troffen!" So gut hätte es jeder noch „troffen" — einschließlich des Bürgertums. Ruhe herrschte im Land auch nicht. Ungarn stand wieder einmal unmittelbar vor einem Aufstand, und einer der Gründe für den raschen Abschluß des Friedens war, daß die Regierung eine ungarische Erhebung zugunsten Preußens fürchtete. (Daß die preußischen Emissäre, die 1866 in Ungarn einen Aufstand vorzubereiten suchten, bei ihrem ersten Versuch an die in Ungarn lebenden Slowaken geraten waren und von ihnen eine Abfuhr erlitten hatten, bewies, daß Preußen die nationalen Probleme in Österreich noch schlechter kannte als das österreichische Bürgertum, war aber ein schwacher Trost.) Die österreichische Monarchie schwankte jedenfalls wieder einmal in ihren Grundfesten und es war höchste Zeit, wirkliche Veränderungen, und nicht scheinbare, zu vollziehen.

Die Veränderungen kamen 1867. Sie waren eine wirkliche Kapitulation vor den Ungarn. Die Monarchie wurde in ein zweigeteiltes — dualistisches — Reich umgewandelt, bestehend aus zwei Staaten: dem Königreich Ungarn mit Siebenbürgen, Kroatien, einem Teil der slowenischen Gebiete und der Slowakei — Transleithanien genannt — und Österreich mit Böhmen, Mähren, Schlesien, Görz, Krain und Galizien. Dieser Teil hieß Zisleithanien. Der Kaiser von Österreich war gleichzeitig König von Ungarn. Währung, Außenpolitik und Kriegswesen waren gemeinsame Institutionen. Alle ungarischen Angelegenheiten wurden von der ungarischen Regierung erledigt. Die gemeinsamen Staatsausgaben wurden zwischen Österreich und Ungarn nach dem Schlüssel 70 : 30 aufgeteilt, alle zehn Jahre sollte eine gemeinsame Delegation „ausgleichend" über die Verteilung der Ausgaben beraten — daher der Name „Ausgleich". Damit war Ungarn zu einem selbständigen Staat in der Monarchie geworden.

Das österreichische Bürgertum, die „Deutsch-Liberalen", wie sich seine führenden Vertreter nannten, war wütend. Die Krone hatte ihnen die Vormachtstellung in der Monarchie durch das Februarpatent zugesichert — und hatte hinter ihrem Rücken

es ohne Wissen des Ministers Belcredi, den Ausgleich abgeschlossen. Um sie zu beruhigen, wurde eine Reihe von politischen Konzessionen gemacht, die ihnen ein stärkeres Mitbestimmungsrecht verliehen. Eine neue Verfassung, die sogenannte „Dezemberverfassung", wurde erlassen. Die neue Vertretung Zisleithaniens, der Reichsrat, erhielt weit größere Vollmachten. Die allgemeine Wehrpflicht, eine alte bürgerliche Forderung, wurde zum Gesetz erhoben, es folgte eine Steuerreform, eine Verwaltungsreform, eine Schulreform und eine Reform des Eherechts — die Anerkennung der Zivilehe. Das Konkordat mit der katholischen Kirche, das 1855 gegen den Protest des Bürgertums abgeschlossen worden war, wurde ebenfalls später aufgehoben. Alle Reformen entsprachen tatsächlich den Interessen des Bürgertums, und die Verantwortlichkeit der Minister auch vor dem Parlament, die ebenfalls eingeführt wurde, war eine Konzession an ihre Forderung des politischen Mitbestimmungsrechts. Allerdings konnte die Krone nach wie vor auf eigenen Wunsch Regierungen einsetzen und absetzen, innerpolitisch Entscheidungen fällen und außenpolitisch frei handeln. Aber die noch wichtigere Konzession war, daß der neue österreichische Staat zentralistisch regiert werden sollte. Die „Wahlgeometrie" Schmerlings blieb in Kraft und das österreichische Bürgertum wurde — wenigstens im österreichischen Teil der Monarchie — als Herrscher über die slawischen Völker anerkannt. Das nun folgende Kabinett enthielt neben konservativen Adeligen einige Vertreter der bürgerlichen Liberalen und hieß darum „Bürgerministerium". Der Ausgleich sollte die Krise Österreichs lösen. Aber er kam so spät, daß er nichts mehr löste.

DIE RUHE VOR DEM STURM

Der Friede, den sich die Krone vom Ausgleich erwartet hatte, trat zunächst nicht ein. Das österreichische Bürgertum und seine Vertretung, die Deutsch-Liberale Partei, konnten nun der politischen Konzessionen von 1867 nicht vergessen, daß nun nicht eine, sondern zwei Nationen in Österreich herrsch-

ten. Man übertrieb maßlos die Rechte, die Ungarn [illegible] hatte, und stellte die ganze Sache so dar, als sei nicht nur die ungarische Hälfte der Monarchie (Transleithanien) — sondern auch die österreichische (Zisleithanien) unter ungarische Herrschaft gelangt. Die Empörung der Deutsch-Liberalen war übrigens nicht von langer Dauer. Über den Ausgleich beruhigte sie sich verhältnismäßig rasch, mehr Stoff zum Klagen gaben ihnen die Folgen des Ausgleichs.

Die Durchbrechung des zentralistischen Prinzips in [illegible] auf Budapest wirkte sich auch in anderen Städten, vor allem in Prag, aus. Die tschechische Opposition, die noch immer unter Führung der Rechten, also Riegers und Palackýs, stand, fragte nicht ohne Berechtigung: „Und was ist mit uns?" Die Führer der Tschechen argumentierten, daß in dem Augenblick, in dem die Regierung die Rechte und die Selbständigkeit der Länder der ungarischen Krone anerkannt hatte, keine Berechtigung bestand, sie den Ländern der böhmischen Krone (Böhmen, Mähren, Schlesien) vorzuenthalten, die genau zur gleichen Zeit zur Habsburgermonarchie gekommen waren. Das Argument hatte einen Fehler: es beruhte auf historischen Parallelen, nicht auf dem wirklichen Kräfteverhältnis. Im Falle Ungarns war der Regierung einer Massenbewegung der ganzen Nation gegenübergestanden, aus der jeden Augenblick ein neuer Bürgerkrieg hatte wachsen konnte. In Böhmen war die Unabhängigkeitsbewegung noch nicht so stark. Sie stand — seit Juni 1848 — unter Führung rechtsgerichteter konservativer Kreise, die zwar bestrebt waren, mit der Krone zu verhandeln und ihre Forderungen anzumelden, aber keineswegs bereit waren, das ganze Volk zur Unterstützung dieser Forderungen aufzurufen. Immerhin genügte selbst die Anmeldung der tschechischen Forderungen, um das ganze Kartenhaus des Friedens nach dem Ausgleich wieder ins Wanken zu bringen. Die Deutsch-Liberalen, die in der nach 1867 gebildeten Regierung, dem sogenannten „Bürgerministerium" unter Auersperg und Beust, vertreten waren, erklärten die tschechischen Forderungen für unannehmbar, weil sie, wie sie sagten, „den sofortigen Zerfall der Monarchie" bedeuten würden. Das war unrichtig; was die Tschechen forderten, waren Verhandlungen mit dem Ziel der schließlichen „Herstellung der Einheit der Länder der böhmischen Krone" im Rahmen der Monarchie. Was ihnen vorschwebte, war eine Art Trialismus an Stelle des Dualismus von 1867 mit den Tschechen als dritten Partner. Die Gruppe an der Spitze der tschechischen Bewegung hatte nicht die leiseste Absicht, die Monarchie zu verlassen, sie war nicht einmal bereit, es auf einen ernsthaften Kampf um die baldige Erfüllung ihrer Forderungen ankommen zu lassen. Sie wäre anderseits mit Konzessionen, z. B. Herstellung der Sprachengleichheit, stärkerer Heranziehung von Tschechen zur Administration, neuen Schulen und ähnlichem, durchaus zufrieden gewesen. Aber die Deutsch-Liberalen traten sogar gegen Verhandlungen auf, erstens, weil sie grundsätzlich den Anspruch der Tschechen auf Gleichberechtigung nicht anerkennen wollten, und zweitens, weil sie — wahrscheinlich nicht ganz mit Unrecht — befürchteten, daß, wenn einmal Verhandlungen begannen, niemand wissen konnte, wo sie endeten. Bei den ungarischen Verhandlungen hatte, nachdem sie sich jahrelang hingezogen hatten, Franz Joseph nach der Niederlage von 1867 plötzlich die Geduld verloren und seinem österreichischen Bürgertum ohne Ankündigung über Nacht den „Ausgleich" auf den Tisch gelegt. Es hatte die Gewähr, daß bei Verhandlungen mit den Tschechen nicht das gleiche passierte, daß die Österreicher nicht eines Tages aufwachen und die Tschechen als dritte „Staats"-Nation vor sich finden würden?

Dieses Gefühl, niemals wirklich selbst entscheiden zu können, niemals vor dem Umstoßen aller Entscheidungen durch die Krone sicher zu sein, vergiftete die ganze österreichische Politik. Keine Gruppe, keine der sich nun herausbildenden politischen Parteien fühlte sich, auch wenn sie in der Regierung saß, wirklich als Regierungspartei. Sie regierten zwar scheinbar „konstitutionell", aber sie waren vom Kaiser ausgewählt worden. Wenn er ihnen paßte, konnte er ohne sie und gegen sie entscheiden, geheimen Verhandlungen führen, ohne sie auch nur zu informieren, und, wenn die Verhandlungen Erfolg hatten, sie auch ohne Begründung entlassen. Damit verloren die Minister und die Parteien jedes Gewicht — aber auch jedes Verantwortungs-

gefühl. Zu sagen hatten sie im Ernstfall auf Grund ihrer Stärke nichts, es blieb ihnen also nichts übrig, als so viele Trümpfe wie möglich in ihrer Hand zu vereinigen, um sich gegenüber der Krone eine starke Position zu schaffen. Daß Franz Joseph aus außenpolitischen Gründen im Lande Ruhe brauchte, war ihnen zwischen klar geworden. Infolgedessen hatte jene Partei die besten Chancen, die am meisten Unruhe schaffen konnte, weil ihr das die Möglichkeit gab, mit dem Argument aufzutreten: „Du siehst, was für ein Wirbel entstanden ist, weil du unsere Forderungen nicht erfüllt hast, du kannst dir denken, was für ein Wirbel entstehen wird, wenn du sie weiter nicht erfüllst, also sei vernünftig und gib nach und wir werden uns über Nacht sofort in die treuesten Diener des Thrones verwandeln." Diese Politik der ständigen Erpressung, des ständigen „Wirbels" dieser oder jener Partei, wurde in steigendem Maß für Österreich charakteristisch. Sie führte dazu, daß sich auch später die Regierung nicht als Regierung, das Parlament nicht als gesetzgebende Körperschaft, sondern als eine Art Opposition fühlten, in der jeder für sich das meiste herauszuschlagen versuchte. Schuld an dieser Entwicklung war der Absolutismus, war Franz Joseph persönlich, der so lange mit einer Scheinverfassung und einem Scheinparlamentarismus herumjonglierte hatte, bis kein Mensch mehr eine wirkliche Verfassung mit einer wirklichen Ministerverantwortung für möglich hielt. Schuld war zweitens das österreichische Bürgertum, das sich die Rolle gefallen ließ und sich an dem Spiel schließlich beteiligte, in dem Maße, in dem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts seine Kräfte wuchsen und die der Krone abnahmen, bereit, das ganze Spiel beenden und an Stelle des Scheinparlaments ein wirkliches Parlament setzen können. Dazu gehörte allerdings die Verständigung mit den anderen Völkern der Monarchie und damit die Herstellung einer festen, gemeinsamen Abwehr gegen die Politik des Ausspielens aller Kräfte gegeneinander, zu der die Krone griff, als sie sie nicht mehr alle niederhalten konnte. Aber zu dieser Verständigung war gerade das österreichische Bürgertum nicht bereit.

Die Politik des „Wirbels" wurde nach 1867 zunächst von den

Tschechen angewendet, als sie sahen, daß die Deutsch-Liberalen jede Konzession an sie verhindern wollten. Tschechische führende Politiker fuhren nach Moskau und nach Paris, um dem Zaren und den französischen Politikern die Notlage der Tschechen in der Monarchie zu schildern. Die ganze Sache war nichts als eine Demonstration, weder in Moskau noch in Paris wurde etwas Ernsthaftes besprochen, in dem einen Fall, weil weder der Zar noch die Tschechen wirklich an einer panslawistischen Politik interessiert waren, in dem anderen Fall, weil die französische Regierung angesichts des drohenden Konflikts mit Deutschland ganz andere Sorgen hatte. Immerhin genügte es, damit die Deutsch-Liberalen über „Hochverrat" zu schreien begannen, Franz Joseph und die konservativen Föderalisten mit dem Gedanken zu spielen begannen, man müsse den Tschechen doch etwas geben, um in Zukunft solche, das Prestige der Monarchie schädigenden Reisen zu verhindern. Der bloße Verdacht, daß Besprechungen geplant waren, genügte, um die Deutschen in Böhmen und Mähren ihrerseits in die Offensive zu treiben, und im Jahre 1868 veranstalteten sie in Böhmen und Mähren solche Straßendemonstrationen (die natürlich zu Kämpfen zwischen Tschechen und Deutschen endeten), daß der Belagerungszustand verhängt werden mußte. Daraufhin verschärfte die kaiserliche Waage wieder ein wenig zugunsten der Deutsch-Liberalen, und in Dalmatien und Slowenien kam es zu Kämpfen zwischen Österreichern und Slowenen, die in Istrien noch durch das Hinzutreten der Italiener kompliziert wurden. Schließlich wurden im Kabinett die Differenzen zwischen föderalistisch-deutschliberalen und föderalistisch-konservativen Ministern so stark, daß eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich war und das „Bürgerministerium" stürzte.

Die ganze Oberflächlichkeit des österreichischen Regierungssystems, die ganze Schaukelpolitik der Krone wird am besten durch die Regierungswechsel illustriert. Wenn eine Politik nicht geglückt war, versuchte man eine andere, wenn ein Kabinett an seinen Widersprüchen zerbrochen war, setzte man ein Kabinett in entgegengesetzten Richtung ein — manchmal über Nacht. Man jonglierte, man probierte, und es war möglich, zu probieren,

weil die Minister nicht Vertreter von Parteien waren, die [illegible] ordentlichen Wahlen das Mandat eines Teils der Bevölkerung erhalten hatten und das wirkliche Kräfteverhältnis präsentierten, sondern weil sie willkürlich herausgegriffene „Persönlichkeiten" waren, die dem Kaiser gerade brauchbar erschienen.

Dem „Bürgerministerium", dessen Majorität sich mit Händen und Füßen gegen eine Verständigung mit den Tschechen gewehrt hatte, folgte das Ministerium Hohenwart, das diese Verständigung durchführen sollte. Hohenwart hatte von Franz Joseph, dem die Politik der Deutsch-Liberalen gründlich unsympathisch geworden war, nebenbei noch den Auftrag bekommen, die Deutsch-Liberalen nach Möglichkeit zu diskreditieren. Diesen Auftrag führte er mit einem wahrhaft teuflischen Manöver aus.

Die Deutsch-Liberalen genossen trotz ihrer Haltung in den vergangenen Jahren im Lande noch ein gewisses Ansehen. Das lag nicht daran, daß sie „deutsch", sondern daran, daß sie „liberal" waren. Von allen anerkannten und großen Parteien waren sie die einzige „Linke". Sie traten für die Trennung von Kirche und Staat, für Schulreform, für Pressefreiheit und Religionsfreiheit ein, sie waren immer wieder die Sprecher, die einen wahren Parlamentarismus, Wahlrecht und Demokratie verlangten. Daß sie ihre Forderungen keineswegs energisch vertraten, wußte man freilich ebenfalls. Aber in den Augen der Öffentlichkeit waren sie noch immer die „Männer von 1848", auf die ein Abglanz der Vergangenheit fiel.

Plötzlich und unerwartet führte das Ministerium Hohenwart eine wirklich demokratische Reform durch. Die Vermögensqualifikation zur Ausübung des Wahlrechtes wurde auf zehn Gulden Steuersumme im Jahr herabgesetzt. Damit konnten breite Schichten des Kleinbürgertums, Bauern und ein kleiner Teil der Arbeiterschaft das Wahlrecht ausüben. (Hohenwart und sein Mitarbeiter, der Volkswirtschaftler Professor Schäffle, hatten sogar das allgemeine Wahlrecht einführen wollen, aber so weit ging Franz Joseph doch nicht.) Die Liberalen hätten ihrer ganzen freiheitlichen Sprache und Tradition nach begeistert sein müssen, in Wirklichkeit aber

waren sie entsetzt. Denn das neue breitere Wahlrecht bedeutete eine entscheidende Veränderung des Kräfteverhältnisses in Böhmen und Mähren. Die meist großbürgerlichen deutschen Schichten, die bisher infolge der Vermögensqualifikation die Mehrheit hatten, mußten zwangsläufig gegenüber den kleinbürgerlichen und bäuerlichen tschechischen Wählermassen in die Minderheit geraten. Und das bedeutete wieder, daß die Regierung zu Konzessionen gegenüber den Tschechen gezwungen sein würde. Denn die tschechischen Abgeordneten waren in den Jahren seit dem Ausgleich demonstrativ dem Wiener Reichsrat und den Provinzlandtagen ferngeblieben. Solange sie in der Minderheit waren, konnte man sie ignorieren. Wenn sie einmal eine Mehrheit hatten, war das unmöglich, und man mußte ihre Teilnahme über kurz oder lang mit Konzessionen erkaufen.

Österreich erlebte nun das Schauspiel, daß die liberalen Verfechter der Bürgerrechte gegen das elementarste Bürgerrecht — die Erweiterung des Wahlrechts — Sturm zu laufen begannen, mit Ausreden, mit halben Erklärungen und schließlich mit dem offenen Eingeständnis, daß man auf diese Art die Deutschen den Tschechen ausliefern würde". Und das war der Anfang von ihrem Ende. Sie demaskierten sich vor dem ganzen Land, besonders vor den nichtösterreichischen Völkern, als Betrüger, als diejenigen, die Gleichheit und Freiheit nur dann verlangten, wenn sie ihrem Herrschaftsanspruch nützten, aber für Ungleichheit und Unfreiheit eintraten, wenn die Gefahr bestand, daß andere Völker durch die Freiheit gewinnen konnten. Daß sie damit nicht nur sich diskreditierten, sondern die gesamte bürgerliche demokratische Bewegung Österreichs, zu der die nichtösterreichischen Völker nun endgültig das Vertrauen verloren, war eine traurige, aber unvermeidliche Begleiterscheinung.

Die Wahlreform leitete auch innerpolitisch den Niedergang der Liberalen ein. Sowohl diejenigen, die von ihnen eine demokratische Politik, als auch jene, die eine Verteidigung der österreichischen Position erwarteten, waren nun in der Lage, sich neue, stärkere und breitere Bewegungen zu schaffen, die ihre

Interessen vertraten. Allerdings wirkte sich das erst etwas später aus.

Dem Ministerium Hohenwart war es jedenfalls gelungen, den Liberalen einen schweren Schlag zu versetzen — und bei den Wahlen zum böhmischen Landtag erhielten Tschechen und Konservative zusammen eine Mehrheit. Das Ministerium nahm nun einen Tschechen, den Historiker Jireček, als Unterrichtsminister ins Kabinett — der prompt von den Wiener Studenten bei seiner ersten Anwesenheit in der Universität ausgepfiffen wurde — und erließ eine Reihe von Gesetzen, die sogenannten Fundamentalartikel, die in Verhandlungen zwischen der Regierung und den Führern der tschechischen Opposition ausgearbeitet worden waren. Die Fundamentalartikel enthielten unter anderem die Bestimmung, daß alle Böhmen betreffenden Angelegenheiten im böhmischen Landtag entschieden werden sollten. Die zugleich erlassenen Gesetze sahen als wichtigsten Punkt die Sprachengleichheit zwischen Deutsch und Tschechisch vor. Gebiete, in denen es mehr als ein Fünftel deutsche, bzw. tschechische Bevölkerung gab, sollten zweisprachig sein und Beamte in Böhmen und Mähren mußten beide Landessprachen beherrschen. Die Sprachgesetze führten zu einem Wutausbruch der deutschsprachigen Presse und der ,,deutsch-liberalen" Politiker. Man sprach wieder einmal von der Zerschlagung der Monarchie, vom ,,Untergang der deutschen Nation im slawischen Meer". (Am ärgsten trieben es, wie immer in solchen Fällen, die Deutschen in Böhmen.) Eine Zeitung ließ, ohne es zu wollen, die Katze aus dem Sack, indem sie in tiefer Entrüstung ausmalte, wie nun die tschechischen Amtsdiener, die Deutsch und Tschechisch sprachen, während ihre Vorgesetzten nur Deutsch konnten, die Ämter überfluten und die Schreibtische besetzen würden. Die fürchterliche Aussicht, in Zukunft Verstand und Fähigkeit mit den „minderen geordneten" Tschechen messen zu müssen, versetzte die bisher so zahmen Liberalen und ,,Verfassungstreuen" so in Entsetzen, daß sie der Krone fast mit Revolution drohten — eine Drohung, die sie bei den vielen Fällen der Vergewaltigung auch der wenigen verfassungsmäßigen Freiheiten in Österreich

nicht ausgestoßen hatten. Nun blieben sie demonstrativ dem böhmischen und mährischen Landtag und dem Reichsrat fern, und als die tschechische Mehrheit im einen, die slawisch-föderalistische Mehrheit im anderen ruhig weitertagte, begannen Straßendemonstrationen und Straßenkämpfe. Unter dem Druck seiner treuen ,,patriotischen" Untertanen verlor Franz Joseph plötzlich den Mut. Das Ministerium Hohenwart wurde entlassen und an seine Stelle trat ein Kabinett aus Liberalen und österreichischen Beamten, das Ministerium Adolf Auersperg.

Das Kabinett Auersperg lebte sieben Jahre — für die Verhältnisse in Österreich eine überraschend lange Zeit. Es regierte, wie schon ziemlich lange nicht geschehen war, mit Polizei, Militär und Strafjustiz. In Prag wurde ein besonders reaktionärer General als Militärgouverneur eingesetzt, tschechische Versammlungen wurden beschlagnahmt, Journalisten und Politiker eingesperrt, Versammlungen und Treffen verboten. In Österreich setzte man das Werk des ,,Bürgerministeriums" von 1867 fort. Justizreform und Schulreform wurden weiter ausgebaut, das direkte Wahlrecht eingeführt (das allerdings, da die Kurien und die ,,Wahlgeometrie" blieben, nicht sehr viel änderte) und die Trennung von Kirche und Staat, die schon mit der Lösung des Konkordats begonnen hatte, weiter fortgesetzt, sehr zum Unwillen der klerikalen Gruppen und klerikalen Länder, besonders Tirols.

Die Tschechen waren wieder in Opposition und boykottierten den Reichsrat, aber ihre Opposition war nun, da die ihnen schon gemachten Zugeständnisse zurückgezogen worden waren, viel schärfer und bitterer als vorher. Kennzeichnend dafür ist das ,,Politische Testament" Palackýs, das er einige Jahre vor seinem Tod (er starb 1876) veröffentlichte. In diesem Testament an die tschechische Nation widerrief Palacký den von ihm 1848 geschriebenen Satz: ,,Wenn Österreich nicht bestände, müßte man es erfinden." Diese Erklärung, so sagte er weiter, habe er in einer Zeit gemacht, als er noch Vertrauen in das Gerechtigkeitsgefühl und zur fortschrittlichen Haltung des österreichischen Volkes hatte. Nun aber trete es die Rechte der Tschechen mit Füßen und baue einen Staat, der auf Lüge

und Unterdrückung begründet sei, und so habe seine Forderung alle Gültigkeit verloren.

Palackýs „Politisches Testament" bedeutete noch nicht, daß die Tschechen Kurs auf die Zerschlagung Österreichs und die Schaffung eines eigenen Staates nahmen — das kam erst viel später. Aber es bedeutete, daß der Gedanke der Lostrennung in die tschechische Politik Eingang gefunden hatte und zum erstenmal laut ausgesprochen wurde.

Daß die Regierung Auersperg diese sieben Jahre (von 1871 bis 1878) überlebte, verdankte sie vor allem zwei Umständen. Einer war die Unterstützung durch die Ungarn in der Person des ungarischen Außenministers der Monarchie, Andrássy. Die auf den ersten Blick merkwürdig scheinende Unterstützung ihrer ehemaligen Unterdrücker, der Österreicher durch die Ungarn, gerade bei ihrer antislawischen Politik, erklärte sich sehr einfach. Der Honigmond der Zusammenarbeit der Ungarn mit den slawischen Völkern in Ungarn war rasch vorbeigegangen. Schon wenige Jahre nach dem Ausgleich begannen die Ungarn eine Politik der Entnationalisierung und Zwangsmagyarisierung zu betreiben, gegen die die österreichische liberal wirkte. Die Ungarn fürchteten nun mehr als alles andere die Verwandlung Österreichs in einen trialistischen Staat, weil sie — nicht mit Unrecht — annahmen, daß ein slawischer Staat in der Monarchie sofort zu einem Kristallisationspunkt aller Forderungen der slawischen Völker in Ungarn werde, ihren Widerstand stärken und die Durchführung der ungarischen Politik unmöglich machen werde. Darum waren sie bereit, jeden zu unterstützen, der die Emanzipation der Tschechen verhinderte, und darum setzte Andrássy all seinen Einfluß ein, um föderalistische Regierungen zu stürzen und zentralistische zu halten. Ein zweiter Grund für die lange Lebensdauer der Regierung war, daß Österreich sich seit einiger Zeit wieder sehr aktiv mit Außenpolitik befaßte und Franz Joseph bereit war, jede Regierung ungestört wirtschaften zu lassen, die ihm Ruhe schuf und die Kredite für die Armee im Reichsrat anstandslos durchbrachte.

Aber gerade diese Außenpolitik brachte die Regierung

schließlich zu Fall. Die Monarchie hatte seit langer Zeit wieder begonnen, sich an der Balkanpolitik zu beteiligen, diesmal mit Unterstützung Deutschlands und Rußlands, mit denen es 1872 das sogenannte Dreikaiserbündnis abgeschlossen hatte. Österreich und Rußland hatten sich über ein gemeinsames Vorgehen zur Aufteilung des europäischen Besitzes der Türkei geeinigt. Dabei waren die beiden, bis dahin der Türkei gehörenden Provinzen Bosnien und die Herzegowina Österreich zugesagt worden. Als 1877 ein Krieg zwischen Rußland und der Türkei begann und die Provinzen sich gegen die türkische Herrschaft erhoben, rückten österreichische Truppen ein und okkupierten die Länder. Rußland hatte trotz der vorherigen Einigung gehofft, die Provinzen selbst behalten zu können, aber als auf dem Berliner Kongreß 1878, der dem Krieg folgte, Bismarck die österreichischen Forderungen unterstützte, blieb der russischen Regierung nichts anderes übrig, als zusammen mit den anderen Mächten Österreich das Mandat über Bosnien und die Herzegowina zu erteilen.

Wenige Jahre später sollte die österreichische Balkanpolitik zu einer Kampfpolitik gegen Rußland werden, zum Hauptzweck der sich bildenden österreichisch-deutschen Allianz. Dabei sollte diese Politik von den slawischen Völkern der Monarchie erbittert bekämpft, von den Österreichern und Ungarn erbittert vertreten werden. Aber noch war es umgekehrt. Die slawischen Völker, besonders die Tschechen, unterstützten die Besetzung, weil sie die Zahl der Slawen in der Monarchie erhöhte und damit ihre Positionen stärkte. Die Österreicher bekämpften sie aus genau dem gleichen Grund: man sprach wieder einmal von der „Gefahr der Überschwemmung durch die Slawen". Aus diesem Grunde allein und nicht etwa aus einer allgemeinen Ablehnung des Krieges, aus Widerstand gegen die Unterwerfung anderer Völker, der Okkupation anderer Länder, gingen die Liberalen, die Zentralisten plötzlich zur Opposition über. Es ergab sich die Groteske, daß eine im Amt befindliche Regierung einschließlich des Außenministers fast offen gegen die Außenpolitik des Landes auftrat, gegen die Militärkredite Sturm lief und den Reichsrat in seiner Opposition bestärkte. Der

offene Kampf erreichte gerade während des Berliner Kongresses seinen Höhepunkt, was das Außenamt in keine angenehme Situation brachte.

Vom Gesichtspunkt des Kaisers, der die Außenpolitik als das der Krone reservierte Gebiet betrachtete, in das die Regierung nicht dreinzureden hatte, war eine solche Haltung unverzeihlich. Er begann sich nach anderen Ministern umzusehen. Die Erfüllung seines Wunsches, die Deutsch-Liberalen loszuwerden, wurde durch die Tatsache erleichtert, daß diese Partei immer mehr Einfluß verlor. Die Deutsch-Liberalen waren eine großbürgerliche Partei, die, wie alle großbürgerlichen Parteien, auf wirtschaftlichem Gebiet die Grundsätze des freien Wettbewerbs, der freien Entwicklung der Wirtschaft ohne jede staatliche Einmischung vertrat und dafür dem Land unbeschränktes Wohlergehen versprach. Aber 1873 war die große Krise ausgebrochen, in der Tausende ihr Vermögen verloren hatten, in der Fabriken und Banken krachten, Gewerbetreibende zugrunde gingen, Arbeiter arbeitslos wurden ... Die Krise, die, wie alle solche Krisen, von einer Unzahl von Skandalen und Korruptionsaffären begleitet war, von denen nicht wenige in gefährlicher Nähe des Ministeriums ausbrachen oder endigten. Diese Krise gab den ohnehin diskreditierten Liberalen den Rest. Sie waren nicht mehr freiheitlich, sie vermochten ohne Staatsanwalt und Polizei nicht mehr Ruhe zu halten, und nun hatten sie auch ihr Versprechen einer kommenden, nie unterbrochenen Wirtschaftsblüte nicht erfüllen können. Nicht nur das Kleinbürgertum und die Intelligenz, nicht nur die ohnehin mißtrauischen Arbeiter, auch das Mittel- und Großbürgertum begann sich langsam nach anderen Vertretern umzusehen.

Unter diesen Umständen hatte es Franz Joseph nicht schwer, wieder eine Wendung der Politik um 180 Grad durchzuführen. Auersperg ging. Der konservative Adelige Graf Taaffe kam. Es begann die vierzehnjährige Regierung des Kabinetts Taaffe, die Zeit des „Eisernen Rings".

Taaffe machte etwas, was außer ihm noch keinem Kaiser gelungen war und was außer ihm noch niemand in seiner

Konsequenz gewagt hatte — er ignorierte einfach die Liberalen mit ihre Proteste, ignorierte sie so lange, bis es für alle klar war, daß man dies nun straflos tun konnte, daß die Deutsch-liberalen nichts weiter vermochten, als immer wieder zu protestieren. Er hatte das Glück, daß die Liberalen ihre Rolle ausgespielt hatten und andere Parteien noch nicht stark genug waren, an ihre Stelle zu treten.

Seine erste Initiative waren Unterredungen mit den Tschechen, und es gelang ihm, sie für eine Unterstützung seiner Politik zu gewinnen. An den alten konservativen Führern der tschechischen Opposition waren die Jahre des Boykotts des Parlaments und des damit verbundenen Mangels an Erfolgen nicht spurlos vorübergegangen. Neue Gruppen, neue Parteien stiegen empor, und wenn Rieger, Fürst Lobkowitz und die anderen parlamentarischen Vertreter der Tschechen ihre Positionen halten wollten, mußten sie Erfolge vorweisen. Aus diesem Grund waren die Tschechen weit mehr verhandlungsbereit als früher, und als Taaffe ihnen die kaiserlichen Angebote machte — Schaffung einer tschechischen Universität, Unterstützung des tschechischen Mittelschulwesens, Gleichsetzung der tschechischen Sprache mit der deutschen im Verkehr aller Behörden Böhmens und Mährens mit dem Publikum und Herabsetzung der Wahlrechtsqualifikation auf fünf Gulden (was eine neue Erhöhung der tschechischen Mandate bedeutete) —, nahmen sie an. Damit war die Hauptschwierigkeit gelöst. Den Rest seiner Mehrheit fand sich Taaffe bei allen, die seit Jahren mit der Politik der Deutsch-Liberalen unzufrieden gewesen waren — bei den klerikalen Gruppen, die besonders in katholischen Ländern, wie Tirol, ihre Hauptstützpunkte hatten und überdies durch die Herabsetzung der Wahlqualifikation neue Stimmen unter den katholischen Bauern bekamen, unter den Aristokraten, die gegen die „Bürokratenherrschaft" der Liberalen Sturm gelaufen waren, weil sie ihnen die Aufstiegsmöglichkeiten nahm, und unter den Konservativen, die er durch die Zusicherung gewann, er würde immer nur der politische Willensvollstrecker des Kaisers, der sogenannte „Kaiserminister", sein. Die Unterstützung der Krone hatte er als „Kaiserminister" auf jeden

Fall, die Unterstützung der Polen schließlich war durch [illegible] kratenfreundliche Politik, durch die Bestätigung ihrer [illegible] rechte gegenüber den Ruthenen und durch ein paar Minister[illegible] posten immer leicht zu erkaufen.

Taaffes Politik bestand in einem ständigen Jonglieren. Jede Gruppe machte immer wieder Vorstöße, drohte immer wieder, die Koalition zu verlassen, und wurde immer wieder durch eine kleine Konzession — eine Schule hier, eine Straße und ein Postamt dort — besänftigt. Jede Gruppe, mit Ausnahme der Deutsch-Liberalen, die man einfach schreiben und sich beschweren ließ, fühlte, daß sie durch das Ausscheiden aus der Regierung etwas zu verlieren, durch das Verbleiben etwas zu gewinnen hatte — und blieb. Für die ehemals Oppositionellen war das Ziel erreicht. Sie durften zwar nicht ganz auf dem ,,Kutschbock der Monarchie" reisen, aber durften von Zeit zu Zeit einen Zügel in der Hand halten.

Die Periode Taaffe war eine Zeit der Ruhe. Die großen Kämpfe verebbten, die Konflikte verloren ein wenig an Schärfe. Man sprach nicht mehr vom baldigen Zerfall der Monarchie, man fragte sich nicht, was der morgige Tag bringen würde. Österreich schien wieder eine Großmacht, um die andere Mächte warben, mit einem starken Heer und einer Verwaltung, die reibungslos funktionierte. Die Armee genoß eine privilegierte Position und man bemühte sich planmäßig, sie aus den nationalen Konflikten herauszuhalten. Man sagte den Offizieren immer wieder: ,,Ihr seid Waffenbrüder einer Gemeinschaft, Diener der Krone, und es ist ganz gleich, ob ihr Deutsche oder Slawen, Ungarn oder Kroaten, Polen oder Slowenen seid — in erster Linie seid ihr Offiziere." Diese Politik gelang. In der Armee gab es tatsächlich ein stärkeres Zusammengehörigkeitsgefühl als anderswo, zum Teil lag das daran, daß das Offizierskorps in erster Linie aristokratisch und aristokratisch bestimmt war, und der Adel war an nationalen Fragen weit weniger interessiert als das Bürgertum. Dieser ,,übernationale Armeegeist" währte viel länger als die politische Ruhepause.

Es gab nach wie vor Schwierigkeiten und Reibereien, man kämpfte um eine Schule in Slowenien, um die Besetzung eines

[illegible] Eisenbahnerpostens in Mähren, eine Sprachenverordnung in Galizien, aber das waren kleine Kämpfe, die das Gefüge des Staates nicht mit einem Schlage erschütterten. Niemand war wirklich ganz zufrieden, aber es war, wie Taaffe sich ausdrückte, ,,der Zustand wohltemperierter Unzufriedenheit", in dem es sich leben ließ. Die Ruhe war in Österreich eingekehrt und nur wenige fragten sich, ob es nicht die Ruhe vor dem großen Sturm sei.

Es ist vor allem diese Zeit und es sind — so merkwürdig es klingen mag — die Jahrzehnte vorher und nachher, in der das Bild des glücklichen, ruhigen und heiteren Österreich entstanden ist, das Bild der ,,guten alten Zeit", an die noch heute viele Menschen mit Sehnsucht und Schwermut zurückdenken. In diesen Jahren wurde das Wort ,,das schöne Wien" fast zu einem europäischen Begriff, einem Wort, aus dem glitzerndes Licht und fröhliche Farben, der Scharm einer jungen, neuen und doch so alten Stadt, Lebensfreude, Lebensgenuß, ehrliche saubere Arbeit, künstlerische und wissenschaftliche Leistung, Schönheit und Romantik wie eine zarte Parfumwolke aufstiegen. Wien — das waren die Fiaker mit den Gummirädern, das weiße, ein wenig steife Ballett unter glitzernden Kandelabern vor einem illuminierten Opernrund, Flieder und blühende Kastanien in den Vorstadtgasthäusern, Schrammeln und Geigen, heißes Gulasch und kalter Wein und der Sonntagskorso im Prater — Kuchen- und Blumengeruch, glitzernde Pferdegeschirre und weiches Federrollen und weiße spitzenbesetzte Sonnenschirmchen über hochaufgetürmten Frisuren. Und Wien war der neuerbaute Ring und das neuerbaute Parlament und das neuerbaute Rathaus, die neuerbaute Rotunde und der neuerbaute Donaukai, das neue Opernhaus, die neue Hochquellenleitung und die fünf neuen Bahnhof-Bauten, die als Spitzenleistungen der damaligen Technik und Architektur galten, die großen neuen Brücken und die neue schnelle und saubere Straßenbahn und die neuen ,,hochherrschaftlichen Häuser", in denen es — Inbegriff allen Luxus — Lifte auf den Stiegen und Palmen im Vorraum, Lift und Badezimmer gab — allerdings auch fensterlose ,,Dienstbotenzimmer". Es war die Redoute und der Heurige, das ,,Sacher"

mit seinen Spiegelscheiben und das Kaffeehaus mit seinen [illegible] Plüschbänken und dem ewigen Tabakrauch, der wie ein [illegible] Schleier über den Räumen hing. Und es war nicht nur Tanz und Unterhaltung, es war das Wiener Theater, die Wiener Musik mit Bruckner und Mahler, die Wiener Universität mit ihren großen Leistungen in der Medizin und den Naturwissenschaften, der Altertums- und Sprachenforschung und die Literatur einer Stadt, die in rascher Aufeinanderfolge einen Anzengruber und einen Saar, einen Hofmannsthal und einen Schnitzler hervorbrachte.

Der Glanz, der von Wien ausging und beim Zurückblicken noch nach zwei Menschenaltern sichtbar ist, war mehr als eine aus Erinnerung und Sentimentalität entstandene Fata Morgana, mehr als ein Abglanz der Heurigenromantik und der Bäckerlieb-gemütlichkeit. Dieses strahlende, lebensvolle Wien hat existiert. Es war nicht vollkommen. Hinter seiner Pracht verbarg sich viel Armut: dort, wo die Gaskandelaber nicht leuchteten, gab es viele dunkle, winklige Straßen, Mietskasernen, finstere Stuben, Kinder, die zu viert in einem Bett schliefen, Tuberkulose. Aber es wäre oberflächlich, es nur für einen bunten Vorhang zu halten, der die Not verdecken sollte. Es war nicht auf festem Grund gebaut, in seinen Fundamenten rieselte bereits das Gestein herab und bald sollten sich in den schweren, breiten Wänden die Risse zeigen. Doch trotz alledem hat seine Existenz der Menschheit, hat es vor allem Österreich und den Ländern, die Österreich umgaben, etwas gegeben, was auch die späteren Jahre des Untergangs nicht fortnehmen konnten.

Die verhältnismäßige politische Ruhe hatte ihren wirtschaftlichen Hintergrund. Die Zeit der industriellen Revolution war vorbei. Der Industriekapitalismus hatte in Österreich zwar unvollständig und spät gesiegt, aber er hatte gesiegt. Nicht mehr stürmisch wie in seinen Anfangsjahren, aber auch nicht mehr an allen Ecken und Enden von der Regierungspolitik behindert, hatte er das Land verändert. Tausende von Fabriken erzeugten ihre Waren, die Maschinen brachten an einem Tag mehr Stoff, mehr Eisen, mehr Maschinen hervor, als die Menschen früher in einem Monat hervorgebracht hatten, die Summe der im Land

erzeugten Güter hatte sich vervielfacht, und etwas von dem Reichtum, der täglich geschaffen wurde und nicht in die Banken oder in neue Industrien wanderte, blieb in den Städten und im Land hängen. Das neue reiche Bürgertum des Jahrhundertendes baute sich „sein" Wien, wie das städtische Bürgertum des 18. Jahrhunderts, das Manufakturbürgertum und die Händler der Biedermeierzeit sich „ihr" Wien gebaut hatten. Die Zeit des Sparens, des Umdrehens jedes Groschens war vorbei, die neuen Sieger wollten zeigen, was sie besaßen — und nebenbei waren Grund, Boden und Häuserbesitz eine gute Kapitalsanlage. Die neuen Geschäftshäuser, die Ringstraße, die großen Cafés und die Regierungsgebäude, die baumbestandenen Alleen, die nun die Stadt durchzogen, die Gärten und Parks, die nun angelegt wurden, das Riesenrad und die Rotunde, dies alles waren die Bauten des neuen Bürgertums, das sie entweder selbst errichtete oder in dem Staat und der Gemeinde seinen Geschmack und seine Auffassungen einpflanzte. Die Verbesserung des Verkehrs, der Wohnverhältnisse, die neuen Sanitätsanlagen entsprachen den Bedürfnissen einer Schicht, die es sich nun leisten konnte, für ein angenehmes Leben Geld auszugeben, und mehr als das, die es sich leisten konnte, Konzerthäuser und Bildergalerien, Theater und Oper, Bibliotheken und Universitäten zu haben als Künstlern, Wissenschaftlern, Schriftstellern und Komponisten als Belohnung für erstklassige Leistungen ein einigermaßen gesichertes Leben zu bieten. Vorbei war die Zeit, wo ein Haydn als Kapellmeister eines fürstlichen Hausorchesters sein Leben fristete, Beethoven in Not lebte, Schubert jeden Kreuzer dreimal umdrehen mußte, die Künstler der neuen Zeit waren — mindestens, wenn sie einmal anerkannt waren — selbst große Herren.

Was in Wien in den Achtziger- und Neunzigerjahren des vorigen Jahrhunderts gebaut wurde, ist meist laut und aufdringlich. Bauwerke von Neureichen, obwohl heute Zeit und Gewöhnung die Häßlichkeit dieser Bauten gemildert haben und dem Betrachtenden erlauben, auch die in ihnen enthaltene Kraft und Lebensbejahung zu sehen. Aber was in Wien an Leben und Kultur geschaffen wurde, war keineswegs eine Neureichenkultur. Wien und ganz Österreich hatten etwas,

was sie vor der ärgsten Geschmacklosigkeit und Maßlosigkeit bewahrte und daran hinderte, ein solcher Alpdruck wilder und minderwertiger ,,Gründer"-Architektur und -Kunst zu werden, wie es zum Beispiel Berlin geworden ist. Dieses Etwas waren Tradition und Nationalkultur. Österreich war seit vielen hundert Jahren ein Staat, seit vielen hundert Jahren fühlten die Menschen, daß dieses ,,Österreich", das man seit dem 17. Jahrhundert ,,Vaterland" genannt hatte, auch ihnen gehörte und daß das, was dort entstanden und gewachsen war, nicht der Besitz einer einzelnen Menschengruppe, sondern des ganzen Volkes war. Sie hatten das Wort ,,Nation" aussprechen gelernt, und die Nation schloß auch die Vergangenheit der Nation ein. Man mußte die Österreicher nicht daran erinnern, daß sie Erben Fischers von Erlach waren — sie wußten es. Man brauchte ihnen nicht zu sagen, daß Theater, Oper und Musik nicht das Eigentum einer kleinen Schicht, sondern aller sind und darum Liebe, Fürsorge und Verehrung verdienen — das Volk war schon lange so stark und so selbstbewußt, daß die Machthaber sie einst ihm den Gebrauch von Theater und Musik abtreten mußten, und betrachtete diese Dinge als sein selbstverständliches Erbe. Die größere Kraft und Freiheit, die mit einer starken geradlinigen Entwicklung der Nation kommt, hatte die Machthaber von einst gezwungen, dem Volk nicht mit der Peitsche, sondern mit Jesuitenspielen und Musik ihren Willen zu sagen, und die gleiche Freiheit hatte Zeitungen und Büchern, den Pamphleten der Reformer, der Schrift Hörnigks Erscheinen und Massenauflagen ermöglicht. Und darum war auch die Literatur nicht der Besitz einer kleinen Schicht, etwas, was die nach ihr Kommenden erst mühsam verstehen lernen müssen, sondern etwas, was schon lange da war, an das man sich gewöhnt hatte und worin man Gut von Schlecht unterschied. Einem solchen Volk kann man nicht überladene Zementblöcke mit gotischen Verzierungen hinstellen und einreden, es sei edle Architektur, man kann ihm nicht kaisertreue Kitschdramen als Literatur und blecherne Regimentsmusik als den Inbegriff der musikalischen Errungenschaften darbieten, weil es pfeifend und lachend kehrtmacht und den neuen Schundhändlern davongeht. Das ist der Grund,

warum trotz Gründerzeit und Makart-Romantik die österreichische ,,gute alte Zeit" so vieles Schöne und Bleibende hervorgebracht hat.

Es gab noch einen Grund für den Reichtum und die Vielfältigkeit des geistigen Lebens, für die Größe und den Glanz Wiens in jenen Jahren. Wien war nicht die Hauptstadt eines Landes allein. Es war trotz allem das Herz eines Imperiums, der Mittelpunkt eines großen und ausgedehnten Wirtschaftssystems, das einen großen Teil von Mittel- und Osteuropa umfaßte, der Ort, wo Menschen und Gedanken vieler Länder und vieler Nationen zusammenkamen und einander beeinflußten. Trotz der räumlichen Entfernung, trotz der eigenen Entwicklung, die in den anderen Ländern der Monarchie begonnen hatte, trafen sich in Wien dennoch Prag und Belgrad, Laibach und Budapest, Triest und Brünn, und das Denken der Stadt setzte sich aus den Gedanken der Bauern, irgendwo in den Ebenen Siebenbürgens oder Galiziens, der Bitterkeit, der Hoffnung und dem starken Herzschlag der jungen tschechischen Intelligenz, den Erinnerungen und den Zukunftsträumen der kroatischen Dichter und Professoren, den Plänen und Gedanken der ungarischen Politiker zusammen. Man könnte es sich leicht machen und sagen, daß Wien der Unterdrücker war und die anderen die Unterdrückten und daß Unterdrücker und Unterdrückte einander nichts zu sagen haben — aber so einfach lagen die Dinge nicht.

Ein tschechischer Politiker hatte einmal, lange nach 1918, gesagt: ,,Das alte Österreich-Ungarn war ein Völkerkerker — aber ein angenehmer." Für die Monarchie der Achtzigerjahre stimmte diese Bezeichnung, wenn sie auch bald mehr und mehr an Gültigkeit verlieren sollte. In der österreichischen Politik gegenüber den ,,nichtdeutschen" Völkern gab es Perioden wahren Terrors — so etwa die Militärherrschaft in Ungarn und in Italien nach 1849 —, aber von diesen ziemlich kurzen Zeiten abgesehen, war die Unfreiheit maßvoll. Jene nationale Unterdrückung im modernen Sinne, die dem unpolitischesten Menschen in unterworfenen Land seine Unfreiheit vor Augen führt, indem sie ihm den Gebrauch seiner Muttersprache unter schweren Strafen verbietet, ihn daran hindert, seine eigenen nationalen

Vereinigungen zu entwickeln, über die Geschichte und die Kultur seines Landes zu schreiben, ja den Namen seines Landes zu nennen, gab es im alten Österreich nicht. Ebensowenig kam es damals vor, daß Angehörige nichtösterreichischer Nationen als Bürger zweiter Klasse behandelt wurden, noch auch daß man offen eingestandene Ausschließungen eines Menschen aus einem Amt oder einer Stellung, weil er Tscheche oder Kroate oder Pole war. Was es gab, war eine Benachteiligung hinter der die Forderung der Kenntnis der deutschen oder in Ungarn der ungarischen Sprache, aber wenn der Anwärter auf eine Stelle die Sprache einmal beherrschte, stand seiner Karriere in den meisten Fällen nichts mehr im Wege. Natürlich gab es auch Unterschiede in der Lebenshaltung: der Arbeiter in Polen oder Ungarn verdiente wesentlich weniger als ein Arbeiter in Wien oder Graz; aber einem polnischen oder slowakischen Arbeiter in einer Wiener Fabrik einen niedrigeren Lohn zu zahlen, weil er Pole oder Slowake war, wäre den Machthabern der Monarchie ebensowenig eingefallen, wie es ihnen eingefallen wäre, sie einzusperren, weil sie den Namen Polen oder Slowake benützten oder einen nationalen Turnverein gründeten. Diese Unterscheidung zwischen alter und moderner nationaler Unterdrückung soll nicht die Politik der Monarchie glorifizieren oder vorspiegeln, daß dort nichts Arges geschehen sei, aber sie soll den Unterschied im Verhältnis der Nationen zueinander erklären. Der Angehörige einer Nation, der brutal vom Bürgersteig heruntergestoßen wird, weil er nicht ein Angehöriger der „Herrennation" ist, der Bauer, dem die Polizei ins Haus kommt, weil er mit seinen Kindern in der Muttersprache betet, und der Arbeiter oder Angestellte, der nur fünf Mark ausbezahlt bekommt, während sein österreichischer Nebenmann acht erhält, wird zwangsläufig dazu kommen, jeden Vertreter der „Herrennation" als seinen persönlichen Feind zu betrachten. Für den Mann, für den die nationale Unterdrückung sich nur in einer Unbequemlichkeit ausdrückt, nämlich in der Notwendigkeit, eine Sprache zu lernen, die er wahrscheinlich ohnehin schon kann, oder in verhältnismäßig abstrakten und für ihn ziemlich fremden Diskussionen seiner Abgeordneten über die „Einheit der Länder

der böhmischen Krone", für den besteht kein Grund, seine eigene Stellung als unerträglich zu empfinden, die Vertreter der dafür verantwortlichen Nation zu hassen und den Umgang mit ihnen zu meiden.

Tatsächlich hat es in der alten Monarchie bis zur Jahrhundertwende wenig persönlichen Haß unter den Angehörigen verschiedener Nationen gegeben, ebensowenig wie es eine Absonderung voneinander gab. In manchen Teilen des Landes waren die Differenzen größer, zum Beispiel in Ungarn, das empfangen hatte, eine wirkliche und brutale Entnationalisierung betrieben, oder in Böhmen, wo die Deutschen, besonders in den Randgebieten, aus ihrer Hoffnung, die Tschechen bald wirklich als Menschen zweiter Ordnung behandeln zu können, kein Hehl machten, aber selbst dort hatte jeder Tscheche seine deutschen, jeder Ungar seine kroatischen Freunde und Bekannten, arbeitete und vergnügte man sich zusammen und war meist miteinander verschwägert und verwandt. Noch weniger nationale Grenzen gab es in der Hauptstadt, vor allem dort, wo es sich um kulturelle, wissenschaftliche oder wirtschaftliche Arbeit handelte. Es war eine Selbstverständlichkeit, daß die geistigen und politischen Führer der nationalen Bewegungen in Wien ebenso zu Hause waren wie in Prag oder Zagreb, daß nicht nur ein Rieger und Palacký, sondern auch später ein T. G. Masaryk die Wiener wissenschaftlichen Institutionen ebenso als die ihren betrachteten wie die Prags und daß die Arbeiten zur Wiederentdeckung der kroatischen oder serbischen Vergangenheit und Literatur in Wien von serbischen, kroatischen und österreichischen Wissenschaftlern gemeinsam betrieben wurden. Wie stark dieses Miteinander- und Aufeinanderwirken war und wie sehr es nebenbei das Leben Österreichs bereicherte, zeigen die Biographien von Josef und Emil Skoda aus Böhmen. Der ältere, Josef Skoda, lehrte an der Universität Medizin und wurde, zusammen mit dem ebenfalls aus der heutigen Tschechoslowakei stammenden Karl Rokitansky, der Begründer der modernen Wiener Medizin. Der andere, sein Neffe Emil Skoda, wurde ebenfalls ein Wiener Ingenieur und später Eigentümer der größten Waffenwerke des alten Österreich, der Skoda-Werke.

Wien war die Hauptstadt eines großen Reichs, und gerade diese Tatsache, verbunden mit seiner Größe und kulturellen Tradition, zog immer wieder die besten und fähigsten Menschen aus der ganzen Monarchie dorthin. Und jeder, der kam, fand nicht nur früher oder später sein Auskommen, sondern vor allem seine Ecke, seinen Kreis von Gesinnungsgenossen, was es — ob es sich nun um Archäologie, um den Brunnenbau in Galizien, um Heilung durch Hypnose oder um Bodenreform handelte — eben nichts gab, wofür man sich in Wien nicht interessiert hätte. Es war diese Buntheit und Vielseitigkeit diese neuen Menschen und neuen Gedanken, die ständig hereinströmten, die Wien seinen Glanz und seine Größe gaben.

Natürlich war nicht alles eitel Glanz. Es ist Wien oft vorgeworfen worden, daß es die übrigen Länder der Monarchie geistig ausplünderte, indem es das Beste, was sie hervorbrachten, an sich zog. In bezug auf geistige Güter ist der Vorwurf wohl unberechtigt. Wenn man intellektuell etwas gibt, nimmt man zugleich und entwickelt sich selbst, und gerade die besten und fortgeschrittensten Führer der Nationen der Monarchie, wie etwa T. G. Masaryk oder später die Arbeiterführer der österreichischen Völker, haben immer wieder unterstrichen, wieviel Wien ihnen geistig gab. Aber wirklich berechtigt war der Vorwurf, soweit es sich um wirtschaftliche Fragen handelte. Hier hat Wien die Provinzen wirklich ausgeplündert, wie gesagt, zum großen Teil auf ihre Kosten gelebt. Der Reichtum der Stadt ist nicht in Österreich allein gewonnen worden, sondern vor allem in der Monarchie. Die Juwelen und die Pelze der „Sacher" wurden mit der Arbeit ruthenischer oder slowakischer Bauern bezahlt, die glänzenden Industrieanstalten, die technischen Errungenschaften mit dem Schweiß der Arbeiter in den Kohlengruben Fünfkirchens und Mährisch-Ostraus. Der Ertrag der Arbeit der ganzen Monarchie strömte nach Wien, hier entstanden die neuen Großbanken, die neue Börse, die vielen neuen Aktiengesellschaften, von hier strömte das so erworbene Kapital wieder aus, um in den fernsten Winkeln des Staates und darüber hinaus bald auch am ganzen Balkan Besitz zu erwerben, Rohstoffquellen zu erschließen und die

ungarische Industrie aufzukaufen. Vom Verdienst aus diesen Geschäften, unter dem Einfluß der Männer, die dabei reich wurden, baute man die Ringstraße und die neuen Häuser, die Stadtbahnlinien und die Kanäle — Dinge, die Zagreb und Prag, Lemberg und Fiume nicht erhielten, weil ihr Reichtum nicht in ihrem Lande blieb.

Aber nicht einmal diese Tatsache hat an und für sich unter den Völkern die ernsthafte Entscheidung hervorgerufen, die Beziehungen mit Wien und Österreich-Ungarn im allgemeinen abzubrechen und sich aus dem großen Wirtschaftssystem der Monarchie herauszulösen. Das kommt daher, weil in wirtschaftlicher Hinsicht die Monarchie ein geradezu ideales Gebilde war. Sie hatte alles: Eisen und Kohle, Erze und Chemikalien, Agrar- und Industriegebiete, Straßen, Häfen, einen vorzüglichen Wasserweg, die Donau, Eisenbahnen, die man nur planmäßig anzulegen brauchte, um das Gebiet bis zum letzten Winkel zu erschließen, fähige und fleißige Menschen. Die Länder untereinander ergänzten sich wirtschaftlich, was der eine nicht hatte, konnte der andere herstellen, den Rohstoff, den das eine zur zweckmäßigen Anfertigung der Ware brauchte, konnte es auf kürzestem Wege und nun ohne Zölle und Ausfuhrschwierigkeiten von anderen erhalten, die Häfen und Transportwege brauchten nicht. Jeder Mensch mit Phantasie konnte sich ausmalen, welchen Reichtum, welche kulturelle Höhe dieser von der Natur so wohl bedachte Staat unter gewissen Voraussetzungen erlangen konnte, und den meisten schien es ein Wahnsinn, dieses von der Natur wie absichtlich geschaffene Gebiet zu zerschlagen, solange eine Hoffnung gab, daß aus ihm ein Staat gleichberechtigter Völker werden könnte.

Diese Hoffnung schien in den Achtzigerjahren zunächst der Erfüllung näher als vorher. Die Ungarn hatten gesiegt, sie hatten die Tschechen Konzessionen erhalten, morgen würden es andere Nationen sein. Die Deutsch-Liberalen, die fast, die jede Maßnahme zugunsten der nichtösterreichischen Völker verhindert hatte, war gestürzt und befand sich im Zerfall. Vielleicht konnte, wenn nicht morgen, so doch irgendwann, wenn nicht leicht und einfach, so doch im Wege langer, mühsamer

Verhandlungen, politischer Züge und Gegenzüge, die Monarchie in das Gebilde verwandelt werden, das vielen wie ein Idealbild vorschwebte, ein Staat, der alle Nachteile der Monarchie beseitigte und keinen der Vorteile vernichtete, eine „österreichische Schweiz", eine Föderation gleicher und freier Nationen.

Dieser Gedanke einer „österreichischen Schweiz" war nicht nur eine Forderung der nichtösterreichischen Völker. Auch im Lager des österreichischen Bürgertums gab es Menschen, die insbesondere unter dem Eindruck der ständigen ungelösten Krise der Monarchie in den Siebzigerjahren, eine solche Lösung forderten. Am klarsten hat es Adolf Fischhof 1869 formuliert, der demokratische Führer von 1848, der zusammen mit Pillersdorf schon in Kremsier ähnliche Pläne ausgearbeitet hatte. Fischhof sprach in seiner Schrift „Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes" davon, daß keine Nation in Österreich stark genug sei, die andere zu unterdrücken, aber jede stark genug, um den Bestand des Staates zu gefährden. Österreich müsse deshalb ein System schaffen, das jedem Volk garantiert, dem anderen nicht unterstellt zu werden, sondern daß sie alle einander gleichgestellt sind, einen Staat, in dem die Völker nicht als Feinde gegeneinander, sondern als Verbündete miteinander gehen würden. Die Aufgabe der Österreicher sei es, die Völker nicht zu unterdrücken, sondern zu gewinnen, in ihnen nicht Untergebene, sondern Partner zu sehen. Ein föderiertes Österreich würde auch auf die Völker des Balkan nicht mehr abstoßend, sondern anziehend wirken, es würde ihnen die Lust nehmen, sich unter den Schutz des russischen Zarismus zu stellen, wenn sie sehen würden, daß der Staatenbund Österreich ihnen die größere Möglichkeiten der nationalen Entwicklung gäbe. Die Umwandlung Österreichs in eine Art Schweiz würde den Zerfall der Monarchie ihre zentrifugalen Tendenzen nehmen und sie zum fortschrittlichsten, wohlhabendsten und glücklichsten Land Europas machen.

Fischhof war nicht der einzige, der so sprach. Es gab in der Beamtenschaft und unter der österreichischen Intelligenz Männer, die im Verlauf der Achtzigerjahre ähnliche Forderungen aufstellten. Man wußte außerdem, daß es im Kaiserhaus einen

Anhänger der Fischhofschen Forderungen gab, den Thronfolger Kronprinz Rudolf, der nicht nur in Privatbriefen, sondern auch öffentlich sich ebenfalls für die Schaffung einer „österreichischen Schweiz" als einzige Lösung ausgesprochen hatte. In einer Monarchie, in der der Kaiser — und damit früher oder später Rudolf — einen entscheidenden Einfluß auf die politische Entwicklung hatte, war diese Tatsache sehr bedeutsam. Und die Politik Taaffes, die bei aller konservativ-aristokratischen Starrheit dennoch eine föderalistische war, schien der Beginn einer Wendung zu sein. War es nicht so, daß die Stimme der Vernunft wieder zu siegen begann und die Monarchie noch einmal, wie oft in der Vergangenheit, durch einen kühnen Sprung vorwärts ihre Existenz retten und die schwere, blutige und erschöpfende Operation des Zerschlagens des Staates unnötig machen sollte?

Jene, die so hofften, gaben sich einem tragischen Irrtum hin, wenn sie Fischhofs Schrift für ein Zeichen des dämmernden Erwachens der Vernunft und Toleranz in den Reihen des Bürgertums hielten. Sie war das letzte Aufleuchten der bürgerlichen Toleranz. Sie irrten sich, wenn sie der Sinnesänderung der Krone und der Aristokratie irgendeine Bedeutung beimaßen. Der Kaiser herrschte noch und würde noch herrschen, aber die Macht glitt rasch aus seinen Händen.

Neue Kräfte traten auf, und nicht der alternde Kaiser, nicht Taaffe, nicht Fischhof und seine letzten Achtundvierziger, sondern diese neuen Kräfte sollten den Kampf miteinander austragen.

DIE NEUEN PARTEIEN

Bisher wurde die österreichische Politik von einer kleinen Gruppe Menschen, von der Krone, ihren Ministern, einigen Dutzend Berufsbeamten, gemacht. Aber neue Kräfte hatten sich entwickelt, diese Kräfte verlangten, selbst das Schicksal des Landes bestimmen zu dürfen. Der Ausdruck dieser Veränderung war die Entstehung von großen politischen Parteien.

Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts bildeten sich in

Österreich eine Reihe von politischen Gruppierungen, die zum Teil weise die alten bürgerlichen Gruppen der Liberalen und Konservativen in den Hintergrund drängten oder in sich aufsogen. Die beiden wichtigsten bürgerlichen Gruppen waren die Christlichsozialen und die Großdeutschen. Aber nicht nur das Bürgertum schuf sich seine großen Organisationen, sondern auch die neue aufsteigende Schichte, die Arbeiterschaft. Zum erstenmal trat in dieser Zeit eine Arbeiterpartei — die Sozialdemokratische Partei — auf den politischen Kampfplatz.

Die Großdeutschen

Es war selbstverständlich, daß die Vertreter eines „deutschen" Kurses in Österreich, jene, die sich als Staatsvolk betrachteten, dessen Positionen durch den Aufstieg der Slawen, durch die Konzession der Regierung an die Tschechen bedroht war, es nicht stillschweigend mit der Verdrängung der Deutsch-Liberalen aus der Regierung und ihrem Niedergang zufrieden gaben. Aber die Deutsch-Liberalen waren eine großbürgerliche Partei, sie waren zu exklusiv — und nun zu kompromittiert —, um jemals einen Massenanhang zu gewinnen, und vor allem schreckten sie letzten Endes immer wieder vor der Konsequenz zurück, um der Aufrechterhaltung der deutschen Herrschaft willen offen die Liquidierung der Habsburgermonarchie, das Aufgehen in einem anderen Staat zu fordern.

Aber auf die alte Art war die Vorherrschaft der deutschsprechenden Österreicher nicht mehr aufrechtzuerhalten. Ein einfaches Rechenexempel mußte das zeigen: sie waren auf Zisleithanien in der Minderheit, und es konnte unter normalen Umständen nur noch wenige Jahre dauern, bis die slawische Mehrheit ihren Ausdruck auch in der Regierung fand.

Der einzige Ausweg war ein Taschenspielertrick, der aus der deutschsprachigen Minderheit in Österreich eine überwältigende Mehrheit machen würde, der Taschenspielertrick der „Stärkung des deutschen Elements in Österreich" durch die Wiedervereinigung Deutschen, der Anschluß Österreichs an Deutschland.

Schon seit den Siebzigerjahren bestand in Österreich eine Reihe von Vereinigungen, die sich den „Schutz des Deutschtums" und die Aufrechterhaltung der „Großdeutschen Tradition" zur Aufgabe stellten. Die aktivsten von ihnen, der „Deutsche Volksverein", hatte schon den „Ausgleich" scharf bekämpft und ihn als „Vergewaltigung und Unterdrückung der Deutschen" bezeichnet. 1870 erließ der Verein ein Programm, in dem er erklärte, daß der Kampf der „Deutschen in Österreich" gegen die Ansprüche der fremden Nationalitäten nicht eine Frage des Rechtes, sondern eine der Macht sei. Der Verein forderte die Autonomie Galiziens und die Abtretung Dalmatiens an Ungarn, um auf diese Weise den „acht Millionen Deutschen" in Österreich das Übergewicht über die Slawen zu geben. Dieses neue, unter „deutscher" Herrschaft stehende Österreich sollte dann in ein enges Bundesverhältnis zu Deutschland treten. Zu der gleichen Zeit entstand der „Verein der Deutschnationalen", der ein ähnliches Programm hatte. Aus ihm, dem „Volksverein" und einer Reihe anderer Organisationen ging dann der „Deutschnationale Verein" unter Führung Georg Schönerers hervor.

Schönerer, der seine Karriere als Funktionär einer landwirtschaftlichen Organisation in Zwettl begonnen hatte, war ein Radaupolitiker, der seine politischen Debatten am liebsten mit der Faust oder mit der Reitpeitsche austrug, ein völlig skrupelloser Karrierist, dem zur Erreichung seiner Ziele jede Lüge und Erpressung recht war, krankhaft eitel und, wie sich an seinem Lebensende herausstellte, wahrscheinlich geistig nicht normal. Er ließ sich von seinen Anhängern „Führer" und „Retter" titulieren, erfand sich einen Adelsstammbaum, der bis in die Kreuzfahrerzeit zurückreichte, baute sich später ein Stammschloß voller Ritterrüstungen und urgermanischer Bärenfelle, führte unter anderem einen erbitterten Kampf gegen die „christliche Zeitrechnung", der er die „germanische" entgegenstellte — seine Reden und Briefe waren mit den Monatsnamen „Hartung", „Julmond" und ähnlichem versehen — und war, wie sich später herausstellte — in gut ein Dutzend Korruptionsaffären verwickelt. Neben der „Großdeutschen Ziel-

setzung" gehörte zu seinem politischen Programm der [illegible] nationaler Grundlage beruhende Antisemitismus" — [illegible] in dieser Form ganz Neues in der österreichischen Politik [illegible] und eine starke antikatholische Note. Er wurde später [illegible] Führer der ,,Los-von-Rom-Bewegung", da die katholische Kirche seiner Meinung nach durch ihren Internationalismus und ihre Unterstützung der ,,schwarz-gelben", auf Erhaltung der Gesamtmonarchie gerichteten Tendenzen und ihre grundsätzliche Bevorzugung der nichtösterreichischen Nationalitäten am deutschen Interesse Verrat geübt hatte. Charakteristisch für seine Haltung sind einige seiner Aussprüche im Abgeordnetenhause: ,,Immer lauter ertönt in den österreichischen Erblanden der Ruf: ‚Wenn wir nur schon zum Deutschen Reiche gehören würden!' " ,,Ich bin überzeugt, daß die Mutter Germania ihr an die Deutschen in Österreich herantretende Bedürfnis beachten wird, denn zu den Früchten des unsterblichen Sedantags in Sedan kann es nimmermehr gehören, neun Millionen deutscher Stammesbrüder in Österreich zu vergessen." ,,Die Deutschnationale betrachten den Antisemitismus als den Grundpfeiler des nationalen Gedankens, als die größte nationale Errungenschaft dieses Jahrhunderts."

Es wäre aber falsch, in Schönerer nur einen politischen Taschenspieler, einen Radaubruder zu sehen. Er war ein gewiegener und geschickter Politiker, der die Sprache und die Argumente fand, die Hunderttausenden als die Antwort auf ihre Sorgen und Probleme erschien. Trotz der scheinbaren Blüte unter Taaffe begannen in den Achtzigerjahren Tausende zu spüren, daß der Boden unter ihren Füßen fortglitt. Da waren die Kleingewerbetreibenden, die Handwerker, die von den großen Industrien und vom Großhandel erdrückt wurden, die Rentner, die im Börsen- und Bankenkrach von 1873 ihren Besitz verloren hatten, die kleinen Unternehmer, die machtlos der Konkurrenz der Großbetriebe gegenüberstanden. Es waren vor allem die Deutschen in Böhmen und Mähren, die die Konkurrenz des aufstrebenden tschechischen Bürgertums zu spüren bekamen, der ,,deutsche" Ladenbesitzer, in dessen Straße ein tschechischer Rivale sein Geschäft eröffnete, der Rechtsanwalt,

der gegen einen tschechischen Kollegen Fälle verloren hatte, der Lehrer, der sich zurückgesetzt fühlte, weil ein ,,Böhme" beim Avancement vorgezogen worden war. Diese deutschen Kleinbürger aus der Tschechoslowakei machten den Großteil der Anhänger Schönerers aus, und sie, die sich ständig von der ,,tschechischen Flut" bedroht fühlten, waren es auch, die der Bewegung ihren besonders brutalen national-arroganten Charakter gaben. Der Wiener hatte es nicht so notwendig, sich mit der Theorie von der ,,natürlichen Überlegenheit der deutschen Rasse" Trost und Mut zuzusprechen wie der Deutsche aus Aussig, Asch, Teplitz oder Brünn.

Die offen großdeutsche Politik Schönerers drückte der ganzen Politik der bürgerlichen Partei in Österreich ihren Stempel auf. 1882 wurde von den Vertretern verschiedener ,,deutscher" Richtungen ein gemeinsames Programm, das sogenannte ,,Linzer Programm", veröffentlicht. Zu den Unterzeichnern gehörten neben Schönerer Professor Heinrich Friedjung, Viktor Adler und Pernerstorfer. Das ,,Linzer Programm" entsprach ungefähr dem Programm des ,,Deutschen Volksvereins" von 1870, nur daß nun nicht mehr Dalmatien und Istrien, sondern auch Bosnien und die Herzegowina an Ungarn angegliedert werden sollten und daß die Umwandlung Österreichs und Böhmen-Mährens in einen ,,Deutschen Einheitsstaat" durch direkte Intervention des Deutschen Reiches erfolgen sollte.

Was das Linzer Programm und seine Vorläufer von allen anderen politischen Programmen unterschied, war die Haltung gegenüber Deutschland. Zum erstenmal hatten Sprecher des österreichischen Volkes offen zugegeben, daß sie sich nicht imstande fühlten, aus eigenem ihre Forderungen durchzusetzen, daß sie bereit waren, zur Erfüllung ihrer Forderungen die Hilfe einer fremden Macht in Anspruch zu nehmen. Und das ganze Programm war nur ein Anfang. Sehr bald blieb es nicht mehr bei der Forderung der ,,Umgestaltung der Monarchie", sehr bald erklärte man unverblümt, ,,in Österreich regieren nur wir", und sehr bald wurde aus dem Verlangen nach einer deutschen Orientation die Erklärung des Zieles ,,Anschluß an Deutschland". In dieser Zeit begannen auch die Deutschnationalen und

die ihnen nahestehenden Gruppen, Österreich mit dem neuen Namen „Ostmark" zu titulieren.

Die Bundesgenossenschaft Schönerer-Adler-Friedjung hat nicht lange bestehen. Friedjung und Adler, die beide Juden waren, trennten sich von Schönerer, da ihnen seine antisemitische Politik untragbar erschien. Adler und Pernerstorfer wurden bald darauf die ersten Führer der neuen Sozialdemokratischen Partei. Trotzdem gab es seit den Wahlen von 1897 immer wieder im Parlament und anderswo eine Einheitsfront zwischen Schönerer und anderen bürgerlichen österreichischen Parteien, von der sich im allgemeinen nur die neue Christlichsoziale Partei gelegentlich und die Sozialdemokratische Partei meistens fernhielten, und die Politik der österreichischen Parteien wurde immer offener „großdeutsch".

Schönerer hatte erklärt, sein Vaterland sei Deutschland und sein politischer Führer Bismarck. Welches war nun die Haltung des „Vaterlandes" und des „Führers" zu ihren neuen Verbündeten? Bismarck selbst war von der Bundesgenossenschaft nicht gerade begeistert. Abgesehen davon, daß ihm der Radauantisemitismus und die politischen Strauchritteraktionen Schönerers und seiner Anhänger zutiefst unsympathisch waren, gehörte Bismarck zu den Politikern, die der Propaganda für den Anschluß Österreichs an Deutschland mit sehr gemischten Gefühlen zusahen. Seine politischen Pläne gingen in gerader Linie dahin, Deutschlands Stellung auf Kosten Frankreichs zu stärken, was seiner Meinung nach nur bei einer zumindest neutralen Haltung Englands und Rußlands möglich war. Ein Zusammenschluß Deutschlands mit Österreich hätte aber ein so riesiges neues Reich geschaffen, daß England, das nach wie vor die Politik des europäischen Gleichgewichts betrieb, fast zwangsläufig auf die Seite Frankreichs hätte treten müssen. Nicht nur das. Die Großdeutschen forderten offen eine Politik der Eroberung des Balkan mit „deutschen Waffen und deutschem Fleiß" und eine Politik des Kampfes gegen Rußland, das dieser Eroberung im Wege stand. Der Kernpunkt der Bismarckschen Politik aber war die Vermeidung von allem, was die russische Regierung reizen und ins feindliche Lager treiben

konnte, da Deutschland, wie er sehr genau wußte, einen Zweifrontenkrieg nicht aushalten konnte. Das bedeutet nicht, daß Bismarck gegen eine Ausdehnung Österreichs nach dem Balkan, gegen eine Stärkung des antislawischen Elements in Österreich war. Die österreichischen Expansionsversuche wurden — wie der Fall Bosniens und der Herzegowina gezeigt hatte — von der deutschen Regierung unterstützt, aber es war ihr lieber, wenn Österreich nach außen hin auf eigene Verantwortung und auf eigene Faust handelte, im Falle des Erfolgs für Deutschland den Weg nach dem Osten freihielt, im Falle eines Mißerfolgs aber selbst die Rechnung bezahlte.

Allerdings war Bismarck nicht der einzige, der in Deutschland Politik machte. Schon in seiner Regierungszeit mußte er erbittert gegen die Richtung kämpfen, die an Stelle seiner maßvollen und vorsichtigen Taktik eine Politik des „Draufgängertums" setzen wollte und dies natürlich auch in der österreichischen Frage. Als Bismarck 1890 von Wilhelm II. entlassen wurde und die „energische" Richtung damit die Oberhand bekam, wurde das Verhältnis zwischen den österreichischen Großdeutschen und Deutschland viel herzlicher. Typisch für diese Haltung ist ein Brief des deutschen Botschafters in Wien an seine Regierung 1898: „Außer im feudalen und klerikalen Lager gibt es heute in der Ostmark schon wenig Menschen mehr, die nicht einsehen, daß ohne die Kampfgenossenschaft von Herrn Wolf" (Wolf war neben Schönerer einer der Führer der Großdeutschen) „und Genossen das Deutschtum unrettbar verloren wäre. Die Überzeugung, daß in Zukunft nur der staatliche Anschluß an das übrige, an der Spitze der Zivilisation schreitende Deutschland den Bedürfnissen der neun Millionen Deutschösterreichs Genüge leisten kann, gewinnt, selbst in gemäßigten Kreisen, täglich mehr an Boden. Nur dieser Anschluß und die Mitwirkung der ganzen deutschen Nation können, nach der Ansicht der besser denkenden Politiker, die Errichtung des tschechischen Staates und den Untergang des Deutschtums in Österreich verhindern."

Wenn die Tschechen noch Illusionen über die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit dem österreichischen Bürgertum gehabt hatten, so mußten sie jetzt davon Abschied nehmen. Die Schönerer-Leute hatten klar und eindeutig gesagt, daß sie eine Teilnahme der Tschechen an der Regierung verhindern würden, wenn notwendig, um den Preis der Zerschlagung der Monarchie. Die anderen österreichischen Parteien hatten dazu zustimmend geschwiegen und die Deutschen selbst zeigten sich jedenfalls nicht abgeneigt, irgendwann und irgendwie die ausgestreckte Hand zu ergreifen. Für die Tschechen hieß es also, sich zu wehren — oder jede Aufstiegsmöglichkeit aufzugeben. Das Resultat war eine rasche und entschiedene Radikalisierung der tschechischen Nationalbewegung. Kaizl und seine konservativen Parteifreunde im „Eisernen Ring" fanden sich plötzlich im tschechischen Lager in der Minderheit, während die aktiven und kampfbereiten „Jungtschechen" und mit ihnen die tschechischen Radikalen und Agrarier die Mehrheit bildeten. Mit dieser Änderung der Kräfteverhältnisse ging das ganze Gebäude des „Eisernen Rings" plötzlich in die Luft.

Die Verschärfung drückte sich nicht nur im Verhalten der politischen Parteien aus. 1880 hatten die Österreicher den „Deutschen Schulverein" gegründet, eine aggressive und über die ganze Monarchie verbreitete Organisation, die es sich das Ziel stellte, die „deutschen Kulturinteressen zu wahren" und in der Praxis mit Zähnen und Klauen gegen die Errichtung jeder tschechischen, slowenischen oder kroatischen Schule, die Einstellung eines jeden nichtösterreichischen Lehrers, die Benützung eines jeden Schulbuchs kämpfte, das nicht „gut deutsch" war. Der „Schulverein" hielt es auch nicht für unter seiner Würde, auf seitdem nicht in Vergessenheit geratene Art „Ahnenforschung" zu betreiben und zum Beispiel mit furchtbarem Geschrei gegen die Einstellung eines Lehrers zu protestieren, der das Pech hatte, aus einer tschechischen oder slowenischen Familie zu stammen. In kleinen Orten waren Zugehörigkeit zum „Schulverein" und fortlaufende Spenden für ihn so gut wie obligat, da ihm meist die ganze lokale Intelligenz, Lehrer, Arzt, Rechtsanwalt und Tierarzt

angehörten; die Ablehnung seiner Ziele hätte gesellschaftlichen Boykott nach sich gezogen und die Stelle kosten können.

Dem „Schulverein" wurden von slawischer Seite natürlich bald eine Reihe von Gegenorganisationen aufgestellt, die wahrscheinlich auch so entstanden wären, aber nun einen weit aggressiveren Charakter erhielten. Zu ihnen gehörte die tschechische „Matice Skolska", die slowenische „Slovenska Matice", die kroatische „Gesellschaft des Cyrill und Method" und die italienische „Liga Nazionale". Und nun wurde jede Schulgründung in einer slowenischen Stadt, jede Bestellung eines Volksschullehrers bei Brünn oder bei Mährisch-Ostrau zu einem Kampf, der die ganze Monarchie zu erschüttern drohte.

Der Beginn der großdeutschen Politik hatte eine Entwicklung eingeleitet, die in gewissem Maße jener tragischen Entwicklung glich, die dreihundert Jahre früher Österreich und ganz Europa in das Chaos und die Zerstörungen des Dreißigjährigen Kriegs gerissen hatte. Langsam, ganz langsam begannen sich nun damals die inneren Konflikte in der Monarchie mit den großen internationalen Konflikten zu verknüpfen, bis es nicht mehr möglich war, die einen von den anderen zu trennen und schließlich die anderen zur Explosion bringen mußten. Die tschechischen Parteien begannen ihr Schicksal mit Deutschland zu verbinden. Die Tschechen wandten sich Frankreich zu. Auf der Prager Ethnographischen Ausstellung 1891 und anläßlich Besuch der Turnerorganisation „Sokol" in Frankreich 1901 gab es profranzösische Demonstrationen und Reden, in denen Frankreich offen als „einzige Hoffnung der Tschechen" gefeiert wurde. Die Kroaten, die Slowenen, die österreichischen Italiener, die sich unter dem Druck der ungarischen Herrschaft, der schonungslosen Magyarisierungspolitik, der man von Wien aus tatenlos zusah, einander genähert hatten, begannen mehr und mehr im selbständigen Staat Serbien und darüber hinaus in Rußland ihren einzigen Verbündeten zu sehen.

Die Schönerer-Bewegung selbst blieb zahlenmäßig nicht allzu lange stark. Schon Ende des 19. Jahrhunderts begann sie abzuflauen. Das kam aber nicht daher, weil das österreichische Bürgertum sich von der großdeutschen Politik abwandte,

sondern aus genau entgegengesetzten Ursachen. In dem Maße, in dem sich in Österreich und in der ganzen Welt die Widersprüche verschärften, das Bürgertum in Österreich wie in jedem Land erbittert um seine Herrschaftsstellung kämpfte, wurden alle bürgerlichen Parteien in Österreich langsam großdeutsch. Das Radaugroßdeutschtum Schönerers war nicht mehr notwendig, der deutschnationale Abgeordnetenklub, der sich schließlich bildete, die liberalen und konservativen Gruppen machten die Sache genau so gut, nur mit weniger antikirchlichem und etwas weniger antisemitischem Geschrei. Die österreichische Regierung selbst geriet immer mehr in Abhängigkeit von Deutschland, so daß ein lärmender und etwas anrüchiger „Schutzbock" der großdeutschen Orientierung, wie es die Schönerer-Partei gewesen war, nicht mehr notwendig war.

Dr. Lueger und seine Partei

Man nannte ihn den „schönen Karl", und wenn er durch die Straßen Wiens ging, grüßten ihn, lange vor seiner Bestätigung als Bürgermeister, die Leute in seinem Wahlbezirk Margareten und anderswo auf der Straße und nannten ihn „Herr Bürgermeister". Er war stark, großgewachsen, mit kräftigen Farben und einem seidigen blonden Vollbart, der „schöne Mann" aus den Zeitungsinseraten der Kleider- und Schuhgeschäfte, der „schöne Mann" der Jahrmärkte und der Schnurrbartreklame, der „schöne Mann", von dem die Wiener Dienstmädchen und die kleinen Wiener Bürgersfrauen vor dem Einschlafen träumten. Für den Schuster von Margareten, für den selbständigen Gewerbetreibenden von der Landstraße, der sich gerade sein Geschäft eröffnet hatte und schwer kämpfen mußte, war er zugleich einer von ihnen und „etwas Besseres", ein studierter Herr. Er war der Sohn eines armen Schulmeisters, an der neuen Technischen Hochschule am Karlsplatz. Noch in seinem vierten Lebensjahr galt er als ein zurückgebliebenes, sprachgehemmtes Kind, ein „Stummerl", wie die Nachbarn mitleidig sagten. Dann hatte er sich entwickelt, alles [illegible]

[illegible] wurde ein Musterschüler, beendete die Schule mit Auszeichnung, erhungerte sich das Studium und wurde Rechtsanwalt. 1874 ließ er sich im III. Bezirk nieder. Kurze Zeit darauf begann seine politische Laufbahn.

Der große Börsenkrach von 1873, die Zusammenbrüche und Konkurse, die ihm folgten, hatten nicht nur die Menschen enttäuscht, die an eine ewige Blüte des neuen Industriekapitalismus geglaubt hatten, sie hatten die Industriellen und Bankiers, die liberalen Politiker, die in Dutzende von Korruptionsaffären verwickelt waren, vor dem „kleinen Mann" desavouiert, und nach 1873 bekam gerade der Mittelstand, der Kaufmann, der Kleingewerbetreibende — und auch der Bauer —, immer stärker den Druck des neuen aggressiven Großkapitalismus zu spüren. Der kleine Kaufmann mußte sich für seine Bankkredite immer mehr und mehr in Abhängigkeit begeben und eines Tages konnte ihm der Kredit überhaupt verweigert werden. Der Schuster, der Tischler, die jahrelang in ihrer Straße die einzigen gewesen waren, erlebten plötzlich, wie gegenüber eine große Firma ein Geschäft eröffnete und sie durch den Verkauf billiger Industriewaren niederkonkurrierte. Sie hatten beim Börsenkrach einen Teil ihres Vermögens, ihre Ersparnisse, verloren, nun wurden sie eine leichte Beute des Stärkeren. Ihr Haß richtete sich gegen diesen Stärkeren oder gegen seine politischen Vertreter und die „räuberischen" Banken und die liberalen Industriellen und Politiker im Gemeinderat oder im Parlament. Wenn sie nach einem arbeitsreichen Leben plötzlich ohne einen Groschen dastanden, konnte das nicht mit rechten Dingen zugehen. Es mußte ein Schwindel dabei sein — Schwindel, Betrug, Korruption der großen Herren, die miteinander „die dunklen Geschäfte" gemacht hatten. „Korruption" wurde das Schlagwort, und wer gegen Korruption kämpfte oder zu kämpfen vorgab, war des sicheren Erfolges sicher.

Karl Luegers politische Karriere begann unter der Parole „Kampf gegen die Korruption", allerdings im Rahmen einer Partei, die er später am schärfsten bekämpfen sollte — der Bürgervereinigung der Liberalen. Lueger und sein Kollege

Dr. Mandl — den er später, als er seine antisemitischen Be-
gungen entdeckt hatte, ebenfalls erbittert bekämpfte — ver-
stituierten sich im Gemeinderat des III. Bezirks sozusagen
als ein Zwei-Mann-Wachkomitee. Es verging keine Woche,
in der Dr. Mandl und Dr. Lueger nicht einen Korruptions-
skandal aufgedeckt, gegen Bestechung und „dunkle Umtriebe"
gewettert hätten. Die Korruptionsaffären waren manchmal
konstruiert, viel häufiger aber echt. In einer Zeit, in der In-
dustrielle und Hochfinanz ganz offen die Losung „Bereichert
euch" ausgegeben hatten, gab es genug zu enthüllen. Der
Liberale Partei war nur ein Sprungbrett. Bald wurde nicht
die Organisation, sondern Dr. Lueger ein Begriff.

Die Schönerer-Bewegung stieg auf — und Dr. Lueger wan-
selte in ihr Lager hinüber. Was ihn bei Schönerer vor allem
lockte, war ein neues Propagandamittel: der Antisemitismus.
Unter den Industriellen und Bankiers gab es einen guten Teil
Juden. Das Haus Rothschild z. B. repräsentierte schon seit
Jahrzehnten in Österreich den Begriff der Hochfinanz, auch
jene Gruppen, die es sich nicht ganz mit der Hochfinanz
vor allem mit der nun von den deutschen Banken vertretenen
verderben wollten, aber dagegen wettern mußten, um sich das
Vertrauen des kleinen Mannes zu erringen, wandten sich nicht
gegen das Kapital an sich, sondern gegen einen seiner Sektoren,
das jüdische Großkapital. (Für die deutschen Großbanken,
die sich in Österreich Positionen zu schaffen suchten, war die
Sache sogar sehr angenehm. Rothschild und andere jüdische
Bankhäuser waren von alters her eng mit dem französischen
Bankkapital verbunden, und die antisemitische Propaganda
erleichterte den Deutschen den Konkurrenzkampf gegen Frank-
reich.) Der Antisemitismus wurde noch populärer durch die
Tatsache, daß es in Wien viel mehr jüdische Mittelstands-
Rechtsanwälte, Ärzte, kleine Kaufleute, Handwerker gab
als Großbürgertum. Der „kleine Mann" sah immer nur
den jüdischen Konkurrenten direkt vor sich — nicht als
onymen Vertreter einer anonymen Macht, des Großkapitals,
sondern in Gestalt des Rechtsanwalts, der ihm Konkurrenz
machte, des Greislers, der sich in seiner Straße ein Geschäft

eröffnete, des Arztes, der ihm Patienten wegnahm, und der
Haß, der sich gegen seine wirklichen Gegner hätte richten
sollen, richtete sich gegen die viel näheren jüdischen Rivalen.
Aus diesem Grund war der Kampf gegen die Korruption in
Verbindung mit dem Antisemitismus besonders populär —
und Dr. Karl Lueger, der selbst durch Herkunft und Anschauung
viel zu eng mit dem „kleinen Mann" verbunden war, verstand
nur zu gut, was dieser kleine Mann hören wollte.

Aber er gab nur eine Gastrolle bei Schönerer. Die Schönerer-
Bewegung war stark, aber sie war nicht stark genug, und über-
sah er voraus, daß sie als eigene Partei nicht sehr lange
die Position würde halten können. Das radikale, offene und
totale Großdeutschtum Schönerers hatte seine Anhänger,
besonders bei den deutschen Industriellen und Kaufleuten,
Beamten und Intellektuellen Böhmens und Mährens, aber in
großen Teilen der Monarchie war man mit einem gemäßig-
teren, vorsichtigeren Großdeutschtum zufrieden. Es war
auch nicht notwendig, sich durch eine offene Anschlußpropa-
ganda sämtliche nichtösterreichische Völker zu Gegnern zu
machen, ebensowenig wie es notwendig war, durch Wotans-
kulte und antikatholische Kundgebungen die katholische
Bevölkerung, vor allem die vom Lande, vor den Kopf zu stoßen.
Und schließlich war die Mehrzahl des österreichischen Bürger-
tums noch nicht in so schwieriger, auswegloser Situation, daß
sie sich widerstandslos mit Straßenräuberton und den Strauch-
methoden Schönerers und seiner Stoßtruppe abgefunden
hätte. Man war immerhin ein Kulturstaat, man konnte immer-
hin noch auf zivilisierte Art Politik machen — es war nicht
notwendig, dem Gegner gleich an die Kehle zu springen. Sehr
gute Menschen rümpften die Nase, wenn sie von Schönerer
sprachen — und Lueger verstand auch das.

Man mußte eine Partei schaffen, die fast jeden zufrieden-
stellen konnte, großdeutsch war, ohne es nach außen hin zu
sein, konservativ, ohne es zu scheinen, die den „kleinen Mann"
beruhigte und dem großen nicht weh tat. Lueger begann
eine Partei zu schaffen. Er gehörte einer Organisation „Ver-
einigte Christen" an, die zunächst nur in einigen Bezirken

Wiens bestand, sich aber langsam über die ganze Hauptstadt und darüber hinaus auf das Land auszudehnen begann. Gruppe nach Gruppe, Geselligkeitsverein nach Geselligkeitsverein banden sich mit den „Vereinigten Christen", katholische Männervereine, kirchliche Kongregationen, Gewerbegruppen, Sportvereine schlossen sich an. Eine viel später, im Jahre 1904, zum 60. Geburtstag Luegers erschienene Festnummer des „Neuigkeits-Weltblattes" zeigt in ihrer Glückwunschbeilage sehr gut die Zusammensetzung der Anhängerschaft Luegers — der Anhängerschaft seiner Christlichsozialen Partei, die 1891 gegründet wurde. Unter den Gratulanten befinden sich das „Herz-Jesu-Arbeiter-Oratorium Fünfhaus", das „Festkomitee des Herz-Jesu-Bundes Breitensee", der „Schutz- und Hilfsverein Penzing", zahllose Männergesangvereine, Gesellenvereine, Jünglingsvereine, die „Bürgervereinigung der k. u. k. Residenzstadt Wien", der „Politische Fortschrittsverein Eintracht", die „Kernigen Brigittenauer", der „Verein der städtischen Arbeiterinnen des allzeit treuen Ottakring", die Genossenschaften der Wagner und Tuchscherer, der „Innung der Friseure Wiens", die „Genossenschaft der Sauerkrautler" und zahlreiche Ortsgruppen der freiwilligen Feuerwehr.

Das österreichische Bürgertum nahm die Religion nicht sehr ernst, die Arbeiterbewegung bekämpfte die Kirche auf ihren Einfluß. Wirklich gläubig, wenigstens konventionell gläubig, war das Kleinbürgertum, waren die Bauern — das Kleinbürgertum einstweilen, je schlechter es ihm ging, um so mehr. Das war der Grund, warum die Bewegung Luegers von vornherein eine betont christliche — besser gesagt katholische — Note hatte. Übrigens war diese Haltung sicherlich keine Heuchelei. Lueger selbst war sehr fromm, selbst in der Zeit, da er sehr arm war und sich weder neue Kleider noch Möbel für seine Wohnung leisten konnte, gab er ziemlich viel Geld für gute Heiligenbilder und für Kirchenspenden aus. Überhaupt hat Lueger vieles von dem, was er sagte, wirklich ehrlich geglaubt — hier liegt wahrscheinlich eines der Geheimnisse seiner starken persönlichen Überzeugungskraft.

Die „kleinen Leute" waren gläubig, aber nicht unkritisch.

Sie verlangten nicht nur Angriffe auf die „Korruptionisten" und „Schwindelmacher", sondern auch das Versprechen eines kommenden Zeitalters der Sauberkeit und Gerechtigkeit, in dem vor allem der kleine Mann, der Besitzlose, geschätzt werden sollte. Wenn sie das nicht erhielten, bestand die Möglichkeit, daß sie sich trotz ihres eingewurzelten Mißtrauens gegen die „radikale" und „gottlose" Linke dennoch der jungen sozialdemokratischen Bewegung anschlossen. Noch viel größer war diese Möglichkeit bei Teilen der Arbeiterschaft, die heute noch konservativ und katholisch waren, aber morgen unter dem Druck einer neuen Not Katholizismus und Konservativismus über Bord werfen und sich für den Sozialismus entscheiden konnten. Man mußte also ein Programm finden, das sowohl „gerecht" als auch „konservativ" war.

Dieses Programm schufen Dr. Karl Lueger und sein Mitarbeiter Prinz Alois Liechtenstein zusammen mit den zwei christlichen Industriellen Freiherr von Vogelsang und Doktor Heinrich Mayer. Das Programm, das sich auf einer Theorie, genannt „Solidarismus", aufbaute und sich mit dem Inhalt der etwa zur gleichen Zeit veröffentlichten päpstlichen Enzyklika „Rerum novarum" deckte, wurde zur Plattform der neuen Christlichsozialen Partei.

Der Solidarismus besagte in einfachen Worten etwa folgendes: „Schuld an allem Übel ist der Klassenkampf, die maßlose Bereicherungswut des Bürgertums einerseits, das Mißtrauen der Arbeiter andererseits. Wenn Bürgertum und Arbeiter zusammenleben und zusammenarbeiten, lassen sich alle Fragen im Einvernehmen und in christlicher Bruderliebe lösen. Es genügt, die Menschen auf ihre Pflicht hinzuweisen — und sie werden sie gewissenhaft erfüllen."

Die Christlichsozialen arbeiteten immer wieder mit einem sehr geschickten Argument, der Feststellung, „es ist in früheren Zeiten gegangen — warum soll es heute nicht auch gehen". Damit nützten sie die Sehnsucht der kleinen Leute nach der „guten alten Zeit" aus, der Zeit, in der sich die kapitalistischen Widersprüche nicht so stark zugespitzt hatten und in der es auch für den kleinen Mann Aufstiegsmöglichkeiten gab. Gleich-

zeitig stellten sie eine Reihe sehr populärer Forderungen: Schutz des kleinen Mannes gegen die Konkurrenz der Industrie, Bekämpfung und Kontrolle der Banken mit ihrer Korruption und ihrer „Unmenschlichkeit", soziale Gerechtigkeit, Schutz der Familie, feste Löhne, eine geregelte Arbeitszeit, eine Kontrolle der Monopole und der großen Börsengewinne und Schutz der Bauern.

Die neue Partei wuchs rasch. Dr. Lueger, ihr Gründer, ein unermüdlicher Versammlungsredner, ihr Vertreter zunächst im Wiener Gemeinderat, dann schließlich im Reichsrat, wurde mit dem bekanntesten Manne Wiens bald zu einem der bekanntesten Menschen Österreichs. Nicht nur was er tat, sondern auch wie er es tat, begründete seine Popularität. Er war großdeutsch, aber nur in bestimmten Grenzen großdeutsch, nämlich insoweit es sich gegen die gefährlichsten Konkurrenten der Österreicher, die Tschechen, richtete. Sonst war er betont „schwarz-gelb", unterstrich immer wieder die Notwendigkeit, die Monarchie unverändert aufrechtzuerhalten, ja zu vergrößern, und propagierte die Unterstützung „guter" nichtösterreichischer Völker, wie Rumänen und Slowaken an Stelle der „schlechten" Tschechen und Ungarn. Der Grund für diese oft sehr konkrete Unterstützung der Forderungen der Slowaken und Rumänen war oft teilweise die Tatsache, daß Rumänen und Slowaken katholisch und konservativ waren. Das nationale Bewußtsein dieser Völker war weniger ausgeprägt als das der Tschechen, ihr Bürgertum war weit schwächer und sie waren daher vom Gesichtspunkt des österreichischen Bürgertums aus weit ungefährlicher. Aber für den einfachen Beschauer sah es so aus: „Seht, Dr. Lueger ist einer der wenigen, die die Monarchie wirklich erhalten will. Er tritt für den Frieden zwischen den Völkern der Monarchie ein — und wenn er sich unter dem Dutzend Nationen der Monarchie jene aussucht, die ihm gefallen, so ist das schließlich sein gutes Recht. Ein Feind der nichtösterreichischen Völker ist er jedenfalls nicht, und vielleicht wird man mit seiner Hilfe die großen Konflikte und die großen Auseinandersetzungen vermeiden." Und selbst seine antitschechische Haltung war nach außen hin nicht feindlich, und sein scharfer Kampf gegen tschechische Sprachenrechte, gegen tschechische Schulen wurde

von Ovationen begleitet, wie: „Leutln, seids friedlich, wir vertragen uns ja, ihr seid herangewachsen und wollt das Eure haben — aber in einem großen Staat muß man aufeinander Rücksicht nehmen — es kann nicht jeder alles bekommen."

Dieser bei aller Grobheit im Grunde herzliche Ton Luegers im Gemeinderat und im Parlament war ebenfalls eines der Geheimnisse seines Erfolges. Seine Angriffe waren sehr oft Angriffe mit einem kleinen Augenzwinkern. Er schrie die Gegner an, beschimpfte sie, und nach der Sitzung klopfte er ihnen auf die Schulter, machte einen Witz und lud sie auf ein Bier ein. Und sogar mit dem Antisemitismus und mit der Tschechenfeindschaft war es im Grund „nicht so arg". Hatte Lueger einmal gesagt: „Laßts mir meine Böhm in Ruh" und, als man ihm seine jüdischen Freunde vorwarf, „Wer a Jud ist, bestimm ich!" Der Zuschauer hatte den beruhigenden Eindruck: „Gar so arg steht es ja nicht mit uns. Man rauft sich, man schlägt auch mit der Faust auf den Tisch, aber hinterher ist man doch gut Freund. Wir sind eben selbst noch in Meinungsverschiedenheiten ein zivilisiertes Land — und bei soviel guter Freundschaft wird es schon nicht zum großen Auseinanderkrachen kommen."

1895 wurde Lueger zum Bürgermeister von Wien gewählt. Kaiser Franz Joseph, dem Luegers Politik weniger mißfiel als die stilistische, oft ans Ordinäre grenzende Art seines Auftretens — „der Marktschreier" war der Titel, mit dem er Lueger wiederholt bedachte —, verweigerte ihm die Bestätigung. Aber diesmal ignorierte der ziemlich kaisertreue „kleine Mann" Wiens nicht die Entscheidung des Kaisers. Lueger wurde demonstrativ zum zweiten- und zum drittenmal wiedergewählt, bis schließlich, 1897, Franz Joseph ihm die Bestätigung erteilen mußte. Er hat sich übrigens später mit Luegers Wahl ausgesöhnt, und als der Bürgermeister 1910 starb, war Franz Joseph ehrlich ergriffen.

Luegers große Zeit begann nach seiner Bestätigung als Wiener Bürgermeister. Angeekelt, abgestoßen durch Krisen und Korruptionsskandale, wollte der „kleine Mann" Leistung und Ordnung sehen, und Lueger gab ihm beides. Er liebte Wien, er liebte Hunderttausende seiner Wähler. Er war stolz auf Wien — sein Ausspruch „Der Wiener geht nicht unter" stammt von ihm

— und er begann Wien schöner und besser zu machen. Er war ein organisatorisches Genie, er hatte Ideen, die Fähigkeit zu planen, die Hartnäckigkeit und den Mut, seine Pläne durchzuführen. Unter seiner Regierung veränderte sich Wien, wuchs und entwickelte es sich. Lueger baute die zweite Hochquellenleitung, die Wien mit gesundem Wasser versorgte, schuf den Grüngürtel rings um Wien, Parks in Wien — wobei die alten Friedhöfe in Gärten umgewandelt wurden —, er baute das Versorgungshaus in Lainz, errichtete Schulen und Spitäler, städtische Sparkassen und städtische Versicherungsanstalten. Der Vertreter und Anhänger der „Privatinitiative" in der Wirtschaft warf, als es notwendig wurde, allen Respekt vor dem Privateigentum über Bord und führte Straßenbahn, Elektrizität und Gaserzeugung in den Besitz der Gemeinde Wien über. Es war sicherlich nicht allzu schwer, in dem großen, aufblühenden Wien, in der immer reicher werdenden Hauptstadt eines großen Reiches, diese Reformen durchzuführen, aber Lueger stellte seiner Arbeit nicht selten den Widerstand seiner eigenen Parteifreunde überwinden, denen seine Tätigkeit viel zu „radikal" war.

In diesen Jahren vergaßen viele den „Marktschreier" und Demagogen Lueger und sahen nur den Bürgermeister Lueger, der zugleich kühn und geduldig ein neues Wien schuf. Man vergaß den antisemitischen Agitator, man sah nur den „Herr Lueger", wie ihn viele zu nennen begannen. Er selbst begann die Vergangenheit zu vergessen. Es ist schwer, zu sagen, was seine Motive waren. War es die Hingabe, die Begeisterung des genialen Organisators, der endlich die Möglichkeit gefunden hatte, sein großes Werk zu schaffen, und über der Liebe zu diesem Werk alles andere vergaß — oder war es die kühle politische Berechnung eines Parteimannes, der wußte, daß dieses Werk das Gewicht und die Autorität seiner Partei mehr stärken würde als alles andere? Seine Partei jedenfalls erlebte in Luegers Bürgermeisterperiode ihre große Zeit. Sie wurde zur stärksten Partei Österreichs. Nach seinem Tode verlor sie etwas an Bedeutung und wurde von der jungen Sozialdemokratischen Partei bei den Wahlen überholt, aber noch jahrelang zehrten ihre Vertreter vom Ruhm Luegers.

Persönliche Motive hat Lueger kaum gehabt. Er hätte sogar Male Minister, vielleicht Ministerpräsident werden können und verzichtete auf dieses — allerdings ziemlich undankbare — Amt, um Bürgermeister „seines" Wien bleiben zu können. Er starb blind, in einem kleinen, dunklen und mit Zeitungsausschnitten und Akten vollgestopften Schlafzimmer seiner Wohnung, die umzubauen und einzurichten er niemals Zeit gehabt hatte. Eine riesige Menschenmenge folgte seinem Sarg.

Auch nach Luegers Tod wurde es langsam sichtbar, wie wenig die „Partei des kleinen Mannes" wirklich die Partei des kleinen Mannes war. Schon zu Luegers Lebzeiten hatte es in der Partei einen starken Flügel von Industriellen und Bankiers gegeben, der sich allerdings etwas im Hintergrund hielt. Lueger selbst hatte bei allem Wettern gegen die Großbanken keineswegs die Zusammenarbeit mit ihnen verschmäht, und die Kommunalisierung der Wiener Gaswerke führte zum Beispiel unter anderem dazu, daß die deutschen Großbanken auf dem Wege über die Gewährung großer Kredite sich entscheidenden Einfluß in Wien sicherten. Aber Lueger sorgte dafür, daß man von diesen Dingen nicht allzu viel sprach. Seine Nachfolger waren weniger vorsichtig. Schon bald nach 1910 wurde die Christlichsoziale Partei offen zum Sammelpunkt mittlerer und großer Industrieller, Bankiers und Grundbesitzer. Eine Zeitlang vereinigte sie in sich alle Kräfte, denen die aggressive und offene Orientierung auf Deutschland unangenehm war und die es für besser hielten, wenn es ging, die „schwarz-gelbe" Fiktion aufrechtzuerhalten. Aber je mehr die Entwicklung fortschritt, desto weniger unterschied sich die Christlichsoziale Partei in ihrer Haltung von den übrigen bürgerlichen Parteien. Allmählich ließ man alle arbeiterfreundlichen Forderungen fallen, allmählich verschwand der Gedanke „Schutz des kleinen Mannes vor dem Großkapital" aus der Propaganda der Partei. Noch lange Zeit hindurch waren Schuster und Schneider, Bauern und Hausbesitzer, die die Christlichsoziale Partei ihre Partei sei, aber die wirkliche Politik machten nun schon ganz offen nicht mehr die kleinen Leute, sondern die „Großen".

Die Arbeiterbewegung

In der Zeit, die der Revolution von 1848 folgte, hatte sich innerhalb der Arbeiterbewegung nur eine langsame Entwicklung gegeben. In der Periode der Reaktion nach 1851 waren die ersten schwachen und jungen Organisationen der Arbeiter, vor allem ihre Presse von Polizei und Zensur erdrückt worden. Erst nach 1867, als es wieder eine, wenn auch beschränkte, Pressefreiheit, ein, wenn auch eingeschränktes Recht zur Vereinsbildung gab, begann ein neuer Aufstieg. 1867 wurde der erste Wiener Arbeiterbildungsverein gegründet. Der Verein selbst war in seiner Zielsetzung zunächst ganz unpolitisch, sein Zweck war es, Kurse in den wichtigsten Fächern des allgemeinen Wissens und technische Kurse durchzuführen und damit, wie es in der Eröffnungsrede hieß, dem Arbeiter Möglichkeiten zu geben, seine Lage zu verbessern. Entscheidend aber war, daß es sich um eine Organisation der Arbeiter selbst handelte, die nicht bürgerliche Gewerbetreibende die Gründung unterstützten. Allerdings war die Formulierung „Wissen, um dem Arbeiter die Möglichkeit zu geben, seine Lage zu verbessern" bewußt etwas zweideutig gehalten, um die Polizeierlaubnis zur Gründung des Vereins zu erhalten. Unter „Wissen" verstanden die Arbeiter Wissen um ihre soziale Lage und die politischen Möglichkeiten, sie zu verbessern, und schon in den ersten Vorträgen wurden ihre Forderungen aufgestellt: Recht zur Bildung von Gewerkschaften und allgemeines Wahlrecht.

Sehr bald bildeten sich in verschiedenen Städten Arbeiterkomitees, fanden Kundgebungen statt, begannen die Komitees Delegierte zu allgemeinen Arbeitertagen zu wählen. Eine gesetzliche Organisation für das ganze Land war im Werden. Am 5. Arbeitertag 1868 bekannten sich die Delegierten in einem Manifest zu dieser Einheit der Arbeiter der ganzen Monarchie. In dem Manifest, das den Umbau des Staates auf demokratischer Grundlage forderte, die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes, das die Arbeiter allmählich in den Stand setzen sollte, „die Produktion bald selbst in die Hand zu nehmen, anstatt wie bisher mit einem kärglichen, kaum zur Erhaltung des Lebens

ausreichenden Lohn abgefunden zu werden", nahm die nationale Frage einen breiten Raum ein. Die Delegierten bekannten sich zu einer Organisation, die die Werktätigen des ganzen Staates ohne Unterschied der Nation umfaßt, und protestierten scharf gegen „die Versuche der Reaktion, die tschechischen und slowenischen Arbeiter in separaten Vereinen zu organisieren". Im Manifest hieß es: „Das arbeitende Volk der Reichshauptstadt Wien ist sich der Pflichten bewußt, die es gegen seine Brüder in den einzelnen Landesteilen Österreichs zu erfüllen hat: denn es weiß, daß von seiner Haltung und von seinem energischen Vorgehen das Geschick des Volkes in den einzelnen Ländern abhängt. Umgekehrt würden die Bewohner der einzelnen Länder eine schwere Pflichtverletzung begehen und der zu erreichenden Freiheit in den Weg treten, wollten sie nicht auf das kräftigste sich an das Volk Wiens anschließen und es in jeder Hinsicht unterstützen ..."

Das Manifest wies darauf hin, daß der Arbeitsmarkt keine Nationalitätengrenzen kenne, der Weltverkehr über alle Landesgrenzen hinwegschreite, das Kapital sich nicht um die Landessprache kümmere, die Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten in den Werkstätten zusammenständen und daß das arbeitende Volk sich daher nicht durch Nationalitätenzwist zerklüften lassen dürfe. Das Manifest wurde in die ungarische, tschechische, polnische, italienische und rumänische Sprache übersetzt und nach allen Landesteilen versandt. Am Arbeitertag nahmen polnische, tschechische und italienische Delegierte teil.

Das Programm stand auf dem Boden des Internationalismus, der Zusammengehörigkeit der Arbeiter aller Nationen, wobei es allerdings ein wenig dazu neigte, auch die Nationen und die nationalen Fragen selbst — und nicht nur ihren Mißbrauch durch reaktionäre Kräfte — als etwas Überholtes, Mittelalterliches zu betrachten.

Ein halbes Jahr später verkündete die Annahme eines Programms der Sozialdemokratischen Partei durch einen Delegiertentag die Bildung der ersten Arbeiterpartei Österreichs. In dem Programm hieß es:

„Die Sozialdemokratische Partei bezweckt auf friedlichem

und gesetzlichem Weg, lediglich durch die Macht der [illegible] lichen Überzeugung, die vollständige Gleichberechtigung [illegible] Staatsbürger, und zwar in politischer Beziehung durch die [illegible] stellung des freien Staates vermittels der Einführung des [illegible] gemeinen direkten Wahlrechts für alle Vertretungskörper, [illegible] in sozialer Beziehung durch den Selbstgenuß des Ertrages [illegible] Arbeit des einzelnen vermittels Produktivassoziationen, [illegible] fördert durch den freien Staat.

In internationaler Beziehung tritt die Sozialdemokratische Partei für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein. Demgemäß werden zunächst von der Sozialdemokratischen Partei folgende Forderungen gestellt und mit allen gesetzlichen Mitteln angestrebt:

1. Unbeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht, [illegible] schließlich der Koalitionsfreiheit. 2. Vollständige Pressefreiheit. 3. Allgemeines direktes Wahlrecht für alle Vertretungskörper. 4. Vollständige Religionsfreiheit. 5. Abschaffung aller stehenden Heere. Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung.

Die Partei macht es sich schließlich zur Aufgabe, zum Zwecke der Verbreitung der allgemeinen Volksbildung in allen [illegible] Österreichs Vereine zu gründen."

Das Programm stand also auf dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, ging aber auf die einzelnen nationalen Probleme — wie etwa das der Sprachengleichberechtigung — nicht ein. Die Delegierten waren der Meinung, daß die Herstellung einer wirklichen und breiten Demokratie allen Völkern Österreichs die Möglichkeit geben würde, selbst und in freier Form über diese Dinge zu entscheiden. Ein Jahr später, am 21. Juni 1869, erschien das erste sozialdemokratische Blatt, die Wochenzeitung „Volksstimme".

Die Regierung ging gegen die neue Partei mit Versammlungsverboten und der Einstellung der „Volksstimme" vor. Die Antwort der Arbeiter auf die Verbote war eine Massendemonstration vor dem Parlament zur Eröffnung des Reichsrates, bei der der Regierung eine Petition, die im wesentlichen die gleichen Forderungen wie das Programm der Sozialdemokratischen Partei enthielt, überreicht wurde. An der Demonstration

[illegible] nahmen 20000 Menschen teil. Die Folge war zwar, daß die Führer der Demonstration verhaftet, vor Gericht gestellt und im sogenannten „Wiener Hochverratsprozeß" zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden, aber gleichzeitig gab die Regierung nach und brachte ein Gesetz über Koalitionsfreiheit im Reichsrat ein, das etwas später angenommen wurde.

In den folgenden Jahren gab es zwischen der neuen Arbeiterbewegung und der Regierung eine Art Kleinkrieg. Die Arbeitervereine wurden aufgelöst und bildeten sich wenige Monate später unter anderem Namen wieder, an Stelle der verbotenen „Volksstimme" trat eine Zeitlang der „Volkswille". Langsam lernte die Arbeiterschaft von der neuen Waffe des Streiks für Lohnforderungen, Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit und Verbesserung der Arbeitsbedingungen Gebrauch zu machen, die Berufsgruppen der Eisenarbeiter, Steinmetzen, Tischler, Maurer, Schuster, Bäcker schufen sich ihre Fonds zur Unterstützung von Streikenden und begannen immer mehr die Rolle einer Gewerkschaft zu spielen. Gegen die Streikenden wurden regelmäßig Militär und Gendarmerie eingesetzt, aber viele Streiks hatten Erfolg. Die einzelnen Strafen, die von den Gerichten gegen Arbeiter verhängt wurden, waren oft hoch, die immer neuen Auflösungsverordnungen der Regierung waren für die Arbeiterbewegung unangenehm, aber von einem konsequenten und brutalen Unterdrückungskampf im heutigen Sinne kann man in dieser Zeit noch nicht sprechen. Man schikanierte die neue Bewegung, wo man konnte, erschwerte ihre Tätigkeit nach Kräften ein, aber man versuchte nicht ernsthaft, ihre Träger zu vernichten.

Der Grund für diese verhältnismäßig milde Haltung war übrigens nicht die besondere Toleranz der Regierung, sondern die merkwürdige innerpolitische Situation der Monarchie, die Tatsache, daß niemand stark genug war, aus eigener Kraft auf die Dauer zu herrschen, und jeder sich ständig nach Verbündeten umschauen mußte. Bis zum Ende der Periode Taaffe und darüber hinaus spielten die Regierungen immer wieder mit dem Gedanken, die Arbeiterschaft als Verbündeten zu

gewinnen — einmal die österreichischen Arbeiter als Verbündeten gegen das österreichische Bürgertum, ein anderes Mal die tschechischen und polnischen Arbeiter als „nationalisierende Kraft" gegen die tschechische oder polnische Opposition. Diese Erwägungen traten immer dann in den Vordergrund, wenn die nationalen Konflikte sich besonders zuspitzten und der Regierung das Wasser bis zum Halse stand, sie argumentierte etwa so: Die Arbeiter sind verhältnismäßig wenig nationalistisch und haben sich überdies, wie aus der Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei hervorgeht, gegen jeden Versuch der Zerschlagung Österreich-Ungarns ausgesprochen. Infolgedessen kann es sich unter Umständen lohnen, durch eine Erweiterung des Wahlrechts eine sozialdemokratische Gruppe ins Parlament zu bringen und damit die österreichischen bürgerlichen Parteien unter Druck zu setzen, während man andererseits mit Hilfe der bürgerlichen Parteien die Durchsetzung der Arbeiterforderungen verhindern kann. Diese Erwägung war der Grund dafür, daß hochkonservative Regierungen, zum Beispiel die Regierung Taaffe, immer wieder ernsthaft für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts eintraten und es schließlich auch ohne allzu großen Widerstand bewilligten. Die Regierung hatte also keinen Grund, durch eine schrankenlose Terrorkampagne die Arbeiterschaft für immer und bedingungslos sich zum Feind zu machen und damit jede Möglichkeit, sie einmal als Werkzeug zu benützen, zu vernichten. Ähnlich stand es mit einer Reihe von sozialen Forderungen. Auch hier waren gerade die Konservativen, die Grundbesitzer, in gewissen Fragen zum Nachgeben bereit, um so mehr, als Forderungen, wie Neunstundentag, Betriebsschutz, Entlohnung der Sonntagsarbeit und Pflicht-Sozialversicherung, ihnen weit weniger weh taten als dem industriellen Bürgertum. Auch setzten die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften sich im allgemeinen nicht für Bauernforderungen ein, sondern neigten dazu, die Bauern als „reaktionäre Masse", mit der ohnehin nichts zu machen sei, zu betrachten. So war es zum Beispiel möglich, daß in den großen tschechischen Bergarbeiterstreiks in den Achtzigerjahren die Prager Landesbehörden vorschlagen konnten,

die gerechten sozialen Forderungen der Bergarbeiter auf Neunstundentag, staatliche Kontrolle der Arbeiterschutzmaßnahmen, Entlohnung der Sonntagsarbeit und Unfallversicherung zu erfüllen — dann aber allerdings die politischen Organisationen zu verbieten. Und so kam es, daß schließlich noch vor Ende des Jahrhunderts der Kampf der Arbeiter Erfolge zeitigte und staatliche Gewerbeinspektionen, Unfallschutz, einige Punkte einer verhältnismäßig modernen Sozialversicherung eingeführt wurden und die Arbeitszeit nur in seltenen Fällen neun Stunden überstieg.

Auch das Bürgertum wehrte sich nicht allzu sehr, und zwar aus ähnlichen Gründen. Ebenso wie die Regierung gern die Arbeiterbewegung als Peitsche gegen die bürgerlichen Parteien benützt hätte, waren die bürgerlichen Parteien in bestimmten Augenblicken nicht abgeneigt, ihre Stellung durch Arbeiterkämpfen und Arbeiterzustimmung zu stärken. Die Klerikalen und später die Christlichsoziale Partei versuchten von 1870 an gewisse Schichten der Arbeiter für sich zu gewinnen, insbesondere die Christlichsoziale Partei, die von Beginn an darauf hinarbeitete, eine Massenpartei zu werden. Das führte dazu, daß die Klerikalen und Christlichsozialen nicht nur ihr eigenes Wahlprogramm aufstellten, sondern in den ersten Jahren sehr oft auch im Parlament Forderungen unterstützten, die von den Arbeitern bei Streiks, Massenversammlungen und Petitionen aufgestellt wurden, sehr zum Ärger der Regierung, die sich wiederholt über die „klerikale Schützenhilfe für den Sozialismus" beklagte. Die Deutschnationalen, die ebenfalls eine Massenbewegung zur Unterstützung ihrer großdeutschen Forderungen zu schaffen versuchten, bemühten sich in nicht ungeschickter Weise, die Traditionen von 1848 und die Erinnerungen der Arbeiter an die alte revolutionäre und aus ganz anderen Gründen großdeutsche Bewegung von 1848 auszunützen und sie auf diese Art für ihre großdeutsche Politik zu gewinnen. Sowohl Schönerer als auch Wolf gebärdeten sich überall, wo immer sie konnten, als „Väter der Arbeiter" und benahmen sich aus diesem Grunde nicht selten im Reichsrat Mißgriffen aller Art. In der tschechischen, polnischen und italieni-

schen Nationalbewegung schließlich warb man ebenfalls um die Arbeiter und ihre Stimmen.

Die Arbeiterbewegung in Österreich war deshalb in einer Zeit, in der zum Beispiel in Deutschland Bismarck mit seinem Sozialistengesetz die Arbeiterbewegung zu zerschlagen versuchte und in der, um ein anderes Beispiel zu nennen, der russische Zarismus mit Galgen und lebenslänglicher Verbannung gegen die Arbeiterschaft kämpfte, weniger als ihre russischen oder deutschen Kameraden in Gefahr, mit Gewalt erdrückt zu werden. Dafür war sie in einer anderen, vielleicht noch größeren Gefahr. Alle Kräfte der Monarchie, Taaffe und seine konservativen und klerikalen Kollegen, die verschämt großdeutschen Liberalen und die offen großdeutschen Deutschnationalen, die tschechischen Fabrikanten und der polnische Adel, das ungarische Bürgertum, das alle Nicht-Ungarn unterdrückte, und die südslawischen und slowakischen Gruppen, die sich gegen die Unterdrückung wehrten, sie alle versuchten, die Arbeiterschaft zu korrumpieren oder für sich zu gewinnen, sie in nationale Gruppen aufzuspalten, die einander bekämpften und damit Statisten ihres Bürgertums werden sollten. Besonders stark war der moralische Druck, der auf den österreichischen Teil der Arbeiterbewegung ausgeübt wurde, denn der hatte eine Schlüsselposition. Mit seiner Hilfe konnte die Regierung die alte Taktik des Ausspielens der Gegensätze unbeschränkt weiter fortsetzen; dazu war nur notwendig, daß sich die österreichische Arbeiterbewegung an der nationalen Frage desinteressiert zeigte und die Arbeiter der anderen Nationen in dieser Richtung beeinflußte. Mit derselben Hilfe konnte sich auch das Bürgertum von der Gefahr befreien, die die aufstrebende Arbeiterbewegung mit ihren Forderungen für sie darstellte: hier genügte das gleiche — in der nationalen Bewegung neutral bleiben oder, noch besser, direkt oder indirekt die Forderung nach einer Vorherrschaft der Österreicher über die anderen Völker der Monarchie unterstützen, damit die nationalen Gruppen entfremden und die einheitliche starke Arbeiterschaft der Monarchie in lauter einzelne, kraftlose Gruppen zerspalten.

Für die Arbeiterbewegung gab es nur einen Weg, dieser Gefahr zu entgehen: Sie durfte sich den nationalen Forderungen der nichtösterreichischen Völker nicht verschließen, im Gegenteil, sie mußte konsequenter als alle um deren Rechte kämpfen. Die österreichische Arbeiterschaft durfte durch nichts auch nur den Verdacht erwecken, daß sie mit ihrem Bürgertum bei der Unterdrückung anderer Nationen gemeinsame Sache machte. Sie durfte niemals bei tschechischen, polnischen, italienischen und anderen Arbeitern die Meinung aufkommen lassen, daß ihre nationalen Rechte durch ihr nationales Bürgertum besser geschützt wurden als durch ihre österreichischen Brüder. Um eine einheitliche Politik sowohl in sozialer als auch in nationaler Hinsicht zu betreiben, mußte es eine einheitliche Arbeiterpartei der ganzen Monarchie geben, eine Partei, bei der nicht nur der österreichische, sondern auch der tschechische, der polnische und jeder andere Arbeiter wußte, daß auch er die Führung der Partei wählte, daß auch er die Politik bestimmte, eine Partei, die dem zerrissenen, einander bekämpfenden Österreich eine brüderliche und einheitliche Armee der Zukunft entgegenstellte.

Die Zeit zwischen 1870 und 1888 war für die österreichische Arbeiterbewegung eine Krisenperiode. Die Arbeiterbildungsvereine, die Sozialdemokratische Partei waren auf einer sehr allgemeinen politischen Plattform begründet, und unter den Führern, die ihre ersten Führer waren, machten sich die meisten über die Art und die nächsten Ziele des politischen Kampfes, der nun begann, ganz verschiedene Vorstellungen. In dem Augenblick, als die Partei zu einer ernsthaften Kraft wurde und der Kampf tatsächlich begann, war es ganz unvermeidlich, daß sich verschiedene Richtungen und Gruppen bildeten, die einander bald erbittert bekämpften. Die erste wichtige Differenz gab es in der Frage des Parteiaufbaus: Sollte die Partei einheitlich, von einer gewählten Körperschaft geleitet sein, sollte sie alle Nationen und Länder Zisleithaniens umfassen, oder sollte man eine „föderative" Partei bilden, die aus fast selbständigen nationalen Gruppen bestand, und nicht nur so, sondern auch aus selbständigen Ländergruppen, aus

einer Wiener und Tiroler, steirischen und mährischen, [illegible] mischen und schlesischen Partei? Die Anhänger des Föderalismus erklärten, daß nur auf diese Art eine „Diktatur [illegible] vermieden werden könnte, die Anhänger der einheitlichen Partei vertraten die Ansicht, daß eine solche Aufspaltung die Partei diese kampfunfähig machen würde. In der Praxis [illegible] der Föderalismus weder zu einer Tiroler noch einer [illegible] Partei, es ging im Grunde nur um die Frage: Partei des [illegible] Staates oder österreichische und tschechische Partei.

Die zweite Differenz in der Frage der Ziele und Methoden des politischen Kampfes führte zu einer so tiefen Spaltung, daß die Arbeiterbewegung jahrelang fast paralysiert war. Es bildeten sich zwei Gruppen, die „Gemäßigten" und die „Radikalen". Während die Gemäßigten der Meinung waren, man könne durch Erfolge bei den Wahlen und Arbeit im Parlament allein die Ausbeutung beenden, die Lage der Arbeiter verbessern und schließlich durch parlamentarische Abstimmung zum sozialistischen Arbeiterstaat kommen, und daher nur für das allgemeine Wahlrecht kämpfen wollten, waren die „Radikalen" unter Führung Mosts der Ansicht, es sei sinnlos, [illegible] einen legalen Kampf um Positionen oder Verbesserungen zu führen. Man könne nur den Staat als solchen zerschlagen und an seine Stelle eine freie und unkorrumpierte Gesellschaft, die sich ohne Staat selbst führt, setzen. Die Radikalen, [illegible] auch „Anarchisten" hießen, forderten die „direkte Aktion", den physischen Kampf gegen jeden einzelnen Vertreter des Staates bis zu seiner Vernichtung, das Attentat, das [illegible] zum sofortigen Bürgerkrieg aufrufen sollte.

Beide Richtungen wurden erst überwunden, als die Arbeiter in einer Reihe großer Streiks ihre ersten Kampferfahrungen machten und als Männer in die Partei kamen, die den Kapitalismus und die damit verbundene Unterdrückung der Arbeiterschaft nicht als Folge politischer Einrichtungen — des Staates, des Mißbrauchs der Macht durch einzelne — betrachteten, sondern als eine gesellschaftliche Phase, die von den Arbeitern im Kampf überwunden werden und an deren Stelle eine höhere Phase, die der sozialistischen Gesellschaft, treten müsse. [illegible]

[illegible] am Parlament sowie alle anderen Formen der politischen Betätigung konnten nach ihrer Meinung nur ein Mittel zur Erreichung dieses Zieles sein, die Hauptaufgabe der Partei werde darin, die Arbeiter mit dem Bewußtsein ihrer Lage zu erfüllen, geistig und physisch kampffähig zu machen und zum Kampf zu leiten. Die Partei durfte weder ein Verschwörerverein noch ein parlamentarischer Verein werden.

Diese Männer waren Vertreter der Richtung des wissenschaftlichen Sozialismus, wie ihn Marx und Engels entwickelt hatten, der sozialistischen Theorie, die dem Revolutionär die Möglichkeit gibt, die Verhältnisse zu analysieren und aus der Lage die notwendigen Kampfaufgaben abzuleiten. Der bedeutendste unter diesen neuen Arbeiterführern war Viktor Adler, [illegible] waren Rudolf Pokorny, Julius Popp, Ferdinand Leißner, [illegible] Golein. Nach mehrjähriger Arbeit gelang es der Gruppe [illegible] endlich, die Arbeiterbewegung wieder von den bürgerlich-parlamentarischen und anarchistischen Strömungen zu reinigen, und am 31. Dezember 1888 und 1. Jänner 1889 fand in Hainfeld der „Einigungsparteitag" statt, der wieder eine einheitliche und revolutionäre österreichische Arbeiterbewegung schuf. Die Trennung der Partei in Länder und nationale Gruppen wurde aufgehoben. In der vom Parteitag verfaßten Prinzipienerklärung wurde festgestellt, daß der Besitz der Produktionsmittel durch [illegible] den Arbeiter zum Sklaven mache und wachsende Verelendung des Volkes bedeute. Der gegenwärtige Staat sei ein Klassenstaat, der ausschließlich die Interessen des Bürgertums vertrete. Durch die Entwicklung der Produktivkräfte ergebe sich die Notwendigkeit und Möglichkeit, diese Staatsform zu beseitigen und an ihre Stelle den sozialistischen Staat zu setzen, der die Produktionsmittel zum Eigentum der ganzen Gesellschaft mache. Die Arbeiter für die Erkämpfung dieses Staates vorzubereiten, sei das eigentliche Programm der Sozialdemokratie, zu deren Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen werde.

Es wurden sieben Grundsätze aufgestellt: Die Sozialdemokratische Partei, die eine internationale Partei ist, verurteilt [illegible] Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des

Besitzes und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß. Sie wird mit allen Mitteln die sozialistischen Ideen verbreiten und für die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung eintreten. Ohne sich über die Rolle des Parlamentarismus Illusionen zu machen, wird sie für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht als wichtiges Mittel der Agitation und Organisation eintreten. Weiter wurden im Programm Arbeiterschutz, Beschränkung der Arbeitszeit, Koalitionsfreiheit, unentgeltlicher Unterricht, Trennung von Kirche und Staat, Erklärung der Religion zur Privatsache und eine Volksbewaffnung an Stelle des stehenden Heeres gefordert. Der Parteitag erklärte den Parteizwist durch die Annahme des Programms für beendet.

Der Hainfelder Parteitag war ein Wendepunkt. Durch ihn wurde die Sozialdemokratische Partei zu einer festen kämpferischen Bewegung mit einem einheitlichen Aufbau und einem klaren, einheitlichen Kampfprogramm. Dem Parteitag folgte bald der organisatorische und politische Aufstieg. Im Juli 1889 erschien zum erstenmal die „Arbeiter-Zeitung", allerdings vorerst nur zweimal im Monat, 1895 wurde sie Tageszeitung. Ab 1897 erschien das tschechische Zentralorgan „Pravo Lidu" ebenfalls täglich. 1890 wurde zum erstenmal der 1. Mai als internationaler Kampftag der Arbeiterschaft öffentlich gefeiert, die Forderung, die an diesem Tage aufgestellt wurde, war die Achtstundentag. 1893 fand der erste Kongreß der österreichischen Gewerkschaften statt. Nach den Wahlen von 1897, bei denen die Steuerqualifikation wieder herabgesetzt worden war, kamen 14 sozialdemokratische Abgeordnete ins Parlament. Allerdings war die Partei in Wien von den Christlichsozialen geschlagen worden, so daß gerade die österreichischen Parteiführer Dr. Adler, Pernerstorfer, Schuhmeier und Reumann nicht gewählt wurden. Von den Abgeordneten vertraten 10 Böhmen und Mähren, zwei Galizien und einer Graz.

Das Auftreten neuer politischer Kräfte, die Verschärfung des politischen Kampfes waren nur ein Ausdruck größerer Umänderungen, die nun innerhalb jedes Landes begonnen hatten. Eine neue Etappe in der Entwicklung der Gesellschaft hatte

DIE ZEIT DES IMPERIALISMUS

In Österreich, wie anderswo, war der Kapitalismus einmal als Begründer einer neuen Zeit gekommen. Seine Schiffe hatten die Ozeane durchpflügt und den staunenden Augen der Menschen eine Welt geöffnet, seine Kraft hatte die Länder geeint und die Nationen geboren. Gestützt auf ihn, konnte die Krone die verträumten Städten und Dörfern, aus eifersüchtig gehütetem fürstlichem Besitz und abgeschlossenem Klostergut Staaten schmieden. Die neuen Monarchien teilten Europa untereinander auf und streckten die Hand nach den Reichtümern in Übersee aus. Dann kam die Manufaktur, die Geburt der modernen Industrie; Gruben und Fabriken wuchsen, Kanäle und Eisenbahnen durchzogen die Länder, Dampf, Gas, Elektrizität und alle Kräfte der Natur wurden in den Dienst des Menschen gestellt und die Zeit schien nah, in der der Mensch die Natur, die ganze Welt beherrschen würde. Die Monarchien zerbrachen oder verloren langsam ihre Allmacht, und in den großen bürgerlichen Revolutionen wurde Politik — das Privileg einer kleinen Schicht hoher Beamter der Krone — zur Sache breiter Massen. Lesen, Schreiben, die Anfangsgründe des Wissens, wurden ebenfalls Besitz der Allgemeinheit. Die adeligen Fronherrschaften über die Bauern fielen, und die Bauern bekamen Land. Die Nationen vollendeten ihre Entwicklung, manche, die unter fremder Herrschaft gelebt hatten, schufen sich ihre eigenen Staaten, andere begannen den Kampf darum. Die neuen Großmächte, Republiken und konstitutionelle Monarchien, teilten sich nun wie ihre Vorläufer Europa, sondern die ganze Welt untereinander auf.

Der Kapitalismus hatte mit dem Schwert und der Ausbeutung gesiegt — aber auch mit dem Buch, der Spindel, der Dampfmaschine, der Erklärung der Menschenrechte. Er hatte die Welt größer und reicher gemacht und er selbst war einmal auch hell, vernünftig gewesen, so klar und vernünftig wie die Häuser seiner Biedermeierzeit mit ihren großen Fenstern, ihren weißen, guten Wänden, ihrer Schlichtheit und Solidität und der Sachlichkeit, die Würde, Sparsamkeit und ehrliche Arbeit bringen.

Dem Sieg des Feudalismus folgte nach vierhundert Jahren sein Niedergang. Dem Sieg der Krone über den Adel folgte kaum 150 Jahre später, die Zeit, in der ihre Herrschaft der menschlichen Gesellschaft zu eng wurde und gesprengt werden mußte. Nun, hundert Jahre nach der Französischen Revolution begannen langsam die Schatten der Dämmerung auch über die neue bürgerliche Gesellschaft zu fallen. Ebenso rasch, wie er wuchs, brachte der Kapitalismus auch seine Widersprüche hervor. Am Ende des 19., am Anfang des 20. Jahrhunderts beginnt die Periode seines Verfalls. Sie heißt die Periode des Imperialismus.

Der Imperialismus ist eine Stufe des Kapitalismus, aber er unterscheidet sich von der Periode der Manufaktur wie der Periode des aufsteigenden Kapitalismus, durch eine Reihe wirtschaftlicher und politischer Merkmale. Die wichtigsten sind:

1. Die Konzentration der Produktion und des Kapitals ist so stark geworden, daß sie die Monopole hervorgebracht hat. Die Monopole spielen nun im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle.

2. Bankkapital und Industriekapital vermischen sich miteinander und die Banken werden aus verhältnismäßig bescheidenen Helfern der kapitalistischen Wirtschaft zu ihren Beherrschern. Die Vertreter dieses neuen, mächtigen Kapitals, des Finanzkapitals, wie es nun heißt, sind eine „Finanzoligarchie" — eine kleine Finanzgruppe, die die ganze Wirtschaft beherrscht.

3. Während in der vergangenen Zeit vor allem Waren exportiert wurden, beginnen die hochentwickelten kapitalistischen Länder jetzt Kapital zu exportieren. Der Kapitalexport führt dazu, daß das Finanzkapital der hochentwickelten Länder auf dem Wege über Beteiligungen, Ankäufe von Industrien, Anleihen die Wirtschaft anderer Länder zu beherrschen beginnt.

4. Es bilden sich internationale Monopole in der Form von Trusts, Konzernen und ähnlichem, die die Welt unter einander aufteilen.

5. Die größten kapitalistischen Länder, in denen das Finanzkapital bald nicht nur eine entscheidende wirtschaftliche, sondern auch eine entscheidende politische Rolle spielt, haben

die Aufteilung der Welt unter sich vollzogen. Aber bald treten neue Länder in den Vordergrund, deren Finanzkapital ebenso sehr stark ist, die aber bei der Aufteilung noch nicht stark genug waren, sich ihren Anteil zu sichern. Diese fordern eine neue Verteilung.

Die Erscheinung, die man „Konzentration des Kapitals" nennt, kam nicht mit einem Schlag. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren die meisten Hindernisse, die einer Entwicklung der Industrie im Wege standen, gefallen. Die Produktion wuchs sprunghaft an, Fabriken, die noch in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts eine bestimmte Anzahl von Artikeln — sagen wir 1000 im Tag — herstellten, produzierten 40 Jahre später das Zehnfache. Ständig wurden neue Erfindungen gemacht, um die Gewinnung von Rohmaterial, die Anfertigung von Waren zu beschleunigen; zu der großen, neuen Kraft, dem Dampf, kam eine noch größere, noch neuere, die Elektrizität, hinzu.

Das Wachstum der Produktion, die „Gründerepoche", in der täglich neue Betriebe eröffnet, neue Gesellschaften gegründet wurden, war zunächst besonders in den beiden großen auf allen kapitalistischen Ländern, den Kolonialimperien Frankreich und England, sichtbar. Aber bald kamen neue, junge kapitalistische Länder hinzu, in erster Linie Amerika und Deutschland, und überflügelten ihre Rivalen. Auch in Österreich, in dem infolge der politischen Entwicklung des 19. Jahrhunderts das Wachstum des Industriekapitalismus gehemmt worden war, gab es eine rasche Entwicklung. Hier nur einige Beispiele:

Im Jahre 1799 wurde in Österreich die erste Baumwollmaschinenspinnerei errichtet, erst 1837 wurde die erste Wollspinnmaschinenspinnerei gebaut. Es dauerte bis zum Jahre 1851, ehe die ersten mechanischen Webstühle in der Baumwollweberei aufgestellt wurden. Im Jahre 1912 betrug die Zahl der Spindeln in der österreichischen Baumwollindustrie 4450000... Der Wert der geförderten Mineralkohle betrug in Österreich im Jahre 1826 erst 400000 Gulden, er stieg im Jahre 1868 bereits mit 20,5 Millionen Gulden be-

rechnet. Die gesamte Kohlenproduktion im Reiche stieg von 15550000 Meterzentner im Jahre 1854 auf 420,8 Millionen Meterzentner im Jahre 1912. Im Deutschen Reiche betrug die Kohlengewinnung im Jahre 1911 2345,2 Millionen Meterzentner ...“

„... 1785 wurde die Dampfmaschine erfunden, am Anfang des 19. Jahrhunderts stand erst eine einzige in Österreich. Im Jahre 1841 standen 231 Dampfmaschinen mit 2936 Pferdekräften in Verwendung. Im Jahre 1902 betrug die Zahl der in Gewerbe verwendeten Pferdekräfte in Österreich 1600000, also ebenso viel als im Jahre 1840 auf der ganzen Erde tätig waren.“

1902 betrug die Zahl der Beschäftigten in Industrie, Handel und Gewerbe in Österreich, das heißt im zisleithanischen Teil der Monarchie, 1,6 Millionen. 1912 waren es 3 Millionen. Auch hatte die Zahl der Beschäftigten ebenfalls fast eine Million betragen, aber nur 400000 davon waren Arbeiter oder Angestellte, und auch sie arbeiteten zumeist in kleinen, oft rein handwerklichen Betrieben. Im Anfang des 20. Jahrhunderts jedoch entwickelte sich überall der Großbetrieb und begann langsam den Kleinbetrieb zu verdrängen.

„Von den 4709777 Spindeln, die im Jahre 1902 in Österreich gezählt wurden, entfallen 87,4 Prozent auf Betriebe mit über 100, 10,3 Prozent auf solche mit 20 bis 100 Beschäftigten Personen und nur 2,3 Prozent auf Kleinbetriebe.“

Folgende Tabelle, die die Zahl der Dampfkessel nach der Größe der Heizfläche angibt, zeigt ebenfalls diese Entwicklung:

	Bis 50 m²	50—100 m²	100—200 m²	über 200 m²
1905	21791	6739	4122	1861
1912	25867	7083	4938	2437

Die Großbetriebe zeigten also das stärkste Wachstum, um mehr als 50 Prozent. Mehr als ein Viertel aller Arbeiter in Österreich war in großen Unternehmen, in Fabriken mit mehr als 50 Arbeitern beschäftigt, 39 Fabriken hatten einen Arbeiterstand von mehr als 1000.

* Robert Danneberg: „Das sozialdemokratische Programm.“
** Dr. Friedrich Herz: „Die Produktionsgrundlagen der österreichischen Industrie.“

Die Summe des in der Wirtschaft investierten Kapitals hatte sich vervielfacht. 1830 betrug das in Industrie, Handel und Gewerbe investierte Kapital 292 Millionen Kronen. 1910 bis 1911 steckte in den Aktiengesellschaften allein zehnmal so viel Kapital wie achtzig Jahre früher in Industrie, Handel und Gewerbe, nämlich 2 Milliarden 949 Millionen. Die Höhe der Baulichkeiten, Maschinen und Materialvorräten der gesamten Industrie investierten Kapitals betrug 7,5 Milliarden Kronen, also das Dreißigfache. In dieser Ziffer, die gar zu niedrig als zu hoch gegriffen ist, weil sie auf der Schätzung der Versicherungsgesellschaften beruht, die einen Teil des versicherten Kapitals abgeschrieben hatten, sind Betriebe im Werte von weniger als 60000 Kronen nicht inbegriffen.

„Im Jahre 1865 wurden in Österreich 111 Aktiengesellschaften (ohne Eisenbahnen) mit einem Aktienkapital von 300 Millionen Kronen, im Jahre 1911 736 mit einem Kapital von 3644,2 Millionen gezählt.“ *

Schließlich stieg der Wert des österreichischen Warenexports zwischen 1896 und 1902 von 67 auf 96 Millionen Pfund Sterling.

Aber das Wachstum der Produktion kam nicht allen österreichischen Kapitalisten in gleichem Maße zugute. In der Zeit zwischen 1870 und 1900 blieben in der ganzen Welt immer mehr kleine und mittlere Unternehmer auf der Strecke, konzentrierte sich der Besitz immer stärker in der Hand weniger. Die Kaufkraft der großen Mehrheit der Bevölkerung aller Länder, der Arbeiter, der Gewerbetreibenden, der Bauern und der Angestellten, war nicht unbegrenzt. Sie stieg allmählich, aber sie stieg ungleich langsamer als die Produktionskapazität, die Fähigkeit der Industrie, Waren herzustellen. Es hatte eine Zeit gegeben, in der der Fabrikant alle Waren, die er herstellte, ohne große Schwierigkeit absetzen konnte — aus dieser Zeit stammt die bürgerliche Theorie von der „freien Konkurrenz“, die allein eine gesunde Wirtschaft gewährleiste. Aber nun wurde es schwerer. Die Fabriken produzierten mehr, als die Käufer kaufen konnte. Es begann ein schwerer Kampf

* Robert Danneberg: „Das sozialdemokratische Programm.“

der Produzenten gegeneinander; nur der hatte Aussicht, seine Waren loszuwerden, der sie billiger anbieten konnte als der Konkurrent, und da der Fabrikant nicht auf seinen Gewinn verzichten wollte und unbegrenzte Lohnherabsetzungen am Widerstand der Arbeiter zu scheitern begannen, mußte die Billigkeit durch weitere Beschleunigung der Produktion, weitere Modernisierung der Betriebe erreicht werden. Nun konnte sich der große und reiche Fabrikant zwar zur Not leisten, seinen Betrieb alle paar Jahre mit neuen Maschinen auszustatten und die früheren zum alten Eisen zu werfen — der kleine und mittlere Fabrikant konnte das jedoch nicht. Er ging in Konkurs, mußte den Betrieb schließen, in vielen Fällen kaufte der siegreiche große Konkurrent die Fabrik des geschlagenen Rivalen und vereinigte sie mit der seinen, wobei der einstige Rivale oft zum Angestellten des Großen wurde. Diese Umgestaltung der Produktion vollzog sich meist im Verlauf der Wirtschaftskrisen, die etwa seit den Siebzigerjahren des 19. Jahrhunderts in ziemlich regelmäßigen Abständen aufzutreten begannen und die die gleiche Ursache hatten: die Kaufkraft der Bevölkerung reichte nicht, die vorhandene Warenmenge aufzunehmen, die Waren blieben liegen. Die kleineren Fabrikanten, die auf raschen Verkauf der Ware angewiesen waren, die kleinen Banken, die ihnen Kredite gegeben hatten und nun weder Zinsen noch Rückzahlung erhielten, gingen in Konkurs und die großen, die es sich leisten konnten, zu warten, überlebten und steckten den Besitz der kleinen ein. Im Verlauf der Entwicklung wurden die Krisen immer häufiger, die Konjunkturperioden immer kürzer.

In den Händen der Großen, sowohl der großen Industriellen als auch der großen Banken, sammelte sich mehr und mehr das Kapital. Bald besaß der einzelne viel mehr als er in seinen Betrieb hineinstecken konnte. Und nun begann der große Industrielle sein Kapital in anderen Industrien „anzulegen".

„Auch die Konzentration des Besitzes ist in Österreich weit fortgeschritten. Die 451 größten Unternehmer besitzen 4683 gewerbliche Betriebe mit 889647 tätigen Personen und 972083 Pferdekräften. Das heißt: nahezu ein Viertel (24,4 Prozent) aller menschlichen und mehr als die Hälfte (54,4 Prozent) aller mechanischen Arbeitskräfte sind dieser kleinen Zahl von Unternehmern untertan."*

„... Unter diesen großkapitalistischen Unternehmern finden wir 3 Mitglieder regierender Häuser, 20 Fürsten und Grafen und 28 sonstige Adelige. 113 dieser 451 Unternehmer besitzen außerdem auch 1302 landwirtschaftliche Betriebe mit 22000 landwirtschaftlichen Arbeitern und einer Bodenfläche von 1460898 Hektar. Der zwölfte Teil der gesamten Bodenfläche Österreichs ist also ihr Eigentum."*

Meistens beteiligten sich die großen Industriellen an den Banken, während die Banken sich ihrerseits an Industrien beteiligten. Allmählich verschmolzen dieses große Industriekapital und Bankkapital miteinander — die Großbanken waren der Ausdruck dieser Verschmelzung — und wurde zur Macht, die auf dem Wege über den Ankauf von Aktienmehrheiten und durch die Erteilung von Krediten fast die gesamte Produktion des Landes kontrollierte. Es entstand das Finanzkapital.

Am Anfang des 20. Jahrhunderts war in allen großen kapitalistischen Ländern die wirtschaftliche Macht in den Händen einiger weniger Großbanken. In England waren es fünf Bankhäuser, „Die großen Fünf", wie man sie nannte, die die Produktion von Kohle und Stahl, Elektrizität, Textilien und Chemie beherrschten, die Schiffsverkehr und Eisenbahnen kontrollierten. In Deutschland waren es vor allem die Deutsche Bank und die Disconto-Gesellschaft, in Frankreich der Credit Lyonnais, der Comptoir National und die Société Générale. In Österreich waren es — wenn man von der Nationalbank absieht — drei, die Creditanstalt für Handel und Gewerbe, die Wiener Creditanstalt und der Wiener Bankverein. Eine vierte, die Länderbank, hatte zwar nicht in Österreich selbst einen ausschlaggebenden Einfluß, kontrollierte aber einen großen Sektor der Produktion in den Ländern Osteuropas. Während in den meisten anderen Ländern Europas die Banken vor allem die Schwerindustrie beherrschten, kontrollierten sie in Österreich auch die Leichtindustrie und einen Teil der Agrarproduktion.

* Robert Danneberg: „Das sozialdemokratische Programm."

Wie stark die Position der österreichischen Banken war, geht aus der Tatsache hervor, daß der Kapitalbesitz der Nationalbank 1909 85 Millionen Pfund Sterling betrug, gegen 82 Millionen Pfund Sterling der Bank von England. Der gesamte Kapitalbesitz der österreichischen Banken betrug 0,8 Milliarden Pfund Sterling.

„Die Banken haben sich die Industrie schon in starkem Maße untertan gemacht. Sie sind mitunter förmlich zu Warenhäusern geworden. So annoncierte Ostern 1913 die Böhmische Unionbank, sie habe die Zentralverkaufs-, respektive Kontorbüros der vereinigten Bleich- und Appreturanstalten, der österreichisch-ungarischen Schwefelsäure-, Oleum- und schwefelsaure Tonerdefabriken, von Naphthalin, der vereinigten Papierhülsenfabriken, der vereinigten Fensterglasfabriken, der vereinigten Pieckersfabriken, der vereinigten Salzburger Ziegelfabriken, der vereinigten Flaschenfabriken, der vereinigten Kalkwerke in Salzburg, der Linon- und Organtinappreturen der Futterstoffärber, der Wollgarnfärber und der österreichisch-ungarischen Erdfarbenfabriken, der Leinengarnbleichen Mährens, der Leinenstückbleichen Mährens, der Leinenstückbleichen Böhmens, der Salzsäure-, Glaubersalz- (kalziniert und kristallisiert) Fabriken, der Waagenfabrikanten Österreichs, [illegible] kaufe und verkaufe sie Rohzucker, Raffinade und Pfd. [illegible] kommandiert und kontrolliert eine einzige Bank ganze Industrien!“ *

In den vom Finanzkapital kontrollierten Industrien dominierten bald nicht mehr einzelne Unternehmungen. Sie wurden in Gruppen zusammengefaßt, deren Vorgehen und Maßnahmen selbstverständlich von den größten und kapitalstärksten Vertretern der Banken und der mit ihnen verbundenen Großindustrie kontrolliert wurden. Diese Gruppen — Trusts, Vereinigungen, Kartelle — teilten Rohstoffe, Produktion, Absatzmärkte untereinander auf, bestimmten die Preise und zwangen selbständige Außenseiter, entweder sich ihnen anzuschließen und sich der Herrschaft der Großen zu fügen, oder zwangen sie zur Stillegung. In Österreich gab es 1912 mehr als 200 solche

* Robert Danneberg: „Das sozialdemokratische Programm.“

Kartelle, darunter das Zementkartell, das Eisenkartell, das Zinkerkartell, das Petroleumkartell, das Spinnereikartell und viele andere.

Aber der Kampf um die Vorherrschaft im eigenen Lande war nur ein Teil der Tätigkeit des Finanzkapitals. Schon Ende des 19. Jahrhunderts begann der Kampf der größten, stärksten Kapitalistengruppen der Welt um die Vorherrschaft in anderen Ländern. Das Mittel zur wirtschaftlichen Beherrschung der Länder war der Kapitalexport.

Die Anlagemöglichkeiten im eigenen Lande waren verhältnismäßig begrenzt. Es war viel vorteilhafter, in anderen Ländern — entweder in Kolonien oder in Ländern, die keinen eigenen entwickelten Kapitalismus besaßen — Kapital anzulegen, das heißt Industrien, Bergwerke, Banken, Erdölquellen entweder direkt aufzukaufen oder auf sie durch Aktienerwerbung oder Anleihen einen entscheidenden Einfluß auszuüben und auf diese Weise sowohl reiche Rohstoffquellen als auch billige Arbeitskraft zu erhalten. So kam es, daß sich die junge Industrie und die Rohstoffquellen Indiens, Ägyptens, Chinas bald im Besitz des „exportierten“ englischen Kapitals befand, daß das englische Finanzkapital die Ölproduktion Persiens, die Fleisch- und Wollproduktion Australiens beherrschte, so kam es, daß die mexikanischen Erdölquellen und die lateinamerikanische Produktion überhaupt sich unter Kontrolle des amerikanischen Finanzkapitals befanden, Frankreich zusammen mit Belgien die Rohstoffe des Kongo und Nordafrikas „besaß“ und Holland durch den finanziellen „Besitz“ Indonesiens fast ein Weltmonopol für Kaffee, Chinin und Kautschuk innehatte. Der österreichische Kapitalexport hatte nicht einen derartigen Umfang, aber auch er war beträchtlich. Durch ihn erhielt das österreichische Finanzkapital einen entscheidenden Einfluß, sowohl in seinen eigenen „inneren Kolonien“, in den nichtösterreichischen Gebieten der Monarchie, und darüber hinaus auf dem ganzen Balkan.

Die Konzentration des Kapitals und der steigende Kapitalexport brachten eine ganz neue Gruppe von Besitzern hervor. Der Kapitalist, der selbst seinen Betrieb geleitet, oft in ihm

mitgearbeitet hatte, war nicht mehr der typische Vertreter seiner Schicht. An seine Stelle trat der Mann, der nur noch sein Geld „arbeiten" ließ, der Einleger, der Aktionär. Dieser Mann hatte mit der Produktion nichts mehr zu tun, er strich nur noch seine Dividenden ein. Aus einem Mann, der Werte schaffen half, der durch seine Ideen, seine Arbeit die Entwicklung vorwärtstrieb, verwandelte er sich in einen Parasiten, dessen einzige gesellschaftliche Existenzberechtigung darin bestand, daß er Kapital besaß. Zwischen diesem Mann und den Männern, die die ersten Fabriken geschaffen, die heiteren und festen Häuser des Biedermeier gebaut hatten, lag eine ganze Welt.

Langsam dehnte sich die Herrschaft der Monopole über die Grenzen ihres Herkunftslandes aus. Schon um die Jahrhundertwende entstanden große internationale Verbände, die die Produktion vieler Länder zu kontrollieren suchten. Die amerikanischen und englischen Ölgesellschaften, die untereinander in scharfen Konkurrenzkampf lagen, bemühten sich, die gesamte Ölproduktion der Welt unter ihren Einfluß zu bringen. Die deutschen und englischen Chemietrusts schlossen miteinander Abkommen über die Aufteilung von Rohmaterialien und die internationale Festsetzung der Preise ab. Deutsche, englische und amerikanische Elektroindustrie waren eng miteinander verbunden. Die Versuche des Monopolkapitals, die Wirtschaft anderer Länder unter seinen Einfluß zu bringen, beschränkten sich nicht nur auf die Kolonien. Sehr bald begann das Kapital der wirtschaftlich starken Staaten auch in andere europäische Länder vorzustoßen. Dabei gerieten Länder, die selbst einen hochentwickelten Kapitalismus besaßen, in denen selbst der Prozeß der Konzentration des Kapitals weit fortgeschritten war, und die selbst Kapitalexport betrieben, unter den Einfluß noch stärkerer Mächte.

Frankreich war ein Beispiel dafür. Es besaß Kolonien, hatte starke finanzielle Positionen in Nordafrika und in Italien und versuchte, am Balkan festen Fuß zu fassen. Das französische Finanzkapital drang in Rußland vor und brachte einen entscheidenden Teil der russischen Wirtschaft unter seinen Einfluß. Aber zur gleichen Zeit geriet das französische Kapital zwar

aber unter den Einfluß des stärkeren englischen, das ihm eine Position nach der anderen abzunehmen begann und schließlich Frankreich selbst in einen mit England verbundenen imperialistischen Staat zweiter Ordnung verwandelte. Und ebenfalls zu gleicher Zeit verlor der englische Kapitalismus immer mehr Boden gegen den noch viel stärkeren neuen amerikanischen.

Österreich nahm, ebenso wie Frankreich, eine merkwürdige Zwischenstellung ein. Es war wirtschaftlich schwächer als die anderen drei Großmächte, aber es verfügte über eine starke und machthungrige Finanzoligarchie; es betrieb Kapitalexport und es hatte einen gewissen Einfluß. In einem bestimmten Sinne war es ein kolonialbesitzendes Land, denn weite Gebiete der Monarchie, Galizien, das seit 1908 ganz annektierte Bosnien und die Herzegowina, dazu Teile des heutigen Rumänien, standen in industrieller Entwicklung und Lebenshaltung nicht höher als Kolonialgebiete und waren dem österreichischen Kapital ausgeliefert wie Nordafrika dem französischen oder Indien dem englischen Kapital. Anfang des 20. Jahrhunderts wurde dort die Förderung von Rohstoffen, Kohle, Erdöl, Erz, von österreichischen Banken oder österreichischen Industriebetrieben, die in diesen Gebieten „eigene" Unternehmungen gründeten. Der Gewinn ging natürlich nach Wien, die Rohstoffe gingen ebenfalls nach Österreich und wurden dort verarbeitet, die Länder waren nur Rohstoffquellen. Aber darüber hinaus suchte das österreichische Kapital, nicht ohne Erfolg, auch am Balkan Einfluß zu erhalten. Die Creditanstalt und die Wiener Bank hatten in Belgrad, in Bukarest und in Sofia entscheidende Positionen. Sie beherrschten einen großen Teil der sich entwickelnden Industrie in diesen Ländern, und viele der dortigen Banken waren von den österreichischen Banken abhängig. Das österreichische Finanzkapital am Balkan war nicht viel stärker als das mit ihm dort rivalisierende französische Finanzkapital. Aber während es andere Länder von sich abhängig machte, geriet es selbst in Abhängigkeit von einem stärkeren.

Im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts hatte zunächst das englische Kapital in Österreich die Hauptrolle gespielt. In

den österreichischen Eisenbahnen, den österreichischen Kohlengruben, schließlich auch in den steirischen Eisenhütten und in den Skodawerken steckte französisches Kapital, eine der großen österreichischen Banken, die Länderbank, vertrat französische Kapitalsinteressen. Auch das englische Kapital übte einen großen Einfluß auf die österreichische Wirtschaft aus. Die Anglo-Österreichische Bank, die 1864 gegründet worden war und deren Aktienbesitz sich bald verdreifachte, vertrat englische Kapitalsinteressen. Auch die Creditanstalt war mit englischen Großbanken liiert. Aber seit den Siebzigerjahren begann das deutsche Kapital seinen Einzug in Österreich zu halten.

Die Ursache für die starke Abhängigkeit Österreichs von ausländischem Kapital war teilweise die widersprüchliche und immer wieder aufgehaltene industrielle Entwicklung Österreichs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Aber zu einem anderen Teil war es gerade sein starker Kapitalexport, seine Tendenz, andere Länder wirtschaftlich zu unterwerfen, die zu Abhängigkeit brachte. Die österreichischen Banken, die großen österreichischen Kapitalbesitzer investierten ihr Geld nur wenig in Österreich selbst. Die österreichische Industrie war trotz der Fortschritte, die sie in den letzten Jahrzehnten gemacht hatte, noch immer verhältnismäßig altmodisch; um sie auf Weltmaßstab konkurrenzfähig zu machen, hätte man viel Geld hineinstecken und lange auf den Gewinn warten müssen. Es war viel vorteilhafter, sein Kapital in Bosnien oder in Rumänien, in Serbien oder in Bulgarien anzulegen, wo man ungestört Raubbau an den Bodenschätzen betreiben konnte, die Arbeitskräfte billig waren und die großen Gesellschaften Monopole machen konnten, was sie wollten. Trotz des verhältnismäßigen Aufschwungs der österreichischen Industrie haben österreichische Volkswirtschaftler am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts immer wieder über die „Investitionsunlust" der österreichischen Kapitalistenkreise geklagt und sich über die Gründe dieser Unlust den Kopf zerbrochen. Die Erklärung war einfach: Anderswo konnte man mehr verdienen. So investierte das österreichische Finanzkapital in Österreich das Geld nur, überließ es anderen.

Die Durchdringung Österreichs mit deutschem Kapital setzte unmittelbar nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870 bis 1871, als große Geldsummen — die französischen Reparationen — nach Deutschland flossen und die Regierung Bismarck Schulden zurückzahlte. Im Verlauf nicht ganz eines Jahres strömten dadurch 1,2 Milliarden Kronen nach Österreich. Später verlangsamte sich das Tempo etwas, aber der Kapitalexport selbst blieb bestehen. Das führte dazu, daß gerade die wichtigsten Industrien: Stahl-, Maschinen-, Elektroindustrie und Chemie mit deutschem Kapital arbeiteten oder deutschen Firmen gehörten. Einige Firmen seien angeführt: In der Metallindustrie: Böhler, Bleckmann, Krupp, Hahn, Kapfl, Wüster, Prym, die Aktiengesellschaften Mannesmann, Stahlwerke Weißenfels, Felten & Guillaume. In der Maschinenindustrie: Voith, Garvens, Hilpert, Weipert, Lanz & Wolf, Werner & Pfleiderer, Krauß, Daimler, Jurecki, Danubia, Dürkopp. In der Elektroindustrie (die fast völlig in deutschem Besitz befand): Siemens-Halske, Siemens-Schuckert, AEG. In der Textilindustrie: Norddeutsche Wollkämmerei, St.-Pöltner Glanzstoffabrik und Schöller (Schöller wurde allerdings schon früher gegründet). In der Glasindustrie: Friedrich Siemens A. G. Zement und Baustoffe: Didier Chamottefabrik A. G., Portlandzement A. G., Golling Zement A. G. In der chemischen Industrie hatte Deutschland fast eine Monopolstellung, in der Kautschukindustrie war die Mehrzahl der Firmen in deutschem Besitz oder von deutschen Gruppen kontrolliert, und in der Nahrungsmittelindustrie, der Holzindustrie und in der Papierindustrie war der Einfluß deutscher Firmen ebenfalls stark. Einer der wichtigsten Bergbaubetriebe Österreichs, die Veitscher Magnesitwerke — Österreich war der größte Magnesitproduzent der Welt —, war ebenfalls in deutschen Händen. Das deutsche Kapital kontrollierte einen Teil der ungarischen und der dalmatinischen Bergbauproduktion und einen Teil der nordböhmischen Gruben. Außerdem befand sich beträchtlicher Grundbesitz in Österreich und Ungarn — mehr als 200000 Hektar — in deutschen Händen. Schließlich waren 1895 mehr als 50 Pro-

zent der österreichischen Auslands-Finanzverpflichtungen ... Besitz deutscher Banken.

Je stärker die Position des Finanzkapitals in allen Ländern wurde, desto stärker beeinflußte es die Politik jedes Staates. Das Bürgertum hatte fast überall die Macht erobert, der Staat war sein Staat und das Finanzkapital war zur stärksten, bedeutendsten Gruppe des Bürgertums geworden. Die Außenpolitik der Großstaaten richtete sich immer mehr nach den Wünschen und Bedürfnissen dieser Gruppe. Die Diplomatie, die Armee, die ganze bewaffnete Kraft des Landes wurden eingesetzt, um die Expansionspolitik des Finanzkapitals zu unterstützen. Als im Jahre 1911 die mexikanische Regierung die Ölquellen des Landes in mexikanischen Besitz überführte und die Privilegien der amerikanischen Ölgesellschaften aufhob, intervenierte Amerika gewaltsam in Mexiko. Als französische und deutsche Kapitalistengruppen um den Einfluß in Nordafrika kämpften, verliehen beide Staaten durch die Entsendung von Kriegsschiffen den Forderungen ihrer Finanzkreise Nachdruck.

Allmählich bildeten sich zwei Ländergruppen, deren Monopolkapital einen erbitterten Kampf gegeneinander führte. Die eine Gruppe bestand aus dem stärksten alten kapitalistischen Land Europas, England, aus Frankreich und aus dem von französischem Kapital abhängigen Rußland. Die andere bestand aus dem starken Deutschland, das seine kapitalistische Entwicklung erst vollendet hatte, als die Aufteilung der Welt zwischen den Großmächten schon vollzogen war, und das nun eine Neuverteilung der Welt zu seinen Gunsten forderte, und aus dem von Deutschland abhängigen Österreich. Beide Ländergruppen suchten nach weiteren Hilfskräften, beide gruppierten um Positionen, aber schon in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts wurde es klar, daß der kriegerische Konflikt zwischen diesen Gruppen unvermeidlich war.

Die „gute alte Zeit", die Zeit des aufsteigenden Kapitalismus, war zu Ende. Die Staaten begannen sich durch Zollbarrieren und Einfuhrverbote voneinander abzugrenzen, die Krisen folgten einander immer häufiger, und jede Krise brachte Tausende von zerbrochenen Existenzen, zahlreiche Arbeitslose,

... immer stärkere Kapitalskonzentration, einen immer rascher werdenden Kampf um Absatzmärkte und Anlagemöglichkeiten. Immer häufiger wurden auch die internationalen Konflikte, drohenden Ministerreden, Flottendemonstrationen, militärischen Kundgebungen, die nur haarscharf am Rande des Krieges vorbeizugehen schienen, immer stärker wurde das Wettrüsten, immer höher die Summen, die für den Bau von Kriegsschiffen und Befestigungsanlagen ausgesetzt wurden. Über den jahrzehntelang so stillen Himmel Europas flackerte das erste Wetterleuchten.

Die kolonialen und halbkolonialen Länder waren in wenigen Jahrzehnten in den Strudel des modernen Kapitalismus gerissen worden. Auch wenn die kapitalistische Entwicklung ... kam, auch wenn die fremden Mächte zu verhindern versuchten, daß im Lande selbst eine Industrie entstand, eine eigene kapitalistische Entwicklung einsetzte, war es unvermeidlich, daß die neue Zeit, die plötzlich hereinbrach, die modernen Kräfte — Bürgertum, nationale Bewegungen, Bauernbewegungen, einheimische Intelligenz — rascher wachsen ließ. Sie verbunden mit dem Widerstand gegen die schrankenlose Einmischung durch die fremden Mächte, verbunden mit der Entstehung einer Arbeiterschaft in den Städten, löste die großen kolonialen und halbkolonialen Freiheitsbewegungen aus. 1911 fand in China die große bürgerlich-nationale Revolution unter Führung Sun Yat Sens statt, eine Revolution gegen fremde Herrschaft, für Agrarreform, für eine freie chinesische Republik. Im gleichen Jahr erhob sich Mexiko gegen den amerikanischen Ölimperialismus und brachte sein wichtigstes Reichtum, die Ölquellen, wenigstens teilweise in seinen Besitz zurück. In Indien und im Nahen Osten entstanden neue nationale Bewegungen.

... den Jahrzehnten nach der industriellen Revolution war in ... Ländern in der Entwicklung der Arbeiterbewegung eine gewisse Pause eingetreten. In Österreich, im österreichischen Teil der Monarchie, insbesondere in Wien, bekam auch die Arbeiter ein wenig von der „guten alten Zeit" zu spüren. Die Wohnverhältnisse waren noch immer fürchterlich, aber

das Essen war verhältnismäßig billig und das sonntägliche Schnitzel, das Gulasch und das Viertel Wein, der Praterbesuch und — von Zeit zu Zeit —,,ein neues G'wand" wurden allmählich erreichbare Dinge. (In anderen Ländern, vor allem in England und in Frankreich, war diese zeitweise Verbesserung allerdings viel sichtbarer.) Diese Umstände, verbunden mit der Tatsache, daß das Bürgertum in einer Reihe von Ländern gewisse Reformen, wie zum Beispiel die Erweiterung des Wahlrechts, ohne allzu großes Sträuben durchführte, drückten der Arbeiterbewegung der Siebziger-, Achtziger- und Neunzigerjahre ihren Stempel auf. Nicht wenige glaubten an die Möglichkeit, langsam, durch Wahlen und politische Agitation, auf dem Weg über gewerkschaftliche Forderungen und Organisierung der Arbeiterschaft ihr einen Platz in der kapitalistischen Gesellschaft schaffen oder langsam und ohne große Kämpfe aus dem Kapitalismus in den Sozialismus ,,hineinwachsen" zu können.

Im Verlauf des neuen, verschärften ,,Kampfes aller gegen alle" verschlechterte sich die Lage der arbeitenden Bevölkerung wieder. Die Krisen brachten wieder Arbeitslosigkeit in großem Maße mit sich, und da die Krisen immer häufiger und die Konjunkturen immer seltener und schwächer wurden, gab es bald einen bestimmten Prozentsatz von Arbeitslosen, die auch in guten Zeiten keine Arbeit erhalten konnten. Die lange Zeit, in der es keine Kriege gegeben hatte oder nur kurze Kriege, die irgendwo in Übersee oder auf dem Territorium abhängiger Länder und mit einem kleinen stehenden Heer ausgekämpft worden waren, näherte sich dem Ende. Die Drohung neuer großer Kriege stieg vor den Augen der Menschheit auf, Kriege, an denen alle Mächte Europas beteiligt sein würden, die auf dem Territorium aller Länder ausgekämpft werden könnten und in die — im Gegensatz zu früher — nicht eine kleine Berufsarmee, sondern die ganze männliche Bevölkerung der kriegführenden Staaten, also in erster Linie die Mehrheit der arbeitenden Menschen, Arbeiter und Bauern, einbezogen zu werden drohte. Um 1910 gab es in fast allen Ländern Europas eine allgemeine Wehrpflicht.

All dies veränderte die Haltung der Arbeiterschaft

Hoffnung vom allmählichen friedlichen Aufstieg im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft wurde geringer. Die kriegerischen Vorbereitungen, der immer brutaler werdende Widerstand des Bürgertums gegen alle Versuche, seinen Profit zu beschränken, legten den Fortgeschrittenen unter den Arbeitern die Illusion zu nehmen, daß es möglich sei, auf friedlichem Wege, durch langsame Umgestaltung der Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus zu gelangen. Der Gedanke wurde vertraut, daß die einzige Möglichkeit, sich von Kriegsgefahr und ständigen Krisen zu befreien, der gewaltsame Sturz des Bürgertums, die Schaffung eines neuen proletarischen Staates durch die Revolution sei. Innerhalb der Arbeiterbewegung selbst begannen sich langsam zwei Richtungen herauszubilden. Der eine Teil wurde noch stärker als zuvor unter den Einfluß liberal-bürgerlicher Gedankengänge. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß man die Theorien von Marx revidieren müsse, da gerade die starke Konzentration des Kapitals in den Händen weniger es den Arbeitern erleichtern würde, schließlich die Macht zu übernehmen. An einem gegebenen Zeitpunkt, wenn es der Arbeiterschaft gelungen sei, durch Wahlen die Mehrheit zu erhalten, könnte diese neue, nun sozialistische Staatsexekutive ,,mit einem Federstrich" den nur durch wenige Gruppen vertretenen Kapitalismus ,,köpfen", die Trusts und Konzerne verstaatlichen und damit den Sozialismus einführen. Dieser Theorie, deren Vertreter vor allem der deutsche Theoretiker Bernstein war und die man ,,Revisionismus" nannte, lag die Auffassung zugrunde, daß der Staat etwas Neutrales sei, etwas, das ,,über den Klassen" stünde, und daß jede Klasse, die ihn durch parlamentarische Wahlen erobert, sich seiner unbeschränkt bedienen könne. Aus diesem Grunde kamen die Vertreter des Revisionismus immer mehr zur Anschauung, daß die Erhaltung der Staaten, wie sie nun bestehen, etwas Wünschenswertes sei, weil sie dort die beste Möglichkeit zur Vorbereitung einer ,,Köpfung" gäben.

Während in den Arbeiterparteien in Frankreich, England, Deutschland und Österreich die revisionistische Richtung schließlich die Oberhand gewann, stellte sich in Rußland die

Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei gegen den Revisionismus. Die Gruppe der Bolschewiki (Mehrheitler) unter Führung W. I. Lenins und J. W. Stalins vertrat die Meinung, daß der Staat keineswegs ein „über den Klassen stehendes Instrument" sei, sondern das Machtinstrument der jeweils herrschenden Klasse, also zur Zeit des Bürgertums, die alle ihre Organe, Armee, Polizei, Verwaltung und Propaganda, zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft benütze. Das Bürgertum sei weit davon entfernt, sich durch die Beschlüsse einer Parlamentsmehrheit ruhig köpfen zu lassen, es werde alle Machtmittel des Staates einsetzen und keineswegs davor zurückschrecken, die liberale Demokratie zu zerschlagen und mit Gewalt zu regieren, um eine solche Entwicklung zu verhindern. Die Bolschewiki waren daher der Ansicht, daß nur der Kampf von Klasse gegen Klasse, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die proletarische Revolution den Weg des Sozialismus herbeiführen könne. Sie waren weiter der Ansicht, daß das Bürgertum in dem Maße, in dem sein Abstieg fortschritt, eine Errungenschaft der bürgerlichen Revolution nach der anderen abbauen würde. In Ländern, in denen die bürgerliche Revolution nicht ganz vollzogen worden war, wird es in immer stärkerem Maße darauf verzichten, sie zu verwirklichen. Sie sagten, daß die Arbeiterschaft allein in der Lage sei, die Erkämpfung der bürgerlichen Rechte im Rahmen eines Landes und die Erkämpfung der nationalen Rechte in unterdrückten Ländern zu Ende zu führen, und daß eine konsequent durchgeführte demokratische Revolution oder nationale Befreiung zwangsläufig in eine sozialistische Revolution münden müsse. In der russischen Revolution von 1905 zeigte es sich, daß diese Voraussage richtig war. In dieser Revolution gegen den Zarismus, bei der es in erster Linie um demokratische Freiheiten: Pressefreiheit, Koalitionsfreiheit, eine Verfassung und ein wirkliches Parlament ging, dem die Regierung verantwortlich war, kämpfte bald die Arbeiterschaft allein, während das Bürgertum nach einigen schüchternen Ansätzen aus Angst vor der Arbeiterbewegung mit dem Zarismus Frieden schloß und auf seine eigenen Forderungen verzichtete.

Das Zeitalter des Imperialismus, das nun gekommen war, zeigte sich, allgemein gesehen, vor allem durch Arbeitslosigkeit und Kriegsgefahr die Lage der Arbeiterschaft verschlechtert. Aber diese Verschlechterung war nicht überall und für alle Arbeiter in gleichem Maße und im gleichen Zeitpunkt spürbar.

Es gab eine Reihe von Staaten, in denen mehrere Nationen lebten, wobei eine Nation sozusagen das herrschende Volk, die „Staatsvolk", darstellte. Das bekannteste Beispiel dafür ist Großbritannien mit seinen Kolonien, ein Imperium, in dem die Engländer das herrschende Volk sind. Im britischen Imperium gab es Millionen Arbeiter aller Nationen — nicht nur englische Arbeiter, sondern auch die Arbeiter Indiens, Afrikas, der englischen Besitzungen im Pazifik, auf Jamaika und in anderen Gebieten. Im Verlauf der Entwicklung des Imperialismus versuchte das herrschende englische Bürgertum, die Arbeiter des Imperiums nicht gleichmäßig auszubeuten. Die Hauptlast wurde den Arbeitern der Kolonialgebiete aufgebürdet, aus ihrer Arbeit und ihrem Hunger gewannen die englischen Trusts und die englischen Banken in erster Linie die riesigen Kapitalsmengen, mit denen sie ihre Herrschaft ausdehnen suchten. Die Ausbeutung des englischen Arbeiters war geringer, das englische Bürgertum begnügte sich bei ihm mit einem kleineren Profit und holte ihn sich bei den Arbeitern in Übersee. Nicht nur das. Bei einer kleinen Spitzengruppe der englischen Arbeiter, der sogenannten „Arbeiteraristokratie", verzichteten sie sogar auf einen kleinen Bruchteil ihrer Kolonialprofite, um den Lebensstandard dieser Arbeiteraristokratie zu erhöhen.

Das Ergebnis war, daß der englische Arbeiter im Imperium eine Vorzugsstellung innehatte. Dies ist ein Fall, in dem das Bürgertum einen kleinen Bruchteil seiner Kolonialprofite opferte, um den einheimischen Arbeiter zufriedenzustellen. Er war besser bezahlt, besser ernährt, besser gekleidet und lebte besser untergebracht als seine Brüder in den Kolonien; er hatte eine Sozialversicherung, ein gewisses Maß an billiger Gesundheitsfürsorge, ein verhältnismäßig gutes Schul- und

Fortbildungswesen, Spitäler, die von Großindustriellen und Bankiers gegründet wurden, Stipendien, all das natürlich auf Kosten der kolonialen Arbeiter, die den Reichtum, aus dem diese Gaben kamen, geschaffen hatten. Das ging weiter über [illegible] Bibliotheken, ein gutes und komfortables Verkehrssystem, bis zu einer guten städtischen Verwaltung — Kanalisation, [illegible] gute Straßen, Sauberkeit —, alles Dinge, die indirekt das kulturelle und materielle Niveau des englischen Arbeiters heben halfen. Dazu kamen die verhältnismäßig niedrigen Preise der kolonialen Lebensmittel und die Tatsache, daß dem englischen Arbeiter, wann immer er nach Übersee ging, dort die verantwortlichen, gutbezahlten Posten, wie Vorarbeiter, Aufseher und ähnliches, offengehalten wurden.

Diese Politik des Bürgertums hatte nichts mit Patriotismus zu tun. Sie wurde gemacht, um den einheimischen Arbeiter zu korrumpieren, ihn zufrieden und ruhig zu halten, um zu verhindern, daß sein Widerstand, vereinigt mit dem Widerstand der Kolonialvölker, die Herrschaft des einheimischen Bürgertums über beide gefährdete. Und in einem großen Maße erreichte das Bürgertum seinen Zweck. Ein großer Teil der englischen Arbeiterschaft sah mit Verachtung auf den „kulturlosen, schmutzigen" Inder und Neger, den „Farbigeborenen" herab — der schmutzig gehalten wurde, auch wenn der englische Arbeiter sich waschen könne, er lehnte es ab, ihn als Kampfgenossen zu betrachten (die Gewerkschaften in Südafrika zum Beispiel nahmen lange Zeit keine Farbigen auf), und er betrachtete sich als am Fortbestand des Imperiums in seiner hergebrachten Form interessiert. Das führte soweit dazu, daß er sich direkt und offen für die Aufrechterhaltung der kolonialen Unterdrückung einsetzte oder daß er seinen Vertretern, den Sprechern der Arbeiterpartei, erlaubte, wenn es zu tun, dazu war sein sozialistisches Bewußtsein doch zu hoch entwickelt. Aber es führte dazu, daß die Arbeiterbewegung in England zu der Frage der unterdrückten Völker entweder überhaupt nicht Stellung nahm oder es nur in rein platonischer und allgemeiner Form tat und niemals [illegible] als Kämpfer für die Befreiung der Kolonialvölker [illegible]

[illegible] führte weiter dazu, daß die Kolonialvölker den englischen Kapitalismus und die englische Arbeiterpartei als einen ihrer Unterdrücker betrachteten und ihr Heil eher im Bündnis mit ihrem [illegible] gegen die englische Herrschaft rebellierenden Bürgertum suchten als im Bündnis mit ihren englischen Kameraden.

England ist ein besonders krasses Beispiel dieser Politik des Bürgertums, mit der es sein auf Ausbeutung und Unterdrückung aufgebautes Imperium aufrechterhielt, aber es ist keineswegs das einzige Beispiel. Fast alle imperialistischen Länder ersten und zweiten Ranges versuchten das gleiche [illegible] und den meisten gelang es. In Frankreich, in Belgien, in Holland gab es eine auf Kosten der unterdrückten Völker [illegible] gestellte Arbeiterschaft, und in all diesen Ländern [illegible] sich die Arbeiterbewegung gegenüber der Unterdrückung ihrer Kolonialvölker mehr oder weniger passiv. [illegible] sie in Deutschland, das erst begann, ein Kolonialland zu werden, in dem aber die deutschen Arbeiter auf Kosten [illegible] der zu Deutschland gehörenden polnischen Gebiete [illegible] gestellt waren, und es gab sie auch — und in nicht geringem Maße — in Österreich.

[illegible] die österreichische Sozialdemokratie hat diese Behauptung immer scharf bekämpft und die Feststellung, daß die österreichische Arbeiterschaft in dieser oder jener Form von der Unterdrückung und verschärften Ausbeutung der nichtdeutschen Völker profitiere, als „Verleumdung der Arbeiter [illegible]" bezeichnet. Daß es dennoch so war, beweisen einige Ziffern.

[illegible] der Hauptmerkmale der differenzierten Behandlung [illegible] und der andersnationalen Arbeiter durch das [illegible] Bürgertum ist der Unterschied in der Lebenshaltung.

Der Lebensstandard der österreichischen Arbeiter war [illegible] höher als jener der Arbeiter nichtösterreichischer Länder der Monarchie. Ihre Löhne waren höher — und der Preis, [illegible] für Lebensmittel zu zahlen hatten, war verhältnismäßig [illegible] niedriger. Hier einige Beispiele.

Nehmen wir zunächst die landwirtschaftlichen Arbeiter, die am schlechtesten gestellte Arbeitergruppe in der Monarchie. Die erste Tabelle zeigt die Löhne in verschiedenen Teilen der Monarchie und die Preise der wichtigsten Lebensmittel in den gleichen Teilen. Die Lohn- und Preisangaben werden in Gulden österreichisch-ungarischer Währung berechnet.

Jahresdurchschnittspreise in Gulden

Bezirk	Taglohn in Gulden	Weizen pro hl	Roggen pro hl	Kartoffeln pro hl	Rindfleisch pro kg
Wien	1,30	7,05	6,01	2,63	[illegible]
Prag	1,00	6,97	6,46	1,58	[illegible]
Brünn	0,75	6,90	6,29	2,14	[illegible]
Troppau.....	0,70	7,73	6,02	0,88	[illegible]
Lemberg	0,70	5,77	4,42	1,30	[illegible]
Czernowitz	0,60	7,83	6,03	2,18	[illegible]
Laibach	0,80	6,68	5,92	2,60	[illegible]
Budapest.....	1,11	8,12	7,26	2,96	[illegible]
Kaschau	0,76	7,81	7,55	2,41	[illegible]
Preßburg	1,16	8,10	7,71	2,88	[illegible]

Die Ziffern stammen aus dem Jahre 1890, als Quellen wurden [illegible] schrift über den Gang der Währungsfrage seit dem Jahre 1847 [illegible] geben vom k. k. Finanzministerium Wien 1892) verwendet und [illegible] zur Währungsstatistik (herausgegeben vom k. k. Finanzministerium Wien [illegible]

(Die Weizen-, Roggen- und Erdäpfelpreise in Budapest, [illegible] und Preßburg verstehen sich pro Meterzentner, ein Meterzentner = 100 kg, 1 hl = 75 kg.)

Es zeigt sich, daß, obwohl in Wien die Löhne weit höher sind als in den Hauptstädten der ganzen übrigen Monarchie, die Lebensmittelpreise in diesen keineswegs im gleichen Maße niedriger sind. Im Gegenteil: Der rumänische Arbeiter in Czernowitz, der nur 48 Prozent des Lohnes erhält, der sein Wiener Kollege bekommt, muß sogar für Weizen 1,87 Gulden mehr und für Roggen 0,02 Gulden mehr zahlen als der Arbeiter in Wien, während beim Erdäpfelpreis die Verbilligung zu seinen Gunsten nur 17 Prozent und beim Fleisch nur 20 Prozent beträgt. Er lebt also viel schlechter als der Wiener Arbeiter.

[illegible] für die Arbeit eines Tages 14 Kilo Weizen kaufen [illegible] während der Czernowitzer Arbeiter sich für den Ertrag [illegible] gleichen Arbeit nicht ganz 6 Kilo kaufen kann. Der [illegible] Arbeiter in Lemberg, dessen Lohn 55 Prozent von [illegible] des Wieners beträgt, zahlt für Weizen nur 18 Prozent, [illegible] Roggen 27 Prozent, für Erdäpfel über 50 Prozent und Fleisch [illegible] 57 Prozent weniger. Er müßte, wenn er halbwegs so viel [illegible] essen haben will wie der Wiener Arbeiter, ausschließlich von Erdäpfeln leben. Er kann sich von seinem Tageslohn, [illegible] der Wiener Arbeiter 2 Kilo Fleisch erhält, nur $1\frac{1}{3}$ Kilo [illegible] Der tschechische Arbeiter in Brünn (der Unterschied [illegible] Prag ist nicht so groß, obwohl auch hier der Arbeiter faktisch [illegible] schlechter bezahlt ist, aber in Prag gibt es noch immer einen [illegible] „deutschen Sektor") nimmt nach einem Tag Arbeit [illegible] ganz 58 Prozent des Lohnes seines Wiener Kollegen nach [illegible] Für Weizen zahlt er aber nur 2 Prozent weniger und [illegible] Roggen sogar fast 5 Prozent mehr, für Erdäpfel nur 18 Pro- [illegible] und für Fleisch nur 11 Prozent weniger. Während der [illegible] Arbeiter sich, wie wir schon oben sagten, für sein Geld [illegible] Kilo Weizen oder 2 Kilo Fleisch kaufen kann, reicht es [illegible] tschechischen Arbeiter nur auf 8 Kilo Weizen oder [illegible] $1\frac{1}{4}$ Kilo Fleisch. Der ungarische Arbeiter in Budapest [illegible] dem österreichischen ungefähr gleichgestellt, wenn er auch [illegible] weniger erhält. Dafür erhält der slowakische Arbeiter [illegible] Kaschau nur 60 Prozent des Wiener Lohnes. Aber für die [illegible] Menge Weizen zahlt er nur um 17 Prozent weniger [illegible] der Wiener, für den Roggen nur 6 Prozent weniger, [illegible] Erdäpfel nur 31 Prozent und für Rindfleisch nur 20 Prozent [illegible] In keinem Fall ist der Lebensstandard des nicht- [illegible] tschechischen Arbeiters höher als der des österreichischen, [illegible] den meisten Fällen ist er beträchtlich, oft um die Hälfte, [illegible]

Die Differenz beschränkt sich nicht nur auf Landarbeiter. [illegible] zweite Tabelle zeigt den durchschnittlichen Tagesverdienst [illegible] Arbeiters der Nahrungs- und Genußmittelindustrie aus [illegible] Jahre 1911. Hier ist die Differenz noch sichtbarer als [illegible] der ersten Statistik.

Ort	Verdienst eines Arbeiters d. Lebens- u. Genußmittelindustrie in Kronen	Jahresdurchschnittspreise in Kronen		
		Kochmehl	Rindfleisch	Milch
Wien	4,01	0,39	1,82½	0,23
Prag	3,69	0,37	1,80	0,24
Brünn	2,67	0,39	1,80	0,27
Triest	2,96	0,39	1,85	0,34
Lemberg	1,96	0,41	1,67	0,25
Budapest	3,15	0,32	2,00	0,21
Agram	2,50	0,36	2,00	—

(Das Material zu dieser Statistik stammt aus den Kollektivverträgen ab 1900, dem Österreichischen Statistischen Handbuch 1912 und dem Ungarischen Statistischen Handbuch 1911.)

Hier zeigen sich die Verhältnisse noch krasser. Obwohl die Löhne überall weit niedriger sind als in Wien (20 bis 30 Prozent), sind die Lebensmittelpreise überall fast gleich hoch, in manchen Orten für manche Artikel noch höher. In Triest, wo der Arbeiter weniger als 75 Prozent der Löhne Wiens erhält, kostet das Mehl das gleiche wie in Wien, während Fleisch um 2½ Heller, Milch um 5 Heller (das sind 17 Prozent) und Schmalz um 13 Heller (das sind weniger als 7 Prozent) teurer ist. Das bedeutet, daß der Reallohn (der Lohn, der aus Löhnen und Preisen errechnet wird und die wirkliche Kaufkraft des Lohnes feststellt) des Triester Arbeiters nur zwei Drittel des Lohnes des Wiener Arbeiters beträgt. Der Lemberger Arbeiter, der weniger als die Hälfte des Lohnes eines Wiener Arbeiters verdient, zahlt für Mehl 2 Heller mehr (immerhin 5 Prozent teurer), für Fleisch 15 Heller weniger (8 Prozent weniger), für Milch 4 Heller weniger (14 Prozent) und für Schmalz nur 8 Heller (4 Prozent) weniger als der Wiener. Verhältnismäßig am schlechtesten war der kroatische Arbeiter in Agram daran. Während sein Lohn nur 62 Prozent des Wiener Lohnes beträgt, ist sein vom Ernährungsstandpunkt minderwertigste Nahrungsmittel, das Mehl, um 3 Heller, also 7 Prozent, billiger, während Rindfleisch mit 2 Kronen um 17,5 Heller, also um 9 Prozent, teurer und Schmalz mit 2,10 um 12 Heller, also um 7 Prozent, teurer ist. Das heißt, daß sein Lohn gegenüber dem Wiener Lohn in Wirklichkeit noch niedriger ist als nach der bloßen Lohnziffer. Die größere Differenz in der zweiten gegenüber der ersten Statistik erklärt sich teilweise daraus, daß in der ersten vor allem die lebensnotwendigsten, billigsten Nahrungsmittel aufgeführt sind, die sogar ein „primitiver" galizischer oder kroatischer Arbeiter haben muß, wenn er die Kraft zum Weiterarbeiten haben soll, bei der zweiten es sich jedoch um hochwertige Nahrungsmittel, wie Fleisch, Milch und Fett, handelt, die bei einem niedrigen Lohn an und für sich schon einen gewissen Luxus darstellen. Offenbar war das österreichische Ungartum der Meinung, daß ein solcher Luxus für galizische, tschechische oder kroatische Arbeiter ohnehin überflüssig sei und steigerte die Preise dieser Lebensmittel im Verhältnis zu den Löhnen entsprechend hinauf.

Es handelt sich hier nicht um Berufsgruppen und um Preisdifferenzen, wo das Verhältnis Wien — nichtösterreichische Orte besonders ungünstig ist. Mit kleinen Schwankungen besteht überall ungefähr das gleiche Verhältnis. Nach den Angaben des Österreichischen Statistischen Handbuchs 1912 gab es bei den wichtigsten Berufsgruppen der Industriearbeiter zum Beispiel folgende Differenzen:

Berufsgruppe	Tagesverdienst in Wien	Prag	Brünn	Triest	Lemberg
Holzverarbeitung	4,25	2,98	3,21	2,89	2,98
Metalle, Werkzeuge, Instrumente	5,01	4,03	3,98	4,50	3,02
Chemische Industrie	3,52	3,36	3,14	3,16	2,24
Textilindustrie	2,92	2,41	2,38	2,11	2,30
Papier, Leder, Gummi	3,46	2,91	2,72	2,91	1,46
Nähr- und Schnittstoffe	4,07	2,76	2,57	2,86	2,32
Bekleidung und Reinigung ...	3,60	2,74	2,77	2,47	2,05
Baugewerbe	4,00	3,40	2,99	3,92	2,54

In jedem Fall waren also die Löhne in den nichtösterreichischen Gebieten niedriger als in den österreichischen, und zwar war der Lohn der am niedrigsten bezahlten Arbeitergruppe in Wien, dem „Hungergewerbe" Textilindustrie, noch immer höher als der Lohn der hochqualifizierten Arbeitergruppen

(Metallarbeiter und Baugewerbe) in Lemberg. Diese Zusammenstellung widerlegt die oft und gern aufgestellte Behauptung, daß die „Arbeiter in den nichtösterreichischen Ländern zwar weniger bezahlt bekommen, aber dafür auch viel billiger leben und in Wirklichkeit viel besser daran sind". Diese Behauptung trifft zwar auf die österreichischen Mittel- und Kleinstädte zu, wo eine Differenz im Lohn durch eine ungefähr gleichartige Differenz im Preis aufgewogen wurde — nicht aber für die nichtösterreichischen Länder. Ebensowenig trifft die ebenfalls gern aufgestellte Behauptung zu, daß die nichtösterreichischen Arbeiter weniger gezahlt bekamen, weil sie in primitiveren Industrien, wo weniger Können erforderlich war, arbeiteten. Wie man sieht, ist die Differenz in allen, auch den qualifizierten Betrieben gleich.

Die weit geringere Differenz im Preis schließlich betrifft ebenfalls nicht gewisse ausgesuchte Lebensmittel, sondern alle Lebensmittel. Hier noch eine Liste der Preise einiger in den vorigen Tabellen nicht angeführter Lebensmittel, Preis per Kilo und Hellern, 1900:

Artikel	Wien	Prag	Brünn	Lemberg	Triest	Budapest	[illegible]
Gemischtes Brot	25	25	24	23	28	—	
Kalbfleisch	142	114	124	104	111	196	
Schweinefleisch	150	111	121	127	100	145	
Räucherfleisch .	158	147	138	135	303	135	
Speck	108	161	138	129	108	105	
Butter	230	225	200	224	240	210	
Zucker	92	88	94	90	93	91	

(Österr. Statist. Handbuch und Ungar. Statist Handbuch.)

In den Statistiken sind Wohnung und Kleidung nicht mit aufgegriffen, aber die Differenz in der Lebenshaltung, die Differenz im Reallohn wird durch die Lebensmittelpreise hinlänglich bewiesen. Niemand wird im übrigen behaupten können, daß der polnische, rumänische, slowakische oder kroatische Arbeiter besser oder ebenso wie der Wiener Arbeiter wohnte (selbst wenn auch die Wiener Wohnverhältnisse schlecht waren) oder

[illegible] ebensogut gekleidet war. Übrigens geben über dieses Kapitel folgende Ziffern ebenfalls Auskunft:

Kindersterblichkeit pro 1000 (1903): Wien 168, Budapest 194, Triest 192.

Tuberkulosesterblichkeit pro 100000 (1903): Wien 310, Budapest 366,8, Triest 390.

(Kindersterblichkeit und Tuberkulosesterblichkeit hängen auch stark von den Wohnbedingungen ab.)

Die Besserstellung des österreichischen Arbeiters gegenüber dem nichtösterreichischen beschränkte sich nicht auf die Löhne allein. Die sanitären Verhältnisse, die Verkehrsbedingungen usw. in den österreichischen Städten waren viel besser als in der nichtösterreichischen Provinz. Gegenüber dem polnischen oder galizischen Arbeiter, der meist, wenn er hoch kam, ein oder zwei Schulklassen besuchen konnte, waren die Bildungsmöglichkeiten in Wien und Österreich überhaupt weit größer. Die gesundheitliche Versorgung, die kulturellen Möglichkeiten waren ebenfalls in Österreich unvergleichlich besser. Und ähnlich wie der „weiße" Arbeiter im britischen Imperium, war auch der entsprechende österreichische Arbeiter in den nichtösterreichischen Teilen der Monarchie von vornherein der Anwärter auf die besser bezahlten „Vertrauensstellungen" des Vorarbeiters, des verantwortlichen kleinen Beamten, des Arbeiters, der die technische Schlüsselposition im Betrieb einnahm. Im Maßstab der Monarchie gesehen, stellte der österreichische Arbeiter zweifellos eine Arbeiteraristokratie dar.

Diese Stellung als „Arbeiteraristokratie" hatte ähnliche Folgen wie in England. Auch ein nicht unbeträchtlicher Teil des österreichischen Proletariats fühlte sich den analphabetischen „Wilden" Slowaken, Böhmen, Kroaten, Rumänen und Bosniaken überlegen, auch hier fühlten viele, oft halbbewußt, daß sie am Bestand der Monarchie, an der Erhaltung ihrer relativ besseren Stellung interessiert waren. Auch hier wirkte sich diese Tatsache schließlich in der Politik der Arbeiterpartei aus, drängte sie auf die Bahn der „Rettung der Monarchie" und zu einer passiveren Haltung gegenüber der Unterdrückung der nichtösterreichischen Nationen. Wie die englische Arbeiter-

partei ließ schließlich auch die österreichische Arbeiterpartei die Interessen der unterdrückten Völker, die zu vertreten sie als Partei des „Herrenvolkes" verpflichtet gewesen wäre, im Stich.

Die Periode des Imperialismus brachte eine Reihe von Veränderungen mit sich. Eine der weittragenden davon war die Veränderung des österreichischen Nationalbewußtseins.

Bis zum letzten Drittel des 19. Jahrhunderts hatten sich die Menschen im eigentlichen Österreich ohne viel nachzudenken als Österreicher gefühlt. Das Nationalbewußtsein, der Patriotismus waren in der Zeit entstanden, in der die österreichische Nation entstand, sie waren mit ihr gewachsen, hatten sich entwickelt. Sie wuchsen und reiften besonders stark in der theresianisch-josefinischen Zeit und fanden ihren tragischen Höhepunkt im verratenen Kampf des Jahres 1809. Auch die Metternich-Zeit, die dem bloßen Wort „Patriotismus" mißtraute, weil es für sie einen allzu demokratischen Klang hatte, vermochte ihn nicht zu ersticken. Die Männer des Vormärz bezeichneten sich immer wieder als österreichische Patrioten, und im Jahre 1848 kämpfte man trotz des großdeutschen Zweckbündnisses dennoch für das „freie Vaterland Österreich".

In dem Maße, in dem in allen großen und starken europäischen Staaten der erste Träger des Nationalgefühls, das Bürgertum, seine Rolle wechselte, aus einer aufsteigenden zu einer absterbenden Schicht, zum Träger einer aggressiven, eroberungslüsternen imperialistischen Politik wurde, änderte auch der Patriotismus seinen Charakter. Die Begriffe „Vaterlandsliebe", „Nationale Freiheit", „Würde der Nation" wurden nun dazu mißbraucht, die Ausdehnung des eigenen Machtbereichs auf Kosten anderer, den Kampf um die Neuaufteilung der Welt zu rechtfertigen. Die herrschenden Schichten gaben vor, für die Freiheit des eigenen Landes, für seinen Frieden und seine Unverletzlichkeit zu kämpfen, während sie in Wirklichkeit die Hand nach den Ländern anderer Völker ausstreckten. Bis schließlich der bloße Begriff des Patriotismus unter den Menschen, die in jedem Lande eine Politik der imperialistischen Eroberungen bekämpften, also zum Beispiel innerhalb der Arbeiterbewegung, einen schlechten Klang bekam. Nur in den Ländern, die selbst unterdrückt waren

und noch um ihren Staat und ihre Freiheit kämpften, behielt er seine alte Bedeutung.

Auch in Österreich versuchten Teile des Bürgertums mit den alten patriotischen Begriffen eine Politik der Eroberungen, des Vordringens nach dem Osten, des Kampfes um die Herrschaft auf dem Balkan auszuschmücken. Eine Politik des Vordringens nach dem Osten unter gleichzeitiger Niederhaltung der nichtösterreichischen Völker war nur mit Hilfe Deutschlands möglich; sie mußte schließlich zur völligen Auslieferung Österreichs an Deutschland und an die deutsche Politik führen, und es bestand die Gefahr, daß gerade ein Appell an das österreichische Nationalgefühl die Ablehnung einer Politik mit sich bringen mußte, die Österreich zu einem Anhängsel und Diener Deutschlands machte. Man mußte daher die Bevölkerung, vor allem aber führende Schichten, die Intelligenz, die Mittelschichte, Beamte, Studenten, die gegenwärtigen und künftigen Träger der Verwaltung, Kultur und öffentlichen Meinung, davon überzeugen, daß die Politik der Anlehnung an Deutschland auch vom nationalen Gesichtspunkt aus die einzig mögliche Politik war. Das konnte nur geschehen, indem man dem Begriff des österreichischen Vaterlandes einen anderen Begriff entgegensetzte: den Begriff des gesamtdeutschen Vaterlandes, in dessen Interesse man nicht eine österreichische, sondern eine „gesamtdeutsche" oder schlechthin „deutsche" Politik machen mußte. Und so begann in dieser Zeit ein systematischer Feldzug gegen das österreichische Nationalgefühl. In Schulen und Universitäten, in Büchern und auf der Bühne, in der Presse, ja oft selbst in der Kirche trat der Begriff „Österreich" immer mehr in den Hintergrund, wurde immer mehr durch den Begriff „Deutschland" ersetzt, bis Wendungen, wie „gesamtdeutsche Geschichte", „gesamtdeutsche Kultur" und ähnliches, fast geläufig wurden. Mit wenigen Ausnahmen stellte sich das ganze österreichische Bürgertum bald auf diese Verdrehung des Nationalgefühls ein, weil es darin die einzige Möglichkeit sah, seine politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen den Menschen des Landes annehmbar und notwendig erscheinen zu lassen. Und alle diese Strömungen, mit denen die öffentliche Meinung gebildet wird:

Schule und Presse, Kunst und Literatur, waren in Händen des Bürgertums. Es hatte nun praktisch ein Bildungsmonopol und es benützte es so gut, daß es schon nach zwei, drei Generationen nur wenige Menschen in Österreich gab, die sich als Ungarn reicher fühlten.

DAS ENDE DER TAAFFE-ZEIT

Ende der Achtzigerjahre wurde es klar, daß auch das Taaffe-Zwischenspiel keine Lösung bringen konnte. Das Auftreten der neuen Parteien vertiefte den Konflikt, erschütterte das Gebäude der Regierungskoalition. Die alten Parteien sanken schnell zur Bedeutungslosigkeit herab, und bald war es nur noch die Krone, die Taaffe stützte.

Aber die Krone selbst verlor mit jedem Tag mehr an Einfluß und Macht. Franz Joseph hatte einst in den Tagen seiner Jugend mit brutalem Griff die Herrschaft des Absolutismus wiederhergestellt, den Machtantritt des liberalen Bürgertums in kurze Zeit verzögert. Nun waren aus den bürgerlichen Kräften, die er durch einen Staatsstreich und durch das Ausspielen aller gegen alle von der Macht ferngehalten hatte, Kräfte geworden, die sich nicht mehr bändigen ließen. Gegen die entfesselte Wucht des nationalen Kampfes, gegen das Spiel mit Eroberung und Krieg, das nun begann, gegen die großen sozialen Kämpfe war der Absolutismus machtlos. In Franz Josephs Herrschaft gibt es drei Perioden. Die eine, in der er selbst zu herrschen versuchte, ging mit dem Ausgleich zu Ende. Dann kam die andere Zeit, in der er mühsam, tappend, schwerfällig, aber auf seine Art ehrlich, eine Lösung anstrebte, ein Übergewicht aller Kräfte herstellen wollte, die ihm zu regieren und seinem alten Imperium weiterzuexistieren erlauben konnte. Diese Periode endete mit der Regierung Taaffe und der folgenden kurzen Regierung Badeni. Und dann kam die dritte und letzte Periode: die Zeit der Ergebung. Sechzig Jahre hatte das österreichische Bürgertum vor der Krone kapituliert, damit sie ihm die Herrschaft über andere Völker der Monarchie

[illegible], nun kapitulierte die Krone vor dem aggressivsten, [illegible]grigsten österreichischen Bürgertum, damit seine [illegible], wenn schon nicht die Vernunft und der freie Wille aller, [illegible]kende Reich noch ein wenig zusammenhalte. In diesen [illegible] ist Franz Joseph zum „alten Kaiser" geworden, zum [illegible] gebeugten Mann, der auf seinen Schultern die ganze Last [illegible] Jahre des Niedergangs zu tragen schien. Seine Domäne [illegible] blieb die Außenpolitik, und auch hier hat er langsam, [illegible], aber dennoch am Ende nachgebend, all das durchgeführt oder angebahnt, was seine Großdeutschen verschiedener Färbung von ihm verlangten: die Annäherung an Deutschland, die Allianz mit Deutschland und schließlich den Marsch [illegible] Abgrund im Schlepptau Deutschlands. Dem deutsch-[illegible]-österreichischen Dreikaiserbündnis 1872 folgte das [illegible]bündnis zwischen Österreich und Deutschland im Jahre [illegible], diesem schließlich der Dreibund, Deutschland-Österreich-[illegible], 1882. Zuerst hatte Franz Joseph die Annäherung an Deutschland in der Absicht betrieben, seine eigene internationale [illegible] zu stärken, vielleicht um den deutschen Gegner von [illegible] für seine eigenen Zwecke auszunützen, dann um seine [illegible] großdeutsche Opposition ruhig und zufrieden zu halten [illegible] ihre innerpolitische Unterstützung zu erkaufen. Schließlich [illegible] er es, weil er ein Gefangener seiner eigenen Politik geworden war, weil jeder Schritt in der Richtung Deutschlands die [illegible] Konflikte in Österreich unendlich verschärft, der Krone als Völker der Monarchie entfremdet hatte und ihm schließlich [illegible] geblieben war als das großdeutsche Bürgertum, vor [illegible] auch im Innern völlig kapitulierte. Im Grunde hat Franz Joseph niemals an den deutschen Kurs geglaubt. Er hat [illegible] wieder zu verstehen gegeben, daß dieser Kurs zum [illegible] führen müsse, und am Ende seines Lebens wußte er, [illegible] ihm auch Österreich-Ungarn ins Grab sinken würde. [illegible] die Katastrophenpolitik, die zwangsläufig zur Zerstörung [illegible] Reichs führte, gegen besseres Wissen dennoch betrieb, [illegible] Staatengebilde, das bei einer anderen, national gerechten [illegible] freiheitlichen Politik niemals hätte zerbrechen müssen, [illegible] zerbrechen ließ, um wenigstens einen Teil seiner

Macht zu retten, ist die furchtbare Schuld, die nur mit dem endgültigen Verschwinden der Dynastie Habsburg aus dem Leben Österreichs wenigstens teilweise gesühnt werden konnte.

Für jene — und es waren nicht wenige —, die an die Macht der Dynastie geglaubt hatten, Österreich zusammenhalten, wenn alle anderen Kräfte es zu sprengen drohten, kam das Jahr 1889 einen schweren Schock. In diesem Jahr erschoß sich der kluge, hochbegabte Thronfolger Rudolf in seinem Jagdschloß Mayerling. Nur wenige haben an das sentimentale Märchen geglaubt, Rudolf habe sich mit seiner Geliebten Mary Vetsera erschossen, weil der alte Kaiser die Trennung der Liebenden verlangte. Die meisten wußten, daß Rudolf jahrelang versucht hatte, eine Lösung der inneren Konflikte Österreichs zu finden, daß er die Umwandlung Österreichs in eine föderative mitteleuropäische „Schweiz" oder wenigstens in einen trialistischen Staat der Österreicher, Ungarn und Slaven beabsichtigte. Man wußte, mit welcher Erbitterung Rudolf den „deutschen Kurs" in der Innenpolitik und vor allem in der Außenpolitik bekämpft hatte und daß er schließlich resigniert, überzeugt, daß die Habsburgermonarchie nicht mehr zu retten war. Ob der letzte Anlaß seines Selbstmordes tatsächlich, wie behauptet wurde, der mißlungene Versuch war, durch einen Staatsstreich schon bei Lebzeiten seines Vaters die ungarische Krone zu erlangen, ob er, wie man ebenfalls mutmaßte, von Agenten des deutschen Außenamtes, das ihn als Gegner des „Deutschen Kurses" fürchtete und bekämpfte, durch Intrige und Erpressung — durch die Drohung, seinen „ungarischen Putschversuch" in allen Einzelheiten zu veröffentlichen — in den Tod getrieben wurde, oder ob er in Hoffnungslosigkeit und Depression zur Waffe griff, wird niemals geklärt werden, da fast alle Materialien, die auf die Ursachen seines Todes Bezug haben könnten, im Auftrag Franz Josephs vernichtet wurden. Eines steht fest. Der Thronfolger dokumentierte durch seinen Tod, daß zum erstenmal seit sechshundert Jahren die Habsburger sich nicht mehr die Kraft zutraute, die Konflikte, die die Monarchie zerrissen, zu bewältigen, daß gerade die Klügsten unter ihnen wußten, daß ihre Zeit vorbei war.

Das Jahrhundert neigte sich seinem Ende zu und langsam wurde die Stimmung der Ruhe und Erleichterung, die in den ersten Jahren der Herrschaft Taaffes allgemein gewesen war, einer wirklichen „Fin de siècle"-(Ende des Jahrhunderts-) Stimmung Platz. Man begann vom „Ende Österreich-Ungarns" zu sprechen wie von etwas Selbstverständlichem, man genoß fiebrig die Gegenwart, blickte in die große und schöne Vergangenheit zurück — und zog es vor, nicht über die Zukunft nachzudenken.

Schon Ende der Achtzigerjahre war es klar, daß Taaffes Regierung in der Luft hing. Die politischen Gruppen, die den Eisernen Ring bildeten und die zehn Jahre früher die Hauptträger ihrer Länder dargestellt hatten, waren es nicht mehr, sie waren infolgedessen nicht mehr stark genug, Taaffe gegen die Liberalen und Deutschnationalen zu halten. Taaffe fiel 1893 und die Art seines Falles kennzeichnet die ganze politische Ausweglosigkeit und Ausweglosigkeit des österreichischen Parlamentarismus.

Taaffe fiel über eine geplante Maßnahme, die ihm anderswo die Unterstützung aller liberalen Kräfte, ja aller Kräfte, die den Staat und die Kraft der bürgerlichen Demokratie verteidigten, gesichert hätte — über den Vorschlag der Erweiterung des Wahlrechts. Die Regierung schlug vor, die Vermögensqualifikation ganz aufzuheben und das Wahlrecht so auszudehnen, daß es fast ein allgemeines Wahlrecht werden würde. Dieser Vorschlag löste einen Sturm aus. Die „deutschen" Parteien erklärten, daß die Wahlreform ein Mittel sei, sie gegenüber den Tschechen in Böhmen in die Minderheit zu bringen, die Konservativen fürchteten eine starke sozialdemokratische Fraktion im nächsten Parlament, die Polen erklärten, daß sie „in der Flut der ruthenischen Bauern untergehen würden". Als der Vorschlag im Parlament verlautbart wurde, versuchten Konservative, Deutsch-Liberale und Polen vereint, die Ministerbank zu stürmen, und der Konservative Hohenwart, der Liberale Ernst Plener und der Pole Jaworski forderten Taaffe in schönster Eintracht auf, sich hängen zu lassen.

Taaffe fiel nicht ohne stille, aber energische Assistenz durch den ungarischen Außenminister Kalnoky, der einer der ener-

gischesten Vertreter einer prodeutschen und antislawischen Außenpolitik war und darum alles vermeiden wollte, was den Einfluß der „Deutschen" in Österreich geschwächt hätte. So folgte die Regierung Windischgrätz, die zwei Jahre lang redlich erfolglos „weiterzuwursteln" versuchte, einerseits den deutschen Parteien versöhnen, andererseits aber die Slawen nicht zu sehr abstoßen wollte. Die Spannungen und Konflikte wuchsen wieder an, und 1895 kam der letzte Versuch Franz Josephs, eine Regelung zu finden, die es den Slawen erlaubte, mitzuarbeiten — die Regierung Badeni.

Zwei Jahre vorher hatte der erste große Prozeß gegen die Mitglieder einer tschechischen nationalistischen Organisation, der „Omladina", stattgefunden, bei dem die Angeklagten, meist Jugendliche und Studenten, wegen Hochverrats zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren. Badeni erließ eine Amnestie, durch die einige der Verurteilten in Freiheit gesetzt wurden, und hob den Belagerungszustand, der zur gleichen Zeit über Prag verhängt worden war, auf. Dann begann er dort, wo Taaffe aufgehört hatte — bei einer, wenn auch weniger weitgehenden Wahlreform. Zu den bisher bestehenden vier Kurien wurde eine fünfte „allgemeine Kurie" geschaffen, so daß nun die 353 Abgeordneten, die von den Vertretern der vier privilegierten Kurien gewählt wurden, 72 von der ganzen österreichischen Bevölkerung gewählte Vertreter dazukamen. Die Wahlreform war an sich völlig ungenügend — 5000 Grundbesitzer hatten zum Beispiel 13 Mandate mehr als fünf Millionen Männer zusammen —, aber trotzdem war sie ein Erfolg für alle, die ein demokratischeres Wahlrecht gefordert hatten, insbesondere für die junge Sozialdemokratie. Die „Arbeiter-Zeitung" schrieb das mit den Worten aus: „Mit dem Moment, wo das allgemeine Stimmrecht ... so mißgestaltet es unter dem ignoranten Unverstand der herrschenden Klasse wurde ... im Parlament seinen Einzug hält, schlägt die Totenglocke für den Rest des Mittelalters, der jetzt allen Fortschritt unterbindet."

Gerade weil die Reform weniger weit ging als die von Taaffe geplante und weil überdies sich das Stimmenverhältnis inzwischen zugunsten der reformbereiten Parteien geändert

hatte, ging das Gesetz mit 234 gegen 19 Stimmen durch. Aber wenige Monate später kam dennoch der große Zusammenstoß zwischen Regierung und Parlament — wieder in der tschechischen Frage.

Im April 1897 erließ Badeni die berühmte „Sprachenverordnung". Ihr wichtigster Punkt war die Gleichberechtigung der tschechischen mit der deutschen Sprache in Böhmen, Mähren und Schlesien und die Bestimmung, daß Beamte bis zum 1. Juli 1901 beide Sprachen beherrschen mußten. Der Grundgedanke der Bestimmung war nicht neu, er war in vielen seit 1867 erlassenen Verordnungen enthalten, wurde aber von den „deutschen" Parteien und den „deutschen" Kabinetten immer wieder sabotiert. Badeni machte es klar, daß er diesmal die Durchführung der Verordnung zu sichern gedachte. Die Sprachenverordnung wurde über den Kopf des Parlaments hinweg im Verordnungswege erlassen. Badeni nahm — nicht mit Unrecht — an, daß sie im Parlament niemals durchgegangen wäre. Die Badenischen „Sklavengesetze", wie die „deutschen" Parteien, aber auch die Sozialdemokratische Partei sie in großer Übereinstimmung bezeichneten, lösten eine Wirkung aus, wie sie offenbar weder Badeni noch Franz Joseph erwartet hatten.

In Böhmen und Mähren begannen Protestdemonstrationen deutscher Bürger und deutscher Studenten, Demonstrationen von einer Heftigkeit, als hätte man den Deutschen mit einem Federstrich alle nationalen Rechte genommen, statt, wie es geschehen war, einer anderen Nation einige bescheidene Rechte gegeben. Die deutschen Demonstrationen richteten sich selbstverständlich nicht nur gegen Badeni, sondern auch gegen die tschechischen Bürger und Studenten wurden die Nationalkokarden herabgerissen, die Lokale tschechischer Organisationen demoliert, protestierende Passanten verprügelt — und ebenso selbstverständlich war es, daß die Tschechen, die sich niemals durch besondere Zahmheit ausgezeichnet hatten und durchaus der Meinung waren, daß die Sprachenverordnung eine viel zu ungenügende Konzession sei, mit gleicher Münze heimzahlten. In allen Städten Böhmens und Mährens gab es blutige Ausläufe, Skandale, schwere Schlägereien — dann griff

die Sache auf Österreich über. Schönerer hielt „seinen Tag" für gekommen und organisierte in ganz Österreich Straßendemonstrationen für die „unterdrückten Deutschen in Böhmen", bei denen es nicht weniger stürmisch und brutal herging als während die „Badeni-Krawalle", wie man sie nannte, im Gange waren, organisierte das Parlament seine eigene Demonstration gegen die verhaßten Sprachengesetze. Es bildete sich eine Einheitsfront der deutschen Parteien, der sich die Christlichsozialen und auch die Sozialdemokraten anschlossen, und die „deutsche Front" begann mit Obstruktion. Die Obstruktion — die stille oder auch laute Verhinderung des Fortgangs der parlamentarischen Geschäfte — hatte einen einzigen Zweck: die Regierung zu stürzen und damit die Durchführung der verhaßten Sprachenverordnung unmöglich zu machen. Die deutschen Abgeordneten weigerten sich zunächst, an der Sitzung teilzunehmen; als die polnischen und tschechischen Parteien weiterarbeiteten, begannen sie die Sitzungen mit Gewalt zu unterbrechen. Sprechchöre wurden angestimmt, Sprecher der anderen Nationen niedergebrüllt, Tintenfässer flogen, Handgemenge brachen aus — der Reichsrat mußte geschlossen werden.

Als er ein halbes Jahr später wieder zusammentrat, begann das Spiel von neuem und in neuer Stärke. Deutsche Abgeordnete — einige Male unter Führung von Sozialdemokraten — stürmten die Rednertribüne und versuchten, tschechische und polnische Abgeordnete am Sprechen zu hindern, und bald artete das Ganze in eine wüste Schlägerei zwischen Deutschen und Tschechen aus. Als die Mehrheitsparteien — die Deutschen waren im Parlament in der Minderheit und griffen auch deshalb zur Obstruktion — den Beschluß faßten, die randalierenden Abgeordneten, wenn notwendig, mit Gewalt hinauszuwerfen, steigerte sich die Obstruktion zum Chaos. Polizei marschierte ein und schleppte die deutschen Abgeordneten einzeln hinaus, zuerst die Sozialdemokraten, die den Angriff geführt hatten, dann die anderen. Draußen, in Wien und in allen großen Städten des Reichs, setzten sich inzwischen die Demonstrationen fort, die Demonstrationen, in denen sozialdemokratische Arbeiter Seite an Seite mit den Sturmtrupps Schönerers, einmal unter

schönererschen großdeutschen Feldgeschrei „Ein Gott, ein Kaiser, ein Reich", einmal unter sozialdemokratischen Losungen, Badenis Sturz forderten. Schließlich gab Franz Joseph eingeschüchtert nach. Badeni wurde plötzlich entlassen. Mit ihm fiel die Sprachenverordnung. Von da an war eine geregelte parlamentarische Tätigkeit nicht mehr möglich. Gautsch, der Nachfolger Badenis, zog die Sprachenverordnung zurück — daraufhin griffen die Tschechen zur Obstruktion, machte Miene, neue, wenn auch weniger weitgehende Verordnungen zu erlassen — und die deutsche Obstruktion begann. Sein Nachfolger Clary solidarisierte sich wieder mit den Deutschen — und die Tintenfässer, die kurz vorher von den deutschen Bänken geflogen waren, kamen nun von der tschechischen Seite. Das österreichische Parlament wurde zur Karikatur einer gesetzgebenden Versammlung. In den Jahren, die den Badeni-Krawallen folgten, wurde praktisch nur mit Notverordnungen regiert, und Franz Joseph hatte recht, als er 1900 erklärte: „Sie haben uns vor der ganzen Welt lächerlich gemacht!"

Für die slawischen Parteien waren die Badeni-Krawalle das Ende einer Illusion. Sie zeigten ihnen, daß es sinnlos war, auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie für die Rechte der nichtösterreichischen Nationen zu kämpfen, daß auch die Erweiterung des Wahlrechts, die Erhöhung der Kompetenzen des Parlaments nichts an ihrer Lage ändern würden. Der Block der deutschen Parteien, der sich nun bildete, hatte ihnen klar zu verstehen gegeben, daß er sich nicht an die Spielregeln des Parlamentarismus halten wollte und lieber brutal den ganzen Spieltisch umstoßen, als ihre Rechte anerkennen würde. Es zeigte sich, daß die unterdrückten Völker keine Verbündeten in Österreich hatten. Die österreichischen Parteien waren — von rechts bis links — sich zu einer festen Front gegen sie zusammengeschlossen. Die Krone, auf die sie glaubten einen Druck ausüben, hatte eindeutig vor den „Deutschen" kapituliert. Das einzige, was zwischen ihnen und der endgültigen Unterwerfung unter die Gewalt eines „deutschen Herrenvolkes" stand, war ihre eigene Kraft und die Kraft der Verbündeten, die sich jenseits der Grenzen sichern konnten.

Auch für Tausende von Österreichern, die ehrlich an die parlamentarische Demokratie geglaubt, sich von ihrer Staatsform Frieden und Fortschritt versprochen hatten, waren die [illegible] Krawalle im Parlament die Zerstörung ihrer Illusionen. Die bürgerliche Demokratie hatte sich demaskiert. Das Parlament war eine Farce, ein Werkzeug, das die österreichischen parlamentarischen Parteien benützten, wenn es ihren nationalen Ansprüchen diente, und das sie rücksichtslos fortwarfen, wenn es den anderen helfen konnte. Das tiefe Mißtrauen der Bevölkerung Österreichs gegenüber dem Parlament und der parlamentarischen Arbeit, die Verachtung für das „Affentheater", den „Parlamentsschwindel", die noch heute tief verwurzelt sind, hat in der Badeni-Zeit seinen Ursprung.

Das Ärgste aber war, daß die Sozialdemokratische Partei sich mit der gleichen Schuld und der gleichen Verantwortung beladen hatte, jene Partei, die einst Millionen von Menschen in der Monarchie, die nicht nur sozial, sondern auch national unterdrückt waren, eine Alternative zu den anderen ihnen feindlichen österreichischen Parteien zu bieten schien und die Möglichkeit durch Verständigung und Zusammenarbeit mit ihresgleichen im österreichischen Lager einmal Freiheit und Gerechtigkeit zu finden. Der Grund, den die Sozialdemokraten für ihre Haltung angaben, war ein rein formeller, sie hätten, so wurde erklärt, die Sprachenverordnung abgelehnt, weil sie in undemokratische Weise erlassen worden war. Die Lösung der nationalen Frage könne nicht durch Sprachengesetze kommen, sondern nur durch „ein Übereinkommen zwischen dem deutschen und dem tschechischen Volk" — und dann das gleiche und allgemeine Wahlrecht.

Vielleicht haben die Sprecher der Sozialdemokratischen Partei selbst an die demokratisch klingende Begründung geglaubt, die sie in eine Einheitsfront mit allen reaktionären deutschen Parteien, ins Gefolge des Tschechenfressers Antisemiten und Bismarckanbeters Schönerer gebracht hatte, aber dem tschechischen Arbeiter, dem Handwerker oder Bauern aus Mähren mußte die Sache ganz anders erscheinen. Für sie hatte die Partei, auf deren Hilfe er gehofft hatte, unter

demokratischen Redensarten ein Gesetz zu Fall bringen helfen, das ihm sehr reale und sofortige Erleichterungen gebracht hätte: die Möglichkeit, vor einem Richter, in einem Amt in seiner Sprache reden zu können, statt mühsam in einer fremden Sprache zu stottern oder auf einen gleichgültigen und nicht selten feindlichen Dolmetscher angewiesen zu sein, die Möglichkeit, in seinem eigenen Land als gleichberechtigt behandelt zu werden, statt wie bisher der „blöde Böhm" zu sein. Das alles war ihm unter aktiver Teilnahme einer Partei, auf die er gebaut hatte, durch einen schäbigen Trick genommen worden, und als Ersatz wurde er auf ein „Übereinkommen zwischen dem deutschen und dem tschechischen Volk" vertröstet, von dem er wußte, daß es nur in einer fernen Zukunft möglich sei, und auf das „gleiche und allgemeine Wahlrecht", das ein Parlament bringen würde, in dem sich wahrscheinlich die deutsche Reaktion mit erhöhter Lautstärke in gleicher Art benehmen würde. Und was das Schlimmste war — im Parlament hatte man eine Trennung gegeben. Auf der einen Seite standen seine Unterdrücker, die Tschechen, auf der anderen, innig vereint, seine alten Feinde, die Deutschen, die tagein, tagaus die Notwendigkeit seiner Niederhaltung predigten — und in ihr Lager war vor seinen Augen die Sozialdemokratische Partei getreten. Das bedeutete für einen Mann, der nicht bereit war, sich über komplizierte prinzipielle oder taktische Manöver den Kopf zu zerbrechen, nur eines: Die Sozialdemokratische Partei war eine „deutsche" Partei wie alle anderen, wie alle anderen ein „Fremder". Die Konsequenz mußte für ihn sein: Los von ihr! — Eine eigene tschechische Sozialdemokratische Partei! Die tschechischen Sozialdemokraten hatten diszipliniert die Haltung der Parlamentsfraktion verteidigt. Noch auf der Höhe der Badeni-Kämpfe führten sie Demonstrationen durch, in denen sie die Position der Partei unterstützten, gegen den Völkerhaß und für den nationalen Frieden eintraten. Aber als sie begannen den Druck der enttäuschten tschechischen Massen zu spüren, wurden sie nervös, als die tschechischen bürgerlichen Parteien die Lage geschickt ausnützten und sich vor der Bevölkerung als die einzigen wirklichen Verteidiger der

tschechischen Nation anpriesen. Das Mißtrauen gegen die österreichische Arbeiterschaft, der Gedanke „Los von Wien" begannen in die Partei einzudringen. Auf dem Wiener Parteitag im Sommer 1897 spürte man die ersten Auswirkungen. Der Parteitag beschloß, im Rahmen der Partei selbständige nationale Gruppen zu bilden, die nur durch einen Gesamtparteitag und eine Gesamtexekutive vereinigt wurden, sonst aber völlig von den übrigen getrennt waren. Sehr bald gab es statt einer Sozialdemokratischen Partei in Wirklichkeit fünf Parteien, eine deutsche, eine tschechische, eine südslawische, eine polnische und eine italienische. Sehr bald gab es in Orten mit gemischter Bevölkerung zwei, manchmal drei Gruppen ein und derselben Partei, deren Verbindung zueinander immer loser und loser wurde. Der Prozeß der Spaltung war begonnen.

War die Haltung der Sozialdemokratischen Partei in der Badeni-Affäre ein taktischer Fehler? Beruhte sie auf der Unfähigkeit einer noch jungen und verhältnismäßig unerfahrenen Partei, die Ablehnung der undemokratischen Form, in der die Verordnung erlassen wurde, so zu formulieren, daß niemand daraus auf eine Ablehnung ihres eindeutig tschechenfreundlichen Inhalts schließen konnte? Oder lag die Sache tiefer? Drückte ihre Mitwirkung an der Verhinderung der Sprachenverordnung, die die Sozialdemokraten in gefährliche Nähe der Großdeutschen brachte, nicht ihre wirkliche Haltung zur nationalen Frage in Österreich aus?

Die Sozialdemokratische Partei hatte immer wieder erklärt, daß sie die nationale Unterdrückung im Habsburgerstaat ablehne. Nun besagen Erklärungen sehr wenig, entscheidend ist die Politik einer Partei, entscheidend sind die konkreten Ziele, die sie sich jenseits der allgemeinen Programmstellungen setzt. Welches war nun die Nationalitätenpolitik, die die Sozialdemokratische Partei im Namen der gesamten Arbeiterschaft vorschlug?

Zwei Jahre nach den Badeni-Krawallen fand in Brünn der Parteitag von 1899 statt. Auf diesem Parteitag wurde das Nationalitätenprogramm der Partei beschlossen, die „Lösung der Nationalitätenfrage", von der die Partei erklärte, daß sie nur möglich „in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das gleiche, allgemeine und direkte Wahlrecht gegründet ist". Diese Regelung sollte für den Fall ihres Machtantritts auf folgende Weise durchgeführt werden:

„Österreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.

An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, besorgt wird.

Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein Gesetz, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

Wir anerkennen kein nationales Vorrecht, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nötig ist, wird ein Reichsparlament bestimmen."

Das „Brünner Nationalitätenprogramm", wie es seitdem genannt wurde, sieht auf den ersten Blick wie eine sehr fortschrittliche und für alle Völker tragbare Lösung der nationalen Frage aus. Es wurde auch von den Vertretern aller sozialdemokratischen nationalen Gruppen, der österreichischen, tschechischen, ruthenischen, italienischen, slowenischen und polnischen, angenommen. Aber es hatte einen Fehler. Es war gerade in den entscheidenden Fragen so vage und nebelhaft, daß jeder es so auslegen konnte, wie er wollte.

Die Nationen waren im großen und ganzen nicht wahllos über die Monarchie verstreut, sondern bewohnten ziemlich klar abgegrenzte und geschlossene Territorien. Die Tschechen saßen in Böhmen und Mähren und stellten dort eine von Jahr zu Jahr größere Mehrheit dar, die Ruthenen lebten in der Südostukraine, die Polen in Galizien. Diese Territorien waren ungefähr mit den Territorien der alten Kronländer zu-

sammen, und die Forderung all dieser Völker nach einer Autonomie im Rahmen dieses eigenen Territoriums war keineswegs, wie es in der Einleitung des Brünner Programms hieß, eine Konzession an alte feudale Gedankengänge, an die Tradition von den „Ländern der böhmischen Krone" aus dem Jahre 1848 und an andere Überlieferungen. In dieser Forderung drückte sich die völlig richtige Erkenntnis aus, daß eine Nation ein eigenes Territorium, ihr eigenes, abgegrenztes und ihr gehörendes Land braucht, um sich weiterzuentwickeln, um auf diesem Boden ihre eigene Kultur, ihre eigene Wirtschaft, ihre nationale Politik auszubauen, daß sie überhaupt keine Nation ist, wenn sie nicht dieses Stück Erde besitzt, von dem sie sagen kann: „Das ist mein Land, das Land meiner Väter und das Land, das meinen Kindern gehören wird."

Gerade diese Frage machte in der Monarchie aber die größten Schwierigkeiten. Selbst in Tagen der größten Kompromißbereitschaft hatten sich zum Beispiel die Deutschen in Böhmen und Mähren mit Händen und Füßen gegen jeden Versuch gewehrt, die Länder der böhmischen Krone, ja selbst Teile davon, zum tschechischen Nationalterritorium zu erklären. Sie wiesen auf ihre eigene Existenz hin und erklärten, daß Böhmen und Mähren, solange dort Deutsche lebten, keine tschechischen Provinzen sein könnten, auch dann nicht, wenn die Deutschen eine Minderheit darstellten, weil eine Einfügung in einen tschechischen Länderverband ihnen gegenüber ein nationales Unrecht wäre. (Aus dieser Verteidigung ihrer „nationalen Rechte" leiteten sie dann nicht nur das Recht ab, die Entstehung eines tschechischen Staates im Rahmen der Monarchie zu verhindern, sondern auch über die tschechische Mehrheit zu herrschen.) Ähnlich wie in Böhmen stand es auch in den übrigen Gebieten der Monarchie, nur daß von Fall zu Fall Ungarn, Polen oder Kroaten an Stelle der Deutschen traten.

Das Brünner Nationalitätenprogramm wollte offenbar an dieser Schwierigkeit vorbeisteuern. Daher setzte es an Stelle der „Kronländer" die national abgegrenzten Selbstverwaltungskörper, die einen „nationalen einheitlichen Verband" bilden sollten. Diese Selbstverwaltungskörper konnten etwas sehr

Harmloses, nämlich gewählte Bezirks- und Kreisvertretungen nicht, national besser abgegrenzter Gebiete sein, aber auch etwas weit weniger Harmloses — von den Territorien losgelöste „Nationalverbände", die den Nationen jede Entwicklungsmöglichkeit abgeschnitten hätten.

Unklar war auch ein anderer entscheidender Punkt. Das Brünner Programm nahm als Selbstverständlichkeit an, daß das neue, national gerechte Österreich eine staatliche Fortsetzung des alten Österreich sein werde, das heißt, daß alle Nationen der Monarchie in diesem Verband bleiben werden. Hier konnte man eine solche Lösung für wünschenswert halten, man konnte für sie werben, aber man konnte nicht einfach von ihr ausgehen. Die Völker in Österreich konnten nur dann in Frieden und Freiheit in einem neuen Verband zusammenleben, wenn sie ihm freiwillig angehörten, das heißt, wenn sie die Möglichkeit hatten, zu entscheiden, ob sie bei Österreich bleiben wollten oder nicht. Aber am Anfang eines solchen neuen Zusammenlebens, dessen Grundriß das Brünner Programm zu skizzieren unternahm, mußten nicht Vereinbarungen über Autonomie, Überlegungen über „nationale Selbstverwaltungskörper", Erklärungen über Menschenwürde stehen, sondern etwas viel Einfacheres und zugleich Weitergehendes: die Verpflichtung, daß niemand gezwungen werden würde, dem neuen Staat anzugehören, die Erklärung, daß alle Nationen von dem Recht, selbst über ihr künftiges Schicksal zu bestimmen, Gebrauch machen könnten. Dieser Grundsatz, den man „Selbstbestimmungsrecht der Völker" nennt, war im Brünner Programm nicht enthalten.

Auch dies konnte ein Versehen, eine Unklarheit sein. Aber die Haltung der österreichischen Sozialdemokratie einige Jahre später zeigte, daß es sich nicht um ein Versehen gehandelt hatte.

In den ersten Jahren des Jahrhunderts erschienen einige Bücher, in denen führende Theoretiker der Sozialdemokratie die Stellung der Partei zur nationalen Frage klarlegten. Die wichtigsten dieser Publikationen waren „Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat" und „Der deutsche Ar-

beiter und der Nationalismus" von Dr. Karl Renner und „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie" von Dr. Otto Bauer. In diesen Büchern wurde klar gesagt, was in Linz noch unklar angedeutet worden war.

Sowohl Bauer als auch Renner gingen von der Voraussetzung aus, daß der österreichische Staat in seiner nationalen Zusammensetzung unbegrenzt weiterexistieren werde, und war es klar, daß er nach ihrer Meinung als eine Selbstverständlichkeit auch dann so weiterexistieren sollte, wenn die Arbeiterschaft in der Lage sein werde, seine Politik zu bestimmen oder mitzubestimmen. In keiner dieser Arbeiten wurde infolgedessen als Forderung der Arbeiterschaft das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung, auf die freie Entscheidung über ihr Schicksal erhoben. Statt dessen schlug Bauer eine „nationalrevolutionäre" Politik vor, die es den Völkern des ganzen Staates ermöglichen sollte, ihr Leben in diesem Staat frei zu gestalten. Das Mittel dazu sollte die sogenannte „National-kulturelle Autonomie" sein.

Die „National-kulturelle Autonomie" sah weder politische noch wirtschaftliche Selbständigkeit für die Völker der Monarchie vor. Was sie garantieren sollte, war das Recht der Nationen, ihre kulturellen Angelegenheiten — Schule, Sprachfrage und ähnliches — selbst zu regeln. Zu diesem Zwecke sollten Nationalkataster angelegt werden, auf denen jeder Einwohner der Monarchie, ganz gleich, wo sie lebten, mit seiner Nationalitäten verzeichnet werden sollten. Die im Kataster angeführten Vertreter jeder Nation sollten ihren Nationalrat wählen. Dieser Nationalrat würde ein „kulturell-autonomes Parlament" bilden, das sich „mit der Bewilligung und Herstellung von Mitteln für Schule, Literatur, Kunst und Wissenschaft, Akademien, Museen, Theater usw. beschäftigen würde". Und dieses Programm, das überdies auf dem Wege der Nationalräte eine nationale Gemeinschaft innerhalb aller Völker, also eine Gemeinschaft zwischen Arbeitern und Unternehmern, zwischen Bauern und Grundherren, forderte und das — in Teil Österreichs — natürlich auch seine Kurie bilden sollte, war offenbar eine Gemeinschaft zwischen den großdeutschen Fabrik-

und Bankiers und den sozialistischen Arbeitern bedeutet hätte, war alles, was die Sprecher der österreichischen Arbeiter den unterdrückten Völkern zu sagen hatten.

Die „National-kulturelle Autonomie" hätte, selbst wenn es gelungen wäre, sie zu verwirklichen, nichts an der wirklichen Lage in Österreich geändert. Die Völker sollten über „kulturelle Fragen" selbst entscheiden können — das bedeutete, daß die österreichischen und deutschen Banken nach wie vor ihre Vormachtstellung in der Monarchie behalten konnten, es bedeutete, daß Kroatien, Slowenien, Böhmen, Mähren, Galizien nach wie vor Kolonien des österreichischen Kapitals bleiben würden, die nicht einmal die Möglichkeit hätten, durch Zölle und Schutzmaßnahmen die eigene Produktion zu entwickeln, den wirtschaftlichen Würgegriff der fremden Herren abzuschütteln. Das bedeutete zum Beispiel, daß das deutsche Kapitalum in Böhmen nichts mehr zu fürchten brauchte. Ersetzt durch den „Nationalkataster", der es ihm ermöglichte, seine Kraft mit der der Österreicher zu vereinen und morgen — wer weiß — auch mit der der Deutschen, war es auf immer vor der Entstehung eines tschechischen Nationalstaates mit allen seinen unliebsamen Konsequenzen geschützt. Die „National-kulturelle Autonomie" bedeutete, daß die mehr und mehr gegen die tschechischen Völker gerichtete Außenpolitik nicht geändert werden konnte, denn sie fiele nicht ins Kompetenzbereich der „National-kurie". Und sie bedeutete unter anderem, daß die ganze Unorganisiert in der Lage der Arbeiterschaft, die 40 Prozent weniger Lohn, die der galizische Arbeiter erhielt, der gleiche Lebensmittelpreis, den er zahlen mußte, das ganze Gebäude der besser gestellten „Herren-Nation" und der vielfach ausgebeuteten kolonialen Arbeiterschaft der nichtösterreichischen Nationen bestehen bliebe.

Die „National-kulturelle Autonomie", die die österreichische Sozialdemokratie den unterdrückten Völkern der Monarchie anzubieten hatte, war weit weniger als das, was die Krone 1867 anstrebend den Ungarn bot. Diese „Lösung", die Otto Bauer und Renner nicht nur für den Augenblick vorschlugen, sondern von der sie sogar der Meinung waren, sie sei so vollkommen,

daß sie die Grundlage eines Zusammenlebens der Völker [illegible] in einer sozialistischen Gesellschaft bieten würde, löste [illegible] einzige der wirklichen nationalen Fragen. Worum ging es in Österreich zu Beginn des 20. Jahrhunderts? Ging es um [illegible] um nationale Theater, um „Kultur"? Gewiß, die Schulkämpfe, die Kämpfe um ein tschechisch oder deutsch geschriebenes Straßenschild spielten immer wieder eine Rolle im Parlament, in den Kleinkämpfen in Prag, Reichenberg, Brünn, in Laibach und in Triest, aber sie waren nur äußere Zeichen eines tiefersitzenden Konflikts. Worum es wirklich ging, war: Die Völker, die in der Monarchie gelebt hatten, waren mündig geworden, sie verlangten ihr Recht, auf dem von ihnen bewohnten Territorium, in ihrem Land, selbst zu regieren, selbst zu wirtschaften, ihr eigenes Schicksal zu lenken — wenn möglich, im Rahmen eines gemeinsamen Staates einer freien Föderation — wenn nicht möglich, ohne diesen Staat. Dieses Verlangen hätte [illegible] erfüllt, weil das kräftigste und aggressivste Bürgertum, das österreichische, nicht bereit war, seine Vorherrschaft [illegible] geben, nicht bereit war, auf die Profite zu verzichten, die es sich in Prag und in Laibach, in Triest und in Czernowitz, in Lemberg und in Kaschau geschaffen hatte. Um dieser Herrschaft willen verbündete es sich mit Deutschland und war bereit, die nichtösterreichischen Völker mit Gewalt niederzuhalten. Es war ein Kampf auf Leben und Tod — und in diesen Kampf kam die Sozialdemokratie und empfahl — einen Nationalkataster. Bauer und Renner glaubten, durch ihre kulturelle Autonomie, durch den Verzicht auf eine wirkliche nationale Selbstbestimmung den österreichischen Staat, dieses historisch gewachsene, große und zukunftsreiche vielnationale Gebilde, erhalten zu können, diesen Staat, der noch immer ein freier und glücklicher Staat freier Nationen werden konnte. Die ganze Tragik Österreichs liegt darin, daß die einzige Kraft, die wirklich in der Lage war, Österreich zu retten, die österreichische Sozialdemokratie, durch ihr Versagen seinen Untergang besiegelte.

Ein Staat, der auf der Unterdrückung vieler Völker aufgebaut ist, kann auf die Dauer nicht existieren.

Das Bürgertum kann sich in gewissen Zeiten als Nation [illegible] befreien — aber niemals auf die Dauer andere. Aber wer es kann, ist das Proletariat. Das Gesellschaftssystem, das sich auf Arbeiterschaft baut, ist nicht auf Profit, nicht auf Konkurrenzkampf und nicht auf Ausbeutung begründet, sondern auf planmäßiger Ausnützung der Naturschätze und technischer Möglichkeiten des Landes — zugunsten der arbeitenden Menschen selbst. Für die Arbeiterschaft eines sozialistischen Staates mag es aus vielen Gründen angenehmer und vorteilhafter sein, wenn dieser Staat groß ist und viele Gebiete und Völker umfaßt, aber seine Existenz wird nicht bedroht, wenn [illegible] oder jene Provinz wählt, den Staat zu verlassen. In einem Staat, der nicht auf Profit und Unterdrückung aufgebaut ist, würden der österreichische und der tschechische oder kroatische Arbeiter den Staat, der durch ihre Arbeit getragen wurde, behalten, und wenn eine tschechische Fabrik in einem solchen Staat mehr produzierte als eine österreichische, so bedeutete das für die Österreicher keine Konkurrenz, sondern ein Mehr an Wohlstand, das allen beiden zugute käme.

Weil die österreichische Arbeiterschaft nicht Unterdrücker [illegible], hatte sie als einzige gesellschaftliche Kraft die Möglichkeit, den Kampf um die Umbildung der Monarchie in eine freien und starken Gemeinschaft der Völker aufzunehmen und zu gewinnen. Dieser Kampf konnte aber nur gewonnen werden, wenn österreichische und tschechische, italienische und [illegible], ukrainische und polnische Arbeiter — die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung — einig und geschlossen das zerrissenen, in Kämpfen zerrissenen Bürgertum der Länder der Monarchie ihre Kraft und ihr Ziel entgegensetzten. Aber zu dieser Einheit gehörte als Voraussetzung Vertrauen. Und die österreichische Arbeiterschaft, die stärkste, politisch erfahrenste, die Arbeiterschaft, die durch ihre ganze Geschichte bestimmt war, die Führung im Kampf zu übernehmen, konnte sich das Vertrauen der unterdrückten Völker weit über ihre Arbeiterbewegung hinaus nur auf eine Art erwerben — indem sie scharf und schonungslos auch in der nationalen Frage den Trennungsstrich zwischen sich und ihrem Bürgertum zog und unzweideutig

klarmachte, daß die anderen Völker von ihr keine Unterdrückung zu befürchten haben.

Das zu beweisen, gab es nur ein einziges Mittel. Die österreichische Arbeiterbewegung mußte auf jeden Versuch verzichten, direkt oder indirekt den anderen Nationen in der Frage ihrer staatlichen Zugehörigkeit ihren Willen aufzuzwingen. Sie mußte klarmachen, daß der Beginn ihrer Herrschaft das Ende jedes nationalen Zwanges sei und daß am Tage nach Machtantritts alle Völker des Staates frei wählen konnten, ob sie dem neuen Arbeiterstaat angehören oder ihre eigenen Wege gehen wollten. Das heißt — sie mußte als zentralen Punkt ihres nationalen Programms die Forderung des unbedingten und uneingeschränkten Selbstbestimmungsrechts der Völker bis zur staatlichen Lostrennung erheben und in jeder Frage in jeder praktischen Frage vertreten. Es war dann die Sache der Arbeiterbewegung der anderen Nationen, dafür zu sorgen, daß möglichst viele Völker sich mit dem neuen Arbeiterstaat zusammenschlossen — aber die österreichische Sozialdemokratie durfte in dieser Frage auch nicht den Anschein eines Zwanges erwecken oder den „Grundsatz der Unzerreißbarkeit der Hierarchie" durch eine Hintertür einschmuggeln.

Wenn man sagt, daß unter diesen Umständen die Monarchie im Jahre 1918 wahrscheinlich nicht auseinandergefallen, sondern als neue und mächtige Föderation national und sozial freier Völker auferstanden wäre, so ist diese Behauptung keine leere Spekulation. Ein geschichtliches Beispiel hat gezeigt, daß eine solche Lösung möglich ist. Dieses Beispiel ist die Sowjetunion.

Die Mehrheitsgruppe der Sozialdemokratischen Partei Finnlands leistete als einzige Partei eines vielnationalen Staates dem Versuch ihres Bürgertums, sie als Arbeiterschaft zum „Staatsvolks" zu korrumpieren, erfolgreich Widerstand. Kurz vor Ausbruch des Weltkrieges versuchten die „Rechten" — die Menschewiki —, einiger Nationen in Rußland, auch für Lenin Bauers „National-kulturelle Autonomie" als Programm zur Lösung der nationalen Frage anzunehmen. Die Bolschewiki wehrten unter Führung Stalins den Versuch ab. In seinem Werk „Der Marxismus und die nationale Frage" griff Stalin Bauer

Programm scharf an und wies nach, daß es zur Spaltung der Arbeiterbewegung in nationale Gruppen und zur Schwächung, ja sogar zur Verhinderung ihrer Befreiung führen müsse. Die Bolschewiki erklärten sich ohne Einschränkung für den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker bis zur Lostrennung. Wie ernst sie es damit meinten, bewiesen sie 1917, als Finnland, das bis dahin dem Zarenreich angehört hatte, den Wunsch aussprach, seinen eigenen und unabhängigen Staat zu konstituieren, und dieser Wunsch von der neuen Räteregierung ohne Zögern erfüllt wurde, obwohl der Verlust Finnlands zu diesem Zeitpunkt für den jungen Staat wirtschaftlich und vor allem militärisch neue Schwierigkeiten bedeutete.

Die Nationalitätenpolitik der Bolschewiki hatte das von Stalin vorausgesagte Resultat. Die Arbeiterschaft aller Länder des Zarenreichs blieb geeint. In der schwersten und aufgabenreichsten Zeit, im Weltkrieg, kämpften sie gemeinsam für den Sturz des Zarismus und die Beendigung des Krieges, ohne durch nationale Fragen und Differenzen abgelenkt zu werden. Mehr noch, auch nichtproletarische Schichten unter den vom Zarismus unterdrückten Nationen sympathisierten mit den Bolschewiki, weil sie sich von ihnen, und von ihnen allein, die nationale Freiheit erwarteten. Es gelang dieser einheitlichen Kraft der Arbeiterbewegung des ganzen Zarenreiches, den Zarismus zu stürzen und einen sozialistischen Staat aufzurichten, und die Nationen, die gemeinsam gesiegt hatten, blieben auch nach dem Sieg im riesigen Verband der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zusammen — einem Staat, der heute 200 Millionen Menschen umfaßt. Diese Möglichkeit eines gemeinsamen Kampfes und eines gemeinsamen Sieges hätte auch in Österreich bestanden.

Was Stalin als Folge der Nationalitätenpolitik der österreichischen Sozialdemokratie vorausgesagt hatte, trat ein. Die Arbeiterbewegung der Monarchie begann langsam in nationale Gruppen zu zerfallen. Dem Parteitag 1897, auf dem sich die Sozialdemokratische Partei in sechs unabhängige, durch eine gemeinsame Parteileitung nur noch lose zusammengehaltene nationale Gruppen aufgespalten hatte, folgte langsam eine

immer größere Entfremdung der Gruppen, bis sie praktisch völlig selbständige Parteien wurden. Dann griff die Spaltung auf die Parlamentsfraktion über, die einzelnen Parteien gründeten zunächst an Stelle einer gemeinsamen Parlamentsfraktion eigene Fraktionen, die auch häufig getrennt auftraten, schließlich begann die Annäherung zwischen den nationalen sozialdemokratischen Parteien und den in einem tschechischen, slowenischen, rumänischen, polnischen Parlamentsklub vereinten bürgerlich-nationalen Organisationen der betreffenden Länder. Schon vor dem Krieg gehörten die mährischen Sozialdemokraten „ihrem" nationalen Klub an, und im Verlauf des Krieges wurde diese Aufspaltung nach Klubs allgemein. Den Parteien folgten die Gewerkschaften. 1910 beschloß die tschechische Parteiorganisation, eigene autonome tschechische Gewerkschaften zu bilden. Seit dieser Zeit war es in den tschechischen Industriegebieten keine Seltenheit, in einem Betrieb zwei Gewerkschaftsgruppen — eine tschechische und eine deutsche — zu finden. Den Gewerkschaften folgten schließlich die Konsumgenossenschaften, die Turner, die Sänger — praktisch alle Organisationen der Arbeiterschaft.

Die Initiative bei dieser Spaltungspolitik ging fast immer von den tschechischen Sozialdemokraten aus, deren junge nationale Bewegung, insbesondere die neugegründete tschechische sozialistische Partei, ziemlich weit links stand und zum Teil Streiks als gewerkschaftliches und politisches Kampfmittel bejahte, was der tschechischen Sozialdemokratie natürlich den Anschluß an „ihre" nationalen Gruppen verlockender erscheinen ließ als den sozialdemokratischen Gruppen, deren Parteien bürgerliche Parteien, wie etwa die der Slowenen oder Polen, konservativ oder klerikal waren. Aber bald folgten auch die anderen.

Die österreichische Sozialdemokratie wußte dieser Entwicklung nichts entgegenzusetzen als Anschuldigungen und Druck. Sie versuchte, allerdings erfolglos, die Tschechen durch internationale Beschlüsse zum Verzicht auf die Spaltung zu zwingen, bezeichnete sie als Separatisten und warf ihnen Verrat an der Arbeiterbewegung vor. Zweifellos war die Haltung

der Tschechen und der anderen Parteien falsch, die Aufspaltung in nationale Gruppen schadete der ganzen Arbeiterbewegung und schließlich letzten Endes auch ihnen, aber der Hauptschuldige war nicht sie, sondern die österreichische Sozialdemokratie, die als Arbeiterbewegung der unterdrückenden Nation der entschiedenste und klarste Vorkämpfer der nationalen Freiheit für alle anderen hätte sein müssen. Sie hatte zuerst das „Bündnis mit der Bourgeoisie" — nämlich mit der unterdrückenden Bourgeoisie vollzogen. Die österreichische Arbeiterbewegung hatte freiwillig um des Linsengerichts einer Stellung als „bevorzugte Nation" auf ihr heiliges Erstgeburtsrecht, Herold und Vorkämpfer der Freiheit aller Völker zu sein, verzichtet. Die anderen Parteien handelten schon unter Zwang, und wenn die tschechische Partei bei der Spaltung der Gewerkschaften erklärte, daß die Politik der Arbeiterbewegung „in Wien und für Wien" gemacht wurde, so lag in dieser Feststellung, auf die die österreichischen Sozialdemokraten nur mit Gelächter zu antworten wußten, etwas Wahres.

Die Annäherung der österreichischen Sozialdemokratie an das österreichische Bürgertum zeigte sich bald nicht nur in der nationalen Frage. Sie hatte sich in die Position der Arbeiterbewegung einer Herrschernation begeben, einer Arbeiterbewegung, die an der Erhaltung der Monarchie in ihrer nunmehrigen Form interessiert war. Die Konsequenz war, daß sie auch in politischer und sozialer Hinsicht an Stelle einer revolutionären Taktik, die zur Zerschlagung des politischen Systems der Monarchie geführt und damit ihre Vorzugsstellung vernichtet hätte, eine Politik der langsamen Reformen zu setzen begann, die das Gebäude der Monarchie nicht erschütterten. Theorien, die besagten, daß eine Zusammenarbeit mit der Krone und den bürgerlichen Parteien unter Umständen für die Arbeiterschaft ersprießlich sei, begannen in der Partei eine Rolle zu spielen. Langsam verbreitete sich das Wort von den k. u. k. Sozialisten, die der Krone dienen wollten, sie seien zuverlässiger und treuer als die bürgerlichen Parteien. Der Revisionismus, der Verzicht auf die sozialistische Revolution, die Meinung, man könne irgendwann durch Reformen in den „Sozialismus hinüberwachsen" und

durch Parlamentswahlen die Macht erobern, wurde auch in der Sozialdemokratischen Partei Österreichs zur vorherrschenden Theorie. Auf dem zweiten Gesamtparteitag in Wien 1901 wurde das revolutionäre Hainfelder Programm feierlich zu Grabe getragen. Das neue Programm sprach in sehr allgemeiner Weise davon, daß die Entwicklung des Kapitalismus Krisen und Verelendung mit sich bringe und das Proletariat zwinge, den Kampf dagegen aufzunehmen. Gleichzeitig müßte aber durch diese Entwicklung „die notwendige geistige und materielle Voraussetzung geschaffen werden", die den Einzelbesitz überflüssig und sogar schädlich mache. Dem Proletariat käme so Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen müsse und daß der Übergang der Produktionsmittel in die Hände der Völker das Ziel, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes sein müsse.

Wie die Eroberung der Macht vor sich gehen sollte, sagte das neue Programm nicht. Nach einer äußerst blassen Verurteilung der Vorrechte der Nationen, sowohl der Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung „sowie der gewaltsamen Bevormundung durch Staat und Kirche in jeder Form", als der Erklärung, die Sozialdemokratie kämpfe dafür, „dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst viel Einfluß zu verschaffen", kamen die Forderungen: allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht, Proportionalwahlsystem, Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Feiertag, dreijährige Gesetzgebungsperioden, Diätenbezug für die Gewählten, direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittels des Vorschlagsrechts, Selbstverwaltung in Staat, Land und Gemeinde. Es folgten Forderungen nach Abschaffung der Einschränkung der freien Meinungsäußerung, Aufhebung der Gesetze, die die Freizügigkeit einschränken, Schaffung von Gesetzen, die Beamten, die das politische Recht eines einzelnen oder von Vereinen beeinträchtigen, eine strenge Bestrafung androhen, Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte, Schaffung eines staatlichen Sanitätsdienstes, Zivilehe, Trennung von Kirche und Staat, obligatorische unentgeltliche und weltliche Schule, Ersetzung der indirekten Steuern durch [illegible]

[illegible]- und Erbschaftsteuern, eine Volkswehr, juristische Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne, Befreiung der Arbeitergenossenschaften von allen ihre Tätigkeit hemmenden Formen und Schranken, Koalitionsfreiheit, Achtstundentag, Sonntagsruhe und Verbot der Kinderarbeit und der Nachtarbeit.

Von einigen allgemeinen Erklärungen und der Forderung des Achtstundentages abgesehen, war es ein liberales Programm, das für jede linksbürgerliche Partei tragbar gewesen wäre. Auf dem Parteitag wurde einige Male festgestellt, daß das neue Programm einen Schritt nach rechts bedeute. Viktor Adler gab das zu, erklärte jedoch, die Abschwächung des alten neuen Programms sei nur eine Formsache. Aber die offenste und schonungsloseste Kritik der neuen Haltung der Sozialdemokratischen Partei kam von einer Seite, die gewiß nicht im Verdacht stehen konnte, von links her die Partei zu [illegible] — von der österreichischen Polizei. Im amtlichen Bericht der Polizei heißt es über den Parteitag:

„... Die erbitterte Feindschaft gegen die bürgerliche Gesellschaft, der strenggläubige Marxismus kommen in dem neuen Programm nur mehr in sehr verblaßter Form zum Ausdruck. Der Elendsfatalismus ist fallengelassen worden und die praktischen Forderungen des Proletariats an den Staat und die herrschende Gesellschaft bilden den ausschließlichen Hintergrund der politischen und wirtschaftlichen Organisation. Der Wiener Parteitag hat den revolutionären Radikalismus des alten Programms endgültig begraben, und die österreichische Sozialdemokratie ist, so sehr es auch ihre Führer zu verschleiern bestrebt sind, bereits auf dem Wege, sich mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung abzufinden und dieser nur mehr als eine sozialreformatorische Partei entgegenzutreten."

Dr. Adler bestritt zwar mit großer Beharrlichkeit, daß sein Entwurf eine Konzession an Eduard Bernstein bedeute (den Revisionismus), und auch die Marxisten Bebel und Kautsky gaben in diesem Sinne Erklärungen auf dem Parteitag ab; aber in Wirklichkeit unterstanden alle drei — bewußt oder unbewußt — Bernsteinschen Einflüssen, ohne sich ihnen entziehen zu können. Dr. Adler hat es verstanden,

in seinem Referat Bernsteinsche Theorien derart [illegible] darzustellen, daß es ihm leicht gelungen ist, das [illegible] Mißtrauen der Versammelten zu beheben."

Der Weg, der die österreichische Sozialdemokratie [illegible] August 1914 führen sollte, war beschritten. Als der Weltkrieg kam, als die Sozialdemokratie sich mit der Habsburgermonarchie solidarisch erklärte, zeigte sich, daß der Präsident im Jahre 1901 die sozialdemokratische Bewegung richtig eingeschätzt hatte.

VIKTOR ADLER

Der Mann, dessen Haltung auf diesem Parteitag den Ausschlag gab, war nun seit mehr als einem Jahrzehnt die führende Gestalt, der Theoretiker und Propagandist der österreichischen Sozialdemokratie. Aber es wäre ungerecht, ihn nur nach seiner Rolle zu beurteilen, die er auf dem Parteitag spielte.

Wie die beiden größten 1848er, Fischhof und Hans Kudlich, vor ihm, wie der Schöpfer der Chinesischen Republik, Sun Yat Sen, nach ihm, wie Clemenceau, der lange Jahre hindurch ein kämpfender Sozialist war, und Anatole France, der sein Leben als Revolutionär beendete, begann auch Viktor Adler seine Laufbahn als Arzt, als junger, schwer arbeitender Armendoktor in den Arbeiterbezirken Wiens. Diese Berufswahl war bei ihm kein Zufall, ebensowenig wie sie es bei den anderen war. Der junge Mann aus den Reihen des Bürgertums, der im 19. Jahrhundert mit offenen Augen durch die Straßen seiner Stadt ging, sah viel Elend um sich. Er sah hungernde Kinder, Frauen, die schon mit dreißig Jahren müde und verblüht waren, Menschen in zerrissenen Kleidern und zerrissenen Schuhen, Menschen, die nicht wußten, was allein sein heißt, weil sie das dunkle feuchte Kellerloch, in dem sie wohnten, mit einem Dutzend anderer, gleich Armer teilen mußten. Er sah Tuberkulose, Rachitis, alle Krankheiten, die das Elend mit sich bringt. Und er sah all diese Dinge immer wieder bei den Angehörigen ein und derselben Schicht — bei den Arbeitern.

Es ist verständlich, wenn diese jungen Menschen, die aus einem ganz anderen Kreis stammten, nicht gleichgültig blieben, wenn sie sich selbst die Frage stellten: „Wie kann ich helfen — wie kann ich ein wenig von dem begangenen Unrecht gutmachen?" Es ist verständlich, daß sie den Beruf wählten, der ihnen am ehesten die Möglichkeit gab, die Leiden Tausender zu lindern, ihr Leben ein wenig zu erleichtern, und es ist ebenso verständlich, daß sie, begannen sie einmal diesen Beruf auszuüben, nicht dabei haltmachen konnten. Viktor Adler selbst hat immer wieder erzählt, wie sehr ihm gerade seine Tätigkeit als Arzt die Erkenntnis gebracht hat, daß es mit dem Lindern allein nicht getan ist, wie die Unmöglichkeit, einem kranken armen Menschen Heilung zu verschaffen, weil es im Hause oft nur für Medizin, sondern auch für Brot kein Geld gab und weil schon ein kurzer Spitalsaufenthalt des Brotverdieners Hunger für die ganze Familie bedeutete, ihn die Notwendigkeit ansehen ließ, die Lage der Arbeiterschaft, die gesellschaftlichen Verhältnisse überhaupt zu ändern. Die Wirklichkeit, die ihm seine Arbeit täglich vor Augen führte, überzeugte ihn davon, daß mitleidige Helfer, Wohltätigkeit und die Ratschläge der bürgerlichen Liberalen dem Arbeiter nicht helfen konnten und daß er für seine Befreiung auf seine eigene Kraft angewiesen war.

Einige Zeit lang konnte Adler sich nicht entscheiden. Er [illegible] überlegte, hatte vorübergehend die Absicht, Gewerbeinspektor zu werden, um auf diese Art in den Fabriken die [illegible] Ausbeutung, die schlimmsten Rechtsverletzungen durch die Unternehmer zu verhindern. Anfang der Achtzigerjahre schlossen sich er und sein Freund Pernerstorfer eine Zeitlang der großdeutschen Bewegung an und verfaßten, zusammen mit Schönerer, das Linzer Programm. 1886 jedoch trat er der jungen Arbeiterbewegung bei, und kaum drei viertel Jahre später wurde er der Herausgeber einer ihrer ersten Wochenschriften, der „Gleichheit". Aus dem jungen Bürger, der als Fremder „von außen her" den Arbeitern helfen wollte, war ein Mann geworden, der als einer der Ihren sein Leben ihrer Befreiung widmete. Sehr bald wurde er zu einem ihrer Führer.

Aus den Anfängen einer noch unklaren, in Gruppen und Richtungen zerrissenen Bewegung — Gruppen und Richtungen, die sich gegenseitig erbittert bekämpften — schmiedete Adler die große und starke Sozialdemokratische Partei. Die Einigung in Hainfeld, die Annahme eines gemeinsamen Programms, die Reinigung der Partei von jenen, die sie zu einem Verschwörerzirkel machen, und anderen, die sie in ein Anhängsel der Liberalen verwandeln wollten, all das ist vor allem das Werk Viktor Adlers. Dies alles klingt heute einfach, aber in der Praxis bedeutete es endlose Diskussionen, viele Hunderte nächtelange Gespräche irgendwo in den ersten kleinen Versammlungslokalen der neuen Organisationen, Lokalen, wo am Nebentisch ein Polizeispitzel saß und aufmerksam jedes Wort aufzuschnappen versuchte, bedeutete Hunderte von Reden und Artikeln, monatelange, manchmal jahrelange Aufklärung und politische Erziehung jedes einzelnen, die Fähigkeit zu lavieren, immer wieder geduldig einen Schritt zurück zu machen, um zwei oder drei Schritte vorwärts zu gehen, und vor allem Klarheit über das gesetzte Ziel und seine ständige unerschütterliche Verfechtung. Und neben diesem großen Werk, das allein einem Manne die Berechtigung gegeben hätte, von einer vollendeten Lebensaufgabe zu sprechen, war Viktor Adler in diesen Jahren und vielen Jahrzehnten danach noch der erbarmungslose Kritiker der Verhältnisse in der Monarchie, der Mann, der ein Unrecht nach dem anderen, ein Beispiel der Ausplünderung und Unterdrückung der Armen nach dem anderen aufdeckte und die Behörden in hartem Kampf zwang, sie wenigstens teilweise abzustellen.

Zu den unsterblichen Reden und Artikeln Viktor Adlers gehört sein Artikel über die Lage der Wiener Ziegelarbeiter, die von den Besitzern der Ziegeleien gezwungen wurden, unter den fürchterlichsten Verhältnissen in alten Ziegelöfen zu leben, die von ihrem Lohn keinen Kreuzer Geld in die Hand bekamen, weil die Unternehmer, die noch an ihrem Hungerlohn verdienen wollten, sie zwangen, auf Bons in den teuren Werksläden alles zukaufen, und gegen die, auf den bloßen Verdacht hin, sie hätten die Öffentlichkeit informiert, Polizei und Gendarmerie

hetzt wurde. Es gehören dazu seine Berichte über die Lage der Wiener Straßenbahnangestellten, seine Artikel über die Notwendigkeit einer Sozialversicherung und des Achtstundentages. Und es zeigte sich hier, wie stark schon die Stimme der Arbeiterbewegung war, wie schwer es war, sie zu überhören, wenn sie durch Viktor Adlers Mund sprach. Immer wieder wurde seine Zeitung beschlagnahmt, immer wieder wurde er vor Gericht gestellt, einige Male zu Gefängnisstrafen verurteilt — und stets zwang die Regierung vor der Empörung, die Adlers Enthüllungen im ganzen Land auslösten, kapitulieren und widerwillig die ärgsten Mißstände beseitigen. Und die großen Kampfansagen der österreichischen Sozialdemokratie — der Kampf um den 1. Mai, die zahllosen gewerkschaftlichen Kämpfe um bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne, die in den Neunzigerjahren einsetzten, der Kampf um das gleiche und allgemeine Wahlrecht, der 1907 zum Sieg führte, und schließlich die großen Demonstrationen gegen Hunger und Arbeitslosigkeit 1911 — trugen alle, auch wenn nicht Adler selbst sie führte, den Stempel seiner Persönlichkeit. Denn niemand hat den österreichischen Arbeitern mehr das Gefühl ihrer Kraft und Unbesiegbarkeit gegeben, niemand hat ihnen eindringlicher als Adler immer wieder die Gerechtigkeit ihrer Sache verständlich gemacht, als Adler es tat.

Doch das Bild des Mannes, der sein Leben, all seine Liebe, sein Mitleid, seine gerechte Empörung, all seine Kraft und Leidenschaft der Arbeiterklasse gab, sie groß machen half und mit ihr und durch sie groß wurde, ist nicht ohne dunkle Flecken. Adler war nicht nur ein Führer, er war auch ein Spiegelbild der österreichischen Sozialdemokratie. Er teilte ihre Größe, ihre Siege — er teilte auch ihre Zwiespältigkeit und ihren Niedergang.

Viktor Adler hat die Entwicklung der Sozialdemokratie nicht nur mitgemacht, er hat sie hineingeführt in die Position der „Kaisersozialisten", die ihr Interesse an der Erhaltung der Monarchie in ihrer damaligen Gestalt offen bekannten, und er hat seine ganze Kraft eingesetzt, um sie dort zu halten. Das ging so weit, daß Adler 1905/06 eine

Zusammenarbeit zwischen den österreichischen Sozialdemokraten und der Krone für möglich hielt, weil zwischen den beiden angeblich eine „Interessengemeinschaft" bestand, und damit die gleiche Politik empfahl, die Ferdinand Lassalle im 19. Jahrhundert in Deutschland empfohlen hatte. Auf Adlers Anregung erschien die sozialdemokratische Fraktion nach den Wahlen von 1907 demonstrativ bei der Verlesung der Thronrede — sie wollte den Kaiser nicht durch Fernbleiben in Verlegenheit bringen.

In der Auseinandersetzung zwischen den nichtösterreichischen Völkern und dem österreichischen Bürgertum hatte sich die Sozialdemokratie auf die Seite „ihres" Bürgertums gestellt. Die Parlamentsreden Viktor Adlers in jener Zeit spiegeln diese Stellung wider. Otto Bauer charakterisiert die Haltung Adlers in jener Zeit folgendermaßen:

„Zudem verleitete die Notwendigkeit des Kampfes gegen die slawische Obstruktion zu einer Denkweise, die in der parlamentarischen Rebellion der slawischen Völker, die doch Symptom und Ausdruck der sich vorbereitenden nationalen Revolution war, nichts als Chauvinismus, ja nichts als Reaktion und Demagogie sah... Adler war überzeugt, daß der alte Kaiser Franz Joseph selbst keinen Krieg beginnen werde. Er fürchtete also nicht einen Angriff Österreich-Ungarns auf Serbien. Er fürchtete einen Angriff Rußlands und Serbiens auf Österreich-Ungarn. Er glaubte, daß Rußland zu einem solchen Angriff durch die innere Schwäche, die in der Zerrüttung Österreichs ermutigt werde. Er meinte daher, die Partei dürfe in ihrem Kampf gegen den habsburgischen Imperialismus ja nichts sagen, ja nichts tun, was Österreich-Ungarn schwächer, zerrütteter, widerstandsunfähiger erscheinen lassen könnte, als es war, weil sie dadurch Rußland und die Entente überhaupt zum Angriff ermutigen und dadurch die Kriegsgefahr vergrößern könnte."

Der letzte Akt der Tragödie der österreichischen Sozialdemokratie, der Tragödie Viktor Adlers, kam im Widerstand, als sich die Partei unter seiner Führung offen zu „linken" imperialistischen Regierung bekannte. Leicht ist Adler diese Haltung sicherlich nicht gefallen, sein ganzer Instinkt, sein

Wissen und gelernt hatte, sträubten sich gegen diese Bundesgenossenschaft. Aber er war zu weit gegangen, um noch umkehren zu können. Lassen wir wieder Otto Bauer sprechen, den Mann, der sich gewiß bemüht hat, Adler Gerechtigkeit widerfahren zu lassen:

„Als der Krieg ausbrach, war Adler schon ein schwerkranker Mann. Er hatte bis zur letzten Stunde an den Krieg nicht geglaubt. Das entsetzliche Bild der Massenvernichtung von Menschenleben, der Massenzerstörung schwer erarbeiteter Kulturgüter, die Auflösung der Sozialistischen Internationale hatten ihn tief erschüttert. Der Streit in der deutschen Sozialdemokratie um die Bewilligung der Kriegskredite hat ihn tief aufgewühlt. Die Rede, die er am 8. Oktober 1914 vor den Wiener Vertrauensmännern hielt, war die erschütterndste seines Lebens. Es war ein Aufschrei einer gequälten Seele. Er sagte über die Bewilligung der Kriegskredite: ‚Ich weiß, man muß dafür stimmen. Ich weiß nur nicht, wie ich es über die Lippen bringe.' Und später: ‚Ein unbegreiflicher Deutscher, der anders gehandelt hätte. Ein unbegreiflicher Sozialdemokrat, der es getan hätte ohne schneidenden Schmerz, ohne schweren Kampf mit sich selbst, mit seinem ganzen Fühlen.'

Aber auch er hielt es für die oberste Maxime sozialdemokratischer Politik im Kriege, man müsse ‚sich hüten, etwas zu tun oder zu sagen, was schädlich wirken könnte in bezug auf die Verteidigung des Landes', und stellte sich damit grundsätzlich doch auf den Boden der deutschen Mehrheitssozialisten." „Man muß sich hüten, etwas zu tun, was schädlich wirken könnte in bezug auf die Verteidigung des Landes." Diesen Grundsatz hat Viktor Adler wohl angewendet, als er die traurigste, dunkelste Handlung seines großen Lebens beging, als er seine ganze Autorität, all seinen Einfluß bei der österreichischen Arbeiterschaft einsetzte, um im Jahre 1918 den großen Generalstreik der österreichischen Arbeiter abwürgen zu helfen, den Streik, der sich gegen die maßlosen Forderungen der deutschen und österreichischen Generäle bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk richtete und der den Krieg auf revolutionäre Art hätte beendigen können.

Viktor Adler starb, an seinem Schreibtisch sitzend, am 11. November 1918. Er vereinigte vieles von dem Guten, was die alte österreichische Fortschrittsbewegung und was ihr die Arbeiterbewegung Österreichs hervorgebracht hatten — Mut und Menschlichkeit, Selbstlosigkeit und Kampfgeist, schaft, Hingabe an die selbstgewählte Sache und die Bereitschaft, sein ganzes Leben ihrem Dienste zu widmen — all dem, was den Untergang dieses großen Staates bezeugt. Daß er am gleichen Tage starb wie die alte Monarchie, die er schonungslos bekämpfte und dann dennoch gegen Vernunft und Instinkt des Überlebens als ein Völkergefängnis für [illegible] gehalten hatte, erscheint wie ein Symbol.

DER WEG NACH SARAJEWO

Der Sturz Badenis war das Ende der Versuche, eine Lösung zu finden, war auch das Ende der Hoffnung, aus Österreich einen gerechten und demokratischen Staat, eine „neue Schweiz" zu machen. Zwischen 1897 und 1914 gab es fünfzehn Regierungswechsel und Kabinettsumbildungen. Alle Regierungen wurden von Franz Joseph eingesetzt, sie bestanden alle nicht aus Parteienvertretern, sondern aus aristokratischen Vertrauensleuten der Krone oder aus Beamten. Keine Regierung versuchte mehr die Stellung der „Deutschen" in der Monarchie zu erschüttern, keine wollte mehr, als „irgendwie weiterwursteln", keine erreichte mehr und keine, mit Ausnahme der Regierung Koerber, die von 1900 bis 1904 an der Macht war, regierte lange genug, um irgend etwas erreichen zu können. Bis zum Machtantritt Koerbers wurde mit Notverordnungen regiert, das Parlament schaltete sich durch die Obstruktion einer der mehrerer Nationen immer wieder selbst aus. Koerber war der einzige, dem es gelang, nicht nur fast fünf Jahre an der Macht zu bleiben, sondern zu Beginn seiner Regierungszeit auch eine Art parlamentarischer Mehrheit zu erhalten. Später regierte allerdings auch er mit Notverordnungen, verdankte aber seinen Erfolg einer außerordentlich klugen und für die damalige [illegible]

[illegible] fortschrittlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik. In [illegible] Regierungszeit wurde ein Kranken- und Altersversicherungssystem ausgebaut, eine Reihe wichtiger Bahnbauten, [illegible] Tauernbahn, durchgeführt und der Bau des Donau-Oder-Kanals in Angriff genommen.

Der Kampf um das Allgemeine Wahlrecht führte 1907 zum Erfolg. Die russische Revolution des Jahres 1905, der [illegible] gelang, der reaktionärsten aller europäischen Mächte, der des Zaren, ein Parlament und das Wahlrecht abzuringen, wirkte in Mitteleuropa ähnlich, wie die französische Revolution 1848 gewirkt hatte. In Wien fanden riesige Demonstrationen für das gleiche und allgemeine Wahlrecht statt, [illegible] eine, an der 250 000 Menschen teilnahmen. Die Arbeiterorganisationen erklärten, daß sie, wenn nötig, auch mit dem Mittel des Generalstreiks für das Wahlrecht kämpfen werden. Die Krone und die Regierung gaben ziemlich rasch nach, [illegible] auch deshalb, weil Franz Joseph Ungarn bereits unter dem Druck der ungarischen Regierung das Wahlrecht versprochen hatte und keine Handhabe bestand, eine Reform, die man in einer Hälfte der Monarchie bewilligt hatte, der anderen Hälfte vorzuenthalten; weil die liberal-konservative Front gegen das Wahlrecht aus der Taaffe-Zeit nicht mehr bestand und sich die Krone schließlich vom Wahlrecht eine Stärkung ihrer Position versprach. 1906 wurde das Gesetz dem Parlament vorgelegt, im Mai des Jahres wurde eine Regierung unter Prinz Hohenlohe, der als wahlreformfreundlich galt, gebildet, im November 1906 wurde es schließlich im Abgeordnetenhaus angenommen. Alle männlichen Bewohner des Reiches über 24 waren wahlberechtigt. Bei den ersten Wahlen im Jahre 1907 wurden die Sozialdemokraten zur zweitstärksten Partei. Sie hatten 87 Mandate (erste waren die Christlichsozialen mit 94), an dritter Stelle standen die Tschechen mit [illegible] und an vierter die Deutschnationalen mit 80. Die Österreicher waren im neuen Parlament in einer klaren Minderheit: [illegible] gegen 283 Nichtösterreicher.

Über das Allgemeine Wahlrecht änderte nichts mehr. Das Parlament war ebenso in kämpfende nationale Gruppen zer-

rissen wie der alte Reichsrat, die Regierungen
ebenso rasch, die Obstruktion begann wieder, und
nach 1907 regierte man wieder mit Hilfe des Notver-
paragraphen. Irgendwie arbeitete die Administrative
Beamten, die sich nicht als Beauftragte der Volksvertretung
sondern nach wie vor als die der Krone fühlten, weiter,
wie lief der Staatswagen noch immer, aber auch ihre
begann allmählich zu versagen, und im ganzen Land,
in Böhmen, wurde das Standrecht immer häufiger
Die dreizehnte Regierung, die Taaffe folgte, war das
Stürgkh-Berchtold 1911, das Kabinett, in dessen Amtszeit
Weltkrieg begann.

Aber schon lange vorher hatte sich das Schwergewicht
der Entwicklung aus der österreichischen Innenpolitik
verlegt, wurde das Schicksal der Monarchie von zwei Kompo-
nenten bestimmt: von den Vorgängen in Ungarn und von
außenpolitischen Ereignissen.

Schon seit Ende des 19. Jahrhunderts gab es in der Monarchie
ungarische Außenminister. Die ungarische Regierung
nun schon gewohnheitsmäßig den Minister im gemeinsamen
Außenamt, soweit Franz Joseph die Außenpolitik nicht selbst
leitete. Angefangen hatte die Sache als eine Konzession an
die Ungarn, deren Stellung immer unabhängiger wurde, die
in immer steigendem Maße versuchten, eine völlig selbständige
Einheit im Rahmen der Monarchie zu werden, die mit den
übrigen Ländern nur durch die Person des Monarchen verbunden
waren und die zum Beispiel immer entschiedener für ein eigenes
Heer unter ungarischem Kommando eintraten. Ein von der
Zentralregierung unabhängiges ungarisches Heer hätte
die Monarchie militärisch und diplomatisch geschwächt und
der Krone die Durchführung einer Politik der Machtvermehrung unmöglich gemacht — es sei denn, mit ungarischer
Zustimmung. Infolgedessen griff man zu der echt österreichischen Lösung (bei der wenigstens der Schein gewahrt wurde).
Statt die Außenpolitik von der militärischen Zusammenarbeit
mit einer ungarischen Armee abhängig zu machen, gab man
den Ungarn gleich das ganze außenpolitische Referat.

Das war ein Grund. Der andere war, daß die österreichische
Regierung in dem Augenblick, in dem sie sich — besonders
nach dem Sturz Badenis — endgültig für eine „deutsche"
Innenpolitik entschied, zwangsläufig außenpolitisch immer
mehr ins Schlepptau der Politik Deutschlands geraten mußte.
Je geringer die Konzessionen an die slawischen Völker Öster-
reichs, desto größer die innerpolitischen Spannungen, je größer
der slawische Widerstand, desto schwächer die Position der
Deutschen, die eine Minderheit waren — je schwächer die
Deutschen, desto größer das Bedürfnis nach einem Rückhalt
in Deutschland — je größer das Bedürfnis nach deutscher
Hilfe, desto geringer der Widerstand gegen die deutschen
außenpolitischen Bestrebungen. Die ungarische und die deutsche
außenpolitische Linie aber waren fast identisch. Deutschland
stand nach Bismarcks Rücktritt offen für die „deutsche Durch-
dringung und Eroberung" des Balkan ein — Ungarn auch.
Deutschland war offen antirussisch, weil Rußland diesen
deutschen Widerstand leistete — Ungarn auch. Deutschland
wurde unter Wilhelm II. immer mehr eine Politik der Kraft,
der „auf-den-Tisch-Schlagens" — Ungarn ebenfalls. Es war
also für Österreich aus innerpolitischen Gründen dennoch
ratsamer, nach außen hin ungarische und nicht deutsche
Außenpolitik zu machen — immerhin gehörte Ungarn sozu-
sagen zur Familie, und die Übergabe des Außenministeriums
an Ungarn konnte als gerechte und verfassungsmäßige Heran-
ziehung einer nichtösterreichischen Nation zu einem verant-
wortlichen Amt ausgelegt werden und nicht — wie es bei einer
deutschen Anpassung an die deutsche Politik klar geworden
wäre — als Kapitulation vor einer fremden Macht.

Ungarns Haltung und Ungarns Rolle in der österreichischen
Außenpolitik hatten eine sehr einfache Ursache — die Situation
in Ungarn selbst. Alle nationalen Fragen und Konflikte, alles,
was Österreich in seine fast ausweglose Lage gebracht hatte,
gab es in Ungarn in vergrößertem Maßstab. Die Österreicher
waren in der österreichischen, der zisleithanischen Reichs-
hälfte eine Minderheit — die Ungarn waren es in der trans-
leithanischen noch weit mehr. Anfang des 20. Jahrhunderts

standen 8 Millionen Ungarn 18 Millionen Nichtungarn gegenüber. Die Politik der ungarischen Regierung gegenüber den nichtungarischen Völkern, den Serben, Ruthenen, Slowaken und Rumänen, war noch unversöhnlicher als die der Österreicher gegenüber den Polen, Tschechen, Italienern und Slowenen. Gerade weil die Ungarn eine Minderheit waren, hielten sie es für notwendig, mit besonderer Brutalität zu regieren und ihre Zahl durch zwangsweise Magyarisierung zu erhöhen. Diese Politik der Magyarisierung hatte schon bald nach 1867 begonnen, als aber 1905 die alte, verhältnismäßig liberale Regierung fiel und eine radikale nationalistische Regierung unter Führung des Sohnes von Kossuth folgte, wurde es noch viel ärger. Alle Posten in Staat und Verwaltung waren mit Ungarn besetzt, ganz gleich, ob es sich um Budapest oder um rumänisches, kroatisches oder slowakisches Gebiet handelte. Die Universitäten, höhere Schulen waren ungarisch organisiert, so daß die ganze Intelligenz ungarisch erzogen wurde. Um die Jahrhundertwende stellten die Ungarn 95% aller Beamten, 92% aller Beamten der Länderverwaltung, 89% aller Lehrer, 96% aller Richter. 80% der Zeitungen und Zeitschriften waren ungarisch. (Die Rumänen [drei Millionen Menschen] 2,4%, 2,5%, die Slowaken [zwei Millionen] 0,64%, die Serben 0,06%.) Ursprünglich hatten alle Nationen das Recht auf eigene Schulen zugebilligt bekommen, später jedoch wurden die Lehrer bei Strafe der Entlassung gezwungen, sich „zur ungarischen Nation zu bekennen", und bald wurde Magyarisch die einzige zugelassene Lehrsprache. Ab 1907 wurde die Verkehrssprache auf der Eisenbahn — sogar in Kroatien, das man zuvor lange etwas milder angefaßt hatte — ungarisch. Die Wahlen von 1907 wurden mit einem Ausmaß an Terror und Korruption durchgeführt, das auch in Österreich unbekannt war. Rumänische, slowakische, kroatische Wähler wurden mit Gewalt an der Stimmabgabe gehindert. In anderen Fällen verhaftete man Redner und Wahlagenten der nichtungarischen Parteien und hielt sie bis nach den Wahlen gefangen. Letztlich schließlich versprach man jedem, der den ungarischen Kandidaten wählte, Bier und ein Kilo Fleisch. Von geheimer Wahl

konnte fast nirgends die Rede sein. Unter diesen Umständen war es ein Wunder, daß überhaupt nichtungarische Kandidaten durchkamen. Das „Grazer Volksblatt" beschrieb im Jahre 1907 die Lage folgendermaßen:

„Kein Tag vergeht, an dem nicht Freiheitsstrafen über Redakteure der nationalen Presse verhängt werden. In den letzten Tagen haben sich solche Urteile in erschreckender Weise vermehrt. Der Hermannstädter Seminarprofessor Dr. Jonas Lapas wurde wegen eines Artikels zu zwei Monaten Staatsgefängnis und 200 Kronen Strafe verurteilt. Zu sechs Monaten Kerkergefängnis wurde der Redakteur des Temesvarer ‚Volksblatt' Rudolf Kruppa, wegen einer Kritik des neuen ungarischen Schulgesetzes verurteilt; zu acht Monaten Staatsgefängnis der Redakteur des rumänischen Blattes ‚Adverul' wegen Hetzung gegen die magyarische Nation; zu sechs Monaten Staatsgefängnis und 500 Kronen Geldstrafe der Journalist Rudolf Schaudt wegen eines Artikels ‚Die Unterdrückung der Nichtmagyaren', ferner zu vier Wochen Staatsgefängnis ein siebzehnjähriges Slowakenmädchen, welches in einem Gedicht den Pfarrer Hlinka von Czernova verherrlichte. Zahlreiche Prozesse stehen noch bevor und es vergeht kein Tag, an dem nicht wenigstens drei oder vier Urteile gegen nationale Redakteure erfließen."

Das Ergebnis einer solchen Politik war selbstverständlich Haß und Widerstand bei den nichtmagyarischen Nationen, ein Widerstand, der sehr bald, sei es zu einer Zusammenarbeit dieser Nationen mit anderen slawischen Völkern in Österreich, sei es zu Sympathien gegenüber den slawischen oder anderen Völkern außerhalb der Grenzen der Monarchie führte. Die panslawistische Bewegung (die erst in den Vierzigerjahren des 19. Jahrhunderts entstanden war) begann mit Serben und Kroaten Verbindung aufzunehmen. Daß ihr Kontakt mit den Tschechen nicht enger war, lag lange Zeit daran, daß die tschechische, meist bäuerliche nationale Bewegung unter der Führung klerikaler Gruppen stand und diese Gruppen die gegen antiklerikale „linke" tschechische Bewegung, in der die Sozialdemokraten und die neue linksbürgerliche Partei

der Volkssozialisten eine entscheidende Rolle spielten, [illegible] Mißtrauen betrachteten. Aber schließlich überwand [illegible] garische Unterdrückung auch diesen Widerstand, und [illegible] wurden die Beziehungen zwischen Tschechen und [illegible] immer enger.

Die Serben und vor allem die Kroaten hatten lange [illegible] eine Einigung mit den Ungarn erhofft. Einige Male [illegible] auch auf ungarischer Seite Versuche einer Zusammen[illegible] gegeben. Zu Zeiten Rudolfs, als man in Österreich [illegible] listische Staatsform propagierte, hatten vor allem die [illegible] eine Besserung ihrer Lage für möglich gehalten. Aber [illegible] in Österreich unter dem Druck der „deutschen" Partei[illegible] der Ungarn die trialistischen Pläne fallen ließ, wurde [illegible] Serben und Kroaten klar, daß sie auch von Österreich [illegible] Hilfe zu erwarten hatten. Serben, Kroaten und [illegible] innerhalb der Monarchie begannen in steigendem Maße [illegible] Hoffnung auf einen Staat zu setzen, der sich außerhalb [illegible] Grenzen der Monarchie befand und in wenigen Jahrzehnten seine Selbständigkeit erkämpft hatte. Dieser Staat [illegible] neue Serbien. Einst eine türkische Provinz, hatte [illegible] um Stück, ein Gebiet nach dem anderen befreit, bis [illegible] als ein souveräner Staat anerkannt worden war. [illegible] wurde es auf österreichischen Wunsch (Österreich [illegible] schon damals eine Vergrößerung Serbiens) von [illegible] das sich ihm anzuschließen wünschte, getrennt. [illegible] reich Bosnien und die Herzegowina besetzte, war [illegible] drei Seiten von der Monarchie eingeschlossen.

Der König von Serbien, Milan Obrenović IV., [illegible] sein Sohn Alexander fügten sich dem Druck, und [illegible] lang spielte Serbien die Rolle eines von Österreich [illegible] Staates. Es wurden Handelsverträge abgeschlossen, [illegible] wirtschaftlich völlig von der Monarchie abhängig [illegible] und Milan verpflichtete sich 1881 in einem Geheim[illegible] die Serben in der Monarchie ihrem Schicksal zu [illegible] und keine gegen die Monarchie gerichtete Agitation zu [illegible] Selbstverständlich hatten in dieser Zeit auch die [illegible] schen Banken und die österreichische Industrie (und [illegible]

[illegible] deutschen Banken) in Serbien freie Hand. Serbien war [illegible] nichts anderes als eine Halbkolonie Österreich-[illegible] und Deutschlands. Aber 1903 brach ein Aufstand [illegible] Obrenović aus, den das Volk als Agenten der Fremden [illegible]; der König wurde von einer Gruppe junger Offi[illegible] ermordet, und die serbische Nationalversammlung, die [illegible], bot den Thron dem Nachkommen Karageorgević', [illegible] Befreiers Serbiens, dem Guerillaführer und Ver[illegible] der Nationalbewegung, Peter Karageorgević, an. Kara[illegible] führte eine Reihe demokratischer Reformen durch. [illegible] erstenmal gab es in Serbien demokratische Wahlen, ein [illegible], das der Nationalversammlung vorgelegt wurde, ein [illegible] Korruption und Stellenverkauf gereinigtes Heer und inneren [illegible] Serbien ging bald dazu über, sich auch wirtschaftlich [illegible] Österreich zu emanzipieren. Es versuchte eine Zollunion [illegible] Bulgarien durchzuführen, eine Maßnahme, die am Protest [illegible] scheiterte. Als Serbien für seine neue Armee in [illegible] Waffen bestellte, verlangte Österreich ultimativ, [illegible] Waffen für die serbische Armee nur in Österreich bestellt [illegible] durften, und als Serbien ablehnte, wurde — vor allem [illegible] Ungarns — ein prohibitiver Einfuhrzoll auf Serbiens [illegible]portartikel — Vieh — gelegt, der Serbiens Handel [illegible] und das Land dem Hunger preiszugeben drohte. [illegible] Zollkrieg, der sogenannte „Schweinekrieg", führte nicht [illegible] einer außerordentlichen Zuspitzung den serbisch-öster[illegible] Beziehungen, sondern rief auch unter den serbischen [illegible], die durch ihn ruiniert wurden, große Erbitterung [illegible] Österreich hervor.

[illegible] neue, verhältnismäßig demokratische Serbien, das [illegible] trotz Druck und Aushungerung seine Unabhängigkeit [illegible], mußte natürlich eine starke Anziehungskraft [illegible] unterdrückten Völker Österreich-Ungarns, insbesondere [illegible] und Kroaten, ausüben und sie zum Widerstand er[illegible]. Gerade aus diesem Grunde wurde es für die Ungarn, [illegible] österreichischen und deutschen Banken, für die deutschen [illegible] der „Eroberungszüge nach dem Osten" und für ihre [illegible] Bundesgenossen zum Hauptfeind, gegen den

sie ihre gesammelten Angriffe richteten. Nach 1903 [illegible] Schwächung und — womöglich — die Vernichtung Serbiens zum Hauptziel der ungarischen und damit der österreichischen Politik.

1907 kam der erste offene Vorstoß. Österreich demonstrierte seine Absicht, militärisch und politisch weiter in den Balkan vorzudringen, durch die Ankündigung, es plane den Bau einer Eisenbahn vom Sandschak (Novibazar, das türk. Gebiet westlich von Bosnien) bis zum Ägäischen Meer. Der Bau einer solchen Bahn bedeutete die Einkreisung Serbiens, aber seine Auswirkungen gingen weiter. Zum erstenmal wollte Österreich offen in einen Raum vordringen, wo es nicht nur in Konflikt mit Rußland kommen würde, das seit langem die Meerengen bei Konstantinopel, auf der anderen Seite des Ägäischen Meeres beanspruchte, sondern auch mit England, das in immer stärkerem Maße Griechenland als seine Basis im östlichen Mittelmeer betrachtete. Österreich am Ägäischen Meer hätte Österreich in einer beherrschenden Position gegenüber Griechenland, und zwar — darüber war man sich in London ziemlich klar — nicht nur Österreich, sondern auch Deutschland.

Die Bahn wurde schließlich doch nicht gebaut, aber der Plan allein genügte, um einen Bruch zwischen Österreich und Rußland herbeizuführen, einen Bruch, der kurze Zeit später durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch die Monarchie endgültig wurde.

Bosnien und die Herzegowina waren von Österreich mit Einwilligung der anderen europäischen Großmächte besetzt worden, in der heutigen politischen Sprache würde man sagen, daß es ein Mandat darauf besaß, faktisch gehörten die Provinzen aber noch immer der Türkei. Als 1908 die absolutistische Regierung des Sultans Abdul Hamid durch die nationalistisch-liberale Bewegung der Jungtürken gestürzt wurde, und die Türkei eine Verfassung erhielt, wurden auch die beiden Provinzen in die Verfassung und das durch sie garantierte Recht freier Wahlen einbezogen. Das bedeutete, daß Bosnien und die Herzegowina über ihren politischen Status und [illegible]

[illegible] sollten, und der Ausgang der Abstimmung war von vornherein klar. Die beiden Länder, die sich politisch und national mit Serbien verbunden fühlten, würden mit überwältigender Mehrheit für den Anschluß an Serbien stimmen. Das bedeutete wieder eine Vergrößerung und Stärkung Serbiens, also genau das, was die österreichische Außenpolitik verhindern sollte.

Daraufhin wurden rasch weitere österreichische Truppen in die beiden Provinzen geschickt, die Armee wurde zum Teil mobilisiert und die Regierung erklärte dem ziemlich überraschten österreichischen, dem weit weniger überraschten ungarischen Parlament und den europäischen Mächten, sie habe beschlossen, Bosnien und die Herzegowina zu annektieren.

Die bosnische Krise führte scharf am Rande eines Krieges [illegible] Serbien protestierte, und als sein Protest nicht beachtet wurde, mobilisierte es seine Truppen. Der russische Außenminister Iswolsky, der von dem österreichischen Plan gewußt hatte, wurde von seiner Regierung und vom Zaren, die eine Schwächung Serbiens für gefährlich hielten, desavouiert und mußte in ihrem Auftrag die Zustimmung zur Annexion [illegible]. Die Krise währte mehr als ein halbes Jahr, schließlich griff Deutschland, das sich bis dahin im Hintergrund gehalten hatte, ein und zwang Rußland durch ein Ultimatum, die Unterstützung Serbiens aufzugeben. Rußland, das in diesem Augenblick noch nicht kriegsbereit war, mußte nachgeben und [illegible] blieb nichts übrig, als die Annexion zur Kenntnis zu nehmen. Aber von diesem Augenblick an gab es zwei klar umrissene feindliche Lager — Rußland und Serbien in dem einen, Deutschland und Österreich in dem anderen.

Nach der bosnischen Episode beschuldigte man die österreichische Regierung in und außerhalb Österreichs ziemlich [illegible], leichtfertig und mutwillig mit der Gefahr eines Krieges gespielt zu haben. Sie habe dieses Risiko mit in Kauf genommen, in der Hoffnung, „es würde schon gut gehen". Aber die Wirklichkeit war ärger als die Beschuldigung. In den führenden politischen und militärischen Kreisen in Österreich gab es [illegible], die einen Krieg nicht nur riskiert, sondern ihn gewollt

hatten. Die Vertreter dieser Gruppe waren der Außenminister Aehrenthal, der Thronfolger Franz Ferdinand und der Generalstabschef Conrad von Hötzendorf. Den Krieg, den sie hin ausgelöst hätten, nannten sie beruhigend „Präventivkrieg".

Sowohl Aehrenthal als auch Franz Ferdinand waren der Meinung, daß die Monarchie sich um jeden Preis nach dem Osten ausdehnen müsse — wenn möglich bis an die Grenzen der Türkei. Falls dies nicht ging, sollte man wenigstens in den zwischen Österreich und der Türkei liegenden Ländern einen entscheidenden Einfluß ausüben. Beide waren sich darüber klar, daß eine solche Politik zu einem Kampf mit Rußland führen müsse, und beide waren der Meinung, daß es besser sei, diesen Krieg früher oder später zu führen. Conrad war aus militärischen Gründen der gleichen Ansicht. Auch er hielt eine Ausdehnung nach dem Osten für notwendig und auch er wollte die Auseinandersetzung mit Rußland so früh als möglich durchführen — ehe sich Rußland von seiner Niederlage gegen Japan 1905 erholt hatte. Conrad hatte schon 1909 den „Präventivkrieg" gegen Serbien verlangt. Sowohl er als auch Franz Ferdinand hielten außerdem einen Krieg mit Italien für notwendig und traten schon 1908 und 1911 für einen „Präventiv-Feldzug" gegen Italien ein. Diese Haltung war auch der italienischen Regierung bekannt. Franz Ferdinand jedenfalls hatte aus seiner antiitalienischen Haltung auch in der Öffentlichkeit kein Hehl gemacht und war mehrere Male für eine „energische Haltung" gegenüber Italien eingetreten.

Franz Ferdinand war einer der wenigen führenden Männer der Dynastie, die mehr als konventionell-höfliche Beziehungen zu ihrem fürstlichen Kollegen und Bündnispartner Wilhelm II. unterhielten. Franz Ferdinand stand mit dem deutschen Kaiser ständig in Briefwechsel, und obwohl die Freundschaft von Zeit zu Zeit abkühlte, blieb der Kontakt immer sehr eng. Das ist nicht verwunderlich. Beide hatten viel Gemeinsames, beide stellten den gleichen Typ des modernen Monarchen dar. Beide suchten den Anschluß an die neue Großmacht — den modernen imperialistischen Großkapitalismus, beide führten sich als seine Sprecher. Während ihre Vorgänger von einer

Vergrößerung des Kronbesitzes gesprochen und im Grunde auf die alte dynastische Politik der Vergrößerung des Staatsterritoriums betrieben hatten, dachten sowohl Franz Ferdinand als auch Wilhelm in Begriffen, wie „Einflußsphären", „wirtschaftliche Durchdringung", „Kapitalexport" und ähnlichem. Beide erklärten immer wieder offen, daß es die Aufgabe des Staates sei, den Vormarsch der Wirtschaft „mit starkem Arm zu schützen", und das Ziel ihrer Expansionswünsche waren nicht Gebiete schlechthin, sondern entweder strategisch wichtige Gebiete, deren Besitz die Beherrschung weiterer Territorien möglich machte, oder Territorien mit bestimmten wichtigen Bodenschätzen, die ihren Industrien eine Vormachtstellung in der Welt sichern konnten — Erzgruben, Kohlengebiete, Ölfelder. Sowohl Franz Ferdinand als auch Wilhelm II. hatten den Anschluß an den modernen Imperialismus gesucht und gefunden. Selbst in kleineren Dingen war die Ähnlichkeit stark. Beide betonten immer wieder ihr Interesse für Industrie, für Technik, für die moderne Wissenschaft, beide betrachteten den Ausbau der technischen Waffen und den Aufbau einer starken Flotte als besonders wichtige Aufgabe. Wilhelm II., weil der Besitz einer starken Flotte ihm das Übergewicht über die englischen Rivalen geben konnte, Franz Ferdinand, weil eine starke Flotte Österreich zum Beherrscher des Mittelmeers und darüber hinaus vielleicht der Seewege des Nahen Ostens machen würde.

Franz Ferdinand hatte noch einen zusätzlichen Grund, in außenpolitischen Fragen aggressiv zu sein. Er war zu klug, um nicht zu sehen, daß die nationalen Konflikte in Österreich-Ungarn die Monarchie über kurz oder lang zerbrechen mußten. Aus diesem Grund spielte er mit dem Gedanken einer Neuordnung der inneren Verhältnisse der Monarchie. Was ihm vorschwebte, war eine Art Trialismus, ein Staat der Österreicher, Ungarn und Kroaten (oder Kroaten und Tschechen), der allmählich in eine Völkerföderation umgewandelt werden sollte. Der Plan klang sehr demokratisch — aber er war es nicht. Denn die Völker sollten zwar gewisse nationale und politische Rechte genießen, aber der Grad der Unabhängigkeit

jeder einzelnen Nation sollte weit geringer sein als der [illegible] der Unabhängigkeit, die Ungarn schon genoß. Das heißt, [illegible] der Plan den Abbau oder teilweisen Abbau der ungarischen Rechte vorsah, mit anderen Worten, den Ausgleich von [illegible] zum Teil rückgängig machen sollte. Ungarn würde bei dieser Operation sicherlich nicht ruhig halten, und der Plan konnte also nur um den Preis eines harten Kampfes, möglicherweise einer gewaltsamen Niederschlagung der Ungarn verwirklicht werden. Einen solchen Kampf konnte die Monarchie eben kaum aushalten. Aber die Verwirklichung der Pläne Franz Ferdinands hatte noch eine andere sehr gefährliche Voraussetzung. Der Thronfolger wollte das Experiment des Trialismus erst dann durchführen, wenn keine Gefahr bestand, daß die Schaffung eines kroatischen oder tschechischen Staates innerhalb der Monarchie zu einer Stärkung der slawischen Position in Osteuropa führen würde, wenn man nicht jeden Tag sicher sein mußte, daß Serbien und Rußland von der Verbesserung der slawischen Position innerhalb der Monarchie profitieren. Freiwillig würden beide Länder nicht aus dem Wettbewerb um den Einfluß bei den slawischen Völkern ausscheiden — man mußte sie dazu zwingen. Zwingen konnte man sie nur, wenn man sie politisch und vor allem militärisch schwächte. Und das war nur durch einen Krieg möglich. Die Voraussetzung für die Erfüllung der innerösterreichischen Pläne Franz Ferdinands war also ein siegreicher Krieg gegen Serbien und Rußland. Einen solchen Krieg konnte Österreich aber ohne Deutschlands Hilfe nicht führen. Der ironische Widerspruch in den Plänen Franz Ferdinands bestand darin, daß die Innenpolitik, die unter anderem von ihm auch befürwortet wurde, um Österreich, bei aller Bündnistreue zu Deutschland, für einen von Deutschland unabhängigeren Imperialismus zu stärken, nur noch tiefer in die Abhängigkeit zu Deutschland führen mußte, und daß der Plan des Umbaus der Monarchie, der den Habsburgerstaat festigen, ja retten sollte, schon in den Stadien seiner Propagierung die Entwicklung beschleunigte, die zum Untergang Österreich-Ungarns herbeiführen mußte.

Aehrenthal war der Handlanger der neuen imperialistischen

Politik Österreich-Ungarns, einer der kaiserlichen Minister, [illegible] in das Lager des neuen Imperialismus übergegangen [illegible] und seine Ziele nun auch nach außenhin zu den ihren machen. Aber der mißglückte „Fähnrichstreich", wie Franz Joseph die ganze Sache spöttisch bezeichnete, kostete ihm die Stelle. Er trat in den Hintergrund und starb kurze Zeit später.

Conrad von Hötzendorf war der militärische Vertreter der Politik Franz Ferdinands und der übrigen Träger des neuen österreichischen Imperialismus, einer Politik, die er billigte, [illegible] vielleicht bis ins letzte Detail zu begreifen. Zwischen ihm und Aehrenthal bestanden übrigens schwere Differenzen, nicht über das Ziel der Außenpolitik, aber über die Methode. Seine Einschätzung jedoch deckte sich mit der der anderen — ein Krieg würde in den nächsten Jahren kommen, kommen müssen, wenn Österreich versuchte, seinen Einfluß und sein Gewicht zu erhöhen, und wenn er kam, war es seine, Conrads, Aufgabe, darauf zu sehen, daß er unter möglichst günstigen Bedingungen geführt wurde. Aber jedes Jahr vergrößerte die inneren Schwierigkeiten Österreichs, vergrößerte überdies die Möglichkeit einer engen Allianz zwischen Rußland, Frankreich und England. Daher drängte er seit 1908 auf den Krieg, drängte ausdrücklich und laut, daß er eine Zeitlang bei dem weit vorsichtigeren Franz Joseph in Ungnade fiel und in den Hintergrund gedrängt wurde. Aber 1912 wurde er wieder geholt, wurde das Amt des Chefs des Generalstabs, und sein Wiederkommen war für ganz Österreich und darüber hinaus für ganz Europa ein Symbol dafür, daß sein Kurs, seine Ansichten sich durchgesetzt hatten. Conrad von Hötzendorf an der Spitze des Generalstabs bedeutete, daß Österreich sich für einen großen Krieg entschieden hatte.

Wie bei Franz Ferdinand spielte auch bei Hötzendorf der Wunsch, durch eine Stärkung Österreichs der deutschen Vorherrschaft zu entgehen, eine gewisse Rolle. Hötzendorf liebte die Deutschen nicht, und noch mitten im Krieg 1915 schrieb er an seine Frau: „... die Deutschen haben es immer verstanden, sich in Szene zu setzen und sie haben immer verstanden, alles an sich zu reißen — getreu diesem praktischen,

wenn auch wenig vornehmen Prinzip handeln [illegible]. Wenn ich sehe, daß trotz der namenlosen Opfer, die [illegible] haben, die Monarchie durch die Deutschen an die [illegible] drückt, nach hinten geschoben, in ihrem Ansehen [illegible] und wohlberechnet geschädigt wird, so muß [illegible] daß ich diesen Krieg verwünsche, ebenso diejenigen, die in [illegible] Jahren trotz meines dringenden Rats versäumt haben, [illegible] greifen, als für die Monarchie die Möglichkeit [illegible] und aus eigener Kraft eine Macht und ein Ansehen zu [illegible] welches die Deutschen jetzt für sich einheimsen. [illegible] ihm offenbarte sich die Ironie der Entwicklung. Je mehr [illegible] Politik die Oberhand bekam, je mehr Österreich [illegible] Krieg zusteuerte, desto mehr offenbarte sich die Unmöglichkeit, diesen Krieg ohne Deutschland zu führen. Und [illegible] geriet auch das Armeekommando in Abhängigkeit von [illegible] Deutschen, bis schließlich — und schon vor 1914 — [illegible] von Hötzendorf und sein Stab nur noch der verlängerte [illegible] des deutschen Generalstabs waren.

Das österreichische Außenamt konnte keine [illegible] Begründung für die Annexion Bosniens finden und [illegible] es eine. Sie hatte gleichzeitig den Zweck, die Serben und [illegible] in Ungarn und womöglich auch die Slowenen und [illegible] in Österreich zu kompromittieren und der ungarischen [illegible] gierung die Möglichkeit zu geben, die serbische und [illegible] Nationalbewegung zu zerschlagen.

Plötzlich erklärte man, es sei eine serbisch-kroatische [illegible] schwörung aufgedeckt worden, die von Belgrad [illegible] das Ziel hatte, die Monarchie zu zertrümmern und die [illegible] und kroatischen Gebiete an Serbien anzugliedern. [illegible] zumeist Serben, wurden verhaftet und in Agram [illegible] gestellt. Dieser sogenannte „Agramer Hochverrats[illegible] wurde sehr bald als eine schamlose Justizkomödie, [illegible] Fälschung und Einschüchterung begründetes Spiel [illegible]

Den 53 Angeklagten wurde vorgeworfen, einer [illegible] organisation „Slovenski Jug" (der slawische Süden) [illegible] zu haben, die in Belgrad unter dem Protektorat [illegible] gegründet, von Belgrad aus mit großen Summen [illegible]

[illegible] sei und die den Zweck gehabt haben sollte, sei es, die [illegible] für eine Lostrennung von Österreich zu gewinnen, [illegible] sie zu bekämpfen, sei es, Bombenattentate zu organisieren, sei es, Bilder des Königs von Serbien in der Monarchie [illegible] zu verbreiten ..., hier war sich die Anklage selbst nicht ganz [illegible] Die ganze Sache stützte sich auf einige Geheimdokumente, [illegible] alten auf das sogenannte „Statut" der Geheimorganisation, [illegible] die österreichische Gesandtschaft in Belgrad sich zu verschaffen gewußt hatte. Der Hauptzeuge, auf den sich die [illegible] stützte, war ein gewisser Nastic, der allgemein als [illegible] Schwindler und Fälscher bekannt war.

Das Ganze hätte noch als eine der üblichen ungarischen [illegible] komödien betrachtet werden können, wenn sich nicht [illegible] österreichische Regierung auf der Höhe der bosnischen [illegible] demonstrativ mit der Angelegenheit solidarisiert hätte. [illegible] hatte im Verlauf der Krise mit dem Gedanken gespielt, einen „Präventiv"-Krieg gegen Serbien zu führen, und [illegible] lagen, als man zwischen Krieg und Nicht-Krieg schwankte, [illegible] der Außenminister Aehrenthal dem österreichischen [illegible] Friedjung (wie erinnerlich einem der Unterzeichner [illegible] dieser Programms) eine Serie von Dokumenten, die aus [illegible] gleichen Quelle stammten, die gleichen Behauptungen [illegible] (hinsichtlich der Geschichte vom „Slovenski Jug" und vom [illegible] aus Belgrad) enthielten und, wie sich später herausstellte, [illegible] von den gleichen Herren fabriziert worden waren. Friedjung [illegible] unvorsichtig genug, die Sache brühwarm in der „Neuen [illegible] Freie Presse" zu veröffentlichen. Später zeigte es sich, daß [illegible] Aehrenthal damals sicher war, der Krieg werde ohnehin in den [illegible] Tagen ausbrechen, und daß sich dann kein Mensch [illegible] um die Echtheit der Dokumente kümmern werde. Aber [illegible] Krieg brach nicht aus. Die Publikation der Friedjung-[illegible] wurde plötzlich eingestellt, aber die Regierung war [illegible] als Mitwisser und Mitverantwortlicher des Agramer [illegible] Hochverratsprozesses abgestempelt.

Der Prozeß — bei dem den Angeklagten die Todesstrafe [illegible] — wurde in einer so skandalösen Weise geführt, daß [illegible] von Anfang an klar war, er bezwecke nichts anderes, als die

„juristische Grundlage" zu einer Vernichtung der serbischen und vielleicht auch slowenischen und tschechischen Parteien zu liefern. Als Richter war ein berüchtigter Säufer gewählt worden, der wegen „alkoholischer Exzesse" versetzt worden war und der im Verlauf des Prozesses [illegible] Agramer Nachtlokalen herumerzählte, er sei nur gekommen, „um das serbische Gesindel sicher zu verurteilen". Als Staatsanwalt fungierte ein Herr, der im Verdacht stand, an einer Reihe sehr dunkler Finanzaffären beteiligt gewesen zu sein. Das Belastungsmaterial war, wenn die Verteidiger es einsehen verlangten, entweder „verlorengegangen" oder bestand aus Aussagen aus dritter und vierter Hand, zum Beispiel „Der Zeuge gibt an, von einem Freund gehört zu haben, die Serben serbische Soldaten zum Ungehorsam gegen die Kroaten aufreizen", — wobei es sich dann herausstellte, daß es sogar welche Serben gewesen sein sollten, die aber mit keinem der Angeklagten identisch waren. Andere Zeugen wurden eingeschüchtert oder bestochen und erklärten vor Gericht, sie hätten die Aussagen gemacht zu haben, die im Protokoll standen. Kennzeichnend für das Niveau des Prozesses war zum Beispiel folgende Feststellung des Richters, als ein serbischer Zeuge ohne Krawatte aus dem Gefängnis vorgeführt wurde: „Wieso tragen Sie keine Krawatte? Man sieht Ihre Verbohrtheit, Sie wollen keine Krawatte tragen, weil Sie das Wort ‚Krawatte' an ‚Kroate' erinnert." (Einer der Punkte, die im Prozeß bewiesen werden sollten, war der angebliche Haß der Serben gegen die Kroaten, was die Anklage aber nicht hinderte, von einer serbisch-kroatischen Verschwörung zu reden.)

Trotzdem hätte der Prozeß vielleicht wirklich zum Ziel geführt, wenn nicht den Angeklagten und der ganzen beschuldigten slawischen Bewegung ein Verteidiger entstanden wäre, der aus dem Prozeß gegen die Slawen einen Prozeß gegen die österreichische Regierung machte. Dieser Verteidiger war Thomas Garrigue Masaryk, der kommende Führer des tschechischen Volkes, der spätere erste Präsident der tschechoslowakischen Republik.

Hier sollen einige Worte über die Gestalt T. G. Masaryks

[illegible] werden, auch wenn diese Darstellung dem Ablauf der Ereignisse vorauseilt, auch wenn Masaryk als Politiker nicht in die österreichischen, sondern der tschechischen Geschichte gehörte. Aber in der Figur dieses Professors aus Prag, der [illegible] der große Gegenspieler der Monarchie, der siegreiche Gegner der Berchtolds und Stürgkhs werden sollte, vereinigten sich in wunderbarer Mischung das Beste von dem, was Österreich hervorgebracht hatte, mit dem, was seine Herrschaft zerstören sollte — die tiefe Menschlichkeit, die Liebe zum Wissen und zur Wahrheit auch dann, wenn die Wahrheit für die eigene Sache unvorteilhaft war, der Respekt vor dem Menschen und vor menschlichen Gedanken — all jene Züge, die in der josefinischen Zeit, in der josefinischen Geistesgestaltung ihren klassischen Ausdruck gefunden haben, das Erbe eines Hörnigk und eines Sonnenfels, eines Mozart und Beethoven, verbunden mit dem kämpferischen Realismus, dem unbarmherzigen Haß gegen Unfreiheit und Ungerechtigkeit, mit der bäuerlichen Bodenständigkeit, die die Besten der tschechischen Nation auszeichnete. T. G. Masaryk ist eine jener Gestalten, die die Vertreter eines besseren föderativen Österreich geworden wären, wenn es sich entschlossen hätte, nicht den Weg der Unterdrückung, sondern den Weg der Freiheit und Zusammenarbeit der einzelnen Völker zu gehen. Dieses Österreich blieb ein Traum, wie Masaryk selbst hat immer wieder betont, wie tief er in der humanitären Tradition des wirklichen, des freien Österreich verwurzelt war, wie stark nicht nur Prag, sondern auch Wien seine Entwicklung beigetragen hatte.

Masaryk trat in die tschechische Politik mit einer Entdeckung, die einen anderen Menschen in einer anderen nationalen Bewegung für immer unmöglich gemacht hätte. Er entdeckte eine der Lieblings-Nationallegenden seines Volkes. Die tschechischen Konservativen begründeten den Anspruch, eine „historische Nation" behandelt zu werden, unter anderem auf den Nachweis ihrer alten eigenen Kultur. Dafür wurde ein altes Schriftstück, die sogenannte „Königinhofer Handschrift" angeführt, die Ende des 18. Jahrhunderts aufgefunden worden war. Die Echtheit der Handschrift war lange ange-

zweifelt worden, aber niemand unter den Tschechen hatte gewagt, das Kind beim Namen zu nennen. Masaryk bewies, daß die Handschrift eine Fälschung war. Seiner Meinung nach brauchte eine gerechte Sache keine Lüge, um zu siegen, und war er der Ansicht, daß die Zeit des Streits um „historische Berechtigungen" einer nationalen Bewegung längst vorbei sei. Der zweite Fall, in dem er hervortrat, war der Polnaer Ritualmordprozeß, der überhaupt nichts mit tschechischen Fragen zu tun hatte. Ein jüdischer Fleischhauer namens Hilsner war angeklagt, zu rituellen Zwecken ein christliches Mädchen geschlachtet zu haben. Eine Welle antisemitischer Pogrome ging durch die Monarchie, und T. G. Masaryk war einer der wenigen, die öffentlich gegen die Ritualmordlegende auftraten und eine Revision des Prozesses erzwangen. Das trug ihm die Feindschaft der antisemitischen Kreise ein und führte zu Protestdemonstrationen und Skandalen in seinen Vorlesungen. Er wurde auch in seinem eigenen Lager angegriffen, weil er sich statt für tschechische für allgemeine Fragen einsetze. In einem dritten Falle trat Masaryk in Verteidigung eines deutsch-liberalen Professors auf, dem eine antikatholische Hetzschüre, in der klerikalen Stadt Innsbruck veröffentlicht, die Karriere zu kosten drohte. Obwohl er zu den politischen Gegnern des Professors gehörte, setzte er sich getreu dem Wort Voltaires: „Ich hasse Ihre Ansichten wie den Tod und ich würde mein Leben für Ihr Recht, sie zu vertreten, hingeben" für ihn und für das Recht der freien Meinungsäußerung ein.

Masaryks Weltanschauung gründete sich auf die Philosophie Tolstois, Lockes und Humes, sie kam sehr klar in einer seiner Wahlsprüche, wie „Nicht Cäsar, sondern Christus" und „Die Wahrheit siegt", zum Ausdruck. Bis zum Ausbruch des Weltkrieges war er der Meinung, daß die Erhaltung Österreichs in seiner Form eines Staates vieler Völker einer Auflösung in Nationalstaaten bei weitem vorzuziehen sei, weil das große mitteleuropäische Reich wirtschaftlich und kulturell den Völkern die besten Entwicklungsmöglichkeiten bieten könnte — vorausgesetzt, daß es gelänge, es in einen Bund gleichberechtigter Nationen zu verwandeln. Für diese Idee,

auf der Grundlage einer Verständigung aller freiheitlichen Kreise der Monarchie, trat er bis 1914 ein. Der Ausbruch des Weltkrieges überzeugte ihn von der Unmöglichkeit einer solchen Lösung, und er ging ins Ausland, um für die Unterstützung der tschechischen Unabhängigkeitsbestrebungen zu arbeiten. Die Gründe für seine Flucht waren politischer als die Begründung, die er in seinen Kriegsmemoiren „Die Revolution" dafür gibt, warum er als zweiundsechzigjähriger Mann, in einem Alter, in dem die meisten Menschen sich bereits in den Hintergrund zurückziehen, die schwere politische Tätigkeit eines „Verschwörers gegen die Habsburgermonarchie" aufnahm, ist eine der schönsten menschlichen Begründungen, die in einem politischen Werk gegeben wurden. Masaryk erzählt, wie er erfuhr, daß tschechische Soldaten zu den Russen übergingen und junge tschechische Soldaten gefangen und standrechtlich gehenkt wurden. Er schämte sich, daß er sich geschämt habe: Wenn diese jungen Tschechen, einfache Bauern und Arbeiter, ihr Leben ohne zu zögern opferten, um den Krieg der Habsburgermonarchie zu verkürzen, welches Recht hatte dann er, ein Intellektueller, ein anerkannter Vertreter der tschechischen Nationalbewegung, auf den Ausgang des Krieges abzuwarten? „Ich verstand, daß ich nicht weniger tun dürfte, als diese jungen Soldaten", sagt Masaryk, „und da begann ich mit der Arbeit." Seine Arbeit endete mit der Garantie der Herstellung eines selbständigen Staates der Tschechen und Slowaken durch die Alliierten, mit der Begründung der Tschechoslowakischen Republik.

Er war also der Mann, der Aehrenthal und dem ungarischen Ministerium, der ganzen Clique der Fälscher und ihrer Auftraggeber gegenübertrat. Es war keinen Augenblick zu früh. Die „Neue Freie Presse" begannen schon die österreichischen Serben der Mitwisserschaft zu beschuldigen und deuteten an, daß auch die Tschechen in die „serbische Verschwörung" verwickelt seien. Man war auf dem besten Weg, in eine „Anti-Serben-Hetze" großen Stils hineinzugleiten, die vielleicht auch noch zu einem Krieg geführt hätte.

Nach der Masarykschen Untersuchung der Prozeßmate-

rialien und der „Geheimdokumente", auf die Aehrenthal und Friedjung ihren Vorstoß gegründet hatten, blieb von der ganzen „Verschwörung" nichts übrig. Der Prozeß flog auf, die Angeklagten wurden zwar noch verurteilt, mußten aber freigelassen werden, das Verfahren wurde neu aufgenommen und wegen „erwiesener Unhaltbarkeit der Anklage" schließlich eingestellt. Friedjung, der von den kroatischen Abgeordneten des österreichischen Parlaments zusammen mit dem Chefredakteur der „Reichspost", Funder, wegen Beleidigung verklagt worden war, mußte vor Gericht zugeben, daß er den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen nicht antreten könne, und redete sich darauf aus, „im guten Glauben gehandelt zu haben". Im Parlament bezichtigte Masaryk Aehrenthal und die ungarischen Minister öffentlich der Fälschung, ohne daß die Angegriffenen in der Lage gewesen wären, sich zu verteidigen. Die österreichische Regierung stand vor der ganzen Welt als Fälscher und Provokateur entlarvt da.

Die bosnische Krise und der Agramer Hochverratsprozeß waren ein Schritt weiter auf dem Wege in den Abgrund. Innenpolitisch erreichte die Regierung genau das Gegenteil von dem, was sie gewollt hatte. Eines ihrer Ziele war es gewesen, die noch schwankenden Kroaten, in deren Reihen man trotz allem immer von neuem auf Hilfe durch Österreich, auf eine Verständigung mit den Ungarn auf Kosten der Serben hoffte, von den Serben zu trennen. Der Agramer Prozeß machte Serben, Kroaten und Slowenen noch enger zusammen. Den südslawischen Völkern war gezeigt worden, daß die Regierung zu jedem Mittel und zu jedem Verbrechen bereit war, wenn es sich darum handelte, die Stellung der Slawen zu schwächen. Auch jene, die bisher nicht bereit gewesen waren, an die Serben in und außerhalb der Monarchie zusammenzudenken, begannen zu erkennen, daß ein gemeinsames Vorgehen der Südslawen die einzige Lösung war. Gleichzeitig war — vor allem durch das Auftreten Masaryks — die Solidarität zwischen den Tschechen, den Südslawen und in gewissem Maße auch den Polen gestärkt worden. Sie alle hatten gesehen, was ihnen eines Tages drohen konnte.

Österreich hatte lange auch unter den Angehörigen der anderen Nationen von seinem Ruf gezehrt, ein kultivierter, ein anständiger europäischer Staat" zu sein, in dem man trotz aller politischer Meinungsverschiedenheiten im großen und ganzen dennoch mit sauberen und verfassungsmäßigen politischen Methoden arbeitete, sich weder der Methode des Terrors noch der Korruption noch der Fälschung bediente — kein „Zarismus", aber auch „kein Ungarn" war. Dieser Glaube hatte nun einen schweren Stoß erhalten.

Außenpolitisch waren die Folgen noch ernster. Die Spannung zwischen Deutschland auf der einen, Frankreich und England auf der anderen Seite war schon seit einigen Jahren sehr stark. Frankreich und England hatten bereits einen Pakt gegenseitiger Unterstützung abgeschlossen, der sich gegen Deutschland richtete. Deutschland verstärkte seinen Flottenbau — eine eindeutig gegen England gerichtete Handlung, die mit gleicher Münze erwidert wurde; Deutschland verlangte einen Anteil an den nordafrikanischen Kolonien, was es wieder in eine scharfe Kampfstellung gegen Frankreich brachte, während Frankreich eine ständige Propaganda für die Rückgabe Elsaß-Lothringens aufrechterhielt. In Südafrika, in Ostasien, in der Türkei stießen englische und deutsche Interessen zusammen. Rußland gehörte der französisch-englischen Mächtegruppe an. Seine Aufgabe war es, im Falle eines Konfliktes zwischen Frankreich und Deutschland in Westeuropa vom Osten her eine zweite Front gegen Deutschland zu schaffen, aber es selbst hatte, von allgemeinen machtpolitischen Erwägungen abgesehen, an einem deutsch-französischen Konflikt nicht vital interessiert. Die Haltung Österreichs gegenüber Serbien, seine nun offen gezeigte Absicht, den „Marsch nach dem Balkan" anzutreten, und die slawischen Völker des Balkan zu unterwerfen, und die deutsche Unterstützung, die es dabei erhielt, gaben den Vertretern der englisch-französischen Politik in Rußland nun eine gute und allgemein verständliche Begründung für ihre Haltung. Sie konnten jetzt auf eine reale Bedrohung der russischen Interessen auf dem Balkan durch Österreich und Deutschland hinweisen und an die Solidarität gegenüber

den unterdrückten slawischen Völkern, vor allem Serbien, appellieren. Für die deutsche Regierung war die Entwicklung ebenfalls außerordentlich vorteilhaft. Wilhelm II. hatte die feste Absicht, den Krieg gegen Frankreich an einem ihm geeignet scheinenden Zeitpunkt zu beginnen, der deutsche Generalstab wußte, daß Rußland auf englisch-französischen Druck hin ebenfalls in den Krieg eintreten würde, und fürchtete, dann einen Zweifrontenkrieg führen zu müssen. Der gleichzeitige Ausbruch eines Krieges zwischen Österreich und Rußland konnte die Drohung im Osten außerordentlich verringern und den russischen Stoß durch einen österreichischen Gegenstoß neutralisieren. Es ist zweifelhaft, ob der deutsche Generalstab in diesem Zeitpunkt wirklich unmittelbare Eroberungspläne im Osten hatte und den ganzen „Vorstoß nach dem Balkan" sehr ernst nahm, aber Österreichs aggressive Haltung war für ihn eine gottgesandte Gelegenheit. Auf diese Weise war Österreich im Kriegsfalle gezwungen, für Deutschland die russischen Kastanien aus dem Feuer zu holen, während Deutschland verhältnismäßig in Ruhe im Westen kämpfen konnte — und wenn Österreich dabei militärisch und politisch schließlich zugrunde ging, war es vom Standpunkt des deutschen Waffenbruders aus auch kein großes Unglück. Inzwischen hatte man im Westen gewonnen und konnte dann Deutschland in Ruhe aufsammeln, was von Österreich und seinen eventuellen Eroberungen übrig war. Und — das war im Augenblick vielleicht das angenehmste — es war Österreich selbst, das sich ohne Überredung und ohne diplomatischen Druck, ja sogar mit Dank für die „Nibelungentreue" den Kopf in die Schlinge steckte.

Das Resultat dieses nun gefestigten österreichisch-deutschen Bündnisses waren die geheimen militärischen Besprechungen zwischen Österreich und Deutschland im Jahre 1909, im Verlaufe derer Österreich sich verpflichtete, im Falle eines Krieges sofort eine Offensive zu unternehmen, um der deutschen Armee die Möglichkeit zu geben, ihrerseits im Westen eine Offensive durchzuführen. 1914 wurde auch nach dem Plan von 1909 vorgegangen. Allerdings entwickelten sich die Dinge anders als die beiden Partner es vorausgesehen hatten.

Ab 1909 wußte man, daß der große europäische Krieg nicht mehr aufzuhalten war. Der deutsch-englische Wirtschaftsgegensatz hatte immer schärfere Formen angenommen, deutsches und englisches Kapital bekämpften einander in der ganzen Welt, in den Kolonien, in den halbkolonialen Ländern und in Europa. England versuchte, das deutsche Kapital von den asiatischen und südamerikanischen Märkten fernzuhalten. Deutschland versuchte sich, durch die Einbeziehung des Balkan und der Türkei in seine Einflußsphäre, durch den projektierten Bau der Bagdadbahn Englands Verbindung mit dem Nahen und Fernen Osten zu durchbrechen und zugleich selbst einen entscheidenden Einfluß auf eines der größten Erdölgebiete der Welt, auf Persien, zu gewinnen. Der zweite Konflikt war der zwischen Deutschland und Frankreich. Die deutschen Industriellen wünschten die Angliederung des französischen Erzbeckens in Ostfrankreich an die deutschen Kohlengebiete, während die französischen Industriellen das gleiche mit umgekehrten Vorzeichen, die Angliederung des kohlenreichen Ruhrgebietes an Frankreich, wünschten. In beiden Ländern wußte man, daß die geplante Angliederung nur durch einen Krieg möglich war, und in beiden wünschten Industrielle und Bankiers diesen Krieg. Außerdem trafen deutsch-französische Wirtschaftsinteressen in Nordafrika und österreichisch-französische Wirtschaftsinteressen am Balkan aufeinander. Und schließlich gab es einen dritten Gegensatz. Österreichs und Deutschlands Streben, nach dem Balkan und darüber hinaus nach der Türkei und dem Nahen Osten vorzudringen, brachte diese beiden Länder in Gegensatz zum zaristischen Rußland, das die gleichen Bestrebungen hatte.

1904 wurde ein englisch-französisches Bündnis abgeschlossen und schon 1905 fanden die ersten gemeinsamen Besprechungen der Generalstäbe beider Länder statt. 1907 trat Rußland dem Bündnis bei. Dieser neuen Entente, der — inoffiziell — Belgien und später im Fernen Osten Japan beitraten, stand das Bündnis der sogenannten Mittelmächte gegenüber — Deutschland, Österreich, die Türkei und später auch Bulgarien.

Der Rüstungswettlauf begann. Deutschland und England

rivalisierten miteinander im Bau immer größerer und modernerer Kriegsschiffe. Die Zahl der Landstreitkräfte stieg ebenfalls rasch an. Der Friedensstand der französischen und russischen Armeen betrug 1899 1,4 Millionen, 1907 1,5 Millionen, 1914 2,2 Millionen Mann. Die Armeen Österreich-Ungarns und Deutschlands zählten 1899 950000, 1907 1,1 Millionen, 1914 1,3 Millionen. Die Höhe der für Rüstungen ausgegebenen Beträge erhöhte sich ebenfalls rasch, 1913 zum Beispiel beschloß Deutschland eine Sondersteuer von einer Milliarde für Rüstungszwecke. Dies alles zeigte, wie nahe der Krieg war, denn die Wirtschaftsfachleute in allen Ländern waren sich darüber klar, daß kein Land und keine Ländergruppe einen solchen Rüstungswettlauf auf die Dauer finanziell aushalten konnte.

In den Jahren vor 1914 gab es immer wieder internationale Konflikte, politische Krisen, während derer es schien, als würde der Krieg jede Stunde ausbrechen. Der deutsch-französisch-englische Konflikt in Tunis, der mit dem drohenden Erscheinen des deutschen Kanonenbootes „Panther" vor Agadir — und beinahe mit einer Seekanonade — endete, die Balkankriege Bulgariens und Serbiens gegen die Türkei und zwischen Serbien und Bulgarien 1913, im Verlauf deren Österreich den vergeblichen Versuch machte, nach Saloniki vorzudringen, und alle europäischen Mächte Gewehr bei Fuß standen, bereit, bei der ersten besten Gelegenheit einzugreifen, all das waren nur die letzten Stationen vor dem großen Krieg.

Im Innern der Monarchie selbst hatten die Dinge begonnen und wild dahinzutreiben begonnen und niemand vermochte mehr, aufzuhalten. In Ungarn herrschte eine fast offene Diktatur der Regierung. In Böhmen war das Standrecht in Permanenz verhängt. Das Parlament in Wien trat zusammen, es debattierte, stimmte ab, aber es war wie ein Gespenst im Parlament. Niemand beachtete es mehr, niemand erwartete eine Lösung von ihm. Regiert wurde mit Notverordnungen.

Im Juni 1914 wurde der Erzherzog Ferdinand auf einer Inspektionsreise in Sarajewo von einem serbischen Studenten erschossen. Der österreichische Generalstab sah die Gelegenheit

[illegible] mit Serbien abzurechnen. Ein Ultimatum wurde gestellt, dessen Annahme praktisch die Aufgabe der serbischen Souveränität bedeutet hätte. Serbien lehnte ab. Zum Erstaunen des österreichischen Generalstabs, der angenommen hatte, daß Rußland nicht kriegsbereit sei, stellte sich Rußland auf die Seite Serbiens und mobilisierte seine Truppen. Die russische Mobilisierung folgte der österreichischen, die französische und englische der russischen. Alle Mächte behaupteten später von sich, sie hätten den Krieg nicht gewollt. Die Behauptung ist richtig. Sie alle hatten ihn für etwa ein Jahr später geplant.

Am 28. Juli 1914 erklärte Österreich Serbien den Krieg. Am 1. August kam die deutsche, am 6. die österreichische Kriegserklärung an Rußland. Am 3. August folgte die deutsche Kriegserklärung an Frankreich und deutsche Truppen marschierten in neutralen Belgien ein. Am 4. August begann der Krieg zwischen Deutschland und England, die englische Kriegserklärung an Österreich-Ungarn kam am 12., die französische am 12. August. Am 23. und 27. August folgte die japanische Kriegserklärung an Deutschland und Österreich. In der Geschichte des alten Kaiserreichs hatte das letzte Kapitel begonnen.

DER WELTKRIEG

Der Krieg begann mit Siegesfanfaren. In den Straßen Wiens sang man das Lied von Prinz Eugen, dem edlen Ritter, und daß die österreichische Armee, wie Eugens Heere, schon vor den Toren der „Stadt und Festung Belgerad". Die Zeitungen brachten die ersten Bulletins des Generalstabschefs, die vom planmäßigen Vormarsch der kaiserlichen und königlichen Truppen berichteten, und in den Kaffeehäusern und auf den Straßen der Hauptstadt erzählte man sich: „Spätestens zu Weihnachten ist es zu Ende." Das Leben in Wien ging weiter, als wäre fast nichts verändert. Die Friedensuniformen der Kellner in den Kaffees und Restaurants hatten den Kriegs-

uniformen Platz gemacht, die Zeitungen brachten mehr Extrablätter und in den Arbeitervierteln hatten viele Väter und Söhne ihre Rucksäcke und Köfferchen gepackt und waren fortgegangen. Aber die Lichter der Stadt brannten so hell wie eines bei Sacher saßen noch immer die Offiziere mit Damen in großen Hüten und Federboas, die Hufe der Fiakerpferde klapperten noch die Hauptallee entlang, die Märkte waren noch voll mit Obst, Fleisch, Gemüse und Geflügel, man aß noch das Frikstücksgulasch, trank noch seinen Wein oder seinen Kaffee mit Schlag und in Schönbrunn saß noch immer das Sinnbild der Unvergänglichkeit der Monarchie, der alte Kaiser, wie er seit 65 Jahren gesessen war. Viele hatten immer wieder gesagt, daß das alte Österreich zerbrechen, die alte Zeit auf immer vergehen mußte. Aber nur wenige wußten, daß dies das Ende war.

Im Generalstab und in der Regierung war man nicht so optimistisch, wie man sich nach außen hin gab. Die Dinge standen von Beginn an schlecht. Obwohl die österreichische Regierung auf den Krieg gewartet und ihn schließlich durch ihr Ultimatum selbst ausgelöst hatte, war man militärisch nicht vorbereitet. Die Armeen gingen schlecht ausgerüstet und schlecht bewaffnet ins Feld, manche Verbände mußten in Friedensuniform ausrücken und — was noch ärger war — mit zu wenig Geschützen und Munition. Der Plan des deutschen und des österreichischen Generalstabs vom Jahre 1909 — Österreich sollte durch eine Offensive im Osten die russische Armee aufhalten, während Deutschland im Westen angriff — mißlang von vornherein. Die österreichische Armee in Galizien sah sich mit 526 Bataillonen einer russischen Armee von 752 Bataillonen gegenüber. Aus der geplanten Offensive wurde eine Defensive und das deutsche Oberkommando war sogar gezwungen, Truppen nach Ostpreußen zu werfen, um einen drohenden russischen Durchbruch aufzuhalten. Auch nach der Schlacht von Tannenberg, in der die russische Armee in Ostpreußen geschlagen wurde, war das österreichische Oberkommando gezwungen, weiter um deutsche Truppenhilfe im Osten zu bitten.

Der Krieg hätte vielleicht noch gewonnen werden können, wenn es dem deutschen Generalstab gelungen wäre, im Westen die rasche Zerschlagung der französischen Armeen und die Eroberung von Paris zu erreichen. Aber nach anfänglichen Erfolgen im Westen kam in der Marneschlacht (5. bis 10. September 1914) der deutsche Angriff zum Stehen. Es begann der Stellungskrieg, der große Truppenmengen band und bis zum Jahre 1918 dauerte.

Der Koalition der sogenannten Mittelmächte (Deutschland, Österreich, seit Oktober 1914 Bulgarien und seit November des gleichen Jahres die Türkei) stand die Entente gegenüber, der Rußland, Serbien, England, Frankreich, Belgien und Japan angehörten. Wirtschaftlich war die Entente den Mittelmächten überlegen, sie verfügte über größere Ressourcen, hatte mehr Menschen und ihr industriell-militärisches Potential (die Möglichkeit, ihre militärische Stärke weiter zu vergrößern) war höher. Die Mittelmächte hatten nur dann eine Chance, den Krieg zu gewinnen, wenn sie ihn rasch gewannen, noch ehe die Gegenseite ihre militärischen und industriellen Reserven entwickeln konnte. Aber schon im Herbst 1914 zeigte sich, daß mit einem raschen Sieg nicht zu rechnen war.

Die österreichische Offensive in Serbien war etwas erfolgreicher, die österreichisch-ungarischen Truppen stießen vor und nahmen am 2. Dezember Belgrad. Aber schon 14 Tage später mußte es wieder geräumt werden. Die Offensive war zusammengebrochen.

Ebenso ernst wie die Mißerfolge auf militärischem Gebiet waren die Rückschläge auf diplomatischem. Bis zum August 1914 hatte, wenigstens der Form nach, ein deutsch-österreichisch-italienisches Bündnis, der sogenannte Dreibund, existiert. Während der ganzen Zeit der Existenz dieses Dreibunds waren die Beziehungen zwischen den beiden Verbündeten Österreich und Italien gespannt. Österreich besaß eine Reihe von Gebieten, vor allem die Provinzen Trient und Triest, auf die Italien Anspruch erhob. Außerdem fühlte sich Italien mit den italienischen Minderheiten in Österreich national verbunden, und die Behandlung dieser Minderheiten durch Österreich gab ständig

Stoff zu Konflikten. Italien hatte schon 1902 mit Frankreich ein Geheimbündnis abgeschlossen, in dem es sich verpflichtete, im Fall eines Krieges zwischen Frankreich auf der einen und Deutschland und Österreich auf der anderen Seite, neutral zu bleiben. Bei Kriegsausbruch erklärte es seine Neutralität, die aber von vornherein eine ,,freundliche Neutralität" gegenüber den Allianzmächten war und Frankreich die Möglichkeit gab, die französisch-italienische Grenze fast ganz von Truppen zu entblößen. In Verhandlungen mit den Mittelmächten erklärte es sich zu ihrer Unterstützung bereit, falls Österreich Trient und Triest abtreten würde. Die deutsche Regierung war für die Annahme dieser Bedingungen, Österreich jedoch lehnte, vor allem unter ungarischem Druck, ab. Schon einige Monate nach Kriegsausbruch begannen die Verhandlungen zwischen Italien und der Entente, und im Londoner Geheimvertrag wurden Italien schließlich Triest, Trient, Dalmatien und Südtirol garantiert. Im Mai 1915 erklärte Italien Österreich-Ungarn den Krieg. Von dieser Zeit an war ein beträchtlicher und immer größer werdender Teil der österreichisch-ungarischen Armee im Isonzogebiet (zwischen Triest und Venedig) gebunden. Der Gebirgskrieg, der furchtbare Menschenopfer kostete, führte trotz elf schweren Isonzoschlachten bis zum Ende zu keiner Entscheidung. Auch hier blieb die Front stationär.

Rumänien, das ebenfalls als Bedingung für die Nicht-Teilnahme am Krieg gegen die Mittelmächte Gebietsansprüche stellte (es verlangte vor allem Siebenbürgen), trat im Jahre 1916 an der Seite der Alliierten in den Krieg ein. Auch hier hatte Deutschland, das zu Konzessionen auf Kosten seines österreichischen Verbündeten durchaus bereit war, die rumänischen Forderungen unterstützt, auch hier war die Forderung vor allem am ungarischen Widerstand gescheitert. Der ungarische Premierminister Tisza war bereit, den siebenbürgischen Rumänen wenigstens einige kulturelle Konzessionen zu geben, aber auch dieser Vorschlag scheiterte am Widerstand der Majorität der ungarischen Regierung.

Im November 1914 brach der österreichische Widerstand

in Galizien zusammen. Die Festung Przemysl wurde eingeschlossen, der russische Vormarsch begann und russische Truppen drangen bis nach Nordungarn vor. Der österreichische Generalstab war gezwungen, wieder an den deutschen Generalstab zu appellieren und um Hilfe zu bitten. Durch eine gemeinsame deutsch-österreichische Gegenoffensive gelang es, den russischen Angriff zum Stehen zu bringen. Die Operationen im Osten und Südosten wurden unter das Kommando Mackensens gestellt, die österreichischen Regimenter durch eingeschobene deutsche Einheiten ,,korsettiert". Im Verlauf des Jahres 1915 hatten die Mittelmächte im Osten große Erfolge. Belgrad wurde wieder erobert, die serbische Armee bis ans Meer gedrängt und zersprengt, die Bukowina, die von den Russen besetzt worden war, zurückgenommen. Die russische Gegenoffensive, die zum Ende 1915 und Anfang 1916 am Pruth unternommen worden war, wurde zum Stehen gebracht und 1916, nach dem Eintritt Rumäniens in den Krieg, nahmen die Mittelmächte Bukarest und besetzten das Land, während Deutschland allein im Norden Warschau, Lublin, Grodno und Luck nahm und bis Brest-Litowsk vordrang.

Die Erfolge im Osten und Südosten wurden für Österreich mit einer völligen Unterstellung unter das deutsche Oberkommando erkauft. Die deutschen Heerführer waren die faktischen Kommandanten der Operationen auch der österreichischen Armee, und 1916 wurde auch formell Hindenburg zum Oberbefehlshaber aller Truppen von der Ostsee bis nach Tarnopol ernannt. Schon 1916 war die österreichische Armee völlig mit der deutschen verfilzt. Einige Male, als die Deutschen vermuteten, daß die österreichische Regierung mit dem Gedanken spielte, Verhandlungen mit den Allianzmächten zu beginnen — das britische Außenamt dachte zum Beispiel eine Zeitlang daran, Österreich durch die Übergabe von Schlesien nach dem Kriege auf die Seite der Alliierten zu ziehen —, drohten sie ganz offen, im Falle eines Sonderfriedens Österreich einfach zu besetzen. Auch wenn bei dieser Drohung ein großer Teil Bluff war, war es ab 1915 für Österreich viel schwerer, eine selbständige Kriegspolitik zu führen, als zuvor. Der imperia-

Partei, entdeckte sogar, daß der Krieg dem Fortschritt diene und der österreichische Generalstab ein Vollstrecker dieses Fortschritts sei. Renner erklärte damals, der Erfolg der österreichischen Kriegführung habe gezeigt, daß die nationalen Bestrebungen der nichtösterreichischen Völker erledigt seien. Der „Staatsgedanke" habe „über das Nationalitätenprinzip gesiegt", der Gedanke der Zerschlagung der Monarchie und der Gründung von Nationalstaaten sei zur „reaktionären Utopie geworden", und im Verlauf der „mitteleuropäischen Schützengrabengemeinschaft" würden Dynastie und Generalstab das historisch fortschrittliche „übernationale mitteleuropäische Imperium unter deutscher Führung" schaffen. Die Partei begrüßte in anderen Verlautbarungen den Krieg nicht direkt, sie erklärte aber, daß man sich ins Unvermeidliche fügen müsse, daß die Kräfte, die zum Krieg getrieben hätten, stärker gewesen seien als die Kräfte der Arbeiterschaft und daß ein Widerstand gegen den Krieg jetzt nur nutzlose Opfer kosten würde. Sie vertröstete die Arbeiterschaft auf die Zeit nach dem Kriege. Die Gewerkschaftsführung war jedoch weit offenherziger. Sie erklärte, daß die Gewerkschaften im Kriege für den kriegführenden Staat eine Hilfe seien. „Die Gewerkschaften erfüllen in solchen ernsten Zeiten eine Reihe von Aufgaben, die sie der Staatsverwaltung abnehmen. Ohne die Unterstützungsarbeit der Gewerkschaften würden die ohnehin nur allzu berechtigten Ansprüche der Arbeiterbevölkerung an die Staatsverwaltung noch eine erhöhte Berechtigung erfahren, welcher nicht Rechnung zu tragen dieser nur sehr schwer möglich wäre", hieß es in der Kundgebung der Gewerkschaften am 8. August 1914. Die Organisationen der Arbeiterschaft priesen sich selbst also beim Staat, der einen imperialistischen Krieg führte, an, weil sie ihm — Arbeit und Geld ersparten! Es paßte gut dazu, wenn die Gewerkschaften im gleichen Manifest den Arbeitern rieten, „die Einleitung und Fortführung von Lohnbewegungen zu unterlassen".

Die österreichische Sozialdemokratie hatte, wie alle anderen sozialdemokratischen Parteien der Welt, noch wenige Wochen vor Kriegsausbruch die Arbeiterschaft aufgefordert, den Ausbruch des Krieges, wenn notwendig mit Gewalt, mit der Waffe des Generalstreiks zu verhindern. So wie sie und die deutschen Sozialdemokraten bei Kriegsausbruch auf die Seite ihres kriegführenden Bürgertums übergegangen waren, hatten auch die sozialdemokratischen Parteien Frankreichs, Englands, fast aller kriegführenden Länder vor ihrem Bürgertum kapituliert und sich an die Seite der Vaterlandsverteidiger gestellt. Es gab nur sehr wenig Ausnahmen — die kleine serbische und bulgarische sozialdemokratische Fraktion, die im Parlament gegen die Kriegskredite stimmten, und die Bolschewiki in Rußland, die ebenfalls im Parlament eine Demonstration gegen den Krieg durchführten und die Arbeiterschaft aufforderten, mit allen Mitteln gegen den Krieg und für den Sturz der eigenen Regierung, die ihn verschuldet hatte, zu kämpfen. Die Bolschewiki waren die einzige große Partei, die geschlossen gegen den Krieg auftrat, aber in einer Reihe anderer sozialdemokratischer Parteien entstand schon zu Beginn eine linke Opposition, die die Haltung der sozialdemokratischen Parteien als Verrat an der Sache der Arbeiter bezeichnete, die erklärte, daß der Krieg der imperialistischen Mächte die Arbeiter nichts angehe, und etwas später die Losung aufstellte, „Der Feind steht im eigenen Land". Zu diesen Oppositionellen gehörten in Deutschland vor allem eine Gruppe sozialdemokratischer Funktionäre: Rosa Luxemburg, Klara Zetkin, Haase, später Franz Mehring und Ledebour unter Führung des Abgeordneten Karl Liebknecht, der schon bei der zweiten Abstimmung als einziger gegen weitere Kriegskredite stimmte.

In der österreichischen Sozialdemokratischen Partei gab es ebenfalls eine Opposition gegen die Haltung der Partei, eine Haltung, die 1914 durch den Jahresbericht der Wiener Polizeidirektion offenherzig folgendermaßen charakterisiert wurde:

„Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei ist bis zum Ende 1914 eine durchaus loyale gewesen. Zur theoretischen Rechtfertigung der Anteilnahme der Sozialdemokratie an dem Kriege proklamierte die deutsche und die polnische Partei

denselben als einen Kampf gegen den Zarismus, an dessen Niederlage auch die Genossen Westeuropas ein Interesse hätten. Die tschechischen Sozialdemokraten fügten sich resigniert in die Situation.

Gleichwie in Deutschland nahm auch hierzulande die Sozialdemokratische Partei an der nunmehr einsetzenden sozialen Fürsorge Anteil; in der Parteipresse wurde intensiv das Problem der Approvisionierung erörtert und die Gewerkschaften betätigten sich eifrig an den Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit."

Die Opposition stand unter der Führung Friedrich Adlers, des Sohnes Viktor Adlers. Aber während die Bolschewiki in Rußland und die Linken in Deutschland den aktiven Kampf gegen den Krieg und die eigenen kriegführenden Regierungen forderten, trat Friedrich Adler bei aller richtigen Verurteilung der Haltung der Partei nur für eine passive Ablehnung des Krieges ein. In einem Memorandum an den Parteivorstand der deutschösterreichischen Sozialdemokratie im August 1914 schrieb er: „Die entscheidende Frage heute ist: Wollen wir in dem Krieg Partei nehmen? Wollen wir für ein Lager uns begeistern, wollen wir den Kriegsenthusiasmus stimulieren oder wollen wir den Herrschenden einzig und allein die Verantwortung überlassen, wollen wir schweigen und entschlossen warten, bis die Stunde kommt, wo wieder das Proletariat zu sprechen haben wird? Für die, die allerletzten Endes international sind, denen die Befreiung des Proletariats der tiefste Inhalt ihres Lebens ist, für diese gibt es nur den zweiten Weg."

Und im Dezember 1915: „... Im komplizierten Gesamtkomplex des Weltkrieges gibt es kein eindeutiges Ziel im Interesse der Demokratie Europas... Für sie gibt es in diesem Kriege nur eine Politik striktester Neutralität."

Die Opposition Friedrich Adlers war ehrlich und menschlich mutig. Das bewies er im Jahre 1916, als er, als Protest gegen den Krieg und die Innenpolitik der Regierung, die noch immer mit dem Notverordnungsparagraphen regierte, einen der Hauptverantwortlichen, den Innenminister Stürgkh, niederschoß. (Er wurde vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt, dann zu

einer langen Zuchthausstrafe begnadigt.) Aber sie führte in eine Sackgasse. Das „schweigende und entschlossene Warten", die „strikte Neutralität" der Arbeiterschaft tat den Kriegführenden nicht weh, verkürzte den Krieg nicht um einen Tag. Was den Krieg wirklich verkürzte, war der Kampf gegen die eigene Regierung, waren Streiks, Demonstrationen, schließlich die Weigerung, für den Krieg weiterzuarbeiten und weiterzukämpfen, die Massendesertion, die die Kriegführenden zur Beendigung des Krieges zwingen konnte. Aber all diese Dinge forderten Adler und seine Oppositionsgruppe nicht — und damit ließen sie die Arbeiter führungslos, die schon 1916 einen Kampf um die Beendigung des Krieges zu fordern begannen.

Die Lage im Innern der Monarchie sah also folgendermaßen aus: Die Monarchie hatte sich offen Deutschland unterworfen. Die bürgerlichen Parteien hatten sich als Vertreter der Kriegspolitik erklärt und sich als „Teil der deutschen Nation" bekannt. Die Sozialdemokratische Partei hatte — etwas verklausuliert — das gleiche getan, und selbst diejenigen, die mit dieser Politik nicht einverstanden waren, schlugen keine Gegenlösung vor. Für die nichtösterreichischen Völker der Monarchie — mit Ausnahme der Ungarn, die sich nun ebenfalls ganz offen als Staatsvolk von Transleithanien deklarierten — war nichts mehr zu hoffen. Ein deutschösterreichischer Sieg würde sie für alle Zeiten unter die deutschösterreichische oder ungarische Herrschaft bringen und ihre nationale Entwicklung ersticken. Die einzige Lösung für sie war, auf die Niederlage der Mittelmächte hinzuarbeiten und — so rasch als möglich — ihre Länder von Österreich loszulösen.

Selbst wenn die Führer der nationalen Parteien der Tschechen, Kroaten, Slowenen, Rumänen und anderer Völker sich über diese Notwendigkeit nicht klar gewesen wären (und viele von ihnen, vor allem die Führer der tschechischen Rechten, die Slowenen und die Kroaten zögerten noch eine Weile, spielten noch geraume Zeit mit dem Gedanken, doch noch die Verwandlung Österreichs in eine Völkerföderation zu erreichen), hätte sie die Volksbewegung in den nichtösterreichischen

Ländern über kurz oder lang dazu gezwungen. Denn während es in Österreich in den ersten zwei Jahren so gut wie keinen Widerstand der Bevölkerung gegen den Krieg gab, begann insbesondere in Böhmen und Mähren schon in den Augusttagen 1914 eine starke Opposition gegen den Krieg. Für den tschechischen oder slowakischen Bauern, Gewerbetreibenden oder Arbeiter war der Krieg etwas viel weniger Kompliziertes, etwas viel Eindeutigeres als für viele seiner politischen Vertreter — es war der Zwang, für die Fremden, die „Deutschen", kämpfen zu gehen, für eine fremde, verhaßte Sache Hunger, Kälte, Wunden und Tod auf sich zu nehmen und unter „deutschem" Kommando und für deutsche Eroberungen auf Russen und Serben zu schießen — seine slawischen Brüder, deren Sprache er verstand und denen er sich verwandt fühlte. Während man auf den Straßen Wiens das Lied vom „Prinz Eugen" sang, sang man in Prag, in Brünn und in anderen Orten nicht ganz so laut — denn es herrschte Standrecht —, aber immerhin vernehmlich „Hej Slovane" mit den verbotenen Strophen, die besagten, daß „bald die Russen und Franzosen kommen und uns befreien werden". Auf dem Lande sang man das traurige Lied vom „Cerveny Satecek", vom roten Tüchlein:

„Tüchlein, mein rotes, dreh dich herum,
muß in den Krieg gehn und weiß nicht warum —
sterben für Österreich, Österreich, Österreich,
sterben für Österreich — und weiß nicht warum",

und in der Slowakei das ebenso traurige Lied von den „Smutny Casy", den traurigen Stunden, die beginnen, weil der fremde Krieg gekommen ist. Es fällt sehr schwer, wenn man vom Weltkrieg und seiner Wirkung auf die Tschechen und Slowaken spricht, nicht den braven Soldaten Schwejk, dieses geniale tschechische Antikriegsbuch von Jaroslav Hašek, zu zitieren. Der „Brave Soldat Schwejk" ist sicher kein historisches Quellenwerk, aber die „Schwejkowčina", die er beschreibt, diese stille, fast liebenswürdige Sabotage unter dem Deckmantel des größten k. u. k. Patriotismus, der größten Loyalität, die

schließlich zu einem völligen Chaos auf der Gegenseite führen muß, hat es von Anfang an in Böhmen und Mähren tatsächlich gegeben. Aber es gab mehr als Sabotage. Schon in den ersten Monaten des Krieges begannen tschechische und slowakische Soldatengruppen überzugehen, tschechische und slowakische Regimenter den Gehorsam zu verweigern. Das 11., das 36. und 88. tschechische und das 13. und 73. slowakische Regiment weigerten sich anzugreifen und wurden von österreichischen und ungarischen Truppen umstellt und zusammengeschossen. Täglich wurden einzelne Überläufer und Kriegsdienstverweigerer standrechtlich gehängt, aber trotz alledem wuchs die Bewegung weiter. Schließlich ging im April 1915 das Prager Hausregiment, das berühmte 28. Infanterieregiment, mit wehenden Fahnen und mit der Regimentskapelle an der Spitze zu den Russen über, wofür es nachträglich „strafweise" vom Oberkommando aufgelöst wurde. Nach der Affäre mit dem 28. wurden die tschechischen Regimenter mit ungarischen und österreichischen Einheiten gemischt und durch deutsche Gruppen „verstärkt". Trotzdem gab es weiter Massenübergänge, wenn auch nicht mehr in so großem Ausmaß.

Während die Regierung es sich leisten konnte, die österreichischen Parteien, einschließlich der österreichischen Sozialdemokratie, mit Glacéhandschuhen anzufassen — mit Ausnahme des Todesurteils gegen Friedrich Adler, der immerhin einen Innenminister erschossen hatte —, es in den ersten Jahren nicht eine schwere Verurteilung, geschweige denn ein Todesurteil gegen Vertreter der österreichischen Linken gab, gab es in den nichtösterreichischen Gebieten eine Terrorpolitik, die zwar nicht ganz an die Deutschlands in diesem Krieg heranreichte, aber sich immerhin auch an ihrer Seite sehen lassen kann. In Böhmen und Mähren wurden viele Tausende verdächtiger Personen ohne Urteil jahrelang interniert, und manchmal genügte eine bloße Bemerkung oder eine Denunziation, um zu den „Verdächtigen" gezählt zu werden. Die Zahl der gegen Tschechen und Slowaken verhängten standrechtlichen Todesurteile beträgt nach tschechischen Angaben an 5000. Anderswo war sie noch weit höher. Während die

Militärautoritäten in Böhmen und Mähren immerhin unter einer gewissen öffentlichen Kontrolle standen und sich einen gewissen Zwang auferlegen mußten, konnten sie ,,weit fort" in Galizien, der Bukowina und in den serbischen und kroatischen Gebieten der Monarchie so ziemlich alles tun, was sie wollten. In Galizien und der Bukowina genügte oft der bloße Verdacht einer Zusammenarbeit mit den Russen, ja prorussischer Sympathien, um ganze Familien dem Henker auszuliefern. Die im Kriege kolportierten Bilder von k. u. k. Offizieren, die mit der Zigarette in der Hand, vor einem Galgen, an dem Frauen und Kinder hängen, sich photographieren ließen, sind bekannt. Griechisch-orthodoxe Geistliche galten auf jeden Fall als ,,russische Spione" und viele Hunderte von ihnen wurden ermordet. Der polnische sozialistische Abgeordnete Daszynski erklärte 1918 im Reichsrat, daß die Zahl der Hingerichteten in Galizien allein 30000 betrage. In anderen Gebieten wurden die Einwohner ganzer Dörfer davongejagt und die Dörfer in Brand gesetzt, und Zehntausende von slawischen, rumänischen und italienischen Politikern, Intellektuellen und Arbeitern wanderten in Konzentrationslager in Ungarn oder in der Steiermark.

Vielleicht das Ärgste war, daß all diese Dinge geschehen konnten, ohne daß die österreichischen Parteien — einschließlich der Sozialdemokratie — auch nur einen ernsthaften Versuch machten, das tollgewordene Militär zurückzuhalten und dem Morden Einhalt zu gebieten. Man schwieg über diese Dinge — oder man redete verlegen herum und begnügte sich mit sanften papiernen Verurteilungen. Einige Artikel von Austerlitz in der ,,Arbeiter-Zeitung" und einige Reden von Viktor Adler bilden eine rühmliche Ausnahme. Niemals wurde auch nur der Versuch gemacht, die österreichischen Arbeiter zum Kampf gegen den Terror aufzurufen. Selbst als ein Mitglied der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion, der italienische Abgeordnete Battisti, wegen Landesverrats standrechtlich gehenkt wurde, gab es keinen ernsthaften Protest der österreichischen sozialdemokratischen Parteileitung.

Im Herbst 1914 begann die tschechische Nationalbewegung

ernsthaft für eine Lostrennung Böhmens, Mährens und Schlesiens von der Monarchie und für die Schaffung eines selbständigen Staates zu arbeiten. Während ein Teil der tschechischen Parteien, darunter die Gruppe um den konservativen Abgeordneten Kramař und die sozialdemokratische Gruppe unter Führung Šmerals, noch immer für die Umwandlung Österreichs in eine Föderation eintraten, ging Masaryk im Auftrag eines Teils der tschechischen nationalen Bewegung ins Ausland, um bei den Alliierten die Zusage der Herstellung eines selbständigen tschechischen Staates nach dem Kriege zu erwirken. Im Jahre 1915 bildete sich das ,,Tschechische Auslandskomitee", das die Tschechen zum Kampf um einen selbständigen Staat aufrief und erklärte, daß die Habsburger durch ihre Kapitulation vor den Hohenzollern praktisch abgedankt hätten. Gleichzeitig bildete sich im Lande die Bewegung zur Lostrennung der tschechischen Länder, die ,,Maffia", die unter Führung der tschechischen Volkssozialisten stand. 1916 schlug das aus den Vertretern der inneren und der Auslandsopposition gebildete Nationalkomitee vor, die Slowakei in den neuen Staat einzubeziehen. Im Verlauf des Jahres 1917 bildeten sich im Verband der alliierten Armeen tschechische Freiwilligenabteilungen, die ,,Legionen", die 1917 in Zborow an der russischen Front zum erstenmal selbständig einen militärischen Erfolg errangen. Im Jahre 1918 fand in Rom ein Kongreß der Vertreter der tschechischen, polnischen, südslawischen und rumänischen nationalen Gruppen in Österreich statt, in dessen Verlauf der gemeinsame Kampf dieser Völker um die Zerschlagung der Habsburgermonarchie und die Schaffung neuer Nationalstaaten beschlossen wurde. Im gleichen Jahr wurde der neue tschechoslowakische Nationalrat als Sprecher und oberste Instanz der Tschechen und Slowaken anerkannt, und bald darauf erklärten die Alliierten, die Errichtung eines selbständigen tschechoslowakischen Staates zu einem ihrer Kriegsziele. Im Jänner 1918 hatten in der sogenannten ,,Dreikönigstagung" in Prag die tschechischen Abgeordneten, zusammen mit einer Reihe führender Personen des tschechischen öffentlichen Lebens, sich für einen ,,souveränen, in den historischen

Grenzen der Länder der böhmischen Krone zu errichtenden Staat" erklärt.

Die Unabhängigkeitsbewegung der Südslawen war weniger breit und entwickelte sich langsamer als die der Tschechen. Zu Beginn des Krieges gab es, insbesondere unter den Kroaten, mehrere politische Gruppen, vor allem die Partei des ungarnfreundlichen Dr. Frank, die auf eine Besserstellung der Kroaten auf Kosten der Serben spekulierte und von einem kroatischen Staat im Rahmen der Monarchie träumte, der auch serbische Gebiete einschließen sollte. Die zögernde Haltung der Südslawen hatte vor allem zwei Ursachen: Die schwere Niederlage Serbiens 1914/15, die einen südslawischen unabhängigen Staat unter serbischer Führung oder unter Teilnahme Serbiens illusorisch zu machen schien, und den Londoner Geheimvertrag von 1915, in dem Italien das slawische Dalmatien versprochen worden war und der den Südslawen klarmachte, daß die Westmächte nicht bereit waren, ihren Anspruch auf einen unabhängigen südslawischen Staat zu unterstützen. Trotzdem gingen schon zu Anfang des Krieges Vertreter der Serben und Kroaten ins Ausland und bildeten in London das Jugoslawische Nationalkomitee.

In dieser ganzen Zeit gab es in den südslawischen Gebieten und in den serbischen, kroatischen und slowenischen Truppenteilen in der Armee Sabotage, Agitation gegen den Krieg und Übertritte auf die Seite der Alliierten. In den Reihen der serbischen Armee kämpfte von Beginn an die erste jugoslawische Einheit, die allerdings in den Kämpfen in Serbien aufgerieben wurde. Der immer stärkere Widerstand in der Bevölkerung, auf den das Armeekommando mit barbarischen Repressalien antwortete, die wachsende Abhängigkeit Österreichs von der deutschen Politik, der immer offenere antislawische Kurs, dazu ab 1917 die wachsenden militärischen Mißerfolge der Mittelmächte, beendeten schließlich das Zögern der Vertreter der südslawischen nationalen Bewegung. Dem Kongreß von Rom, in dem das Bündnis aller unterdrückten Völker der Monarchie geschlossen wurde, folgte daher im Juli 1918 die Konferenz von Korfu, bei der die Vertreter Serbiens

und die Vertreter der Serben, Kroaten und Slowenen Österreichs beschlossen, einen gemeinsamen unabhängigen Staat, Jugoslawien, zu schaffen.

Die Rumänen, deren Nationalbewegung nicht sehr stark war, forderten seit der zweiten Hälfte des Krieges das Recht, sich an den rumänischen Staat anzuschließen, die Italiener verlangten das gleiche in bezug auf Italien, und seit dem Eintritt Italiens in den Krieg kämpften ebenfalls Freiwilligenformationen von Italienern aus Österreich in der italienischen Armee. Die Polen, die von Kriegsbeginn an ihren eigenen Staat gefordert hatten, mußten als einzige diesen Staat nicht in Opposition zur Habsburgermonarchie erkämpfen. Seine Gründung, die der deutsche Generalstab schon bei Kriegsbeginn beschlossen hatte (in erster Linie als Schachzug gegen Rußland), wurde im Verlauf des Krieges durchgeführt. Österreich beabsichtigte allerdings, das neue „Königreich Polen" einem Habsburger zu unterstellen.

Zwei Jahre nach Kriegsbeginn, Ende 1916, wurde es langsam klar, daß die Mittelmächte den Kampf nicht mehr gewinnen konnten. Der Krieg stockte an allen Fronten. Im Westen bereiteten sich die deutschen Armeen auf den dritten Winter im Schlamm und im Schnee der flandrischen Schützengräben vor, im Osten gelang es den Armeen, die Offensiven des russischen Oberkommandierenden Brussilow aufzuhalten, aber man kam keinen Schritt vorwärts. An der italienischen Front war die österreichische Armee nicht in der Lage, eine der schwächsten Ententemächte, Italien, vom Isonzo zu verdrängen. Rumänien war in den Krieg eingetreten und die Armeen der Mittelmächte hatten Bukarest besetzt, aber dieser Erfolg war auf einem Kriegsschauplatz nur untergeordneter Bedeutung erzielt worden. Im Süden hatten sich die Alliierten in Saloniki und an den Dardanellen festgesetzt.

Längst war die Zeit vorbei, in der Wien noch in Lichtern erstrahlte, das Leben weiterging, „als sei nichts geschehen". Wien war eine graue, müde, kalte Stadt geworden. Während Schieber und Spekulanten an Kriegslieferungen Millionen verdienten, an Soldatenschuhen mit Pappsohlen, an Soldaten-

decken, die naß gemacht und gedehnt wurden, damit sie die „vorschriftsmäßige" Länge erhielten, und die an der Front rasch wieder einschrumpften, begann der Hunger durch die Arbeiterbezirke zu gehen. In den Zeitungen erschienen Rezepte, die die Güte und den Nährwert des einzigen Gemüses, das es gab, der Wrucken, anpriesen, und die Lebensmittelaufrufe setzten sich zu einem großen Teil aus Haferflocken, Maismehl und Maisgrieß zusammen. In den Spitälern lagen Männer, die mit furchtbaren Erfrierungen von den Karpathen und vom Isonzo zurückgekommen waren, und die Listen der Gefallenen und Vermißten wurden immer länger. Und nun wurde die Militärdienstpflicht auch auf die 18jährigen und die 50jährigen ausgedehnt.

Die Menschen, die zwei Jahre früher ohne Vorbehalte, ohne nachzudenken, die Kriegserklärung akzeptiert hatten, wurden langsam unruhig. Man fragte sich: „Wie lange noch?", „Wohin soll das alles führen?" In der Arbeiterschaft gab es noch keine starke Bewegung, die Sozialdemokratische Partei widersetzte sich nach wie vor allen Streiks und allen Lohnbewegungen und hatte sich auf ihrem Kongreß noch im Jahre 1915 vorbehaltlos zur Unterstützung des Krieges bekannt. Aber in der ganzen Welt begann langsam die Opposition der Arbeiter gegen den Krieg stärker zu werden. In Deutschland hatte Karl Liebknecht offen das Volk zum Kampf gegen den Krieg aufgerufen, auf den Konferenzen in Zimmerwald und Kiental hatten sich zum erstenmal Sozialisten aller Länder getroffen und erklärt: „Dieser Krieg ist nicht unser Krieg", und die Völker aufgefordert, für einen raschen Frieden ohne Annexionen zu kämpfen. Die österreichische Sozialdemokratische Partei war zwar weder in Zimmerwald noch in Kiental vertreten, aber es war unvermeidlich, daß die Nachricht von den beiden Konferenzen auch nach Österreich gelangte und die Menschen, die keinen anderen Ausweg gesehen hatten, als tatenlos auf den Frieden zu warten, zum Nachdenken brachte.

Unter dem Einfluß dieser Stimmung begann ein Teil der österreichischen Parteien für die Aufhebung des Ausnahmezustandes und für die Wiedereinberufung des Parlaments ein-

zutreten. Die Forderung wurde von Stürgkh abgelehnt. Die Antwort darauf war das Attentat Friedrich Adlers gegen Stürgkh.

Das Attentat wirkte wie ein Donnerschlag. Friedrich Adler hatte mit seinem Schuß nur einen individuellen Protest ausgesprochen, und seine Tat zeigte den Arbeitern keinen Ausweg aus dem Krieg, aber sie zeigte den Menschen in ganz Österreich, daß die Ruhe, die im Lande herrschte, nur eine scheinbare Ruhe war und daß unter der Hülle des „Burgfriedens" sich die Bereitschaft zum Widerstand zu entwickeln begann. Die österreichische — und übrigens auch die deutsche — Sozialdemokratie stellte zuerst die Tat Adlers als die Handlung eines Wahnsinnigen dar, aber die Arbeiter ließen sich nicht täuschen. Bei der Verhandlung gegen Adler gab es Streiks und Protestdemonstrationen, nach der Urteilsverkündung ertönten im Gerichtssaal Hochrufe auf Adler und auf die Internationale der Arbeiter, und obwohl im Gerichtssaal und auf der Straße Verhaftungen vorgenommen wurden, dauerten die Demonstrationen noch stundenlang an.

Einige Zeit vorher hatten trotz der Parole der Gewerkschaften, „Kein Streik", die ersten Streiks begonnen. Die Arbeiterschaft der Munitionsbetriebe machte den Anfang. Ihr Streik dauerte mehr als 14 Tage, erst nach der Erfüllung eines Teiles ihrer Forderungen konnte die Regierung sie zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegen.

Der wachsende Widerstand in den nichtösterreichischen Ländern, die wachsende Unzufriedenheit in Österreich, vor allem in der Hauptstadt selbst, veranlaßte die Regierung dazu, den Ausnahmezustand zu lockern. Das Parlament wurde wieder einberufen, aber diese Maßnahme, die die Opposition zur Ruhe bringen sollte, kam viel zu spät. Die österreichischen Parteien gingen zwar auf das Gesellschaftsspiel Parlament ein, dieses Spiel, in dem vorgegeben wurde, das Parlament mache die österreichische Politik — während sie nach wie vor im österreichischen und vor allem im deutschen Hauptquartier gemacht wurde —, und debattierten ernsthaft über Ernährung, Innenpolitik und Kriegführung, aber die nichtösterreichischen Parteien benützten in steigendem Maße das Parlament nur noch als Tribüne, um

„zum Fenster hinaus" zu ihren Anhängern und nach dem Ausland zu sprechen.

Ende 1916 starb Franz Joseph. Sein Tod änderte nichts, denn was in Österreich und mit Österreich geschah, wurde längst nicht mehr in Schönbrunn oder in der Hofburg entschieden, aber vielen schien sein Tod ein dunkles und trauriges Symbol. Es war, als sei erst jetzt das alte Österreich gestorben, als sei erst jetzt die alte Zeit des Friedens und der Sicherheit auf immer vergangen und als sei alles, was nun geschehen würde, nur das letzte Stadium des langsamen und unaufhaltsamen Zerfalls.

Kaiser Karl trat die Nachfolge an. Der Krieg ging weiter, die Siegesaussichten wurden immer geringer, der Eintritt Amerikas mit seiner unerschöpflichen Menschenzahl und seiner riesigen Industrie in den Krieg war nur noch eine Frage von Monaten. Karl und die Regierung begannen den Abgrund zu erkennen, der sich vor der Monarchie öffnete, und sie machten einige schwache Versuche, sich im letzten Augenblick zu retten. Durch Vermittlung seines Schwagers, des Fürsten Sixtus von Bourbon-Parma, traten Karl und sein neuer Außenminister Czernin an die Alliierten heran und schlugen ihnen Verhandlungen über einen Sonderfrieden vor. Das Angebot der österreichischen Regierung hatte allerdings einen wesentlichen Nachteil: Es schlug Frankreich vor, es bei der Wiedererlangung Elsaß-Lothringens zu unterstützen, machte aber für die österreichische Monarchie selbst kein Angebot, weder ein territoriales noch ein politisches. Die Alliierten hatten sich jedoch, mindestens in bezug auf Italien, schon auf territoriale Veränderungen, die die Monarchie betrafen, festgelegt, und die Verhandlungen scheiterten. Selbst im Augenblick der größten Not — die Veranlassung für die Sixtus-Demarche war eine Denkschrift Czernins, in der erklärt wurde, daß Österreich keinen vierten Kriegswinter mehr durchhalten könne — war die Monarchie also nur bereit, auf Kosten anderer Konzessionen zu machen. Die französische Regierung war unfreundlich genug, die Sixtus-Verhandlungen etwas später öffentlich bekanntzumachen, und die österreichische Regierung mußte de- und wehmütig beim deutschen Verbündeten Abbitte leisten und sich verpflichten, ähnliche Manöver nicht mehr zu unternehmen. Die Sixtus-Affäre hatte die Wirkung, daß sich der deutsche Druck und die deutsche Kontrolle über Österreich noch verstärkten. Außerdem führte sie dazu, daß nun die ganze Welt wußte, wie schlecht es um Österreich-Ungarn stand. Dadurch wurden Tschechen, Südslawen und andere in ihrer Politik weiter ermutigt.

In einem ähnlichen Geist wie die Sixtus-Demarche war auch der Versuch Karls, die Nationalitätenfrage in Österreich zu lösen. In sehr vager Form wurde den Kroaten und Serben die Gründung eines dritten Staates innerhalb der Monarchie, also die Verwirklichung des alten Trialismus-Planes, angeboten. Auch hier war es kennzeichnend, daß Karl nicht den Tschechen im österreichischen Teil der Monarchie, sondern den Kroaten im ungarischen Gleichberechtigung anbot — auch hier waren es nur Konzessionen auf Kosten anderer, zu denen die Krone bereit war. Die Ungarn protestierten sofort und drohten, Österreich die Lebensmittellieferungen abzuschneiden, was die Aushungerung Wiens bedeutet hätte. Damit fiel die ganze Sache ins Wasser. Übrigens war es viel zu spät — nur wenige unter den Kroaten waren zu Verhandlungen bereit.

Im April 1917 trat Amerika in den Krieg ein. Militärisch war das Schicksal der Mittelmächte damit besiegelt. Zwei Monate vorher hatte ein Ereignis stattgefunden, das politisch den Verlauf des Weltkrieges entscheiden sollte: die russische Revolution. Im Februar 1917 stürzte das russische Volk den Zarismus und forderte die sofortige Beendigung des Krieges, Land für die Bauern und Freiheit für die unterdrückten Nationen. Ein halbes Jahr lang gelang es der Regierung Kerenski, den Krieg weiterzuführen, das Bürgertum an der Macht zu erhalten, die Aufteilung des Landes an die Bauern zu verhindern. Aber langsam ging die Führung des Volkes in die Hand der Bolschewiki über, die einen sofortigen Frieden ohne Annexion und Kriegsentschädigungen, die sofortige Bodenaufteilung an die Bauern, die Schaffung eines Staates der Arbeiter und

Bauern an Stelle des bürgerlichen Staates (die Verstaatlichung der Produktionsmittel) verlangten. Im Herbst eroberten die Bolschewiki unter den Räten der Arbeiter, Soldaten und Bauern die Mehrheit. Im November 1917, an einem kalten und regnerischen Wintertag, richtete das Schlachtschiff „Aurora" seine Kanonen auf das Winterpalais, den Sitz der Kerenski-Regierung, während bewaffnete Arbeiter, rote Matrosen, Soldaten, die von der Front zurückgeströmt waren, das Winterpalais stürmten und die bürgerliche Regierung absetzten. Im großen Saal, in dem die Räte tagten, verkündete Lenin den Beschluß der Mehrheit der Räte — die Geburt des ersten sozialistischen Staates der Welt.

Militärisch bedeutete die Oktoberrevolution für Österreich-Ungarn und Deutschland eine Erleichterung: Der Krieg im Osten hatte aufgehört und die neue Sowjetregierung bot allen Mächten — darunter auch Österreich — sofortige Friedensverhandlungen an. Aber politisch war sie für alle kriegführenden Regierungen eine ungeheure Erschwerung. Sie zeigte den Völkern, die unter dem Krieg litten, daß es eine andere Möglichkeit gab, als schweigend und ergeben das Ende des Krieges zu erwarten, daß sie ein Mittel hatten, dem Hunger und dem Tod auf dem Schlachtfeld ein Ende zu setzen — ihre eigene Kraft. Auch an Österreich ging die Oktoberrevolution nicht spurlos vorbei. Die Streiks wurden immer häufiger, immer öfter gab es kleine Demonstrationen gegen den Krieg, immer stärker wurde in der Arbeiterschaft die Forderung erhoben: „Schluß mit dem Krieg!"

Im November 1917 begannen in Brest-Litowsk die Friedensverhandlungen zwischen den Mittelmächten und Rußland. Bei diesen Verhandlungen zeigten die deutsche und die österreichische Regierung, daß alle Worte über einen gerechten Frieden, alle Versicherungen, daß die Mittelmächte nicht an die Unterdrückung anderer Völker, an Gebietsgewinne und an Bereicherung auf Kosten anderer Völker dächten und nur in den Krieg gezogen seien, um ihr Territorium zu verteidigen, Lüge waren. Die Friedensbedingungen, die die Mittelmächte an Rußland stellten, waren fürchterlich hart. Sie enthielten

die Abtretung Kurlands, Rigas, der baltischen Inseln, Livlands, Estlands, Polens, Finnlands und — vor allem — die Lostrennung der Ukraine, die als „selbständiger ukrainischer Staat" ein Satellit und ein Getreidelieferant der Mittelmächte werden sollte. Der etwas später, im Mai 1918, abgeschlossene Friede mit Rumänien in Bukarest war nicht besser. Das selbst vor einer Hungerkatastrophe stehende Rumänien mußte zwar „nur" die Dobrudscha abtreten, wurde aber wirtschaftlich von den Mittelmächten völlig ausgeplündert und dem deutschen und dem österreichischen Wirtschaftssystem „angeschlossen". Österreich hatte zwar bei den Verhandlungen von Brest-Litowsk etwa so viel zu sagen wie die Türkei oder Bulgarien, die wirklichen Verhandlungsführer waren die Deutschen, aber es ließ sie für sich mitverhandeln und übernahm dadurch die Mitverantwortung.

Das Verhalten der Mittelmächte in Brest-Litowsk war so unerhört, daß es für jede auch nur entfernt demokratische und fortschrittliche Partei das Signal sein mußte, der Regierung den schärfsten Kampf anzusagen. Die Arbeiter des ganzen Staates blickten auf die Führung der Sozialdemokratie. Würde sie zum Kampf aufrufen?

Es schien zunächst, als sei der Augenblick wirklich gekommen. Als die Nachricht kam, daß die Delegation der Mittelmächte als Antwort auf die Einwände der Russen gegen ihre Bedingungen die Verhandlungen abgebrochen und von neuem mit den Feindseligkeiten begonnen hatten, ging eine Welle der Empörung durch Österreich. Im Wiener-Neustädter Gebiet riefen die Arbeiter als Protest gegen den Abbruch der Verhandlungen zum Streik auf, der Streik griff auf Wöllersdorf, Wien, dann aufs Triestingtal, auf Steiermark, Oberösterreich über, die tschechische Sozialdemokratie rief die tschechischen Arbeiter zum Sympathiestreik auf, bald standen fast überall die Betriebe still. In den Städten, vor allem in Brünn und in Wien, gab es große Straßenkundgebungen. Die demonstrierenden Arbeiter forderten den sofortigen Frieden, den Rücktritt der Regierung, die Wahl von Arbeiterräten, die Entlassung der politischen Gefangenen.

In den Streiktagen wurden Flugblätter verteilt, die zum Generalstreik und zur Bewaffnung riefen. In einem dieser Flugblätter, die von der neuen Oppositionsgruppe, den Linksradikalen, stammte, hieß es: „In Brest-Litowsk haben die Grafen und Generäle, gestützt auf das Schwert, den Friedenswillen unserer russischen Brüder brutal zurückgewiesen... Die Volksmassen wollen aber nicht Sieg noch Waffenruhm — sie wollen den sofortigen Frieden, den Frieden um jeden Preis ...

Die russischen Arbeiter und Soldaten haben mit den schärfsten Mitteln des Klassenkampfs ... nicht nur für ihre eigene Freiheit gestritten — nein! Sie haben ihr Blut vergossen für die Befreiung aller Völker der Erde von den Leiden des Krieges, vom Joche des Kapitalismus! Die Arbeiter der anderen Länder müssen sich um die rote Fahne der russischen Revolution scharen! Vor allem sind wir österreichischen Proletarier berufen, die Revolution vor der gewaltigen Hinterlist unserer Regierung zu retten.

Darum fordern wir:

Die Friedensdelegierten sind vom Volke zu wählen.

An allen Fronten ist sofort Waffenstillstand zu schließen.

Kriegsleistungsgesetz und Militarisierung der Betriebe sind sofort aufzuheben.

Alle Beschränkungen des Koalitionsrechts und der politischen Freiheit sind abzuschaffen.

Friedrich Adler und alle anderen politischen Gefangenen sind sofort freizulassen.

Mißtraut jenen patriotischen ‚Arbeiterführern', die euch seit dem ersten Tage des Krieges verraten (und auch jetzt eure Streikgelder vorenthalten). Hört nicht auf ihre Beschwichtigungsreden, sondern bleibt fest im Streite für unser Ziel!...

Ihr anderen aber steht nicht länger abseits! Heraus aus allen Werkstätten! Dreht nicht länger mehr Mordgranaten! Hervor aus den Bergwerken ans Tageslicht! Laßt alle Räder stillstehen... Wählt Arbeiterräte, so wie in Rußland — und der Massengewalt des Proletariats wird der Sieg gehören!

Proletarier aller Länder vereinigt euch!"

Hunderttausende streikten, streikten trotz der Drohung der Regierung und der Militärbehörden, trotz der Drohung der Entlassung, des Entzuges der Rationen, trotz der Polizeikordons, mit denen man „verdächtige" Betriebe umgab. Munitionsarbeiterinnen, die niemals vorher etwas mit der organisierten Arbeiterbewegung zu tun gehabt hatten, junge Burschen, die von der Schulbank fort in die Kriegsbetriebe geschickt worden waren, stellten ihre Maschinen ab und schlossen sich den Streikenden an. Soldaten auf den Wegen zur Front winkten den Arbeitern zu und riefen: „Bravo! Haltet aus! Wir haben auch genug!" In allen Ländern der Monarchie breiteten sich Sympathiestreiks aus. Slowenische, magyarische, serbische und tschechische Truppeneinheiten meuterten und erklärten sich mit den Arbeitern solidarisch. Im Kriegshafen von Cattaro verbrüderten sich — schon nach dem Jännerstreik — die Matrosen der Kriegsschiffe mit den streikenden Arsenalarbeitern, setzten ihre Offiziere gefangen, hießten auf den Schiffen die rote Fahne und wählten Räte. In Cattaro wie anderswo kämpften Österreicher und Tschechen, Italiener und Slowenen, Ungarn und Kroaten zusammen, im Jännerstreik wie in Cattaro lautete die Forderung aller: Friede!

In diesen Tagen im Jänner 1918 sah es aus, als sollte dennoch aus dem Elend und der Unterdrückung des Krieges ein neues Österreich wachsen, als sollten alle Völker der Monarchie in brüderlicher Einheit ihre Beherrscher stürzen, dem Krieg ein Ende setzen und gemeinsam jenes neue freie Österreich aller aufrichten, von dem seit mehr als hundert Jahren Rebellen und Reformer geträumt hatten. In diesen Tagen schien es einen kurzen Augenblick lang, als habe endlich die österreichische Arbeiterschaft ihr Erbe und ihre Aufgabe erkannt: nicht der Beherrscher der anderen, nicht das Werkzeug ihrer Unterdrücker zu sein, sondern ihr Führer im Kampf um die gemeinsame Freiheit.

Der Traum dauerte nur kurze Zeit. Vom ersten Tag des Streiks an begann die Führung der Sozialdemokratie, die den Streik nicht ausgelöst hatte, ihn aber zu Beginn nicht verhindern konnte, mit der Regierung zu verhandeln. Das Thema

der Unterhandlungen war nur eines: Wie beendet man den Streik.

Der ganze Einfluß, die ganze Autorität der sozialdemokratischen Führer, der ganze einst gute Klang ihres Namens in der Arbeiterschaft wurde eingesetzt, um den Streik zu beenden. Tagelang verhandelten Viktor Adler, Karl Renner und Karl Seitz mit den Vertrauensleuten der Betriebe, versprachen, daß die Regierung die Friedensverhandlungen wieder aufnehmen und in neuem Geiste führen würde, versprachen mehr Lebensmittel, Brot, Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Schließlich gelang es ihnen, den Streik zu beenden. Die linke Oppositionsbewegung gegen die sozialdemokratische Führung in der Arbeiterschaft war noch zu jung, zu schwach, verfügte über zu wenig Einfluß, um der Autorität der alten Führer der Sozialdemokratie erfolgreich Widerstand leisten zu können. Der Streik wurde abgewürgt. Selbst als sein Abbruch schon beschlossen war, weigerten sich die Arbeiter in vielen Betrieben tagelang, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Und das war das Ende. Die letzte Möglichkeit, aus Krieg und Tod, aus Hunger und Elend ein neues Österreich auferstehen zu lassen, die letzte Möglichkeit, die Brüderschaft der Völker an Stelle des Kampfes zu setzen, wurde vertan, bewußt verhindert — um die Monarchie noch ein wenig am Leben zu erhalten, um den ,,deutschen Krieg" ein wenig zu verlängern. Aber nach dieser letzten Gelegenheit kam keine mehr.

Was übrigblieb, ist rasch erzählt. Die großen Offensiven im Frühjahr und Sommer 1918, die letzten Versuche der Armeeführung, die zerbröckelnde Front zu retten, mißlangen. Im Frühherbst 1918 wandte sich die österreichische Regierung an den Präsidenten Amerikas, Woodrow Wilson, und bat ihn um Vermittlung beim Abschluß eines Waffenstillstands. Aber während die Mittelmächte noch verhandelten, begann die Monarchie bereits auseinanderzufallen. Am 16. Oktober machte die österreichische Regierung den Völkern der Monarchie ein Angebot: Österreich sollte ein Bundesstaat sein mit Nationalversammlungen, die mit der kaiserlichen Regierung zusammenarbeiten sollten. Das Angebot verwehte

im Krachen der auseinanderbrechenden Monarchie. Niemand beachtete es mehr. Am 28. Oktober 1918 übernahm der tschechische Nationalrat in Prag die provisorische Regierung des neuen tschechoslowakischen Staates. Am 29. hatten sich die Serben, Kroaten und Slowenen zum neuen Staat Jugoslawien konstituiert. Polen erklärte sich als freie Republik und begann mit den Alliierten zu verhandeln. Am 2. November erklärte der neue ungarische Premierminister Graf Karolyi Ungarn zu einem unabhängigen Staat. Zugleich begannen die ungarischen, tschechischen, slowakischen und bald auch die österreichischen Truppen, die Front zu verlassen.

Die von der ungarischen Regierung angeordnete Zurückziehung der ungarischen Truppen von der italienischen Front zerriß die Verteidigungslinie. Obwohl die Waffenstillstandsverhandlungen schon begonnen hatten, benützten die Italiener die Gelegenheit, um durchzubrechen und ihren einzigen Sieg, den Sieg von Vittorio Veneto, zu erringen.

In den letzten Tagen des Krieges richteten die Führer des neuen Sowjetstaates, Lenin und Swerdlow, ein Manifest an die Arbeiter der ganzen Monarchie, in dem es hieß:

,,... Wir glauben fest daran, daß die deutschen Arbeiter und Soldaten Österreichs nicht dazu den Thron des Habsburger Hauses Österreich-Ungarns stürzen, um sich dem Hohenzollern-Kaiser Deutschlands zu unterwerfen, daß sie sich nicht dazu erhoben haben, um sich an Stelle der alten Machthaber die Weiskirchner, Wolff und andere Vertreter der österreichischen Bourgeoisie aufzubürden.

Wir sind tief überzeugt, daß die rumänischen Bauern, die das Joch der ungarischen Magnaten abgeschüttelt haben, nicht in den Dienst der rumänischen Bojaren, Advokaten und Popen treten werden.

Wir sind tief überzeugt, daß die deutschen, tschechischen, kroatischen, ungarischen, slowenischen Arbeiter, Soldaten und Bauern, wenn sie einmal die Macht ergreifen und das Werk ihrer nationalen Befreiung vollenden, einen brüderlichen Bund der freien Völker schließen und mit vereinten Kräften die Kapitalisten besiegen werden. Die hungernden Arbeiter Wiens

werden Brot von den Bauern Ungarns erhalten, denen sie die Erzeugnisse ihrer Arbeit liefern werden. Die tschechischen Arbeiter werden bald sehen, daß die Großgrundbesitzer und Großbauern das Brot nicht nur den deutschen Arbeitern verweigern, sondern auch den tschechischen. Nicht im Bunde mit der eigenen nationalen Bourgeoisie, sondern im Bunde mit den Proletariern aller in Österreich lebenden Nationen liegt die Bürgschaft des Sieges. Damit dieser Sieg endgültig sei, müssen sich die Arbeiter aller Länder zum gemeinsamen Kampf gegen den Weltkapitalismus vereinigen.

Die Arbeiter, Bauern und Soldaten Österreich-Ungarns werden es ihrer Bourgeoisie nicht gestatten, sie vor den Karren des anglo-amerikanischen Kapitals zu spannen. Die tschechischen, ungarischen und deutschen Bourgeois, die gestern noch vor den Habsburgern gekrochen sind, die deutschen und ungarischen Bourgeois, die gestern noch den Hohenzollern die Stiefel leckten, schreien jetzt: ‚Es lebe Wilson!' Das amerikanische Kapital, das damit diesen Gaunerkniffen helfen will, verspricht Euch Brot. Wir sagen Euch, deutsche, tschechische, ungarische, kroatische, slowenische Arbeiter, Bauern und Soldaten: Das amerikanische, französische, englische Kapital ist genau so ein Feind der Arbeiterklasse wie das deutsche Kapital. Wenn das amerikanische, englische, französische Kapital als Sieger aus dem Kriege hervorgeht, so werden sie Euch nicht nur nötigen, die Schulden der Bourgeoisie zu zahlen, sondern Euch auch riesige Kriegsentschädigungen auferlegen. Sie führen gegenwärtig einen verbrecherischen Krieg gegen die Arbeiter und Bauern Rußlands, um sie zu nötigen, die Schulden der russischen Bourgeoisie und des Zarismus zu bezahlen. Das wird die Hilfe sein, die Euch das amerikanische Kapital statt des versprochenen Brotes schicken wird. Es konnte nicht einmal den italienischen Arbeitern Brot liefern, selbst als es sie nötigte, ihr Blut für seine Interessen zu vergießen. Hilfe und Brot könnt Ihr nur von den russischen Arbeitern haben, die die Macht in ihre Hände nahmen, nach einem Jahr des Kampfes die Rote Armee schufen und die weißgardistischen Banditen aus den brotreichen Gebieten vertrieben und das

für uns und Euch notwendige Brot haben werden, wenn wir mit vereinten Kräften einen Sieg des anglo-amerikanischen Kapitals verhindern.

Wir sind fest überzeugt, daß die österreich-ungarischen Proletarier verstehen werden, daß man den Fabrikanten, Bankiers, Generälen keines einzigen Landes glauben darf und daß die Befreiung der Werktätigen nur möglich ist durch die internationale proletarische Revolution. Sie hat in Rußland bereits gesiegt, sie schreitet siegreich vorwärts in Österreich.

Wir rufen Euch auf, Euch mit den russischen Arbeitern, Soldaten und Bauern zu vereinigen, an unser Bündnis werden sich die Arbeiter aller Länder anschließen, und mit vereinten Kräften werden wir den Sieg der werktätigen Massen über das blutbefleckte, räuberische Kapital festigen. Im Verlaufe eines einjährigen harten Kampfes haben die Arbeiter und Bauern in Rußland allein und auf sich selbst gestellt die Macht des Proletariats behauptet. Sie warteten auf die Hilfe ihrer westeuropäischen Brüder, und diese Hilfe kommt jetzt. Ihr habt den Weg der Revolution betreten, schreitet auf diesem kühn vorwärts zum Sieg!

Es lebe die Freiheit der Völker Österreichs: der Ungarn, der Tschechen, Slowenen!

Es leben die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in Österreich-Ungarn!

Es lebe ihr Bündnis untereinander und mit den Sowjets Rußlands zum gemeinsamen Kampf!

Im Namen des Rats der Volkskommissare
W. Uljanow (Lenin)
Im Namen des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees
D. Swerdlow

‚Prawda', 3. XI. 1918."

Dieser Appell verklang ungehört.

Die Front brach zusammen. Schon vor der Konstituierung des neuen Ungarn, Jugoslawien, Polen, der neuen Tschechoslowakei hatten tschechische, ungarische, slowakische, kroatische Truppen begonnen, ihre Einheiten zu verlassen und in

kleinen oder größeren Gruppen, zu Fuß, in Lastwagen, in Eisenbahnzügen den Weg in die Heimat zu suchen. Nach der Proklamation der neuen Staaten wurden aus Dutzenden und Hunderten, Tausende und Zehntausende. Aber nicht nur Ungarn und Tschechen, Kroaten und Slowaken verließen die Front, sondern auch Österreicher. Der äußere Zerfall der Monarchie war nicht der einzige Grund für den Zusammenbruch der Front. Die Soldaten konnten nicht mehr weiterkämpfen. Es gab kein Essen mehr, es gab kaum noch Munition. An manchen Frontabschnitten erhielten die Soldaten drei, vier Tage lang nicht einmal ein Stück Brot, an anderen wurden zwei oder drei Patronen pro Mann ausgegeben. Verwundete blieben tagelang unversorgt liegen, es gab keinen Transport mehr, um sie ins Hinterland zu bringen. Und in diesem nun für jeden sichtbaren Zerfall, in diesem immer ärger werdenden Chaos versuchten Offiziere und Kommandanten an vielen Abschnitten die Soldaten mit den brutalsten Mitteln zum Weiterkämpfen zu bewegen, mit Strafen, Degradationen, mit der Drohung des Erschießens. Ärger noch. An manchen Stellen versuchten Offiziere mitten im Zusammenbruch mit Gewalt die normale Disziplin aufrechtzuerhalten, als wäre man bei einem Manöver im tiefsten Frieden, und es gab viele Fälle, in denen noch in den letzten Wochen halbverhungerte, zu Tode erschöpfte Soldaten stundenlang angebunden waren, weil ihnen ein Knopf an der Uniform fehlte.

Der Ruf „Schließt endlich Frieden" kam immer lauter auch von der Front. Schon Mitte Oktober beriet die Regierung über Maßnahmen, um „die immer stärker werdende aufrührerische Stimmung" an der Front einzudämmen, dachte daran, besonders „unzuverlässige Regimenter von ihren Stellungen abzuziehen" und durch zuverlässigere zu ersetzen — und gab den Gedanken auf, weil es nicht mehr genug „zuverlässige" gab. Nicht einmal der Plan, die in Wien befindlichen Soldaten, die nach den Worten einiger Minister einen „Unruheherd" darstellten, aus der Hauptstadt abzuziehen, konnte mehr verwirklicht werden.

Seit Mitte Oktober begann man an der Front heimlich

und bald ganz offen, Soldatenräte zu wählen. Aber viel größer als die Zahl der Soldaten, die sich an der Aufstellung der Soldatenräte beteiligten, war die Zahl jener, die einfach nach Hause gingen.

In einer Kundgebung des Staatsrats am 3. November wurde die Lage folgendermaßen zusammengefaßt:

„Das Land ist in Gefahr!

Die Armee löst sich in Unordnung auf. Die Soldaten der nichtdeutschen Regimenter ziehen in ihre Heimat. Aber auch die deutschen Soldaten verlassen leider, offenbar ermüdet durch die lange Kriegsdauer, ihre Kader, ohne zu bedenken, daß eine nicht ordnungsgemäß durchgeführte Demobilisierung die Gefahr einer ungeheuren Arbeitslosigkeit und maßlosen Hungers und Elends heraufbeschwört, daß die Plünderung, Verwüstung, Brandstiftung in bedrohliche Nähe rückt. Die Gefangenenlager verlieren ihre Bewachung, Italiener, Russen und Serben verlassen ihre Lager und überfluten das Land..."

Am 27. Oktober ernannte Kaiser Karl das letzte Ministerium der Monarchie. Das Ministerium bestand aus Liberalen und Bürgerlichen, aus dem Pazifisten Heinrich Lammasch, dem Historiker Redlich. Minister für soziale Fürsorge war Ignaz Seipel. Die Ernennung dieses Ministeriums war ein Gegenstück zum Angebot an die Völker der Monarchie vom 16. Oktober. Wie dort auf dem Gebiet der nationalen Politik durch Konzessionen an die Völker im letzten Augenblick der Zerfall der Monarchie abgewendet werden sollte, wollte man hier auf innerpolitischem Gebiet durch die Ernennung von liberalen Politikern im letzten Augenblick die Habsburgerdynastie retten, die Revolution aufhalten. Aber auch hier war es zu spät.

Schon Anfang Oktober sprach die Regierung in ihren Sitzungen offen von der Möglichkeit einer Revolution in Wien. Am 4. Oktober forderte der Innenminister den Kriegsminister auf, Truppen nach Wien zu bringen, um sie im Falle eines Generalstreiks gegen die Arbeiter einzusetzen. Aber man fand auch hier keine „verläßlichen Truppen". Die Streikbewegung dehnte sich langsam aus, ohne daß die Regierung in der Lage

gewesen wäre, sie zu verhindern. Und die Streikenden, die Arbeiter Wiens und der großen Industriezentren, erklärten offen, sich nicht mehr mit kleinen wirtschaftlichen Verbesserungen, mit Erhöhungen der Brotration oder Verkürzung der Arbeitszeit begnügen zu wollen. Wie die Soldaten an der Front, forderten sie sofortigen Frieden, sie forderten Freiheit, Republik, Sozialismus. In den Fabriken wählte man Arbeiterräte. Am 28. Oktober standen die Wiener Betriebe still. Tausende von Soldaten und Arbeitern zogen durch die Straßen und riefen: „Es lebe der Friede! Fort mit der Monarchie!"

Die Waffenstillstandsverhandlungen begannen. Am 3. November erklang über der zerrissenen Erde der Front, über Gräbern, Verhauen und Granattrichtern ein Trompetensignal, das Zeichen „Feuer einstellen!" Die Geschütze schwiegen. Die Menschen kamen aus ihren Gräben und blickten auf die stillgewordene Landschaft. Der Krieg war zu Ende.

Ende Oktober hatten fast alle Völker die Monarchie verlassen und ihre eigenen Staaten aufgerichtet. Übrig blieben die Österreicher. Ihr neuer Staat glich nun in seiner Ausdehnung ungefähr dem Österreich des Jahres 1526, in dem das kleine Herzogtum den ersten Schritt auf dem Wege gemacht hatte, der es zum Imperium führen sollte.

Die neue österreichische Regierung unter Leitung von Karl Renner, die seit dem 31. Oktober im Amt war, faßte den Beschluß, die Republik auszurufen. Am 11. November trat Kaiser Karl zurück und verließ das Land. Am 12. November standen viele tausende Menschen vor dem Parlament. Arbeiter mit roten Armbinden mischten sich mit Soldaten, die ihre Kokarden heruntergerissen hatten, schweigende blasse Menschen, für die das Ende der Monarchie das Ende ihrer Welt war, standen neben anderen, die von der schönen und hellen Zukunft ihres jungen Landes träumten. Manche fürchteten sich vor dem kommenden Leben in dem nun so klein gewordenen Österreich, einst so großen und glänzenden Imperium, das nun Staat unter anderen Staaten geworden war. Viele dachten erleichtert daran, daß nun die Zeit des Hasses und der Unterdrückung vorbei war und daß sie jetzt mit freien und sauberen Händen

ihr Land erbauen konnten. Die gütige Herbstsonne hatte noch einmal Regen und Novembernebel verdrängt, unter dem durchsichtig blauen Himmel flatterten rote und rot-weiß-rote Fahnen Seite an Seite im leichten Wind. An diesem Tage und an diesem Ort wurde die Republik Österreich geboren.

ANHANG

Zeittafel - Anmerkungen - Namenverzeichnis
Quellenverzeichnis

Wirtschaft	Außenpolitik	Innenpolitik
Bis Ende des 17. Jahrhunderts bleibt Österreich in der wirtschaftlichen Entwicklung zurück. Die dadurch entstandene Krise wird durch höhere Besteuerung der nichtösterreichischen Länder wettgemacht. **Beginn der privilegierten Stellung Österreichs** gegenüber Böhmen, Mähren, Schlesien, Ungarn. Türkenkriege beweisen neuerlich die Schwäche der Produktion. Ansätze zur Einführung der schon in anderen Ländern angewandten Produktionsmethoden. **Übergang vom Handwerk zur Manufaktur.** Hörnigk, der bedeutendste Vertreter des Merkantilismus. Sein Buch „Österreich über alles, wann es nur will" erscheint, bleibt für die spätere Entwicklung der österreichischen Wirtschaft wegweisend.	**1683—1699 Türkenkriege** **1683** Der Polenkönig Sobieski, Markgraf von Baden, Herzog von Lothringen schlagen die Türken bei Wien. **1697** Schlacht bei Zenta, Prinz Eugen erringt entscheidenden Sieg. (Neue Angriffstaktik.) **1699** Friede von Karlowitz: Österreich erhält Siebenbürgen, Kroatien und fast ganz Slawonien.	**1670—1711** **Magnatenverschwörung — Kuruzzenaufstand.** Erste nationale Erhebung in der Geschichte Österreichs: Magnaten verlangen Schutz gegen Türken — Vertretung im Kronrat — größere Selbständigkeit in der Verwaltung — Einstellung der Willkürakte und der wirtschaftlichen Ausplünderung seitens der kaiserlichen Soldaten. Der Hof antwortet mit Verstärkung der Besatzung. Mit Unterstützung des Sultans beginnt der Aufstand und wird zuerst niedergeschlagen. Ein Teil der Freiwilligen schlägt sich nach Siebenbürgen durch und gibt sich den Namen Kuruzzen. Die Kämpfe dauern mit Unterbrechungen bis zum **1711** Frieden von Szatmar: Joseph I. gewährt den Ungarn Glaubens-, Verfassungsfreiheit und eine Amnestie.

18. Jahrhundert

Wirtschaft

Schon mit Joseph I., besonders aber mit Maria Theresia und Joseph II., beginnt Aufschwung der österreichischen Wirtschaft. Straßenbau — Kanalisierung — Gründung von Banken — von Textilunternehmungen und Handelsgesellschaften. Die staatlichen Beschränkungen werden aufgehoben und durch staatliche Unterstützung ersetzt. Lockerung und spätere Aufhebung der Leibeigenschaft machen Arbeitskräfte für die neue Manufaktur frei. Einwanderung wird zur Gewinnung von neuen Arbeitskräften gefördert. Privilegien der Zünfte werden aufgehoben, die Ausfuhr von Rohstoffen untersagt, Ausfuhr von Fertigwaren prämiiert.

1752 Gründung des Hofkommerzienrats.

1762 Einführung des Papiergeldes.

Der Einfluß der Merkantilisten, besonders aber die Reformtätigkeit Maria Theresias und Josephs II., haben Österreich zu einer wirtschaftlichen Hochblüte verholfen. Zum erstenmal gibt es in der Monarchie volle Staatskassen.

Außenpolitik

Spanischer Erbfolgekrieg

Österreich und Frankreich erheben Anspruch auf spanische Thronfolge.

1701 Ausbruch des Krieges. Frankreich und Bayern gegen Österreich, England, Holland und Preußen, das zum erstenmal in die Arena der europäischen Machtkämpfe tritt.

1703 Tiroler Aufstand vereitelt die Pläne Frankreichs, über Tirol nach dem Osten vorzudringen.

1704 Sieg Eugens und Marlboroughs bei Höchstädt.

1711 Karl wird römisch-deutscher Kaiser und die Gefahr der Übermacht Österreichs mit dem spanischen Reich für England zu groß. Es verläßt die Koalition und schließt

1712 Frieden von Utrecht.

1714 Österreich schließt sich in Rastatt dem Vertrag an, verzichtet auf spanische Thronfolge, erhält die Niederlande, Neapel, Sardinien, Mailand und Mantua und wird damit vorherrschende Macht in Italien.

Österreichischer Erbfolgekrieg
(Schlesische Kriege)

1741 Thronbesteigung Maria Theresias gibt Anlaß für Preußen, in Schlesien einzufallen. Friede von Kleinschnellendorf: Niederschlesien wird an Preußen abgetreten.

1744 Neuerlicher Angriff Friedrichs.

1746 Bündnis mit Rußland.

1748 Friede von Aachen: Schlesien fällt an Preußen.

Siebenjähriger Krieg

1756 Österreich versucht, Schlesien zurückzuerobern. Falsche Außenpolitik führt trotz militärischer Erfolge zum

1763 Frieden von Hubertusburg: Schlesien wird endgültig an Preußen abgetreten.

1772 *Erste Teilung Polens.* Österreich erhält Zips, Ostgalizien und Lodomerien.

1793 *Zweite Teilung Polens.* Nach dieser Teilung schließt Preußen →

1795 *Dritte Teilung Polens.* Österreich erhält Krakau mit Westgalizien.

Außenpolitik

Türkenkriege

1717 Einnahme Belgrads.

1718 Friede von Passarowitz: Österreich erhält das Banat, Serbien mit Belgrad, Walachei, Teil von Slawonien, Nordbosnien.
Handelsvertrag: Handelsfreiheit im Osmanischen Reich und im Mittelmeer.

1736—1739 Neuerlicher Türkenkrieg.

1739 Friede von Belgrad: Österreich muß einen Großteil der 1718 angegliederten Gebiete wieder abgeben.

Koalitionskriege
gegen das revolutionäre Frankreich

1792—1797 Erster Koalitionskrieg.

1792 Schlacht bei Valmy. Berühmt durch Überlegenheit der französischen revolutionären Truppen gegen die ausländische Intervention.

1795 Separatfrieden von Basel mit Frankreich.

1796 Napoleon übernimmt Oberbefehl und führt den Krieg siegreich weiter.

1797 Friede von Campo Formio: Lombardei, Belgien und linkes Rheinufer fallen an Frankreich.

1799 Franz schließt sich der zweiten Koalition an.

Innenpolitik

1705—1711 Joseph I., ihm folgt Karl VI.

1713 Pragmatische Sanktion bestimmt Erbfolge auch in weiblicher Linie und Unteilbarkeit der österreichischen Erblande.

1740 Thronbesteigung Maria Theresias.

1765 Joseph II., Mitregent; gemeinsame Reformen: Aufhebung einiger kirchlicher Privilegien, Erneuerung des Militärwesens, Bauernreformen, die den Druck der Grundherren lockern.

1776 Abschaffung der Folter — Schulreformen.

1780 Tod Maria Theresias. Joseph II. Alleinherrscher. Weitere Reformtätigkeit, beeinflußt vom Ideengut der Französischen und amerikanischen Revolution.

1781 Untertanenpatent: Leibeigenschaft wird auch in nichtösterreichischen Ländern aufgehoben.

1781 Toleranzpatent: Glaubensfreiheit.

1789 Urbarialpatent: Aufhebung der Robotpflicht, 17% des bäuerlichen Einkommens werden in Form von Geld an den Grundherrn abgeliefert. Zentralisierungsverordnungen lösen Widerstand aus und Joseph II. zieht sie knapp vor seinem Tode zurück.

1790—1792 Leopold II.

1792 Franz II. hebt Großteil der josefinischen Reformen auf.

1795 Jakobinerprozeß: Die „Ges. d. Gleichheit u. Freiheit", gegr. vom Abt Martinovics, fordert Einstellung des Krieges gegen Frankreich — Auflösung der Geheimpolizei. Im Prozeß werden achtzehn Todesurteile gefällt.

März

3. Kossuth hält in Preßburg programmatische Rede:
Aufforderung zum Sturz der Regierung.
Verfassungsvorschläge („Märzgesetze").

11. In Wien werden Plakate zur Volkserhebung angeschlagen.

In Prag wird Parlament für die Länder der böhmischen Krone — Presse-, Lehrfreiheit — Aufhebung der Fron — gerechte Löhne — gefordert.

12. Resolution der Studenten:
Lehrfreiheit und Aufhebung der Zensur.

13. Tagung des niederösterreichischen Landtags.
Studenten und Vorstadtbevölkerung versammeln sich in der Herrengasse.
Metternich demissioniert.
Sturm auf das Zeughaus.
Studenten und Arbeiter bewaffnen sich.

14. Die Kämpfe dauern an.

15. Der Kaiser verspricht Einberufung der Generalstände für Juli und Verfassung.

16. Ungarns Forderungen nach Anerkennung der „Märzgesetze" werden dem Kaiser überreicht.

18. Lombardei fordert Lostrennung von Österreich und Einverleibung ins Königreich Italien.

April

18. Ferdinand bewilligt die „Märzgesetze".

25. Veröffentlichung der Pillersdorfschen Verfassung.

26. Blutige Unterdrückung des inzwischen ausgebrochenen Krakauer Aufstandes.

Gründung des „Politischen Zentral-Comités" in Wien.

Mai

15. Sturmpetition gegen die Regierungsdrohung, das Zentral-Comité aufzulösen.
Forderung nach Änderung der Verfassung.
Demonstrationen; Barrikaden werden aufgestellt.
Auflösungsbefehl wird zurückgezogen.
Verfassung als provisorisch erklärt.

18. Ferdinand verläßt Wien.

26. Regierung befiehlt Auflösung der Akademischen Legion.
Truppen werden eingesetzt.
Neuerlicher Barrikadenbau.
Soldaten und revolutionäre Truppen verbrüdern sich.
Auflösungsbefehl wird von der Regierung zurückgezogen.

27. Bildung des Sicherheitsausschusses.

30. Slawenkongreß in Prag.

Juni

5. Einberufung des kroatischen Landtags: Unabhängigkeitserklärung.

Prager Studenten verlangen Beschränkung der Truppenanzahl Windischgrätz'.

12. Volksversammlung in Prag.
Protestresolution an Windischgrätz.
Demonstranten werden beschossen.

13., 14. Straßenkämpfe in Prag.

15. Windischgrätz setzt Kanonen ein.

17. Prag kapituliert.

Juli

22. Erste konstituierende Reichstagsversammlung in Wien.

23. Radetzky greift in Italien an.

25. Custozza von Radetzky besetzt.

August

6. Radetzky besetzt Mailand.
Bald darauf ganz Norditalien wieder unter Herrschaft der Habsburger.

19. Erdarbeiterlöhne von Regierung herabgesetzt.

21. Demonstrationen gegen die Lohnsenkung.
Nationalgarde beschießt Demonstranten.

25. Sicherheitsausschuß löst sich auf.

September

7. Reichstag beschließt Aufhebung der Fronlasten. (Antrag Kudlichs.)

11. Jellačič marschiert mit seinen Truppen in Ungarn ein.

28. Ermordung Lambergs, des kaiserlichen Kommissärs für Ungarn, in Pest.

29. Jellačič wird von den revolutionären Truppen Ungarns gegen Wien zurückgeschlagen.

Oktober

3. Die österreichische Regierung erklärt Ungarn Krieg.

5. Kriegsminister Latour beordert Truppen nach Ungarn.
Die Soldaten leisten Widerstand.
Revolutionäre Truppen rufen das Volk zum Kampf auf.

6. Latour wird vom Volk gehängt.

7. Wien befreit.
Ein Teil des Reichstags und der Kaiser fliehen nach Olmütz.

10. Windischgrätz, Auersperg und Jellačič ziehen gegen Wien.

22. Ultimatum Windischgrätz' zur Übergabe der Stadt wird von den Wienern mit Geschützfeuer beantwortet.

23. Wien von Truppen eingeschlossen, wird beschossen.

26. Windischgrätz gelingt es, einige Stellungen in der Frontlinie zu besetzen.

27. Die Verteidiger Wiens verdrängen die Truppen Windischgrätz'.
Er verlangt kurzen Waffenstillstand.

29. Eine Deputation des kämpfenden Wien begibt sich zwecks Verhandlungen zu Windischgrätz.

30. Der Kampf Wiens verstärkt sich noch einmal bei der Nachricht, daß ungarische revolutionäre Truppen auf dem Anmarsch nach Wien sind.
Sie werden aber von Jellačič zurückgeschlagen.

31. Wien kapituliert.

Dezember

2. Franz Joseph I. wird Nachfolger Ferdinands.

Der ungarische Freiheitskampf ist siegreich bis zur militärischen Intervention des Zaren auf Veranlassung Franz Josephs. Nach schweren Kämpfen kapituliert Ungarn am 13. August 1849.

19. Jahrhundert

Wirtschaft

Anfang des 19. Jahrhunderts noch Auswirkung der theresianischen und josefinischen Reformen. Entwicklung der Manufaktur. — Mit Franz II. wird wirtschaftliche Entwicklung gehemmt, da die Interessen der Krone dahin gehen, das absolutistische System nicht zu durchbrechen.

1812 Staatsbankrott.

Um Adel allein am wirtschaftlichen Aufschwung zu beteiligen, wird das Bürgertum ferngehalten und ausländische (englische, französische) Kapitalistengruppen zugelassen. Eisenbahnbau und Kohlenförderung von der Regierung nur schwach unterstützt.

1832 Die erste Eisenbahnlinie, Linz—Budweis, 17 Meilen lang, wird eröffnet.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wird hauptsächlich Holz als Brennstoff verwendet, wieder um den grundbesitzenden Adel zu bereichern. Kohlenförderung wird vernachlässigt. — Später hauptsächlich staatlicher Grubenausbau ohne Heranziehung des Bürgertums.

1848 Bauernbefreiung löst starke Entwicklung der Agrarwirtschaft aus und macht Arbeitskräfte frei. Seit 1848 hat das Bürgertum stärkeren Anteil an der Wirtschaft. Anstieg der industriellen Entwicklung.

1850 Aufhebung der inneren Zollgrenzen.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wird der Einfluß des englischen und französischen Kapitals durch deutsche Kapitalinvestitionen abgelöst.

1895 sind 50 Prozent der österreichischen Finanzverpflichtungen in Besitz der deutschen Banken.

Ende des 19. Jahrhunderts beginnender Verfall des Kapitalismus durch Monopolisierung — Stadium des Imperialismus. Die Produktion findet keinen Absatz, da die Kaufkraft der Bevölkerung zu schwach ist. Kleine Unternehmen gehen in den häufigen Krisen in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts in Konkurs und werden von großen Unternehmen aufgekauft. Auch in Österreich beginnender Kapitalexport, besonders nach dem Balkan.

Außenpolitik

1801 Friede von Lunéville: Österreich tritt neuerlich Belgien, das linke Rheinufer und die Lombardei ab.

1805 Dritter Koalitionskrieg (Napoleonische Kriege). Friede von Preßburg: Österreich verliert Venetien, Tirol und Vorarlberg.

1809 Tiroler Aufstand vertreibt französische und bayrische Truppen aus Tirol, aber Wien ergibt sich am 13. Mai. Friede von Schönbrunn: Tirol kommt wieder unter Fremdherrschaft.

1814—1815 Wiener Kongreß: Frankreichs Grenzen von 1792 wiederhergestellt.
Auflösung des „Hlg. Röm. R. Dtsch. Nation".
Gründung des „Deutschen Bundes".
Schaffung der „Heiligen Allianz".

1853 Russisch-türkischer Krieg. Österreich besetzt vorübergehend die Donaufürstentümer.

1859 Krieg gegen das von Napoleon III. unterstützte Sardinien. Friede von Zürich: Österreich tritt die Lombardei an Napoleon ab.

1861 Schaffung des italienischen Königreiches. Damit endgültiger Verlust der Mittelmeerstellung Österreichs.

1864 Österreich beteiligt sich am Krieg Preußens gegen Schleswig-Holstein und behält Holstein. Diese Besetzung ist der formale Anlaß zum

1866 Preußisch-österreichischen Krieg.
Friede von Prag: Österreich verpflichtet sich, aus der deutschen Politik auszuscheiden

1872 Dreikaiserbündnis (Österreich, Preußen, Rußland) zum gemeinsamen Vorgehen am Balkan.

1877 Besetzung von Bosnien und der Herzegowina.

1878 Berliner Kongreß: Die Okkupation Bosniens und der Herzegowina durch Österreich wird bestätigt.

1879 Deutsch-österreichisches Bündnis, dem sich

1881 Italien anschließt.
Von da ab ist die österreichische Außenpolitik von diesem Bündnis beherrscht.

Innenpolitik

Während der Napoleonischen Kriege Ansätze einer großdeutschen, damals noch revolutionären Bewegung zum gemeinsamen Kampf gegen Fremdherrschaft.

Mit der Niederschlagung der Revolution 1848 vorläufiges Ende der großdeutschen Bewegung. Die anwachsende Opposition der nationalen Minderheiten hat durch die Revolution keine Lösung gefunden. Im Gegenteil, Ungarn bleibt militärisch besetzt.

Ab 1849 verschiedene Verfassungsexperimente, die alle nicht die nationalen Probleme der Monarchie lösen können.

1859 Neuerliches Auftauchen einer großdeutschen Bewegung, diesmal zur Stärkung des „deutschen Elements" gegenüber den oppositionellen Ungarn und Slawen.

1866 Die Niederlage im preußisch-österreichischen Krieg führt zur Verstärkung der ungarischen Opposition.

1867 „Ausgleich" mit Ungarn. Die Monarchie wird zweigeteilt: Zisleithanien — Transleithanien.

1868 Tschechen verlangen „Trialismus", Belagerungszustand in Böhmen.

1871 Fundamentalartikel sehen größere Selbständigkeit des böhmischen Landtags vor. Nach zwei Monaten werden sie zurückgezogen.

1879 Regierung Taaffe. Es gelingt ihr, durch Zugeständnisse die Tschechen zur Unterstützung ihrer Politik zu gewinnen.

1882 Linzer Programm verlangt „deutschen Einheitsstaat".

1895—1898 Regierung Badeni: Sprachenverordnung löst Krawalle bei den Großdeutschen aus.
Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts Bildung von neuen bürgerlichen Parteien: Christlichsoziale und Großdeutsche Partei.

Arbeiterbewegung

Zu Beginn des Jahrhunderts spontane Aktionen gegen Verlängerung der Arbeitszeit und Lohndruck. Maschinenstürmerbewegung auch in Reichenberg, Königgrätz usw.

Die ersten Arbeiterorganisationen sind gewerkschaftlicher Natur.

1830—1848 Höhepunkt der Streikbewegung.

1848 Erscheinen des Kommunistischen Manifests, Verfasser: Marx und Engels.

1867 Gründung des „Ersten Wiener Arbeiterbildungsvereins".

1868 Bildung der Sozialdemokratischen Partei Österreichs.
5. Arbeiterparteitag. Manifest: Einheit der Arbeiterschaft, allgemeines Wahlrecht, gegen Zersplitterung und Nationalitätenzwist.

1869 Erstmaliges Erscheinen der Wochenzeitung „Volksstimme". Gegen das Verbot der „Volksstimme" demonstrieren 20000 Menschen. Verhaftung der Führer.

1870—1888 Periode der Zersplitterung der Arbeiterbewegung.

31. 12. 1888—1. 1. 1889 Einigungsparteitag in Hainfeld führt zu einer marxistischen Partei.

1889 Die „Arbeiter-Zeitung" erscheint zum erstenmal (vierzehntägig).

1890 Erste 1.-Mai-Feier; Forderung: Achtstundentag.

1893 Erster Kongreß der österreichischen Gewerkschaften.

1895 „Arbeiter-Zeitung" wird Tageszeitung.

1897 Wahlen: 14 sozialdemokratische Abgeordnete werden ins Parlament gewählt.

1899 Brünner Parteitag: Nationalitätenprogramm wird ausgearbeitet. Es verlangt Autonomie, aber nicht Selbstbestimmungsrecht der Nationen.

20. Jahrhundert

Wirtschaft

Die Großbetriebe verdrängen immer mehr die Kleinbetriebe.

1911 gibt es 736 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 3894,2 Millionen.

Der immer stärker werdende Kapitalexport führt zu immer schärferen Konflikten zwischen den einzelnen Staaten, zur Aufrüstung und zur Vorbereitung militärischer Auseinandersetzungen. Das Rüstungsbudget wird in allen Staaten erhöht.

1913 Deutschland hebt Sondersteuer von einer Milliarde für Rüstungszwecke ein.

Wirtschaftsfachleute sind sich einig, daß Rüstungswettlauf auf die Dauer für alle Länder finanziell untragbar wird.

Außenpolitik

1902 Geheimbündnis Italien—Frankreich, obwohl Italien offiziell noch dem Dreibund angehört.

1904 Geheimbündnis England—Frankreich.

1907 Rußland tritt dem Bündnis bei.

1907 Projekt der Eisenbahnlinie zum Ägäischen Meer und

1908 Annexion Bosniens und der Herzegowina führen zur Verschärfung der Gegensätze Österreich—Rußland.

1909 Militärische Geheimverhandlungen Österreich—Deutschland.

1914 Franz Ferdinand wird in Sarajevo erschossen. Ultimatum Österreichs von Serbien abgelehnt. Rußland, England, Frankreich, Serbien, Japan erklären Deutschland und Österreich den Krieg. Deutschland marschiert in Belgien ein, das sich der Entente anschließt. Bulgarien (Oktober) und Türkei (November) treten den Mittelmächten bei.

1914 Italien zur Unterstützung Österreichs bereit bei Abtretung von Triest und Trient. Österreich lehnt ab.

1915 Kriegserklärung Italiens an Österreich.

1916 Rumäniens Kriegserklärung an die Mittelmächte.

1917 Februar: Sturz des Zarismus in Rußland.
April: Amerika tritt in den Krieg ein.
Mai: Karl I. versucht Separatfrieden mit den Alliierten zu erreichen (Sixtus-Demarche). Die Verhandlungen scheitern.
November: Beginn der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk.

1918 Mai: Friede mit Rumänien.
5. September: Polen wird selbständige Republik.
28. Okt: In der Tschechoslowakei wird provisorische Regierung gebildet.
29. Oktober: Jugoslawien konstituiert.
2. November: Ungarn erklärt seine Unabhängigkeit von Österreich.
3. November: Waffenstillstand.

12. November: Ausrufung der Republik Österreich.

Innenpolitik

Der Einfluß der Großdeutschen wird immer geringer, da zu Beginn des Jahrhunderts bereits alle bürgerlichen Parteien eine großdeutsche Politik vertreten.

1900—1904 Regierung Koerber.

1906 Das allgemeine Wahlrecht zum Gesetz erhoben.

1907 Wahlen: Die Sozialdemokraten werden die zweitstärkste Partei im Kaiserreich. Österreichische Abgeordnete in der Minderheit.

1909 Agramer Hochverratsprozeß — Friedjung-Prozeß.

1911 Kabinett Stürgkh-Berchtold. In Ungarn bereits offene Diktatur. In Böhmen herrscht Standrecht.

1912 Conrad von Hötzendorf zum Generalstabschef der österreichischen Armee ernannt. Seine Berufung bedeutet für Europa, daß Österreich sich für einen baldigen Krieg entscheidet.

1914 Christlichsoziale, Deutschnationale, Liberale erklären der Regierung bedingungslose Unterstützung im Krieg.

1915 Osterprogramm aller Parteien außer Sozialdemokratie: Wiederholt das Linzer Programm und verlangt Serbiens Einverleibung in die Monarchie.

1915 Bildung des „Tschech. Auslandskomitees".

1916 Das Parlament wird nach zweijähriger Pause wieder einberufen.

1916 Tod Franz Josephs. Nachfolger Karl I.

1917 Bildung der „Legionen": Tschechische Freiwilligenverbände in den alliierten Armeen.

1918 Jänner: „Dreikönigstagversammlung" in Prag: Erklärt sich für die Errichtung eines souveränen Staates der Länder der böhmischen Krone.
Kongreß in Rom aller unterdrückten Völker der Monarchie, beschließt Zerschlagung der Habsburgermonarchie und Schaffung nationaler Staaten.
Juli: Konferenz in Korfu: Serben, Kroaten, Slowenen beschließen Bildung eines eigenen Staates — Jugoslawien.
16. Oktober: Österreichische Regierung schlägt Bildung eines Bundesstaates vor.
27. Oktober: Ernennung des letzten Ministeriums durch Kaiser Karl.
31. Oktober: Regierung Renner.
11. November: Rücktritt Kaiser Karls.

Arbeiterbewegung

1901 2. Gesamtparteitag in Wien. Neues Programm weicht stark vom Hainfelder Programm ab.

1905 Russische Revolution führt zu verstärkten Demonstrationen mit Generalstreikdrohung. Forderung: Allgemeines Wahlrecht.

1910 Tschechische sozialdemokratische Organisation beschließt Bildung eigener Gewerkschaften.

1911 Große Demonstrationen gegen Hunger und Arbeitslosigkeit.

1914 Österreichische Sozialdemokratie spricht sich für Unterstützung des Krieges aus. „Tag der deutschen Nation" (A. Z.).
Bildung einer linken Opposition innerhalb der Sozialdemokratie unter Führung Friedrich Adlers, fordert Neutralität im Krieg.

1916 Gewerkschaftskongreß fordert Arbeiter zur Unterstützung des Krieges und zur Einstellung der Lohnbewegung auf.
Attentat Friedrich Adlers auf Stürgkh.

1917 Rußland: Sozialistische Revolution und Ausrufung des ersten sozialistischen Staates der Welt.

1918 Jänner: Streiks in ganz Österreich, ausgehend von Wiener Neustadt, gegen Waffenstillstandsbedingungen der Mittelmächte in Brest-Litowsk. Aufruf zum Waffenstillstand an allen Fronten und Forderung nach Arbeiter- und Soldatenräten. Führung der Sozialdemokratie verhandelt mit Regierung zwecks Beendigung des Streiks.
Matrosenaufstand in Cattaro.

1918 Herbst: Ausdehnung der Streikbewegung. Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten.
28. Oktober: In Wien stehen sämtliche Betriebe still.

12. November: Ausrufung der Republik Österreich.

ANMERKUNGEN

Blanc, Louis 1811—1882, französischer Historiker, demokratischer Sozialist.

Burgfrieden, ursprünglich: der im Gebiet der Burg herrschende Friedenszustand. Die Haltung der Sozialdemokratie im ersten Weltkrieg, die, anstatt für die Verbrüderung der Soldaten aller Länder zu kämpfen, an Seiten ihrer jeweiligen Bourgeoisie gegen die anderen Völker kämpfte, wurde Burgfrieden genannt.

Clemenceau, Georges 1841—1929, bedeutender französischer Politiker. In seiner Jugend Radikaler, später Führer der konservativen französischen Bourgeoisie.

Corneille, Pierre 1606—1684, französischer Dichter und Dramatiker, Schöpfer des nationalen französischen Dramas.

desavouieren, verleugnen, ableugnen, nicht anerkennen, mißbilligen.

Dolman, Husarenjacke.

Duodez, ursprünglich: kleines Buchformat. Spöttische Anwendung für die Zerrissenheit und Enge der deutschen Fürstentümer.

Eiserner Ring, Koalition der Taaffe-Regierung, bestehend aus: Polen, Tschechen, Konservativen und Klerikalen.

Eskapaden, hier: Seitensprünge des Adels.

Ethik, griechische Lehre vom sittlich vollkommenen Verhalten.

Faillissement, Zusammenbruch, gebräuchlicher: Faillite.

Fénelon, 1651—1715, französischer Geistlicher, der in seinen pädagogischen Schriften die Politik Ludwigs XIV. angriff und deshalb zeitweise vom Hof verbannt wurde. Auch waren einige seiner Schriften verboten.

Fourier, François Charles 1772—1837, französischer utopischer Sozialist; lehnt den Klassenkampf ab und verlangt Wohltätigkeit der Reichen als Lösung der sozialen Frage.

France, Anatole 1844—1924, französischer Schriftsteller, Historiker und Kritiker. Pazifist, der sich der sozialistischen Bewegung anschloß.

Freizügigkeit, Recht des beliebigen Aufenthaltes und der freien Niederlassung.

Fronde, Spottname der Adelspartei am französischen Hof im 17. Jahrhundert.

frondieren, intrigieren, widersprechen, gegen die Regierung Stimmung machen.

Grüne Kader. Dieser Ausdruck ist im letzten Weltkrieg entstanden und bezeichnet die Soldaten, die aus der Armee desertieren und sich in Wäldern und Bergen verstecken.

Homagium, Huldigung, Huldigungseid des Lehnsmannes.

Hume, David 1711—1776, englischer Philosoph, Agnostiker, bestreitet die Möglichkeit einer Erkenntnis der Welt, indem er behauptet, daß uns nur

die Empfindungen gegeben seien. Als Ökonom Gegner der Merkantilisten. Anhänger des Freihandels.

Kontribuent, Steuerpflichtiger.

Kontribution, Steuer zur Erhaltung der Armee, die insbesondere von den besetzenden Armeen eingehoben wurde.

Kuruzzen, dieser Ausdruck stammt entweder aus dem Lateinischen oder aus dem Türkischen (khurudsch — der Aufständische).

Laube, Heinrich 1806—1884, Mitglied des revolutionären deutschen Schriftstellerbundes „Junges Deutschland". Von 1849—1867 Direktor des Wiener Burgtheaters.

Law, John 1671—1729, schottischer Finanzier und Ökonom. 1716 gründete er eine staatliche Aktienbank, die Papiergeld mit geringer Metalldeckung ausgab, um französische Staatsschulden zu begleichen.

Levante, Länder um das östliche Mittelmeer.

Lind, Jenny 1820—1887, Opernsängerin.

Locke, John 1632—1704, englischer Philosoph, Begründer der englischen Erfahrungsphilosophie (Empirismus). Als Ökonom Vertreter der neuen Bourgeoisie.

Manufaktur, Erzeugung von Waren unter Arbeitsteilung in großen Werkstätten (zum Unterschied von Heimarbeit und Handwerk). Maschinen werden verwendet, jedoch ist Handarbeit vorherrschend.

Montes pietatis, eigentlich: Berge der Frömmigkeit, da sie ursprünglich von der Kirche eingerichtete oder geförderte Institutionen waren, die für Darlehen keine Zinsen verlangen durften.

Montesquieu, Charles 1689—1755, französischer Rechtsphilosoph und Schriftsteller, der allen seinen Schriften gesellschaftskritischen Charakter gab.

obskur, unbekannt, undeutlich.

Owen, Robert 1771—1858, englischer utopischer Sozialist, ursprünglich Fabrikant; kam auf Grund praktischer Erfahrung in seiner Fabrik zur Formulierung seiner Lehre.

Paine, Thomas 1737—1809, Publizist, einer der Führer des amerikanischen Freiheitskampfes, kam während der Französischen Revolution nach Paris, wurde 1792 in den französischen Konvent gewählt.

Pamphlet, meist politische Kampf- oder Schmähschrift.

Pamphletisten, Verfasser derartiger Schriften.

Physiokraten, Volkswirtschaftler, die in der Landwirtschaft die Quelle des nationalen Reichtums sehen. (Bewegung, die in Frankreich im 18. Jahrhundert entstand.)

Proskription, Verbannung, Ächtung.

Puritanismus, religiöse Richtung, entstanden als Protest gegen die anglikanische Staatskirche. Ihr sittliches Ideal war die jedem weltlichen Pomp abgeneigte, gefühlsbeherrschte Persönlichkeit.

Racine, Jean 1639—1699, französischer Dramatiker, berühmt durch seine Tragödien. War eine Zeitlang Historiograph am Hof Ludwigs XIV. Wurde entlassen, weil er in einer seiner Schriften das Elend des Volkes beklagt.

Ressourcen, Hilfsquellen, Geldmittel.

Rokoko, der Ausdruck dürfte aus dem französischen Wort „rocaille" (Muschelwerk) entstanden sein. Reichverzierter Stil des 18. Jahrhunderts.
Run, Sturm auf die Banken und Sparkassen zur Herausgabe der Einlagen.
Saint-Simon, Claude Henry 1760—1825, französischer utopischer Sozialist. Vertreter der Interessen des Proletariats. Fast alle nicht streng ökonomischen Gedanken der späteren Sozialisten greifen auf seine Ideen zurück.
Sandschak, Benennung eines türkischen Verwaltungsbezirkes.
solvent, zahlungsfähig.
Subsidien, staatliche Hilfsgelder, Gelddunterstützung.
Tirade, Wortschwall.
Utilitarismus, Lehre, nach der alle Handlungen nach ihrer Nützlichkeit für die Allgemeinheit bewertet werden.
Voltaire 1694—1778, französischer Philosoph und Geschichtsschreiber. Einer der ersten „Aufklärer" und als solcher geistiger Wegbereiter der Französischen Revolution.

NAMENVERZEICHNIS

Abdul Hamid 546
Abraham a Sancta Clara 27, 51
Adler, Friedrich 572, 573, 575, 581, 586
Adler, Viktor 453, 454, 477, 478, 531, 532—538, 572, 576, 588
Aehrenthal, Aloys 548, 550, 551, 553, 557, 558
Albrecht, Erzherzog 422
Alxinger, Johannes 170
Andrássy, Julius d. Ä. 434
Andrews, John 258
Andrian-Werburg, Victor 312, 313
Anzengruber, Ludwig 440
Apraksin, Stephan F. 199, 200
Attems, Familie der 54
Auenbrugger, Leopold 166
Auersperg, Adolf 433, 434
Auersperg, Anton A. siehe Grün, A.
Auersperg, Familie der 54
Auersperg, Karl W. 391, 392, 426
Austerlitz, Friedrich 576
Ayrenhoff, Cornelius H. 170

Babeuf, François 280
Bach, Alexander 314, 347, 398, 401, 402, 403
Badeni, Kasimir 508, 512—518, 538, 541
Bakunin, Michail A. 368
Batthyány, Ludwig 342, 373
Battisti, Cesare 576
Bauer, Otto 176, 522, 523, 524, 526, 536, 537
Bauernfeld, Eduard 171, 312, 313, 314, 328, 345
Bebel, August 531
Becher, Johann J. 28, 31, 32, 33, 34
Becher, Julius 397
Beck, Karl 312
Beethoven, Ludwig van 167, 441, 555
Belcredi, Richard 419, 425
Bem, Joseph 393, 396, 398
Benedek, Ludwig A. 410, 422
Berchtold, Leopold 540, 555, 569
Bercsényi, Ladislaus I. 125
Bernstein, Eduard 495, 531
Bestuschew-Rjumin, Alexei P. 199
Beust, Friedrich F. 426
Billek (Jakobinerprozeß) 281
Bismarck, Otto 421, 422, 454, 455, 474, 541
Blanc, Louis 310, 380
Blum, Robert 392, 397
Blumauer, Alois 170
Bolingbroke (Henry Saint John) 87
Bolza, Familie der 214
Borbély, Thomas 125
Born, Ignaz 281
Börne, Ludwig 328
Bruck, Karl L. 254, 255, 257, 398, 402, 403, 404, 406, 410, 418, 419
Bruckner, Anton 440
Brussilow, Alexei A. 579
Buol-Schauenstein, Karl F. 407, 409

Caraccioli, Domenico 141
Caraffa, Antonio 119
Carlose, Carlo 54
Cartwright, Edmund 231
Catinat, Nicolas 76
Cavour, Camillo 409
Chamare, Familie der 214

Clam, Familie der 214
Clam-Martinec, Heinrich J. 414
Clary, Familie der 54
Clary, Manfred 515
Clemenceau, Georges 532
Cobenzl, Philipp J. 176
Coburg, Familie der 261
Colloredo-Mansfeld, Joseph F. H. 386
Conrad von Hötzendorf, Franz 548, 551, 552
Corneille, Pierre 66
Coxe, William 98
Cromwell, Oliver 63, 64, 260
Czernin, Familie der 17
Czernin, Ottokar 582

D'Argenville, Anton J. 195
Daszynski, Ignaz 576
Daun, Leopold 194, 195, 208
Deák, Franz 320, 321, 342, 343, 373, 417
Desmoulins, Camille 170
Doblhoff, Anton 378, 382
Dobrovsky, Josef 326

Eggenberger, Familie der 54
Egger, Josef 80
Elisabeth, Kaiserin (Rußland) 153, 154, 195—200, 201
Engels, Friedrich 242, 267, 477
Eötvös, Joseph 320, 342
Eskeles (Bankier) 304
Esze, Thomas 125
Eugen von Savoyen 27, 28, 39, 51, 52, 54, 55—61, 73—77, 80, 82, 84, 85, 86, 87, 90, 94, 96—100, 104, 114, 126, 127, 147, 155, 156, 180, 200, 563

Fadinger, Stephan 295
Fénelon 66
Ferdinand, Erzherzog 288
Ferdinand, Erzherzog (Tirol) 52
Ferdinand I., (Röm.-deutsch. Kaiser) 11
Ferdinand II., (Röm.-deutsch. Kaiser) 157, 161
Ferdinand I., Kaiser (Österreich) 254, 255, 321, 333, 341, 342, 358, 359, 393, 398, 424
Fermor, Wilhelm 200
Ficquelmont, Karl L. 345
Fischer von Erlach, Johann B. 54, 442
Fischhof, Adolf 337, 346, 371, 387, 448, 449, 532
Fourier, Charles 310, 380
France, Anatole 532
Frangipani, Franz Ch. 115, 116
Frank, Felix 578
Franz I., (Röm.-deutsch. Kaiser) 143, 176
Franz II., (Röm.-deutsch. Kaiser). I., (Österreich) 255, 271, 274, 275, 276, 278, 281—294, 298, 300, 319, 328, 330, 332, 333, 412
Franz Ferdinand, Erzherzog 548, 549, 550, 551, 562
Franz Joseph I., Kaiser (Österreich) 325, 398, 402, 406, 409—414, 418, 419, 420, 427, 428, 429, 430, 433, 434, 436, 465, 508, 509, 510, 512, 513, 515, 536, 538, 539, 540, 550, 582
Freiligrath, Ferdinand 392
Friedjung, Heinrich 453, 454, 553, 558
Friedrich II., König (Preußen) 69, 147—154, 190—196, 200, 201, 225, 299
Fröbel, Julius 392
Fugger, Familie der 15
Funder, Friedrich 558
Fürstenberg, Familie der 261
Füster, Anton 311, 346

Gaißmayer, Michael 295
Garibaldi, Giuseppe 410
Gautsch, Paul 515
Gebler, Tobias Ph. 170
Georg III., König (Großbritannien) 204

Goethe, Johann W. 272
Golein, Alois 477
Goluchowski, Agenor d. Ä. 413, 415
Grillparzer, Franz 171, 312, 330, 401
Grün, Anastasius 216, 312, 313, 328
Grünne, Karl L. 409, 410
Gschwind, Johann M. 80
Gyulai, Franz 409, 410

Haase, Hugo 571
Hackel, Johann 281
Hadik, Andreas 194
Hajnóczy, J. 282
Hargreaves, J. 231
Hartmann, Moritz 312, 396
Hašek, Jaroslav 574
Haspinger, Johann S. 289, 294, 296, 297
Havlíček-Borovský, Karel 327
Haydn, Joseph 167, 441
Haynau, Julius 398
Hebenstreit, Franz 281
Hebra, Ferdinand 166
Heine, Heinrich 328
Heufeld, Franz 170
Hildebrand, Lucas 54
Hilsner, Leopold 556
Hlinka, Andreas 543
Hofer, Andreas 289, 294—298
Hofmannsthal, Hugo 440
Hohenlohe, Konrad 539
Hohenwart, Karl 430, 432, 433, 511
Hormayr, Joseph 171, 289
Hörnigk, Philipp W. 18, 27, 28, 29, 30, 31, 34, 50, 146, 155, 161, 165, 170, 172, 177, 205, 298, 383, 442, 555
Hueber, Peter 289
Hume, David 556

Inzaghi, Familie der 54
Inzaghi, Johann N. 34
Isabella, Herzogin (Parma) 210
Iswolskij, Alexander P. 547
Iwan IV., Kaiser (Rußland) 93

Jakob II., König (Großbritannien) 64
Jaworski, Apollinar 511
Jefferson, Thomas 203, 204, 206
Jellačić, Joseph 374, 375, 376, 388, 389, 391, 398
Jellinek, Hermann 397
Jerôme Bonaparte 274
Jireček, Josef 432
Johann, Erzherzog 287, 288, 292, 293, 297, 383
Joseph I., (Röm.-deutsch. Kaiser) 18, 20, 26, 28, 31, 40, 56, 74, 87, 88, 97, 127, 128, 130, 131
Joseph II., (Röm.-deutsch. Kaiser) 17, 26, 28, 58, 95, 141, 144, 145, 146, 155, 159, 163—183, 189, 192, 198, 201, 202—226, 244, 255, 260, 264, 265, 266, 267, 270, 275, 277, 278, 281, 299, 319, 327, 328, 331, 358, 383, 386
Jungmann, Joseph 326

Kálnoky, Gustav S. 511
Karadjitsch, Vuk 323
Karageorg, (Georg P. Czerny) 323
Karageorgević, König Peter (Serbien) 545
Karl Albrecht, Kurfürst (Bayern) 150
Karl, Herzog (Lothringen) 10, 12, 55
Karl, Erzherzog 273, 286, 287, 288, 291, 292, 293
Karl V., (Röm.-deutsch. Kaiser) 68
Karl VI., (Röm.-deutsch. Kaiser) 26, 38, 46, 52, 56, 71, 73, 74, 88, 103, 105, 131, 142, 145, 146, 148, 180, 181
Karl I., König (Großbritannien) 63
Karl I., Kaiser (Österreich) 582, 583, 593, 594
Karl XII., König (Schweden) 62, 93
Karl II., König (Spanien) 74
Károlyi, Alexander 125, 132
Károlyi, Michael 589
Katharina die Große, Kaiserin (Rußland) 200

Kaunitz, Wenzel A. 145, 192, 198, 208, 267, 270, 271, 281
Kautsky, Karl 531
Kemenater, Peter 289
Kerenski, Alexander F. 583, 584
Khevenhüller, Ludwig A. 143
Kinsky, Familie der 214
Kis, Albert 123, 125
Klemm, C. G. 170
Knoll, Albert 312
Koerber, Ernest 538
Kollár, Jan 326
Kolowrat, Franz A. 333, 340, 344, 345
Kossuth, Ludwig 320, 335, 342, 346, 373, 374, 375, 398, 417, 542
Kosciuszko, Thaddäus 273
Kramář, Karel 577
Kruppa, Rudolf 543
Kudlich, Hans 348, 385, 386, 405, 532
Kuranda, Ignaz 312, 313

Laczkovicz, Johann 282
Lafayette, Joseph M. 170
Lamberg, Franz Ph. 388
Lammasch, Heinrich 593
Larisch-Mönich, Heinrich 256, 260
Lassalle, Ferdinand 536
Latour, Theodor 355, 388, 389, 390
Laube, Heinrich 353, 354
Laudon, Gideon E. 194, 196
Law, John 41
Ledebour, Georg 571
Lefebvre, François J. 294, 295
Leißner, Ferdinand 477
Lenau, Nikolaus 171, 312
Lenin, Wladimir I. 496, 584, 589, 591
Leopold I., (Röm.-deutsch. Kaiser) 11, 13, 20, 31, 49, 56, 57, 58, 71—79, 81, 82, 85, 87, 95, 99, 116, 125, 127, 142
Leopold II., (Röm.-deutsch. Kaiser) 142, 265, 266, 267, 270, 271
Liebknecht, Karl 571, 580
Liechtenstein, Alois 386, 462
Linser (Tiroler Aufstand 1703) 81
Lobkowitz, Familie der 54, 261, 263
Lobkowitz, Georg 437
Locke, John 556
Ludwig XIV., König (Frankreich) 15, 38, 55, 56, 67, 74, 87, 96, 124, 202
Ludwig XV., König (Frankreich) 204
Ludwig XVI., König (Frankreich) 359
Ludwig XVIII., König (Frankreich) 301
Ludwig, Erzherzog 333
Ludwig Wilhelm, Markgraf (Baden) 10, 12, 55, 75, 90, 95
Lueger, Karl 458—467
Lupas, Johann 543
Luxemburg, Rosa 571

Mácha, Karl H. 327
Mackensen, August 567
Mahler, Gustav 440
Mandl, Ignaz 460
Maria Antoinette 202, 270
Maria Louise 300
Maria Theresia 26, 38, 72, 95, 105, 141, 142—168, 172, 174, 176, 177, 180, 181, 187, 188, 189, 190, 192, 193, 196, 197, 198, 200, 201, 202, 204—208, 210, 219, 255, 261, 267, 299
Marlborough, John Churchill 75, 77, 85, 86, 87, 200
Marmont, August F. 324
Martinelli, Domenico 54
Martinovics, Ignaz 281, 282
Marx, Karl 242, 372, 477, 495
Masaryk, Thomas G. 445, 446, 554, 555, 556, 557, 577
Max II. Emanuel, Kurfürst (Bayern) 78, 80, 86, 128
Max, Erzherzog 291
Maximilian I., (Röm.-deutsch. Kaiser) 155, 157
Mayr, Peter 289
Mazeppa, Iwan St. 62

Mehring, Franz 571
Meissner, Alfred 312
Messenhauser, Cäsar W. 393, 395, 396, 397
Metternich, Clemens 255, 256, 262, 293, 313, 319, 321, 328, 330—335, 340, 341, 344
Meyer, C. 463
Montecuccoli, Raimund 95
Montesquieu, Charles 191, 266
Möring, Karl 312
Most, Johann J. 476
Mozart, Wolfgang A. 167, 555

Nádasdy, Franz (III.) 115, 116
Napoleon I., Kaiser (Frankreich) 66, 210, 247, 248, 273 274, 283, 284, 285, 286, 290, 291, 292, 293, 300, 301, 302, 303, 322, 324
Napoleon III., Kaiser (Frankreich) 409, 421
Nastic (Agramer Hochverratsprozeß) 553
Neiffzer, Familie der 214
Neipperg, Wilhelm R. 149
Németh (ung. Jakobinerprozeß) 282
Neruda, Jan 327
Nessing, Franz A. 289
Nestroy, Johann 171, 315

Obrenović, König Alexander I. (Serbien) 544
Obrenović IV., König Milan (Serbien) 544, 545
Oppenheimer, Samuel 35, 36, 37, 38
Owen, Robert 380
Oxford (Robert Harley) 87
Öz, Paul 282

Padover, S. K. 141
Paine, Thomas 203
Palacký, Franz 326, 327, 360, 364, 365, 366, 372, 373, 387, 426, 433, 434, 445, 448
Pálffy, Johann (IV.) 132, 133
Paul I., Kaiser (Rußland) 202
Pereira, Ludwig 254, 256
Pernerstorfer, Engelbert 453, 454, 478, 533
Peter der Große, Kaiser (Rußland) 62, 93
Peter III., Kaiser (Rußland) 196, 199, 200
Pez, Hieronymus 49
Philipp, Herzog (Anjou) 71, 88
Piccolomini, Familie der 214
Pillersdorf, Franz 345, 347, 364, 365, 366, 378
Plener, Ernst 511
Pögl, Familie der 54
Pokorny, Rudolf 477
Poniatowski, König Stanislaus II. (Polen) 201, 273
Popp, Julius 477
Prandtauer, Jakob 54
Prandstätter, Martin J. 281
Prichard, Joseph 258

Racine, Jean 66
Radetzky, Joseph 342, 345, 376, 409
Rákoczi, Franz I. 115, 116, 122
Rákoczi, Franz II. 123—132
Ratschky, Joseph 170
Redlich, Josef 593
Renner, Karl 522, 523, 524, 569, 570, 588, 594
Ressel, Joseph 166
Reumann, Jakob 478
Riedel, Andreas 281
Rieger, Franz L. 360, 366, 372, 426, 437, 445, 456
Rokitansky, Karl 166, 445
Rollet, Hermann 312
Rothschild, Familie der 460
Rothschild, Salomon 254, 256, 260, 263, 264, 304, 347
Rousseau, Jean J. 145, 168, 170, 205, 266
Rudolf, Kronprinz (Österreich) 449, 510, 544

Saar, Ferdinand 440
Šafařík, Pavel J. 326
Saint-Just, Antoine 170
Saint-Simon, Claude H. 310, 380
Saltykow, Peter 194, 200
Sander, Friedrich 377
Saurau, Franz J. 281, 283, 288
Sealsfield, Charles 330
Sedlnitzky, Joseph 331
Seipel, Ignaz 593
Seitz, Karl 588
Semmelweis, Ignaz 166
Sigray, Jakob 282
Sinzendorf, Familie der 17, 54
Sixtus von Bourbon-Parma 582
Skoda, Emil 445
Skoda, Josef 166, 445
Slavy, Johann 282
Šmeral, Gottlieb 577
Smetanovics, Karl 282
Smets, Moritz 356, 394, 396
Sobieski, Johann III. König (Polen) 10, 11, 12, 13, 95, 96
Sonnenfels, Joseph 145, 159, 163, 164, 166, 168, 169, 170, 205, 208, 555
Sophie, Erzherzogin 325
Speckbacher, Joseph 289, 294
Spork, Johann 116
Stadion, Johann Ph. 286, 288, 293, 298, 404
Stalin, Josef W. 496, 526, 527
Starhemberg, Ernst R. 9, 12
Starhemberg, Gundacker 37, 40, 57
Sternberg, Familie der 261
Sterzinger, Martin 81
Stürgkh, Familie der 54
Stürgkh, Karl 540, 555, 569, 572, 581
Sun Yat Sen 493, 532
Suworow, Alexander W. 59
Swerdlow, Jakob M. 589, 591
Swieten, Gerard van 27, 145, 159, 164, 165, 166, 168, 171, 205, 208
Széchenyi, Stephan 320, 342
Szela, Jakob 309
Szén, Anton 282
Szentmarjay, Franz 282
Szolarik, Alexander 282
Szuliovsky, Melchior 282

Schaffgotsch, Familie der 214
Schäffle, Albert 430
Schaudt, Michael 543
Schill, Ferdinand 290, 328
Schiller, Friedrich 207
Schilling, Ernst 366, 374
Schmerling, Anton 347, 402, 404, 415, 416, 417, 419, 425
Schnitzler, Arthur 440
Schönerer, Georg 451—462, 473, 514, 516, 533
Schröder (Merkantilist) 28, 31, 33
Schubert, Franz 167, 312, 441
Schuhmeier, Franz 478
Schuselka, Franz 312
Schwarzenberg, Familie der 54, 386
Schwarzenberg, Karl 300, 301, 398, 401, 403
Schwarzer, Ernst 381

Taaffe, Eduard 434, 437, 438, 449, 452, 471, 472, 474, 508, 511, 512, 539, 540
Taaffe, Familie der 214
Tegetthoff, Wilhelm 422
Teimer, Martin R. 289
Thugut, Johann 281, 283, 286, 287
Thun, Familie der 256
Tokai, Franz 123
Tolstoi, Leo 556

Ulfeld, Familie der 214
Uza, Paul 282

Vendôme, Louis J. 77
Vetsera, Mary 510
Viktor Emanuel II., König (Italien) 409, 410
Violand, Ernst 338, 340
Vogelsang, Karl 463
Voltaire 205, 556

Wagner, Franz 49
Waldstein, Familie der 214, 386
Washington, George 170
Welser, Familie der 15
Wesselényi, Franz 115
Wiesner, Adolf 312
Wilhelm II., Kaiser (Deutsches Reich) 455, 541, 548, 549, 560, 569
Wilhelm III. von Oranien, König (England) 64
Willner, Anton 379
Wilson, Woodrow 588
Windischgrätz, Alfred 368—372, 381, 389, 391—396, 398, 401
Windischgrätz, Alfred (Enkel) 512
Wolf, Karl H. 455, 473
Wolfe, James 196
Wolfstein (Jakobinerprozeß) 281
Wratislaw, Johann W. 57

Zenker, E. V. 379
Zetkin, Klara 571
Zinzendorf, Karl 145, 174, 176, 208
Zrinyi, Peter 115, 116

QUELLENVERZEICHNIS

Arneth A.: *Geschichte Maria Theresias*, Wien 1863, 1879
Arneth A.: *Prinz Eugen von Savoyen*, Wien 1864
Bauer O.: *Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie*, Wien 1907
Bauer O.: *Die österreichische Revolution*, Wien 1923
Bauer O.: *Der Kampf um Wald und Weide*, Wien 1925
Baynes N. H.: *The Byzantine Empire*, London 1946
Beer A.: *Studien zur Geschichte der österreichischen Volkswirtschaft unter Maria Theresia*, Wien 1894
Beer A.: *Die österr. Handelspolitik unter Maria Theresia und Joseph II.*, Wien 1898
Beermann M.: *Alt- und Neu-Wien, Geschichte der Kaiserstadt und ihrer Umgebung*, Wien 1880
Belloc H.: *The Crusade. The World's Debate*, London 1937
Bibl V.: *Die Tragödie Österreichs*, Leipzig, Wien 1937
Boissonade: *Le Travail dans l'Europe Chretienne au Moyen-Age*, Paris 1921
Briefe der Kaiserin Maria Theresia an ihre Kinder und Freunde, herausgegeben von Alfred von Arneth, Wien 1881
Brügel L.: *Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie*, Wien 1923
Cambridge History of Mediaeval Europe, The
Cambridge History of Modern Europe, The
Charmatz R.: *Österreichs innere Geschichte 1848—1907*, Wien 1911, 1912
Churchill W.: *Marlborough, his Life and Times*, London 1947
Chwostow W. M. und Minz I. I.: *Die Diplomatie der Neuzeit*, Moskau 1947
Conrad von Hötzendorf F.: *Aus meiner Dienstzeit 1906—1918*, Wien, Leipzig, München 1922
Coxe W.: *History of the House of Austria*, London 1876
Croce B.: *Geschichte Italiens 1851—1915*, Leipzig 1928
Czuday E.: *Die Geschichte der Ungarn*, deutsch, Wien 1898
Danneberg R.: *Das sozialdemokratische Programm*, Wien 1919
Egger J.: *Die Geschichte Tirols*, Innsbruck 1872, 1880
Eisenmann L.: *Le Compromis Austro-Hongrois de 1867*, Paris 1904
Engels F.: *Der deutsche Bauernkrieg*, London 1874
Feldzüge des Prinzen Eugen von Savoyen, herausgegeben vom k. u. k. Kriegsarchiv, Wien 1876, 1892
Fischer E.: *Die Entstehung des österreichischen Volkscharakters*, Wien 1945
Fischer E.: *Österreich 1848*, Wien 1946
Fischer E.: *Franz Grillparzer*, Wien 1946
Friedjung H.: *Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland*, Stuttgart 1897

Friedjung H.: *Österreich von 1848—1860*, Stuttgart, Berlin 1908
Gentz F. von: *Tagebücher aus dem Nachlaß Varnhagen von Ense*, Leipzig 1874
Görlich E. J.: *Österreichische Literaturgeschichte*, Wien 1946
Hartmann L. M.: *Kurzgefaßte Geschichte Italiens*, Gotha 1924
Hertz F.: *Die Produktionsgrundlagen der österreichischen Industrie*, Verlag für Fachliteratur, Ges. m. b. H., Wien
Hogg R. D.: *Jugoslavia*, London 1943
Hörnigk Ph. W.: *Österreich über alles, wann es nur will*, Regensburg 1723
Jerussalimski A.: *Der Kampf der Großmächte um den Balkan und die Meerenge, Ende des 19. Jahrhunderts*, erschienen in Woprossy Istorii, Moskau 1947
Jireček C.: *Geschichte der Serben*, erschienen in der allgemeinen Staatsgeschichte, 1. Abteilung: Geschichte der europäischen Staaten. Herausgeber: Karl Lamprecht, Gotha 1911, 1918
Joseph II., Leopold II. und Kaunitz, ihr Briefwechsel, herausgegeben von A. Beer, Wien 1873
Klahr A. („Rudolf"): *Zur nationalen Frage in Österreich*, erschienen in Weg und Ziel Nr. 3, 1937
Krofta K.: *Geschichte der Tschechoslowakei*, Berlin 1932
Krones F.: *Handbuch der Geschichte Österreichs*, Berlin 1876, 1879
Leeper A. W.: *A History of Mediaeval Austria*, Oxford 1941
Loserth J.: *Reformation und Gegenreformation in den innerösterreichischen Ländern im 16. Jahrhundert*, Stuttgart 1898
Loserth J.: *Geschichte des späten Mittelalters*, München 1903
Marek F.: *Irrwege der österreichischen Geschichte*, Wien 1946
Marx K. und Engels F.: *Revolution und Konterrevolution in Deutschland*, Moskau 1940
Marx K. und Engels F.: *Briefwechsel*, Moskau 1935, 1939
Masaryk T. G.: *Der Agramer Hochverratsprozeß*, Wien 1909
Masaryk T. G.: *Die Weltrevolution*, Berlin 1925
Mayer Th.: *Der auswärtige Handel des Herzogtums Österreich im Mittelalter*, Heft 6 der Forschungen zur inneren Geschichte Österreichs, Innsbruck 1909
Mitrofanow P.: *Joseph II.*, deutsch, Wien 1910
Montagu M. W.: *Letters*, deutsch, Wien 1931
Padover S. K.: *The Revolutionary Emperor Joseph the Second*, London 1934
Palacký F.: *Geschichte von Böhmen*, Prag 1867
Pribram A. F.: *Materialien zur Geschichte der Preise und Löhne*, Wien 1938
Priester E.: *Kurze Geschichte Österreichs*, I. Band, Wien 1946
Ranke L. von: *Geschichte Wallensteins*, Leipzig 1895
Ranke L. von: *Geschichte der Päpste*, Wien 1934
Redlich J.: *Kaiser Franz Joseph*, Wien 1923
Redlich O.: *Das Werden einer Großmacht*, Leipzig 1938
Reiter L.: *Österreichische Staats- und Kulturgeschichte*, Klagenfurt 1947
Reschauer H. und Smets M.: *Das Jahr 1848*, Wien 1872
Runciman St.: *A History of the first Bulgarian Empire*, London 1930

Seton-Watson R. W.: *A History of the Czechs and Slovaks*, London 1943
Seton-Watson R. W.: *The Southern Slav Question and the Habsburg Monarchy*, London 1911
Srbik H.: *Der österreichische Außenhandel im 17. Jahrhundert*, Wien 1907
Srbik H.: *Metternich, der Staatsmann und Mensch*, Wien 1925, 1926
Stieve F.: *Der oberösterreichische Bauernaufstand des Jahres 1626*, München 1891
Taylor A. J. P.: *The Habsburg Monarchy*, London 1941
Weiss K.: *Geschichte der Stadt Wien*, Wien 1882, 1883
Zenker E. V.: *Die Wiener Revolution 1848*, Wien, Leipzig, Pest 1897
Zimmermann W.: *Allg. Geschichte des großen Bauernkrieges*, Stuttgart 1854

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT 5

I. DER BEGINN DER NATIONALWIRTSCHAFT

1683 9
Die Krise 14
Der Beginn der Wandlung 22
Die Merkantilisten 27
Die kulturelle Entwicklung 49
Das Zeitalter Prinz Eugens 55
Der Krieg um die Beherrschung Europas und der Beginn der großen Allianzen 61
Der Tiroler Aufstand 1703 78
Eroberer und Befreier 89
Die Pragmatische Sanktion 102

II. DER BEGINN DER NATIONALEN FRAGE

Ungarn 109
Die Magnatenverschwörung und der erste Kuruzzenaufstand . . . 115
Der zweite Aufstand 120

III. ABENDLEUCHTEN DES ABSOLUTISMUS

Die Menschenrechte 137
Maria Theresia 142
Der Österreichische Erbfolgekrieg 147
Die Reformen 155
Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Entwicklung 172
Der Siebenjährige Krieg und die Teilung Polens 190
Joseph II. 202

IV. DAS ZEITALTER DER REVOLUTIONEN

Die industrielle Revolution 229
Die Napoleonischen Kriege 264
Polizeiregime und „Jakobinerprozeß“ 274
Das Zwischenspiel von 1809 283
Von 1809 zum Wiener Kongreß 300

V. ACHTZEHNHUNDERTACHTUNDVIERZIG

Der Vormärz 307
Die nationalen Bewegungen 316
Die Regierung 330
Der Sturm 336
Vom März zum Mai 344
Die Tragödie der Freiheit 360
Von Juli bis Oktober 377

VI. ENDE UND ANFANG

1849—1867. Die Suche nach dem Kompromiß 401
Die Ruhe vor dem Sturm 425
Die neuen Parteien 449
Die Großdeutschen 450
Dr. Lueger und seine Partei 458
Die Arbeiterbewegung 468
Die Zeit des Imperialismus 479
Das Ende der Taaffe-Zeit 508
Viktor Adler 532
Der Weg nach Sarajewo 538
Der Weltkrieg 563

ANHANG

Zeittafel 599
Anmerkungen 608
Namenverzeichnis 611
Quellenverzeichnis 618

KARTEN

DRUCKFEHLERBERICHTIGUNG

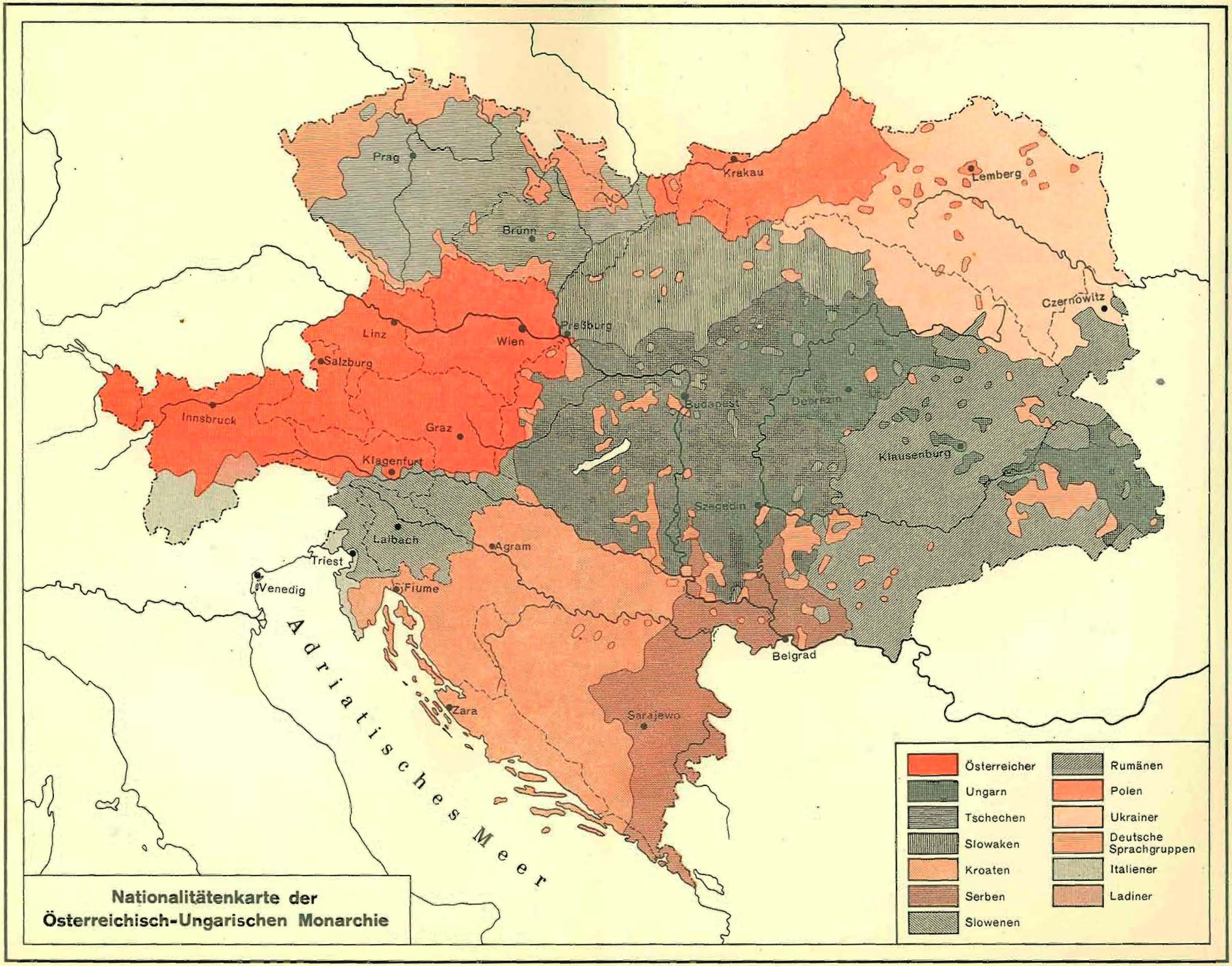
Seite 101, 5. Zeile von unten, soll es heißen: „beim Frieden von Passarowitz".
Seite 119, 14. Zeile von oben, soll es heißen: „wahr" anstatt „war".
Seite 133, 1. Zeile von oben, soll es heißen: „genauen Bericht zu erstatten".
Seite 145, 174, 176, 208, 16. Zeile von unten, 11. Zeile von unten, 17. Zeile von unten, 9. Zeile von oben, soll es heißen: „Zinzendorf" anstatt „Sinzendorf".
Seite 273, 8. und 9. Zeile von oben, soll es heißen: „Kosciuszko" anstatt „Kosziusko".
Seite 298, 7. Zeile von unten, soll es heißen: „Konstitution" anstatt „Knostitution".
Seite 330, 11. Zeile von unten, soll es heißen: „Sealsfield" anstatt „Seasfield".
Seite 350, 17. Zeile von oben, soll es heißen: „eines hohen aktiven und passiven".
Seite 423, 19. Zeile von oben, soll es heißen: „der 30 deutschen Staaten".
Seite 424, 21. u. ff. Zeilen von oben, soll es heißen: „dem Königreich Ungarn mit Siebenbürgen, Fiume und Kroatien-Slawonien — Transleithanien genannt — und Österreich mit Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien, Görz, Istrien, Triest, Dalmatien, der Bukowina und der Krain."
Seite 443, 16. und 17. Zeile von oben, soll es heißen: „irgendwo in den Bergen Siebenbürgens oder den Ebenen Galiziens,".
Seite 539, 4. Zeile von oben, soll es heißen: „die Vorarbeiten zum Bau".
Seite 544, 12. Zeile von unten, soll es heißen: „Bosnien, die Herzegowina und den Sandschak Novibazar".
Seite 545, 7. Zeile von oben, soll es heißen: „Skupschtina" anstatt „Skuptschina".
Seite 546, 8. Zeile von unten, soll es heißen: „de jure gehörten die Gebiete".
Seite 562, 17. und 18. Zeile von oben, soll es heißen: „Der deutsch-französische Konflikt in Marokko,".
Seite 565, 3. und 4. Zeile von unten, soll es heißen: „vor allem die heutige Provinz Trient sowie Triest, auf die Italien Anspruch erhob. Italien fühlte sich ja mit den italienischen".
Seite 572, 2. Zeile von unten, soll es heißen: „den Ministerpräsidenten Stürgkh".
Seite 575, 13. Zeile von unten, soll es heißen: „einen Ministerpräsidenten".
Seite 582, 19. Zeile von oben, soll es heißen: „des Prinzen Sixtus".
Seite 583, 10. Zeile von unten, soll es heißen: „Im Februar (nach unserem Kalender: März) 1917".
Seite 594, 12. Zeile von unten, soll es heißen: „und verließ bald darauf das Land.".



Geschichtliche Entwicklung der Habsburger-Monarchie von 1526—1918

Maßstab 1:6,000.000

KURZE GESCHICHTE ÖSTERREICHS



Nationalitätenkarte der Österreichisch-Ungarischen Monarchie

Maßstab 1:6,000.000